



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

A r c h i v
der
Forst- und Jagd-Gesetzgebung
der
deutschen Bundesstaaten.

Herausgegeben

von

St. B e h l e n,
Königl. Bayerischem Forstmeister.

Fünfzehnten Bandes erstes Heft.

Freiburg im Breisgau,
Verlag der Fr. Wagner'schen Buchhandlung.

1 8 4 3.

**PRESERVATION MASTER
AT HARVARD**

I.

Königl. Bayerische Forst- und Jagdverordnungen, allgemeine Verfügungen und Instruktionen.

A. Oberpfalz und Regensburg.

1) Instruktion für die Behandlung des Forstrügewesens im Regierungsbezirke Oberpfalz und Regensburg.

Vom 5. November 1842.

Zur Erreichung eines genauen und gleichmäßigen Vollzuges der über die Behandlung des Forstrügewesens bestehenden Gesetze, Verordnungen und Ausschreiben, zur Beseitigung wahrgenommener Mängel und zur leichteren Uebersicht, wurde nachstehende Instruktion erlassen, in welcher, mit Zugrundlegung der dießfalligen Gesetze, Verordnungen und Ministerialrescripte, die früher erlassenen, in vielen verschiedenen Ausschreiben zerstreuten Bestimmungen über das Verfahren bei Abwandlung der Forstfrevel und die übrige Behandlung des Forstrügewesens in systematischer Ordnung zusammengestellt und durch weitere Vollzugsvorschriften vervollständigt sind, wogegen alle bisher über dieselben Gegenstände ergangenen Regierungs-Ausschreiben, mit Ausnahme der in gegenwärtiger Instruktion als fortwährend gültig bezeichneten, hiemit für aufgehoben erklärt werden.

I. A b s c h n i t t.

Von dem Umfang der Forstpolizei, dann von der Zuständigkeit.

Abtheilung A. Umfang der Forstpolizei.

§. 1.

Die Forstpolizei umfaßt sowohl die Sicherheit, als die forstordnungsmäßige Behandlung aller in den einzelnen Polizeibezirken gelegenen Waldungen, und hat daher für Abwendung der Nachtheile zu wirken, welche dem Bestand und der Erhaltung derselben durch ungeeignete Behandlung von Seiten der Eigenthümer oder durch unrechtmäßige An- und Uebergriffe Dritter drohen.

Die Uebertretungen in beiden Beziehungen sind von Forstpolizeiwegen zu untersuchen und zu bestrafen, soweit nicht die verbotenen Handlungen in die Competenz der Strafgerichte fallen.

Verordn. v. 22. Dez. 1821, die Organisation der Forstbehörden betr., §. 3 u. 4. (Rggssbllt. 1822, Seite 29.)

Verordn. v. 17. Dez. 1825, den Geschäftsgang bei den Kreisregierungen betreffend, §. 64. (Rggssbllt. 1825, Seite 1029.)

Entschließung des R. Ministeriums des Innern v. 22. April 1835, den Vollzug des §. 64 der Verordn. v. 17. Dez. 1825, in specie die forstpolizeiliche Aufsicht auf Privatwaldungen betr. (Döllinger's Verordn.-Samml. Bd. 14, Th. 2, Seite 508.)

Entschließung des R. Ministeriums des Innern v. 31. Oktbr. 1837, den Vollzug des Gemeinde-Edikts betr., Ziffer 102 bis 106. (Döll. Verordn.-Samml. Bd. 11, S. 134.)

§. 2.

Grenze gegen die Criminalgerichtsbarkeit, dann gegen die Civilgerichtsbarkeit hinsichtlich der Forstrechte.

Die forstpolizeiliche Zuständigkeit ist also nicht begründet bei Entwendungen an Holz im Walde, welche durch

ihren Betrag von mehr als 25 fl. sich zum Verbrechen des Diebstahls erheben.

Ausgezeichnete Diebstähle und Vergehen durch Holz-Entwendungen im Walde gibt es nicht.

Novellen zum Strafgesetzbuch vom 31. März 1815, vom 3. Oktober 1815, vom 25. März 1816. (Doppelmaier's Sammlung, II. Auflage, Seite 44, dann 47 und ff. (Erbographirte Sammlung, Nro. 78 und 104.)

Ebensowenig ist die forstpolizeiliche Zuständigkeit begründet, wenn es sich vom Rechte selbst, vom *jus foresti*, handelt, wogegen die Entscheidung über die Art der Ausübung solcher Forstrechte (*modus exercendi*) — z.B. wo, wann und wie die eingeforsteten Untertanen Holz bauen, Streu rechen, Vieh weiden dürfen — lediglich den Forstpolizeibehörden zusteht, so daß etwaige, im Civilrechtswege gestellten Klagen dieser Art von den Gerichtsbehörden ohne Weiteres (*a limine judicii*) ab und vor die Forstpolizeibehörden gewiesen werden sollen.

Berordn. v. 3. März 1789, erneuert durch Berordn. v. 13. Dez. 1804, die Forstpolizei betr. (Hggssbll. 1805, Seite 132.)

Abtheilung B. Zuständigkeit bezüglich der Aufsicht in den Waldungen und der Bestrafung der Frevel.

a) Forst-Aufsicht und Forstschuß.

§. 3.

Die Aufsicht über alle innerhalb ihres Bezirks gelegenen Waldungen — mit Einschluß der Communal-, Stiftungs- und Privatwaldungen — haben vor Allem die unmittelbaren und mittelbaren Forstämter.

Unter deren Leitung wird diese Aufsicht zunächst durch das ihnen untergebene Forstpersonal bewirkt.

§. 4.

Der Schuß der einzelnen Waldungen liegt dem Eigenthümer ob.

Dieser Schutz begreift die möglichste Verhinderung von forstpolizeilichen Uebertretungen und Anzeige bei der zuständigen Polizeibehörde Behufs der Bestrafung.

Der Schutz der Staatswaldungen ist den R. Revierförstern mit dem andern niedern Forstpersonale, so wie den hiefür verpflichteten Forstpraktikanten und Elenen übertragen.

Diese Praktikanten und Elenen dürfen übrigens nur alsdann durch die Forstämter für den Forstschutz verpflichtet werden, wenn sie das Alter von 18 Jahren haben.

Den Schutz der Waldungen der Standes- und Gutsherren übt das von denselben bestellte Personal aus.

Für die Gemeinde-, Stiftungs- und Privatwaldungen haben die Eigenthümer oder deren Vertreter besondere Aufseher, zu bestellen, welche von der treffenden Polizeibehörde förmlich auf Handhabung dieses Forstschutzes zu verpflichten sind.

Auch den Königl. oder andern Forstbedienten kann dieser Schutz durch den Eigenthümer, vermöge eines Privat-Übereinkommens, nach erlangter Zustimmung der vorgesetzten R. Regierung, Kammer der Finanzen, übertragen werden.

S. 5.

Auch die Gendarmerie ist durch ihre Dienstes-Instruktion zur Wachsamkeit gegen Uebertretungen aller Art und an allen Orten, also auch gegen Forstfrevel, zur Anzeige und nöthigenfalls zur Arretirung der Frevler verpflichtet.

S. 6.

Außerdem ist das sämtliche Forstaufsichtspersonal berechtigt und verbunden, sowie jeder Private befugt, alle, auch außer dem etw aangewiesenen Bezirke, gelegentlich wahrgenommenen forstpolizeilichen Uebertretungen zur Anzeige zu bringen.

Nach Analogie des Straf-Gesetz-Buches Tbl. I., Art. 78.

S. 7.

Dem Waldschutzpersonale (einschließlich der Gendarmerie) steht zum Vollzuge dieses Schutzes nicht bloß die Wegnahme der verbotenen Instrumente zu, welche die Frevler gegen die

Bestimmung der Forst- und Holzlese-Ordnung im Walde bei sich führen, sondern auch, wenn es durchaus nothwendig erscheint, die Pfändung unbefannter Frevler, letztere zu dem Zweck, um den wahren Namen, Stand und Wohnort derselben Behufs der Anzeige an die Polizeibehörde kennen zu lernen, daher solche Pfänder, sobald der Zweck erreicht ist, zurückgegeben werden müssen.

Diese Pfändung kann nach Umständen auch an dem Vieh der Uebertreter, wenn solches verbotswidrig geweidet oder zu Beschädigungen und Entwendungen im Walde gebraucht wird, erfolgen. Zweckmäßig wird solches Vieh dem nächsten Gemeindevorsteher (im Nothfalle einem Gemeindebevollmächtigten) zur vorläufigen Verwahrung und Fütterung auf Kosten des Eigenthümers übergeben, und ist erst nach erlangter Gewißheit über den Letzteren, sowie nur nach Erstattung der erlaufenen Fütterungskosten zurückzugeben.

Die Pfändung darf jedoch von den Forstbediensteten nur im Walde oder den zunächst daran gränzenden Feldern und Wegen vorgenommen werden, und auch in letzteren nur, wenn es augenscheinlich ist, daß die fraglichen Personen aus dem Walde kommen und dort gefrevelt haben.

§. 8.

Außerhalb des Waldes aber, auf entfernteren Wegen oder Feldern, in Dörfern und Städten, kommt es dem Forstpersonale nicht zu, für sich allein Jemanden zu pfänden, oder, in Verfolgung verdachterweckender Spuren, eine Haus-suchung vorzunehmen, dasselbe muß vielmehr, wenn es hinreichenden Verdacht gegen Jemanden wegen eines Frevels hat, denselben oder die Spuren bis in einen Ort verfolgen und die Lokalbehörde, den Gemeindevorsteher, oder in dessen Verhinderung einen Gemeindebevollmächtigten, um Beistand angehen, indem sowohl in diesem Falle, als auch wenn sonst Verdacht eines Frevels vorliegt, nur mit deren Hülfe eine Haus-suchung bei den in Verdacht stehenden Personen vorgenommen werden darf.

Allerb. Entschließung vom 19. Juni 1810. (S. lithogr. Sammlung der Novellen zum Strafgesetzbuch Nro. 80, dann Döllinger's Verordn.-Samml. Bd. 14, Tbl. 2., Seite 776.)

In solchen Fällen darf die verlangte Beistandsleistung von dem Gemeindevorsteher oder dem ihn vertretenden Gemeindevollmächtigten nicht verweigert werden.

Vergl. unten S. 17, Zif. 2.

S. 9.

Dem Forstschutzpersonale liegt es ob, bei Betretung der Forstrevier ein ruhiges und besonnenes Betragen zu beobachten.

Hinsichtlich des Gebrauchs der Waffen durch die Forstbediensteten als Nothwehr bei etwaigen Widerseßungen der Revier wird auf das

Strafgesetzbuch Tbl. I. Art. 125 bis 136

hingewiesen, worin folgende Bestimmungen enthalten sind:

„Rechtswidrige Vergewaltigungen und verbrecherische Angriffe auf die Person, zu deren Abwendung die Aufforderung obrigkeitlicher Hülfe unmöglich ist, darf ein Jeder von sich abzumenden versuchen, und die in solcher rechtmäßigen Vertheidigung geschehene Vergewaltigung, Beschädigung oder Tödtung des Angreifers ist unsträflich, soferne die gesetzlichen Gränzen dabei nicht überschritten sind.

„Die gewaltsame Privatvertheidigung ist nicht entschuldigt, wenn Zeit und Gelegenheit zu anderen, dem Angegriffenen nicht unbekannten Mitteln vorhanden waren, durch welche derselbe ohne alle andere Gefahr sich dem Angriffe zu entziehen, oder sonst die Absicht des Angreifers zu vereiteln vermochte.

„Bei vorhandener Nothwendigkeit zu einer gewaltsamen Privatvertheidigung darf ihre Ausübung nicht weiter getrieben und kein gefährlicheres Vertheidigungsmittel gebraucht werden, als nothwendig ist zur Abwendung der Gefahr.

„Darum ist 1) der Gebrauch lebensgefährlicher Vertheidigungsmittel strafbar, wenn der Angreifer durch ungefährliche Gewalt übermannt oder abgehalten werden könnte; 2) wer

durch eine bloß abhaltende Gegenwehr sich des Angriffes zu erwehren Macht und Gelegenheit hatte, wird strafbar, durch den Gebrauch einer auf Leib oder Leben gerichteten (offensiven) Vertheidigungsgewalt; wie auch 3) wenn derselbe statt einer ungefährlichen Verwundung des Gegners, welche in seiner Macht gestanden, denselben lebensgefährlich verletzt oder getödtet hat.

„Verletzung oder Tödtung des rechtswidrigen Angreifers, welche erst nach geendigtem Angriffe und gänzlich entfernter Gefahr geschehen ist, wird als unerlaubte Rache wie ein vorsätzliches Verbrechen bestraft, soferne nicht andere Gründe solche Handlung entschuldigen.

„Daß ein Angeschuldigter in einem die Zurechnung aufhebenden Zustande oder in der Noth rechtmäßiger Privatgewalt gehandelt habe, wird nicht vermutet, sondern muß durch Beweis zur Gewißheit oder Wahrscheinlichkeit gebracht werden.

„Wer in Nothwehr einen andern verwundet oder getödtet hat, ist schuldig, den Vorfall der nächsten Obrigkeit schleunigst anzuzeigen.

„Wer dieses unterläßt oder gar den Vorfall zu verheimlichen trachtet, hat, wenn gleich nachher der gefährliche Angriff des Andern erwiesen worden, dennoch die Vermuthung überschrittener Nothwehr wider sich.“

b) Forstpolizeiliche Einschreitung.

§. 10.

Die Handhabung der Forstpolizei in I. Instanz, insbesondere die Untersuchung und Bestrafung der forstpolizeilichen Uebertretungen, steht folgenden Behörden zu:

1) Den Königl. Landgerichten, den Herrschaftsgerichten und den herrschaftlichen Commissariaten, welche sämmtlich in der Anerkennung des etwa erforderlichen höchsten gesetzlichen Strafmaasses nicht beschränkt sind.

Verordnung vom 17. Dez. 1825, den Wirkungskreis und Geschäftsgang der obersten Verwaltungsstellen in den Kreisen betr., §. 64. (Rggzbltt. 1825, Seite 1092.)

Verordnung vom 28. Februar 1838, die Zuständigkeit der Unterbehörden in Polizeistraffällen betreffend. (Reg.-Blatt 1838, Seite 190.)

2) Den der Königl. Regierung unmittelbar untergeordneten Magistraten I. und II. Klasse, in Städten mit eigenen Commissären

für die in ihrem Bezirk begangenen Frevel, unter den in der Verordnung über die Competenz der Polizeidirektionen vom 24. September 1808, §. 91 und 92, dann in der oben genannten Verordnung vom 28. Februar 1838 festgesetzten Bedingungen.

3) Den Patrimonialgerichten I. und II. Klasse und den Patrimonialämtern, sowie den einem Landgerichte untergebenen Magistraten II. Klasse ohne Commissäre und III. Klasse, gemäß VI. Beilage zur Verfassungs-Urkunde §. 89, 90, lit. i., §. 108 und revid. Gemeinde-Edikt, §. 68, unter den hierin, sowie in der oben erwähnten Verordnung vom 24. September 1808 und vom 28. Februar 1838 festgesetzten Beschränkungen.

Vergl. Ministerial-Rescript vom 8. Februar 1836, die Erholung der landgerichtlichen Bestätigung bei Erkenntnissen in Forstrügesachen von Seiten der Patrimonialgerichte betr. (Döllinger's Verordn.-Samml., Bd. V., Seite 649.)

§. 11.

Zur Beschlussfassung in einer forstpolizeilichen Untersuchungssache ist bei den K. Landgerichten, sowie bei den Herrschaftsgerichten nur der Amtsvorstand, oder bei dessen Verhinderung der ihn vertretende Beamte, bei den ohne Nebenbeamten bestehenden herrschaftlichen Commissariaten, Patrimonialgerichten und Ämtern nur der eigentliche Beamte befugt, während bei Magistraten solche Beschlüsse nach collegialer Berathung zu fassen sind.

Ministerial-Entschließung vom 15. Januar 1838, bekannt gemacht durch lithogr. Reg.-Aussschreiben vom 26. Januar 1838.

— 9 —

Ministerial-Rescript vom 19. Juli 1836, bekannt gemacht
durch lithogr. Reg.-Auschr. vom 26. Juli 1836.

Instruktion für die Geschäftsführung der Magistrate vom
21. September 1818 §. 21, 22. (Reg.-Bltt. 1818,
Seite 1051.)

§. 12.

Die Zuständigkeit der verschiedenen Polizeibehörden in den einzelnen Fällen richtet sich nach dem Orte der Begehung eines Frevels, indem die Untersuchung und Bestrafung einer jeden Uebertretung derjenigen Behörde zusteht, in deren Bezirk diese Uebertretung begangen wurde.

Nach Analogie des St.-G.-B. Thl. II. Art. 22.

Wenn daher die verschiedenen Waldungen eines und desselben Forstrevieres in verschiedenen Polizeibezirken liegen, so haben die Forstbeamten die Anzeigen der in jenen Waldungen begangenen Freveln nach diesen Polizeibezirken ausgeschieden zu übergeben.

Die Competenz einer Behörde, bezüglich des Haupturhebers, schließt auch die Zuständigkeit hinsichtlich der Theilnehmer, Gehülfen und Begünstiger in sich.

Analogie des St.-G.-B. Thl. II. Art. 24.

II. A b s c h n i t t.

Von der Anzeige und Vorladung der Freveler.

Abtheilung A. Von den Anzeigen.

§. 13.

Die zuständige Polizeibehörde ist zur Eröffnung einer Untersuchung pflichtmäßig veranlaßt, sobald dieselbe auf irgend eine Weise die Gewißheit oder Wahrscheinlichkeit einer forstpolizeilichen Uebertretung erhalten hat.

Analogie des St.-G.-B. Thl. II. Art. 59.

§. 14.

Die Anzeigen entdeckter Frevel gelangen in der Regel vierteljährig in den (weiter unten näher bestimmten) Tabellen oder Rügeheften der Forstbehörden an die zur Untersuchung

befugten Polizeibehörden, namentlich an die Königl. Landgerichte.

Wegen besonderer Dringlichkeit oder Wichtigkeit des Gegenstandes können aber die Forstbehörden auch außer dem vierteljährigen Termin Frevelanzeigen an die Polizeibehörden Behufs schleuniger Einleitung besonderer Untersuchung bringen.

Solche besondere Anzeigen, welche meistens bei Besorgniß des Verlusts der nöthigen Beweismittel gemacht werden, müssen in den nächstfolgenden Quartal-Anzeigen mit vorgetragen werden, unter dem Bemerken der bereits früher erfolgten Anzeige.

(Vergl. unten §. 21. Absatz 2. und §. 31.)

Die Anzeigen von Privatpersonen über wahrgenommene Forstfrevel können wohl unmittelbar bei der betreffenden Polizeibehörde angebracht werden; da aber in den meisten Fällen ein technisches Urtheil über Werth und Schadensbetrag erforderlich ist, wozu nur Sachverständige, resp. Forstbedienstete competent sind, — so sind jene Anzeigen der Privatpersonen, so wie auch die Anzeigen der Gendarmen, zweckmäßig dem nächsten der betreffenden Forstbediensteten mitzutheilen, damit dieser die Schätzung bewirke oder veranlasse und die auf diese Art vervollständigte Anzeige in sein nächstes vierteljähriges Rügeheft aufnehme und an die erkennende Behörde bringe.

§. 15.

Jede Anzeige soll Folgendes enthalten:

1) Die Zeit der Begehung des Frevels nach Tag, Monat, Jahr, und mit der Bezeichnung der Tag- oder Nachtstunde.

Als Nachtstunden wird die Zeit nach Untergang der Sonne bis zum Wiederaufgang derselben angenommen.

Wenn nicht die Zeit, in welcher die Uebertretung begangen worden, sondern nur die Zeit der Entdeckung derselben angegeben werden kann, so ist dieß zu bemerken.

(Vergl. unten §. 20. Zif. 3.)

2) Den Waldplatz oder Forstort, wo die Uebertretung begangen wurde, mit der Angabe, ob diese Waldung dem

Königl. Herat, oder einer Gemeinde, Stiftung oder Privatperson gehöre.

3) Den Namen, Stand und Wohnort des Uebertreters (mit Einfluß etwaiger Pseudonymen oder Spitznamen).

In den Fällen, wenn Diensthoten oder Kinder gefrevelt haben, für welche die Dienstherrschaften oder Aeltern haften und zahlen sollen, sind nicht nur die Ersteren, sondern auch die Letztern genau zu benennen, um ebenfalls mit zur Verantwortung gezogen werden zu können.

4) Die Beschaffenheit des Frevels und des sonstigen ordnungswidrigen Verhaltens des Angezeigten, mit bestimmter Angabe, ob der Uebertreter auf der That betroffen wurde, oder auf welche andere Verdachts- und Ueberweisungsgründe die Anzeige sich stützt, erforderlichen Falles mit Benennung von Zeugen.

Nach Umständen ist auch zu bemerken, ob der Thäter sich widersetzlich oder widerspenstig benommen hat, — ob ihm ein Pfand, oder verbotenes Werkzeug, und welches abgenommen worden ist, — ob der Freveler früher schon einmal oder mehrmals, und wie oft, wegen eines Waldfrevels bestraft worden ist.

Das frühere Betreten oder eine frühere Anzeige allein, welche keine Bestrafung zur Folge gehabt hat, kann hier nicht in Anschlag kommen.

5) Den Werth der gefrevelteten Sache oder des sonstigen Gegenstandes der Uebertretung (z. B. des forstordnungswidrig gehauenen Holzes in Privatwaldungen), und, nach Umständen, den Betrag des angerichteten Schadens. Die Werthangabe genügt, wenn außerdem kein besonderer Schaden angerichtet wurde.

Es gibt aber auch Fälle, in welchen außer dem Werth des unbefugt zugeeigneten Gegenstandes durch dieselbe Handlung noch ein weiterer Schaden für den Wald herbeigeführt wird, z. B. bei Entwendungen aus jungen Beständen oder Schonungen, bei Abfuhr des Holzes durch Verletzung des

Wurzeln oder Schonungsgräben, bei Beschädigung der Marksteine, — wann Bäume durch Harzsaftmeln im Wachsthum zurückgesetzt, oder durch zu starkes Entäften dem gänzlichen Absterben entgegengeführt werden u. dgl.

In solchen und ähnlichen Fällen ist der Werth gesondert vom Schadensbetrag anzugeben; hinsichtlich des Schadens ist dabei zu erläutern, auf welche Verhältnisse der Anfaß desselben gegründet werde.

In der Regel geben hiefür entweder die Kosten der nöthigen Nachbesserungen oder der dem Haubartkeits-Ertrage des beschädigten Holzbestandes zugehende Entgang den Maafstab für die Berechnung des Schadens.

Beide Beträge, des Werths und des Schadens, zusammen genommen, dienen der erkennenden Polizeibehörde zur Bestimmung der Strafe und des Schadenersatzes.

Manchmal bedarf es aber lediglich der Angabe des Schadensbetrages, z. B. bei der Ausfuhr über Schläge und Schonungsgräben, bei Hutfreveln, bei Beschädigung der Gränzeichen u. dgl.

Werden die gefrevelten Forstprodukte dem Eigenthümer wieder zugestellt, oder auf dessen Rechnung verkauft, so ist auch dieser Umstand in die Anzeige aufzunehmen und der etwaige Erlös genau anzugeben.

§. 16.

Die Angaben bei Erstattung der Anzeigen sollen wahr, genau und erschöpfend sein.

Der Entdecker eines Frevels hat daher bei einigermaßen zweifelhaften Fällen vor Erstattung der Anzeige durch Nachfragen und Augenscheins-Einnahme das wahre Verhältniß näher zu erforschen, und hiernach die zu erstattende Anzeige zu begründen und zu erläutern.

Es muß also vom Anzeiger angegeben werden, welche Gegenstände oder Handlungen bezüglich des fraglichen Frevels er selbst mit seinen eigenen Sinnen wahrgenommen hat, welche Umstände er von andern Personen und von welchen gehört hat,

und was er nach dem Wahrgenommenen und Gehörten etwa vermutet.

Niemals darf also eine bloße Vermuthung oder Schlußfolgerung des Anzeigers als wahrgenommene Thatsache hingestellt werden.

Jedoch genügt auch die bloße Anzeige, daß man bei einer Hausfuchung dieses oder jenes Holz bei dem Angezeigten gefunden habe u. dgl., für sich allein nicht, es ist vielmehr auch die Bezeichnung, daß und warum solches Holz zc., als gefrevelt erachtet werde, beizufügen.

In der Obliegenheit der Forstmeister, Revierförster zc. liegt es, strenge darüber zu wachen, daß alle Anzeigen mit der erforderlichen Gründlichkeit gemacht, und etwaige Anstände noch vor Uebergabe der Anzeigen an die Polizeibehörden möglichst beseitigt werden.

§. 17.

1) Die Nachfrage, Augenscheins-Einnahme, Hausfuchung und dergl., durch das Forstschutzpersonale, hat vorzüglich einzutreten, wenn entweder der entdeckte Frevler dem Forstpersonale nicht persönlich bekannt ist, oder sonst eine Ungewißheit hinsichtlich seines wahren Namens, Standes oder Wohnorts obwaltet, oder wenn eine Spur vom Plaze des Frevels nach einer Wohnung führt, oder wenn der Besitz des gefrevelten Forstprodukts ungewiß ist, — oder wenn ein als Frevler erachtetes Individuum bei der Zuredesetzung wegen des Frevels solche Verhältnisse behauptet und solche Entschuldigungen zu seiner Rechtfertigung vorbringt, welche nicht sogleich als richtig erkannt werden, sondern der Bestätigung durch Dritte oder des eigenen Nachsehens, der Prüfung, Vergleichung oder Schätzung durch einen Sachverständigen bedürfen.

2) Eine Hausfuchung kann von dem Forstschutzpersonale nur bei vorhandenem Verdacht und nur mit Zuziehung der Lokalpolizeibehörde, insbesondere des Gemeindevorstehers, oder bei dessen Abwesenheit oder rechtlichen Verhinderung, des zunächst befindlichen Gemeindebevollmächtigten, oder, wenn auch

ein solcher in der Nähe nicht zu finden wäre, wenigstens eines Nachbarn statt finden.

Die Ebengenannten haben den Aufforderungen des Forstschutzpersonals zur Bewohnung bei einer Hausfuchung unweigerlich Folge zu geben. Es sind deshalb von den Distriktpolizeibehörden den Gemeindeverwaltungen geeignete Anweisungen zu erteilen.

Dafür wird aber den Gemeindevorstehern und deren Vertretern der Betrag von 17 Kreuzern als Gebühr für jede Hausfuchung bewilligt (welche bei Unvermögenheit des schuldig befundenen Frevelers gleich den Anzeigegebühren von dem Königl. Herar vergütet werden wird).

Auch soll der in Verdacht stehende Bewohner des Hauses, wenn er sogleich aufzufinden ist, außerdem ein geeignetes Familienglied desselben, zur Anwesenheit und Theilnahme bei der Nachsuchung aufgefordert werden.

Der Besitzer des Hauses ist verbunden, auf Verlangen der Visitirenden, alle Räume zu öffnen, und alle Gegenstände vorzuzeigen.

Zeigt sich bei der Hausfuchung der geschöpste Verdacht so weit begründet, daß eine Anzeige darüber erstattet wird, so ist der Befund mit allen den Verdacht begründenden Umständen vom dem Forstpersonale sogleich aufzuzeichnen, und von den zur Hausfuchung beigezogenen Personen durch Unterschrift bestätigen zu lassen.

Die Gemeindevorsteher oder ihre Vertreter haben deshalb sorgfältig darauf acht zu geben, was zur Begründung oder Hebung des Verdachts vorgefunden wurde, und nur dasjenige zu bestätigen, wovon sie sich durch eigne Wahrnehmung überzeugt haben.

Die Gemeindeverwaltungen sind deshalb über diese Obliegenheiten von den Polizeibehörden hinreichend zu belehren.

3) Häufig wird von den im Verdacht des Frevels stehenden Personen als Rechtfertigung vorgebracht, daß die fraglichen für gestreelt erachteten Waldprodukte auf rechtliche Weise von

bestimmten Personen durch Kauf u. dgl. erworben, oder aus der eigenthümlichen Waldung des Betheiligten genommen seien. In diesen Fällen ist die Nachfrage bei den angeblichen Verkäufern, so wie das Nachsehen in den bezeichneten Waldungen und die Vergleichung der Stöcke u. u. von dem Forstschutzpersonal so viel als möglich und schnell zu bewerkstelligen, damit nicht durch etwaige Verabredungen oder gleich nachfolgende Holzhiebe u. d. das wahre Verhältniß verdunkelt werde.

4) Insbesondere sind diejenigen, welche den verdacht-erweckenden Besitz von Holz und andern Forstprodukten damit rechtfertigen wollen, daß sie solche aus ihren eigenen Waldungen oder aus den Wadtheilen Dritter mit deren Zustimmung geholt haben, sogleich zur Vorzeigung der Stelle im Walde und zur Beirathung der Vergleichung der Stöcke u. u. aufzufordern, und wenn sie dies verweigern sollten, zu belehren, daß diese Weigerung einen weiteren Verdachtsgrund gegen sie bilde.

Eine solche Weigerung kann übrigens die Vornahme des Augenscheins u. u. nicht hindern, derselbe ist vielmehr mit Sorgfalt vorzunehmen, und dabei sind alle Merkmale, welche als Beweis oder Anzeigen der Schuld oder Unschuld dienen können, zu beachten und aufzuzeichnen, eben so wie bei den Hausdurchsuchungen.

5) Solche Nachforschungen, Augenscheinsnahmen und vorzüglich Schätzungen sind auch vorzunehmen, wenn von Gendarmen oder andern Personen, welche keine Techniker (Sachverständige) sind, Forstfrevelanzeigen gemacht werden, und die Umstände jene Erhebungen durch sachkundiges Forstpersonal erfordern.

§. 18.

Nach Umständen ist auch zur Ergänzung und Erläuterung der einzelnen Frevelanzeigen beizufügen, ob der Angezeigte ein Gewohnheitsfreveler ist, ob er nicht aus Noth, sondern mehr gemeinshämig die Holzentwendung verübt, beziehungsweise, ob er Kleinholzhandel treibt, ob er sich mit größerem Holzhandel befaßt, dann ob er eigene Waldung besitzt, ob er vom Forst-

amte mit Holzabgaben berücksichtigt worden ist, ob die Entwendung mit Anspann geschehen ist etc.

§. 19.

Die Anfertigung und Uebergabe der Rügehefte geschieht in folgender Art:

a) Jedes zum Forstschutz bestellte Individuum hat bei Begehung des Waldes ein Büchlein bei sich zu führen und in dieses alle entdeckten Uebertretungen bei der ersten Wahrnehmung in chronologischer Ordnung, so wie auch alle spätern Erhebungen, namentlich durch Nachfragen, Hausfuchungen und Augenscheins-Einnahmen, dann die vorgebrachten Entschuldigungen etc. genau zu notiren.

b) Aus diesen Notizen wird die von jedem Forstschutzindividuum persönlich zu führende Liste der Forstrevell-Anzeigen nach dem in der Beilage I. gegebenen Formulare monatweise hergestellt. Der Vortrag in dieser Liste hat ununterbrochen in chronologischer Ordnung zu erfolgen.

c) In diese Listen sind auch die Anzeigen der Gendarmen und Privatpersonen aufzunehmen, mit Benennung des eigentlichen Denunzianten.

d) Wenn die Waldungen eines Reviers in verschiedenen Landgerichtsbezirken liegen, sind auch die Revellanzeigen für jedes Landgericht ausgeschieden herzustellen.

e) Für jeden Monat übergeben die Revierförster diese Anzeigelisten, geheftet, abgeschlossen, von ihnen und den einzelnen Denunzianten unterschrieben, bis zum dritten Tage des darauf folgenden Monats dem vorgesetzten Forstamte, in einfacher Fertigung.

f) Die Forstämter stellen auf den Grund dieser Monatsanzeigen die an die Polizeibehörden gelangenden, nach deren Bezirken geordneten Quartalanzeigen oder Rügehefte her, für welche in der Beilage II. das Formular gegeben ist.

Die Ausfertigung jedes Rügehefts erfolgt doppelt, indem das eine Exemplar für das Forstamt, das andere für das Landgericht bestimmt ist. (Vergl. §. 29. lit. b.)

Die Monatsanzeigen bleiben bei den Forstämtern.

g) Zur Uebergabe der vierteljährigen zweifachen Rügehefte an die Landgerichte sind folgende Zeitpunkte (Fristen) festgesetzt:
für das I. Quartal (d. h. für die Monate Oktober, November, Dezember) bis 11. Januar,
für das II. Quartal bis 11. April,
für das III. Quartal bis 11. Juli,
für das IV. Quartal bis 11. Oktober.

h) Jedes Forstrügeheft hat auf dem Titelbogen außer der Benennung des Reviers auch die Bezeichnung des einschlägigen Forstamts, Landgerichts und Kantons zu enthalten.

§. 20.

Wie der Eintrag in die Rügehefte geschehen soll, ergibt sich größtentheils schon aus den vorgeschriebenen Rubriken des Formulars.

1) Die eine Seite ist für die Anzeige, die andere für den Eintrag der Rügebeschlüsse bestimmt.

2) Alle Frevel in jedem Revier sind zunächst mit fortlaufenden Ordnungs-Nummern zu versehen.

3) Als Zeit des Frevels ist wo möglich jene anzugeben, in welcher derselbe wirklich begangen wurde; sollte diese nicht mit Verlässigkeit auszumitteln sein, so ist die Zeit, in welcher der Denunziant den Frevel entdeckt hat, zu benennen, und die einfache Bezeichnung

„entdeckt“

darunter zu schreiben.

(Vergl. oben §. 15. Ziff. 1.)

4) In der 5ten Rubrik „Ort des Frevels“ ist eine Arealwaldung durch den Buchstaben a, eine Gemeinde-, Stiftungs- oder Privatwaldung durch den Buchstaben b zu bezeichnen, unter welchen der Name der Waldung gesetzt wird.

Unter diese Benennung wird mit lateinischen großen Anfangsbuchstaben die Bezeichnung des Landesgebiets gesetzt, zu welchem vormalig die fragliche Waldung gehörte, z. B. N. für Neuburgisch, S. für Sulzbachisch, O.P. für Oberpfälzisch.

H.P. für Herrschaft Pörsberg, H.St. für Herrschaft Sternstein, B. für Bambergisch, B.R. für Bisthum eigentlich Hochstift Regensburg u. s. w.

Damit diese Bezeichnung von den Denunzianten, resp. Forstbehörden, richtig und genau gemacht werden könne, wird hiermit angeordnet, daß jedes Forstamt im Benehmen mit den betreffenden Polizeibehörden und unter deren Mitfertigung ein Verzeichniß der einzelnen in seinem Bezirk gelegenen Waldungen des Aemtes, der Gemeinden, Stiftungen und Privaten mit der Bezeichnung der vorstehenden Landesbestschaft im doppelten herzustellen habe, wovon das eine Exemplar bei der betreffenden Distrikts-Polizeibehörde, das andere bei dem Forstamte hinterlegt, und woraus jedem Revier der erforderliche Auszug zur Brachtung mitgetheilt wird.

5) In der 6ten Rubrik „Name des Frevlers 10. 2c.“ ist nicht bloß der Familien- und Taufname, sondern auch der etwaige Spitzname oder Spitzname, so wie der Stand, das Gewerbe, der Wohnort anzugeben, und erforderlichen Falles die Benennung der Aeltern oder Dienstherren, welche als haftbar erachtet werden, so wie die Bezeichnung beizufügen, ob und wie oft schon der Frevler vorher bestraft worden ist.

6) Um einen sichern Anhaltspunkt für die Angabe früherer Bestrafung zu erlangen, haben die Forstämter ein Strafvermerks-Register auf den Grund der rechtskräftigen Rügebeschlüsse nach beiliegendem Formular Nro. III. herzustellen.

Diese Register, welche vom 1. Oktober 1842 an anzulegen und quartalsweise fortzusetzen sind, werden nach den Wohnorten der Frevler, d. h. in alphabetischer Folge der Wohnorte abgetheilt, und bei jedem Ort die bestraften Frevler von Quartal zu Quartal bloß mit ihrem Namen und mit der Zahl der einzelnen in dem betreffenden Quartale abgewandelten Fälle vorgetragen, wie das erwähnte Formular das Nähere zeigt.

In demselben wird in den Rubriken für die Quartale auch durch die arabischen Ziffern die Zahl der im nämlichen Quartale

vorgekommenen Frevelfälle, dann durch die in Bruchform darüber gesetzte römische Ziffer das I., II., III., IV. Quartal des anstehend benannten Jahrganges ausgedrückt.

In ähnlicher Art werden von den Forstämtern die aus diesen Registern gezogenen Angaben in die Rügehefts-Anzeigen in Bruchform eingesetzt, z. B. „bestraft $\frac{3}{8}$ “ oder „ $\frac{21}{10}$ “.

Hier bedeutet die untere arabische Ziffer, in wie viel Quartalen der Angezeigte schon bestraft worden ist, und wie oft derselbe demnach als rückfällig erscheint. Die obere Zahl dagegen soll die Summe aller einzelnen von demselben früher begangenen und (theils gleichzeitig, theils nacheinander) bestrafte[n] Frevel aus allen Quartalen anzeigen.

7) Wenn ein Frevler in demselben Quartale mehrmals und zu verschiedenen Zeiten, etwa von verschiedenen Anzeigern, betroffen wurde, deßhalb in dem Rügeheft unter verschiedenen von einander entfernten Nummern vorkommt, so ist bei der ersten Erwähnung desselben anzugeben, unter welchen weiteren Nummern in dem nämlichen vierteljährigen Rügeheft der fragliche Frevler vorgetragen ist, damit derselbe nicht nach Abwandlung des zuerst angezeigten Frevels aus Irrthum nach Hause entlassen werde.

8) In die 7te Rubrik wird die ganze Beschaffenheit des Frevels mit den nöthigen Erläuterungen über die Beweismittel u. dgl. (wie oben S. 15. Zif. 4. vorgeschrieben ist) eingesetzt.

Sollte in dieser Rubrik der Eintrag besonders umfassend und groß werden, so wird gestattet, in angemessener Weise über die Rubrik hinauszurücken und von der dritten Rubrik bis an die sechste gerade fort zu schreiben.

9) Ueber den Eintrag in die 8te und 9te Rubrik finden sich oben S. 15. Zif. 5. hinreichende Bestimmungen.

§. 21. vom 20. März 1843

Die tabellarische Form der Anzeigen (nach dem vorgeschriebenen Formular des Rügehefts) ist in der Regel überall anzuwenden.

Ausnahmeweise ist dieselbe nicht erforderlich, wenn wegen Dringlichkeit der Sache Beduſs ſofortiger Unterſuchung beſondere Anzeige erſtattet wird.

(Vergl. S. 14. Abſatz 3.)

Abtheilung B. Von der Vorladung.

§. 22.

a) Sogleich nach Empfang der Anzeigen haben die Polizeibehörden den Termin zur Abwandlung (den Rügeſtag) und zwar höchſtens auf 21 Tage hinaus feſtzulegen, und die Angezeigten (erforderlichen Falles mit den als haſtbar erachteten Dienſtherren oder Vätern, in deren Ermangelung mit den Müttern) zeitig hiezu vorzuladen.

b) Den betreffenden Königl. Forſtämtern iſt zugleich durch Schreiben hiervon Nachricht zu geben, damit ſowohl die Forſtmeiſter ſelbſt bei dieſem Termin erſcheinen, als auch einen Theil der ihnen untergebenen Anzeiger beauftragen können, ſich am Rügeſtage einzufinden. (Vergl. unten §. 28.)

c) Eine etwa nöthig erachtete Vorladung der betheiligten denunzirenden Gendarmen iſt durch Schreiben an deren Compagnie-Commando zu bewirken.

d) Die Communal- und Privatwaldaufſeher, welche als Anzeiger der Rügeverhandlung beizubehalten ſollen, wenn es ohne Störung ſein kann, ſind durch ihre zunächſt vorgeſetzte Polizeibehörde zum Erſcheinen zu veranlaſſen.

e) Sofern ein Königl. Rentamt an demſelben Orte ſich befindet, wo das Landgericht ſeinen Sitz hat, iſt auch erſtere Behörde von der Feſtſetzung des Rügeſtags rechtzeitig in Kenntniß zu ſetzen, damit von demſelben ein Gehülfe zur Geldperception abgeordnet werden kann.

§. 23.

Bei Feſtſetzung der Rügeſtage und Vorladung der Grenzer hiezu iſt zu berückſichtigen;

1) daß nur ſo viel Grenzer auf einen und denſelben Tag vorgeladen werden, als voraussichtlich an ſolchem abgewandelt

werden können, damit nicht durch Ueberhäufung das nothwendige Gehör und die Erwägung der Entschuldigungsgründe und andern Verhältnisse unmöglich gemacht werde;

2) daß den entferntesten Proceß eine solche Gerichtszeit bestimmt werde, daß sie an demselben Tage wohl eintreffen und noch nach Hause zurückkehren können.

§. 24.

In der Vorladung ist nicht bloß der Tag und die Gerichtszeit (Vormittag — oder Nachmittag) zu bestimmen, sondern auch der Rechtsnachtheil anzudeuten, daß diejenigen, welche in der bestimmten Gerichtszeit ohne hinreichende Entschuldigungsgründe ausbleiben und sich nicht verantworten, als der angezeigten Uebertretung geständig erachtet und demnach (in contumaciam) in die gesetzliche Strafe etc. verurtheilt werden würden.

Es ist darauf zu sehen, daß die Gerichtsdiener, welche die Vorladung bewirken, jeden Angezeigten auf dieses Präjudiz aufmerksam machen.

§. 25.

Die Vorladung soll ferner die Aufforderung enthalten, daß diejenigen Angezeigten, welche unvermögend sind, die etwa zu erfennende Geldstrafe nebst amtlichen Gebühren zu bezahlen, sich noch vor dem Rüge-tag mit den gehörigen Armuthszeugnissen zu versehen, und solche bei ihrer Verantwortung zu übergeben haben.

(Vergl. unten §. 35.)

Wenn sich nach der oben §. 22. lit. e. gegebenen Bestimmung von Seiten des R. Rentamts ein Individuum zur Einhebung der Strafbeträge etc. am Rüge-tag einführt, ist in der Vorladung auch die weitere Aufforderung einzufügen, daß die bemittelten Angezeigten hinreichendes Geld zum Rüge-tag mitzubringen haben, um die Strafe nebst übrigen Gebühren sofort bezahlen zu können.

§. 26.

Die Vorladung wird schriftlich gefertigt und den Angezeigten durch den Gerichtsdiener vorgelegt und erforderlichen

Fälle vorgelesen, und ist sodann vom Angezeigten zu unterschreiben.

Bei etwaiger Abwesenheit des Angezeigten ist die Vorladung in gleicher Art seinen großjährigen Familiengliedern fund zu geben und von diesen unterschreiben zu lassen.

Wenn der Angezeigte oder seine Familienglieder des Schreibens unfundig sind und nur ein Handzeichen machen, ist durch einen beizulebenden Nachbarn bestätigen zu lassen, wer das Handzeichen gemacht hat.

Sollten auch keine Familienglieder anwesend sein, so ist die Ladung dem Gemeindevorsteher zur Besorgung anzustellen.

Dieser ist verbunden, die Ladung in vorstehend bezeichneter Art und schleunig zu vollziehen, sodann den Vorladezettel spätestens 24 Stunden vor dem Rüge termine der betreffenden Polizeibehörde zurückzustellen, bei Vermeidung einer Strafe von wenigstens 5 Gulden.

Die Vorladung auswärtiger Frevel ist durch Requisition ihrer vorgesetzten Behörden zu besorgen.

Solchen Requisitionen ist mit der erforderlichen Befehlennigung nachzukommen.

III. Abschnitt.

Von der Untersuchung und Aburtheilung der Frevel.

Abtheilung A. Von den Rügetagen.

§. 27.

Die Abmahlung der Forstfrevel, d. h. die Untersuchung und Aburtheilung derselben, soll in der Regel an den vierteljährigen Rügetagen geschehen.

Ausnahmen von der vierteljährigen Abmahlung finden statt,

1) wenn besondere Untersuchung einzelner Fälle erforderlich ist (vergl. oben §. 21);

2) wenn sich die Zahl der Frevel so sehr häuft, daß öftere Rügetage, zu Bsp. alle Monate, zweckmäßiger sind.

§. 28.

a) Bei den Rügetagen sollen neben der polizeirichterlichen Commission auch die K. Forstmeister und Revierförster, dann, so weit es thunlich ist, ein Theil des denunzirenden Forstpersonals anwesend sein, zu dem Zweck, um das forstwirtschaftliche und finanzielle Interesse wahrzunehmen, auf Befragen die etwa vorhandenen zweifelhaften Umstände aufzuklären, erforderlichen Falls ein technisches Gutachten abzugeben und zur Ueberführung der Frevler und Erlangung ihres Geständnisses mitzuwirken.

b) Die königl. Forstmeister können sich nur ausnahmsweise, wegen legaler Verhinderung, und zwar vorzugsweise durch einen besonders dafür zu beauftragenden Revierförster am Rügetage vertreten lassen, wovon jedesmal die Polizeibehörde in Kenntniß zu setzen ist.

c) Damit nicht der Forstschuß während des Rügetages vernachlässigt werde, kann nur ein Theil des denunzirenden Forstpersonals anwesend sein, und die Revierförster haben diejenigen Denunzianten zum Erscheinen am Rügetage auszuwählen, deren Anzeigen am bedeutendsten sind.

d) Wenn, wie oben §. 21. erwähnt wurde, das betreffende Rentamt seinen Sitz in demselben Ort hat, wie das Rügegericht, soll auch ein rentamtlicher Gehülfe am Rügetag anwesend sein, um von den zu einer Geldstrafe ic. verurtheilt werdenden zahlungsfähigen Frevlern den Gelbbetrag sogleich zu erheben und darüber zu quittiren.

In solchen Fällen ist im Rügebest sogleich beizusetzen: „bezahlt.“

§. 29.

Abmahlung der am Rügetage erschienenen Frevler.

a) Bei der Rügeverhandlung ist jeder der angezeigten Frevler im Verhörszimmer einzeln zu vernehmen und abzuurtheilen, ohne Beisein der übrigen Angezeigten.

b) Dem Votgerufenen wird die ihn betreffende Anzeige vorgelesen und seine Verantwortung abgefordert. Wird die

Anzeige zugestanden, so erfolgt sofort der Rügebeschluß der Polizeibehörde, welcher sogleich dem Angezeigten (mit dem unten S. 39. Ziff. 6. bemerkten Beisatz über Refursrecht und Refursfrist) eröffnet, dem anwesenden Forstpersonal bekannt gemacht und in die beiden Exemplare des Rügebuchs eingetragen wird, welches nach Formular Beilage II. auf dem den Frevelanzeigen gegenüber befindlichem Blatte die Rubriken für diese Einträge enthält.

(Nähere Bestimmungen über die Form der Einträge siehe unten im S. 37.)

c) Wird dagegen die Anzeige gänzlich oder theilweise widersprochen, so hat die Polizeibehörde (beziehungsweise die Rüge-Commission) zu prüfen und zu erwägen, ob in der auf Dienstpflicht gemachten und daher (vorbehaltlich des Gegenbeweises) als glaubwürdig anzusehenden Anzeige, oder bei etwaiger Anwesenheit des Deamuzianten in dessen auf Befragen gegebenen pflichtmäßigen Erläuterungen solche Umstände dargegethan sind, daß der Thatbestand als erwiesen anzunehmen ist.

Wird nun hiernach die Ueberweisung angenommen, so ist ebenfalls sogleich Beschluß zu fassen, zu eröffnen und einzutragen (wie vorstehend bei lit. b.), jedoch mit kurzer Angabe der Ueberweisungsgründe. (Vergl. S. 37. lit. F.)

Bei mangelnder Ueberweisung ist nach Umständen auf Freisprechung oder Instanzenentlassung zu erkennen, oder die Sache zur näheren besonderen Untersuchung zu verweisen.

(Vergl. S. 31.)

S. 30.

Contumacial-Verfahren gegen die nicht erschienenen Frevler.

a) Wenn ein Angezeigter ungeachtet der richtigen Ladung, welche durch den unterschriebenen Vorladezettel (vergl. S. 24.) nachzuweisen ist, am Rügetage zur bestimmten vormittägigen oder nachmittägigen Gerichtszeit nicht erscheint, oder sich nicht verantwortet, ohne daß hiefür eine genügende Entschuldigung

vorgebracht wird, so soll dem in der Ladung angebrachten Rechtsnachtheile gemäß angenommen werden, daß der Erstere die angezeigten verbotenen Handlungen zugehe.

Demgemäß ist sofort Beschluß zu fassen und in das Rügeheft einzutragen, mit dem Besatze „contumazirt.“

b) Die Verurtheilung des Frevelers hat einzutreten, sofern nach Annahme des Geständnisses der Thatbestand einer Uebertretung hergestellt ist.

Dabei muß auf die Vermögensverhältnisse des Frevelers, soweit solche eben bekannt sind, Rücksicht genommen werden. Ist derselbe nicht notorisch arm, so soll auf die ordentliche Geldstrafe erkannt, außerdem aber nach Vorschrift des folgenden §. 35. verfahren werden.

c) Die Verkündung dieses Contumazialbeschlusses geschieht sogleich nach dem Rügtage durch eine kurze schriftliche Eröffnung an den ausgebliebenen Angezeigten, worin dessen Name (mit Stand und Wohnort), der Gegenstand des Frevels und die etwa erkannte Strafe mit den Gebühren unter der Aufforderung zur sofortigen Bezahlung dieser Beträge an das betreffende Kantamt, so wie die Belehrung über das Rekurrsrecht, die Rekursfrist und das Strafschärfungsrecht der II. Instanz, enthalten ist.

Zur Vereinfachung können gedruckte oder lithographirte Formulare für solche Eröffnungen verwendet werden.

d) Von der (durch das Botenbuch nachzuweisenden) Zustellung dieser Eröffnung an, läuft für den Contumazirten die Berufungsfrist.

e) Sollte der Angezeigte, bei dem nach der Reihe der Anzeigen vorgenommenen Aufrufe nicht anwesend sein, jedoch noch vor Ablauf der Gerichtszeit sich stellen, so ist derselbe noch zur Verantwortung zugelassen.

f) Für diejenigen, welche am Vormittag vorgeladen sind, endet die Gerichtszeit um 12 Uhr; oder wenn die Rügeverhandlung ununterbrochen über diesen Zeitpunkt hinaus fortgesetzt wird, mit dem Schluß der Verhandlung.

Für Diejenigen, welche auf Nachmittags vorgeladen sind, endet die Gerichtsstunde um 6 Uhr Abends.

g) Ein späteres Erscheinen des Vorgeladenen kann nur dann dessen Restitution veranlassen, wenn unverschuldete Hindernisse des Ausbleibens nachgewiesen werden.

Abtheilung B. Besondere Untersuchungen.

§. 31.

Die besondere Untersuchung, bei welcher die Verhandlungen in protokolларischer Form, wie bei den übrigen polizeilichen Untersuchungen, aufgenommen werden, tritt ein, wenn entweder wegen Dringlichkeit der Sache besondere Anzeige von den Forstbehörden erstattet wird,

(vergl. oben §. 14. Absatz 2. und §. 21.)

oder wenn der Inhalt der Anzeige eines zum Walschutz bestellten Individuums, oder eines Gendarmen, oder die beim Rügetage abgegebene Erklärung des Denunzianten, zur Ueberzeugung des Angezeigten nicht genügend erscheint, namentlich, wenn der Angezeigte nicht bloß einfach widerspricht, sondern solche Umstände zu seiner Vertheidigung anführt, welche weitere Erhebungen erfordern.

Für diese weiteren Untersuchungen ist sogleich nach dem Rügetage ein Extrakt aus dem Rügeheft bezüglich der betreffenden Frevel und zwar für jeden gesondert zu fertigen, welcher die vollständige Anzeige, die Angabe des Datums, des Anzeigers und des Beschlusses auf weitere Untersuchung enthalten soll, mit welchem ein besonderer Untersuchungsakt angelegt wird, aus welcher als Veranlassung weiterer Amtshandlungen dient.

Abtheilung C. Gemeinsame Bestimmungen für alle Arten der Untersuchung.

§. 32. Nachforschung und Beweisführung.

a) Wenn ein Angezeigter die fragliche ihm vorgehaltene Uebertretung widerspricht, oder doch nur theilweise in solchen

Waffen: zugesetzt, welche an sich nicht strafbar wären, und solche Umstände zu seiner Vertheidigung anführt, welche weitere Erhebungen erfordern, so soll — mit Ausnahme der oben erwähnten Fälle der einfachen Abläugung ohne Vertheidigungs-Vorbringen, wobei die Ueberweisung auf den Grund der pflichtmäßig erstatteten Anzeige angenommen wird — das Rügegericht durch weitere Nachforschung auf dem kürzesten und sichersten Wege zur Ermittlung des wahren Sachverhältnisses zu gelangen suchen.

Es ist demnach der Angezeigte mit allen seinen Vertheidigungsgründen zu Protokoll zu nehmen, und sodann dieses Vertheidigungs-Vorbringen näher auf den Grund zu setzen. Zugleich sind die aufzufindenden Ueberweisungsgründe zu den Akten zu erheben.

b) Dazu dient vor Allem die Vernehmung des Angezogenen dann der von der einen oder andern Seite benannten Zeugen.

Nach Umständen ist hiemitellen ein technisches Gutachten des Forstpersonals einzuholen, hiemitellen auch Totsaugenschein einzunehmen. Letzterer darf jedoch nur aus besonders erheblichen Gründen vom Rügegericht selbst vorgenommen werden und ist vielmehr in der Regel durch das Forstpersonal vornehmen zu lassen, auf dessen technische Kenntniß es ohnehin dabei meistens ankommt. Ueber das Ergebnis des Augenscheins ist das Forstpersonal zu Protokoll zu nehmen, oder schriftliche Angabe darüber (mit Bezugnahme auf den geleisteten Dienst) erstatten zu lassen.

Darüber wird schon die nähere Erläuterung des Sachverhältnisses durch den Angezogenen allein hinreichenden Beweis liefern.

c) Die als Zeugen für Ueberweisung oder Vertheidigung benannten Personen sind nicht unbedingt in gesammter Zahl zu vernehmen, sondern nur so viele derselben, als zu genügender Aufklärung der Sache nach Lage der Akten nöthig erscheinen.

d) Jeder Angezogene ist einzeln zu verhören, wenn keine besonderen Gründe entgegenstehen, durch Handgelübde für Angabe der reinen Wahrheit ohne Rückhalt zu verpflichten, zu

nächst über seine persönlichen Verhältnisse und unverfänglich über jene Punkte zu vernehmen, über welche seine Aussage verlangt wird, so wie ein solcher auch zur Angabe dessen, was er sonst noch von der Sache weiß, zu veranlassen ist.

Ein Forstbediensteter oder ein sonstiges zum Forstschutz verpflichtetes Individuum, welches Aufklärung oder Zeugniß im Umfange seines Dienstes zu geben hat, ist unter Hinweisung auf den geleisteten Dienst eid zu vernehmen.

e) Die Aussage eines einzigen einwandfreien und verhandgelübdeten Zeugen kann — soweit der Inhalt derselben genügt — vollen Beweis liefern, vorbehaltlich des Gegenbeweises.

(Gerichtsordnung Cap. 3. §. 3. No. 4. u. Cap. 10. §. 13.)

Auch ein Denunziant ist als vollkommen tüchtiger Zeuge der That und des Thäters zulässig, wenn er vermöge seines Amtes zur Anzeige verpflichtet war.

(Analogie des Straf-G.-B. Thl. II. Art. 283.)

Das standes- und gutsherrliche Forstpersonal, sowie jeder von der treffenden Polizeibehörde für den Walschutz verpflichtete Waldaufseher, steht in dieser Beziehung (Glaubwürdigkeit) den unmittelbaren Königl. Forstbediensteten oder Gendarmen gleich.

(Minist.-Rescript vom 16. Nov. 1836. Döllinger's Verordn.-Sammlung Bd. 4. S. 80.)

f) Es sind jedoch nur diejenigen auf Handgelübde oder mit Bezugnahme auf den geleisteten Dienst eid gemachten Aussagen und Erläuterungen des Forstpersonals oder anderer Denunzianten und Zeugen als beweisend zu erachten, welche entweder

a) die von ihnen selbst gemachten Wahrnehmungen betreffen, also auf eigener sinnlicher unmittelbarer Erfahrung, nicht ausschließ auf Hörensagen, Vermuthungen oder Schlüssen beruhen,

(Analogie des Straf-G.-B. Thl. II. Art. 277.)

oder b) ein technisches Urtheil (Gutachten) enthalten;

Die Zeugen sind daher geeignet zu befragen, woher sie ihre Wissenschaft von der Sache haben, wie weit sie den Umstand selbst gesehen haben &c. &c.

In wie weit aber durch die zugestandenen oder von Zeugen bestätigten Umstände ein Beweis für Schuld oder Unschuld des Angezeigten geliefert ist, dies zu beurtheilen und zu erkennen kommt nur der Polizeibehörde (dem Rügegerichte) zu.

g) Wer als Zeuge von der Polizeibehörde vorgeladen wird, ist schuldig zu erscheinen. Ein Zeuge, welcher der richtigen und nachgewiesenen Vorladung ungeachtet im Termine ungehorsam ausbleibt, darf mit Gewalt vor Amt geführt und wegen solchen Ungehorsams, so wie auch, wenn er die Ablegung des Zeugnisses ohne rechtlichen Grund verweigert, mit einer Ordnungstrafe in Geld oder Arrest belegt werden.

(Analogie des Straf-G.-B. Zbl. II. Art. 206.)

Des Zeugnisses können sich nur entschlagen:

Blutsverwandte in auf- und absteigender Linie, leibliche Geschwister, Ehegatten und im nächsten Grade Verschwägte.

(Vergl. Straf-Gesetzbuch Zbl. I. Art. 79.)

h) Dagegen können die Zeugen für ihre Gänge und Versäumniß entsprechende Zeugengebühren in Anspruch nehmen, welche nach Erwägung der Verhältnisse von der erkennenden Behörde festzusetzen sind.

Solche Gebühren kommen auch den Denunzianten und den bei Hausdurchsuchungen Beistand leistenden Gemeindevorstehern und ihren Vertretern für die zur Ausmittlung des Frevels notwendigen besonderen Gänge zu.

(Vergl. unten S. 37. Lit. C.)

S. 33.

Haftung der Aeltern und Dienstherrschaften der Frevler.

Sofern nach den bestehenden Verordnungen die Aeltern (d. h. die Väter, in deren Ermangelung die Mütter) oder Dienstherrschaften, oder andere Auftragsgeber für die forstpolizeilichen Uebertretungen ihrer Kinder und Dienstboten zu haften haben,

und deshalb in Anspruch genommen werden sollen, was vorzüglich dann der Fall ist, wenn der Frevel im Auftrag der Aeltern oder Dienstherren, oder mit deren Wissen und Zusage, etwa mit deren Gespann, vollführt wurde, oder das gewesene Forstprodukt mit ihrem Wissen und Zulassen in ihren Auen verwendet wurde, müssen dieselben wie die Uebertreter selbst vorgeladen und nicht bloß über den Frevel, sondern auch über ihre Haftungsverbindlichkeit gehört werden, indem ohne solches Gehör eine Strafe gegen dieselben weder erkannt noch in Vollzug gesetzt werden kann.

Wird nun in solchen Fällen die Haftung begründet gefunden, so hat das Regericht dieses auszusprechen, und dabei wie bei jedem andern Beschlusse zu verfahren.

§. 34.

B e s c h l u ß f ä s s u n g.

a) Sobald der Thatbestand als genügend hergestellt erachtet wird, ist der Strafbeschluß auf den Grund der bestehenden Gesetze, Forstordnungen und neueren Verordnungen zu fällen.

Dabei ist neben der Strafe auf den Ersatz des angerichteten Schadens, auf Pfandgelder oder Anzeigegebühren, Zeugengebühren und Gerichtskosten (siehe unten §. 37.) zu erkennen, auch nach Umständen über weggenommene verbotene Werkzeuge oder andere gepfändete Gegenstände Verfügung zu treffen.

b) Die noch unlängst in einigen Bezirken üblich gewesene Erhebung von Strafbeiträgen *ad fundum pauperum* hat in Gemäßheit der

Ministerial-Rescripte vom 6. Oktober 1822 und 26. Juni

1827 (Döllinger's Verordnung-Sammlung Bd. XII.

§. 560 und 562.)

nunmehr überall zu unterbleiben.

c) Die in mehreren Bezirken verhältnismäßigen Strafantheile des denutzenden Forstpersonals werden aus der er-

kannten Geldstrafe berechnet und genommen, ohne die Zahlungsschuldigkeit des Frevlers zu erhöhen.

d) Neben der erkanntten ordentlichen Geldstrafe kann auch abgesehen von der Umwandlung — auf Arrest erkannt werden, wenn sich der Frevler eines widerspenstigen oder sonst ungebührlichen Betragens gegen das Forstpersonal etc. etc. hat zu Schulden kommen lassen und eine solche Einschreitung nöthig erscheint.

e) Gegen mehrfach rückfällige (Gewohnheits-) Frevler, welche einen gefährlichen Gang zum unrechtlichen Erwerb erkennen lassen, ist neben Zuerkennung der rügeordnungsmäßigen Strafe auch mit Arrest, welcher bei wiederholten Rückfällen gesteigert wird, und endlich, wenn alle diese Strafen erfolglos geblieben sein sollten, mit Ablieferung in ein Zwangsarbeitshaus einzuschreiten.

(Verordnung vom 28. Nov. 1816 über Zwangs-Arbeitshäuser Art. 1. Ziff. 5.)

Die oben (§. 20. Ziff. 6.) angeordneten Register der Forstämter und die daraus gezogenen Notizen geben in der Regel hierfür den Anhaltspunkt, übrigens mit Beachtung aller Bestimmungen der eben erwähnten Verordnung.

f) Jeder Beschluß ist alsbald dem Betheiligten zu eröffnen mit der Belehrung über Rekursrecht, Rekursfrist und Strafschärfungsrecht, welche Belehrung bei besondern Untersuchungen in das Protokoll aufzunehmen ist. Die Eröffnung ist vom Angezeigten durch Unterschrift zu bestätigen, sowohl in besondern Protokollen, als (bei den am Rüge-tag gefaßten Beschlüssen) im Rügeheft.

(Vergl. §. 37. lit. F. am Ende.)

Die Forstämter sind von den Beschlüssen in besondern geführten Untersuchungen durch Mittheilung einer Abschrift gleichzeitig mit der Eröffnung an den Frevler in Kenntniß zu setzen. Dem Königl. Forstmeister oder seinem beauftragten Aktuar steht überdieß die Einsicht der betreffenden Rüge-Acten im Gerichtslokale frei.

Wenn durch den Rügebeschluß dem Königl. Aerar die baaren Auslagen aufgebürdet worden sein sollten, so ist auch alsbald dem Königl. Rentamt hiervon Eröffnung zu machen.

(Vergl. §. 35. Ziff. 5. Abs. 1. §. 36. Ziff. 1. Abs. 5. §. 39. Ziff. 2. Abs. 2.)

g) Die Untersuchung und besonders die Beschlußfassung ist durchaus möglichst zu beschleunigen, und namentlich zu beachten, daß nicht durch ungerechtfertigte Verzögerung die Verjährung eintrete, welche in analoger Anwendung der Bestimmungen des Straf-Gesetzbuches Zbl. I. Art. 140.

unter den daselbst enthaltenen allgemeinen Voraussetzungen in zwei Jahren von Begehung des Frevels an bezüglich der Strafe eintritt, wenn die Untersuchung oder Entscheidung aus Schuld des Richters unterlassen worden wäre.

(Reg.-Aus schreiben v. 14. Dez. 1841. Ziff. 27. Intelligenzblatt 1841. S. 2007.)

§. 35.

Umwandlung der Geldzahlungen in Arrest oder Waldarbeit.

1) Wenn die Vermögens- und Erwerbslosigkeit eines Frevelers entweder durch gehörige, von der erkennenden Behörde nicht beanstandete Atteste, in welchen jedesmal ausdrücklich angegeben werden muß, ob der Betheiligte zu den conseribirten Armen gehöre oder nicht, oder durch die von dieser Behörde bestätigte Notorietät hergestellt ist, hat das Rügegericht die ordentliche Geldstrafe in Arrest, den Schadenersatz aber (nach den weiter unten gegebenen Bestimmungen) in Waldarbeit umzuwandeln, was sowohl am Rügetag, und überhaupt bei Erlassung des Beschlusses, als auch nachher, wenn obige Voraussetzungen sich ergeben, beziehungsweise wenn die Geldstrafe u. dgl. nicht erhoben werden könnte, von der Behörde I. Instanz ausgesprochen werden kann.

(Vergl. unten §. 44. Ziff. 3.)

2) Bei Prüfung der Vermögensverhältnisse, welche mit Gewissenhaftigkeit und Strenge vorgenommen werden soll, ist die erkennende Behörde an die vorgelegten Armuthszeugnisse nicht gebunden, sondern hat nach eigenem bessern Wissen zu erkennen, dabei auf die Erinnerungen der Forstbeamten thunlichst Rücksicht zu nehmen. Sollte bei dieser Gelegenheit wahrgenommen werden, daß Armuthszeugnisse grundlos und nicht gewissenhaft ausgestellt worden, so ist die Polizeibehörde verpflichtet, die ihr untergebenen Aussteller des Zeugnisses zur Verantwortung zu ziehen und mit Strafe gegen solche einzuschreiten, gegen andere Aussteller aber die Einschreitung der zuständigen Behörde zu veranlassen.

Auch die Vermögensverhältnisse derjenigen Angezeigten, welche am Rüge tag nicht erscheinen und in contumaciam verurtheilt werden, sind in so weit zu berücksichtigen, daß, wenn sie notorisch arm sind, deren Strafe sofort umgewandelt wird.

(Vergl. oben S. 30. lit. b.)

3) Als ganz arm sind diejenigen zu betrachten, welche weder irgend ein Vermögen besitzen, noch hantirenden Beruf haben (also erwerblos sind), um auch nur einen Theil der betreffenden Geldsumme zu bezahlen, oder welche durch deren Entrichtung außer Stand gesetzt sein würden, sich und die übrigen nothdürftig zu ernähren.

Als dürftig sind diejenigen zu erachten, welche zwar einen geringen Erwerb haben, jedoch eine etwas größere Summe zu entrichten ebenfalls nicht wohl im Stande sind.

4) Den als dürftig erklärten Geblern ist

in analoger Anwendung der Verordnung vom 20. Februar 1814 und der außerordentlichen Verordnung vom 16. Dec.

1817. (Reg. Bl. 1817. S. 1022, Doppelmalers Sammlung II. Aufl. S. 226 u. 229.)

nicht jede Geldzahlung nachzulassen oder umzuwandeln, sondern wenigstens auf Zahlung der Untersachungs- und Pfandgelde, der etwaigen Zeugengebühren zu erkennen und höchstens

die eigentliche, ihre Kräfte übersteigende Strafe, nebst Schadensbetrag umzuwandeln.

5) Nur bei gänzlicher Armut (Erwerbslosigkeit) sind neben Umwandlung der Strafe und des Schadenersatzes die Untersuchungskosten, so weit sie die Taren betreffen, außer Absatz zu lassen, die baaren Auslagen aber vom Königl. Aerar, beziehungsweise von der Gerichtsherrschaft oder Gemeindefasse, zu tragen.

(Analogie des Straf-Gesetzbuches Zbl. II. Art. 409.)

Die Pfandgelder oder Anzeigegebühren sind in solchen Fällen vermöge der Bewilligung des Königl. Finanzministeriums

vom 8. März 1817,

" 7. August 1822,

" 22. Juli 1824,

" 5. September 1831 und

" 12. Juni 1832

nur alsdann vom Königl. Aerar zu vergüten, wenn Forstwarts, Stationsgebülfsen, Rettergebülfsen, Waldwächter, Praktikanten und Elefen — oder auch Gendarmen — die Anzeiger und Empfänger sind, so daß also das Forstverwaltungspersonal vom Regierungsförster an aufwärts auf eine solche Vergütung so wenig Anspruch machen kann, als andere Anzeiger. Auch bezieht sich diese Vergütung nur auf die Anzeigen der in ararischen Waldungen begangenen Frevel.

Hinsichtlich der in Gemeinde-, Stiftungs- oder Privatwaldungen begangenen und angezeigten Frevel werden die Anzeigegebühren bei Unvermögenheit des Frevelers zu deren Zahlung, weder vom Königl. Aerar, noch von den Gemeinden, Stiftungen oder Privaten an den Anzeiger vergütet, wenn dieses nicht etwa durch ein Uebereinkommen mit dem Waldeigenthümer festgesetzt wäre.

(Minist.-Rescript v. 24. Nov. 1841, lithogr. Reg.-Aus-

schreiben v. 4. Dez. 1841.)

6) Die Umwandlung des Schadenersatzes in Waldschutzzugabe kann nur mit Zustimmung der Forstbehörde, deren

des Waldeigentümers) ausgesprochen werden, über dieselbe in der Regel vor der Festsetzung hierüber zu befähigen ist.

Wird die Zustimmung nicht erteilt, so fällt bei gütlicher Einmuth die Schadenersatzpflicht hinweg.

Diese Waldarbeiten müssen immer dem beschädigten Waldeigentümer zu Gute kommen.

7) Als Maßstab bei der Umwandlung der Geldstrafe in Arrest sind die Bestimmungen des Straf-Gesetzbuches Zbl. Nr. 25. in analoge Anwendung zu bringen, wornach eine Geldstrafe von 25 fl. einer Arreststrafe von 8 Tagen gleich steht.

Bei der Umwandlung des Schadenersatzes in Waldarbeit ist der ortsübliche Taglohn als Maßstab anzunehmen, so daß der Freyer so viele Tage Waldarbeit leisten muß, bis der Schaden dadurch abverdient ist. Die Waldarbeit ist nach halben Tagen zu berechnen.

(Vergl. unten S. 37. Lit. D.)

8) Bei Arreststrafen von 48 Stunden und darüber ist, wenn es die Gesundheitsumstände des Verurtheilten gestatten, die Dauer der Strafzeit durch Anwendung der im

Straf-Gesetzbuch Zbl. I. Nr. 29, 30. bestimmten Schärfungsarten (durch Liegen auf bloßen Brettern und wechselnde Entziehung der warmen Kost) entsprechend abzumildern.

S. 38.

Von den Untersuchungsstellen.

1) Die Verurtheilung des Angezeigten oder die Entlassung desselben von der Instanz hat auch seine Verurtheilung in die Prozeßkosten zur Folge.

Wird der Angezeigte freigesprochen, so hat er nur dann die Prozeßkosten zu tragen, wenn er die Verdachtsgründe, auf welche die Untersuchung gebaut ist, durch eigenes Verschulden veranlaßt hat.

Eben so kann derjenige, welcher durch willkürlich falsche Anzeigen oder grobe der Dienstpflicht zuwiderlaufende Nachlässigkeit

seit Untersuchungskosten veranlaßt hat, zur Bezahlung derselben angehalten werden.

2) Väter und Dienstherren haften für ihre Kinder und Dienstboten hinsichtlich der Kosten nur insofern, als sie auch für die Strafen haften (siehe oben S. 33), mit Ausnahme der Haftung der Väter für die Verpflegungskosten ihrer Kinder im Arreste.

3) Bei der Unvermögenheit des Angezeigten, und wenn nicht Dritte zu haften haben, fallen die Untersuchungskosten, soweit sie baare Auslagen betreffen, dem Königl. Anwalt (Gerichtsherrn) zur Last.

Uebrigens gehören die oben bei der Uebersetzung (S. 35) erwähnten Bestimmungen auch hierher.

2) Zu den Untersuchungskosten nicht bloß die Taxen der Personen, sondern auch die Zustellgebühren, Anzeigengebühren, Zeugengebühren.

Außer den Untersuchungskosten der Verpflegung im Arreste bei deren Geldstrafe wegen Armuth, welche diese Verpflegungskosten sind. In solchen Fällen hat der weisse die Gerichtsherrschaft) diesen Beschluß nicht ausdrücklich eine Beziehung enthält, oder dieselben von den subsidiär dazu verpflichteten Vektoren bestritten werden können.

(Vergl. unten S. 47.)
3) Bei der am Rüge tage vollendeten Abwandslung, überhaupt wenn nur eine Verhandlung erforderlich ist, wird nur die einfache Protokolltaxe mit 36 fr. von jedem Greuter, und beziehungsweise jeder Grevelanzeige, nebst Vorladungs- und Anzeigengebühr, nach Umständen auch mit der Haussuchungsgebühr, u. dgl. angesetzt.

4) Haben Vektoren oder Dienstherren für ihre Leute zu haften, so wird durch die dem Dienstherren, u. dgl. aufgerechnete.

Protokollgebühr der eigentliche Grebler von deren Entrichtung frei. (Vergl. oben S. 33.)

Wenn aber die Untersuchung mit einer Verhandlung nicht geschlossen ist, sondern weitere Erhebungen erforderlich sind, so muß jedes Protokoll ic. ic. besonders taxirt werden.

III. 2. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

§. 37.

Von Eintragung der Beschlüsse in das Rügeheft.

1) In die Rügehefte sind nicht nur die am Rügetage gefällten Erkenntnisse, sondern auch die in besonderen Untersuchungen erlassenen und die über spätere Umwandlung gefaßten Beschlüsse nachträglich einzuschreiben, wenn solche noch vor Einleitung der Rügeverhandlungen zur königl. Regierung rechtskräftig werden.

2) Für die Art des Eintrags sind entsprechende Rubriken in dem Formular gegeben (s. Beilage II.)

A. Zuerst kommen die Geldersätze für entwendete Forstprodukte und andere Forstschäden, ausgetheilt, ob sie dem Alerar zufallen (für die Forst- und Jagdverwaltung), oder den betheiligten, aus den gegenüberstehenden Anzeigen zu entnehmenden Privaten, Gemeinden oder Stiftungen.

Die für die rentamtlichen Rechnungen auszuscheidenden Ersätze für Forstprodukte oder andere Schäden brauchen für Gemeinden, Private ic. ic. nicht ausgetheilt zu werden.

B. Dann folgen die erkannten Geldstrafen, so wie die Geldstrafen (Rubr. 13. 14.), welche beide, wo sie dem Alerar zufallen, in der Staatsfondsrechnung zu verrechnen sind.

C. Zu den weiter folgenden durchlaufenden Gebühren (Rubr. 15—19), welche von den königl. Rentämtern zwar erhoben, aber, wie der Schadensersatz für Privaten, an die Betheiligten wieder hinausvergütet werden, gehören:

AA. Die Anzeigengebühren der Denunzianten, darnach ausgetheilt, ob sie von den Greblern bezahlt, oder vom Alerar vergütet werden.

BB. Gebühren für Gänge und Versäumniß,

a) Assistenzgebühren der Gemeindevorsteher oder ihrer Vertreter bei Hausdurchsuchungen; wenn diese zufallen, muß aus dem Rügehefte zu ersehen sein, und wenn nicht, schon die Anzeige dieß antnehmen läßt, ist der Name des Empfängers unter den Betrag in die Rubrik einzusetzen; (Vergl. S. 17. Ziff. 2.)

b) etwaige weitere Entschädigung des denungstrenden Forstpersonals für besondere Gänge;

c) etwaige Zeugengebühren, welche zwar nicht am Rüge- tage vorkommen, aber nach vollendeter besonderer Untersuchung in dem oben S. 37. Ziff. 1. erwähn- ten Falle in dem Rügehefte und jedenfalls in dem Rügegefällsverzeichniß

(Vergl. S. 43. Ziff. 1. 2. 3.) vorzutragen sind.

Kommen solche Gebühren nur wenigen Zeugen zu, so sind deren Namen u. einzeln unter den be- treffenden Betrag in die Rubrik einzusetzen.

In den seltenern Fällen aber, in welchen viele Zeugen zu vernehmen waren, sind deren Gebühren besonders zu verzeichnen, wogegen in das Rügeheft nur der Gesamtbetrag eingesetzt wird.

Alle diese Gebühren unter a. b. c. sind aus- geschieden vorzutragen, je nachdem sie von den Frevlern zu bezahlen oder vom königl. Akerar zu vergüten sind.

Sollten ausnahmsweise in einer besonderen Untersuchung Commissionsdiäten des Landgerichts- personals vorkommen (vergl. oben S. 32. lit. b.), so sind solche besonders zu liquidiren und einzu- weisen.

CC. Die Verladungsgebühren, welche den Gerichts- dienern hinaus vergütet werden, soferne nicht deren Er- hebung wegen Armuth des Frevlers unterbleiben muß.

D. Die Rubriken 20 und 21 sind für den Eintrag der Umwandlung in Waldarbeit oder Arrest bestimmt; letztere muß halben Tagen berechnet und angeschlossen, ob die Waldarbeit dem Verurtheilten zu stellen ist, oder den verurtheilten Privaten, Gemeinden oder Stiftungen. Da für Angabe der Arrestdauer nur eine Rubrik besteht, so ist daselbst die jedesmal festgesetzte Zahl Tage oder Stunden, unter Beilegung dieser Bezeichnungen einzuschreiben.

E. Die 22te Rubrik enthält die Strafanteile des Verurtheilten, soweit sie in einzelnen Bezirken verhängt sind.

Da diese Beträge auf die Zahlungspflicht des Freiers keinen Einfluß haben, demselben daher auch nicht bekannt gemacht zu werden brauchen, so kann die Berechnung dieser Anttheile und der Eintrag derselben in die Rubrik auch nach Abhaltung des Rüge-tags vorgenommen werden.

F. In der letzten Rubrik 23 wird der Ausspruch über Verurtheilung und den Grund derselben, so wie über

Instanz
zur weil
rungen
und der
Richt
Dab

Armuth oder Dürftigkeit nachgewiesen, oder notariß ist, unter Hinweisung auf die Belege.

Bei eintretender Umwandlung ist der Betrag der Geldstrafe, welche in Arrest umgewandelt wird, hieher zu notiren.

Die etwa erkannte Schärfung des Arrests durch abwechselnde Entziehung der warmen Kost und durch Liegen auf bloßen Brettern, ist in dieser Rubrik anzugeben, sowie auch daselbst der Angezeigte die Eröffnung des Beschlusses durch Unterschrift zu bestätigen hat.

(Vergl. S. 32. Nr. 1.)

3) Nach beendigter Verhandlung ist das Rügeheft unter Beifügung des Datums abzuschließen, und nicht nur von der amtlichen Commission (Rüegericht), sondern auch von den dabei anwesenden Forstbediensteten zu unterzeichnen.

§. 38.

Vormerkungslisten.

1) Alle im Laufe des fraglichen Vierteljahres zur Anzeige gekommenen forstpolizeilichen Uebertretungen, welche bis zur Einsendung der betreffenden Rügehefte und Rügegefälls-Verzeichnisse zur königl. Regierung

(vergl. unten §. 43.)

nicht durch rechtskräftig gewordene Beschlüsse in einer besonderen Vormerkungsliste für die Zeit zugleich mit den Rügeverhandlungen dem königl. Regierungsrath gebracht werden, um zur Controle für die

müssen in die-
se zur
ge-
bühr-
lichen

2) Diese Vormerkungen sind fortlaufend zu numeriren und in der nämlichen Form, wie die Anzeigen (siehe das Formular Beilage II.) herzustellen, jedoch mit dem Unterschied, daß die Vormerkung nicht eine ausführliche Beschreibung der Beschaffenheit des Frevels, sondern nur eine kurze Bezeichnung desselben zu enthalten braucht.

3) Diesen Vormerkungen der unerledigten Frevelanzeigen des letzten Quartals sind auch die etwa noch unerledigten Anzeigen aus früheren Quartalen beizufügen.

IV. Abschnitt.

Vom Refus und von den weiteren Rechtsmitteln.

§. 39.

Refusrecht, Frist und Form.

1) Den durch einen Forstrügebefehl zu einer Strafe oder zu den Kosten verurtheilten Personen steht das Rechts-

mittel des Refusses an die, dem Rügegericht vorgesetzte Königl. Regierung, Kammer des Innern, zu.

Im Nach dem Königl. Referssralate und den unmittelbaren und mittelbaren Forstämtern steht die Ergriffung solchen Refurses gegen einen Beschluß des Rügegerichts zu, dem erstens bezüglich der dem Königl. Avar aufgebürdeten Kosten, den Lasten rücksichtlich des Forstschusses und der forstwirtschaftlichen Behandlung, wenn sie solche benachtheiligt, namentlich eine etwaige Freisprechung oder Lastenentlastung nicht begründet erscheint.

Solche Refurse mittelbarer Behörden sind nur abdann tax- und stempelfrei, wenn das landesherrliche Privatinteresse nicht in's Spiel kommt, außerdem sind solche als Partysache zu behandeln.

Ministerial-Rescript vom 1. Februar 1838. (S.

Die Königl. Kantäuter, welche regelmäßig von den Forst-Rügebefehlen Kenntniß erhalten, haben in den Fällen der unbegründet erachteten Kostenüberbürdung der Königl. Regierung, Kammer der Finanzen, schleunigst die erforderliche Anzeige zu machen.

Vergl. oben S. 34. lit. f. Abs. 3. S. 35. Ziff. 5. Abs. 1.

S. 36. Ziff. 1. Abs. 5. Ziff. 2. Abs. 2.)

B) Diese Besetzung, sowohl von Seite des Forstamts, als des Königl. Forstamts und Königl. Referss, muß binnen drei Tagen von der Eröffnung des anfechtenden Beschlusses an, bei der erstgenannten Behörde d. Instanz entweder schriftlich übergeben oder zu Protokoll erklärt werden.

Verordnung vom 8. August 1810. (Reg.-Bl. 1810.

Seite 642.)

Verordnung vom 29. Dezember 1836. S. XI. (Reg.-

Blatt 1836. Seite 4035.)

Regierungs-Ausschreiben vom 11. Januar 1842. (In-

telligenblatt 1842. Seite 139.)

Schriftliche Refurse, welche nicht von Stiegelmäßigen herühren, müssen von einem Königl. Adoplaten gefertigt und

unterzeichnet, oder wenigstens, legalisirt und mit Angabe der
Deserviten versehen sein.

Wollen aber die Herren ihre Berufung im Protokoll ge-
ben, so hat die Behörde II. Instanz solche aufzunehmen.

4) Jedenfalls hat diese Behörde den eingereichten oder
zu Protokoll genommenen Refurs schnellig, sammt den dazu
gehörigen Akten, der Königl. Regierung, Kammer des Innern,
vorzulegen.

Die unmittelbare Einreichung der Berufungsschrift bei der
Königl. Regierung ist um so mehr untersagt, als im Forstrügen
sichert es nur bei rechtzeitiger Uebergabe an die erkennende
Unterbbehörde derselben möglich ist, noch vor Einsendung des
Rügehafes zur Revision den erforderlichen Auszug baldhergeben
stellen.

5) Wenn die von einem Advokaten gefertigte Refurschrift
von dem Recurrenten nicht selbst unterzeichnet ist, oder wenn
die Beschwerden mehrerer Personen in einer einzigen Schrift
vorgetragen werden, hat der Advokat sich über seine Vollmacht
auszuweisen, was auch durch Versicherung der Betheiligten zu
Protokoll geschehen kann.

6) Bei Eröffnung eines Beschlusses sind die Betheiligten
zwar ausdrücklich über das Berufungsrecht, die Frist und Form,
sowie über das Straßverfahrensrecht der II. Instanz zu beleh-
ren, welche Belehrung auch mit wenig Worten in dem Publi-
kationsprotokoll auszudrücken ist; die etwaige Unterlassung dies-
ser Bekanntmachung rechtfertigt jedoch keineswegs die Versäum-
ung der Berufungsfrist.

7) Die Nichtigkeitsbeschwerden auf dem Grund-
mangelnder Jurisdiction oder Citation können auch
nach Ablauf der Berufungsfrist in dem oben vorgeschriebenen
Instanzenzuge angebracht werden.

Verordnung vom 22. Dezember 1836. §. XII. (Reg.-Bl.
1836, Seite 1036.)

8) Eine Berufung gegen die Entscheidung der Königl.
Regierung an die III. Instanz, nämlich an den Königl. Staats-

rath, ist nur dann zulässig, wenn die gravirliche Summe den Betrag von 400 fl. erreicht.

Verordn. v. 8. August 1810. (Reg.-Bl. 1810, S. 642.)

Verordn. v. 18. November 1825, die Instruktion für den Königl. Staatsrath betreffend, §. 7. Ziff. 23. (Reg.-Blatt 1825, S. 885.)

Die diesfällige an Seine Majestät Berufungsschrift ist ebenfalls bei der eingelegten Schrift einzureichen und von dieser mit

9) Wenn die in Folge eines Refuges nicht entbehrt werden können, solchen hinsichtlich der betreffenden Urtheile beglaubigen und mit der Refursschrift Auszug muß nicht nur Alles enthalten und dem Beschlusse enthalten ist, son- das Quartal, das Datum des Rüge- tern anwesenden Amtspersonen (den sehen lassen.

Wenn die Beschwerde sich auf den Mangel gehöriger Vorladung gründet, ist der Nachweis der letztern mit einzufügen, beziehungsweise die nöthige Erläuterung hierüber nach vorgän- giger Nachforschung in dem Berichte zu geben.

§. 60.

Nächste Wirkung der Berufung.

Sobald ein Refug oder eine Nichtigkeitsbeschwerde gegen einen Beschluß der Unterbehörde eingelegt wird, ist mit dem Strafprozeß und der Hafteneinhebung bis zur Entscheidung in II., beziehungsweise in III. Instanz, inne zu halten.

Jedoch darf ein, in dem angefochtenen Beschlusse, etwa enthaltenes Verbot, auch vor der Bestätigung, nicht übertreten werden.

Daß die angefochtenen, also noch nicht rechtskräftigen Rügebeschlüsse in eine Vorwerkungsliste einzutragen sind, ist oben in §. 38. angeordnet.

S. " 41:

Wiederaufnahme der Untersuchung.

1) Wenn ein Rügebeschuß auf Einstellung der Untersuchung lautet, kann die Untersuchung wieder aufgenommen werden, sobald sich neue Beweise des fraglichen Verbrechens ergeben.

2) Auf Antrag des nicht freigesprochenen Angezeigten
 jeder aufgenommen werden,
 schuld oder wenigstens neue
 g des Verdachts vorzubringen

Wiederaufnahme der Unter-
Instanz. Gegen einen ab-
gang an die Königl. Regierung,
er Urte wie gegen einen ver-

ca 261. II. Art. 395—398.)

V. a b f d n t t.

Vom Vollzug der Beschlüsse und von der Verrechnung der Strafgeelder und andern Beträge.

S. 42

Stattbarkeit des Vollzugs im Allgemeinen.

- Der Vollzug der Rügebeschlüsse kann nur nach eingetretener Rechtskraft derselben erfolgen, also entweder wenn sich der zu einer Strafe oder zu den Kosten Verurtheilte ausdrücklich noch vor Ablauf der Berufungsfrist dabel beruhigt, oder wenn solcher innerhalb dieser Frist nicht rekluirt, oder wenn auf ergriffene Berufung in letzter Instanz entschieden ist.

Der Vollzug der von den Königl. Landgerichten gefällten Rätebeschlüsse ist jedoch in der Regel durch die Einweisung der Königl. Regierung, Kammer der Finanzen, bedingt, soweit nämlich diese Beschlüsse von den Königl. Rentämtern durch Einhebung der Geldebeträge oder von den Forstbehörden durch Verwendung der Freyer zur Waldarbeit zum Vollzug zu bringen sind.

Erlannte Arreststrafen können, von den Landgerichten ebenso wie alle von standes- oder gutherrlichen Polizeibehörden oder von Magistraten gefällte Rügebeschlüsse sofort nach erlangter Rechtskraft zum Vollzug gebracht werden.

In der Pflicht der Polizeibehörden liegt es, für den baldigen Vollzug der rechtskräftig erkannten Arreststrafen zu sorgen. Dabei ist zu beachten, daß gefährliche Freveler nicht zusammengesperret werden.

Für die baldige Vernehmung der zur Waldarbeit verurtheilten Freveler, also für den Vollzug der Strafbeschlüsse in dieser Beziehung, haben die Forstbehörden zu sorgen.

Die Polizeibehörden haben nur auf Verlangen der Forstbehörden die betheiligten Freveler zu stellen, d. h. zum Einfinden bei der Waldarbeit anzuhalten.

(Hierüber siehe unten S. 46.)

Auch ist den Königl. Rentämtern in den oben S. 28 lit. d. erwähnten Fällen die vorläufige Erhebung der erkannten Geldstrafen 2c. 2c. gestattet.

S. 43.

Rechnerische Revision der Rügebeschlüsse und Einweisung.

1) Behufs der Revision hinsichtlich der Geldansätze 2c. 2c. und der Einweisung an die Rente und Forstämter haben die Landgerichte beim Ablauf der Berufungsfrist vom jedesmaligen Rügefall angerechnet, ein Verzeichnis der vierteljährig angefallenen Rügegefälle anzufertigen, und zur Königl. Regierung, Kammer der Finanzen einzusenden, unter Beifügung des Rügehefts, der betreffenden Armutsscheine und der etwaigen besondern forstpolizeilichen Untersuchungs-Listen als Belege.

2) In diese Verzeichnisse, für welche die Beilage IV. des Formulars enthält, sind auch die rechtskräftigen Rügebeschlüsse einzutragen, zunächst über die im vorangehenden Vierteljahr verübten Frevel, sodann auch jene aus früheren Quartalen, welche entweder wegen besonders groblicher Missethaten

gen oder wegen ergriffener Berufung früher nicht vorgetragen werden konnten.

Unter diesen Voraussetzungen werden in diese Verzeichnisse alle Rügebeschlüsse, bei welchen eine Einweisung zur Selbsterbhagenden Auszahlung (der Anzeigengebühren zc. zc.) erforderlich ist, eingetragen.

B) Wie der Eintrag geschehen soll, läßt das Formular entnehmen. Hierzu wird noch erläutert:

a) Die einzelnen Grepler sind unter fortlaufenden Nummern anzutragen; unterhalb der laufenden Nummer, durch einen kleinen Strich getrennt, ist die Nummer anzugeben, unter welcher der Grepler im Rügehefte erscheint.

b) Zwischen dem Vortrag der aufeinander folgenden einzelnen Grepler muß ein Abstand von wenigstens $\frac{1}{2}$ Zoll gelassen werden, damit das Rentamt seine Zahlungsbemerkungen beisetzen kann.

c) Kommt ein Grepler im Rügeheft mit mehreren Greverfällen unter verschiedenen nicht aneinander gereihten Nummern vor, so sind diese Greverfälle im Gefälle-Verzeichniß bei dem ersten Falle miteinander aufzuführen, und zwar unter einer laufenden Nummer (mit Angabe der Ziffern im Rügeheft), der Gesamtbetrag ist dabei in der Rubrik „Summa der Schuldigkeit“ anzukreuzen.

d) Zugleich mit diesem Verzeichniß der Rügeverfälle ist auch ein Verzeichniß der zur Waldarbeit verurtheilten Grepler anzufertigen. Dieses dient der Königl. Regierung, Minister der Finanzen, zur Controlle des Vollzugs der Waldstrafen, welche auf den Grund dieses Verzeichnisses den Forstämtern förmlich als Verwendungs-Geld eingewiesen werden; dasselbe wird wegen Uebereinstimmung mit dem Rügeheft von der Rechnungsrevision revidirt.

Im dieses Verzeichniß wird der Name der Grepler unter fortlaufenden Nummern, und mit Bezeichnung der betreffenden Nummern des Rügehefts, eingetragen, und daneben die Zahl der Arbeitsstage, welche ihnen rechtskräftig zuerkannt sind, angegeben.

5) Die Einreichung des Verzeichnisses der Forstungs-
gefälle zur Königl. Regierungs-Finanzkammer mit den oben Zif-
fer 4 erwähnten Belegen und dem vorstehend (Ziff. 4.) benenn-
ten Verzeichnisse muß ohne Mahnung bis zu nachbenannten Zeit-
punkten bewirkt werden:

a) für die Frevel aus dem I. Quartal (Oktober, Novem-
ber, Dezember) bis 1. März,

b) für die Frevel aus dem II. Quartal (Januar, Februar,
März) bis 1. Juni,

c) für die Frevel aus dem III. Quartal (April, Mai, Juni)
bis 28. August,

d) für die Frevel aus dem IV. Quartal (Juli, August,
September) bis 1. Dezember eines jeden Jahres.

Die Einhaltung dieser Termine, namentlich für das III.
Quartal, ist um so unerlässlicher, als dadurch die Möglichkeit
der baldigen Einweisung und Erhebung der Geldbeträge, und
deren rechtzeitige Verrechnung, resp. die Stellung der Jahres-
rechnung, bedingt ist. Mit den Gefällen des III. Quartals
schließt nämlich die Verrechnung, wogegen die Gefälle des IV.
Quartals in die Rechnung des nächsten Jahres übergehen.

Die Revision selbst erstreckt sich nur auf den
Ziffer, die Taxen und Zeugengebühren, nicht aber auf Zurech-
tenung von Strafe, Schadenersatz, Pfandgelder oder An-
gelgebühren.

Die Revision kontrollirt aber auch, ob alle angezeigten Fre-
vel entweder am Tagetage oder in besonderer Untersuchung zur
Abhandlung gekommen sind.

Zu diesem Zweck dienen die Vorvertheilungslisten (S. 38).

Die Revision kontrollirt auch den Vollzug der Wald-Arbeits-
strafen. (Siehe oben Ziffer 4.)

— §. 44. —

Vollzug nach erfolgter Revision.

4) Die gesuchten Verzeichnisse der Forstungsgefälle werden
an die betreffenden Rentämter mit der Empfehlung zur Erhe-
bung

bring der Gefälle und Auszahlung der Anzeigegebühren 2c. 2c. hinausgegeben und dienen als Hebliste, während die Rügehefte und Untersuchungs-Acten an die Landgerichte zurückgelangen.

Die Verzeichnisse über die zur Waldarbeit verurtheilten Freyer werden mit der Einweisung zum Vollzug dieser Arbeiten an die Königl. Forstämter gesendet.

2) Die Königl. Rentämter haben sodann die Einhebungen sofort und mit Nachdruck in Vollzug zu setzen, dabei die eingebrachten oder vom Aleror zu vergütenden Anzeigegebühren, so wie die eingehobenen Citationsgebühren, Schadenersätze für Private oder Gemeinden und Stiftungen, Zeugengebühren, Porti und Botenlöhne an die Betheiligten gegen Quittungen auszubahlen. Mit diesen Quittungen sind die nach Inhalt der Rügegefälle-Verzeichnisse einzurichtenden Nebenrechnungen der Forstrügegefälle und Gebühren zu belegen.

3) Wenn sich bei Eintreibung der Geldrückstände durch die Rentämter und nach Vorkehrung der Exekution ein Mangel an Exekutionsobjecten, und somit eine theilweise oder gänzliche Zahlungsunfähigkeit der Freyer ergibt, auch nach den Erwerbsverhältnissen der Letztern keine Wahrscheinlichkeit für eine Zunahme ihrer Zahlungsfähigkeit binnen der nächsten zwei Jahre besteht, so haben die Königl. Rentämter die durchaus uneinbringlichen Geldstrafen und Schadenersätze den betreffenden Polizeibehörden, welche die Rügebeschlüsse gefällt haben, unter Beifügung der Beweise für die Uneinbringlichkeit, anzuzeigen und wegen Umwandlung zu requiriren, worüber die Letztern gemäß obiger Weisungen (§. 35.) zu beschließen haben.

Den Rentämtern wird strenge zur Pflicht gemacht, solche Anträge auf Umwandlung nur nach sorgfältigem Ermessen des Vermögens- und Erwerbsverhältnisse der Freyer zu stellen und — soweit es irgend thunlich ist — wenigstens die Anzeige- und Citationsgebühren bezutreiben, und in diesem Falle von dem Betrag der theilweisen Erhebung dem Landgerichte zugleich mit obiger Requisition Nachricht zu geben.

4) Nach bewirkter Umwandlung haben die Landgerichte die Beschlüsse hierüber nebst den betreffenden rentamtlichen Requisitionen und den einschlägigen Rügeakten zur Königl. Regierung, Kammer der Finanzen, einzusenden, damit auf den Grund derselben bei den Rentämtern die Abschreibung der uneinbringlichen Geldstrafen und anderer Beträge verfügt und die Zahlung der uneinbringlichen Anzeigegebühren an die Anzeiger auf das Königliche Verordnungsamt angewiesen werden kann.

Diese Einsendung zur Königl. Regierung fällt zugleich mit der Vorlage der Rügeverhandlungen des folgenden Quartals geschehen, wenn nicht zur Zeit des nahe bevorstehenden Rechnungsabschlusses eine besondere Beschleunigung erforderlich ist.

§. 45.

Die bisherige rentamtliche Berechnungsweise, wonach die Schadenersätze in der Forstrechnung, die Geldstrafen und Forstrügetaxen in der Staatsfondsberechnung unter dem Rubrum der Polizeitaxen und Strafen, jedoch unter einem besonderen Buchstaben ausgeschieden von den allgemeinen Polizeitaxen und Strafen, in Einnahme vorgetragen werden, bleibt unverändert.

Die vom Königl. Verordnungsamt an das Forstpersonal zu vergütenden Anzeigegebühren sind nach der rentamtlichen Rechnungs-Instruktion vom 18. Sept. 1826 Art. XIII. §. 2. fol. 16. lediglich aus Forststrafen zu bestreiten; bei deren Unzulänglichkeit ist der Mektbetrag in der Forstrechnung unter den übrigen Forstregie-Ausgaben einzustellen, und deshalb daselbst ein eigener Titel einzuschalten.

§. 46.

Der Vollzug der Waldarbeitsstrafen steht, wie schon erwähnt, den Forstbehörden zu, welche auch den Nachweis darüber nach Formular V. und VI. der Königl. Regierung, Kammer der Finanzen, vorzulegen haben.

Es wird deßhalb auf die lithographirten Ausschreiben der
Königl. Regierung, Kammer der Finanzen, vom 28.
Febr. 1836,

den Vollzug der Arbeitsstrafen der Forstfreoler
betreffend,

und

vom 24. Juli 1841

in demselben Betreff,

worin sich ausdrückliche Weisungen finden, hingewiesen.

§. 47.

Die Verpflegungskosten armer Forstfreoler im Kerker, so-
ferne solche das Königl. Militär zu bestreiten hat, sind gleich jen-
en zu behandeln, welche aus Veranlassung anderer polizeilicher
Untersuchungen erwachsen.

Daß an die Königl. Regierung, Kammer der Finanzen,
einzusendende diesfallige Kostenverzeichniß ist mit einem beglau-
bigten Auszug aus den betreffenden Rügebeschlüssen hinsichtlich
der Strafdauer und der etwaigen Schärfung durch wechselnde
Entziehung der warmen Kost zu belegen.

(Vergl. oben §. 36. Ziff. 2.)

§. 48.

Gegenwärtige Instruktion tritt mit dem 1. Januar 1843
in Wirksamkeit, so daß also die für das jetzige Quartal im Jan-
uar 1843 an die Polizeibehörden gelangenden Rügehefts-An-
zeigen bereits in der oben vorgeschriebenen Form hergestellt
werden müssen.

B e (Beilage I — VI. werden nach Seite 30 eingeschaltet.)
nzeigen.

traktion gehörig.)

Bemerkungen.

fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Formular des

n.	1 1 2		1 1 3 2	
101 Brand...	Schadensbetrag.			
102...	1 1 1 1 1 1 1 1 1 1			
103...	Werth der gefrevel-		Anderweitiger	
104...	ten oder forstord-		Schaden für den	
105...	nungswidrig bezo-		Wald.	
106...	genen Forst-		101 102 103 104	
107...	produkte.		105 106 107 108	
108...	109 110 111 112		113 114 115 116	
109...	8		9	
110...	fl.	fr.	fl.	fr.

für entwendete Götter.

10

[illegible]

Register.

(zu §. 20. der Instruktion gehörig.)

Wie oft in jedem Quartale der ist wurde.			Bemerkungen.
$18^{38/39}$ $\frac{II}{4}$ $\frac{II}{1}$	$18^{39/40}$ $\frac{I}{3}$	$\frac{II}{6}$	

rafen einzutragen; die oben erwähnten Strafen aus

23
due.

fl. fr.

fl.

ten der Forstfrevler.

(zu §. 46. der Instruktion aeböria.)

Am Rückstande verbl
Zugelschichten.

Bei **arbeiten der Forstfreier.**
(zu §. 46. der Instruktion gehörig.)

Einweil Stra		Bemerkungen und Einweisung auf -die betreffende forstämliche Kultur. Nachweisungen.
Nr. der Belege.	Nr. ver ben be	
		Wegen Ge brechlichkeit od. Absterben des Freiers abzuschrei ben.
		Summe der abgedienten Tage.
		Im Rückstande verblieben Tagesstunden.

B. Mittel Franken.

2) Die Behandlung der Privatwaldungen bezüglich der Streunutzung betreffend.

Vom 26. Februar 1842.

Durch die Explorirung hat sich ergeben, daß in einzelnen Bezirken die Privatwaldungen hinsichtlich der Streunutzung auf eine höchst ordnungswidrige und für das allgemeine Wohl höchst bedrohliche Weise benützt werden, indem es den Privatwaldbesitzern nicht mehr genügt, nur in den ältesten Waldbeständen und in den Stangenhölzern den Waldboden bis auf das Mark auszubeuten, sondern die Streugewinnung ohne Unterschied auch auf die Jungholzklassen, un-
(unge) junge Anflüge und auf mühenoll ausgeführte
(ungen) zungen) sich erstreckt, insbesondere aber durch
hinzukommende Anwendung der s. g. Stock-
welsche dem Waldboden die oberste fruchtbare
einziger nährender Theil der Holzwäächse, ei
Saugwurzeln dieser Gewächse verwunden, bei einer periodisch
wiederkehrenden gleichen Verfahrensweise nicht nur den Holz-
bestand in einen ganz elenden krüppelhaften Zustand versetzt,
sondern auch der Boden selbst zur völligen Unfruchtbarkeit und
Verödung gebracht werden mußte.

Diese Benutzungsweise der Privatwaldungen verdient um
so mehr die besondere Aufmerksamkeit von Seite der Forstpo-
lizei-Behörden, als, wie in dem Commissionsberichte angeführt
ist, die Waldstreu sogar zum Verkauf-Artikel gemacht
wird, indem der Streuverkauf nicht nur im Walde geschieht,
sondern in den gebührenden Orten täglich mehrere Fuder Streu
zu Markt gebracht werden, während doch nirgends in den Pri-
vatwaldungen große Streuvorräthe sich vorfinden, vielmehr die-
selbe größtentheils schon in einem Maße mit dem Stockbezuge
übergriffen worden sind, daß sie in ihrem Ertragsvermögen
in kurzer Zeit auf die niedrigste Stufe herabsinken müssen,

und, als ferner, die bestehenden hohen Polizey- und pflegerische Bewirthschaftung der Waldungen dringendst gebieten. Die Königl. Regierung sah sich daher veranlaßt, unter Hinweisung auf die, die Handhabung der forstpolizeylichen Aufsicht auf die Privatwaldungen betreffenden Verordnungen die Polizei-Behörden aufzufordern, an sämtliche Gemeinden unter eindringlicher Darstellung der höchst nachtheiligen Folgen, welche aus der erörterten Benützungswelse der Privatwaldungen nicht nur für deren Besitzer, sondern auch für das allgemeine Wohl zu befürchten stehen, und unter Hinweisung auf die bestehenden Vorschriften in Bezug auf die Benützungswelse der Privatwaldungen, eine ernstliche Verwarnung vor weiteren so schädlichen Unternehmungen ergehen zu lassen, diese Verwarnung sogleich den Vollzug der bestehenden Vorschriften, insbesondere aber auf die Streubeständen Augenmerk zu richten, und gegen Contravenienten, besonders aber gegen uner Strafe nachdrücklich einzuschreiten.

3) Die Befriedigung der dringendsten Waldstreubedürfnisse der Unterthanen pro 1844 betreffend.

Vom 17. August 1842.

Wegen Beschränkung der Streuabgaben aus Staatswaldungen und wegen Anfertigung periodischer Streunungspläne, sind den Königl. Forstämtern durch Ausschreibung vom 6. August 1839, sowie durch die Revision der einbeförderten Streunungspläne die geeigneten Verhaltensregeln nachdrücklich eröffnet worden, wobei es auch im Wesentlichen sein Bewenden für solche Gegenstände des Streumaterials behält, welche, wie die von den Waldbäumen im Herbst abfallenden Blätter und Nadeln, insbesondere der Herbststreu beigezählt werden.

Die großen Bedrängnisse, in welche der Landwirth durch die im heurigen Sommer beispiellos lang andauernde,

auf das Gedeihen der Sommerfrüchte und so auch des Viehfutters höchst nachtheilig einwirkende Hitze und Trockenheit versetzt und dadurch genöthigt wird, das aus dem Feldbaue gewonnene Stroh zum Futter zu verwenden, erregten die Theilnahme und Fürsorge der Regierung und bestimmten auf Milderung des eingetretenen Nothstandes durch Streuabgabe aus den Königl. Waldungen insbesondere bei den dem Königl. Alerar durch grundherrliche Giltten und andern dergleichen Reicher pflichtigen Unterthanen, welche sich nicht im Besitze eigener oder Korporations- oder Gemeindewaldungen, aus welcher sie nach Beschaffenheit des Holzwuchses ihre benötigte Streu entnehmen können, oder nicht im Genusse von Waldstreu-rechten und Streusurrogaten befinden, nach Thunlichkeit zu wirken. Die Königl. Forstämter wurden daher ermächtigt, nach pflichtmäßiger Erwägung dieser mit den einschlägigen Königl. Rentämtern in Berathung zu nehmenden individuellen Lage und ökonomischen Verhältnisse der benannten Landwirthe, in Befriedigung deren dringendsten Bedarf an Streumaterial im Laufe dieses Sommers und Herbstes, insoweit dies nun immer zulässig ist, zu fördern und den diesfalligen Gesuchen Eingang zu gewähren.

Vorzugsweise dienen zu dieser Abgabe um die bestehenden Forstaren die Gegenstände der s. g. Sommerstreu, als: Gras, Binsen, Heide und Heidelbeerstaude, Bodenflechten, die Schneidelstreu u. dgl. m., und wo es möglich ist, das Moos. Im äußersten Falle dürfen selbst mäßige Anticipationen der im Streuungsplane bestimmten Abgabe von s. g. Herbststreu, nach vorgängiger Regierungsgenehmigung, in gleicher Art bewilligt werden.

Nicht weniger wurde die Ermächtigung zum Einräumen von Gras- und Weideplätzen, da, wo es ohne Nachtheil zulässig ist, gegen eine angemessene Vergütung an die Forstasse, ertheilt.

C. Oberpfalz und Regensburg.

4) Die Beziehung von f. g. Bauernschützen von Seite der Jagdpächter betreffend.

Vom 5. December 1842.

Da es sich ergeben, daß von Seite der Jagdinhaber, nicht minder des Königl. Forstpersonals, welches Königl. oder fremde Jagden zu beschießen oder in Pacht hat, ledige, nicht ansässige Bursche, Landleute und gewerbtreibende Bürger, bei welchen die Jagdlust nie anders als äußerst nachtheilig auf den landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieb zurückwirken kann, zu den Jagden beigezogen werden, hiedurch, abgesehen von den ebenerwähnten Nachtheilen selbst die Veranlassung zur Heranziehung von Wildschützen und f. g. Jagdstreunern gegeben, sohin vorhinein die Wirksamkeit der bestehenden Verordnungen bezüglich des Uebels des Wilddiebstahls gelähmt wird, so wurden die Königl. Forstämter angewiesen, in ihren Bezirken für die Zukunft strenge darüber zu machen, daß die Zuziehung von allerlei Burschen, Landleuten oder Bürgern, zu den Jagden unter keinem, sey es auch unter welchem Vorwande, mehr Statt finde.

5) Die Verwechselung zwischen dem vollen Geldwerthe und der Taxe betreffend.

Vom 14. December 1842.

Es ist wahrgenommen worden, daß in der Zusammenstellung der Material-Ausgabe nach Verwendungstiteln bei den Bau- und Brennholz-Abgaben auf Staatsdiensten um accordirte und bewilligte Preise, und selbst auch im Versteigerungswege, gegen den Sinn der Finanz-Ministerial-Entscheidung vom 18. Mai 1839, der wirkliche Erlös den vollen Geldwerth übersteige, und daß in der Forstnebennutzungs-Nachweisung insbesondere bei der Gräserrei, Pech-, Torf-, Erden- und Stein-

nutzung u. eine Verwechselung zwischen dem vollen Geldwerthe und dem Nutzungsanschlage oder der Taxe Statt finde, und letztere als der volle Geldwerth vorgetragen werde.

Da nun dieses Verfahren den bestehenden Rechnungs-Grundsätzen zuwiderläuft, indem immer der wirkliche Erlös als der volle Geldwerth in jenen Fällen zu betrachten ist, in welchem derselbe die volle Taxe übersteigt, und letztere nur dann als voller Geldwerth erscheint, wenn, abgesehen von dem Versteigerungsweg, wo der wirkliche Erlös in jedem Falle zugleich voller Geldwerth ist, in Folge von Berechtigung, Bewilligung, u. ein Entgang an der vollen Forsttaxe, ein Mindererlös gegen dieselbe stattfindet, so wurde zur Vermeidung ähnlicher Vorkommnisse verfügt, wie folgt:

1) Bei den Holzabgaben auf Berechtigung, in welchem Falle der wirkliche Erlös stets unter der vollen Forsttaxe verbleibt, oder höchstens derselben gleichkommt, ist letztere als der volle Geldwerth zu betrachten und vorzutragen.

2) Bei den Holzabgaben auf Staatsdienst soll den empfangenden Aemtern und Bediensteten immer der volle Geldwerth aufgerechnet werden, und volle Forsttaxe und wirklicher Erlös sind sich demnach gleich, weil die volle Forsttaxe im vorwürfigen Falle zugleich auch der volle Geldwerth ist.

Kommen übrigens Fälle vor, daß Königl. Aemter Holzquantitäten zu bewilligten Preisen beziehen, und daß also der wirkliche Erlös entweder größer oder kleiner ist, als die volle Forsttaxe, so versteht sich von selbst, daß im ersteren Falle der wirkliche Erlös, im letzteren dagegen die volle Forsttaxe als voller Geldwerth vorzutragen ist.

Aus altem Herkommen werden bei einigen Aemtern für Anweisung der übrigen Besoldungshölzer s. g. Anweisungsgelder entrichtet, wodurch ein Mehrerlös gegen die Taxe erzielt wird. Daß nun auch in diesem Falle der wirkliche Erlös zugleich voller Geldwerth ist, wird keiner weiteren Erörterung bedürfen.

3) Die Abgaben um accordirte oder bewilligte Preise sind so zu behandeln, wie sub 2 bezüglich der Abgaben auf Staatsdienst um bewilligte Preise bereits erörtert worden ist; und es ist demnach die Forsttare zugleich voller Geldwerth, wenn der wirkliche Erlös entweder unter der Tare verbleibt oder bei Gratisabgaben ganz wegfällt, dagegen der wirkliche Erlös zugleich voller Geldwerth, wenn derselbe die Tare übersteigt.

4) Daß bei den Holzabgaben gegen die volle Forsttare der wirkliche Erlös nicht größer oder kleiner sein kann, als der volle Geldwerth, und ebenso auch umgekehrt, unterliegt wohl keinem Zweifel, bemerkt haben auch hierin schon mehrfach Abweichungen stattgefunden. Es wird deshalb bemerkt, daß in diesem Falle die volle Forsttare jedesmal zugleich den vollen Geldwerth und wirklichen Erlös bildet.

5) Bei den Holzabgaben im Versteigerungswege ist der wirkliche Erlös in jedem Falle, er mag nun die volle Forsttare übersteigen, derselben gleichkommen oder unter derselben, der volle Geldwerth, und letzterer kann größer sein, als der wirkliche Erlös.

Die Weise ist auch in der Forstnebennutzungs-
regulär Nr. 30 des Nachtrags zur Dienst-
e Königl. Bayerischen Forstämter des vor-
maligen Regentkreises, zu verfahren, da diese Uebersicht keine
Spalte für Nutzungsausschlag oder Tare, sondern nur für vol-
len Geldwerth und wirklichen Erlös enthält.

D. Ober-Bayern.

6) Die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse von
Waldfreien und Waldweiden.

Vom 3. November 1842.

Nachdem in städtischen Theilen des Regierungsbereiches ein
Futter- und Streumangel eingetreten, der geboten, die Streu-

abgabe für den Herbst 1842 und den Frühling 1843 unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der Wiedereinsparung in den nächstfolgenden Jahren auch über einen Theil der Bestände auszudehnen, welche erst im nächsten Wirtschaftsjahre der Streunutzung zu unterstellen sind, so werden die Königl. Forstämter beauftragt:

1) Zur Deckung des in einigen Gegenden dringenden Bedürfnisses an Waldstreu der kompetenzmäßigen Abgabe der noch zulässigen Gewinnung von Streusurrogaten, als der Heide, des Fichten-Vormuchses und der auf die Schlägen anfallenden Abstreu, Schlagabraumes, dann im Frühjahr der zulässigen Gewinnung des dünnen Grases, Rinsen u., alle die Ausdehnung, welche ohne Nachtheile für die Königl. Waldungen möglich ist, zu geben.

Ferner wurden dieselben ermächtigt:

2) In jenen Oertlichkeiten, wo die pro 1842 durch den Streuplan, oder die schon genehmigten Nebennutzungs-Anträge zur Disposition gestellten Streuquantitäten zur Deckung des dringendsten Bedürfnisses nicht ausreichen sollten, und zwar:

a) da, wo die bisherige Streunutzung den Streuvorrath schon bei einem 3 bis 5 jährigen Wechsel absorbirte, nach Benützung aller zu Gebote stehenden Streusurrogate, in die Streunutzung des Jahres 1843 übergzugreifen, jedoch unter dem Vorbehalte der Wiedereinsparung; und

b) da, wo dieses ungünstige Verhältniß nicht besteht, der Streunutzung, zur Befriedigung des dringendsten Streubedürfnisses, eine den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Ausdehnung durch das Rechen in den älteren Bestandsklassen, mit Rücksicht auf Vorbeuge, zu geben.

3) In Beziehung des in einigen Gegenden im nächsten Frühjahr eintretenden Bedürfnisses der Waldweide für Hornvieh, welche indessen bei den bestehenden landwirtschaftlichen Verhältnissen nur von den dem Walde zunächst wohnenden Gemeinden benützt werden kann, wurden die Königl. Forstämter zur kompetenzmäßigen Verwilligung derselben autorisirt, nach

den hierüber bestehenden Bestimmungen, nach welchen nur die jungen Bestände, welche dem Vieh aus dem Raute gewachsen sind, beweidet und nur Hornvieh zur Weide getrieben werden darf, auch in weiterer Ausdehnung anzuweisen, als die genehmigten Nebennutzungs-Anträge vielleicht hierfür Vorseorge getroffen haben. Sämmtliche Nützungen kommen nach den bestehenden Forstpreisen zur Berechnung.

4) Die Ermittlung des dringendsten Streubedürfnisses für die Königl. Grundholden, von welchen die Kleinbegüterten vorzugsweise bedacht, und jene, welche eigene Waldungen besitzen, oder deren Bedarf als Streuberechtigte aus Gemeinde-Waldungen ic. gedeckt wird, ausgeschlossen bleiben müssen, hat von Seiten der Königl. Forstämter wie bisher im Benehmen mit den Königl. Rentämtern zu geschehen.

Bestimmungen sind auch die Königl. Rentämtern und die Königl. Regierung erwartet, Zusammenwirken der benannten Königl. Ämter gehörig belehrt und dadurch ungeeigneten höheren Stellen vermieden werden.

6) Die vorstehenden Anordnungen bezüglich des Verfahrens bei der Einräumung der Viehweide und Abgabe von Waldgrenzen finden auf die Gemeinde- und Stiftungs-Waldungen gleichmäßige Anwendung.

Die Distrikts-Polizei-Behörden wurden daher ermächtigt, kraft der ihnen, gemäß allerhöchsten Instruktion vom 31. Oktober 1837, Nro. 403 und 405 zum Vollzuge des revidirten Gemeinde-Edikts, zustehenden Forstpolizei-Aufsicht im Benehmen mit den einschlägigen Gemeinde- und Stiftungsverwaltungen und Forstbehörden, bezüglich jener Waldnebennutzungen, entsprechende örtliche Verfügungen da zu treffen, wo dieselbe veranlaßt sind.

E. N i e d e r - B a y e r n .

7) Die forstpolizeiliche Aufsicht auf Privat-Waldungen betreffend.

Vom 22. Juli 1842.

Die Forstpolizeibehörden von Nieder-Bayern haben nachträglich zu der Anordnung vom 31. März 1841 in den Gemeinden ihres Bezirkes bekannt zu machen, daß auch in jenen Fällen, in welchen die Vorseorge gegen Verbreitung des Borstentäfers eine Entfernung von Windbrüchen oder von kranken Bäumen aus den Privat-Waldungen erforderlich mache, eine Anzeige bei der Forstpolizeibehörde als notwendig erscheine, damit diese die ihr obliegende Controle gegen unerlaubten Holzschlag und forstordnungswidrige Holzabschwendung handhaben könne.

Zugleich wird den Forstpolizeibehörden bemerkt, daß sie nach der Bekanntmachung vom 31. März 1841 angewiesen worden seien, gegen Uebertreter der Forstordnung wirksame Strafen zu verfügen, daß aber als eine wirksame Strafe nur jene erkannt werden könne, die dem Werthe des unerlaubt geschlagenen Holzes gleichkomme, und daß Geldstrafen von einigen Gulden oder gar Verweise für eigenmächtigen Holzschlag von 100 und mehr Stämmen, wie sie schon hie und da zur Kenntniß der Königl. Regierung gekommen sind, nur dazu dienen können, gemeinnützige Speculanten und schlechte Wirthschafter zu fortgesetzten Devastationen zu ermuntern und die bestehenden Anordnungen zu eludiren.

F. S c h w a b e n u n d N e u b u r g .

8) Den Verkauf von Waldstreu betreffend.

Vom 29. September 1842.

Da zur Anzeige gekommen, daß von Personen, welche nur zum eigenen Bedarfe aus Staats-, Gemeinde- oder Stif-

tungs-Waldungen Waldstreu zu hegeben berechtigt sind, ja sogar von solchen, welchen nur begünstigungsweise in Berücksichtigung des in manchen Gegenden bestehenden, außerordentlichen Futtermangels Waldstreu abgegeben wurde, diese Streu wieder verkauft und ein förmlicher Handel damit getrieben werde; da ein so grober und strafwürdiger Mißbrauch aber durchaus nicht geduldet werden darf, so wurde, insoferne nicht schon einzelne Forstordnungen besondere Strafbestimmungen hiefür enthalten, angeordnet, daß jene, welche sich jenes Mißbrauches schuldig machen, nicht nur von jeder ferneren Begünstigung durch Abgabe von Waldstreu aus Staats-, Gemeinde- und Stiftungs-Waldungen ausgeschlossen, sondern daß sie auch zur Forstrüge gezogen, und neben dem Rückersaße des Werthes der verkauften Waldstreu mit einer dem Schaden angemessenen, doch jedenfalls den doppelten Betrag des Werthes nicht überschreitenden, Strafe angelegt werden sollen.

G. P f a l z

9) Der Vollzug des Forststrafgesetzes betreffend.

Vom 16. September 1842.

Durch höchste Entschließung vom 29. Juli l. J. wurde, bezüglich der Forststrafen und Accessorien, die Verrechnung den Königl. Rentämtern übertragen, die Gebühr der Empfänger erhöht, und die Mitwirkung der Armenpflugschaftsräthe bei Ausstellung der Armutßzeugnisse behufs der Niederschlagung angeordnet. Hiernach wurden die Landcommissariate der in den Wirkungskreis der Königl. Regierungs-Finanz-Kammer zurückkehrenden Aufsicht und Leitung der Forststrafen-Perception und Verrechnung entzogen, und es traten mit dem 1. Oktober 1842 folgende Modificationen an der Vollzugs-Instruktion vom 13. Juni 1832 ein.

ad §§. 22 und 25.

Die Urtheilsauszüge, in denen künftig die Gerichtsschreiber bei der Rubrik 4 die Eigenschaft des Forstrevells mit anzugeben haben, sind von denselben den Königl. Rentämtern unmittelbar zuzustellen. Diese tragen das Summarium auf die Strafen-Soll-Zusammenstellung in der Art über, daß unter einer besondern Abtheilung jedem Einnehmer ein Conto eröffnet wird, und senden ihn, versehen mit der rentamtlichen Bestätigung der Soll-Vormerkung, dem betreffenden Gemeinde-Einnehmer ohne Verzug zur Erhebung zu.

ad §. 23.

Die Einsendung eines Urtheilsauszugs an die Königl. Regierungs-Finanz-Kammer über die Werths- und Schadensersätze des Herors, dann Gerichtskosten, findet nicht mehr Statt. Hiernach cessirt auch die Anordnung vom 24. Februar 1839, Amtsblatt No. 13.

ad §§. 27, 28, 29, 30, 31 und 32.

Die aus dem Forststraffonds vorzulegenden Gefängnißkosten werden von der Königl. Regierung, Kammer des Innern, regulirt, in gesonderten, nach Einnahmsbezirken in duplo angefertigten Verzeichnissen, wie die übrigen Kantonalgefängnißkosten, liquidirt, von den Königl. Landcommissariaten bestätigt, den Königl. Rentämtern übergeben und der Königl. Regierungs-Finanz-Kammer zur Prüfung und Mandatirung durch die Königl. Rentämter quartaliter vorgelegt. Die Auszahlung und Verrechnung dieser Kosten sowohl, als der Verhafts- und Geleitsgebühren der Königl. Gensdarmmerie geschieht nach Umfluß eines jeden Monats von den Königl. Rentämtern, die Rückerhebung von den Sträflingen aber durch die betreffenden Gemeinde-Einnehmer. Die Königl. Rentämter haben somit die individuellen Kostenverzeichnisse im Soll vorzumerken und den Einnehmern zur Rückerhebung zuzustellen.

ad §§. 34, 36, 37 und 38.

Die Anwendung der körperlichen Haft als Executionsmittel ist unter Beobachtung der instructiven Vorschriften vom

21. September 1838, Amtsblatt No. 39; 22. November 1839, No. 49, 62 Z, und 4. April 1840, Amtsblatt No. 19, von den Königl. Rentämtern innerhalb der gesetzlichen Grenzen zu provociren; die Ermächtigung der Königl. Landcommissariate dazu wird demnach nicht mehr erfordert.

Das Nämliche gilt hinsichtlich der Mobilität-Execution, welche übrigens nur da angewendet werden soll, wo sie voraussichtlich Erfolg hat, und bezüglich der durch die Instruktion vom 21. September 1838, Amtsblatt No. 49, gegebenen Befugniß der Fristenbewilligung.

ad §§. 39, 40, 41 und 65.

Neben der Bescheinigung der Ortsbehörden zu den Niederschlagungslisten zahlungsunfähiger Forststraf-Debenten muß vom Einnehmer auch jene des Local-Armenpflegischastsrathes erholt werden. Sind unter den niederzuschlagenden Beträgen Werth- und Schadenersätze von Gemeinden und Stiftungen begriffen, dann hat deßhalb auch das Königl. Landcommissariat seine Erinnerung abzugeben. Die also bestätigten Niederschlagungslisten hat der Gemeinde-Einnehmer dem Königl. Rentamte zu stellen, um die Genehmigung der Königl. Regierungskammer dafür zu erwirken und die Rechnung damit zu belegen.

Es wird ausdrücklich bestimmt, daß die Niederschlagung der Geldstrafen und Accessorien von Debenten, welche nicht zu den Nothfreveln zu zählen sind, nur dann beantragt und genehmigt werden sollen, wenn sich der Einnehmer zur Niederschlagungsliste über die rechtzeitige Durchführung der Execution ausgewiesen hat. In dieser Liste, und zwar bei der Rubrik „Datum der Urtheile“ soll darum auch nach Inhalt des Urtheilsauszugs die Eigenschaft der bestraften Frevel eingeführt werden.

ad §§. 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 57 und 58.

Die von den Gemeinde-Einnehmern erhobenen Forststrafen und Accessorien sind, mit Ausnahme der Schadens- und Werthbeträge der Gemeinden, Stiftungen und Privaten und

der zurückerhobenen Executionskosten, an die einschlägigen Königl. Rentämter, nach Abzug ihrer Remissen, abzuliefern. Diese Ablieferung hat unter Beobachtung der Vorschrift vom 3. December 1840, Amtsblatt S. 462, von denjenigen Einnehmern, welche zugleich Steuer-Einnehmer sind, oder am Orte des Rentamts wohnen, mit Ablauf eines jeden Monats, von den übrigen aber quartalliter zu geschehen, und muß mit einem summarischen Ausweise des Perceptionstandes des Journal-Abschlusses, des abzuliefernden Betrags und der Münzsorten begleitet werden. Auch sind damit die Quittungen über die von den Einnehmern unmittelbar hinauszubehaltenden Schadens- und Werthbeträge der Gemeinden, Stiftungen und Privaten und über die zurückerhobenen Executionskosten behufs der Rechnungsdurchführung den Königl. Rentämtern anzuhändigen.

Von 3 zu 3 Monaten, und außerdem, so oft es verlangt wird, müssen die Einnehmer ihre Original-Erhebungsdocumente den Königl. Rentämtern vorlegen; damit diese von dem Gange und Stande der Perception genaue Einsicht nehmen, und zur Befreiung eigener Verantwortlichkeit, gegebenen Falles durch geeignetes Einschreiten nachtheilige Verzögerungen rechtzeitig entfernen. Durch diese Bestimmungen sind jene vom 24. Februar 1839, Art. 4, 5, 6 und 7, Amtsblatt No. 13, außer Wirksamkeit gesetzt.

Die Königl. Rentämter vereinnahmen die an sie abgelieferten Beträge im Spezial-Journale für die Strafen und Accessorien unter einer besondern Abtheilung, und bestreiten daraus die auf den Forststrassfonds haftenden Ausgaben.

ad §§. 53, 54 und 55.

Die Verwendung der Kantonal-Überschüsse an Forststrafen nach Art. 4 des Forststrafgesetzes vom 31. December 1831 und der Vollzugsbestimmungen dazu vom 12. und 28. Februar 1835, Amtsblatt S. 125 und 155, 14. August 1836, Amtsblatt S. 452, und 31. März 1839, Amtsblatt S. 185, bleibt in der Competenz der Königl. Landcommissariate, die Königl. Rentämter haben deren Anweisungen innerhalb der

rechnungsmäßigen Ueberschüsse des verfloffenen Rechnungsjahrs zu honoriren, denselben auch unmittelbar nach der Rechnungs-Ausstellung den Stand der zur Vermendung verbleibenden Ueberschüsse schriftlich mitzutheilen.

ad S. 60.

Die dem Forststraffond zur Last bleibenden Executionskosten sind der Prüfung und Anweisung Königl. Regierungsfinganz-Kammer gleichfalls unterworfen.

ad S. 61.

Die Remisen der Ginnehmer für die Elementarperception der Forststrafen und Accessorien sind festgesetzt auf 5 Procent — vom ersten Viertel ihrer Gesamtjahres-Einnahme auf 6 Procent — vom zweiten und auf 8 Procent vom dritten und letzten. Von den Werths- und Schadenersätzen der Gemeinden, Stiftungen und Privaten, welche zu dieser Gesamtjahres-Einnahme nicht zu rechnen sind, betragen die bei der Einnahme abziehenden Remisen 5 Procent.

Die Königl. Rentbeamten und Domänen-Inspektoren haben von der rechnungsmäßigen Einnahme, jedoch nach Abzug der Durchführungsposten an Remisen der Ginnehmer, zurückerhobenen Executionskosten und Werths- und Schadenersätze der Gemeinden, Stiftungen und Privaten, ihre regulativmäßigen Remisen zu liquidiren und zu verausgaben.

ad SS. 64, 67 und 68.

Die Ginnehmer sind von der Stellung der Jahresrechnungen über die Forststrafen und Accessorien entbunden und die Königl. Rentämter damit beauftragt, jedoch mit der Modifikation, daß künftig nunmehr für einen jeden Kanton eine Forststrafenrechnung gestellt wird.

Zu dieser Rechnung sind, bis der gedruckte Vorrath erschöpft sein wird, die bisherigen Formulare der Spezial- und Kantonalrechnung zu gebrauchen, wonach also die rentamtliche Kantonalrechnung in zwei Haupttheile zerfällt.

Die Königl. Rentämter haben in ihrem Hauptbuche für die Einnahmen und Ausgaben der Forststraffonds die betref-

fenden Conti zu eröffnen und, bezüglich der Verbuchung, wie bei den attribuirten Strafen zu verfahren.

ad §§. 65 und 70.

Die Urtheils-Einweisungen und die Soll-Einnahmen zu den rentamtlichen Forststraf-Rechnungen werden von den Königl. Domäneninspektoren auf dieselbe Weise verifizirt und constatirt, wie bei den übrigen Polizeistrafen. Nach beendigter Perception sind die Urtheilsauszüge von den Einnahmen den Königl. Rentämtern zur Aufbewahrung auszuhandigen.

Die jährlichen Nachweise der Ausstände an Forststrafen und Accessorien, in denen ~~bei~~ der Rubrik „Bemerkungen“ die Perceptionsschritte und die Ursachen der Ausstände individuell anzugeben sind, haben fernerhin die Einnahmer anzufertigen und mit der Ablieferung pro September eines jeden Jahres den Königl. Rentämtern zur Benützung bei der Rechnungsstellung und Belegung zu übergeben.

ad §§. 66, 68 und 69.

Die rentamtlichen Kantonal-Forststrafrechnungen werden gleichzeitig mit den übrigen Jahresrechnungen der Königl. Rentämter zur Prüfung und Bescheidung an die Königl. Regierungs-Finanz-Kammer in duplo eingesendet.

Die Kantonal-Forststrafrechnungen werden gleichzeitig mit den übrigen Jahresrechnungen der Königl. Rentämter zur Prüfung und Bescheidung an die Königl. Regierungs-Finanz-Kammer in duplo eingesendet.

Die immer mehr steigende Nachfrage nach Eichenbohlen und die Klagen der Gerber über die Schwierigkeit der Befriedigung ihres Bedarfs veranlassen, diesen Gegenstand den R. Regierungen des R. Staatsministeriums nochmals in Erinnerung zu bringen.

Was die Veranlassung der Eichenrinde von dem zur Zeit vorhandenen, zum Einschläge kommenden Eichenbolze anlangt, so muß da, wo der Bolzelauf noch nicht eingeführt ist, zuvörderst festgestellt werden, ob der Einschlag der Eichen in der Sastzeit zulässig und Auslass für die Borke zu erwarten ist. In der letzteren Beziehung wird es zweckmäßig sein, wenn die Regierungen für Erhebung von Eichenrinde unter Bezugnahme auf das in dieser Angelegenheit von dem hiesigen Magistrat gethete Schreiben vom 25. Dezember 1840 und unter Angabe der zu erwartenden Quantitäten demselben zur weiteren Mittheilung an das hiesige Bürgervergewerk bekannt gemacht und die Erklärung der hiesigen Gerber erfordert wird, ob bei einem, demnach durch die hiesigen Zeitungen zur öffentlichen Kenntniß zu bringenden Licitationstermine deren Concurrenz zu erwarten ist. Dies muß jedoch bald nach der Feststellung der jährlichen Hauungspläne geschehen, damit zeitig genugsam bekannt wird, ob die Eichen im Winter oder in der Sastzeit zu fällen sind und damit im letzteren Falle noch hinreichende Zeit bleibt, um die Borke von den Plätt-Eichen vor deren Fällung zur Licitation stellen zu können.

Die Königl. Regierung hat die Vorstandsbeamten hienach anzuweisen und darüber zu belehren, daß die Versorgung der Gerbereien mit Eichenrinde im gewerblichen Interesse selbst dann zu befürworten ist, wenn durch den Verkauf der Borke ein Verlust für die Forstasse nicht erlangt wird oder diese sogar noch einen Verlust erleiden sollte.

Größere Schwierigkeiten wird in vielen Fällen die Untergang der Eichenstämme in einem zu geringen Boden und nach dem Ersinken der Loden angesetzt Lage, in den Verachtungen zur Weide und Streunung, sowie in dem besondern in den letzten zehn Jahren häufiger gewordenen Mangel an

guten Saat-Eicheln finden, zumal es sich nicht rechtfertigen würde, die Eichenbaumholzucht da, wo solche irgend räthlich ist, der Einrichtung von Schälwaldungen nachzusetzen. Da indessen die in einem sehr kurzen Umtriebe zu bewirthschaftenden Eichenschälwaldungen auf einem geringern Boden, als der Eichenbaumwald erfordert, noch gedeihen, in manchen Forsten, die Servituten nicht hinderlich sind oder ohne erhebliche Opfer ein Uebereinkommen mit den Berechtigten zu erreichen sein wird, auch der Beschädigung der Eichen vom Roth-, Dam- und Rehwilde durch dichte Vermachungen vorzubeugen ist, so wird der Königl. Regierung aufgegeben, da, wo die nöthigen Bedingungen zur Erziehung der Eichenschälwaldungen erfüllt sind, insbesondere auch vom Frostschaden wenig zu besorgen ist, geeignete Forst-Distrikte zur Anlegung von Eichenschälwaldungen auszumählen, wobei besonders von Servituten befreite oder leicht zu befreiende Parzellen zu berücksichtigen sind, und unter Einreichung der Forstforsten bis zum 1. September die weitem geeigneten Vorschläge abzugeben.

Am 18. März 1842.

2) Die Versorgung der ärmeren Holzconsumenten mit Brennholz betreffend.

Am 18. März 1842.

Es kommen immer noch häufig Klagen vor, daß die Holzconsumenten und insbesondere die ärmeren derselben, bei dem Verfaufe des Holzes im Wege der Licitation, nicht immer Gelegenheit finden, ihren Holzbedarf rechtzeitig und in dem Maße, wie es ihren Zahlungsmitteln gerade zusetzt, zu befriedigen. Insbesondere wird von den Justizbehörden, sogar öfters, behauptet, daß wegen dieser Schwierigkeit zur Befriedigung des Holzbedarfes, die ausgedehntere Einführung des Holzverkaufes im Wege der Licitation wesentlich zur Vermehrung der Holzdiebstähle beigetragen habe. Auch in vielen einzelnen Vorstellungen werden noch öfters Beschwerden von ärmeren Einwohnern darüber

laut, daß die Supplicanten zur Befriedigung ihres Holzbedarfes in den Licitationen nicht immer schickliche Gelegenheit finden könnten.

Um dergleichen Beschwerden im Voraus zu begegnen, ist bereits in der, an die Regierungen diesseits der Weser erlassenen Circular-Verfügung vom 25. Februar 1839 ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden, daß es bei dem licitationsweisen Holzverkauf hauptsächlich darauf ankomme, auch die weniger bemittelten Holzconsumenten in den Stand zu setzen, ihren Holzbedarf an den Licitationen ankaufen zu können. Dabei ist angeordnet, daß zu diesem Zwecke im Voraus angemessene Holzquantitäten für die weniger bemittelten Einwohner reservirt, die Licitations-Termine öfter abgehalten, und besonders zu solchen Zeiten, wo der gemeine Mann die Mittel zum Ankauf zu haben und nicht anderweit beschäftigt zu sein pflegt, anberaunt, die Hölzer selbst aber in einzelnen und nöthigen Fällen in halben Rastern, die der bessern Theilung halber durch einen Raster-Pfahl auch noch in Viertel-Raster gesondert werden können, ausgedoten werden sollen. Auch ist bemerkt gemacht, daß es in einzelnen Fällen sogar zweckmäßig, ja nothwendig sei, Holzhändler und andere Gewerbetreibende, so wie überhaupt diejenigen Anflußigen, die bemittelt sind und größere Quantitäten kaufen können, von solchen Licitations-Terminen ganz auszuschließen.

Eben so ist auch in der, an die Regierungen jenseits der Weser erlassenen Circular-Verfügung von demselben Tage ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das Holz da, wo es zur Befriedigung des lokalen Hausbedarfes verwendet wird, in kleinen Quantitäten und in öfters wiederkehrenden Terminen ausgedoten werden müsse, damit auch die ärmeren Einwohner in den Licitationen concurriren und sich in denselben versorgen können.

Auch in vielfachen, auf Veranlassung specieller Fälle ergangenen Verfügungen sind einzelne Regierungen bereits wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die zur Befriedigung des häuslichen Bedarfes anberaunt sogenannten kleinen Lic-

tationen, so oft als irgend das Bedürfnis hierzu vorhanden ist, wiederholt, und daß dabei das Holz, so weit als erforderlich, in ganz kleinen Quantitäten ausgebaut werden müsse, um auch den ärmeren Einwohnern Gelegenheit zu geben, ihren Holzbedarf zu jeder Zeit gerade in demjenigen Maße, wie es ihrem jedesmaligen Bedürfnisse und den zur Deckung desselben disponiblen Geldmitteln entspricht, zu erstehen. Es ist auch dabei mehrfach ausdrücklich darauf hingewiesen, daß, wenn auch in diesen kleinen Licitationen in der Regel nur niedrige Holzpreise erlangt werden, es doch hierbei auf hohe Geldüberschüsse überaß nicht ankommen könne, sondern daß es vielmehr, sowohl zur Erleichterung der Noth der ärmeren Einwohner, als auch mit Rücksicht auf die dadurch herbeigeführte Verminderung des Holzdiebstahls, ganz erwünscht sei, wenn die ärmeren Einwohner dabei Gelegenheit fänden, ihren Holzbedarf zu niedrigen Preisen zu befriedigen.

Da aber diese Rücksichten nach dem Obigen noch immer nicht überaß vollständige Brachtung zu finden scheinen, und da es zugleich darauf ankommt, dem oft hieraus hergenommenen ungegründeten Einwande gegen den Holzverkauf im Wege der Licitation überhaupt zu begegnen, so wurden die obigen Bestimmungen: abermals in Erinnerung gebracht und die Königl. Regierungselbsten beauftragt, mit allem Nachdrucke darauf zu halten, daß die Königl. Oberförster denselben nachkommen. Die letzteren sind zu dem Ende ausdrücklich anzuweisen, während des Winters, wo die Befriedigung des Holzbedarfes so viel drückender ist, wenigstens alle acht bis vierzehn Tage, und während des Sommers mindestens alle Woche eine Licitation der gedachten Art abzuhalten.

Dabei haben sich die Königl. Regierungen am Schlusse eines jeden Jahres nachweisen zu lassen, wie dieser Bestimmung nachgekommen ist und jede Versäumnis hiergegen nachdrücklich zu rügen, wogegen auf diejenigen Oberförster, welche sich hierbei ausgezeichnet haben, und welche von den Königl. Regierungen

Obst zur Beförderung des Handels, sohin Beförderung der
 Wirtschaftlichkeit, sohin Versorgung der Bevölkerung, zusammen werden
 nicht nur dem Staat, sondern auch dem Landmann zu Gute kommen.

**3) Die Verhaltung von Wäldern im Regierungsbezirk
 im Zusammenhang mit den Wäldern betreffend.**

Vom 14. September 1842.

Es ist bekannt, dass die Königl. Regierung seit mehreren
 Jahren bestrebt war, das Holzgeschäft, welches
 früher sehr überhand genommen hatte, durch eine
 Reihe von Verfügungen und Anordnungen der künftigen Hand-
 habung des Holzgeschäfts gehörigen gesetzlichen Bestimmungen nachdrück-
 lich zu begegnen und denselben so weit einzuschränken, als es
 die Verhältnisse und örtlichen Umstände irgend gestatten. In
 dieser Beziehung wurden die Königl. Behörden
 an folgende Gesetze und Anordnungen erinnert:

I. Auf die Gesetze

1) Vom 31. März 1837, über den Wäldgebrauch der
 Forstbeamten.

2) Vom 31. März 1837, über die Strafe des Wälders
 gegen die Forstbeamten.

3) Vom 31. März 1837, über die Holzabfuhr aus den
 Wäldern. Dieses Gesetz, durch die Bestimmungen
 vom 28. März 1840, vom 29. Juli und
 vom 24. September 1841, sowie vom 21. März 1842
 erweitert, enthält die Bestimmungen über die Holzabfuhr
 aus den Wäldern, welche in der That die Holzabfuhr aus
 den Wäldern in der That die Holzabfuhr aus den Wäldern

4) Strengere Aufsicht, Vernehmung und Befragung der
 Forstbeamten oder minder tüchtigen Forstbeamten.
 5) Annahme von ambulanten Forstbeamten-Ausschüssen für die
 Wintermonate, bestehend aus dem Revierförster, welche
 dem meisten Anfall ausgesetzt sind.

- 3) Einführung der Forstschutz-Patrouillen im Jahre 1840 in den Königl. Forsten, sowie neuerdings in Vereinigung mit den Kommunal- und theilweise auch mit den Privat-Forstbeamten.
- 4) Aufbau der Forstschutztruppen in und am Walde, deren seit 1837 in der Inspektion Paderborn nicht weniger als sechs ganz neu errichtet sind und gegenwärtig, für 1843, wieder drei neue aufgeführt werden.
- 5) Aufgabe der Veräußerung so vieler Forst-Pargellen, welche bloß durch die Idee, daß sie veräußert werden sollten, dem Holzdiebstahle mehr ausgesetzt wurden. Zu den, den Forstschutz verstärkenden und unterstützenden Maasregeln, sind diejenigen zu rechnen, welche dem Holzdiebstahle unmittelbar abhelfen, nämlich:
 - 6) Verkauf der leicht zu stehlenden Holzfortimente, als Stangen, geringe Nuß- und Bauhölzer ic. aus freier Hand neben den Licitationen.
 - 7) Die Vermehrung der Verwerthung von Stod- und Raff- und Leseholz zu geringen Preisen.
 - 8) Die Abhaltung möglichst vieler Holzversteigerungen, auf welchen das Holz in kleineren Loojen bis zu $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Klafter herunter verkauft wird.
 - 9) Die Einführung von Communal-Holzhöfen in den Städten, zur Versorgung der ärmeren städtischen Einwohner mit Holz zum Einkaufspreise, in möglichst kleinen Quantitäten, deren jetzt schon zu Paderborn, Menhausen, Steinheim, Förter und Willibadessen ins Leben getreten sind.
 - 10) Die möglichste Belebung des Absatzes und der Verwerthung von Brennholz-Surrogaten, so weit sie in den Vereichen der Forste vorhanden sind, welches mit dem Torfe jetzt einigermaßen gelungen ist; und endlich
 - 11) die Abhaltung der Forst-Gerichtstage an vorher gesetzten Terminen, nämlich: jedesmal nur die Hälfte der Forstschutzbeamten weimohnt, so daß die andere Hälfte den Wald beschützen kann.

Es ist den Königl. Forstbeamten gewiß nicht entgangen, und der bessere Zustand, der sonst dem Diebstahl so sehr ausgesetzten Grenz- und Stangenholzbestände, bezeugt es deutlich, daß alle diese Maßregeln, neben und außer der eigentlichen Forststrafgesetzgebung — welche gegenwärtig der Revision unterliegt — wesentlich dazu beigetragen haben, den Holzdiebstahl in den Königl. Forsten zu vermeiden. Allein immer bleibt noch vieles zu thun, und namentlich kommt es darauf an, die Maßregeln der Forstverwaltung, zur Befähigung des Holzdiebstahls, auch mit entsprechenden Anordnungen der Behörden in angemessene Verbindung zu setzen, welchen die Handhabung der Forststrafgesetze und namentlich des Gesetzes, wegen Untersuchung und Bestrafung des Holzdiebstahls, obliegt, als vorzugsweise der Forstgerichte.

Die Königl. Regierung hat nun Veranlassung gehabt, dieserhalb mit dem Königl. Oberlandesgerichte zu Paderborn in Communication zu treten, welchem die vermehrte Zahl der Anzeigen von Holzdiebstählen und dahin gehörigen Entwendungen von Waldprodukten schon aufgefallen war, und als erstes Ergebnis dieser Communication darf betrachtet werden, daß das Königl. Oberlandesgericht unter dem 1. d. M. sämtliche Gerichtsbehörden aufgefordert hat:

Die schnelle und nachdrückliche Föhrung der Untersuchungen über Holzdiebstähle und Entwendungen anderer Waldprodukte, sowie die kräftige Vollstreckung der Strafen sich möglichst angelegen sein zu lassen.

Indem die Königl. Forstbehörden, andurch Weyden Kenntniß erhalten, werden dieselben auf Werth und Bedeutung dieser Anordnung noch besonders aufmerksam gemacht, erwartend, daß sie für die regsamste und vollständigste Föhrung der Forststraflisten und die prompteste Beförderung derselben sorgen, und daß sie, sobald die Listen, mit den Erkenntnissen versehen, an sie zugeföhrungen, solche auch schnelligst an die Ruffen-Beauftragten abgeben, damit die Strafe sobald als möglich vollstreckt werde;

denn nichts mehr zur Begegnung der Begeben-
und Verbrechen, als wenn die Strafe der That sich
folgt.

Die Forstschutzbeamten sind zur sorgfältigen und gründ-
lichen Führung des Pfand-Registers und namentlich dazu anzu-
halten, daß sie auf die bei Entdeckung und Pfändung der
Holzdiebe, oder der Diebe von andern Waldprodukten, oder
auch endlich bloßer Forstverletzer, vorkommenden Ereignisse und
Wahrnehmungen gehörig Acht haben und dieselben ins Pfand-
Register eintragen, auch ihre Anzeige genau so einrichten, daß
sie nochmals bei der Untersuchung nicht zum theilweisen oder
wesentlichen Widerspruch der auf den geleisteten Eid gemachten
Angaben sich genöthigt sehen.

Sollten einzelne Forstschutzbeamte, hierin nachlässig sein,
so ist dieses der Königl. Regierung zu den Personal-Listen der-
selben besonders anzuzeigen, um das Erforderliche darauf ver-
anlassen zu können.

Sollten demnach, der Aufforderung des Königl. Ober-
landesgerichts ungeachtet, einzelne Gerichte in der Untersuchung
und Bestrafung der Holzdiebstähle im Rückstande bleiben, so
ist dieses mit Angabe des Tages der Abgabe der inständigen
Forststraf-Listen, unter Bezugnahme auf diese Verfügung, anzu-
zeigen, damit die Königl. Regierung, deshalb mit dem Königl.
Oberlandesgerichte in Communication treten kann.

Ergeben sich demnach die Forstschutzbeamten die Versicherung,

sich an die Befehle der Königl. Regierung zu halten.

4) Die Nutzung des Strohholzes betreffend.

Vom 14. Dezember 1842.

Aus dem Berichte der Königl. Regierung vom 11. Oktober
d. J. in welchem dieselben die Verhandlungen des Herr. Schulz
in G. 19. Mentemühl St. aus dem Forstrevier St. beauftragten
Forstholz-Deputats in der Krüppelholz-Deputats-Intros ge-
bracht worden ist, erfahren wurde, daß die Strohholz-Nutzung
der dortigen Gegend immer noch nicht in dem Wunsche stünde.

gefunden hat, als es in mehrfacher Beziehung wünschenswerth ist. Die Königl. Regierung verspricht nun zwar am Schlusse jenes Berichts für die allgemeinere Einführung der Stockholznutzung Sorge zu tragen, und es ist Ihr dies in der hierauf erlassenen Verfügung vom 17. v. M. bereits empfohlen. Bei der großen Wichtigkeit des Gegenstandes wird jedoch Veranlassung genommen, der Königl. Regierung, unter Hinweisung auf die deshalb erlassenen früheren Verfügungen, insbesondere auf die Circular-Verfügung vom 23. September 1840, vorzügliche Aufmerksamkeit auf diesen Gegenstand noch besonders zur Pflicht zu machen. Sollte durch die Benutzung des Stockholzes auch anfänglich kein Gewinn für die Forstkasse erwachsen, und der Verkauf zu den Nebenkosten geschehen müssen, so werden sich doch die Holzkäufer allmählig an den Gebrauch des Stockholzes gewöhnen und dasselbe später auch besser bezahlen. Der Geldertrag, der hieraus erfolgen wird, ist aber überhaupt nicht entscheidend. Das Roden des Stockholzes gewährt den ärmeren Bewohnern des Waldes einen Verdienst, und bietet zu deren Versorgung mit Holz ein wohlfeiles Material dar. Es befördert die Selbstbesamung der Schläge, und trägt besonders in den Nadelholz-Forsten wesentlich mit zur Sicherung gegen das Ueberhandnehmen schädlicher Insekten bei. Auch im nationalökonomischen Interesse ist die Benutzung des Stockholzes von Wichtigkeit. Deshalb rechtfertigt es sich, die Stöße zu roden, selbst wenn der Forstkasse nur die Rodungskosten ersetzt werden, und es wird der Königl. Regierung empfohlen, bei den Vorschlägen zu den Holzstößen hierauf Rücksicht zu nehmen.

III.

Herzoglich Sachsen-Coburgische Forstverordnungen und Instruktionen.

Instruktion für die Herrschaftlichen und in Herrschaftlicher Waldung arbeitenden Privat-Röhler.

Von 1842.

1.

Die Röhler sollen dem Forstämte, der Rostenverwaltung und den Reviersförstern, auf deren Forsten sie in Arbeit stehen, nicht weniger den Forstgehilfen derselben, sowie andern Beamten, welchen die Aufsicht über die Röhlerereien übertragen werden sollte, gebührenden Gehorsam leisten und mit Achtung begegnen, ihren Pflichten als Untertanen und Röhler treu und unverdrossen nachkommen, und überhaupt keinen anstößigen Wandel führen.

2.

Den Herrschaftlichen Nutzen sollen sie, so weit es in ihrem Wirkungskreise möglich ist, befördern, und alle schädlichen Ereignisse, vorzüglich in der Herrschaftlichen Waldung, nach Kräften abzuwenden suchen. Aller Waldfrevel und Holzentwendungen, oder anderer Beeinträchtigungen des Herrschaftlichen Interesse haben sie sich gänzlich zu enthalten, und darauf zu sehen, daß auch von ihren Angehörigen und Knechten, für welche sie verantwortlich sind, nichts Forstwidriges unternommen werde. Wenn sie sich auf irgend eine Weise gegen die hiesige Forstordnung, auf welche sie verwiesen werden, ver-

geben, so sollen sie bei jedem Uebertretungsfall mit der vierfachen gewöhnlichen Strafe belegt und außerdem noch, nach Befinden, ihrer Arbeit verlustig werden.

3.

So lange die Köhler in der Herrschaft Wahrung in Arbeit stehen, sollen sie genaue Aufsicht auf alle diejenigen Personen führen, welche sich darin beschäftigen. Werden sie Waldhacker, Holzer und Wildhiebe antreffen, so sind sie gehalten, solche zu fassen und den Thatbestand sofort dem Revierförster anzuzeigen. Wildhieben oder sonst verdächtigen Personen dürfen sie den Aufenthalt in ihren Hütten durchaus nicht gestatten und sollten sie angeschossenes oder verendetes Wildpret wahrnehmen, oder auch nur verdächtige Schüsse hören, so haben sie gleichfalls dem Revierförster oder dessen Gehülfen unverzüglich davon Anzeige zu machen.

4.

Die Köhler sollen bei Uebergabe der zur Verkohlung bestimmten Hölzer, auf Erfordern der Herzogl. Kohlenverwaltung in den Schlägen gegenwärtig sein und sich dabei von der Beschaffenheit derselben, von den Bestimmungen wegen Benutzung alter und Anlegung neuer Stätten, über den Abzug des Deckreisigs, und des Holzes zu den Hütten und Windhäusern genau unterrichten, um hiernach den Accord der Herzogl. Kohlenverwaltung über den Köhlerlohn und das zu gewährende Kohlenquantum abschließen zu können.

Sollte der Köhler aber bei der Holzübergabe nicht gegenwärtig gewesen sein, so hat er vor Uebernahme der Köhlerlei zu ordern, wegen vorgedachter Bestimmungen die nöthige Befragung bei dem Revierförster einzuholen und sich in einem oder dem andern Falle nach derselben genau zu richten.

Von dem Anfang der Köhlerlei hat der Köhler dem Revierförster Anzeige zu machen und sich über den mit der Kohlenverwaltung geschlossenen Köhleraccord gehörig zu legitimiren, (gleiches soll er der Forstl. R. Kam. vorben. davor Meldung thun, wenn die Köhlerlei auf einem Schlage zu Ende geht).

kennt 19m von 19getet. geelgheit 19als das 19eugnt 19ußer
 19est 19oben 19am, daß er den eingegangenen 19öblereiaccord
 erfüllt habe.

5.

Die Verhütung zu besorgender 19obwände, sollen die
 19öbler überhaupt sehr vorsichtig mit dem Feuer umgehen, in
 der Nähe des Meilers altes Gestrüch, Moos und dergl. Holz
 sorgfältig entfernen, die Windschutter in gehöriger Entfernung
 von den Stätten aufstellen, und um die Stätten selbst einen
 Graben ziehen, damit das Fortlaufen des Feuers verhindert
 und das anstehende Regenwasser für die Verkohlung des Holzes
 nicht nachtheilig werde.

Die Köhlerhütten sind in die Nähe der Meiler zu legen;
 damit auch des Meilers gehörige Aufsicht über letztere geführt
 werden kann.

6.

Zum Decken der Meiler soll der Köhler das erforderliche
 Reisig so viel als möglich aus den gängbaren Holzschlägen be-
 ziehen? Sollte es aber angewiesen werden, Dredreißig zu fällen
 den, so darf er dabei mit aller Vorsicht zu Werke zu gehen
 und dieselben nur auf den besten Theil der Kronen-
 länge des Stammchens zu erstrecken und die Rinde nicht mit-
 nehmen? Stämme wegzunehmen.

So lange Meiler im Gange sind, darf der Köhler solche
 unter keinem Vorwand, auch selbst des Sonntags nicht, ver-
 lassen und die Aufsicht darüber anvertrauten Köhlernechten
 übertragen. Sollten sich aber Ereignisse, die Köhleret auf-
 zehige Zeit zu verlassen, so muß er die Erlaubnis dazu bei
 der Kohlenverhüttung einholen und sich mit denselben über sein
 Stellvertreter bereinigen.

Die übernommenen Arbeiten sollen die Köhler gut be-
 kannt sein und den erhaltenen Vorschriften gemäß verrichten,
 insbesondere aber bei der Köhleret Folgendes beobachten:

eine gleichmäßige Verbreitung des Feuers im Reiler alle Rücksicht nehmen, beim Füllen derselben sowohl, als überhaupt insbesondere Feuer soviel als möglich, und eine zu schnelle sowohl, als eine zu langsame Gäre der Reiler zu vermeiden suchen. Nach § 113. der Reiler-Gat. so muß er guttbeherst gehörig abgekühlt, ehe er ausgetragen werden darf, und wird dabei Röhren insbesondere bei Vermeldung empfindlicher Dammungsgrade untersucht, daß Ausföhlen des Reilers durch Eingießen von Wasser ist denselben zu beschleunigen. Nach der ausgezogenen Kohlenfind, soviel als möglich, nur mit feuchter Erde zu kühlen, die darunter befindlichen Brände aber, denen jedoch nur wenige vorkommen dürfen, sorgfältig anzuschließen und in der Folge wieder in andere Reiler zu bringen, damit sie vollends verkohlt werden.

Im Gestebe dürfen durchaus keine nutzbaren Kohlen zurückbleiben.

h) Ehe die Fuhrleute die Kohlen laden, müssen sich die Köhler davon überzeugt haben, daß kein Feuer mehr darin enthalten ist. Sie dürfen ferner keinem Fuhrmann gestatten, daß er sich zur Verwahrung und Bedeckung der Kohlen Deckelreißig und dergleichen aus dem Walde bediene; im Falle aber solches dennoch vorkommen sollte, haben sie der Forstet davon Anzeige zu machen.

9.

Beim Messen der Kohlen, wozu dem Köhler von der Ist wird, soll derselbe mit ehen und weder durch zu er, noch durch zu starkes

lassen, Holz, Kohlen oder

Kohlenstücke zu verkaufen, zu verschenken oder zu vertauschen, oder auch Andern nur zur Entwendung von Holz, Kohlen z. begünstigt zu sein, so wird er in Criminaluntersuchung gezogen und nach Beschaffenheit der Umstände nicht nur empfindlich be-

kraft, sondern auch auf immer aus der Herrschaftlichen Arbeit entfernt werden.

10.

Dem Revierförster, ingleichen dem Unterförster und Forstgehülfen haben die Köhler stets auf Verlangen über den Köhlereibetrieb und die abgeschlossenen Accorde die nöthige Auskunft zu ertheilen, auch denselben Einsicht in ihre Bücher über gewonnene und abgegebene Kohlen zu gestatten.

11.

Sollte, aller angewandten Vorsticht ungeachtet, durch die Köhlerei, oder durch sonstige Veranlassung, Feuer im Walde entstehen, so hat der Köhler, wenn er selbst nicht im Stande sein sollte, solches mit Zugiehung seiner Knechte zu löschen, sogleich den zunächst wohnenden Förster und die benachbarten Ortschaften davon zu benachrichtigen, damit durch baldige Hülfe der Gefahr in Zeiten vorgebeugt werde.

12.

Ein jeder Köhler soll, wenn auf den Forsten, in welchen er in Arbeit steht, Saamenjahre eintreten, eine gothaische Masse Fichtensaamen unentgeltlich und in solcher Beschaffenheit, daß dieser Saame ohne weitere Zubereitung ausgefäet werden kann, an die vorgesezte Forstei abzuliefern gehalten sein. Endlich wird

13.

von den Köhlern erwartet, daß sie den Vorschriften dieser Instruktion pünktlich nachzukommen suchen, in zweifelhaften Fällen bei ihren Vorgesetzten anfragen und sich keine willkührliche Handlungsweise erlauben, den Anweisungen, welche sie von Letzteren erhalten, aber getreulich nachkommen werden.

IV.

Kaiserlich Oesterreichische Forst- und Jagd- gesetze und Verordnungen.

1) Provisorische Waldordnung für Tyrol und Vorarlberg.

Vom 24. December 1839.

Unter Aufhebung der im Jahre 1822 erlassenen Forst-directiven wurde bis zur Einführung einer definitiven Waldordnung eine provisorische Waldordnung in nachfolgenden Bestimmungen erlassen, welche nebst der Vorschrift über die Behandlung der Staats-, Gemeinde- und Lokal-Stiftungswaldungen in Tyrol und Vorarlberg am 1. Februar 1840 in Wirksamkeit getreten ist.

§. 1.

Begriff.
Zweck.

Die öffentliche Forstpolizei hat die Hintanhaltung jener Beschädigungen zum Zwecke, welchen das Waldeigenthum insbesondere ausgesetzt ist, die schwerer als die Verletzungen eines andern Eigenthums zu verhindern sind, auch den gemeinen Strafgesetzen nicht unterliegen, und zu deren Vergütung die bürgerliche Rechtsflage nicht zureicht.

§. 2.

Nebstdem bezweckt die Forstpolizei auch noch die Abwendung der Gefahren und Nachtheile, welche unter bestimmten Lokalverhältnissen die ungeeignete Behandlung der Wälder durch Veranlassung und Hervorbringung von Elementar-Ereignissen,

als Erd- und Schneelavinen, Erdrassungen, Bergstürzen, Anschwellung der Wildbäche — zur Folge haben kann.

§. 3.

Uebertretungen der in dieser Hinsicht zu ertheilenden Vorschriften, so wie auch die Verletzungen der Forstrechte eines andern, werden Forstübertretungen (Waldfrevel) genannt, insoferne sie sich nicht wegen boshafter Beschädigung, oder wegen Entwendung fremden Eigenthums nach §. 74, 153, 154 des I. und 210 des II. Theils des Strafgesetzbuches als Verbrechen und schwere Polizeilübertretungen darstellen.

§. 4.

Als Forstvergehen sind ferner die Uebertretungen der in den folgenden §. §. enthaltenen Bestimmungen, ohne Unterschied der Eigenthumsverhältnisse der Waldungen, insoferne nicht hierauf ausdrücklich Rücksicht genommen wird, anzusehen.

§. 5.

Nur dem Nußeigenthümer steht in der Regel die freie Benützung seiner Wälder zu. Alle Uebrigen dürfen sich nur mit Genehmigung des Forstnußeigenthümers oder der betreffenden Behörden, wenn es sich um Staats-, Gemeinde- oder Lokalstiftungswaldungen handelt, und auf die vorgesehene Weise in Wäldern den Gewinn von Forsthaupt- und Neben-^{Unerlaubter Gewinn der Forstnutzungen.} nutzungen erlauben, auch wenn dadurch keine Beschädigung erfolgen sollte.

§. 6.

Das Lergetbohren (Terpentinammeln), Hargreifen und Theerschwellen, die Sammlung des Waldsamens, das Larschnaiten (Abschneiden der Rinde an den Nadelholzbäumen zur Streugewinnung) und Bodenstreusammeln, das Fällen des untern Buschholzes, so wie das Grasmähen oder Ausreihen, worin die Nebennutzungen der Wälder bestehen, ist Niemanden als dem Nußeigenthümer, des Waldes, oder den von ihm hiezu aufgestellten oder berechtigten Personen gestattet.

§. 7.

Baumver-
stümm-
lun-
gen.

Inbesondere sind das Abwipfen, Verstümmeln, Abschälen oder Abrinden und Anbohren der stehenden Bäume in fremden Waldungen als Waldsrevel zu behandeln.

§. 8.

Blehein-
trieb.

Der Eintrieb des Viehes in junge Maisse und nicht erwachsene Holzbestände bleibt, mit Ausnahme des Bedürfnisses einer Schneefucht auf den Alpen, so lange allgemein verboten, als die Gipfel der Maisse durch das Abbeißen beschädigt werden können. Eben so wird auch der Eintritt in die Samengewaldungen, welche binnen 8 oder 10 Jahren dem Holzschlage unterlegt werden sollen, untersagt.

In wie ferne die Weide in den in Bann gelegten Holzbeständen zulässig ist, bestimmen die hierüber nach den Lokalverhältnissen zu erlassenden besondern Weisungen.

Zur Warnung sind an den Orten, wo die Weide nicht stattfinden darf, Verbotsscheiben aufzustecken.

§. 9.

Wo das Weiderecht nur auf eine bestimmte Anzahl Vieh beschränkt ist, darf der Weiderechtsbesitzer das Befugniß nicht auf eine größere Zahl erstrecken, und noch weniger durch Aufnahme fremden Viehes, sei es gegen oder ohne Bezahlung, seine Viehanzahl vermehren.

§. 10.

Pfändung.

Wenn zur Weide überhaupt nicht berechtigtes Vieh, oder Hornvieh über die berechnigte Zahl, oder außer dem erlaubten Bezirke betreten wird, so ist dasselbe zu pfänden.

§. 11.

Strafgeld.

Für jedes Pferd ist ein Strafgehalt von 1 fl., für jedes Stück Hornvieh 30 fr., für jeden Bod oder jede Ziege 15 fr., für ein Schwein oder Schaf 10 fr. dem Nutzungseigenthümer des Waldes zu entrichten. Der allenfalls noch weiters nachzuweisende Schaden, sowie der Unterhalt des gepfändeten Viehes sind nebst dem Strafgehalte zu vergüten.

§. 12.

Kann der Eigenthümer des gepfändeten Viehes, welchem sogleich vorschriftsmäßig nachzuforschen ist, nicht auffindig gemacht werden, oder wollte derselbe sein Vieh längstens binnen 8 Tagen nicht auflösen, so soll unverzüglich zur Schätzung und Feilbietung desselben geschritten werden; aus dem gelösten Kaufschillinge ist der verursachte Schaden zu vergüten, das Strafgeld abzugiehen und die Auslage für den Unterhalt des gefütterten Viehes zu ersetzen, der Ueberrest aber für den unbekanntgebliebenen Eigenthümer bis zur Anmeldung desselben aufzubewahren, oder dem bekannten Eigenthümer zu erfolgen. Im Wiederbetretungsfall ist die Geldstrafe um ein Dritttheil zu vermehren und der Aufseher des Viehes noch insbesondere zu ahnden. Wenn der Aufseher der Gemeindegirt ist, so ist derselbe im wiederholten Betretungsfall des Dienstes zu entlassen.

§. 13.

Insoferne dürftigen Gemeindegirt das nöthige Brenn- und Bauholz in Staats- oder Privateigenthums-Waldungen unentgeltlich ausgezeigt wird, haben sich dieselben genau an die hiefür bestimmten Tage und von den Forstbehörden auszustellenden Erlaubnißscheine zu halten.

Wenn dieselben nur auf Sammel- oder Rastholz lauten, darf der Betheiligte den Wald nur ohne Art, Hacke, Säge oder ähnliche Werkzeuge betreten.

§. 14.

In Bezug auf die Verhütung, schnelle Entdeckung und Waldbrand-Löschung der Waldbrände enthält die mit Gubernial-Circulare vom 2. Jänner 1824 kundgemachte Waldbrandlösch-Ordnung die geeigneten Vorschriften.

Die Uebertretungen derselben sind als Waldfrevel zu behandeln.

§. 15.

Zur Vorforge für den Nachwuchs der Waldungen sind in Staats-, Gemeinde- und Localstiftungswaldungen bloß jene Wege zu gestatten, welche zur Kommunikation von einem zum

andern Orte unumgänglich nothwendig sind. Alle übrigen Fußsteige und sogenannten Holzwege sind nur dem Waldeigenthümer, den Wildbahnhabern und denjenigen, welche ihre Erndte von den in Wäldern eingeschlossenen Gründen nach Hause führen müssen, vorbehalten.

§. 16.

Aufstellung von Bäumen bei Festen Bäume dürfen bei kirchlichen und andern Festen nur mit Bewilligung der politischen Obrigkeit und nach vorläufiger Anzeige der Forstbehörde aufgestellt werden.

§. 17.

Einschränkung des Benützungsweges wegen Gefahr von Elementar-Ereignissen. In jenen Gegenden, wo aus der unvorsichtigen oder unregelmäßigen Behandlung der Wälder Erdbstürze, Bergstürze, Anschwellungen der Wildbäche, oder andere nachtheilige Elementar-Ereignisse entstehen können, müssen in allen, folglich auch in Privat- und Staatswaldungen, die den Eigenthümern sonst zuständigen Rechte auf einen unschädlichen Gebrauch beschränkt werden.

Das hiebei stattfindende Verfahren wird die Bannlegung genannt.

§. 18.

Bannlegung. Die Beurtheilung, ob eine solche Maßregel in einem bestimmten Orte nothwendig sei, kommt den politischen Behörden ohne Unterschied der Eigenthumsverhältnisse und der Bewirthschaftungsart der Wälder zu.

§. 19.

Grundsätze. Die aus bewährten forstwirtschaftlichen Erfahrungen abgeleiteten Grundsätze, nach welchen in solchen Fällen die Wälder zu behandeln sind, werden in der Folge zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

§. 20.

Verfahren. Die politische Obrigkeit hat alljährlich, mit Beiziehung der Gemeindevorsteher und Ausschüsse, dann der betheiligten Eigenthümer und eines Forstbeamten, alle Stellen in ihrem Bezirke, wo solche Gefahren aus der Vernachlässigung der Waldkultur zu besorgen sind, genau zu untersuchen.

§. 21.

Bei diesen Untersuchungen sind die Mittel und Maaßregeln, welche in forstpolizeilicher Hinsicht zur Abwendung schon bestehender oder erst zu besorgender Uebel nach den besonderen Lokalverhältnissen geeignet sind, in Erwägung zu ziehen, und es ist sich hiebei zugleich von dem Erfolge und der Erfüllung der schon bestehenden Maaßregeln zu überzeugen.

§. 22.

Hierüber ist von der politischen Obrigkeit ein Protokoll anzunehmen und dem Kreisamte vorzulegen.

§. 23.

Von dem Kreisamte ist über Einvernehmung des Forstamtes ^{Verfügung des Kreisamtes.} sonach das in solchen Waldstrecken zu beobachtende Verfahren festzusetzen, den betreffenden Eigenthümern, sowie den betheiligten Gemeinden zur genauesten Befolgung bekannt zu geben und öffentlich kundzumachen.

§. 24.

Keine wie immer geartete Holzfällung und eben so wenig die Gewinnung der Nebennutzungen, insbesondere die Weide, dürfen in den in Bann gelegten Forsten ohne freisämmtliche Bewilligung und forstmäßige Auszeichnung stattfinden.

Es soll jedoch immer für eine angemessene Benützung dieser Wälder und für die allmähliche Verjüngung ihres Holzbestandes nach richtigen forstwirtschaftlichen Grundsätzen Sorge getragen werden.

§. 25.

Bäume, welche zum Waldmantel, zur Waldfrone, zur Schutzwehr gegen Sturmwinde, Frost und andere Elementarereignisse, oder als Samenbäume erklärt werden, dürfen, so lange diese Bestimmung dauert, nicht gefällt werden.

§. 26.

Wird bei der Holzfällungsbewilligung hinsichtlich eines in Bann gelegten Waldes angeordnet, daß die Holzfällung ausrichtungsweise, oder in Schlägen nach einer bestimmten Rich-

tung zu geschehen habe, so muß diese Anordnung genau befolgt werden.

§. 27.

Die Holzfällung muß überhaupt so geschehen, daß die Wiederbepflanzung der abgetriebenen Fläche natürlich oder kunstmäßig erfolge.

§. 28.

Ueber alle die Bannlegung betreffenden Verfügungen des Kreisamtes steht jedoch denjenigen, welche sich dadurch beschwert halten, der Refurs an die Landesstelle offen, welche nach allfälliger Einvernehmung der geeigneten Kunstbehörde und nach allfällig weiteren Erhebungen hierüber entscheiden wird.

§. 29.

Gemeinde-
Statuten.

Wo Gemeindewaldungen in Bann gelegt werden, sind die dießfälligen Bestimmungen in förmliche Gemeindestatuten zusammenzufassen, und den Gemeinden nebst der §. 23 angeordneten öffentlichen Rundmachung bei jedem schicklichen Anlasse in Erinnerung zu bringen. Die Gemeindevorstellungen sind für ihre Befolgung streng verantwortlich zu machen.

§. 30.

Bauanla-
gen.

Insoferne das Gedeihen der Forstkultur in solchen Bezirken das vorläufige Zustandekommen von Bauanlagen zur Bindung der Erde, Versicherung der Bergfüße zc. fordert, ist bei der angeordneten gemeinschaftlichen Untersuchung auch hierauf Rücksicht zu nehmen, und die Art der Ausführung dieser Werke in Vorschlag zu bringen.

§. 31.

Kontur-
renzvereine.

Wenn derlei Anlagen nicht sowohl dem Forsteigenthümer, als der benachbarten Gegend zum Schutze und Vortheil gereichen, so sind dafür Unternehmungsvereine mit analoger Anwendung der in den hohen Hofverordnungen vom 13. Jänner und 11. Oktober 1825 und vom 10. November 1830 enthaltenen Bestimmungen zu bilden, und die Kosten nach Maassgabe des Nutzens unter sämtliche Interessenten zu repartiren.

§. 32.

Kohl-, Pottasche- und Rienrußbrennereien, dann Kalk-, ^{Ordnungs-} Gips- und Ziegelöfen dürfen nur mit Bewilligungen des Kreis- ^{widrige An-} amtes an den ausgezeichneten gefahrlosen Stellen erbauet oder er- ^{legung von} richtet werden. Insofern der Betrieb dieser Werke mit Stein- ^{Brenne-} kohlen oder einem andern Brennstoffe außer dem Holze nicht bewirkt werden könnte, soll die Bewilligung nur für jene Gegenden und in solange ertheilt werden, als ausgewiesen wird, daß der hiezu gewidmete Wald hinreicht, die erforderliche Holzmenge auf eine der Forstkultur entsprechende Weise zu liefern.

§. 33.

Das Holzriesen darf nur unter Beobachtung der von der Holzriesenpolitischen Obrigkeit nach den Lokalverhältnissen zu bestimmenden Vorsichten vorgenommen werden.

Insbefondere ist darauf zu sehen, daß hiedurch keine bleibende Auflockerung des Bodens bewirkt werde, daher das Holz vorzugsweise bei gefrorenem oder beschneitem Boden auszubringen ist.

§. 34.

In Bezug auf das bei der Schwemmung des Holzes, ^{Schwem-} insbesondere mittels Wasserlaufen (Schleußen) anzuwendende ^{mung mit} Verfahren wird eine eigene Vorschrift erlassen werden. Hiezu ^{Klausen.} ist übrigens immer die kreisämtliche Bewilligung erforderlich.

§. 35.

In Wäldern, wo das vollständige, oder doch das Nutzungseigenthum Privaten zusteht, ist denselben in der Regel die Bewirthschaftung derselben, und die Art der Gewinnung der Haupt- und Nebennutzungen überlassen, es bedarf daher auch zu Holzfällungen in solchen Wäldern keiner besondern Bewilligung. ^{Privat-} ^{eigenthums-} ^{wälder.}

§. 36.

Gründe, welche gegenwärtig der Waldkultur gewidmet ^{Erhaltung} sind, dürfen jedoch nur mit Bewilligung des Kreisamtes nach ^{der Sub-} Vernehmung der Forstbehörde, und in Folge einer vorausge- ^{stanz der} ^{Wälder.}

gangenen Verhandlung der politischen Obrigkeit, woraus die Entbehrlichkeit für Forstzwecke erhellt, eine anderweitige Bestimmung erhalten.

§. 37.

Auch dürfen nur mit freisämlicher Bewilligung Waldungen in Weideland umgestaltet werden, wobei in der Regel darauf zu sehen ist, daß hiefür, wo möglich eben so viel altes, seiner Bestimmung nicht entsprechendes Weideland der Waldkultur, soferne dasselbe hiezu geeignet ist, gewidmet werden.

§. 38.

Pflicht der
Waldern-
haltung.

Jeder Waldbesitzer ohne Unterschied wird verpflichtet, binnen einer von der betreffenden Forstbehörde nach den Ortsverhältnissen zu bestimmenden Zeit, jene Waldgründe als solche wieder in Kultur zu setzen und zu erhalten, welche er im Einzelnen oder Ganzen abgeholzt hat, insoferne nicht nach §. 36 eine anderweitige Widmung als zulässig anerkannt wird.

§. 39.

Forstgründe, welche bereits vor längerer Zeit abgeholzt wurden, sollen, insoferne sie nicht eine andere nützliche Bestimmung erhalten, von den betreffenden Eigenthümern ebenfalls der Waldkultur wieder gewidmet werden.

Die politischen Obrigkeiten haben darauf zu sehen, daß dieser Pflicht binnen einer angemessenen Zeitfrist entsprochen werde.

§. 40.

Bestrafung
der Wald-
frevel.

Jede Forstübertretung ist abzuwandeln und zu bestrafen. Die Waldfrevel werden bestraft mit Polizeiarrest, körperliche Züchtigung, Forstarbeit, und um Geld. Der Arrest kann durch körperliche Züchtigung und Fasten verschärft werden.

§. 41.

Arrest.

Die längste Dauer des Arrestes sind 30 Tage. Er besteht in der Verschließung in einem Gefängnisse ohne Eisen, wobei der Verurtheilte täglich auf eine warme Speise und zum Trunk auf Wasser zu beschränkt ist. Statt des Polizeiarrestes kann auch Hausarrest verhängt werden, wenn der zu Bestra-

seinde von unbefehltem Rufe ist, und durch die Entfernung von seiner Wohnung gehindert würde, seinem Amte, Geschäfte oder Erwerbe vorzustehen.

§. 42.

Die körperliche Züchtigung besteht bei Männern in Stockstreichen, bei Jünglingen unter 18 Jahren und bei dem weiblichen Geschlechte in Ruthestreichen. Sie kann die Zahl von 10 Streichen für ein und dasselbe Vergehen nicht überschreiten, und darf nur über vorausgegangene Körperuntersuchung, welche von einem Arzte oder Wundarzte, bei dem weiblichen Geschlechte von einer Hebamme vorzunehmen ist, und über abgegebenes Erklären ihrer Anwendbarkeit, nie aber öffentlich, vorgenommen werden. Körperliche Züchtigung.

§. 43.

Dieselbe ist übrigens als Strafe wie als Verschärfung nie bei ansässigen Personen, sondern nur bei dem Dienstgefinde, den Handwerksgefehen und denjenigen Volksklassen anzuwenden, denen ein Arrest auch von wenigen Tagen in ihrem Erwerbe und dem Unterhalte der Ihrigen Schaden bringen würde.

§. 44.

In Fasttagen ist der Sträfling auf Brod und Wasser fasten einzuschränken; doch soll dieß nicht über zweimal in einer Woche geschehen.

§. 45.

Estrafarbeiten sind in den Forsten, wo gefrevelt wurde, zum Besten der Forstkultur zu verrichten. Estrafarbeiten.

§. 46.

Die Geldstrafe soll den Verhältnissen der begangenen Uebertretung und den Vermögensumständen des zu Bestrafenden angemessen sein. Der Mindestbetrag der Geldstrafe wird auf zwei, der höchste Betrag auf fünfzig Gulden festgesetzt. Obrikeitliche Urtheile auf Geldstrafen von mehr als 25 fl. haben vor der Bekanntmachung dem Kreisamte vorgelegt zu werden, welchem die Macht zusteht, die Geldstrafe, unbesch-

det des noch offenbleibenden Refurses oder Gnadensweges an die Landesstelle, von Amtswegen zu mäßigen.

§. 47.

Maß und
Gattung der
Strafe.

Das für jede begangene Uebertretung festzusetzende Ausmaß und die Gattung der Strafe wird innerhalb der vorgezeichneten Grenzen dem vernünftigen Ermessen der politischen Obrigkeit überlassen, welche hiebei auf die Beschaffenheit und den Gegenstand der Uebertretung, auf die Wiederholungsfälle, und die allenfalls unterlaufene böse Absicht, dann auf die Größe des angerichteten Schadens Rücksicht zu nehmen hat.

Uebertretungen, welche in den in Bann gelegten Wäldern begangen werden, sind immer verhältnißmäßig strenger zu bestrafen.

§. 48.

Ausmittlung
des
Schadenersatzes.

Jede Forstübertretung begründet auch die Verpflichtung zum Erfasse des zugefügten Schadens an den Beschädigten. In Bezug auf den Betrag soll vor Allem durch die politische Obrigkeit ein gütliches Uebereinkommen zwischen den Beteiligten versucht werden; führt dieses zu keinem Resultate, so ist der durch den Waldfrevel verursachte Schaden durch zwei beidete erfahrene Männer bei einem Augenscheine abzuschätzen, ohne daß es in der Regel hierzu einer gerichtlichen Kommission bedarf; bei dem Augenscheine steht es jeder Partei bevor, den Sachverständigen die geeigneten Erinnerungen zu machen.

Der Augenscheinsbefund ist von der politischen Obrigkeit begründet zu Protokoll zu nehmen.

§. 49.

Schätzungsmänner.

Die Schätzungsmänner sind von der politischen Obrigkeit über Einvernehmung des Forstamtes zu ernennen; — den für ihre Bemühung von der Obrigkeit zu bestimmenden Betrag hat diese nebst den übrigen Untersuchungskosten einstweilen aus dem dazu bestimmten Geldverlage vorzuschießen, und am Ende solchen die fällige Partei sammt dem Schadenersatze nach Inhalt des Erkenntnisses zu leisten.

§. 50.

Wenn sich der Beschädigte mit der von der politischen Obrigkeit erfolgten Bestimmung des Ersatzes oder der Entschädigung nicht zufrieden stellt, so bleibt es ihm vorbehalten, dieselbe im Wege Rechts zu suchen.

§. 51.

Eine Strafe und ein Schadenersatz in Folge eines Waldfrevels kann nur in einem Erkenntnisse nach vorausgegangener Untersuchung ausgesprochen werden.

§. 52.

Die Gerichtsbarkeit in Ansehung der Forstübertretungen steht den politischen Obrigkeiten zu, und begreift nebst der unausgesetzten allgemeinen Aufmerksamkeit auf die Verhinderung der Uebertretungen die Ausforschung des Uebertreters, und das gesetzmäßige Verfahren mit dem einer Uebertretung Beschuldigten in sich.

Gerichtsbarkeit in Forstübertretungen.

§. 53.

Die Abwandlung des Waldfrevels hat die politische Obrigkeit jenes Bezirkes, wo der Beschuldigte betreten wird, ohne Unterschied der Person vorzunehmen.

§. 54.

Außer den Beamten, der Obrigkeit und deren Dienern sind auch alle Forstbeamte und Diener verpflichtet, Forstübertretungen jeder Art auszuforschen und anzuzeigen.

Verpflichtung zur Anzeige der Waldfrevel.

Gemeindevorsteher und Ausschüsse haben es sich ebenfalls besonders angelegen zu halten, Uebertretungen und ihre Urheber zu entdecken und der Obrigkeit anzuzeigen.

§. 55.

Das Forstamt hat über die selbst entdeckten, oder ihm angezeigten Forstübertretungen ein Journal zu führen, und alle Monate den mit den erforderlichen Beheften belegten Rapport hierüber der politischen Obrigkeit zur Amtshandlung zu übergeben, welche dasselbe zur Untersuchungsverhandlung nöthigenfalls einladen wird, damit jene Forstamts-Individuen, welche

Journal über Forst-Excesse.

hiebeil Befehle zu geben im Stande sind, erscheinen und Zeugen der Verhandlung sein können.

§. 56.

Der Rapport muß sogleich an die Obrigkeit gesandt werden, wenn Gefahr auf dem Verzuge hastet, oder zu besorgen ist, daß der Thatbestand sich inzwischen ändern, und nicht mehr zu erheben sein werde.

§. 57.

Unter-
suchungs-
Verhaft.

Eine Verhaftung kann nur dann eintreten, wenn der Wahlfrevler auf der That betreten und nicht erkannt ist. Der Verhaftete muß sogleich der politischen Obrigkeit zur Untersuchung abgegeben werden, die ihn ohne Verzug zu verhören und, wenn keine Gefahr der Entweichung vorhanden ist, wieder auf freien Fuß zu setzen hat.

§. 58.

Verfahren.

Die Erforschung der Uebertretungen, die Erhebung des Thatbestandes, die Untersuchung des Beschuldigten, der rechtliche Beweis, die Zurechnung und das Erkenntniß, der Refurs und das Nachsuchen um Begnadigung, die Rundmachung und Vollstreckung des Straferkenntnisses, endlich die Kosten der Gerichtsbarkeit, finden ihre Bestimmung analog mit den für schwere Polizeiübertretungen im II. Theile des St.-G.-B. vorgezeichneten Grundsätzen.

§. 59.

Es wird aber gestattet, dieses Verfahren summarisch zu machen, die Verhandlungen, welche durchaus protokollarisch geführt werden müssen, thunlichst abzukürzen, und sich auf die wesentlichen Bestandtheile der Untersuchung zu beschränken.

§. 60.

Zu diesem Ende ist das ganze Verfahren, wo möglich in einer ununterbrochenen Verhandlung, in Gegenwart des Klägers, des Beschuldigten, der Zeugen und der übrigen betheiligten Personen zu beginnen und zu beenden.

§. 61.

Das Zeugniß eines beedeten Forstbeamten oder Dieners ^{Zeugniße der Forstbeamten.} in Ansehung eines Gegenstandes, worüber derselbe zur Aufsicht gestellt ist, hat, insofern es nicht durch irgend einen Umstand zweifelhaft gemacht wird, volle Glaubwürdigkeit, wenn der Beamte oder Diener unter Berufung auf seinen Dienst Eid bezeugt, daß er den Untersuchten auf der That betreten und so gleich ermahnet oder gepöndelt habe.

§. 62.

Die Aufnahme der Verböte hat von der politischen Obrigkeit ^{Erkenntnisse.} mit Beizug eines Aktuars zu geschehen; Beisitzer sind hierbei nicht erforderlich. Nach beendigter Untersuchung ist sogleich das Erkenntniß zu sprechen, welches dem Beschuldigten ohne Verzug anzukünden, und wenn er sich des Refursrechts und des Nachsuchens um Begnadigung begibt, zu vollstrecken ist.

Ist der Untersuchte schuldig erkannt, oder die Untersuchung aus Mangel der Beweise für aufgehoben erklärt worden, so ist ihm die Erklärung zu machen, daß er sogleich oder längstens binnen 3 Tagen den Refurs ergreifen, oder um Begnadigung nachsuchen könne.

§. 63.

Der Refurs und das Begnadigungsgesuch, hinsichtlich der ^{Refurs und Begnadigungsgesuch.} Erkenntnisse der politischen Obrigkeit, gehen an das Kreisamt, welches hierüber das Amt zu handeln hat, und aus erheblichen Gründen die Strafe mildern oder ganz nachsehen kann. Ist der Refurs oder das Begnadigungsgesuch nur angemeldet, und die Einreichung der Refurschrift oder des Gesuches unterlassen worden, so muß die Vorlegung der Untersuchungsakten an das Kreisamt demungeachtet geschehen.

§. 64.

Ueber freisämtlich bestätigte Urtheile, wodurch auf eine Geldstrafe von mehr als 25 fl., oder auf einen längern als 14tägigen Arrest erkannt wird, steht noch der Gnadenweg an die Landesstelle offen, welche die Strafe nach Umständen mildern kann.

§. 65.

Widmung
der Geld-
strafen.

Die Geldstrafen bei Forstübertretungen, ohne Unterschied der Zuständigkeit des Waldeigenthums, worin gefrevelt wurde, verfallen, mit Ausnahme der im §. 11. vorgeschriebenen Fälle, zu einem Lokalförstfond, der zur Kultur der Forste in dem betreffenden Gerichtsbezirke zu verwenden ist.

Die den Gemeinden und Lokalfistungen zuerkannte Entschädigung für die in ihren Waldungen erlittenen Schäden kann ihnen nicht entzogen, und dem zu errichtenden Lokalwaldkulturfonde zugewiesen werden.

§. 66.

Diese Gelder werden von der betreffenden Gemeindevorsteherung in Empfang genommen und an die politische Obrigkeit abgeführt, welche den Stand derselben jährlich dem Kreisamte nachweist, und die Verwendung einvernehmlich mit der Forstbehörde begutachtet.

Das Kreisamt trifft hienach die geeignete Verfügung, deren Befolgung, so wie die Verwendung der eingezogenen Gelder von der politischen Obrigkeit, bei Vorlage des nächstjährigen Ausweises, darzuthun ist.

§. 67.

Ausweis
über die
verhandel-
ten Forst-
übertretun-
gen.

Die politischen Obrigkeiten haben Ende eines jeden Quartals ebenso, wie über schwere Polizeiübertretungen einen Ausweis über die verhandelten Waldfrevel an das Kreisamt zur Einsicht vorzulegen.

§. 68.

Verjährung
der Forst-
übertretun-
gen.

Waldfrevel verjähren sich, unbeschadet allfälliger Privatrechte, rücksichtlich der Untersuchung und Strafe, binnen der Zeitfrist von 6 Monaten vom Tage der begangenen Uebertretung, wenn der Uebertreter

- a) aus der Uebertretung keinen Nutzen mehr in den Händen,
- b) soweit es die Natur der Uebertretung zugibt, Erstattung geleistet und in dieser Zeitfrist keine Forstübertretung mehr begangen hat.

2) Vorschrift über die Behandlung der Staats-, Gemeinde- und Localstiftungs-Waldungen in Tyrol und Vorarlberg.

Vom 24. Dezember 1839.

§. 1.

Das Eigenthum der Waldungen steht entweder dem Staate ^{Eigen-} und öffentlichen Fonds, oder Gemeinden und Localstiftungen, ^{thumsver-} oder einzelnen Privaten zu. ^{hältnisse der}
^{Waldun-}
^{gen.}

Das Eigenthum ist vollständig oder getheilt, insoferne das Ober- und Nutzungseigenthum vereinigt oder getrennt ist; es kann endlich auch mit Dienstbarkeiten belastet sein.

§. 2.

Ist das Forsteigenthum, das Recht und der Umfang der Dienstbarkeiten, oder der Bezug der Forstgebühren streitig, so muß von den politischen Behörden der Besitzstand erhoben und bis zur kompetenten richterlichen Entscheidung aufrecht erhalten werden.

§. 3.

In den Wäldern, worüber das vollständige Eigenthum dem Staate zukömmt, steht die Leitung des Forstwirthschaftsbetriebes den hiefür aufgestellten Verwaltungsbehörden, nämlich der Kameral-Gefällenverwaltung und beziehungsweise der Berg- und Salinendirektion zu, welche durch ihre untergeordneten Organe, die Forst- und Waldämter, wirken, und hiebei auch den Grundsätzen einer guten, auf Beförderung der Kultur, Erhaltung des Waldstandes und nachhaltige Deckung des Holzbedarfes abzielenden Forstwirthschaft zu verfahren haben.

Staatsforste.

§. 4.

Wenn jedoch die Kreisämter in den Verfügungen dieser Behörden entschiedene Nachteile für das öffentliche Wohl und für die nachhaltige Sicherung des einheimischen Bedarfes an Forstprodukten zu finden glauben, so sind dieselben berechtigt und verpflichtet, hierüber die Anzeige an die Landesstelle zu erstatten und die geeignete Abhülfe nachzusuchen.

Wenn die Kreisämter einschreiten können.

§. 5.

Der Bedarf an Forstprodukten ist alljährlich bei den Forsttagssitzungen sorgfältig zu erheben und dessen Bedeckung dem Kreisamte nachzuweisen.

Erst, wenn diese als ausreichend erkannt wird, kann von Seiten der Avarial-Forstbehörden, hinsichtlich eines allfälligen Ueberschusses, verfügt werden.

In Fällen, wo das Kreisamt und die den Forstbetrieb leitende Verwaltungsbehörde über diesen Gegenstand verschiedener Meinung sind, ist vorläufig stets die Entscheidung der Landesstelle einzuholen. Die Landesstelle hat sich hierbei einverständlich mit der Kameral-Gefällenverwaltung zu benehmen, und im Falle verschiedener Meinungen durch Bericht an die vereinigte Hofkanzlei die Entscheidung der Hofstelle einzuholen.

§. 6.

Beschwerden über Beeinträchtigungen der Forstrechte in solchen Waldungen sind mittels der politischen Obrigkeit bei dem Kreisamte anzubringen, welches den Stand der Sache genau zu untersuchen, sich, falls dieselben gegründet befunden werden, zur Veranlassung der geeigneten Abhülfe mit der obern Verwaltungsbehörde zu benehmen, und bei getheilten Meinungen den Gegenstand der Landesstelle vorzulegen hat.

§. 7.

Gemeinde-
und Lokal-
stiftungs-
waldungen.

In den Waldungen, wo das vollständige oder das Nuß-eigenthum Gemeinden oder Lokalistiftungen zukömmt, haben die Kreisämter die Leitung des Wirthschaftsbetriebes zu führen, und in administrativer Hinsicht durch die politische Obrigkeit, in technischer aber durch das ihnen dießfalls untergeordnete landesfürstliche oder Kommunal-Forstpersonale zu wirken.

§. 8.

Diese Vorsorge erstreckt sich auch auf jene Gemeindeforstwaldungen, welche unter die einzelnen Glieder, aber nur zur Befriedigung ihres Haus- und Gutsbedarfs, ausgetheilt sind,

§. 9.

Da solche Waldungen die Bestimmung haben, den Bedarf der Gutskomplexe, welchen sie zugetheilt sind, nachhaltig zu bedecken, so dürfen sie auch hiervon ohne freikämmtliche Bewilligung weder ganz noch theilweise getrennt, und eben so wenig die hierauf erzeugten Produkte verkauft werden.

Diese Bewilligung ist zu ertheilen, wenn der eigene Bedarf noch immer gedeckt ist, und durch die Trennung oder den Verkauf weder die Rechte der Gemeinden, noch eines Dritten verkürzt werden.

§. 10.

Die Gemeinden und Stiftungen haben die Pflicht, zur unmittelbaren Aufsicht und Ueberwachung ihrer Waldungen ^{Waldaufseher.} beidete Förster und Waldaufseher, nach Maßgabe des Bedarfes, anzustellen, deren Bestätigung dem Kreisamte vorbehalten ist.

§. 11.

Die Verbindlichkeiten der Waldaufseher sind in der Instruction vom 10. Februar 1823. näher bezeichnet.

§. 12.

Der leitende Grundsatz in der Bewirtschaftung dieser ^{Grundsatz bei Leitung} Waldungen muß darin bestehen, dieselben durch zweckmäßige ^{des Forst-} Kultivirung auf den höchst möglich nachhaltigen Ertrag zu bring- ^{wirth-} ^{schafts-Be-} ^{triebes.} gen, und damit das erhobene jährliche Bedürfniß der Gemeinde und ihrer Glieder an Forstprodukten verhältnißmäßig zu befriedigen.

§. 13.

Als Grundlage einer entsprechenden Waldaufsicht muß die ^{Kenntniß} möglichst genaue Kenntniß des vorhandenen Waldlofals, und ^{des Wal-} ^{landes.} aller auf seine zweckmäßigste Benützungart Einfluß nehmenden Verhältnisse dienen.

Diese Kenntniß soll, insoweit sie nicht auf die verlässigste Weise durch Vermessung, Rappirung und Taxation erlangt werden kann, wenigstens durch eine umständliche Beschreibung der Forste bewirkt werden.

§. 14.

Art der Erhebung.

Die Art, wie, und die Zeit, binnen welcher die hierzu nöthigen Erhebungen hinsichtlich der Gemeinde- und Stiftungswäldungen vorzunehmen seien, wird den Gegenstand eigener Anordnungen und Instruktionen bilden.

§. 15.

Forstertrag.

Der Forstertrag theilt sich in die Haupt- und Neben-
nutzungen.

§. 16.

Haupt-
nutzung

Die Hauptnutzung besteht in der Gewinnung des Brenn-,
Werf- und Bauholzes.

§. 17.

Holzfallun-
gen sind von
dem Kreis-
amte zu be-
willigen.

Für alle, zu einer zweckmäßigen Bewirthschaftung geeig-
neten Gemeinde- und Stiftungswälder sind regelmäßige Bewirth-
schaftungspläne zu entwerfen, welche nach erfolgter kreisämt-
licher Genehmigung als unabwweichbare Norm für den weitem,
durch die politischen Obrigkeiten und den betreffenden Forstbe-
amten zu leitenden Betrieb zu dienen haben.

Zu Holzfallungen in Gemeinde- und Stiftungswäldern,
für welche kein regelmäßiger Bewirthschaftungsplan besteht, ist
jedesmal die spezielle Bewilligung des Kreisamtes erforderlich,
welches dieselbe über Einvernehmung des betreffenden Forst-
amtes ertheilt und die forstliche Auszeichnung veranlaßt.

§. 18.

Wann von
der Landes-
stelle.

Wenn besondere Verhältnisse einen die nachhaltige Ertrags-
fähigkeit des Waldes überschreitenden Holzschlag nothwendig
machen, oder, wenn das Kreisamt Gründe zu haben glaubt,
von dem technischen Gutachten des Forstamtes abzuweichen,
ist jedesmal die Entscheidung der Landesstelle einzuholen.

§. 19.

Holzabsto-
fung.

Die Abstoßung der Stämme soll unter gewöhnlichen Ver-
hältnissen möglichst nahe am Boden mit der Säge geschehen.
In steilen Bergabhängen dagegen, wo die Stöcke selbst zum

Schuße und zur Befestigung der Erdoberfläche, so wie der Schneemassen dienen können, auch dem Fortkommen der natürlichen oder künstlichen Besamung förderlich sind, sollen sie nach dem Erfordernisse 1 bis 3 Schuh hoch über der Erdoberfläche abgestockt und stehen gelassen werden.

Die Einlegung der Holzschläge muß in verhältnißmäßig schmalen Streifen, damit sie (bei dem Nadelholze) vom natürlichen Anfluge besäet werden können, geschehen, und sie müssen in einer solchen Richtung geführt werden, daß sie den übrigen Holzbestand den herrschenden nachtheiligen Windstürmen nicht öffnen, zugleich aber auch, so viel möglich, den jungen Schlagesraum durch die Richtung des übrigbleibenden Bestandes, gegen den nachtheiligen Einfluß der Sonne, der Fröste u. s. w. schützen.

Das Ausroden der Stöcke ist der Regel nach im Gebirge nicht anwendbar, und selbst in der Ebene nur unter der Beobachtung gewisser Vorichten nützlich, so wünschenswerth es bleibt, das Wurzelstockmaterial zu einer nützlichen, die Waldproduktion schonende Verwendung zuzuführen.

Dieses kann daher nur mit Zustimmung des Kreisamtes und unter Aufsicht der betreffenden Forstbeamten geschehen, wobei der junge Nachwuchs möglichst zu schonen ist, und die erzeugten Gruben wieder bestens einzuräumen und zu ebnen sind.

§. 20.

Das geschlagene oder vom Winde umgerissene Holz muß längstens binnen zwei Jahren, und die gesammelte Streu binnen einem Jahre aus dem Walde abgeführt, und das abfallende Holz nach Befehl der Forstbehörde behandelt werden.

§. 21.

Die im Ganzen oder theilweise abgeholzten Waldgründe sollen als solche sogleich wieder möglichst durch den Pflanz selbst verjüngt, und im Falle dieß nicht ausführbar wäre, durch natürliche oder künstliche Besamung in Kultur gesetzt und erhalten werden.

Kultivierung
der Wälder.

§. 22.

Neben-
nahmen.

Zu den Nebenleistungen gehören das Tergetbohren (Terpentin sammeln), Harzreißn und Eberschwellen.

Da die Gewinnung dieser Produkte der Forstkultur und dem Waldstande nachtheilig werden kann, so ist hiezu in den Gemeinde- und Stiftungswaldungen die Bewilligung des Kreisamtes notwendig, wobei folgende Vorichtsmaßregeln zu beobachten sind:

- a) Das Terpentinsammeln kann nur an reifen, zur Abstoßung in den nächstfolgenden Jahren bestimmten Bäumen statt haben.
- b) Diese Bäume müssen bei Auslichtungen Stamm für Stamm, bei dem fahlen Abtriebe aber mittelst Bezeichnung der Einfangstämme des abzustockenden Distrikts von den Waldwächtern mit dem Waldhammer markirt und ausgezeigt werden.
- c) An den bezeichneten Stämmen ist nur eine Oeffnung anzubringen, und dieselbe gegen Ende August mit einem Zapfen zu verschlagen. Ueberdies dürfen die angebohrten Stämme nur alle drei Jahre mittelst Herausziehung des alten Zapfens zur Terpentinsammlung wieder benützt werden.
- d) Die Gemeindevorsteher und Waldaufseher haben den Distrikt des Terpentinsammlers öfters zu begeben, und sich die Ueberzeugung zu verschaffen, daß die vorgeschriebene Ordnung eingehalten werde.
- e) Uebnliche Vorichts sind auch bei dem Harzscharren und Harzreißn zu beobachten.
- f) Das Eberschwellen soll wegen des dazu erforderlichen Ausgrabens der Baumstöcke nur an den Orten, wo keine Gefahr von Erdrutschungen oder Muthbrüchen zu besorgen ist, gestattet werden, und bei der Anlage der Eberlösen ist alle Feuersgefahr zu vermeiden.

§. 23.

Die Sammlung des Waldsamens und der Streu hat nach Sammlung der bei den Forsttagssitzungen zu ertheilenden Anleitung des ^{des Wald-} samens und ^{der Streu.} Forstamtes zu geschehen. Das Strensameln mit eisernen Rechen ist durchaus untersagt.

§. 24.

Das Tarschnatten (Abschneiden der Aeste an den Nadel- ^{Tarschnat-} holzbäumen zur Streugewinnung) und Bodenstreusammeln, das Fällen des untern Buschholzes, das Grassmähen oder Ausreizen, das Schälen der Bäume ist nur auf die bei den erwähnten Tagssitzungen vorzuschreibende Weise zur bestimmten Zeit und an den angezeigten Stellen erlaubt.

Die Baumstämme, deren Aeste geschnitten werden sollen, wozu sich in der Regel der Steigeisen nicht zu bedienen ist, müssen am Fuße, das ist, ein Schuh ober der Erde, wenigstens drei Zoll im Durchmesser haben, die zarten Lebensästchen dürfen nie, die übrigen aber nur bis $\frac{2}{3}$ der Stammhöhe zur Herbst- oder Winterzeit spätestens noch im Monate Februar abgeschnitten werden.

§. 25.

In Bezug auf das Weiderecht enthalten die §§. 498 ^{Weiderecht.} bis 502 des allg. bürgerl. Gesetzbuches die geeigneten Bestimmungen. Um die Weide in Gemeinde- und Stiftungswaldungen für die Forstkultur möglichst unschädlich zu machen, sind den Lokalverhältnissen angemessene Weideordnungen zu entwerfen, und dem Kreisamte zur Befestigung vorzulegen. Für die genaue Handhabung derselben haben die politischen Obrigkeiten, die Gemeindevorsteher und Waldaufsicht thätig zu sorgen.

§. 26.

Ein besonderes Augenmerk ist auf die allmähliche Abschaf- ^{Abschaffung} fung der dem Waldstande verderblichen Ziegen zu richten. ^{der Ziegen.}

Es ist daher da, wo diese Weide bisher statt fand, bloß dürftigen Gemeindegliedern, welche nicht eine Zeit über Winter füttern können, zu gestatten, die zu ihrem Lebensunterhalte

unentbehrlichen Ziegen in solchen Gegenden, wo kein Schaden zu beforgen ist, aufzutreiben.

Hierüber sind Bewilligungsscheine von der, politischen Obrigkeit auszustellen, worin die Zahl der Ziegen, die Weideplätze und die Triebzeit zu bezeichnen sind; auch müssen die Ziegen unter die Aufsicht eines erwachsenen und tauglichen Hüters gestellt werden.

§. 27.

Forsttags-
sungen.

Um das Bedürfniß der Gemeinden an Forstproducten, sowohl hinsichtlich der Haupt- als Nebennutzungen kennen zu lernen, und für dessen nachhaltige Bedeckung, überhaupt für die zweckmäßige Bemühung der Gemeindewaldungen zu sorgen, sind die Forsttagsungen bestimmt, welche nach dem Ermessen und der Bestimmung des Kreisamtes in den einzelnen Gerichts- oder Gemeindebezirken alljährlich von dem Forstamte, und wo es die Verhältnisse erheischen, oder doch als nützlich darstellen, gemeinschaftlich mit der politischen Obrigkeit abgehalten werden.

§. 28.

Pflicht der
Erschei-
nung.

Hiezu haben die Gemeindevorstellung und die Ausschüsse nebst dem Forstpersonale regelmäßig zu erscheinen.

Jedes Familienhaupt ist berechtigt, der Forsttagsung in Person oder durch Vertretung ebenfalls beizuwohnen. Die politische Obrigkeit hat auch dafür zu sorgen, daß dieselben gehörig besucht werden.

§. 29.

Die Tagsung wird mit Ablesung der vorzüglichsten, den Unterthan zunächst betreffenden Forstgesetze eröffnet, wobei die Unterthanen über ihre Forstrechte und Pflichten geeignet zu belehren, und ihnen die wohlthätigen Folgen einer guten Bewirthschaftung anschaulich zu machen sind.

§. 30.

Individu-
eller Bedarfs-
ausweise.

Jedes Gemeindeglied muß, so weit es seinen Bedarf an Forsthaupt- und Nebennutzungen nicht aus Privateigenthums- Waldungen befriedigen kann, sondern dessen Deckung aus Ge-

meinde- und Staats-Waldungen anspricht, denselben für ein ganzes Jahr vorläufig der Gemeindevorstellung anzeigen, welche hierüber ein Verzeichniß verfaßt.

§. 31.

Um das Bauholz zur gehörigen Zeit fällen und bringen zu können, und den Behörden die zu ihrer Amtshandlung nöthige Frist zu verschaffen, muß der gewöhnliche Holzbedarf immer um ein Jahr vorhinein aufgenommen werden.

§. 32.

Die Gemeindevorstellung hat das Verzeichniß über die Bedarfsangaben mit ihrem Gutachten über die Befriedigung der politischen Obrigkeit, und diese dem Forstamte zu übergeben; letzteres nimmt hierüber bei der Forsttagsagung die Prüfung und Berichtigung öffentlich vor, und untersucht, wie der Bedarf mit Rücksicht auf die zuständigen Rechte und die Ertragsfähigkeit der Forste zu decken sei, welche Reviere abzuholzen, und wie die Schläge wieder zu kultiviren seien.

Prüfung
derselben.

§. 33.

Aus den Resultaten der Forsttagsagungen bildet das Forstamt mit Rücksicht auf das Erträgniß aus den bereits in regelmäßiger Bewirthschaftung stehenden Wäldern den jährlichen Nutzungsanschlag, welcher hinsichtlich der Gemeinde- und Stiftungswaldungen dem Kreisamte, hinsichtlich der mit Beholzung belasteten Staatswaldungen aber sowohl demselben als der obern Verwaltungsbehörde vorzulegen ist. Hiemit sind auch die Vorschläge zur Verbesserung der Forstkultur in den einzelnen Bezirken, auf welche die Aufmerksamkeit des Forstamtes besonders gerichtet sein muß, in Verbindung zu bringen.

Nutzungs-
anschlag.

§. 34.

Auf der Grundlage dieser Operate haben sonach die Kreisämter und beziehungsweise die oberen Verwaltungsbehörden die geeigneten Verfügungen zu treffen, und die Auszeichnung der bewilligten Haupt- und Nebennutzungen durch das untergeordnete Forstpersonale zu veranlassen.

Fernere
Amtshand-
lungen der
Behörden.

Sinsichtlich der Waldungen, für welche Bewirtschaftspläne bestehen, liegt diese Amtshandlung den politischen Obrigkeiten nach den Bestimmungen des §. 17 ob.

§. 35.

Die Forstprodukte aus Gemeinde-, Stiftungs- und beleiheten Staatswäldungen sind ihrer Bestimmung gemäß zu verwenden, und die Forstbehörden haben willkürliche Abweichungen hiervon durch fleißige Nachsicht und Controle zu verhindern.

Inhaltsverzeichnis.

I.

Königl. Bayerische Forst- und Jagdverordnungen, allgemeine Verfügungen und Instruktionen.

A. Oberpfalz und Regensburg.

Von 1842.

- | | |
|---|------------|
| 1. Instruktion für die Behandlung des Forstrügemwesens im
Regierungsbezirke Oberpfalz und Regensburg | Seite
1 |
|---|------------|

B. Mittelfranken.

- | | |
|--|----|
| 2. Die Behandlung der Privatwäldungen bezüglich der Streu-
nuzung betreffend | 31 |
| 3. Die Befriedigung der dringendsten Waldstreubedürfnisse der
Untertanen pro 1842/43 betreffend | 52 |

C. Oberpfalz und Regensburg.

- | | |
|--|----|
| 4. Die Beiziehung von f. g. Bauernschützen von Seite der
Jagdpächter betreffend | 54 |
| 5. Die Verwechslung zwischen dem vollen Geldwerthe- und
der Taxe betreffend | 54 |

D. Ober-Bayern.

- | | |
|---|----|
| 6. Die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse von Wald-
streu und Waldweide | 56 |
|---|----|

E. Nieder-Bayern.

- | | |
|---|----|
| 7. Die forstpolizeiliche Aufsicht auf Privat-Wäldungen betreffend | 59 |
|---|----|

F. Schwaben und Neuburg.

- | | |
|---|----|
| 8. Den Verlauf von Waldstreu betreffend | 59 |
|---|----|

G. Pfalz.

- | | |
|--|----|
| 9. Der Vollzug des Forststrafgesetzes betreffend | 60 |
|--|----|

II.

Königl. Preussische Forst- und Jagdgesetze, Verordnun- gen und allgemeine Verfügungen.

Von 1842.

- | | |
|---|----|
| 1. Die Versorgung der Gerbereien mit Eichenrinde betreffend | 66 |
| 2. Die Versorgung der ärmeren Holzconsumenten mit Brenn-
holz betreffend | 68 |

	Von 1842.	Seite
3. Die Verhütung von Waldfreveln im Regierungsbezirke Minden betreffend		71
4. Die Nutzung des Stockholzes betreffend		74

III.

Herzoglich Sachsen-Coburgische Forstverordnungen und Instruktionen.

Von 1842.

Instruktion für die Herrschaftlichen und in Herrschaftlicher Waldung arbeitenden Privat-Föhler	76
---	----

IV.

Kaiserlich Oesterreichische Forst- und Jagdgesetze und Verordnungen.

Von 1830.

1. Provisorische Waldordnung für Tyrol und Vorarlberg . .	82
2. Verordnng über die Behandlung der Staats-, Gemeinde- und Lokalstiftungs-Waldungen in Tyrol und Vorarlberg	97

A r c h i v

der

Forst- und Jagd-Gesetzgebung

der

deutschen Bundesstaaten.

Herausgegeben

von

St. B e h l e n,

Königl. Bayerischem Forstmeister.

Fünfzehnten Bandes zweites Heft.

Freiburg im Breisgau,

Verlag der Fr. Wagner'schen Buchhandlung.

1 8 4 3.

Inhaltsverzeichnis.

I.

**Königl. Hannover'sche Forst- und Jagdgesetze,
Verordnungen, allgemeine Verfügungen und
Instruktionen.**

Von 1842.

	Seite
1. Reglement über die Forstverwaltung	1

Von 1843.

2. Instruktion, die Verwaltung der Forsten betreffend . . .	19
---	----

II.

**Großherzogl. Mecklenburg-Schwerin'sche Forst-
und Jagdgesetze, Verordnungen, allgemeine
Verfügungen und Instruktionen.**

Von 1841.

1. Verordnung, die Wildddieberei und die Jagdfrevel betreffend	66
--	----

Von 1842.

2. Verordnung, die Forstfrevel betreffend	79
---	----

Ältere Verordnungen.

III.

**Fürstl. Reuß-Plauische Forst- und Jagdgesetze
und Verordnungen.**

Von 1785.

1. Mandat wegen abzustellender Verwüstung derer Holzungen .	106
---	-----

Von 1784.

2. Forst-Ordnung	109
----------------------------	-----

Von 1739.

3. Forst-, Wald- und Jagd-Ordnung	122
---	-----

Königl. Hannover'sche Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen, allgemeine Verfügungen und Instruktionen.

1) Reglement über die Forstverwaltung.

Vom 20. Oktober 1842.

In Folge der über die Verwaltung des Domänen-Guts durch die Verordnung vom 28. Dezember 1838 und in deren weitester Ausführung durch das Reglement über die Verwaltung und Verrechnung der Domänen-Einkünfte vom 21. Mai 1839 ertheilten Vorschriften ist es erforderlich geworden, die in Beziehung auf die Verwaltung der Forsten bestehenden Bestimmungen Vorschriften einer Revision unterziehen und solche mit den für nöthig erachteten Abänderungen und Ergänzungen in einem neuen Forstverwaltungs-Reglement zusammenstellen zu lassen.

Demgemäß werden, unter Aufhebung des Reglements für die Forstverwaltung vom 18. April 1823, über die künftige Verwaltung der kgl. privaten Domänen-Forsten, und der Domänen-Interessenten-Forsten, die nachstehenden Vorschriften ertheilt:

I. Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen über die Verwaltung der Forsten und über das beauf der selben angestellte Personl.

§. 1.

Die Domänenkammer und deren Wirkungskreis in Forstfachen überhaupt.

Die Verwaltung der völlig privaten Domänial- und der Domänial-Interessenten-Forsten gehört unter der Obergaufsicht des Finanz-Ministerii zum Geschäftskreise der Domainen-Kammer, insbesondere des darin angeordneten Forst-Departements. (Reglement über die Verwaltung und Verrechnung der Domänial-Einkünfte vom 21. Mai 1839.)

Der Wirkungskreis der Domainen-Kammer, und insbesondere des Forst-Departements, erstreckt sich auf die mit der Forstverwaltung, in Verbindung stehenden Anstalten, als: die Forstschule zu Clausthal, das Feldjäger-Corps und die Klengelanstalt zu Westerhof.

Dagegen bleiben die Parzforsten von der Verwaltung der Domainen-Kammer vollständig fern und ausgeschlossen.

§. 2.

Die Oberforstämter, Forst-Inspektionen, Aemter.

Unter der Domainen-Kammer stehen, unbeschadet der in Ansehung der Domänial-Interessenten-Forsten, etwa bestehenden, den sonstigen Mitwirkungsbehörden, der Forstverwaltung, welche in der Verwaltung der Domänial-Forsten, insbesondere der Königl. Oberforstämter, und der denselben nachgeordneten Forstinspektionen, sowie der Königl. Aemter, und zwar in dem Maße, als das rechtliche Geschäft ausschließlich durch die Oberforstämter, durch die Forstinspektionen und durch das den Forsten zur Verfügung stehende Forstpersonal bearbeitet und zur Entscheidung der Domainen-Kammer vorbereitet wird, wogegen sich bei dem, was die eigentliche Verwaltung, namentlich das Uebereinstimmen und Interessen der Anstalten betrifft, ein Zusammenwirken der Forstbehörden und der Aemter,

nach den darüber im gegenwärtigen Reglement enthaltenen Vorschriften, Statt findet.

Etwaige Meinungsverschiedenheiten zwischen den Forstbesörden und den Aemtern über die Anwendung dieses allgemeinen Grundsatzes auf einzelne Fälle sind von der Domainenkammer zu entscheiden.

II. Abschnitt.

Von dem Dienstverhältnissen der bei der Forstverwaltung wirkenden Behörden und Personen.

Die Domainenkammer ist in allen Forstverwaltungs-sachen, ^{Befugnisse und Verpflichtungen der Domainenkammer.} einschießlich des Forstverwaltungsweesens, die entscheidende Behörde, in so weit nicht die Einholung der Allerhöchsten Königl. Entscheidung oder die Erwirkung der Zustimmung des Finanz-Ministerii in bestimmten Fällen ausdrücklich vorgeschrieben ist oder noch vorgeschrieben werden wird, oder auch das gegenwärtige Reglement den ihr untergebenen Behörden und Officianten die Entscheidungs-befugniß für einzelne Fälle besonders beigelegt worden ist.

Sie hat für Schaffung und für Verbesserung der Forsten Sorge zu tragen die Rechte der Interessen thunlichst befördert werden.

Zu dem Wirkungskreise der Domainenkammer gehört insbesondere die Wahrnehmung der Bestallungssachen des gesammten ihr untergebenen Forstpersonals nach den darüber bestehenden oder noch zu ertheilenden Vorschriften.

Bei der Anstellung aller unteren Forstbedienten ist eine vierteljährige Dienstföndigung vorzubehalten, welche jedoch nur mit Genehmigung des Finanz-Ministerii zur Ausübung gebracht werden darf.

Die Domainenkammer, hat ferner die Disciplinar-Aufsicht über das gesammte Forstpersonal auszuüben, vorbehaltlich der Befugnisse, welche den Oberforstämtern und den Forstinspektionen, in Ansehung der ihnen nachgesetzten Officianten, beizulegen sind.

Es ist dieselbe befugt, mit Erinnerungen, Zurechtweisungen und Verweisen, so wie mit Geldstrafen gegen die ihr untergebenen Forstbedienten einzuschreiten, auch kann sie denselben die Ausübung der Dienstfunctionen eintheilweis unterstagen, insofern sie diese Maaßregel zur sofortigen Sicherung oder zur Erhaltung des Ansehens des Dienstes für nothwendig erachtet; sie hat jedoch, im Falle diese Sicherungsmaaßregel gegen einen von dem Könige ernannten Forstbedienten gemindert worden wäre, davon sofort dem Finanz-Ministerio Anzeige zu machen.

Die Domainenkammer ist gleichfalls ermächtigt, wider die von ihr selbst ernannten Forstbedienten die Strafe der Entpension mit oder ohne Entziehung des Gehalts bis auf die Dauer eines Monats zu verfügen.

Den Oberforstmeistern wird der nachgesuchte Urlaub, mit Vorbehalt der rücksichtlich der Reisen in das Ausland bestehenden

den all
auch
einen
tigung
mer na

igalkammer ertheilt.
wenn es sich um
lt, um die Bewill
der Domainenkam-

Befugnisse
und Ber-
pflichtungen
der Ober-
Forstämter.

Die Oberforstämter sind, in Betreff der Domainen- und Domonial-Intelligenz, der Befolgung der Vorschriften des kaiserlichen Hofes, der sonst ergebenden Verfügungen des kaiserlichen Hofes, und der sonst ergebenden Verfügungen des kaiserlichen Hofes, verantwortlich.

Die Verwaltung der Domainen, für die genaue Befolgung des Reglements und der sonst anverordneten Domainen-

Die haben daher das gesammte forstliche Interesse innerhalb ihres Wirkungskreises wahrzunehmen, Schaden abzuwenden

und ähnliche Verbesserungen der der Domänenämter im Vollzug zu belagen.

Es sollen jedoch bei der Verwaltung der Forsten die Rechte der Unterthanen auf keine Weise getränkt, vielmehr sorgfältig geschützt, und deren Interessen vollständig berücksichtigt werden. Die Oberforstämter haben daher auf die Beförderung der Fortwährender zu achten und dahin zu sehen, daß der Bewirtschaftung der Forste das Beste mit der Best der Unterthanen die gehörige Beachtung findet.

Die Oberforstämter bilden ein für die Regie stichzu machendes Mittel-Glied zwischen den Forstinspektionen und der Domainenlammer bezuglich, daß die Berichte der Forstinspektionen an die Oberforstämter, sowie die gemeinschaftlichen Absichten der Ämter und Forstinspektionen an die Domainenlammer, den Oberforstämtern zur Weiterbeförderung einzusenden sind.

Die Oberforstämter haben dergleichen Berichte, sowie auch die bei ihnen eingehenden, für die Domainenlammer bestimmten oder für dieselbe

baldisig mit ihrem Gut einzusenden, welche aber dem Oberforstamt zuzufertigen oder doch

Um sich von der Fehle und Instruktionen und dem Erfolge der Freigebung zu verschaffen ihres Departements zu fordern, aber auch so oft, daß bei den regelmäßig innerhalb des Bezirks

Die Oberforstämter das gesamte Forste

Sie sind befugt, solche, so viel als thun

tigt, mit Disciplinar-Geldstrafen bis zu 10 Rthlr. gegen die
 ihnen untergeordneten Forstbedienten einzuschreiten, nicht weniger
 gegen denselben die Ausübung der Dienstfunctionen einstweilen zu
 unterlegen, insofern als eine solche Anordnung zur sofortigen
 Sicherung oder zur Aufrechterhaltung des Aussehens des Dienstes
 für erforderlich halten; Sie haben jedoch in diesem Falle, sobald
 an die Domainenkammer zu weiterer Beschlußnahme zu berichten.
 Wird wider eine Disciplinar-Verfügung eines Oberforst-
 amts die Berufung an die Domainenkammer zur Hand genommen,
 so ist die Nachbesserung bei dem Oberforstamte einzur-
 reichen und von diesem mit dem betreffenden Aktus und den
 dem erforderlichen weiteren Erläuterungen unverzüglich an die
 Domainenkammer einzufenden.
 Die Oberforstämter sind ferner befugt, den ihnen unter-
 geordneten Forstbedienten auf höchstens 4 Wochen im Zinlande Mit-
 laub zu bewilligen, von einer längern als achttägigen Beurlaubung
 eines Inspektionsbezirks, jedoch nur nach vorheriger Anzeige der
 Domainenkammer (S. 13).

Be-
 an-
 pfli-
 che
 spe-
 und

Die spezielle Aufsicht über das ganze Dienstverhältniß der übrigen Forstbedienten des Inspektions-Bezirks steht dem Inspektions-Chef zu, auch hat derselbe bei plötzlicher Behinderung, sowie im Bedarfsfalle, einen ihm untergebenen Forstbedienten für die einstweilige Wahrnehmung des Dienstes sofort zu beauftragen, gleichzeitig aber darüber an das Oberforstamt zu berichten. Der Inspektions-Chef, welcher ohne vorgängige, mindestens ohne gleichzeitige Anzeige beim Oberforstamte nicht über zehn Tage aus seinem Inspektions-Bezirk sich entfernen darf, kann dem ihm untergebenen Forstpatronen auf acht Tage Urlaub ertheilen. (§. 8 und 4.)

III. Abschnitt

Vom Geschäftsgange und dem Verfahren in Forstfachen. §. 6.

Jährlicher
Bewirth-
schaftungs-
und Benutzungsplan.

In jedem Jahre sollen von dem Forst-Inspektionschef für die Forsten eines jeden zu seinem Bezirke gehörenden Amtes, Nutzungs-, Benutzungs- und Verbesserungsvorschläge ausgearbeitet werden.

Vorbereitung desselben durch den Inspektions-Chef.

Der Forst-Inspektionschef hat sich zeitig im Winter mit der Ausarbeitung dieser Gegenstände zu beschäftigen und auf den Grund des von ihm entworfenen Planes, im Laufe des Monats Februar, einem jeden betreffenden Amte darüber alle gemeinnützigen Benachrichtigungen mitzutheilen.

§. 7.

Vorbereitung durch das Amt

Dem Amte liegt es ob, sofort alle nöthigen Materialien herbeizuschaffen, um die Prüfung und Benutzung jener Verzeichnisse eintreten lassen zu können. Zu diesem Zwecke wird vom dem Amte öffentlich bekannt gemacht, daß spätestens bis zum Ende des Monats Februar alle Besuche und Bewilligungen an den Forsten dem Amte vorzutragen sein müssen. Dasselbe stellt soweit als thunlich, die Ansprüche auf solche Bewilligungen fest. Ueber alle diese Gegenstände vernimmt dasselbe, nöthigenfalls

die Interessen; und überläßt, wo es erforderlich ist, die
tätliche Besichtigung der Gebäude und ökonomischen Anlagen
der Forstbedienten.

Diese Besichtigung ist, im Anfange des Monats März durch
einen Revierforstbedienten und einen Amtunterbedienten mit
der Zustimmung des Amtshauptmanns vorzunehmen, aus welcher
mit einer genauen Revison über den ordnungsmäßigen Verbrauch
des in früheren Jahren erhaltenen Bau- und Nutzholzes ge-
hend. Was bei dieser Besichtigung und Revison bemerkt
werden, wird, ist sowohl von dem mitgewer-
tigten Forstbedienten, als auch von dem Amtunterbedienten
in besondere Verzeichnisse einzutragen, welche von dem
Forstbedienten der Forstinspektion, von dem Amtunterbedienten
dem Amte zeitig auszustellen sind.

Häuserbe-
sichtigung.

Beauftragung derjenigen, welche etwa das ihnen an-
gewiesene Holz länger unbenutzt gelassen oder ordnungswidrig
verbraucht haben, hat das Amt sofort das Geeignete vorzu-
nehmen.

In wichtigen Fällen kann dem Forst-Inspektionschef vom
Oberforstamte beauftragt werden, die Häuserbesichtigung selbst
vorzunehmen, und soll dann entweder ein Beamter dabei mit-
gegenwärtig sein, oder das Amt einen Amtunterbedienten zu
diesem Besuche unter die Befehle des Forstinspektionschefs stellen.

Die von dem Forst-Inspektionschef nach der Besichtigung
verzeichneten und aufgenommenen Aufschlüsse nebst feststehenden
Holzbedarf, und Verrechnungssverzeichnisse sind dem Amte, vor
der abzuhaltenden Forstkonferenz (S. 9.) mitzubringen, und hat
das Amt, insofern mehr Material festgestellt ist, als abzugeben
werden kann, die nöthigen Ermächtigungen eintragen zu lassen,
außerdem auch die Preisvor schläge in Ermächtigungen geben.

Hiernächst sind alle zur Verwaltung der Forsten gehörigen
Gegenstände im Laufe des Monats April

Forst-Con-
ferenz.

zwischen dem Hute und der Forstinspektion abzustehenden Konferenzen, wann ein Termin, zu welchem dieselben im Hute gehörig bekannt zu machen ist, gemeinschaftlich zu begeben.

Namentlich ist zu erwägen, ob bei den beabsichtigten Anträgen oder sonstigen Einmählungen irgend welche Verfügungen dritter Personen in Betracht kommen, nicht vielmehr nur die Verwendung und Verwertung der Forstprodukte in Beziehung sowohl auf das Interesse der künftigen Stufen und forstrechtlichen Rechte, als auf die Berechtigungen und Bedürfnisse der Untertanen in Ueberlegung zu nehmen. Auch sind in der Forstkonferenz die etwa noch erforderlichen Vernehmungen der Interessenten zu beiderseitigen, ganz ungestörten Besuchen und Anforderungen über sofort zurückzuweisen. Nicht minder bilden die Forstnebenmählungen, die Theilungen und Auseinandersetzungen, sowie der Forstausgesehete Gegenstände der in der Konferenz vorzunehmenden gemeinschaftlichen Beratungen.

Ueberhaupt soll dabei keine, die Forsten betreffende Angelegenheit übergegangen werden, welche entweder wegen ihres Interesses für die Forstverwaltung oder in Beziehung auf die Untertanen zu einer gemeinschaftlichen Erwägung sich eignet.

Indem es der Allerhöchste Will ist, daß durch verlässige gemeinschaftliche Erwägung der bei der Forstverwaltung in Betracht kommenden Gegenstände und Verhältnisse die Interessen aller Theile bestens berücksichtigt und gewahrt werden, soll jedoch dadurch keine Theilnahme abseiten der Beamten an dem rein Rechnerischen der Forstverwaltung oder eine Disciplinaraufsicht derselben über die Forstbedienten in den Forsten herbeigeführt werden, vielmehr dieses ausschließlich den zuständigen Forstbedienten verbleiben.

Die Beratung über vorzunehmende Pflanzungen, Kulturen und sonstige Anlagen in den Forsten und auf Forstgründen soll sich demnach abseiten der Beamten hauptsächlich auf etwaige Berechtigungen und Interessen Dritter, sowie auf Verwendung und Vertheilung des zu geminnenden Materials und auf die

Vorstand über die im Verhältnisse zu den bestehenden Toren
zu bezeichnenden Weise, nicht aber auf technische Ausfertigung
und Anlage, als solche, welche in anderen Fällen, besonders
aber auch die Forts Inspectionen, welche einseitigen Verfahr-
rens in den, nach den ertheilten Vorschriften zur gemeinschaft-
lichen Beratung und Bearbeitung mit den Aemtern geeigneten
Sachen zu enthalten.

Alle Gegen-
stände, welche
betreffen sollen
auch die im La-
trage in Bezug
hinsichtlich ganz
Ausnahmen, nach
gibt Verhandlung
gemeinschaftliche
an die Dornahme
In dem 8
oder ein Amtsan-
Protokoll aufzut-
tragen nicht a.
den Amt und
famenten, wenn
teng, sofort nach

als eine vollständige Ausfertigung dieses Protokolls, das das
Amt, welches den Angelegenheiten festgestellten Polizeibehörden,
innerhalb der nächsten acht Tage dem Forts Inspectionen
übermittelt werden und das demselben zur Verfügung steht.
Der Forts Inspectionen hat, auf Grund dieses Protokolls,
insoweit, und nach Umständen, seine demselben demselben
gibt, und die Befugnisse, welche für dieselben eingeleitet
sind, besonders, in dem, welche die Befugnisse, welche
ausgeübt werden, müssen, erforderlichen Fällen, und
in, namentlich, das, welche Protokoll, welche, mit der
erhaltenden Generalinspektion, von dem, dem, dem, dem

General-
inspektion
General-
inspektion

General-
inspektion

dem vorgesetzten Oberforstamt einzuwenden und in diesem Generalforstberichte zugleich Rechenschaft über das abgethane Betriebsjahr, so wie andere Einsicht über die Verhältnisse des ihm untergeordneten Forstpersonals zu geben, als dann zu be-
 richtigung, Ergänzung und zum Schluss zu kommen, und zu unterschreiben.

Prüfung
 durch die
 Oberforst-
 ämter.

Die Oberforstämter haben die von
 eingelieferten Generalforstberichte nebst U-
 rschriften genau zu prüfen und von der E-
 führung der vorläufigen genehmigten E-
 ntwürfe Ueberzeugung zu verschaffen.

Er scheinen dem Oberforstamte bei näherer Prüfung die
 Bauungs-, Benutzungs- und Verbesserungsvorschläge des In-
 spektionschefs nicht angemessen, so kann dasselbe, insofern der
 Forst-Inspektionschef sich von der Unzweckmäßigkeit seiner Vor-
 schläge nicht überzeugt, solche nicht unbedingt verwerfen, und
 deren Abänderung nicht sofort für sich anordnen, sondern es
 stud in einem solchen Falle die Vorschläge, mit dem erforder-
 lichen Bemerkungen begleitet, der Domainenkammer vorzulegen,
 welche über die Meinungsverschiedenheit zu entscheiden hat.

Die regelmäßige Departementsbereisung der Oberforstämter
 muß alljährlich spätestens bis zur Mitte Juli abgeschlossen
 sein, damit auf die in Folge derselben zu machenden Anträge
 die höhere Entscheidung so früh im Herbst erfolgen kann, als
 erforderlich ist, um keinerlei Verzögerung in der Wirtschaftsfö-
 hrung zu veranlassen.

Nach beendigter Forstbereisung hat das Oberforstamt über
 die gesammten Forstverwaltungs-Gegenstände jährlich einen, in
 gleicher Form, wie die General-Forstberichte der Inspektions-
 Chefs abzufassenden General-Forstbericht, wobei die etwaigen
 abweichenden Ansichten näher begründet sein müssen, an die
 Domainenkammer bis zum 1. August zu erstatten, und denselben
 den Inspektions-General-Forstberichten mit sämtlichen An-
 lagen, nachdem die Berechnungs-Beziehungen durch den Forst-
 Secretär erledigt worden sind, beizufügen.

Es bleibt übrigens den Oberforstämtern nachgelassen, die General-Forstberichte der Forstinspektionen nebst Anlagen nicht auf ein Mal, sondern Elementarweise, nach und nach mit einzelnen Berichten begleitet, an die Domainenkammer, und zwar jedenfalls bis zum 1. August jeden Jahrs einzusenden; sie haben dann aber den Schluss-General-Forstbericht über die Forstverwaltung des ganzen Departements bis zum 15. October mit allen Anlagen nachzuliefern.

§. 12.

Auf den Grund der von den Oberforstämtern, in den jährlichen General-Forstberichten näher erläuterten und motivirten Betriebervorschläge, und mit Rücksicht auf die desselbigen Positionen des Budgets, setzt die Domainenkammer die Summe fest, welche auf sämtliche Forstkulturen und Verbesserungen eines jeden Amtes bewandt werden darf; entscheidet über die in Antrag gebrauchten Kulturen, Pflanzungen und sonstigen Ausgaben, und bestimmet die Quantitäten von Holz, welche zu berufschafflichem Beduise an Berechtigts und Nichtberechtigts gegen die Taxe, zu herabgesetztem Preise oder ganz unentgeltlich abgegeben werden sollen.

Prüfung und Befähigung der Domainenkammer.

Auch die Entscheidung über die in der Forst-Conferenz zwischen dem Amte und dem Forst-Inspectionchef erörterten, von einander abweichenden und nicht ausgeglichenen Ansichten steht der Domainenkammer zu, und darf vor Abgabe dieser Entscheidung die Einrichtung oder das Verfahren, worüber die Meinungsverschiedenheit Statt findet, nicht zur Ausführung gebracht werden.

Kommen dabei besondere regiminelle Rücksichten in Betracht, so wird die Domainenkammer darüber vor Abgabe ihrer Entscheidung mit der betreffenden Landdrostei communiciren.

Nachdem die Domainenkammer unter Zurücksendung des einen Exemplars der Pflanzungs- und Kulturvorschläge, der Polartaxen und sämtlicher Verzeichnisse die erforderlichen Genehmigungen und Entscheidungen an die Oberforstämter ertheilt hat, sind die Elemente sofort, und zwar unmittelbar von den erfolg-

ten Bewilligungen an Berechtigte, Nichtberechtigte, Deputatisten, Pächter u. zur Benachrichtigung der Empfänger in Kenntniß zu setzen, denselben auch die nöthigen Verfügungen zur Erhebung und Verechnung, so wie die Creditöffnungen zur Zahlung der bewilligten Summen für die Forstkulturen und sonstige Forstverbesserungen, insgleichen beauf Benützung der Forstprodukte zuzufertigen.

Die Aemter aber haben Alles, was die Erhebung, Zahlung und Berechnung betrifft, dem Amtsrentmeister binnen acht Tagen zu stellen.

§ 48. Spätestens 14 Tage nach dem Eingange der Verfügung der Deputatenkammer auf die General-Forstberichte haben die Oberforstämter die genehmigten Baumzucht- und Kulturobschlüsse, Holztaxen, so wie die vollzogenen Material-Berechnungs-Berechnungen mit den erforderlichen Instruktionen und Verfügungen wegen der Ausführung, den Forstinspektionen zuzufertigen und die letzteren sich sofort mit der Ausführung zu beschäftigen.

Sofern nicht eine richterliche Verfügung oder obdtigliche Anweisung und Beglaubigung dabei erforderlich ist, steht dem Forstinspektionschef die Beförderung der vorchriftsmäßigen Ausführung aller Forstanlagen und Forstbenutzungen, ohne Mitwirkung des Amtes, allein zu, und instrukt und leitet derselbe demgemäß die ihm untergebenen Forstbedienten. Alle Kostenrechnungen sind zum Beweise ihrer Bezahlung durch die Amtsrentmeister von ihm zuvor zu attestiren. Er hat dafür zu sorgen, daß überall die Ausführung den Vorschlägen gemäß vollständig und zu gebührender Zeit geschehe, daß ohne ausserordentliche, von dem Oberforstamte einzuholende Genehmigung von den erteilten Vorschriften nicht größere Ausgaben als die bewilligten verwenden, daß vielmehr überall auf zweckmäßige Kostenersparung zu sehen.

Es sollen die Voranweisungen in der Regel von dem Forstinspektionschef selbst, und nur ausnahmsweise nach speziel-

Instruktionsertheilung durch die stellenden Förster oder durch einen sonst dazu geeigneten Forstbedienten vorgenommen, bezugleich die stellenden Förster und Revierforstbedienten hinsichtlich der Verabreichung getragenen Holzmaterials unter der Hand zur Berechnung in den Erhebungslisten genau instruit werden.

§. 14.

Die meistbietenden Holzverkäufe sind in der Regel von einem Beamten und dem Inspektionschef im Walde selbst, so wie in Gegenwart der Revierforstbedienten abzuhalten und hat dazu die Forstbehörde das Nötige vorzubereiten. Die Domänenkammer ist jedoch befugt, in Fällen und unter Umständen, wo die Gegenwart eines Beamten nicht erforderlich erscheint, das Amt von der Eigenthümlichkeit an den öffentlichen Holzverkäufen zu dispensiren; hierauf gerichtete Vorträge sind jedoch mit Rücksicht der Forst-Konferenzverhandlung mit dem Ortschef des Oberforstamts, zu der Entscheidung der Domänenkammer zu bringen.

Holzver-
käufe.

Die Inspektionschefs, sowie die bei etwaiger Verhinderung derselben an ihrer Statt mit der Abhaltung der Holzverkäufe zu beauftragenden Forstbedienten sollen auf die Führung richtiger Protokolle ein für alle Mal verpflichtet werden.

Die Verkaufsbedingungen müssen nach den ergangenen Bestimmungen abgefaßt und in das Protokoll vollständig aufgenommen werden.

Der Zuschlag ist sofort im Termine zu ertheilen, wenn der mitgegenwärtige Beamte und der Forstbediente darüber einverstanden sind; es wäre denn, daß ein Anderes von der Domänenkammer vorgeschrieben worden wäre oder von dem den Verkauf abhaltenden Beamten oder Forstbedienten für angemessen erachtet würde, in welchen Fällen unter Beifügung des Protokolls sofort an das Oberforstamt zu berichten ist.

Wohnt ein Beamter dem Verkaufe bei, so führt er das Protokoll, welches innerhalb der nächsten 8 Tage dem Forst-Inspektionschef zu seiner oder seines Stellvertreters Mitunter-
schrift und zur Weiterbeförderung zuzuführen ist.

Ist von der Zuziehung eines Beamten bei den meistbietenden Holzverkäufen abgesehen worden, so hat der Forstinspektionschef den von ihm angelegten Verkaufstermin dem Amte zeitig anzuzeigen, welches sodann einen Amtsunterbedienten dazu absendet und dabei unter die Befehle des Inspektionschefs oder dessen Stellvertreters stellt.

Der Amtsunterbediente hat auch seinerseits die verkauften Gegenstände, die Käufer und die höchsten Gebote zu notiren.

Das Verkaufsprotokoll ist in den nächsten acht Tagen nach Empfang desselben mit einem summarischen Extracte von der Forstinspektion an das Oberforstamt einzusenden, hier zu repiren, und alsdann nebst allen Anlagen an die Domainenkammer weiter zu befördern, von welcher das Protokoll dem Amte zur Erhebung der Gelder, der summarische Extract aber der Forstinspektion als Beleg des Forstregisters durch das Oberforstamt anzusenden ist.

Damit der Amtrentmeister in den Stand gesetzt wird, eilige Rechnungen der Kaufgelder baldigst vornehmen zu können, ist demselben binnen acht Tagen ein Extract aus dem Verkaufsprotocoll — und zwar wenn der Termin gemeinschaftlich abgehalten worden — vom Amte, sonst aber von der Forstinspektion durch das Amt mitzutheilen.

§. 15.

Abweichungen von den genehmigten Conferenzvorschlägen.

Die Oberforstämter können bei Ausführung der genehmigten Hauungen und Kulturen geringe Abweichungen und Veränderungen, welche durch inzwischen eingetretene Umstände bedingt werden oder sonst zweckmäßig erscheinen, ohne höhere Genehmigung für sich anordnen, insofern dadurch nicht gegen die im Allgemeinen festgesetzten Betriebs- und Abgabepläne Ueberschreitungen oder wesentliche Verminderungen herbeigeführt werden.

Nicht minder ist den Oberforstämtern gestattet, auf ihre Verantwortung ohne vorgängige höhere Genehmigung, über geringe, in den ordentlichen Hauungen disponibel bleibende, zum meistbietenden Verkaufe nicht geeignete Holzquantitäten gegen Bezahlung, mindestens des vollen Taxwerthes, zu verfügen.

auch liegt denselben ob, wegen der bestmöglichen Verwendung und Verwerthung des außerhalb der ordentlichen Hauungen zufällig zur Benützung kommenden Holzmaterials und der zufälligen Forst-Nebennutzungen die erforderlichen Bestimmungen zu treffen.

Die Rechtfertigung aller solcher getroffenen Verfügungen ist in dem nächstjährigen General-Forstberichte zu geben.

Da auch Umstände eintreten können, welche eine schleunige Hülfsleistung aus den Forsten erforderlich machen, z. B. bei zu besorgenden oder wirklich Statt gehabten Deichbrüchen u., so werden die Oberforstämter und selbst die Forstinspektionen hierdurch ermächtigt, in solchen außerordentlichen Fällen der Noth, auf Antrag der Landdrosteien oder Aemter auch größere Holzquantitäten sofort anzuweisen und verabsolgen zu lassen, insofern solches ohne offenbaren Ruin der Forsten geschehen kann.

Es ist jedoch alsdann darüber unverzüglich an die Domainenkammer zu berichten.

§. 16.

Die Verpachtung der Mast, so wie von Forstgrundstücken, Forstnutzungen und Forstgerechtsamen ist gemeinschaftlich vom ^{Verpachtung der} Amt und der Forstinspektion vorzunehmen, und zwar bei vor- ^{Mast; im-} ^{gleichem von} ^{Forstgrund-} ^{stücken.} handenem Einverständnisse ohne höhere Genehmigung, wenn nur eine einjährige Verpachtung in Frage ist, das Pachtgeld nicht über 50 Rthlr. beträgt und hinter dem letzten fünfjährigen Durchschnitt nicht um mehr als 5% zurückbleibt.

In solchen Fällen ist der Pachtcontract im Namen des Amtes und der Forstinspektion auszufertigen, das Verpachtungs-Verzeichniß aber unverzüglich der Forstinspektion zugustellen, welche damit wie mit den Holzverkaufs-Protokollen zu verfahren hat.

§. 17.

Zur Sicherstellung der Forsten gegen Eingriffe jeder Art Forstschupp. und zur polizeilichen Aufsichtsführung über dieselben haben die Aemter und die Forstinspektionen gemeinschaftlich zu wirken und

letztere insbesondere dahin zu sehen, daß das ihnen untergebene Schutzpersonal seinen Verpflichtungen unmangethaft nachkommt.

Das Verfahren in Forstverwaltungsachen ist durch das Gesetz vom 19. November v. J., das Verfahren in Polizeistrafsachen betreffend, im Allgemeinen geregelt.

In Ansehung der wrogenmäßigen Bestrafung der Holzdiebstähle und der sonstigen Forstfrevel verbleibt es, bis zu weiterer Bestimmung, bei den jetzt bestehenden Grundsätzen (allgem. Criminal-Gesebuch, Art. 297).

IV. A b s c h n i t t.

Von dem Forstrechnungswesen.

§. 18.

Die Erhebung aller Einnahmen aus den Forsten und die Auszahlung der darauf zu verwendenden Kosten geschieht durch die Amts-Rentmeister.

Der genehmigte und signirte Kultur-Kostenanschlag soll von Seiten der Forstinspektion durch das Amt dem Amts-Rentmeister zugestellt werden.

Die Auszahlung der Forstverbesserungs-, Aufbaunungs- und sonstigen Nebenkosten behuf Gewinnung des Materials geschieht lediglich auf die von der Forstinspektion bescheinigten Quittungen, innerhalb des derselben eröffneten Credits, und hat der Amts-Rentmeister darauf, ohne alle Rücksicht auf die spectelle Verwendung einzelner Summen, Zahlung zu leisten. Der Amts-Rentmeister hat am Schlusse des Rechnungsjahrs eine spectielle Forstverbesserungs-Rechnung in zweifacher Ausfertigung aufzustellen und mit allen Belegen bis Ende Julius der Forstinspektion zuzusenden, von welcher sie zu unterschreiben und mittelst Berichts zur Revision an das Oberforstamt, und von diesem zur Ratification an die Domänenkammer zu befördern ist.

Für jedes Amt ist von einem Forstbedienten ein, den Material- und Brutto-Geldvertrag von den Forsten nachweisendes Forstregister und zu diesem Behufe ein Manual über sämmt-

liche vorgefallene Forstnußungen und die dafür zu berechnenden Geldeinnahmen zu führen.

Das Forstregister dient als Beleg des Amts-Geldregisters und ist, von dem Rechnungsführer unterschrieben, spätestens bis Ende Julius in dreifacher Ausfertigung durch die Forstinspektion an das Oberforstamt zur Revision einzusenden, welches davon ein Exemplar nebst den Belegen bis zum 1. Septbr. jeden Jahrs dem Amte zur Beförderung an den Amtsbrentmeister zuzufertigen hat.

S c h l u ß b e s t i m m u n g e n .

Alle früheren Vorschriften über die Verwaltung der privaten Domänialforsten und der Domänial-Interessenten-Forsten, welche den Bestimmungen dieses Reglements widerstreiten, werden hiermit aufgehoben; es sollen jedoch durch dasselbe die rücksichtlich der Verwaltung der Gemeinde- und sonstigen Forsten bestehenden Vorschriften und die den Forstbedienten desfalls obliegenden Verpflichtungen nicht abgeändert werden.

Das gegenwärtige Reglement soll mit dem 1. Februar 1843 in Kraft treten und wird die Domainenkammer ermächtigt, die zur Ausführung desselben erforderlichen weiteren Bestimmungen zu treffen.

2) Instruktion, die Verwaltung der Forsten betreffend.

Vom 16. Januar 1843.

Nachdem durch das unterm 20sten Oktober 1842 erlassene Reglement diejenigen Bestimmungen erteilt worden sind, nach welchen bei der Verwaltung der gesamten Königl. sowohl privaten Domänialforsten, als Domänial-Interessentenforsten, so zur Beförderung des allgemeinen Wohls, als zur Sicherung der gegenseitigen Rechte des Domänik und der beteiligten Unterthanen, künftig verfahren werden soll; wird zur Erzielung einer genauen und gleichförmigen Beobachtung jener Bestimmungen den sämtlichen Oberforstämtern zu eigener Nachsicht und Bekanntmachung an die ihnen untergeordneten

Forstinspektionen, sowie auch zur Nachachtung für die Aemter und die Amtsbrentmeister in Gemäßheit Folgendes vorgeschrieben.

I.

Von den jährlichen Forst-Betriebs-, Benutzungs- und Verbesserungsvorschlägen.

§. 1.

Der Forst-Inspektionschef hat im Laufe des Winters sich mit Einsammlung der Materialien zu den alljährlich von jedem Amte seiner Inspektion besonders aufzustellenden Forst-Betriebs-, Benutzungs- und Verbesserungsvorschlägen zu beschäftigen, und dabei unter steter Berücksichtigung der feststehenden allgemeinen Betriebs- und Kulturpläne in Ueberlegung zu ziehen:

- a) wo und in welcher Ausdehnung nach Maßgabe des Standes des Betriebes in jedem besondern Wirthschaftsbezirke (Wirthschafts-Complex, Umtriebe) im nächsten Wirthschaftsjahre mit dem Betriebe fortgeschritten werden kann und muß, um aus den taxirten Forsten die ermittelten nachhaltigen Abgabensätze, und aus den noch nicht taxirten Forsten die nach obngefahren Ueberschlägen angesprochenen jährlichen Erträge zu beziehen;
- b) in welchen Massen und Sortimenten das zur Nutzung zu ziehende Holzmaterial bestehen werde;
- c) welchen Geldwerth das zu nutzende Holzmaterial etwa haben dürfte;
- d) welche Forstnebennutzungen in Aussicht zu stellen, und welche Gelderträge davon zu erwarten sein möchten;
- e) welche Forstkulturen und sonstige Forstverbesserungen, Grenzsicherungen u. s. w. nothwendig und zweckmäßig vorzunehmen, und welche Vermendungen, sowohl an baarem Gelde, wie an persönlichen Dienstleistungen und an Holz, Stein, u. s. w. Material, zu ihrer Ausführung erforderlich sein dürften; und
- f) welche Veränderungen nach Maßgabe des Betriebes und

der Kultur der Forsten in Ansehung der Weideverhältnisse eintreten können und müssen.

§. 2.

Nach Einsammlung dieser Materialien hat der Forst-Inspektionschef zwei allgemeine Verzeichnisse anzufertigen, nämlich

A. die Forstbenutzung betreffend,
welches

- a) die Forstbegänge und Wirtschaftsbegirke, in welchen Hauungen geführt werden sollen,
- b) die daraus zur Nutzung zu ziehenden Bau-, Nutz- und Brennholzmassen, und
- c) die zu erwartenden Forstnebennutzungen nachweisen muß, und

B. die Forstkultur und Verbesserung betreffend,
aus welchem

- a) die Forstkulturen, Forstverbesserungen und sonstigen Vorrichtungen aller Art, welche sowohl in den privaten, als den mit Berechtigungen belasteten Forsten beabsichtigt werden, und
- b) die Zuschläge und Schonungen, welche in den mit Weiderechtigkeiten belasteten Forsten angelegt oder wieder aufgegeben werden sollen, zu ersehen sein müssen.

Diese Verzeichnisse sind nach den Formularen No. 1 u. 2 aufzustellen und dem betreffenden Amte im Laufe des Monats Februar zuzustellen.

§. 3.

Das Amt hat die auf die Bewilligung von Bau-, Nutz- und Brennholz, sowie von sonstigen Forstprodukten für das nächste Jahr gerichteten Ansprüche und Gesuche, sowohl der zu derartigen Bezügen aus den Forsten Berechtigten (Forst-Interessenten), als der Nichtberechtigten, einzusammeln und

solche in einem nach Vorschrift des §. 7. des Königl. Reglements spätestens in der zweiten Hälfte des Monats Februar abzuhalten, und zuvor auf geeignete Weise im Amte bekannt zu machenden Termine zu Protokoll entgegen zu nehmen, und daneben sowohl den Rechtstitel, als die sonstigen Verhältnisse, worauf die Anträge und Gesuche sich stützen, möglichst festzustellen.

Innerhalb der nächsten acht Tage nach der Abhaltung dieses Termins hat das Amt dem Forst-Inspektionschef ein specificirtes Verzeichniß derjenigen Bauten und Reparaturen, zu welchen von den Berechtigten (Forst-Interessenten) Bau- und Nutzholzforderungen gemacht worden sind, zu stellen und gleichzeitig mit demselben wegen der zur näheren Prüfung der Bau- und Nutzholz-Anforderungen der Berechtigten anzusetzenden Häuserbesichtigungs-Termine die nöthige Uebereinkunft zu treffen.

§. 4.

Die Häuserbesichtigung soll im Anfange des Monats März bei denjenigen zu Bau- und Nutzholz-Berechtigten (Forst-Interessenten), welche auf derartige Holzverabreichungen in dem in Gemäßheit §. 3. beim Amte abgehaltenen Termine angetragen haben, vorgenommen und unter Zugiehung des beeidigten Amts-Zimmermeisters durch einen vom Amte dazu committirten Amts-Unterbedienten und einen von dem Forst-Inspektionschef damit zu beauftragenden Forstbedienten gemeinschaftlich besorgt werden.

Der zur Vornahme der Häuser-Besichtigung committirte Amtsunterbediente ist von Seiten des Amtes durch Mittheilung eines Extracts aus dem im §. 3. vorgeschriebenen Anmeldungs-Termine aufgenommenen Protocolle, der von Seiten des Forst-Inspektionschefs beauftragte Forstbediente dagegen, aber von diesem durch Mittheilung des amtsseitig dem Forst-Inspektionschef zugestellten Verzeichnisses von den zu untersuchenden Baumängeln und Nutzholzbedürfnissen in Kenntniß zu setzen, und sind beide daneben mit den bestehenden und bei der Häuserbesichtigung in Betracht kommenden Berechtigungsverhältnissen, auf das vollständigste bekannt zu machen.

Amt und Forst-Inspektionschef bleiben für die ordnungsmäßige und unparteiische Ausführung der Häuser-Besichtigung durch die von ihnen committirten Untergebenen verantwortlich, und bleibt deshalb es ihnen auch unbenommen, die Besichtigung selbst vorzunehmen.

Dem Oberforstamte bleibt es vorbehalten, in geeignet erscheinenden Fällen dem Forst-Inspektionschef die persönliche Besorgung der Häuserbesichtigung zur Pflicht zu machen, und soll dann entweder ein Beamter mit gegenwärtig sein, oder das Amt einen Amtsunterbedienten zu diesem Geschäfte unter die Befehle des Forst-Inspektionschefs stellen.

Bei der Häuserbesichtigung ist zu ermitteln:

- a) ob die angemeldeten Baumängel und Nutzholzbedürfnisse wirklich vorhanden sind,
- b) in wie weit ihre Abstellung nothwendig und im nächsten Jahre zweckmäßig vorzunehmen ist, und
- c) welche Bau- und Nutzholzmassen und Sortimente nach Maßgabe der Berechtigung und des constatirten Bedarfs erforderlich sind,

und sind die Resultate dieser Ermittlung, je nachdem sie sich auf Bauholz oder auf Nutzholz beziehen, nicht minder von den committirten Forstbedienten, als von dem Amtsunterbedienten, in zwei nach den Formularen Nro. 3 und 4 aufzustellende Verzeichnisse einzutragen.

Der Holzbedarf der Berechtigten (Forst-Interessenten) soll jederzeit bei der Besichtigung selbst genau specificirt und in das betreffende Verzeichniß eingetragen werden. Die bei Neubauten jederzeit erforderlichen, so wie die sonst etwa schon vorher auf besondere amtliche Autorisation von dem beeidigten Amtszimmermeister angefertigten Baurisse und Aufschläge sind an Ort und Stelle zu revidiren, auch nöthigen Falls zu berichtigen, und ist auch in diesem Falle der constatirte Holzbedarf in das betreffende Verzeichniß speciell einzutragen.

Die von dem Forstbedienten bei der Häuserbesichtigung aufgestellten Verzeichnisse liefert derselbe sofort und spätestens im

nerhalb acht Tagen an den Forst-Inspektionschef ab, und sind solchem die etwa vorhandenen Baurisse und Anschläge beizufügen. Der Amtsunterbediente muß das seinige dem Amte binnen gleicher Zeit überliefern.

§. 5.

Gleichzeitig mit der Häuserbesichtigung wird von dem zu dieser committirten Forstbedienten, Amts-Unterrbedienten und Amts-Zimmermeister, unter Zuhandnahme der älteren Verzeichnisse, auch die Nachsicht über den ordnungsmäßigen Verbrauch des in den vorhergegangenen Jahren an die Berechtigten (Forst-Interessenten) verabgabten Bau- und Nutzholzes vorgenommen und über das Resultat derselben eine Nachweisung nach dem Formular No. 5 aufgestellt, gemeinschaftlich unterschrieben und dem Amte übergeben.

Ueber die bei dieser Nachsicht wahrgenommenen Vorschriftenwidrigkeiten und Nachlässigkeiten im Verbräuche des Holzes Seitens der Berechtigten hat der Forstbediente ordnungsmäßige Brugen-Verzeichnisse aufzustellen und solche dem Forst-Inspektionschef zur Erwirkung der principmäßigen Bestrafung zu überliefern, wobei jedoch die den Berechtigten (Forst-Interessenten) princip- oder übereinkunftsmäßig zum Verbräuche des verabfolgt erhaltenen Holzes zugestandenen Fristen nicht außer Acht zu lassen sind.

§. 6.

Der Forst-Inspektionschef hat in den von dem committirten Forstbedienten bei der Häuserbesichtigung aufgenommenen und ihm überlieferten Verzeichnissen sofort die nöthigen Material- und Geldberechnungen anzustellen. Ergibt sich daraus, daß von den Berechtigten (Forst-Interessenten) mehr Holzmaterial angefordert worden, als in den der Bau- und Nutzholzberechtigung derselben unterliegenden Forsten disponibel ist, so sendet er die Verzeichnisse dem Amte zu, welches dann die erforderlichen Absätze darin zu machen und solche bei der Forst-Conferenz dem Forst-Inspektionschef zurückzuliefern hat.

§. 7.

Nichtberechtigte (Nicht-Interessenten) sind in der Regel auf die meistbietenden Verkäufe zu verweisen, welche alljährlich sowohl in den privativen, als auch in den Interessenten-Forsten von dem zur Anweisung an die Berechtigten nicht erforderlichen oder nicht brauchbaren, jedoch forstmäßig zur Nutzung zu ziehenden Holze vorgenommen werden.

Es sollen jedoch Anträge auf Bewilligungen von Holz gegen Erlegung der vollen Forsttaxe oder zu ermäßigten Preisen nicht gänzlich ausgeschlossen, vielmehr in besonderen und dann nach Vorschrift des Ausschreibens der Königl. Domainen-Kammer vom 10. Februar 1840 vollständig zu motivirenden Fällen, wie z. B. bei eingetretener Brand-, Sturm- und Wasser-Beschädigung, bei gänzlicher Verarmung, körperlicher Gebrechlichkeit und Arbeits-Unfähigkeit u. s. w., zulässig sein.

Das Amt hat deshalb die von Nichtberechtigten (Nicht-Interessenten) in dem nach Vorschrift des §. 3 beim Amte abgehaltenen Termine angebrachten Holz-Bewilligungs-Gesuche nach diesen Beziehungen sorgfältig zu prüfen und die darnach nicht zulässigen Gesuche sofort zurückzuweisen.

Sollten die von Nichtberechtigten angebrachten Holz-Bewilligungs-Gesuche zwar an und für sich zulässig sein, jedoch aus den Forsten des betreffenden Amtes nicht erfüllt werden können, so hat das Amt einen auf diese Gesuche bezüglichen Protocoll-Extract an das Oberforstamt einzusenden, und wird dieses dann die Thunlichkeit der Befriedigung dieser Bedürfnisse aus den Forsten eines benachbarten Amtes in Erwägung ziehen und eintretenden Falls die nöthige Verfügung treffen, daß sie in die dieses Amt betreffenden Verhandlungen mit aufgenommen und zur höheren Prüfung und Entscheidung der Königl. Domainenkammer verstellt werden.

§. 8.

Nachdem in solcher Maasse das Nöthige vorbereitet worden, sollen im Anfange des Monats April das Amt und der Forstinspektionschef zu einer mündlichen Conferenz zusammentreten.

Ueber den Termin zur Abhaltung dieser Conferenz haben Amt und Forst-Inspektionschef sich vor dem 1. März zu vereinbaren und ist derselbe von Seiten des Forst-Inspektionschefs dem Oberforstamte anzuzeigen, von Seiten des Amtes aber nach Vorschrift des §. 9 des Königl. Reglements öffentlich im Amte bekannt zu machen.

In dieser Conferenz werden zunächst:

a) die etwaigen besonderen Anträge der im Termine sich angefundenen Unterthanen entgegen genommen, in Beratung gezogen und je nach den Umständen entweder sofort erledigt oder zur höheren Entscheidung vorbereitet; hiernächst aber nach vorgängiger Entlassung der im Termine erschienenen Unterthanen,

b) die von Seiten des Forst-Inspektionschefs schon früher dem Amte mitgetheilten beiden Verzeichnisse der beabsichtigten Forstbenutzungs- und Forstkultur- und Verbesserungs-Vorschläge in so weit in gemeinschaftliche Beratung gezogen, als dabei die Gerechtsame der Unterthanen in Frage kommen;

c) von Seiten des Amtes dem Forst-Inspektionschef

1) die Nachweisung über den Verbrauch des den Berechtigten (Forst-Interessenten) in früheren Jahren verabreichten Bau- und Nutzholzes;

2) die von dem Amtsunterbedienten bei der Häuserbesichtigung aufgenommenen Verzeichnisse des von den Berechtigten (Forst-Interessenten) angeforderten Bau- und Nutzholzes, und

3) ein namentliches, nach dem Formulare No. 6 aufgestelltes Verzeichniß der zu Brennholzbezügen Berechtigten (Forst-Interessenten)

nach vorgängiger gemeinschaftlicher Prüfung und Erwägung der zur höhern Entscheidung zu verstellenden Gegenstände überliefert und daneben die dem Amte in dem im §. 6 vorgesehenen Falle mitgetheilten, von dem Forstbedienten bei der Häuserbesichtigung aufgenommenen Verzeichnisse der

Bau- und Kuchholzanforderungen der Berechtigten (Forst-Interessenten) zurückgegeben;

d) dem Forst-Inspektionschef die erforderlichen Mittheilungen über die von Seiten des Amtes vorgeschlagene Vertheilung des zur Disposition stehenden Holzmaterials gemacht und zu solchem Ende

1) die speciellen Verzeichnisse der darnach an Nichtberechtigten zu verabgebenden Bau- und Kuchhölzer, und

2) ein nach dem Formulare No. 7 aufgestelltes namentliches Verzeichniß der darnach an Nichtberechtigten abzugebenden Brennholz

vorgelegt, diese Verzeichnisse von dem Forst-Inspektionschef in Beziehung auf die Zulänglichkeit des zur Disposition stehenden Holzmaterials revidirt, nach vorgängiger Vereinigung über die in Hinsicht auf Quantität und Qualität des zur Verabgabung vorgeschlagenen Materials etwa erforderlichen Abänderungen, vom Amte rectificirt und sodann von diesem dem Forst-Inspektionschef ausgehändigt;

e) die in Ansehung der Brennholzabgaben zu herrschaftlichem Behufe, *ex contractu*, zu Deputaten, zu fortlaufenden Gnadenbewilligungen u. s. w. etwa eingetretenen oder zu beantragenden Veränderungen beraten und festgestellt; und endlich

f) die vom Amte noch zu machenden besonderen Anträge einer gemeinschaftlichen Berathung unterworfen, wobei namentlich auch das Erforderliche wegen etwaiger Dispensation des Amtes von der Beibehaltung der Holzkaufstermine zu beantragen und eine etwa eingetretene, nachtheilige Folgen äuffernde zu große Vermehrung des Waldstandes zur Sprache zu bringen ist.

Ueber alle in der Forstkonzferenz vorkommende Verhandlungen ist sogleich in der Konferenz selbst ein Protokoll von einem der Beamten oder von einem Amtsauditor aufzunehmen

und solches von dem Forst-Inspektionschef mit zu unterschreiben. Von diesem Protokolle ist dem Forst-Inspektionschef innerhalb der nächsten acht Tage nach der Konferenz eine beglaubigte Ausfertigung, nebst den etwa dazu gehörigen Anlagen zu überliefern.

Haben Amt und Forst-Inspektionschef über Gegenstände, welche das Interesse und die Gerechtsame der Untertanen betreffen, sich in der Konferenz nicht einigen können, so ist sofort über den Gegenstand der Differenz unter Ausführung der die abweichenden Ansichten motivirenden Gründe sowohl von Seiten des Amtes, als des Forst-Inspektionschefs besonderer Bericht an die Königl. Domainenkammer zu erstatten und sind beide Berichte dem Oberforstamte zur Weiterbeförderung und Begutachtung zuzustellen.

§. 9.

Nachdem auf solche Weise der Forst-Inspektionschef mit den erforderlichen Materialien versehen ist, hat derselbe sofort von jedem Amte seiner Inspektion einen Generalforstbericht zu erstatten, in welchem derselbe einer Seits den Gang und die Ergebnisse des Betriebes, der Benützung und der Kultur der Forsten in den vorhergehenden Jahren, sowie die Einflüsse nachweist, erläutert und rechtfertigt, welche die Waldbefreezung, besondere Ereignisse u. s. w. auf den Zustand der Forsten bis dahin ausgeübt haben, als anderer Seits seine Vorschläge hinsichtlich des Betriebes, der Benützung, der Kultur und Verbesserung, des Schutzes u. s. w. der Forsten in dem vorliegenden Jahre entwickelt und begründet.

Dieser Bericht, welcher sich über drei Betriebsjahre, z. B. über

- 1) das bereits völlig abgelaufene und abgeschlossene Jahr 184^{1/2},
 - 2) das noch laufende Jahr 184^{2/3} und
 - 3) das bevorstehende Jahr 184^{3/4}
- anzudehnen hat, ist in nachstehender Form zu erstatten:

An
Königliches Ober-Forstamt.
General-Forst-Bericht.
der
Forst-Inspektion N.

N. den ten Mai 18..

Amt N.

betreffend: I. Revision der vorhergehenden
Betriebs-Jahre, vom 1. Jul.
18 — und 18 —
II. Vorschläge für das Betriebs-
Jahr 18 —.

und sind die darin abzuhandelnden Gegenstände unter folgenden
Haupt- und Unterabtheilungen in nachstehender Reihenfolge zum
Vortrage zu bringen:

I. Revision der vorhergehenden Betriebsjahre vom
1sten Julius 18 — und 18 —

A. Den Forstbetrieb und die Forstbenutzung
betreffend.

Hierunter ist zu berichten:

- 1) über den in dem bereits völlig abgelaufenen und abge-
schlossenen Betriebsjahre ausgeführten Forstbetrieb und die
dabei etwa Statt gehabten Abweichungen von den geneh-
migten Vorschlägen, unter Beifügung der generellen Wirth-
schaftskontrollen über die taxirten Forsten;
- 2) über die Erfüllung und den Betrag der in dem bereits
völlig abgeschlossenen Betriebsjahre
 - a) mittelst der betreffenden Forst-Konferenzverhand-
lungen und
 - b) mittelst extraordinärer Verfügungen
erfolgten Materialbewilligungen;
- 3) über den Betrag und den Erfolg der in dem bereits völ-
lig abgelaufenen Betriebsjahre
 - a) meistbietend und

b) aus der Hand

vorgenommenen Holzverkäufe,

4) über den in dem völlig abgelaufenen und abgeschlossenen Betriebsjahre Statt gebabten Materialertrag der Amtsförsten, unter Beifügung einer Uebersicht desselben nach dem Formulare No. 8;

5) über die Erträge der in dem bereits völlig abgelaufenen und abgeschlossenen Betriebsjahre Statt gebabten Forst-Nebennutzungen, als Mast, Heide, Gras, Steine, Mergel, Thon, Forst- und Jagdwurgenstrafen, zu Register gezogene Accidenzien u. f. w.;

6) über den Geldertrag der gesammten Forstbenutzung in dem völlig abgelaufenen und abgeschlossenen Rechnungsjahre, unter Beifügung einer nach dem Formulare No. 9 aufgestellten Uebersicht derselben;

7) über die mehr oder mindere Uebereinstimmung der Material- und Gelderträge der Amtsförsten in dem völlig abgelaufenen Betriebsjahre mit den für dasselbe mittelst der betreffenden Forst-Konferenzverhandlungen in Aussicht gestellten, nebst Erläuterung und Rechtfertigung der etwaigen Differenzen;

8) über die Ausführung des für das noch laufende Betriebsjahr genehmigten Forstbetriebes, jedoch nur in allgemeinen Umrissen; und

9) über Gegenstände von besonderem Interesse in Beziehung auf den Betrieb und die Benutzung der Försten.

B. Die Forstverbesserungen betreffend.

Darunter ist zu berichten:

1) über die in dem völlig abgelaufenen und abgeschlossenen Betriebsjahre ausgeführten

a) Forstkulturen und sonstigen Forstverbesserungen;

b) Wegeanlagen und Besserungen und

c) Grenzsicherungen und deren Erfolge, mit Bezugnahme auf eine beizufügende nach dem Formulare

No. 10 aufzustellende specielle Nachweisung derselben und unter Hinzufügung der nöthigen Erläuterung und Rechtfertigung der etwa Statt gefundenen Abweichungen von den genehmigten Vorschlägen, so wie einer Vergleichung der wirklich verwandten mit den bewilligten baren Kosten;

- 2) über den Erfolg der in früheren Jahren ausgeführten Kulturen, insoweit solcher bis dahin noch nicht völlig gesichert erschienen, und
- 3) über den Stand der Ausführung der für das noch laufende Betriebsjahr genehmigten Forstkulturen und Verbesserungen im Allgemeinen.

C. Die Forstpolizei, imgleichen sonstige auf die Forsten Bezug habende Anzeigen.

Hierunter ist zu berichten:

- 1) über den Verbrauch des den Berechtigten (Forst-Interessenten) in früheren Jahren verabgabten Bau- und Nutzholzes, mit Bezugnahme auf die darüber bei der Häuserbesichtigung aufgenommenen und hier beizufügenden Nachweisungen;
- 2) über die Abfuhr des angewiesenen und verkauften Holzes, so aus den Schlägen, als aus dem Walde überhaupt und über die daraus etwa hervorgegangenen nachtheiligen Folgen etc.
- 3) über das Betragen und die Dienstleistungen der Revier-Forstbediente;
- 4) über den Stand der Befrenelung der Forsten und die auf ihre etwaige Vermehrung oder Verminderung einwirkenden Verhältnisse, unter Beifügung einer nach dem Formulare No. 11. aufzustellenden Uebersicht von dem Stande des Forstbushwesens in dem völlig abgelaufenen und abgeschlossenen Betriebsjahre;
- 5) über Statt gehabte besondere bemerkenswerthe Ereignisse, als Windfall, Brand, Insekten-Verheerungen, zum Ab-

schluß gekommene Forsttheilungen, Vermehrungen oder Verminderungen des Forstgrundes u. s. w.

II. Vorschläge für das Betriebs-Jahr vom 1sten Julius 18—.

A. Den Forstbetrieb und die Forstbenutzung betreffend.

Hierunter ist:

1) der für das bevorstehende Betriebsjahr beabsichtigte Betrieb der Amtsförsten, und zwar für jeden einzelnen der daraus gebildeten Wirthschaftsbezirke (Complexe, Umtriebe) besonders aus den bestehenden Betriebsanordnungen, dem Stande der Verjüngung und den sonstigen darauf einwirkenden Verhältnissen zu entwickeln und mit Bezugnahme auf den in doplo beizufügenden nach dem Formulare No. 12 aufzustellenden Hauungs-Vorschlag, so in seinen Einzelheiten, als hinsichtlich des davon zu erwartenden, durch die feststehenden und damit zur Vergleichung zu ziehende Abgabefähigkeit und Nutzungsetats bedingten Materialertrages, zu erläutern und festzustellen;

2) anzuzeigen, welche Natural-Holzabgaben, so in Folge bereits erfolgter Bestimmungen, als nach Anleitung der in dem daneben vorzulegenden Forst-Conferenzprotocolle enthaltenen Anträge des Amtes, von dem im Hauungs-Vorschlage herausgestellten Materialertrage der Amtsförsten zu beschaffen sein werden und sind die darüber von dem Inspections-Oberförster nach den Formularen 13, 14, 15, 16, 17 und 18 aufzustellenden Special-Verzeichnisse in nachstehender Reihenfolge beizufügen:

1) Bau- und Nutzholz zu herrschaftlichem Behuf,

2) Bau- und Nutzholz an Nichtberechtigte,

3) Bauholz } an Berechtigte,

4) Nutzholz }

5) Brennholz für Pächter und Erbenzinsleute vermöge

Contracts,

- 6) Brennholz für die Geistlichkeit zum Deputat,
- 7) Brennholz für Forstbediente zum Deputat,
- 8) Brennholz für Begnadigte vom Forstpersonal,
- 9) Brennholz für sonstige Begnadigte, wegen deren eine ausgabliche Berechnung des Holzwerthes im Amts-Geldregister unter der Rubrik I. A. 4. Statt findet,
- 10) Brennholz zu vollen oder herabgesetzten Preisen, wegen deren letztern Falles die Ausgabe der Differenz des Verwilligungspreises gegen den Holzwerth im Amts-Geldregister unter der Rubrik II. 4. a. geschieht,
- 11) Brennholz, dessen Werth aus dem Etat der Königl. Generaldirektion des Wasserbaues,
- 12) aus dem Etat des Königl. Ober-Jagddepartements,
- 13) aus dem Etat der Königl. Landdrosteien bezahlt wird,
- 14) Kohl- und Brennholz für Hütten, Salinen u. s. w.,
- 15) Brennholz für Berechtigte.

Anmerkungen:

a) Die von dem Forst-Inspektionschef aufzustellenden Specialverzeichnisse müssen jedes einmal vollständig und einmal im Extract angelegt werden.

In diesen in denselben gedruckten Formularen aufzustellenden Extracten, welche dazu bestimmt sind, dem Amtsbrentmeister zugefertigt zu werden, um die Geldbeträge darnach zu erheben, ist jeder einzelne Holzempfänger mit dem summarischen Betrage des zu empfangenden Holzes und des dafür zu entrichtenden Geldbetrages in der Maße auf nur einer Linie aufzuführen, wie solches aus den Formularen No. 13a, 14a, 15a, 16a, 17a, und 18a zu ersehen ist.

b) Die bei der Häuserbesichtigung aufgenommenen Bau- und Nutzholzverzeichnisse (Formular No. 3 und 4) können, insofern daraus eine Verminderung der schriftlichen Arbeit des Forst-Inspektionschefs hervorgeht,

als Special-Berechnungsverzeichnisse dienen, und sind ihnen in diesem Falle nur Extracte nach dem Formular No. 15a beizufügen.

Hinsichtlich der Brennholzabgaben an Deputatisten und Begnadigte behält es bei der seitherigen Bestimmung, daß davon die eine Hälfte gleichmäßig auf die vier Monate November, December, Januar und Februar, die andere Hälfte aber gleichmäßig auf die übrigen acht Monate des Rechnungsjahrs zu rechnen und darnach auch die Abrechnung zwischen einem abgehenden und neu antretenden Deputatisten zu stellen ist, fernerhin sein Bewenden.

- 3) Daß nach Vorabnahme der zu leistenden Naturalabgaben noch zum Verkauf disponibel bleibende Holzmaterial mittelst einer nach dem Formulare No. 19 aufzustellenden Uebersicht, nachzuweisen und daneben wegen Bestimmung des angemessensten Verkaufsmodus, sowie wegen etwaiger Dispensation der Beamte von der Theilnahme an den öffentlich meistbietenden Verkäufen auf den Grund des Forst-Konferenzprotokolls das Nöthige zu beantragen;
- 4) anzuzeigen, welche Forst-Nebennutzungen zu erwarten sind und in welcher Maße sie zur Erfüllung der etwa angebrachten und in einem nach dem Formulare No. 20 aufzustellenden Verzeichnisse zusammengetragenen Bewilligungs-Gesuche zu verwenden, oder auf sonstige Weise am vortheilhaftesten zu verwerthen sein dürften, sowie auch welche Einnahmen von den in den Forstregistern nicht zur Berechnung kommenden Forst- und Jagdbruchstrafen, ständigen Gefällen, zu Register gezogenen Accidenzien u. s. w. zu gewärtigen sein möchten; und endlich
- 5) eine nach dem Formulare No. 21 in duplo aufzustellende Uebersicht der muthmaßlichen Material- und Gelderträge des gesammten Forsthaushalts vorzulegen.

B. Die Forstverbesserungen betreffend.

Es ist hierunter zunächst das Kulturbedürfniß der Amtsforsten im Allgemeinen, so in Anlaß des fortschreitenden Betriebes, der mangelhaften oder verfehlten natürlichen Verjüngung u. s. w., als in Beziehung auf den Anbau verödeter Forstgründe u. s. w. darzulegen, und sind sodann insbesondere die für das nächste Jahr beabsichtigten

1) Besamungen, Pflanzungen, Bodenbearbeitungen, Anlagen von Entwässerungsgräben, Befriedigungsgräben, Schluchten und Häunen, Schlagbäumen u. s. w.,

2) Wegeanlagen und Besserungen, sowie die damit in Verbindung stehenden Brücken und Ziel-Bauten und Reparaturen, und

3) Sicherungen der Waldgrenzen durch Versteinungen, Bewallungen, Behügelungen u. s. w.,

mit Bezugnahme auf die deßfalligen nach den Formularen No. 22, 23 und 24 aufzustellenden und in duplo beizufügenden Kostenanschläge näher zu erörtern und zu erläutern; wobei zugleich das Erforderliche wegen Herbeischaffung der nöthigen Waldsämereien, Heister und Pflänzlinge, Holz und Steinmaterialien u. s. w. zu bemerken, auch wegen etwa anzuordnender extraordinärer Kulturaufsichten zu beantragen ist.

C. Der Forstpolizei und sonstige auf die Forsten Bezug habende Vorschläge und Anzeigen betreffend.

Hierunter sind:

1) die einer Seite nach Maassgabe des fortschreitenden Betriebes und der Kultur erforderlichen Anlagen neuer Zuschläge, und anderer Seite in Rücksicht auf das Alter und die Beschaffenheit der Bestände zulässigen Aufgaben älterer Zuschläge in den Amtsforsten speciell zu beantragen, und sind die daraus hervorgehenden Veränderungen in den Weideverhältnissen zugleich mit den im Laufe des letzten Jahres und bis zur Erstattung des General-Forstberichts in dem

Flächengehalte der Amtsförsten eingetretenen Veränderungen in einer beizufügenden und nach dem Formulare No. 25 aufzustellenden Uebersicht nachzuweisen;

2) die wegen temporeller Vermehrung der Forstschutzaufsicht, wegen Abwendung zu besorgender Nachteile von etwa zu sehr vermehrtem Wildstande, von Feuer, Insektenfraß u. s. w. erforderlich erscheinenden Verfügungen zu beantragen; und endlich

3) die Holz- und Berechtigungstaxen, so wie die Taxen für Steine und alle übrigen Forstnebennutzungen, insofern sie keiner Veränderungen bedürfen, in einfacher Ausfertigung beizufügen; sind jedoch Veränderungen der Holz- und Stein- u. Taxen erforderlich, so sind solche unter Ausführung der Gründe hier zu beantragen und sodann Entwürfe zu den neuen Taxen in dreifacher Ausfertigung vorzulegen.

Die dem General-Forstberichte beizufügenden Anlagen sind, und zwar

a) die Special-Berechnungsverzeichnisse des abzugebenden Holz-, Stein- u. Materialß, mit fortlaufenden Zahlen; und

b) die sämtlichen übrigen Anlagen, ohne Unterschied, mit fortlaufenden Buchstaben, in derjenigen Reihenfolge zu bezeichnen, in welcher sie in dem Berichte vorkommen.

Der Forst-Inspektionschef hat den von jedem Amte seiner Inspektion besonders zu erstattenden Generalforstbericht sofort nach dessen Vollendung und unmanigeltast bis zum 1. Juniuß an das Oberforstamt einzusenden.

§. 10.

Die den Generalforstberichten der Forstinspektion als Anlagen beigefügten Uebersichten, Nachweisungen, Hauungs- und Kulturvorschläge, sowie die sämtlichen Material-Berechnungs-

Verzeichnisse und Extracte aus denselben sind bei dem Oberforstamte durch den Forstsecretair in 'calculo' zu revidiren und nöthigen Falls zu berichtigen, und hat dieser darunter zu bescheinigen, daß solches geschehen ist.

§. 11.

Der Oberforstmeister hat, um

a) mit den persönlichen Verhältnissen, mit der Dienstführung und mit dem Betragen des gesammten, ihm untergebenen Forstpersonals sich fortwährend in genauer Bekanntschaft zu erhalten;

b) von dem Zustande der Forsten und dem Fortgange des Betriebes und der Kultur derselben, sowie von der Ausführung getroffener Anordnungen durch eigene Anschauung sich zu überzeugen, etwa vorkommende Mängel zu rügen und abzustellen, und von den in Beziehung auf die möglichste Vervollkommenung der Bestände, der Bewirthschaftung und der Benutzung der Forsten erforderlichen und zu beantragenden Maaßregeln sich in Kenntniß zu setzen, und die in den Inspektions-General-Forstberichten enthaltenen Nachweisungen und Vorschläge hi der Benutzung und der Kultur, d zunächst vorangegangenen Jahre, Betriebsjahrs, an Ort und Stellen genau zu prüfen und die dem von dem ganzen Oberforstamte zu erstattenden Generalforstbericht zu sammeln;

die Forsten seines Departements alljährlich zu bereisen und diese Bereisung so frühzeitig vorzunehmen, daß sie spätestens bis zur Mitte des Monats Julius völlig beendigt ist.

Sind bis zur Vornahme dieser Forstbesichtigungsreise die Forstinspektions-Generalforstberichte des betreffenden Jahrs bei dem Oberforstamte noch nicht eingegangen, so hat der Forstinspektionschef das Forstconferenz-Protokoll mit seinen Anlagen, so wie die Concepte seiner Hauungs- und Kulturvorschläge

dem Oberforstmeister zur Einsicht vorzulegen und diesen dadurch zur Prüfung derselben in den Stand zu setzen.

Ist der Oberforstmeister mit den für das nächste Jahr von dem Forst-Inspektionschef beabsichtigten Forst-Betriebs-, Benutzungs- und Verbesserungs-Vorschlägen nicht einverstanden und führen gegenseitige mündliche Mittheilungen nicht zu einer Ausgleichung der abweichenden Ansichten, so kann der Oberforstmeister die Abänderung der Vorschläge des Forst-Inspektionschefs nicht sofort verfügen, vielmehr hat derselbe in diesem Falle solche mit den nöthigen Bemerkungen begleitet der Königl. Domainenkammer vorzulegen, welche über die Meinungsverschiedenheit zu entscheiden hat.

§. 12.

Nach vollendeter Forst-Besichtigungsbreise hat der Oberforstmeister einen, die gesammten Forst-Verwaltungsgegenstände des unterhabenden Departements umfassenden Generalforstbericht an die Königl. Domainenkammer zu erstatten, demselben die sämmtlichen von den Forst-Inspektionschefs an das Oberforstamt erstatteten Generalforstberichte sammt deren Anlagen beizufügen und die darin enthaltenen Forst-Betriebs-, Benutzungs- und Verbesserungsvorschläge zu begutachten, auch die etwaigen abweichenden Ansichten näher zu erörtern.

Dieser bis zum 15ten August des betreffenden Jahrs zu erstattende Bericht ist in derselben Form wie die Generalforstberichte der Forst-Inspektionschefs abzufassen, und sind demselben folgende, beim Oberforstamte aufzustellende und aus den Forst-Inspektions-Generalforstberichten zusammenzutragende Generalübersichten hinzuzufügen:

- a), eine vergleichende Uebersicht des für das bereits völlig abgeschlossene Betriebsjahr in Aussicht gestellten und des hiernächst effectiv erreichten Material- und Geldertrages der Forsten, nach dem Formulare No. 26;
- b) eine vergleichende Uebersicht der für das bereits völlig abgeschlossene Betriebsjahr genehmigten und der wirklich

aufgeführten Forstkulturen und Verbesserungen, nach dem Formulare No. 27;

c) eine Generalübersicht von dem Stande des Forstwesens in dem bereits völlig abgeschlossenen Rechnungsjahre, nach dem Formulare No. 28;

d) eine Generalübersicht der für das vorliegende Betriebsjahr in Vorschlag gebrachten Waldbenutzung, nach dem Formulare No. 29;

e) eine Generalübersicht der für das vorliegende Betriebsjahr in Vorschlag gebrachten Forstverbesserungen, nach dem Formulare No. 30, und

f) eine Generalübersicht der Waldflächen und der Weideverhältnisse für das vorliegende Betriebsjahr, nach dem Formulare No. 31.

Zur Beschleunigung der von der Königl. Domainenkammer zu ertheilenden Entscheidungen bleibt es dem Oberforstmeister nachgelassen, die Forst-Inspektions-Generalforstberichte sammt ihren Anlagen nicht auf einmal, sondern Aemterweis nach und nach mit einzelnen Berichten begleitet, jedoch allemal bis zum 1sten August jedes Jahrs an die Königl. Domainenkammer einzusenden; er hat dann aber den Schluß-Generalforstbericht über die Verwaltung des ganzen Departements spätestens bis zum 15ten October mit allen Anlagen nachzuliefern.

II.

Von der Ausführung der genehmigten Forst-Betriebs-, Benutzungs- und Verbesserungsvorschläge.

§. 18.

Nachdem die Forst-Betriebs-, Benutzungs- und Verbesserungsvorschläge bei der Königl. Domainenkammer geprüft worden, werden die von derselben darauf gefaßten Beschlüsse und Entscheidungen, nebst einem signirten Exemplare der Pflanzungs-, Forstkultur-, Wegeverbesserungs- und Forstgrenz-Sicherungsvorschläge, der Holz- und Berechtigungsstaxen, der Nachweisungen

über den Verbrauch des den Berechtigten (Forst-Interessenten) bewilligten Bau- und Nutzholzes, der gebuchten speciellen Berechnungsverzeichnisse des für das vorliegende Betriebsjahr abzugebenden Materials und der Uebersicht der vorzunehmenden Holzverkäufe, sowie den beiden signirten Exemplaren der Berechnungsverzeichnisse des praenumerando für das folgende Jahr bewilligten Materials, spätestens zwei Monate nach dem Tage der Präsentation des Generalforstberichts für jedes Departement, und insofern dieser früh genug eingegangen ist, vor dem 1sten October, den Oberforstämtern zugefertigt werden.

§. 14.

Die Oberforstämter haben spätestens 14 Tage nach dem Eingange der Verfügungen der Königl. Domainenkammer auf die Generalforstberichte die genehmigten Säunungs-, Forstkultar-, Wegeverbesserungs- und Grenz-Sicherungsvorschläge, die Holz- und Verrechtigungstaxen, die Nachweisungen über den Verbrauch des den Berechtigten (Forst-Interessenten) bewilligten Bau- und Nutzholzes, sowie die in der Weise, wie solches in dem Formulare No. 13 bemerkt ist, mit der Anweisungs-Verfügung zu versendenden Material-Berechnungsverzeichnisse und die Uebersicht der vorzunehmenden Holzverkäufe den betreffenden Forst-Inspektionschefs zuzufertigen und diesen daneben die erforderlichen Instruktionen und Verfügungen wegen der Ausführung zugehen zu lassen.

Die den Oberforstämtern mit zugefertigten signirten Duplikate der Berechnungsverzeichnisse des praenumerando für das folgende Jahr bewilligten Holzmaterials sind bis zum 1sten Julius desjenigen Jahres, in welchem das Material zur Berechnung gelangt, bei dem Oberforstamte aufzubewahren. Vide §. 23.

§. 15.

Der Forst-Inspektionschef hat sich sofort mit der Ausführung der genehmigten Forst-Betriebs-, Benutzungs- und Verbesserungs-vorschläge zu beschäftigen und wie ihm solche, insofern dabei nicht eine richterliche Verfügung oder obrigkeitliche

Autorität und Beglaubigung erforderlich ist, ohne Mitwirkung des Amtes allein zusteht, so ist er auch anderer Seits zu Abweichungen von den genehmigten Vorschlägen, ohne vorgängig dazu von dem Oberforstamte eingeholte Genehmigung, nicht befugt.

Er hat demgemäß die ihm untergebenen Forstbediente gehörig zu instruiren und ihnen an Ort und Stelle die nöthige Anleitung zu den unter seiner Verantwortlichkeit von ihnen zu besorgenden Geschäften zu ertheilen.

§. 16.

Was die Forstbenutzung betrifft, so hat der Forst-Inspektionschef die auszuführenden Schläge an Ort und Stelle nach Lage und Umfang selbst festzulegen und in der Regel auch die Auszeichnung der zum Hieb bestimmten Hölzer selbst zu besorgen. Er kann dieses letztere Geschäft jedoch in besonderen Verhinderungsfällen ausnahmsweise, nach ganz specieller Instruktion, durch die reitenden Förster, oder durch einen sonst dazu geeigneten Revierforstbedienten vernehmen lassen, bleibt aber allemal für die ordnungsmäßige Ausführung desselben persönlich verantwortlich.

Sobald die Fällung und Aufarbeitung des in einem Schlage zur Nutzung bestimmten Holzes vollendet ist und der Revier-Forstbediente das darin erfolgte Material nach Quantität und Qualität aufgezählt, nummerirt und verzeichnet, auch das darüber aufgenommene specielle Verzeichniß (Abzählungsprotokoll) dem Forst-Inspektionschef eingeliefert hat, ist von diesem Letztern der Schlag zu revidiren und zur Ueberweisung des zur Naturalabgabe speciell bewilligten Materials an die Empfänger zu schreiten, in Ansehung des Verkaufs des übrig bleibenden Materials aber die nöthige Einleitung zu treffen.

Da, wo das zur Nutzung zu ziehende Material den Empfängern auf dem Stamme abgegeben und überwiesen, oder aber solches auf dem Stamme verkauft wird, hat der Forst-Inspektionschef auf ähnliche Weise zu verfahren, und insofern in ein und demselben Schlage specielle Bewilligungen zu er-

füllen und Verkäufe vorzunehmen sind, diese letzteren erst nach Beendigung der speciellen Ueberweisungen eintreten zu lassen.

Es soll aber der Forst-Inspektionschef die Hauungen allemal so zeitig anlegen, daß die Holzüberweisungen und Verkäufe, insoweit die Berechtigungs- und besonderen Local- und Betriebsverhältnisse solches gestatten:

- a) in den Hochwaldungen, bis zum letzten December, und
- b) in den Mittel- u. Niedermaldbeständen bis zum 1. März beendigt sein können.

§. 17.

Daß in Folge specieller Bewilligungen an Nichtberechtigte abzugebende Holz soll den Empfängern zwar stets sobald als thunlich an- und überwiesen, jedoch ihnen in der Regel und insofern nicht ein Anderes von der Königl. Domainenkammer verfügt worden, nur erst dann verabfolgt werden, wenn sie bei der Amtskasse Zahlung geleistet und die Quittung darüber vorgezeigt haben.

Zu solchem Ende hat der Forst-Inspektionschef die zu den An- und Ueberweisungen solchen Holzes angesetzten Termine den betreffenden Aemtern zeitig bekannt zu machen, und haben die Aemter auf deßfallige Requisition des Forst-Inspektionschefs die Holzempfänger zu diesen Terminen unter dem Präjudiz vorladen zu lassen, daß diejenigen von ihnen, welche in den Terminen nicht erscheinen und auch bis dahin oder bis zu einem ihnen im Voraus zu bestimmenden Tage nicht Zahlung bei der Amtskasse geleistet haben, als auf die Empfangnahme des bewilligten Holzes verzichtend betrachtet werden sollen.

§. 18.

Bei der An- und Ueberweisung des speciell bewilligten Holzes, sowie bei allen Verkäufen hat der Forst-Inspektionschef einen Termin zu bestimmen, bis zu welchem die Empfänger oder Käufer das Holz sowohl aus den Schlägen, als aus der Forst überhaupt abgefahren haben müssen, und soll dieser Termin, insofern nicht feststehende Vorschriften und rechtsgültige Observanzen ein Anderes bestimmen,

a) in den Hochwaldungen, nicht über den 1. März, und
b) in den Mittel- und Niederwaldungen, nicht über den
1sten April
hinausgesetzt werden.

§. 19.

Die Termine zu den nach §. 14. des Forst-Verwaltungs-Reglements, in der Regel von einem Beamten und dem Forst-Inspektionschef gemeinschaftlich, ausnahmsweise aber auch von dem Forst-Inspektionschef und in ganz besonderen Verbindungs-fällen dieses Letztern, von einem durch denselben committirten, auf die Führung richtiger Protokolle beeidigten Forstbedienten allein, im Walde selbst und in Gegenwart des betreffenden Revierforstbedienten vorzunehmenden meistbietenden Holzverkäufen hat der Forst-Inspektionschef mit dem betreffenden Amte zu verabreden.

Hat die Königl. Domainenkammer die Gegenwart eines Beamten bei den meistbietenden Verkäufen für nicht erforderlich erachtet, so steht dem Forst-Inspektionschef der Ansaß der Termine allein zu.

Die bei den Holzverkäufen zum Grunde zu legenden Bedingungen müssen, insoweit sie nicht in der Anlage, Formular No. 32., schon allgemein vorgeschrieben sind, von dem Forst-Inspektionschef dem Beamten, nach etwa nöthiger Communication, namentlich über die zu bestimmenden Zahlungsstermine, mitgetheilt und in dem Termine, im Fall der Anwesenheit eines Beamten, von diesem, sonst aber von dem Forst-Inspektionschef bekannt gemacht werden.

Zu den zur Einzahlung der Kaufgelder zu bestimmenden Terminen sollen, in Rücksicht auf die monatlichen Abschlüsse und Revisionen der Amtskassen, nur Tage zwischen dem 4ten und 26sten jeden Monats gewählt werden.

Die Zahlungsstermine in Ansehung solcher Holzverkäufe, welche in den Monaten Mai und Junius Statt finden, sollen nicht früher als auf den Monat Julius angesetzt werden.

In dem Verkaufstermine ist von Seiten des Beamten,

in Abwesenheit eines solchen aber von dem Forst-Inspektions-Chef oder in besonderen Verhinderungsfällen dieses Letztern, von dessen Stellvertreter, ein Protokoll nach dem Formulare No. 32 aufzunehmen, welches, außer den Bedingungen, dem Namen und Wohnorte der Käufer und den Beträgen der von ihnen gebotenen und zu bezahlenden Kaufgelder, auch eine genaue Specification des verkauften Materials enthalten muß.

Die in das Protokoll einzurückende Specification des den Gegenstand des Verkaufs ausmachenden Materials, ist nach den Umständen entweder in Termine selbst, oder auch schon vor demselben von der Forstbehörde aufzunehmen und dem Beamten zuzustellen.

Der Zuschlag ist, insofern der anwesende Beamte und der Forst-Inspektionschef darüber einverstanden sind, und insbesondere der Letztere die erfolgten Gebote dem Werthe des Materials für angemessen hält, sofort im Termine zu ertheilen.

Sollte jedoch, für den besondern Fall, der Vorbehalt des Zuschlages von der Königl. Domainenkammer vorgeschrieben worden sein, oder von dem anwesenden Beamten, oder von dem Forst-Inspektionschef, oder von dessen Stellvertreter, für angemessen erachtet werden, so ist das deßhalb Erforderliche im Protokolle zu bemerken, und in solchen Fällen unverzüglich, unter Beifügung des Protokolls, an das Oberforstamt zu berichten, welches dann nach den Umständen entweder den Zuschlag selbst zu ertheilen, oder die Entscheidung der Königl. Domainenkammer einzuholen hat.

Die durch den Verkauf veranlaßten Bekanntmachungskosten, imgleichen die auf die Aufarbeitung und Anplätzung des verkauften Holzes verwandten Arbeitslöhne, sind unter Beifügung der deßfalligen, von dem Forst-Inspektionschef als richtig bescheinigten Rechnungen am Schluß des Protokolls zu specificiren und mit ihrem Gesamtbetrage von der Summe der aufkommenden Kaufgelder zum Absatze zu bringen.

Die Beibehaltung der Holzverkäufe gehört zu den Dienst-Obliegenheiten der Beamten, Forstbedienten und Amts-Unterbe-

diente und werden denselben dafür Reisefosten, Diäten oder sonstige Gebühren nicht vergütet. Sollten inzwischen ausnahmsweise dem Einen oder dem Andern derselben dergleichen Vergütungen bestallungsmäßig zugesichert sein, so sind solche gleichfalls unter dem Protokolle zum Absaß zu bringen.

Wohnt ein Beamter dem Holzverkaufe bei, so führt er das Protokoll, und hat solches originalisirt, innerhalb der nächsten acht Tage nach dem Verkaufe, dem Forst-Inspektionschef zu seiner oder seines Stellvertreters Mitunterschrift zuzusenden.

Der Forst-Inspektionschef hat auf dem Protokolle den Tag des Empfanges desselben zu bemerken, demselben einen summarischen Extract daraus, nach dem Formular No. 33, hinzuzufügen und beides innerhalb der nächsten acht Tage mittelst Berichts, in welchem eventuell die von ihm geschehene Committirung eines Stellvertreters gehörig zu rechtfertigen ist, an das Oberforstamt einzusenden.

Das Oberforstamt hat den Tag des Einganges auf dem summarischen Extracte zu bemerken, diesen und das Protokoll durch den Forstsecretair in calculo und materialibus revidiren, auch eventuell rectificiren zu lassen und beides sodann an die Königl. Domainenkammer einzuliefern, von welcher das Protokoll dem Amte zur Erhebung der Kaufgelder, der summarische Extract aber der Forstinspektion zum Beleg des Forstregisters durch das Oberforstamt zugefertigt werden wird.

In dem Falle, wo der Beamte von der Theilnahme an den meistbietenden Verkäufen dispensirt worden und zum Zwecke derselben ein Amtsunterbediente unter die Befehle des Forst-Inspektionschefs gestellt ist, hat dieser Amtsunterbediente auch seiner Seite die verkauften Gegenstände, die Käufer und die höchsten Gebote zu notiren, und hat derselbe das aufgenommene Verzeichniß dem Amte einzureichen.

Damit der Amtsbrentmeister im Stande sei, etlichehebungen der Kaufgelder vornehmen zu können, ist demselben innerhalb acht Tagen nach dem Verkaufe ein die Namen der Käufer und die Kaufpreise enthaltender Extract aus dem Verkaufspro-

tosolle, und zwar wenn der Termin gemeinschaftlich abgehalten worden — von dem Amte, sonst aber von der Forstinspektion durch das Amt mitzutheilen.

§. 20.

Von der Königl. Domainenkammer werden gleichzeitig mit den Oberforstämtern auch die betreffenden Aemter, und zwar unmittelbar durch Zufertigung der Extracte aus den Material-Berechnungsverzeichnissen, von den erfolgten Bewilligungen zu herrschaftlichem Behuf, an Berechtigte, (Forst-Interessenten) Nichtberechtigte, Deputatisten, Pächter u. s. w. in Kenntniß gesetzt, denselben auch die nöthige Verfügung zur Erhebung und Berechnung, so wie die Crediteröffnungen zur Zahlung der bewilligten Summen für die Forstkulturen und sonstigen Forstverbesserungen, imgleichen behuf Benützung der Forstprodukte zufertigt werden.

Die Aemter haben alles, was die Erhebung, Zahlung und Berechnung betrifft, dem Amtsbrentmeister innerhalb acht Tagen zuzustellen.

§. 21.

Von den erfolgten Holzbewilligungen und Preisbestimmungen hat das Amt die betreffenden Empfänger innerhalb acht Tagen zu benachrichtigen und ihnen dabei eine Frist von zehn Tagen zu setzen, innerhalb welcher sie sich über die Annahme des Holzes gegen Erlegung der Bewilligungspreise bei dem Amte zu erklären haben.

Von dieser Erklärung hat das Amt dann innerhalb acht Tagen den Forst-Inspektionschef in Kenntniß zu setzen.

§. 22.

Sind wegen Bezahlung der Holzgelder bestimmte Termine nicht vorausbedungen, so hat der Amtsbrentmeister, acht Wochen nach dem Tage der Signatur der ihm zufertigten Extracte aus den Berechnungsverzeichnissen, die Gelberhebung nach demselben zu beginnen, es sei denn, daß ihm früher schon Zahlungen von den Holzempfängern angeboten werden, oder er durch den Forst-Inspektionschef benachrichtigt würde, daß bestimmte

Quantitäten Holz angewiesen und die Geldbeträge dafür fällig geworden sind.

§. 23.

Acht Tage nach erfolgter Abgabe des in einem Special-Berechnungsverzeichnisse enthaltenen Materials hat der Forst-Inspektionsschef eine, nach dem Formular No. 34. und nach den Vorschriften des Ausschreibens der Königl. Domainenkammer vom 18. März 1828, in duplo aufzustellende Anzeige an das Oberforstamt und dieses solche sofort an die Königl. Domainenkammer einzusenden.

In einer solchen Abgabeanzeige kann die Abgabe des in mehreren Special-Berechnungsverzeichnissen enthaltenen Materials, insofern sie gleichzeitig erfolgt ist, nachgewiesen werden; es dürfen aber Materialabgaben, welche auf den Grund bereits ratificirter und bei Königl. Domainenkammer gebuchter Verzeichnisse Statt gefunden haben, nicht in ein und derselben Anzeige mit solchen Materialabgaben nachgewiesen werden, welche noch überall nicht ratificirt sind, und worüber die betreffenden Special-Berechnungsverzeichnisse erst nachträglich zur Ratification und Buchung gelangen. Ist das in einem Special-Berechnungsverzeichnisse enthaltene Material wegen verweigerter Annahme oder aus sonstigen Gründen überall nicht oder nur theilweise zur Abgabe gelangt, so hat der Forst-Inspektionsschef innerhalb gleicher Frist in ersterem Falle das Verzeichniß mittelst Berichts an das Oberforstamt einzusenden und dieses dasselbe an die Königl. Domainenkammer zur Cassation zurückzuliefern, im zweiten Falle aber dem Verzeichnisse entweder ein auf den richtigen Betrag umgearbeitetes Verzeichniß in duplo, oder ein nach demselben Formulare wie das Verzeichniß selbst aufgestelltes, die Ausfälle nachweisendes Abgangsverzeichniß in duplo hinzuzufügen und solches nebst der obgedachten Abgabeanzeige ebenmäßig durch das Oberforstamt an die Königl. Domainenkammer einzusenden, und wird von dieser Letztern dann ein signirtes Exemplar des umgearbeiteten Verzeichnisses oder aber das ursprüngliche Verzeichniß nebst einem bei der Buchführung visirten Exem-

plare des Abgangsverzeichnisses dem Oberforstamte zurückgegeben, das Duplicat des Einen oder des Andern aber dem Amte zugefertigt werden.

Die Anzeigen über die geschehene Abgabe desjenigen Holzmaterials, welches praenumerando für das nächste Rechnungsjahr bewilligt worden, hat der Forst-Inspektionschef sammt den betreffenden Berechnungsverzeichnissen am 1. Julius des Rechnungsjahrs, in welchem das abgegebene Material zur Berechnung gelangt, an das Oberforstamt einzusenden und hat dieses solche, nach Hinzufügung der nach §. 14 beim Oberforstamte aufbewahrten Duplicate der Berechnungsverzeichnisse, an die Königl. Domainenkammer zu liefern, welche das eine Exemplar der Verzeichnisse nach geschehener Buchung dem Oberforstamte zum Beleg des Forstregisters zurückgeben, die Duplicate aber dem Amt zufertigen wird.

§. 24.

Das im Laufe des Jahrs zufällig zur Nutzung vorfallende Holzmaterial hat der Forst-Inspektionschef, insofern es in einzelnen Windfällen und von Insekten angegriffenen Stämmen, in Poll- und Abfallholz; Sammel- und Leseholz, Bohnenstangen, Dachschächten und sonstigen geringeren Sortimenten besteht, ohne vorgängig eingeholte Genehmigung und ohne Konkurrenz des Amts bestmöglichst zu verfilbern und so viel thunlich meistbietend und nur ausnahmsweise aus der Hand gegen die Taxe zu verkaufen. Er kann solche Verkäufe, insofern sie nur kleine Quantitäten betreffen, auch durch den betreffenden leitenden Förster oder Revierforstbedienten, in keinem Falle aber durch das untere Forstpersonal besorgen lassen, bleibt jedoch für das dabei zu beobachtende Verfahren, so wie, unter Vorbehalt des Regresses gegen den von ihm beauftragten Forstbedienten, für den richtigen Eingang der Kaufgelder verantwortlich. Fallen dagegen in Folge von Windeinbrüchen, Waldbränden oder sonstiger besonderer Ereignisse beträchtliche Holzquantitäten unvorhergesehen zur Nutzung vor, so hat der Forst-Inspektionschef davon sofort Anzeige an das Oberforstamt zu

machen, die erforderlichen Vorschläge hinsichtlich der zweckmäßigen Verwendung derselben zugleich mit einreichen, und die weiteren Verfügungen darüber zu erwarten.

§. 25.

Die im Laufe des Jahrs etwa eingehenden Gesuche um Bewilligungen von Holz aus den Forsten sind — insofern sie nicht solche Fälle der Noth betreffen, in Ansehung deren die Oberforstämter und selbst die Forstinspektionen im §. 15. des Forstverwaltungs-Reglements vom 20ten October 1842, zur Anweisung auch größerer Holzquantitäten auf den Antrag der Königl. Landdrosteien oder der Ämter ermächtigt worden — in der Regel auf die nächste Forstkonzferenz zu verweisen.

Insofern solche Gesuche jedoch durch eingetretene Brand-, Sturm- und Wasserschäden veranlaßt werden und sowohl überhaupt, als auch insbesondere ihrer Dringlichkeit wegen zu einer frühern Berücksichtigung geeignet sind, bleibt ihre ausnahmsweise Zulassung schon vor der Forstkonzferenz nicht ausgeschlossen.

Alle dergleichen, die vorgängige Genehmigung der Königl. Domainenkammer bedürfende einzelne Gesuche um Bewilligungen von Holz, sowie um Ermäßigung oder Erlaß des dafür zu erlegenden Geldebetrages sind, dem Ausschreiben der Königl. Domainenkammer vom 22ten September 1823 gemäß, an das betreffende Amt zu richten und bei diesem einzureichen.

Das Amt hat diese Gesuche in gleicher Weise zu prüfen, wie solches oben in den §§. 3. und 7. vorgeschrieben ist, und selbige sodann, mit seinem Gutachten, begleitet, dem Forstinspektionschef zuzustellen.

Der Forstinspektionschef hat solche Gesuche, nach Eingefügung seines Gutachtens über die Zweckmäßigkeit der Abgabe des Holzes, alsdann interessanten Falls auch den erforderlichen Special-Beschreibungserscheidnisse, an das Oberforstamt zu übersenden, welches letztere aber solche an die Königl. Domainenkammer zur Entscheidung zu befördern, und dieselbe mit

§. 26.

Zur Abkürzung des Geschäftsganges soll es den Oberforst-
Aemtern gestattet sein, die an die Königl. Domainenkammer
gerichteten Berichte und Anträge der Aemter und Forst-In-
spektionen, welche ihnen zur Begutachtung und Weiterbeför-
derung zugehen, insofern sie mit dem Inhalte derselben ein-
verstanden sind, lediglich mit Bezeichnung ihres vidi und der
Nro. des Produktenbuchs, brevi manu weiter zu befördern,
jedoch falls es ihnen nothwendig erscheint, unter Zurückbehalt-
ung einer Abschrift ad acta.

§. 27.

Alle Erträge, welche der Forstgrund, so lange er von der
Forstadministration als solcher reservirt und nur ad tempus
einer andern Bestimmung gewidmet ist, außer dem eigentlichen
Holzertrage liefert, sind als Forstnebennutzungen zu betrachten
und im Forstregister einnahmlich zu berechnen.

Dagegen bilden alle Prästanda vom Forstgrunde, insofern
derselbe vermöge der ihm gegebenen Bestimmung nicht ferner
zur eigentlichen Forstkultur verwandt werden kann, oder illi-
mitirt und in perpetuum gegen einen feststehenden Canon in
Erbenzins oder Erbpacht ausgemiesen und weggegeben ist, kei-
nen Gegenstand der Berechnung im Forstregister, sondern ver-
bleiben dem Amtsregister und werden in diesem unter den be-
treffenden Rubriken berechnet.

§. 28.

Wie es bei der Verpachtung der Mast, sowie von Forst-
grundstücken, Forstnutzungen und Forstgerechtsamen zu halten
ist, findet sich im §. 16. des Forstverwaltungs-Reglements vor-
geschrieben.

Was dagegen aber die Verwerthung solcher Forst-Neben-
nutzungsgegenstände betrifft, welche sich zu einer Verpachtung
nicht eignen, oder über welche nicht mittelst specieller Bewilli-
gungen verfügt worden, so hat der Forst-Inspektionschef je-
nach Maßgabe der, auf seine desfalligen Benutzungsvorschläge
im Generalforstberichte, ihm durch das Oberforstamt zu erthei-

lenden Vorschriften und Bestimmungen, ohne Kontorenz des Amtes, zu besorgen und die dafür aufkommenden Erträge mittelst der Erhebungslisten zur Berechnung zu bringen.

§. 29.

Alle Materialabgaben und Verkäufe für das von Julius zu Julius laufende Rechnungsjahr sollen bis zum letzten April beendigt sein, und alle von da an bis zum 1sten Julius noch eintretende Abgaben und Verkäufe von Holz und Forst-Nebennutzungen dem folgenden Rechnungsjahre anheimfallen.

III.

Von dem Forst-Rechnungswesen.

§. 30.

Der Forst-Inspektionschef hat die nach §. 14. ihm durch das Oberforstamt zugehenden genehmigten und signirten Forstkultur-, Wegeverbesserungs- und Grenz-Sicherungskostenanschläge, innerhalb der nächsten acht Tage, und nachdem er zuvor das Erforderliche daraus zu seiner Nachricht extrahirt hat, dem Amtsbrentmeister durch das Amt zuzustellen, welcher darauf innerhalb der demselben von Königl. Domainenkammer eröffneten Credite, jedoch ohne alle Rücksicht auf die specielle Verwendung einzelner Summen und lediglich auf die von dem Forst-Inspektionschef attestirten Rechnungen, Zahlung zu leisten hat.

Die Bezahlung der von dem Forst-Inspectionchef attestirten Rechnungen geschieht von dem Amtsbrentmeister unmittelbar an die Empfänger, und ist es demselben ohne ausdrückliche Genehmigung der Königl. Domainenkammer nicht gestattet, dem Forst-Inspektionschef oder einem Revierforstbedienten Vorschüsse zu leisten.

In den dem Amtsbrentmeister zur Zahlung einzureichenden und von den Empfängern des Geldes stets selbst zu quittirenden Rechnungen ist nicht nur die Nummer, unter welcher die betreffende Forstverbesserung in dem Kostenanschlage aufgeführt steht, anzugeben, sondern auch der Gegenstand nach Umfang

und Zahl genau zu specificiren, auf welchen die Kosten zur Verwendung gekommen sind.

§. 31.

Die Rechnungen über die auf die Forsten verwandten Kultur-, Begebefferungs- und Grenzsicherungs-Kosten sind von dem Amtsbrentmeister nach den Formularen Nro. 35, 36 und 37 aufzustellen und bis Ende Julius jeden Jahres in duplo nebst allen Belegen an den Forst-Inspektionschef abzuliefern, der dem Amtsbrentmeister den Empfang zu bescheinigen; die Rechnungen mit dem Praesentato zu versehen, solche nach den Belegen durchzusehen, hiernächst mit ja unterschreiben und sodann, mit seinen etwaigen Bemerkungen, begleitet, innerhalb der nächsten 10 Tage mittelst Berichts an das Oberforstamt einzusenden hat.

Das Oberforstamt hat die Rechnungen durch den Forst-Secretair revidiren; auch daraus, beauf der oben im §. 42 vorgeschriebenen, nach dem Formulare 27 aufzustellenden Uebersicht, das Erforderliche extrahiren zu lassen und solche sodann unverzüglich zur Ratification an die Königl. Domainenkammer einzuliefern.

Sind die Forstkultur-, Begebefferungs- und Grenzsicherungs-Rechnungen bis zum letzten Julius bei dem Forst-Inspektionschef nicht eingegangen, so hat derselbe davon sofort bei dem Oberforstamte und dieses bei der Königl. Domainenkammer Anzeige zu machen.

Sollte die Aufstellung der mehrgedachten Rechnungen innerhalb der vorgeschriebenen Frist Schwierigkeiten finden, so hat der Amtsbrentmeister wegen Bewilligung einer weiteren Frist an die Königl. Domainenkammer Bericht zu erstatten, welcher durch den Forst-Inspektionschef an das Oberforstamt und von diesem mittelst gutachtlichen Berichts an die Königl. Domainenkammer einzusenden ist.

§. 32.

Die Bezahlung der auf die Gewinnung und Veräußerung der Forstprodukte zu verwendenden Aufwands-, Stücker- und Anrechnungskosten, Styrbrackerlöhne, Bekanntmachungskosten u. s. w.,

geschickt ebenmäßig gegen die von dem Forst-Inspektionschef attestirten Rechnungen durch den Amtsbrentmeister nach werden diesem dazu die erforderlichen Summen angemessen bewilligt.

Zu diesem Zwecke hat der Forst-Inspektionschef vor dem 1. April jeden Jahrs von dem zu solchen Ausgaben erforderlichen Selbstbetrage Anzeige bei dem Oberforstamte zu machen und dieses sodann bei der Königl. Domänenkammer über die nöthige Credit-Eröffnung anzutragen.

Dieserigen Quittungen, deren Betrag Kaufprotokollen oder den Erhebungslisten zu gen fließt, hat der Amtsbrentmeister an den B gegen einen Empfangsschein, worin der Betrag ausgedrückt ist, wieder auszuliefern. Rechtfertigung des Absages in den Protokollen und Erhebungslisten bedarf.

§. 33.

Der Forst-Inspektionschef hat für jedes Amt seiner Inspektion, oder, insofern in einem solchen mehrere Forstregister geführt werden, für ein jedes derselben ein von Julius zu Julius laufendes Forstmanual zu führen, welches die Materialien zur ganzen Forstrechnungsführung liefern muß.

Ist der Forst-Inspektionschef nicht selbst Forstrechnungsführer, so bleibt es ihm nachgelassen, das Forstmanual nur generell zu führen, der Forstrechnungsführer hat solches aber allemal speciell zu führen.

Das Forstmanual zerfällt in drei Kapitel mit verschiedenen Unterabtheilungen, und es sollen darin sämtliche, in dem betreffenden Rechnungsjahre vorkommenden Materialausgaben und Einnahmen mit größter Genauigkeit in chronologischer Ordnung eingetragen werden.

Das erste Kapitel ist zur Berechnung aller Holzmaterial-Ausgaben ohne Unterschied bestimmt, welche

a. in Folge der genehmigten Betriebsentwürfe und besonderer Bewilligungen, und zwar:

- 1) an Bau- und Nutzholz zu herrschaftlichem Behuf und an Nichtberechtigte,
- 2) an Bau- und Nutzholz an Berechtigte (Forstinteressenten),
- 3) an Brennholz zu herrschaftlichem Behuf und an Nichtberechtigte,
- 4) an Brennholz an Berechtigte (Forstinteressenten) und
- 5) an meistbietend verkauftem Holze;

B. ohne besondere Genehmigung,

- 1) an confiscirtem Holze, und
- 2) an Wind- und Abfall-, trockenem und unterdrücktem u. s. w. Holze,

Statt gefunden haben und enthält für jede dieser verschiedenen Abgaben ein besonderes Rubrum. Bestehen in einem oder dem andern Amte besondere Berechtigungen auf Bauholz und besondere Berechtigungen auf Nutzholz, so zerfällt die zur Aufnahme der Abgaben an Bau- und Nutzholz an Berechtigte (Forst-Interessenten) bestimmte Rubrik in zwei besondere Unterabtheilungen, nämlich:

- a) für die Abgaben an Bauholz und
 - b) für die Abgaben an Nutzholz,
- und sind dann auch für jede dieser Unterabtheilungen besondere Belags-Verzeichnisse aufzustellen.

Das zweite Kapitel dient zur Berechnung der Mastaufkünfte.

Das dritte Kapitel ist zur Berechnung der Forstnebennutzungen bestimmt und enthält zwei Abtheilungen, nämlich:

- a) für die Zeitpachten und
- b) für die unbestimmten Einnahmen, wohin auch die in Ansehung ihres jedesmaligen Betrages ungewissen Stammgelder und Anweisegebühren zu rechnen sind.

Das anliegende Formular Nr. 38. enthält in seinen zwölf Einlagen die Vorschrift zur Anfertigung des Forstmanuale.

Der Forstrechnungsführer und der Forst-Inspektionschef haben (vide §. 28)

- a) die 5te Rubrik der ersten Abtheilung des ersten Kapitels, nach jedem meistbietenden Verkaufe, und
- b) die 1ste und 2te Rubrik der zweiten Abtheilung des ersten Kapitels, so wie das zweite und dritte Kapitel am letzten Tage der Monate Julius, Oktober, Januar und April abzuschließen und zu summiren und von den Schlusssummen die Aufbaumungs-, Anpflanzungs-, Bekanntmachungs- u. s. w. Kosten zum Absatz zu bringen; und endlich
- c) die vier ersten Rubriken der ersten Abtheilung des ersten Kapitels am letzten April abzuschließen und sammt allen Rubriken und Kapiteln des Forstmanuals zu recapituliren.

Die ständigen Geldgefälle und die für Nutzungen aus den Forsten in Körnern aufkommenden Gefälle sollen, und zwar die Korngefälle, mit ihrem Werthe nach der Kammertaxe pro modio, unter den Forstnebennutzungen ante lineam aufgeführt werden; und hat der Amtsbrentmeister davon dem Forst-Inspektionsschef alljährlich bis zum 1. Mai ein genaues Verzeichniß mitzutheilen.

Ebenmäßig sollen auch die Erträge des Forstbushwesens, so, wie sie für das betreffende Rechnungsjahr im Amtsgeldregister zur einnahmlichen Berechnung gelangen, im Forstmanual unter den Forstnebennutzungen ante lineam aufgeführt werden. Da solches jedoch nicht sofort beim Abschluß des Forstmanuals und nur erst nach dem Abschluß des Amtsgeldregisters geschehen kann, so soll der Amtsbrentmeister beim Abschluß des letztern dem Forst-Inspektionsschef eine Specification jener Erträge zustellen und der Forst-Inspektionsschef und der Forstrechnungsführer solche sodann nachträglich in das Forstmanual eintragen.

Da dasjenige Holz, welches praenumerando für das folgende Jahr zu herrschaftlichen Bauten, zu Deputaten u. s. w. bemittelt und abgegeben wird, eben wie im Amtsgeldregister, so auch im Forstregister desjenigen Rechnungsjahrs zur Berechnung zu bringen ist, für welches die Abgabe Statt gefunden hat, so muß im laufenden Jahre stets auch schon das Forst-

manual für das folgende Jahr angelegt und darin das für das selbe praenumerando abgegebene Holz berechnet werden.

§. 34.

In gleicher Weise wie der Forst-Inspektionschef und der Forst-Rechnungsführer über das ganze Amt, hat auch jeder Revierforstbediente über den ihm zur Verwaltung anvertrauten Forstbezirk ein Forstmanual nach dem im vorstehenden §. angegebenen Schema zu führen und darin sämtliche in seinem Bezirke Statt findenden Materialabgaben in chronologischer Ordnung speciell einzutragen.

Ist der Revierforstbediente mit der Veräußerung des in seinem Verwaltungsbezirke vorgefallenen confiscirten Holzes oder einiges sonstigen geringen Materials, sowie von Forst-Nebennutzungsgegenständen von dem Forst-Inspektionschef beauftragt gewesen, so hat derselbe die von ihm verkauften Gegenstände und die dafür aufkommenden Geldbeträge am letzten Tage des betreffenden Monats aus seinem Forstmanual zu extrahiren und die Extracte davon am 1sten des folgenden Monats dem Forstrechnungsführer zu überliefern, der solche sodann in sein Forstmanual speciell einzutragen hat.

§. 35.

Der Forstrechnungsführer hat über das ohne specielle Genehmigung verkaufte Holzmaterial, sowie über die zum Verkauf gekommenen Forst-Nebennutzungsgegenstände vierteljährliche Erhebungslisten anzufertigen und das deßhalb Erforderliche aus den beiden Rubriken der zweiten Abtheilung des ersten Kapitels und aus dem dritten Kapitel des Forstmanuals zu extrahiren.

Diese Erhebungslisten, wovon

die Erste — die Monate Mai, Juni und Juli,

die Zweite — die Monate August, September u. October,

die Dritte — die Monate Novemb., Decemb. u. Januar, und

die Vierte — die Monate Februar, März und April

begreift, sind nebst den ihnen hinzuzufügenden summarischen Extracten nach den Formularen No. 39. 40. 41. 42. 43 und 44.

aufzustellen, bis zum 10ten des folgenden Monats durch den Forst-Inspectionschef, der solche mit zu unterschreiben hat, an das Oberforstamt einzusenden, von diesem Letztern aber, nachdem sie zuvor durch den Forstsecretair in derselben Weise wie oben im §. 19. rücksichtlich der Holz-Verkaufsprotokolle vorgeschrieben ist, residirt worden, bis zum 20ten desselben Monats an die Königl. Domainenkammer zur Ratification einzusenden, welche sodann die Erhebungskisten dem Unterrichtsminister durch das Amt zufertigen, die summarischen Extracte aber dem Oberforstamt zur Remittirung an die betreffende Forstinspektion zum Beleg des Forstregisters zurückgeben wird.

§. 36.

Nach Ablauf des Monats April hat der Forst Inspections-Chef, oder — insofern dieser nicht selbst Forstrechnungsführer ist — der damit beauftragte Revierforstbediente, das von Julius zu Julius laufende und in dieselben Kapitel, Unterabtheilungen und Rubriken wie das Forstmanual, abgetheilte Forst-Register nach dem Formulare No. 45. und dessen 13 Einlagen aufzustellen und solches in drei Exemplaren bis zum 1. Julius an das Oberforstamt einzuliefern.

Die Material- und Geldberechnungen geschehen im Forst-Register auf den Grund der von der Königl. Domainenkammer signirten und ratificirten, im Register zu allegirenden und stets nach ihrem Titel genau zu bezeichnenden Belege, und zwar:

1) in den vier ersten Rubriken der ersten Abtheilung des ersten Kapitels,

a) des einen Exemplars:

ganz generell, mittelst Eintragung der Schlusssumme jedes einzelnen Belegs auf einer Linie;

b) des zweiten Exemplars:

ganz speciell, mittelst vollständiger Eintragung des gesammten Inhalts jedes einzelnen Belegs; und

c) des dritten Exemplars:

summarisch, mittelst Eintragung des aus dem betreffenden Beleg zu extrahirenden Gesammtbetrages.

des jedem einzelnen Empfänger verabreichten Materials auf einer Linie mit dem Namen desselben; und

- 2) in der 5ten Rubrik der ersten Abtheilung und in der 1sten und 2ten Rubrik der zweiten Abtheilung des ersten Kapitels, sowie im zweiten und dritten Kapitel der sämtlichen drei Exemplare des Forstregisters; ganz generell, mittelst Eintragung der Schlusssumme jedes betreffenden Belegs.

Dem vorstehend unter litt. a. beregten, für die Königl. Domainenkammer bestimmten, ganz generell aufgestellten Forst-Registerexemplare ist die mit den genehmigten Betriebsvorschlägen von der Königl. Domainenkammer signirt zurückgehende Holztaxe vorzuheften. Den beiden übrigen Forst-Register-Exemplaren, wovon das oben unter litt. b. aufgeführte, theilweise ganz speciell aufgeführte, für das Oberforstamt, und das oben unter litt. c. bemerkte, theilweise summarisch aufgestellte, für die Forstinspektion bestimmt ist, sind in solchen Jahren, wo Veränderungen in der Holztaxe eintreten, Abschriften der genehmigten neuen Holztaxe, in allen anderen Jahren aber ein Bogen Papier vorzuheften, auf welchem die Pagina, welche die Holztaxe in dem für die Königl. Domainenkammer bestimmten Registerexemplare einnimmt und daneben zu bemerken:

„vide die Holztaxe vor dem Forstregister de Julius 18—“

Von der ein- für allemal genehmigten und ratificirten Berechtigungstaxe ist jedem Forst-Registerexemplare eine Abschrift vorzuheften.

Die sämtlichen drei Exemplare des Forstregisters sind beim Oberforstamte durch den Forstsecretair in calculo und materialibus zu revidiren.

Der Forstsecretair hat die in den Forstregistern etwa vorgefallenen Schreib- und Rechnungsfehler sofort in den Registern selbst zu rectificiren, über die in denselben wahrgenommenen sonstigen Mangelhaftigkeiten und Verstöße gegen die Vorschrif-

(Folgt nach Seite 59.)

(Formular Nro. 1.)

Forst-Inspection

Amt

in d. d. h. in 18

18

18

18

18

18

Innen- Räumen.	Zu erwartender Material- Ertrag			Bemerkungen über die Verwendung des Ma- terials.
	Bau- und Nutzholz c'	Brenn- holz. Klafter. à 144 c'	Wellen. Schod.	
...	4200	101	20	ad No. 1. Es müssen hier ab- gegeben werden: a. an Deputatisten 50 Klafter Eichen, 1 Klafter Buchen, b. an Pächter 15 Klafter Ei- chen, 45 Klafter Buchen.
...	900	810	170	
e n.				
uß.)	7600	21	10	ad No. 2. Es sind an berech- tigte Geistliche abzugeben: 4 Klafter Eichen-Brennholz.
...	1400	15	4	
...	—	102½	10¼	
1.				
e n.				

Sonstigen Materialertrags sind hier keine Angaben zu machen, die Vorchrift

Forst-Inspection

Amt

in abin 18

Forst- (Anlagen,



[illegible]

ten aber Notata aufzunehmen und solche dem für die Königl. Domainenkammer bestimmten Registerexemplare beizufügen.

Nach beendigter Revision durch den Forstsecretair und spätestens bis zum 1sten August hat das Oberforstamt

- a) das für die Königl. Domainenkammer bestimmte Exemplar des Forstregisters unter Hinzufügung der ordnungsmäßig eingebundenen Originalbelege und der Notata, dem Amtsbrentmeister durch das Amt zuzustellen;
- b) das für die Forstinspektion bestimmte Exemplar des Forstregisters dem Forst-Inspektionsschef zuzufertigen, und
- c) das für das Oberforstamt bestimmte Exemplar des Forstregisters in der Oberforstamts-Registratur verwahrlich niederzulegen.

§. 36.

Die gegenwärtige Instruktion soll mit dem 1sten Februar 1843 in Kraft treten.

Eine künftige Revision, sowie jede etwa nöthig scheinende Veränderung dieser Instruktion bleibt vorbehalten.

(Formular No. 1 u. 2 s. nebenstehend.)

(Formular No. 3.)

V e r z e i c h n i s s

der bei der Häuserbesichtigung für das Jahr vom 1. Julius 18 bis dahin 18 untersuchten Mängel an den berechtigten Interessenten-Gebäuden und Bauwerken.

Dieses Formular, da es ohne allgemeines Interesse ist, ist behufs der Raumgewinnung weggelassen, und aus demselben Grunde sind auch die nachbemerkten Formulare nicht aufgenommen.

H. v. H.

— 60 —

(Formular No. 4.)

V e r z e i c h n i s s

des von den Forst-Interessenten angeforderten und bei der Untersuchung nöthig befundenen Nutzholzes für das Jahr vom 1. Julius 18 bis dahin 18.

(Formular No. 5.)

N a c h w e i s u n g

über den Verbrauch des den Forst-Interessenten in den Jahren bewilligten Nutzholzes.

(Formular No. 6.)

N a m e n t l i c h e s V e r z e i c h n i s s

der zu Brennholz-Bezügen für das Jahr vom 1. Julius 18 bis dahin 18 berechtigten Forst-Interessenten.

(Formular No. 7.)

N a m e n t l i c h e s V e r z e i c h n i s s

derjenigen Nichtberechtigten, welche in dem Termine am 18. zum die Bewilligung von Brennholz für das Jahr vom 1. Julius 18 bis dahin 18 nachgesucht haben.

(Formular No. 8.)

U e b e r s i c h t

des stattgefundenen Holz-Material-Ertrages der Forsten des Amtes im Betriebsjahre vom 1. Juli 18

(Formular No. 9.)

U e b e r s i c h t

der stattgehabten Einnahmen aus den Amtsförsten in dem Betriebsjahre vom 1. Julius 18 bis dahin 18.

(Formular No. 13.)

B a u- und N uß b o l z

zu herrschaftlichem Behufe für das Jahr vom 1. Julius 18 bis dahin 18

(Formular No. 14.)

B a u- und N uß b o l z

an Nichtberechtigte für das Jahr vom 1. Julius 18 bis dahin 18

(Formular No. 15.)

B a u h o l z (N uß b o l z)

an Berechtigte für das Jahr vom 1. Julius 18 bis dahin 18

(Formular No. 16.)

B r e n n b o l z

zu herrschaftlichem Behufe, insbesondere (z. B. an Bedienstete vom Forstpersonal) für das Jahr vom 1. Julius 18 bis dahin 18

(Formular No. 17.)

B r e n n b o l z

zu herrschaftlichem Behufe und an Nichtberechtigte für das Jahr vom 1. Julius 18 bis dahin 18 (z. B. zu neuen und herabgesetzten Preisen).

(Formular No. 18.)

B r e n n b o l z

an Berechtigte für das Jahr vom 1. Julius 18 bis dahin 18

(Formular No. 36.)

S p e c i a l r e c h n u n g
über die ausgeführten Begehebungen zc.

(Formular No. 37.)

S p e c i a l r e c h n u n g
über die ausgeführten Grenzsicherungen zc. für das Jahr vom
1. Julius 18 bis dahin 18

(Formular No. 38.)

F o r s t m a n u a l
für das Betriebsjahr zc.

(Formular No. 39.)

E r h e b u n g s l i s t e
über das im Quartal des Rechnungsjahres zc. verkaufte
confiscirte Holz.

(Formular No. 40.)

S u m m a r i s c h e r E x t r a c t
aus der Erhebungsliste zc.

(Formular No. 41.)

E r h e b u n g s l i s t e
über das im Quartal des Rechnungsjahres vom 1. Julius
18 bis dahin 18 ohne spezielle Genehmigung verkaufte
Holz.

(Folgt nach Seite 65.)

(Formular Nro. 10.)

Forst-Inspection

Amt

n 9

der für das Betrieb-Forst-Culturen und Verbesserungen.

Anmerkung.

Diese Nachweisung General-Forst-Berichte für das Jahr
vom 1sten

Zum betrefend. Kosten-
Anschlage aufgeführt
unter

Generelle in

Bemerkungen

Bez

8

Nro

Forst-3

Amt

Litt.

U e b e r

vom Stande des Forstbußwesens in dem

A m e r

gangsweise aufgestellt und ist darunter, ebenfalls auf einer Seite,
 ren.

	esen angezeigten regeln sind		Die erkannten Strafen bestehen in					
	Freigesprochen und niedergeschlagen	Ausgesetzt	Geld-Strafe			Spanns	Hand	Gefängniß
			auf	gr	ab	T a g e.		
	11	3	192	6	—	4	94	18
Der Abf erga	9	5	197	11	—	3	102	25
Folglich	2	—	—	—	—	1	—	—
	—	2	5	5	—	—	8	7

f i c h t

Rechnungs-Jahre r

2) Diese Uebersicht bezieht sich auf das bereits völlig abgelaufene Jahr.

Von den Straftagepente			Bemerkungen.
zu den Culturen und Begebesserungen verwandt		am Schlusse dem Am Jahres noch istständig	
Spann- T a g e	Spann- T a g e	Spann- T a g e	

4

(Formular No. 42.)

E x t r a c t

aus dieser Erhebungsliste.

.II

(Formular No. 43.)

Erhebung über die im August 1899 verfallenen Forstnebenleistungen.

.III

(Formular No. 44.)

A u s z u g

aus diesem Extracte.

.IV

(Formular No. 45.)

F o r s t r e g i s t e r

für das Jahr vom 1. Julius 18 bis ultimo 18

Das Forstregister ist ein Buch, in dem alle Forstleistungen eingetragen werden.

Das Forstregister ist ein Buch, in dem alle Forstleistungen eingetragen werden.

.1 .2

Das Forstregister ist ein Buch, in dem alle Forstleistungen eingetragen werden.

Das Forstregister ist ein Buch, in dem alle Forstleistungen eingetragen werden.

Das Forstregister ist ein Buch, in dem alle Forstleistungen eingetragen werden.

Das Forstregister ist ein Buch, in dem alle Forstleistungen eingetragen werden.

Das Forstregister ist ein Buch, in dem alle Forstleistungen eingetragen werden.

Das Forstregister ist ein Buch, in dem alle Forstleistungen eingetragen werden.

Das Forstregister ist ein Buch, in dem alle Forstleistungen eingetragen werden.

Das Forstregister ist ein Buch, in dem alle Forstleistungen eingetragen werden.

Das Forstregister ist ein Buch, in dem alle Forstleistungen eingetragen werden.

Das Forstregister ist ein Buch, in dem alle Forstleistungen eingetragen werden.

Das Forstregister ist ein Buch, in dem alle Forstleistungen eingetragen werden.

II.

Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinsche Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen, allgemeine Verfügungen und In- struktionen.

1) Verordnung, die Wildddieberei und die Jagdfrevel betreffend.

Vom 8. März 1841.

Zur nähern Bestimmung der bei der strafrechtlichen Be-
handlung der Wildddieberei und der Jagdfrevel zu nehmenden
Rücksichten wurde für die gesammten Landen, mit Einschluß
der Stadt und Herrschaft Wismar, verordnet wie folgt:

I. Die Wildddieberei betreffend.

§. 1.

Nähere Be-
zeichnung
der Wild-
ddieberei.

Der Wildddieberei macht sich schuldig, wer wissentlich
im fremden Jagdgebiete folgende zur Jagd gehörige Thiere:

- 1) Hirsche, Rehe und wilde Schweine mit ihren verschiede-
nen Arten,
- 2) Hasen, Füchse, Dachse, Ottern, wilde Kaninchen, Fa-
sanen, Auerhähne, Trappen und wilde Schwäne,
- 3) Reiher, Kraniche, Waldschnepfen, Wasserschnepfen, Feld-
hühner, Bruchvögel, Krammetsvögel, wilde
Gänse, Enten und Tauben,

aus vorwiegender Rücksicht auf Gewinn unbefugt erlegt oder
fängt.

Durch mehrmalige Wiederholung einer Jagdbeeinträchtigung dieser Art, so wie insonderheit auch durch den stattgehabten oder versuchten Verkauf des erlegten oder gefangenen Wildes, wird die Rechtsvermutung für das Vorhandensein einer vorwiegenden Rücksicht auf Gewinn begründet.

Das Anschießen des Wildes ist dem Erlegen desselben gleich zu achten, und zum vollendeten Fangen ist so wenig das Töden, als das Auf- oder Ausnehmen des Wildes erforderlich.

§. 2.

Die Wilddieberei trifft Freiheitsstrafe oder Geldstrafe, Strafe der Wilddieberei.
und zwar, wenn sie begangen ist

- 1) an dem unter No. 1. des §. 1. genannten Wilde, Gefängniß von vierzehn Tagen bis zu viermonatlichem Zuchthause, oder Geldbuße von fünfzig bis fünfhundert Thalern;
- 2) an dem Wilde unter No. 2. des §. 1., Gefängniß von einer Woche bis zu vier Monaten, oder Geldbuße von zehn bis hundert Thalern;
- 3) an dem Federwilde unter No. 3. des §. 1., Gefängniß von drei Tagen bis zu sechs Wochen, oder Geldbuße von fünf bis fünfzig Thalern.

§. 3.

Das Schießen auf Wild, das Hocklassen der Hunde darauf, Strafe der versuchten Wilddieberei.
oder das Legen oder Stellen der zum Fangen desselben dienenden Geräte ist als versuchte Wilddieberei bis zur Hälfte der im §. 2. bestimmten Strafen zu ahnden.

§. 4.

1) Die nach den obigen Bestimmungen (§§. 2. 3.) zu er- Straferhöhung wegen besonders erschwerender Umstände.
kennenden Strafen sind um ein Dritttheil zu erhöhen, wenn die Dieberei

- a. zur Schonzeit, oder an Sonn- oder Festtagen, oder zur Nachtzeit, d. h. von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang,
- b. oder in eingefriedigten Jagdbezirken,

c. oder in Gemeinschaft mit andern Personen begangen ward.

Treffen mehr dieser erschwerenden Umstände zusammen, so kann die Strafe bis zum Zweifachen des, ohne Berücksichtigung solcher Umstände, schon verurtheilten Strafmaßes gesteigert werden.

2) Eine Erhöhung um die Hälfte der sonst schon verurtheilten Strafe (vgl. §§. 2, 3 und 4 Nr. 1.) ist zu erkennen:

a. wenn der Thäter gesucht hat, sich durch Vermummung, durch Anschwärzen des Gesichtes oder auf andere Weise unbedeutlich zu machen;

b. oder wenn er einer Windbüchse, einer Stoßflinte, oder sonst eines Gewehres sich bedient hat, welches dazu eigends eingerichtet war, es heimlich bei sich führen zu können;

c. oder wenn mehrere noch unbestrafte Wildddiebereien in derselben Unternehmung zusammentreffen;

d. oder wenn sich ein gewerbmäßiger Betrieb der Wildddieberei ergibt;

e. oder wenn eine bandenmäßige Vollführung der zu bestrafenden Wildddieberei vorliegt.

Treffen mehr dieser Umstände (Nr. 2.) zusammen, so kann die, ohne deren Berücksichtigung, schon verurtheilte Strafe bis zu ihrem Dreifachen Maße erhöht werden.

Geldstrafen sind in den Fällen unter a. b. d. e. Nr. 2. nicht anwendlich.

3) Der Anführer einer Bande von Wildddieben ist mindestens mit zweijährigem Zuchthause zu bestrafen.

§. 5.

Strafmilderung aus besonderen Gründen. Wenn ein Wildddieb sich den ihn betreffenden Personen sogleich ergeben, wenn er sofort das Gewehr abgeliefert, oder auf Anrufen von der Flucht abgestanden und sich gutwillig gestellt hat, ist die sonst verurtheilte Strafe (§§. 2, 3, 4) um ein Viertel bis zur Hälfte abzumindern.

§. 6.

Widersezt sich der Wildddieb den Jagdberechtigten oder der Strafe der Vertretenen derselben bei seinem Anhalten, bei Abnahme der Jagdgeräthschaften oder des etwa erlegten oder gefangenen Wildes, oder bei seiner, den Umständen nach etwa erforderlichen Festnehmung (vgl. §. 19), so verfällt er in die Strafe der Widerseßlichkeit, welche der etwa sonst schon verwirkten Strafe (§§. 2-4) hinzuzurechnen ist, und zwar:

- 1) in vierwöchige bis dreimonatliche Gefängnißstrafe, wenn die Widerseßlichkeit, ohne sonstige Gewaltverübung, im Uebeln mit thätlicher Widerseßlichkeit oder persönlicher Mißhandlung bestand;
- 2) in sechs- bis sechsmonatliche Zuchthausstrafe bei thätlicher Widerseßlichkeit ohne Waffengebrauch;

- 3) in sechsmonatliche bis zweijährige Zuchthausstrafe, wenn bei der Widerseßlichkeit Waffen auf lebensgefährliche Weise — wohn auch schon das Laden oder Umschlagen oder Festschrauben des Gewehrs zum Schuß zu rechnen ist — gebraucht sind.

Haben die Thätlichkeiten Verwundungen oder sonst körperliche Verletzungen zur Folge, die schon an sich eine schwerere Strafe gesetzlich verwirken, so ist auf diese zu erkennen.

§. 7.

Die Rückfallsstrafe findet nach denselben Grundsätzen, welche Strafe der solcherhalb im §. 17. der Verordnung, vom 4. Januar 1839, betreffend die Bestrafung des Diebstahls, festgestellt sind, auch auf die Wildddieberei angemessene Anwendung. Jedoch kommt eine schon früher stattgehabte gerichtliche Bestrafung dabei nur insoweit in Betracht, als sie Wildddieberei betraf.

§. 8.

In allen Fällen, in welchen gegen einen Wildddieb auf Verlust der Strafe erkannt wird, ist auch auf den Verlust der Schießgewehre und sonstigen Jagdgeräthe, welche er mit sich geführt

hat, sowie auch auf den Verlust der zur Jagd benutzten Hunde zu erkennen.

Neben Erleidung der Strafe hat der Schuldige den Werth des Wildes, nach der landesherrlichen Wildtaxe, dem Jagdberechtigten zu erstatten, insofern nicht das Wild selbst im noch nutzbaren Zustande demselben abgeliefert sein sollte.

§. 9.

Aushilf-
liche Anwen-
dung der
Verord-
nung vom 4.
Januar
1839.

In den sonst auch auf diese Art des Diebstahls anwend-
lichen, in diesem Gesetze nicht anders bestimmten Punkten
finden die in der Verordnung vom 4. Januar 1839, betref-
fend die Bestrafung des Diebstahls, gegebenen Bestimmungen,
insonderheit hinsichtlich der Abmessung der Strafe innerhalb der
gesetzlichen Grenzen, auch auf die Wilddieberei nach den Um-
ständen angemessene Anwendung.

II. Wegen der Jagdfrevel.

§. 10.

Sagen aus
Jagdlust.

Wer aus Jagdlust im fremden Jagdgebiete zur Jagd ge-
hörige Thiere (vgl. §. 1) unbefugt erlegt oder fängt, ohne
daß dabei eine vorwiegende Rücksicht auf Gewinn anzunehmen,
ist mit zwei bis fünfundzwanzig Thalern, bei Hirschen bis hun-
dert Thalern zu bestrafen.

§. 11.

Unbefugte
Aneignung
gefundenen
Wildes
oder gefun-
dener
Hirschge-
weide.

Das unbefugte Aneignen des getödtet oder angeschossen
oder gefangen gefundenen Wildes ist nach Verschiedenheit
des Wildes (vergl. §. 1 No. 1, 2, 3) mit fünf bis fünfund-
zwanzig, mit zwei bis zehn und mit einem bis fünf Thalern
zu büßen.

Die letzte Strafe trifft auch den, welcher sich die im frem-
den Jagdgebiete gefundenen Hirschgeweihe unbefugt aneignet.

§. 12.

Unbefugtes
Aufnehmen
der Wild-
fälscher.

Mit einer Geldstrafe bis zu fünf Thalern sind zu belegen:
1) das unbefugte Aufnehmen zufällig gefundener Wild- oder
Rehfälber oder junger Hasen, sowie das Aufnehmen der
Eier oder Jungen des Federwildes;

2) die unbefugte Aneignung der zufällig unter außergewöhnlichen Umständen in Jemandes Gewalt, gerathenen Fische, Rebe oder wilden Schmelze.

Ueberschreitung der zufällig in Gewalt des Wildes.

Wer außerhalb der Landstraße und der gewöhnlichen Verbindungswegen ein fremdes Jagdgebiet, mit zur Jagd brauchbarem Schießgewehr, welches nicht durch Abschrauben des Hahns oder Umbinden eines Luchs um das Schloß zum augenblicklichen Gebrauche untüchtig gemacht ist, mit nicht aufgekoppelten Jagdhunden oder mit sonstigen Jagdgeräthen unbefugter Weise betritt, verfällt in eine Geldstrafe bis zu zehn Thalern.

Unbefugtes Betreten fremder Jagdgebiete.

§. 14.

Wer die — mittelst Aufstellung von Wächtern, Aufstellung von Scheuchen, Benennung gewöhnlicher Hirtenhunde, mit angelegten Knütteln, Abfeuern von blind geladenen Pistolen, oder durch andere dergleichen zum Verschrecken des Wildes, ohne dessen Verletzung, Erlegen oder Einfangen, dienliche Mittel — erlaubte Abwehr des Wildes von den Feld-, Wiesen und Gartenfrüchten überschreitet, verfällt in eine Strafe von zwei bis zehn Thalern. Auch durch den Gebrauch des, wenn auch nur blind geladenen, Jagdgewehrs wird diese Ueberschreitung begangen, insofern derselbe nicht von dem Jagdberechtigten besonders gestattet worden ist.

Ueberschreitung der zum Abwehr des Wildes.

Wird durch solche Ueberschreitung ein Wild getödtet, so kann eine Erhöhung jener Strafe um die Hälfte, und bis zum Zweifachen derselben dann stattfinden, wenn die Anzeige von solcher Tödtung an den Jagdberechtigten unterlassen, oder eine Aneignung des getödteten Wild

Bei gleicher Strafe darf kein (Gärten, Koppeln etc.) eine Person sein Jagdrecht hat, kein

§. 15.

Jagdberechtigte, welche in ihrem Jagdgebiete solchen Wilden sich anmaßen, welches zu der ihnen nur beschränkt

Ueberschreitung der zum beschränkten Jagd.

zustehenden Jagd nicht gehört, verfallen in Geldstrafe von zwei bis fünfundzwanzig Thalern.

Wird diese Uebertretung am Hochwilde — am Hirsch mit seiner verschiedenen Art — begangen, so ist jeder einzelne Fall mit einer Geldstrafe von hundert Thalern zu belegen.

S. 16.

Nichtach-
tung der
Schonzeit.

Der Jagdberechtigte, welcher innerhalb der Schonzeit — vom 1. März bis Jacobi — Hirsche oder Rehe mit ihren verschiedenen Arten erlegt oder fängt, hat jeden Uebertretungsfall mit fünfundzwanzig Thalern zu büßen.

Die von der Beachtung der Schonzeit landesvergleichsmäßig gestatteten Ausnahmen (vergl. §§. 298 u. 299 des L.G.G.C.N.) bleiben bei Bestand.

S. 17.

Unbefugte
Ausübung
des Jagd-
rechts.

Eine unbefugte Ausübung über eine unbefugte Uebertretung des nach Art. 19 der Landes-Verordnungen von 1621 zuständigen, im Landes-Vergleich von 1755 §§. 293 und 294 bestätigten Jägerrechts hat Geldstrafe von fünf bis fünfundzwanzig Thalern zur Folge.

S. 18.

Rebende
Stimmungen.

1) Machen sich Jagdfrevler der S. 6 gedachten Widerseßlichkeiten schuldig, so finden die dortigen Strafbestimmungen auch auf sie Anwendung.

Ob jedoch in einzelnen Fällen dieser Art die Abbüßung mit Geldstrafe in angemessener Maasse freizustellen sei, bleibt dem richterlichen Ermessen überlassen.

2) Gegen rückfällige Jagdfrevler ist die bestimmte Strafe zu schärfen.

3) Auf Verlust der Jagdgeräthe (vergl. S. 8) neben der sonstigen Strafe ist gegen Jagdfrevler nur bei besonders erschwerenden Umständen zu erkennen.

4) Im Falle des Zahlungsunvermögens eines Jagdfrevlers tritt Gefängnißstrafe — vierundzwanzig Stunden zu einem Thaler gerechnet — an die Stelle der zuerkannten Geldstrafe.

5) Wenn in einer Untersuchung wegen Wildddieberei zwar nicht die Voraussetzungen einer deshalb zu verhängenden Strafe, wohl aber die eines strafbaren Jagdfrevels angetroffen werden, so ist, ohne besonderen desfalligen Antrag des Jagdberechtigten, auf die Strafe des verschuldeten Jagdfrevels zu erkennen.

III. Besondere Schutzvorschriften gegen Jagddiebstahl und Jagdfrevel.

1) Die Inhaber der Jagd, so wie die mit der Aufsicht über eine Jagd beauftragten Personen sind berechtigt, die von ihnen auf ihrem Jagdgebiete betretenen Wildddiebe und Jagdfrevler anzuhalten; denselben das etwa erlegte Wild, so wie die Schießgewehre, Hunde und sonstigen Jagdgeräte, welche sie mit sich führen, abzunehmen, auch, insofern es ihnen unbekante Personen sind, sie zu ihrer sofortigen Gestellung vor die Ortsbehörde zu nöthigen.

Zulässige Selbsthilfe gegen Wildddiebe und Jagdfrevler.

2) Bei thätlicher Widerseßlichkeit der also betroffenen Wildddiebe oder Jagdfrevler sind die Jagdeigner oder deren Vertreter auch zur Anwendung von Gewalt zur Ueberwindung solcher Gewaltthätigkeit befugt.

3) Auch können sie selbst von ihrem Schießgewehre straflos Gebrauch machen, um einem lebensgefährlichen Angriffe auf ihre Person zuvorzukommen, welcher Fall namentlich auch dann vorhanden ist, wenn der mit Schießgewehr versehene Dieb oder Frevler durch Anlegen des Gewehrs auf sie, oder durch eine sonstige unzweideutige Vorbereitung des Gebrauchs der Schusswaffe gegen sie, die Absicht eines solchen Angriffs zu erkennen gibt.

Wer aus dieser Veranlassung einen Menschen verwundet oder tödtet, ist, nachdem er zunächst dem Verwundeten den thunlichsten Beistand geleistet oder durch andere verschafft hat, bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu fünfzig Thalern, schul-

die, der Obrigkeit den Vorgang ungefälscht wahrheitsgemäß anzuzeigen.

§. 20.

Aufsicht auf
das Ein-
bringen des
Wildes in
die Städte.

Die Thorschräiber in den Städten haben auf das Einbringen des Wildes zu achten, von den ihnen unbekannten Personen haben sie über den rechtmäßigen Besitz des Wildes nähere Auskunft zu erfordern und, im Falle solche durch glaubhafte persönlichen Anweisung, Begleitscheine oder sonst nicht genügend gegeben werden kann, den Einbringer mit dem Wilde anzuhalten und davon sofort der Polizeibehörde die Anzeige zu machen.

Von letzterer ist sogleich die weitere Prüfung vorzunehmen und nach Befinden die Abnahme des Wildes zum Vortheil der Ortsarmenkasse zu verfügen und gegen den verdächtigen Inhaber weiter rechtlich zu verfahren.

§. 21.

Ämtliche
Aufsicht der
Ortsbehörden.

Auch von Ämtern haben die Ortsbehörden, insbesondere in den Städten und Flecken, auf einen verdächtigen Verkehr mit Wild zu achten und diejenigen Personen, welche beim heimlichen Einbringen, oder auf andern als den gewöhnlichen Eingangswegen, oder unter sonst verdächtigen Umständen mit Wild betroffen werden, anzuhalten, ihnen das Wild abzunehmen und weitere Untersuchung über den rechtmäßigen Besitz desselben einzuleiten.

§. 22.

Handel mit
Wild.

1) Ohne ausdrückliche obrigkeitliche Erlaubniß darf sich fortan Niemand mit dem Ankauf des Wildes zum Wiederverkauf befassen. Die Erlaubniß ist nach obrigkeitlichem Ermessen nur zuverlässigen Personen zu ertheilen, und der unbefugte Wildhändler ist, neben Verlust des bei ihm gefundenen Wildes, mit Geldstrafe bis zehn Thalern oder mit angemessener Gefängnißstrafe zu belegen.

2) Der berechtigte Wildhändler darf nur von solchen Personen Wild kaufen, die ihm als rechtmäßige Inhaber desselben bekannt sind, oder sich durch Begleitscheine oder sonst darüber

genügend ausgewiesen haben. Im Uebertretungsfall: Ist er, gleich dem unbefugten Wildhändler (Art. 1) zu bestrafen.

3) Die P. wobrigkeit ist berechtigt, den Betrieb des Wildhändler angemessen, namentlich auch nach Umständen durch vorzunehmende Nachsuchungen bei ihnen, zu beaufsichtigen und ihnen das vorgefundene oder zum Verlaufe ausgebotene Wild, über dessen vorschriftsmäßigen Ankauf sie sich nicht genügend auszuweisen vermögen, zum Nutzen der Armenkassen abzunehmen und überdies Geldstrafe bis zu zwanzig Thalern oder entsprechende Gefängnißstrafe gegen sie zu erlassen. Im wiederholten Uebertretungsfall ist ihnen die Erlaubniß zum Wildhandel zu entziehen.

§. 23.

Fuhrleute dürfen von ihnen unbekannten Personen überall ^{Wildver-} kein Wild zum Verschren annehmen und von bekannten Pers ^{sendung mit} sonen nur mit offenen Frachtzetteln. Die Uebertretung dieser Vorschriften hat, neben Wegnahme des Wildes, Geldstrafe bis zu fünf Thalern zur Folge.

§. 24.

Auf den Posten ist Wild zum Versenden von Privatper- ^{Wildver-} sonen nur anzunehmen, wenn es von einer offenen schriftlichen ^{sendung mit} Bescheinigung des Absenders, worin, nebst näherer Bezeichnung des Wildes, die Namen des Absenders und Empfängers ge- ^{der Post.} nügend angegeben werden, begleitet ist.

Kommen bei diesen Aufgaben zur Post verdächtige Umstände vor, so ist, mit einstweiliger Anhaltung des Wildes, davon der Polizeibehörde sofort Anzeige zu machen.

§. 25.

Auf dem platten Lande darf außer den Gutbesitzern, de- ^{Unter- sa- ge} ren Angehörigen und Vertretern, den sonst den Landesgerichten ^{San- abung} unmittelbar unterworfenen Personen, den Gutspächtern, den ^{von Jagd-} Beamten, den Forst- und Jagdbedienten und den Personen, ^{gewehren.} welche eigene Jagd haben, Niemand ohne besonders ertheilte obrigkeitliche Erlaubniß ein Jagdgewehr besitzen oder setzen Angehörigen oder Dienstleuten den Besitz desselben gestatten.

Eine solche obrigkeitliche Erlaubniß soll nur aus erheblichen Gründen und an zuverlässige Personen ertheilt werden dürfen.

Wer jenem Verbote entgegen handelt und sich nicht innerhalb 4 Wochen, nach vorausgegangener obrigkeitlicher Verwarnung, des verbotenen Jagdgewehrs entäußert, ist, neben Wegnahme des letzteren zum Besten der Armenkasse, mit Geldstrafe bis fünf Thalern oder mit entsprechender Gefängnißstrafe zu belegen.

§. 26.

Befugnis
zum Töden
umherstrei-
fender
Hunde und
Rasen.

Die Jagdinhaber und ihre Vertreter sind befugt, die ohne Begleitung ihres Herrn oder ohne angebundenes Rittel im Jagdgebiete umherstreifenden Hunde — jedoch mit Ausnahme der zur Jagd bestimmten, als weshalb es bei der reversalmäßigen Bestimmung (vergl. §. 17) bis auf weiteres bewendet — zu tödten. Auch die im Jagdgebiete umherlaufenden Rasen können ohne weiteres getödtet werden.

IV. Vom Strafverfahren wegen Jagdvergehen u.

§. 27.

Criminal-
Verfahren.

1) Die Wildddieberei (§. 1 und ff.) ist als Criminalsache in jeder Beziehung nach den für Criminalsachen bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu behandeln.

2) Ein gleiches strafrechtliches Verfahren soll Statt haben, wenn bei Jagdfreveln die §. 6. Nr. 2. 3. bezeichneten Gewaltthatigkeiten verübt sind.

§. 28.

Fiscalische
Rüge.

Die Nichtachtung der Schonzeit (§. 16) ist bis auf anderweitige Bestimmung fiscalisch zu rügen.

§. 29.

Forstge-
richtliche
Rüge.

1) Die von den, den landesherrlichen Niedergesetzten unterworfenen Personen in landesherrlichen Jagdgebieten begangenen Jagdfrevel sind von den Amtsforstgerichten zu rügen.

2) Wenn jedoch solcherhalt, eine schärfer Strafe, als eine Geldbuße von vierzehn Thalern, oder ausdücklich (vgl. S. 18 Reichs) über vierzehntägiges Gefängniß zu erkennen ist, so haben die Forstgerichte die Sache an das für den Bruchfall, zuständige Amts-Gericht abzugeben, von welchem darin, nachdem das zur Spruchreise etwa noch Erforderliche von richterlichem Amts wegen nachgeholt worden, das Erkenntniß abzufassen ist.

§. 30.

Die Bestrafung anderer, den Niedergerichten unterworfenen Jagdsrevier, welche nach §. 29 nicht vor die Forstgerichte gehören, kann bei ihrem ordentlichen Gerichte von den Betheiligten beantragt werden.

Auf einen solchen Antrag ist, zur genugsamen Ermittlung der für die Entscheidung wesentlichen Umstände und zum ausreichenden gegenseitigen Gehör, eine protokolllarische Instruirung der Sache, namentlich auch hinsichtlich der Beweis- und Gegenbeweisaufnahme, einzuleiten und ein Schriftwechsel in der Regel nicht zu gestatten.

oder, welche den Niedergerichten unterworfen sind, sind bei dem ordentlichen Gerichte und daselbst im summarischen Verfahren über den Verkehr mit polizeiliche wegen verbotener Jagd und von der zuständigen

Wird bei solcher Gelegenheit Wildddieberei oder Begünstigung derselben indicirt, so ist davon den betreffenden Criminalgerichten mit Zustellung der Polizeibeamten die Anzeige zu machen.

§. 31.

Von den §§. 29, 30, 31. gedachten Gerichten sind, in den dort bezeichneten Fällen, Anträge auf Bestrafung begangener Jagdsrevier, nicht weiter anzunehmen, wenn von der

Zult an, da sie begangen worden, bereits sechs Wochen verstrichen sind. War jedoch das §. 1 No. 1 genannte Wild Gegenstand des in Frage stehenden Frevels, so bleibt ein solcher Antrag innerhalb drei Monaten zulässig.

§. 34.

Berfolg der Schadens- ansprüche.

Ueber die bei Anträgen auf Strafe etwa mit beantragten Schadens- und Kosten-Ansprüche ist gleichzeitig zu verhandeln und zu erkennen.

Besonders angestellte Schadensklagen aus Jagdvergehen sind im ordentlichen Prozeßgange zu verhandeln.

§. 35.

Beweis durch Forst- und Jagdbediente.

Wenn landesherrliche oder andere, auf ihren Dienst gehörig beedigte Forst- und Jagdbediente in dem ihrer Aufsicht untergebenen Jagdgebiete begangene Wilddiebereien oder Jagdfrevel, vermöge ihrer Dienstpflicht, zur Anzeige bringen, so sollen sie, hinsichtlich ihrer deßfalligen Angaben, vorausgesetzt, daß sie keinen persönlichen Vortheil von dem Erfolge ihrer Anzeige zu erwarten haben und ihnen sonst nichts entgegensteht, was einen Zeugen untüchtig oder verdächtig machen kann, auch sie in der zur Frage stehenden Untersuchungssache gleich andern Zeugen gehörig beedigt sind, nicht nur den völlig glaubwürdigen Zeugen gleich geachtet werden, sondern es soll auch bei Untersuchungen über Jagdfrevel, die nach den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht über vierzehn Thaler Geldbuße, oder ausbühlich über vierzehntägiges Gefängniß hinaus zu bestrafen sind, schon die, durch keine andere Umstände geschwächte Aussage eines solchen Officianten zum Beweise gegen den Thäter genügen.

§. 36.

Rechtsmittel.

Wegen der zulässigen Rechtsmittel findet

1) in den Criminalfällen des §. 27 die Verordnung vom 8. Januar 1839, betreffend die Erkenntnisse und Rechtsmittel in Criminalsachen, Anwendung.

2) Wegen der fiscalischen Klagen des §. 28 und wegen der nach dem Civilverfahren aus dem §. 29 No. 2.

und aus den §§. 30, 31, geben die §§. 58 und 59 der Verordnung vom 20. Juli 1840 über die Rechtsmittel in Civilsachen und nichtcriminellen Strasssachen, die Bestimmung.

- 3) Gegen die forstgerichtlichen Erkenntnisse des §. 29 Nr. 1. bewendet es bis auf Weiteres bei dem in Forstbruchsachen zuständigen Refurse, und
4) wegen der polizeilichen Verfügungen des §. 32 bei dem Refurse an die Landesregierung.

§. 37.

Dieses Gesetz tritt sofort mit seiner Publication in Kraft ^{intretende} und findet auf die Uebertretungsfälle Anwendung, welche nach ^{Anwendung} dieses Gesetzes der Publication anhängig werden.

2) Verordnung, die Forstfrevel betreffend.

Vom 1. März 1842.

Zur Abhülfe des Bedürfnisses allgemeiner gesetzlicher Vorschriften, wegen Unterjagung und Bestrafung des Forstfrevels, wurde, zur Nachachtung, für die gesamten Lande, mit Einschluss der Herrschaft und Stadt Wismar, folgendes verordnet:

I. Von den Forstfreveln und ihrer Bestrafung.

§. 1.

Forstfrevel werden, im Bereiche der Hölzung, ^{Nähere Beschreibung} Forsten, Waldungen und andere, hauptsächlich zur Holzgewinnung unterhaltene Gehölze und Gehüschel — durch Entwendung der Forsterzeugnisse und Forstgehörungen, durch Beschädigung derselben und durch Uebertretung forstpolizeilicher Bestimmungen, begangen. Dabei ist es ohne Einfluss, ob der Gegenstand der Verschuldung, noch dem Forstbesitzer angehört, oder schon in das Eigenthum eines Andern übergegangen, oder

1) Als im Bereiche der Hölzungen ergriffen sind auch die dazu gehörigen Forstmoore, Wiesen, Felder, Gewässer und sonstige ihnen anhängende Vertikalitäten der Art anzusehen, so daß, in Rücksicht der Bestimmungen dieses Gesetzes, auch deren Erzeugnisse und Zubehörungen den Forsterzeugnissen und Forstzubehörungen gleich zu achten sind.

2) Was wegen der im Bereiche der Hölzungen begangenen Forstfrevel in diesem Gesetze bestimmt wird, soll auch auf die Entwendungen und Beschädigungen geeignete Anwendung finden, welche außerhalb der Hölzungen

an den mit zur Holznutzung unterhaltenen Besitztümern, wie an den auf den Feldern und an den Wegen stehenden Bäumen begangen werden.

§. 2.

Bestrafung
der Forstfre-
vel. Ange-
meine Be-
stimmungen
deshalb.

Die Forstfrevel sind mit Geldstrafe, oder, im Falle der gänzlichen oder theilweisen Zahlungsunfähigkeit des Frevelers, ausbühlich, auf den ganzen oder theilweisen Betrag des verwirkten Gelderlegnisses, mit Gefängniß oder Arbeitsleistung zu belegen, und zwar mit Berücksichtigung nachfolgender Bestimmungen:

1) Ausbühliche Gefängnißstrafe — über zwanzig Stunden zu einem Thaler gerechnet — ist, auch bei dem niedrigsten Betrage der schuldigen Geldstrafe, nicht unter sechs Stunden zu erkennen und, wenn sie nicht über zwölf Stunden hinausgeht, nur am Tage zu vollziehen.

Wegen Anwendung körperlicher Züchtigung statt der Gefängnißstrafe, oder zu ihrer Abkürzung in Verbindung mit derselben, wegen Abkürzung längerer Gefängnißstrafe, wegen Verwandlung der Gefängnißstrafe in Zuchthausstrafe und wegen der Vollstreckung der Gefängnißstrafe mit oder ohne Abkürzungsstrafen gelten die Bestimmungen der §§. 2 und 3 der Verordnung vom 4. Januar 1839, die Bestrafung des Diebstahls betreffend.

2) Die ausbühliche Abbüßung der Strafe durch Arbeitsleistung kann nur angewandt werden, wenn die Forstverwaltung eine geeignete Arbeit anweisen will und der Freveler zur

Uebernahme derselben gegen einen entsprechenden, auf die Geldstrafe abzurechnenden Lohn bereit ist.

3) Bei dem Zusammentreffen mehrerer noch nicht bestrafter Frevel bei einem und demselben Schuldigen ist für jeden Frevel die volle Strafe zu erkennen, der Betrag aller aber zusammenzufassen und so zur Vollziehung zu bringen.

4) Haben mehrere Personen einen oder mehrere Frevel in Gemeinschaft verübt, so hat jeder von ihnen die volle Strafe zu büßen.

5) Für die sich im elterlichen Hause aufhaltenden Kinder unter achtzehn Jahren, so wie für andere unter Aufsicht des Haus-, Brod- oder Lehrherrn stehende, nicht ältere Personen hat der Vater, Haus-, Brod- oder Lehrherr, und ebenso der Ehemann für die Ehefrau die verwirkten Geldstrafen zu erlegen, insofern er seine Schuldlosigkeit an dem begangenen Frevel nicht glaubhaft darzuthun vermag; im Falle seines Unvermögens zu solcher Zahlung hat er aber die ausbühliche Strafe nur dann zu erleiden, wenn nachweislich der Frevel in seinem Auftrage, oder mit seinem Vorwissen oder Zulassung vollführt ist, oder er die Aufnahme des Entwandten bei sich oder dessen Verwendung in seinen oder der Seinigen Nutzen selbst beschafft oder auch nur hat geschehen lassen. Ist ihm keine dieser Verschuldungen zur Last zu legen, so haben die Ehefrau und die über vierzehn Jahre alten Kinder oder Hausgenossen die ausbühliche Strafe selbst abzubüßen; die jüngeren Freveler sind häuslich, nach Umständen von Polizeiwegen, zu züchtigen.

Familienglieder oder andere Hausgenossen über achtzehn Jahre sind für die von ihnen begangenen Frevel selbstständig verhaftet.

Die Verhaftung des Vaters, des Haus-, Brod- oder Lehrherrn trifft auch eine dem Hauswesen oder dem Gewerbe vorstehende Frauensperson.

6) Von den Erben eines verstorbenen Frevelers können nur die verwirkten Gelderlegnisse, und zwar nur insoweit ge-

Weglen, Archiv. Bd. XV. 28 Heft.

fordert werden, als der Erblasser dazu noch vor seinem Tode rechtskräftig verurtheilt war, und die Erbschaft dazu reicht.

7) Alle Geldstrafen gehen zur Bruchkasse und umfassen in den einzelnen Strafsätzen die Strafe als solche, die Entschädigung des Vertheiligten und — mit Ausnahme der in den §§. 21, 22 gedachten Kosten — die gesammten Gerichts- und andern Kosten jeder Art, namentlich auch die mit der Strafvollstreckung verbundenen, so daß der Frevler anderweitige Zahlungen überall nicht zu leisten, jedoch seine Beföstigung bei Abbüßung von Freiheitsstrafen aus eigenen Mitteln zu beschaffen hat.

Sollte jedoch ein Frevler bei der gegen ihn stattfindenden Untersuchung (§. 19 Nro. 2.) durch bössliches Leugnen, durch vorgewandte Gegenbeweissführung oder durch andere absichtliche Aufzüglichkeiten das regelmäßige Verfahren verweiltläufigen und dennoch in der Hauptsache schuldig erkannt werden, so ist seine gleichzeitige Verurtheilung in die, durch solche Ungebühr verursachten, nach der geltenden Gebührentaxe zu bestimmenden, mehreren Kosten, dem Befinden nach, zulässig.

8) Für Strafe und Entschädigung ist die Hälfte der für den Bruchfall zur Kasse gekommenen Strafgeelder zu rechnen. Diese Hälfte gebühret — mit Ausnahme der im §. 9 bestimmten Strafgeelder — allemal, ohne Abzug, dem Beschädigten; von demselben ist daher kein Beitrag zu den Unkosten, selbst auch dann nicht zu leisten, wenn die dazu bestimmte Hälfte des Strafgeldes dazu nicht ausreichen sollte; dagegen hat derselbe aber auch bei ganzer oder theilweiser Zahlungsunfähigkeit des Frevlers keinerlei Anspruch an die Bruchkasse, sondern hat sich in allen Fällen mit der Hälfte von dem genügen zu lassen, was aus dem Frepel wirklich zur Kasse gekommen ist.

9) Der etwaige Ueberschuß der zur Bestrettung der Gerichts- und sonstigen Unkosten zur Bruchkasse gekommenen Hälfte der Strafgeelder bleibt zur Verfügung des Gerichtsherrn, welcher aber auch die etwa erforderlich werdenden Zuschüsse zu

leisten und in den Fällen, wo ausbühliche Strafe an die Stelle der Geldstrafe tritt, alle mit dem Bruchfall verbundenen Kosten zu tragen hat.

10) Ist dem Betheiligten durch den Frevel ein Schaden erwachsen, den er durch die ihm gesetzlich bestimmten Straf-
gelder nicht ausreichend vergütet findet, so bleibt es ihm ~~un-~~
benommen, daß Mehrere gegen den Freveler im ordentlichen
Wege besonders geltend zu machen.

§. 3.

Die im Bereiche der Hölzungen durch Entwendung ^{Strafe der}
begangenen Forstfrevel sind nachstehendermaßen zu bestrafen: ^{Entwen-}
^{dungsfrevel.}

1) In den Fällen, in welchen nicht besondere Straffsätze
festgestellt sind, ist die Entwendung allgemein mit einer Geld-
strafe zu belegen, welche dem dreifachen Werthe des Ent-
wandten gleichkommt. Insbesondere aber

2) beträgt die Strafe für die Entwendung eines Scheffels Fichtenzapfen zwölf, Tannenäpfel vierundzwanzig Schillinge, Eicheln, Bucheckern und anderer Waldbaumfrüchte und Waldsämereien einen Thaler; für die einer Tracht von Sammel- und Abfallholz, von Busch- und Bruchholz, von Laub, Tannennädeln, Streuel, Moos, Gras, Kräutern, Heide, Plaggen, Schilf, Rohr, Sand; Steinen, Lehm, Mergel oder andern Erddarten zwölf, von Loh, Rinde, Birkenzweigen, Besenreisern und Holzspänen sechszehn Schillinge; für die eines Bundes, oder was dem gleich kommt, von Nadelholz-
wurzeln vierundzwanzig Schillinge; für die von Baumzunder oder Schwamm, von Beeren, Baumsäften, Honig und Ameiseneiern, je nach dem Maße des Entwandten, acht Schillinge bis zu einem Thaler, und für die eines Kiefernstammes (die Wurzeln der Kiefer) von zwölf Zoll und darüber einen Thaler.

a) Eine verhältnißmäßige Abminderung des Straffsatzes, jedoch nie unter vier Schillingen, tritt ein, wenn weniger als ein Scheffel, eine Tracht, ein Bund entwandt ist, und eine Erhöhung nach denselben Verhältnisse, wenn

das Entwandte solches Maas erheblich übersteigt oder mehrfach erreicht.

b) Waren die entwandten Gegenstände in der Fölsung bereits zusammengebracht, gesammelt, geworben, gestochen, gegraben, gehalten, gerissen, geschält oder sonst bereitet, so sind die Strassäge doppelt zu erlegen.

3) Der vierfache Werthsbetrag ist als Strafe wahrzunehmen, wenn geschwälte Kohlen, gestochener oder geformter Torf, schon gefälltes oder gehauenes, zu Brennholz geschlagenes oder sonst zu irgend einer andern Bestimmung bereitetes Holz und Busch entwandt sind.

4) Sechsfach ist der Werthsbetrag zu erlegen für die Entwendung von mit der Wurzel ausgezogenen Pflänzlingen, ferner von grünen, noch nicht gefällten wachsliehen Hestern von Eichen, Fäheschen, Ulmen (Küstern) und Rothbuchen; an Bäumen in Anpflanzungen, in Baumgängen (an Alleebäumen) und an Zierbäumen; von den Floß- und Ablagestellen und aus den Floßgewässern; — von Nadelholzwurzeln und Rössen (Pöllen) aus stehenden, nicht gänzlich trocknen Bäumen, von Bandstöcken oder Weeden aus Kropfholzbäumen und am Fadenholze, mag es zu Brennholz oder zu Nußholz in Faden gesetzt sein: werden davon einzelne Kloben entwandt, so ist der Werth für jeden Kloben mindestens zu vier Schillingen, wenn es Brennholz, und mindestens zu acht Schillingen, wenn es Nußholz ist, anzunehmen.

5) Der sechsfache Betrag der Wiederherstellungskosten ist wahrzunehmen, wenn Entwendungen an den Forstzubehörangen, an Grenz- oder Schlagscheide-Merkmalen, an Warnungstafeln, Schlenken, Brücken, Schlagbäumen, Berückungen, Geländern, Zäunen und an sonstigen Vorrichtungen zu forstwirtschaftlichen Zwecken begangen sind.

6) Mit Erlegung des achtfachen Werthbetrages sind die Entwendungen an Buschwerdern in und an den Gewässern, an den zur Befriedigung oder Befestigung der Ufer, Dämme

und Deiche dienenden Anpflanzungen, sowie die an den Deckungen und Fäunen zur Bindung von Sandfahlen zu büßen.

Diese Strafbestimmung soll auch die außerhalb des Bereichs der Hölzungen begangenen Frevel dieser Art ergreifen.

7) Die Entwendung ist in allen vorbemerkten Entwendungsfällen, auch ohne erfolgte Zueignung, für vollendet zu achten, wenn der Freveler das stehende Holz gebauen, gefällt oder entwurzelt, sonstige Gegenstände geschnitten, gestochen, gegraben oder gepflückt hat, dergleichen wenn das liegende Holz oder sonstige Gegenstände von ihm bereits zusammengelegt oder gesammelt waren und nur die Fortschaffung wider seine Absicht gehindert ward.

8) Von der Willkür des Beschädigten hängt es ab, ob er die Zurückgabe des Entwandten — es sei noch ganz oder nur theilweise mehr vorhanden — verlangen will. Im Falle der Zurückgabe aber ist der einfache Werth des Zurückgegebenen von dem ausgemittelten Strassage in Abzug zu bringen.

§. 4.

Da, wo das Strafmaaß von einem unbestimmten Werthsbetrage des Entwandten abhängig gemacht worden, ist zur Werthermittelung in den Domainen die zur Zeit des begangenen Frevels geltende Forsttaxe grundlegend zu machen, und für die zu den Domaniel-Waldungen nicht gehörigen Hölzungen, für welche eine eigene allgemeine Forsttaxe nicht besteht, gilt die des nächsten Domaniel-Forstes.

Sind bei entwandten ganzen Bäumen die der Taxbestimmung unterliegenden Größenverhältnisse nicht mehr unmittelbar zu messen, so ist die Abschätzung nach den dafür bestehenden Regeln durch Sachverständige zu beschaffen. Eine Abschätzung durch letztere tritt auch dann ein, wenn in andern Fällen die Taxe keine ausreichende Bestimmung gibt, sowie namentlich auch dann, wenn wegen Beschädigungen Wiederherstellungskosten zur Frage stehen.

§. 5.

Strafe der
Beschädi-
gungsfrevel.

1) Beschädigungen der Forsterzeugnisse oder Forst-
zubehörungen — ohne Entwendung — sind, je nach dem Um-
fange der Beschädigung und der Verschuldung, mit einer Strafe
von acht Schillingen bis zu fünf, in schweren Fällen bis zu
zwanzig Thalern zu belegen. Dahin gehören:

a) Verletzungen an stehendem Holze durch Schälen, Ringeln,
Entgipfeln, Entästen, Anhauen oder Sägen, Reißen, An-
oder Abhauen der Wurzeln, Anbohren oder auf andere
Weise.

b) Das Beschädigen oder Zerstören des liegenden Holzes oder
anderer Forsterzeugnisse und sonstige Beschädigungen in den
Hölzungen an polizeilichen oder andern Zeichen, Anlagen,
Einfriedigungen und allen sonstigen Vorrichtungen zu forst-
wirthschaftlichen Zwecken. Die zur Wiederherstellung des
Beschädigten oder Zerstörten erforderlichen Kosten sind ne-
ben der Strafe besonders wahrzunehmen.

2) Die aus Unachtsamkeit veranlaßten Beschädigungen oder
Zerstörungen verpflichten zum Einfachen Erjaß des erweislichen
Schadens oder der Wiederherstellungskosten.

3) Die Vergehen, dieser Art, welche als Grenzverrückung,
Fälschung oder Brandstiftung oder als bössliche Beschädigung
der gegen die Gewässer unterhaltenen Dämme und Deiche sich
darstellen, sind, dem Criminalverfahren zu überweisen.

§. 6.

Strafe der
der Weide-
frevel insbe-
sondere.

Wegen des unbefugten Weidens im Bereiche der Höl-
zungen wird bestimmt:

1) Wegen des Weidens von Pferden sind vier und
zwanzig, von Rindvieh oder Ziegen sechszehn, von Käl-
bern oder Schweinen acht, von Schafen vier und von Gän-
sen ein Schilling für jedes Stück als Strafe zu erlegen,
wobei jedoch die noch saugenden Thiere und die jungen Gänse
in den ersten drei Wochen nicht mitzuzählen sind.

2) Die Strafe ist doppelt wahrzunehmen, wenn der
Weidefrevel in Aufschlaghölzern in den ersten sechs Jahren

nach dem Abtriebe, oder in Besamungsschlägen, worin schon Nachwuchs vorhanden, oder in den ersten sechs Jahren, nachdem die letzten Besamungs- oder Schußbäume weggenommen sind, oder in gepflanzten oder aus der Hand besamten Beständen in den ersten zehn Jahren nach der beschafften Kultur, oder auf den in dem Jahre noch nicht geworbenen Forstwiesen, oder auf gebundenen Sandschollen Statt gehabt hat.

3) Ob das Vieh längere oder kürzere Zeit geweidet hat, kommt bei jenen Straffsätzen nicht in Berücksichtigung. Sind jedoch von einer Heerde nur einzelne Stücke Vieh aus Unachtsamkeit des Hirten übergelaufen, so ist für solche die Strafe nur halb zu erlegen.

4) Die Zahlung der Strafe ist von den Eigenthümern des Viehes, ihre Schadloshaltung durch den Hirten oder wenn sonst die Schuld trifft vorbehältlich, zu leisten. Sind bei gemischten Heerden die Eigenthümer nicht zu ermitteln, so ist der Hirte für die Strafe verhaftet.

§. 7.

Die mit keiner Entwendung oder absichtlichen Beschädigung ^{Uebertre-} verbundenen Uebertretungen der allgemeinen und örtlichen tungsfrevel. Bestimmungen der Forstpolizei oder der Forstverwaltung, welche den Forstschuß, die Forstkultur oder die Ordnung im Forstbanshalte zum Zweck haben, sind, nach Beschaffenheit und Verschulden, mit Geldstrafe bis zu zwei Thaler n zu ahnden.

Dahin gehören: das Betreten oder Befahren der Hölzungen an den untersagten Orten, die Uebertretung der über Ort, Zeit und Weise des Betriebes in den Hölzungen gemachten Vorschriften, die eigenmächtige Ausdehnung oder Ueberschreitung des nur beschränkt Gestatteten u. dgl. m.

Wer insbesondere mit Aexten, Beilen, Sägen, Sensen, Sichel n, oder mit andern zur Begehung eines Forstfrevels tauglichen Werkzeugen oder Geräthen, außerhalb der gestatteten Wege und Fußsteige im Bereiche der Hölzung betreten wird, ohne einen erlaubten Zweck solcher Mitföhrung nachweisen

zu können, ist in eine Geldstrafe von acht Schillingen bis zu einem Thaler zu nehmen, und der, welcher unter gleichen Umständen mit einem zum Fortbringen des Holzes oder anderer Forsterzeugnisse dienlichen Spannfuhrwerke betroffen wird, hat sechszehn Schillinge für jedes Zugthier zu erlegen.

§. 8.

Schärfung
der ordent-
lichen
Strafe.

Die ordentliche Strafe (§§. 3, 5, 6, 7) ist zu erhöhen:

1) um ein Dritttheil:

- a) wenn der Frevel an Sonn- oder Festtagen oder zur Nachtzeit, d. i. von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang, begangen ist;
- b) wenn bei Entwendungs- oder Beschädigungs-Freveln eine Säge, eine Sense oder eine eiserne Harke gebraucht ward, oder zur Fortschaffung des Entwandten Schiefkarren oder Handschlitten benutzt wurden;
- c) wenn der von dem Forstbesitzer oder von den zum Forstschuß bestellten Personen auf der That betroffene Frevler auf deren Geheiß nicht stehen geblieben ist, oder die Angabe seines Namens oder Wohnorts verweigert, oder falsche Namen angegeben, sich verummant, oder sich sonst unkenntlich zu machen gesucht hat;
- d) wenn sich drei oder mehrere Personen zur Begehung einer Forst-Entwendung verabredet und solche ausgeführt haben;

2) um die Hälfte:

- a) wenn zur Fortschaffung des Entwandten ein Spannfuhrwerk oder ein Wasserfahrzeug gebraucht ist;
- b) wenn der vom Forstbesitzer oder von den zum Forstschuß bestellten Personen auf der That betroffene Frevler sich der Pfändung oder der Abnahme des Entwandten oder seiner zulässigen Festnehmung widersetzt hat;

3) um die Hälfte bis zum Doppelten, nach richterlichem Ermessen:

- a) wenn die Entwendung zum Verkauf oder zum Verarbeiten auf den Verkauf geschah;
- b) wenn der Frevler bei Begehung der That Waffen mit sich führte;
- c) wenn die Entwendung oder Beschädigung von den Forstarbeitern begangen ist.

Treffen mehrere dieser erschwerenden Umstände (Nr. 1. 2. 3.) bei einem Frevler zusammen, so wird nur Einer derselben, und zwar derjenige berücksichtigt, welcher die höchste Schärfung nach sich zieht.

4) Eine Erhöhung der durch den neuen Frevler verschuldeten Strafe um ein Dritttheil bis zum Doppelten tritt ein, wenn der Frevler innerhalb Jahresfrist schon einmal oder öfter wegen gleichartiger Frevler bestraft ward, — und um das Doppelte bis zum Dreifachen dann, wenn unter solchen Verhältnissen schon zweimal Gefängnißstrafe gegen ihn vollzogen ist.

Hat der wegen eines Entwendungsfrevlers zu bestrafende Frevler innerhalb Jahresfrist, nach Bestimmung des §. 2. Nr. 1., schon einmal Zuchthausstrafe wegen Entwendungsfrevler erlitten, so tritt eine Erhöhung der, durch den neuen Frevler verschuldeten Strafe um das Doppelte bis zum Vierfachen ein. Ist derselbe wegen Entwendungsfrevler schon zwei oder mehrere Male mit Zuchthausstrafe belegt gewesen und ist seit Abbüßung der letzten noch kein volles Jahr verflossen, so ist die ihn treffende ordentliche Strafe um das Vierfache bis zum Achtfachen zu erhöhen.

5) Die von den Forstfrevlern den angestellten und vereidigten Forstbeamten oder Forstunterbedienten in der Ausübung ihres Berufs zugesügten wörtlichen oder thätlichen Beleidigungen, so wie die gegen solche begangenen Gewaltthatigkeiten, oder mit Gewaltausübung verbundenen Widerseßlichkeiten, namentlich auch der von den mit sich geführten Waffen gegen solche Personen gemachte Gebrauch, gehören dem Criminalverfahren an.

§. 9.

Bestrafung
der den
Frevlern ge-
leisteten Bei-
hülfe.

Die den Frevlern bei Begehung der Forst-Entwendungen, deren Werth einen Thaler übersteigt, so wie die zum Verbergen oder zur Entäußerung des also Entwandten geleistete Beihülfe ist desgleichen mit Geldstrafe — welche, ohne Theilnahme des Beschädigten daran, in ihrem vollen Betrage der Bruchkasse zufließt — und, im Falle des Unvermögens, ausbühlich mit Gefängniß, wie nachsteht, zu büßen:

1) Wer absichtlich zur Begehung eines Entwendungsfrevels über einen Thaler am Werthe unmittelbar oder mittelbar Beistand leistet, verfällt als Gehülfe nach dem Verhältnisse desselben und nach der Beschaffenheit des Frevels in eine Geldstrafe von einem bis zehn Thalern.

Wird die Beihülfe von Kindern, Dienstleuten oder sonstigen von dem Frevler abhängigen Hausgenossen desselben geleistet, so hat der Frevler selbst, neben der Strafe des Frevels, auch die für die Beihülfe verwirkte zu büßen.

2) Wer entwandte Forsterzeugnisse oder Forstzubehörungen, im Werthe über einen Thaler, wissentlich und aus eigennütziger Absicht bei sich aufnimmt, verbirgt, an sich bringt, oder zu deren Absatz an Andere mitwirkt, hat als Fehler nach dem Umfange des Gegenstandes und nach der Beschaffenheit seines Verschuldens Geldstrafe von zwei bis zwanzig Thalern zu erleiden.

Die Strafe ist um die Hälfte bis zum Dreifachen zu erhöhen, wenn gegen dieselbe Person schon früher eine oder mehrere Bestrafungen wegen Hehlerei dieser Art Statt gefunden haben.

In den Verhaftungsfällen der Eltern u. des §. 2. Nr. 5. findet die Strafe der Hehlerei keine Anwendung.

3) Der, ohne Eigennuß, jedoch sonst absichtlich zum Verbergen des Entwandten oder sonst zu dessen Befreiung geleistete Vorschub ist mit vier und zwanzig Schillingen bis zu fünf Thalern zu büßen.

4) Wer von unbekannten Personen, ohne genügende Versicherung des rechtmäßigen Besizes, oder von verdächtigen bekannten Personen, oder sonst unter Umständen, die ihn verdächtig sein konnten und mußten, Holz ankauft oder sonst an sich bringt, welches demnächst als entwandt befunden wird, ist, auch ohne der Hehlerei geständig oder überführt zu sein, als Begünstiger in eine Strafe, nach Befinden, bis zu zehn Thalern zu nehmen.

5) Neben der Strafe hat der Hehler oder Begünstiger den Werth der entwandten Gegenstände, insoweit solche noch bei ihm angetroffen werden, oder erweislich in seinen Rußen bereits verwandt sind, dem Beschädigten zu vergüten, wenn dieser nicht etwa die Zurücknahme des noch Vorhandenen vorzieht oder anderweitig darüber verfügt.

6) Der Ankauf von Sammelholz ist verboten; wer dagegen handelt, ist von seiner Obrigkeit in eine Polizeistrafe bis zu zwei Thalern zu nehmen.

§. 10.

Eine Bestrafung der Forstfrevel findet nicht weiter Statt, ^{Verjährung der Forstfrevel.} wenn von der Zeit an, da sie begangen wurden, bis zum Unterge auf Untersuchung,

- a) bei Weide- und Uebertungsfreveln, 3 Monate;
- b) bei Entwendungs- und Beschädigungsfreveln, deren Gegenstand nicht über 10 Thaler beträgt, 12 Monate, und

- c) bei denselben über 10 Thaler, 2 Jahre verstrichen sind.

II. Von den besondern Maaßregeln zum Forstschuß.

§. 11.

Die zum unmittelbaren Forstschuß bestellten, darauf förmlich beeidigten und im Dienste durch eine Dienstkleidung ^{Obliegenheiten und Befugnisse der Forstbediente.} oder durch sonstige äußere Zeichen als solche kenntliche Forstbediente — wozu unter jenen Voraussetzungen namentlich auch die Revierjäger gehören — sind, nach genügender

Anweisung ihrer Vorgesetzten, insbesondere berechtigt und verpflichtet:

1) die auf der That, d. i. beim Begehen des Frevels, auf der Flucht oder beim Wegbringen des Entwandten betroffenen Freveler anzuhalten, den Freveln zu wehren, sich durch gehörige Befragung über die Person des Frevelers genugsam zu vergewissern und ihn zur Ablegung des Entwandten oder zu dessen Hinschaffung an einen geeigneten Ort zu nöthigen.

Auch über den Bereich der Hölzung hinaus, und selbst in einen fremden benachbarten Gerichtsbezirk hinein, dürfen sie die beim Betreten flüchtig werdenden Freveler verfolgen, oder denen, welche sich mit dem Entwandten bereits entfernt haben, nach-eilen, und sie im Betretungsfall in gleicher Weise anhalten.

In fremden Gerichtsbezirken ist jedoch demnächst der Ortsbehörde von dem stattgehabten Vorgange ungesäumt die Anzeige zu machen. Eine Nachfolge in die Häuser und Wohnungen darf nie und nirgends anders, als auf Verfügung und Beistand der betreffenden Ortsbehörde statthaben.

2) Sind die also auf der That betroffenen Freveler unbekante, oder sich nicht ausreichend fundgebende Personen oder Ausländer oder wollen sie sich den zulässigen Anforderungen des Forstbedienten nicht gutwillig fügen, so ist derselbe befugt, sie zur sofortigen Bestellung vor die, nach dem Orte der Anhaltung zuständige Obrigkeit zu verhaften.

3) Können die Forstbediente wegen thätlicher Widerseßlichkeit der Freveler ihre Obliegenheiten nicht zur Ausführung bringen, so sind sie befugt, den Frevelern bis zum nächsten Orte zu folgen und daselbst den Beistand der Ortsbehörden in Anspruch zu nehmen, oder auch sonst, wo dies nach der Vertlichkeit mit Erfolg möglich ist, sich die Hülfe anderweitig dazu verpflichteter Personen (§. 15) zu verschaffen.

4) Wegen absichtsloser kleiner Verschuldungen, oder aus Irrthum begangener und wegen sonstiger leichter Uebertretungen, wodurch kein wesentlicher Schaden, oder doch in keinem beachtungswerthen Maße erwachsen, ist immer die Rücksicht zu

nehmen; daß der darauf Betroffene keine unverhältnißmäßige Ungelegenheit erfahre; Zurechtweisungen und Warnungen in angemessener Weise sind in solchen Fällen nur anwendlich und genügend.

5) Außer dem im §. 12 gedachten Falle einer Pfändung am Gelde, dürfen die Forstbediente unter keinem Namen oder Vorwande von dem von ihnen betroffenen Frevler ohne Vorwissen ihrer Vorgesetzten Geld annehmen.

§. 12.

Die auf der That betroffenen Frevler, welche unbekannt ^{Recht zur Pfändung der Frevler.} sind, oder im Gerichtsbezirke des begangenen Frevels ihren Wohnort nicht haben, oder demnächstige Ableugnung vermuthen lassen, oder deren Zahlungsfähigkeit ungewiß ist, können an den Sachen, Werkzeugen, Geräthen, Fuhrwerken und selbst der Ausspannung, welche sie mit sich führen, insoweit gepfändet werden, als dies zum Beweise der Statt gefundenen Betretung oder zur Sicherung des mutmaßlichen Betrages der durch den begangenen Frevel verwirkten Geldstrafe, nach ungefährtem Ermessen des Forstbedienten, erforderlich ist. Pfändung in einem fremden Gerichtsbezirke ist unstatthast.

Bei Weide-Freveln kann, unter gleichen Verhältnissen und Beschränkungen, eine Pfändung des zu Schaden gehenden Viehes Statt finden.

Die Einlösung der, sonst bis zur ausgemachten Sache — nach den Umständen, bei dem betreffenden Forstbeamten, bei der Ortsbehörde oder bei dem zuständigen Forstgerichte — aufzubewahrenden Pfänder gegen Niederlegung einer der Strafe gleichkommenden Geldsumme ist zulässig und nicht zu verweigern. Auch ist es den, wegen Beschädigungs- oder Uebertretungs-Frevel Angehaltenen gestattet, die Pfändung an ihren Sachen durch Ausbändigung einer entsprechenden Geldsumme an die pfändenden Forstbediente abzuwenden. Letztere haben dann das empfangene Geld, gleich den sonstigen Pfändern, ohne Verzug zur Aufbewahrung abzuliefern.

Bei Verhinderung der Pfändung durch thätliche Widerseßlichkeit der Freoler haben die Forstbediente nach Vorschrift des §. 11 No 3. zu verfahren.

§. 13.

Recht zur
Hausfu-
chung und
sonstigen
Umsuchun-
gen.

Ist der Thäter einer Holzentwendung, von welcher anzunehmen ist, daß sie erst in den letzten vier Wochen begangen worden, nicht anderweitig zu ermitteln, so können die betreffenden Forstbediente oder die Forstverwaltung in den Orten, wohin das Entwandte nach ihrer Vermuthung geschafft worden, geeignete Nachforschungen, auch Hausfuchungen oder sonstige Umsuchungen bei der Ortsbehörde mündlich oder schriftlich, mit Angabe genügender Verdachtsgründe, beantragen, und hat letztere das Zulässige ungesäumt zu verfügen, auch dem anwesenden Forstbedienten die Theilnahme, jedoch unter ihrer Leitung, bei den Hausfuchungen oder sonstigen Umsuchungen zu gestatten.

Was auf diesem Wege an entwandtem Forsteigenthume gefunden wird, ist bis zur ausgemachten Sache obrigkeitlich unter Beschlag zu nehmen.

Die bei den Umsuchungen vorkommenden Widerseßlichkeiten, so wie etwanige Vergreifungen an den beschlagenen Gegenständen oder sonstige Nichtachtungen der solcherhalb getroffenen Verfügungen, stehen zur besondern Abhandlung der Behörde, welche die Umsuchung angeordnet hat.

§. 14.

Unmittelbares
Verfahren
der
Forstbe-
sitzer.

Die Forstbesitzer können gegen die von ihnen selbst auf der That betroffenen Freoler, so wie überhaupt zum Schutze ihres Eigenthumes in gleicher Art (vergl. §§. 11 — 13) selbst oder durch ihre Stellvertreter verfahren.

§. 15.

Mittelbare
Aufsicht
durch ander-
weitig An-
gestellte.

Außer den Forstbedienten und den zum Forstschutz besonders mit angewiesenen Gendarmen haben auch die Dorfmeister und Dorfaufseher, die Baum- und Brückenwärter, die Schützen-, Canal- und Chauffee-Einnehmer und Wärter, die Seevögte, Landreiter, die Dorfschützen und Nachtwächter in

den Dörfern, nach näherer Anweisung ihrer vorgesetzten Dienstbehörde, auf einen verdächtigen Verkehr mit Holz, insbesondere auf das Fort- oder Einbringen des Holzes in ungewöhnlicher Art, zur ungewöhnlichen Zeit oder auf andern als den gewöhnlichen Wegen zu achten und dergleichen Vorkommenheiten, so wie die ihnen sonst zur Kenntniß kommenden Forstfrevel den nächsten Forstbedienten oder der Ortspolizeibehörde alsbald genau anzuzeigen, auch den Forstbesitzern oder den Forstbedienten zur Entdeckung der Frevel und Habhaftwerdung der Freveler nach Kräften behülflich zu sein.

§. 16.

Insbefondere haben auch die Thorfchreier in den Städ.^{Beaufsichtigung des Einbringens des Holzes in die Städte.} ten auf das Einbringen des Holzes Acht zu geben und, bei verdächtigen Umständen, von den einbringenden Personen über die Rechtmäßigkeit ihrer Vornahme nähere Auskunft zu fordern, und falls solche durch glaubhafte persönliche Ausweisung, Begleitscheine oder sonst nicht befriedigend gegeben werden sollte, den Einbringer mit dem Holze anzuhalten und davon der Polizeibehörde sofort die Anzeige zu machen, welche demnächst bei sich ergebender Entwendung die Beschlagnahme zu verfügen und den Forstbesitzer oder die betreffende Forstverwaltung davon zu benachrichtigen hat. Wird das also in Beschlag genommene Holz nicht innerhalb vier Wochen von einem Eigentümer in Anspruch genommen, so ist darüber zum Besten der Orts-Armenverwaltung zu verfügen.

§. 17.

Alle Ortsobrigkeiten, insbesondere auch die Polizeibehörden^{Beihülfe der Ortsobrigkeiten.} sind verpflichtet, den Forstbesitzern oder Forstbeamten zur Verhütung und Entdeckung der Forstfrevel bereitwilligen Beistand zu leisten und sich mit ihnen, bei häufig vorkommenden Entwendungen dieser Art, über die, nach der Dertlichkeit und sonstigen Umständen wirksamsten Mittel zu ihrer Verbrügung zu benehmen, die Unterbediente darauf gehörig anzuweisen und zur Erfüllung ihrer desfallsigen Obliegenheiten mit Nachdruck anzuhalten.

III. Von dem Strafverfahren gegen die Forstfrevler.

§. 18.

Gerichtszu-
ständigkeit.
Forstge-
richte.

1) Das Verfahren zur Bestrafung der Forstfrevler findet nur auf den Antrag der Beschädigten oder ihrer Vertreter und nur bei den Ortsgerichten Statt, in deren Gerichtsbezirk die Frevler begangen sind. Da, wo den Magistrats-Gerichten in den Städten, auch ohne Ortsgerichte zu sein, die Forstgerichtsbarkeit bisher zustand, bewendet es bei dieser Zuständigkeit.

Diese Gerichtszuständigkeit ergreift auch die bei dem Frevler betheiligten Gehülfen, Fehler und Begünstiger (§. 9.) und berechtigt zu allen, wegen der abgepfändeten oder mit Beschlagnahme belegten Gegenstände erforderlichen richterlichen Verfügungen. Sie ist — mit alleiniger Ausnahme der dienstthuenden Soldaten und wegen der Beurlaubten mit Berücksichtigung der §§. 33. 34. der Instruktion zum Recrutirungs-Gesetz vom 22sten Februar 1830 — gegen alle und jeden Frevler, weß Standes sie auch sein mögen, und ohne Berücksichtigung des sonstigen Gerichtsstandes derselben begründet.

Die Frevler, welche sich erst bei dem gerichtlichen Verfahren, als in einem andern Gerichtsbezirke begangen, herausstellen, sind den Betheiligten, unter Mittheilung des deshalb Verhandelten, zur etwaigen Verfolgung bei den zuständigen Gerichte zu überlassen; jedoch werden die Zuständigkeit des untersuchenden Gerichts und die damit verbundenen Folgen durch eine bloße, ohne sofortige genügende Nachweisung, gemachte Angabe des Frevlers, daß der von ihm an sich eingestandene Frevler unter anderer Gerichtsbarkeit begangen worden, nicht aufgehoben.

2) Die für die Untersuchung und Entscheidung der Forstfrevler zuständigen Gerichte heißen in dieser Eigenschaft Forstgerichte.

Den Verhandlungen bei den Amts-Forstgerichten haben auch die dazu bestimmten Landesherrlichen Forstbeamte beizugehen.

wohnen. Solche haben, ohne sonstige Theilnahme an der Leitung und Entscheidung der Sachen, die vorliegenden Anträge über den Werth des Entwandten, oder über den Betrag der Beschädigungen und über sonstige in den Forstbetrieb und die Forstkunde einschlagende Fragen zu prüfen und darüber ihr, von dem Gerichte zu berücksichtigendes, sachkundiges Erachten abzugeben.

Auch den übrigen Forstgerichten ist zu solchem Zweck die Zuziehung eines dazu tüchtigen, dann auch gehörig zu beeidigenden Forstkundigen gestattet, aber auch sonst unbenommen, die ihnen zur Erledigung einer Forstbruchsache erforderlichen sachverständigen Erachten von andern Sachkundigen einzuholen.

3) Die muthwilligen und frevelhaften Beschädigungen der Allee-Bäume an den öffentlichen Wegen können an den dabei Betroffenen auch von Amtswegen polizeilich gerügt und mit Geldstrafe von zweiunddreißig Schillingen bis zu fünf Thalern, oder nach Umständen mit entsprechender Gefängnißstrafe — unter Berücksichtigung der Bestimmungen des §. 2. No. 1. — belegt werden.

4) Auch bleibt es der Ortspolizei unbenommen, dem Befinden nach, gegen die Fehler und Begünstiger (§. 9.) von Amtswegen einzuschreiten und auch ohne Antrag der Beschädigten, gegen die Personen, welche sich einem die Sicherheit des Eigenthums gefährdenden Verkehr der Art hingeben, zu verfahren.

§. 19.

1) Der Antrag auf Untersuchung eines Forstfrevels muß ^{Einleiten-} die thatsächlichen Verhältnisse, worauf er gegründet werden soll, ^{des Verfah-} also nebst genügender Bezeichnung des Frevels nach Namen und Wohnort, den Ort, die Zeit und den Gegenstand des Begehens und die Uebersührungsmittel benennen, und da, wo es auf einen Werthsbetrag oder auf den der Besserungskosten ankommt, dessen Angabe und Berechnung enthalten.

2) Auf einen solchen genügenden Antrag, dessen Vervollständigung nöthigenfalls zu erfordern ist, tritt zur nöthigen Behlen, Archiv. XV. Bd. 28 Heft.

Vorbereitung der Entscheidung, ohne Zulassung von Verhandlungen des Civil-Prozesses, amtliches Untersuchungsverfahren ein, und zwar in so abgefürzter und vereinfachter Weise, als es eine genügende Ermittlung der, nach dem Antrage, für die Entscheidung wesentlichen Umstände und ein ausreichendes gegenseitiges Gehör nur zuläßt.

Schriftliche Verhandlungen der Betheiligten sind in der Regel nicht zulässig und eben so wenig eine Vertretung des Frevlers durch andere Personen. Die Vernehmung des, zum persönlichen Erscheinen verpflichteten Frevlers geschieht in Terminen in zu gestattender Gegenwart des Antragenden oder dessen Vertreters zum Protokoll, zu welchem auch, ohne sonstige Förmlichkeit, die Beweissthümer und das sonst zur Entscheidung Erforderliche zu erheben und die ganze Verhandlung thunlichst so zu leiten ist, daß in demselben Termine noch die Entscheidung und deren Bekanntmachung erfolgen kann.

3) Da, wo zur Abhaltung der Forstgerichte nicht ohnehin schon eine feststehende Zeit bestimmt ist, ist der erste Untersuchungs-Termin ohne besondere Hinderungsgründe nicht über drei Wochen nach dem gemachten Antrage hinaus anzusetzen, und der Frevler dazu, mindestens vier Tage vor dem Termine, schriftlich zu laden. Die Ladung enthält die Androhung, daß der Geladene, im Fall seines nicht noch vor dem Anfange des Termins genügend entschuldigten Ausbleibens, der thatsächlichen Umstände der Anklage für geständig werde angenommen und darnach, mit Ausschließung seiner etwanigen Einwendungen, werde entschieden werden.

Dabei sind die Thatsachen, worauf sich die Anklage gründet, in allen wesentlichen Punkten in der Ladung bestimmt anzuführen, namentlich also auch der angegebene Werths- oder Beschädigungs-Betrag und die etwanigen Erschwerungsgründe.

An fremde Gerichtsbehörige ist die Zufertigung der Ladung durch das zuständige Gericht Amtswegen zu bewirken.

Zur Erleichterung der Ausfertigung können zweckmäßig

eingerichtete, gehörig ausgefüllte und vollzogene Formulare zu den Ladungen gebraucht werden.

4) Daß die Ladung gesetzlich beschafft worden, muß aus dem Untersuchungs-Protokolle ersichtlich sein, und nur dann, wenn solcherhalb kein Mangel vorhanden, ist gegen den, ohne alle oder doch ohne genügende Entschuldigung Ausgebliebenen die Entscheidung ohne Weiteres abzugeben, die aber keine andere, als die in der Ladung angeführten Thatfachen unterstellen darf.

§. 20.

Die Verordnung vom 12ten Januar 1841, betreffend den Beweis im Criminal-Prozeß findet nach §. 16. Nr. 1. derselben auch auf die Beweisung der Forstirevel angemessene Anwendung, jedoch unter Berücksichtigung der nachstehenden besondern Bestimmungen. Beweisverfahren.

1) Die Zugeständnisse oder Anführungen der Frevler geben in allen für die Entscheidung wesentlichen Umständen gegen dieselben vollen Beweis, wenn sie auch nicht anderweitig unterstützt oder bekräftigt sind.

Gleiche Wirkung haben auch die außergerichtlichen Geständnisse und Angaben, welche von einem auf der That betroffenen Frevler bei seinem Anhalten, Verhaften oder Pfänden, oder bei einer Umsuchung oder Beschlagnahme von dem Inhaber des Gefundenen erwiesenermaßen gemacht worden sind.

2) Die auf eigene Wahrnehmung gegründete und durch sonstige Umstände unterstützte Aussage eines unverdächtigen Zeugen ist zum Beweise ausreichend.

Insoferne das Gericht in einzelnen Fällen deßhalb nicht besonderes Bedenken findet, sind die beeidigten Forstbediente, auch in Bezug auf ihre Anzeigen gegen die Frevler, insoweit sie von deren Erfolg keine persönlichen Vortheile zu erwarten haben, als vollgültige Zeugen zulässig, und genügt dann statt der förmlichen Ableistung des Zeugeneides die vor Gericht stathabende Bekräftigung auf ihren Diensteid.

Unter gleichen Voraussetzungen und Beschränkungen ist auch den auf den geleisteten Dienst eid gemachten Anzeigen und Aussagen der Angestellten, welche nach §. 15. zum mittelbaren Forstschutze verpflichtet sind, so wie den der Thorschreiber (§. 16.) und der Unterbedienten (§. 17.) über das, was sie bei Ausübung ihrer Pflicht durch eigene Wahrnehmung erfahren haben, voller Glaube beizumessen.

Ein Dienstverhältniß, worin ein Zeuge zu dem betheiligten Forstbesitzer steht, macht denselben an sich nicht verdächtig, vielmehr ist er auch dann, bei dem Vorhandensein der übrigen gesetzlichen Erfordernisse der Unverdächtigkeits, für unverdächtig zu halten.

3) Die eidlichen Aussagen der durch den Frevel an ihrem Eigenthume beeinträchtigten, als unbescholten und glaubhaft bekannten Forstbesitzer oder ihrer Vertreter geben vollen Beweis auch gegen den Freveler, wenn sie durch sonstige Umstände unterstützt werden.

4) Bei einer gleichen Unterstützung durch anderweitige Umständige genügen zur Herstellung des vollen Beweises gegen den Freveler auch die Angaben solcher Theilnehmer oder Gehülfen, deren Glaubwürdigkeit durch anderweitige erhebliche Gründe nicht verdächtig ist, vorausgesetzt jedoch, daß ersterer eine Person ist, zu der man sich der That wohl versehen kann.

5) Daß ein Entwendungs- oder Beschädigungs-Frevel überall Statt gefunden habe, an welchen Orten, an welchen Gegenständen und in welchem Umfange — wird durch die auf ihren Dienst eid gemachte Angabe der Forstbediente auch der Forstbesitzer oder ihrer Vertreter, nach hinzugekommener ihrer eidlichen Bestärkung, ausreichend in Gewißheit gesetzt. Ob bei sehr umfänglichen Freveln dieser Art, zur sichern Begründung des Thatbestandes, die Einnahme gerichtlichen Augenscheins angemessen sein kann, steht zum Ermessen des Gerichts.

6) Zur Ueberführung der auf der That betroffenen, an-

gehaltenen, gepfändeten oder verhafteten Frevler bedarf es nur der genügenden Nachweisung dieser Vorgänge.

7) Wer sich über den rechtmäßigen Erwerb des Entwandten, welches in seinem Besitze angetroffen wird, nicht auf glaubhafte Weise ausweisen oder sonst deshalb rechtfertigen kann; ist nach den Umständen als überführter Frevler, Fehler oder Begünstiger zu behandeln.

8) Zur Führung etwaniger Gegenbeweise ist dem Beschuldigten allenthalben ausreichende Gelegenheit zu geben, und er dabei von richterlichem Amtswegen angemessen zu unterstützen. Die der Anklage gestatteten Erleichterungen in der Beweisführung müssen nicht nur, so weit anwendlich, auch der Vertheidigung zu statten kommen, sondern es werden auch für diese, unter Umständen, schon glaubhafte Bescheinigungen statt förmlicher Beweise genügen können; jedoch bleibt die Ausrede, daß ein entwandter Gegenstand gefunden worden, ohne genügende Nachweisung ganz unbeachtlich.

9) Bei ungenügender Uebersührung muß reine Freisprechung erfolgen; einstweilige Freisprechung (Entbindung von der Instanz) ist unstatthaft und ebenso der Reinigungs- eid unanwendlich. Ob die Freisprechung wegen herausgestellter Unschuld, oder aus Mangel genügender Uebersührung Statt finde, ist in der Entscheidung auszusprechen:

§. 21.

Gegen die gehörig — zum Protokoll oder durch schriftliche Aufertigung — bekannt gemachten Erkenntnisse der Forstgerichte steht nur den Verurtheilten ein Rechtsmittel zu, und zwar:

Rechtsmittel gegen die Erkenntnisse der Forstgerichte.

1) in den Fällen, in welchen Geldstrafe über neunzig Thaler oder eine über drei Monate hinausgehende Freiheitsstrafe erkannt ist, das Rechtsmittel der Revision, welches die Sache zum zweiten und letzten Spruch an die, für das erkannt habende Gericht sonst zuständige Justiz-Canzlei, oder — in Rostock und Wismar — an das betreffende städtische Obergericht bringt. Beläßt jedoch das zweite Erkenntniß

es bei einer Verurtheilung, welche — wenn auch nur aus-
hülflich — eine zweijährige oder längere Freiheitsstrafe
erreicht, so kann der Verurtheilte noch einen dritten, allemal
letzten Spruch beantragen, welcher dann vom Ober-Appella-
tions-Gericht zu Rostock abzugeben ist.

Die Erklärung, von der Revision Gebrauch machen zu
wollen, muß zur Abwendung sonst eintretender Rechtskraft
innerhalb acht Tagen nach der Bekanntmachung des Urtheils —
von zwölf Uhr Mittags des darauf folgenden nächsten Tages
angerechnet — mündlich zum Publicationsprotokoll, oder zur
Registratur, oder auch schriftlich abgegeben werden. Ist dieß
zur rechten Zeit geschehen, so erfolgt nach Ablauf von vier-
zehn Tagen, zur Einholung des ferneren Erkenntnisses, die
Einsendung der Akten an das betreffende Obergericht, und
steht es dem Revidenten frei, bis dahin eine Ausführung
seiner vermeinten Beschwerden zur Registratur mündlich abzu-
geben, oder auch — jedoch ohne daß dazu die Vergabe der
Kosten aus der Gerichtskasse oder die Bestellung eines Armen-
anwaltes gefordert werden kann — schriftlich zu den Akten
einzureichen. Akteneinsicht ist zu solchem Zwecke nicht zu ge-
statten, dagegen aber auf Verlangen Abschrift der Verhandlun-
gen gegen die Gebühr zu ertheilen und in diesem Falle die
Einsendungsfrist so zu verlängern, daß dem Revidenten nach
Empfang der Abschriften mindestens noch vierzehn Tage zur
etwanigen Ausführung seiner Beschwerden verbleiben.

2) Gegen die forstgerichtlichen Erkenntnisse, welche auf
Geldstrafe von neunzig Thalern oder auf weniger
lauten, so wie gegen die, welche nicht über eine dreimo-
natliche Freiheitsstrafe hinausgehen, ist der Recurs
an die Landes-Regierung — in Rostock und Wismar an die
Magistrate daselbst — zulässig; bei der darauf ergehenden Ver-
fügung bewendet es schließlich.

Der Recurs ist bei sonst eintretender Rechtskraft vor Ab-
lauf von vierzehn Tagen nach stattgehabter Bekanntmachung
des Urtheils bei der Recursbehörde anzubringen.

Etwanige Beschwerden wegen einer, nach §. 2. Nr. 7. stattgehabten Verurtheilung in die Kosten finden durch dieselben Rechtsmittel ihre Erledigung.

Die mit der Erledigung der Rechtsmittel verbundenen Kosten treffen denjenigen, welcher von dem Rechtsmittel Gebrauch macht, insoferne nicht die darauf erfolgende Entscheidung ein Anderes bestimmt.

§. 22:

Nach eingetretener Rechtskraft der forstgerichtlichen Erkenntnisse, welche allemal auch dann anzunehmen ist, wenn der Verurtheilte seine Unterwerfung erklärt, so wie wenn in den Fällen des zulässigen Recurses über 14 Tage verstrichen sind, ohne daß die Acteneinsforderung erfolgt oder sonst die stattgehabte Einbringung des Recurses bescheiniget ist, hat das Forstgericht für die Vollziehung von Amtswegen zu sorgen und sie — unmittelbar oder wegen fremder Gerichtsbehöriger durch Ersuchungen — im kürzesten Wege zur Endschafft zu bringen.

Bekennt sich der Verurtheilte selbst zur Zahlung der zu erlegenden Geldstrafe ganz oder theilweise unvermögend, oder bewirkt, nach Ablauf der urtheilsmäßigen Frist, eine einmalige vierzehntägige Verwarnung die Zahlung nicht, so ist, insoferne eine über Arbeitsleistung getroffene Vereinbarung (vergl. §. 2. Nr. 2.) nicht angezeigt wird, sofort zur Vollziehung der ausbülftlichen Gefängnißstrafe, zulässigen Falls mit den gesetzlichen Abfürzungen, zu schreiten, und zwar in der Regel auch gegen fremde Gerichtsbehörige — welche auf desfallsiges Ersuchen dazu unweigerlich zu stellen sind — am Orte des Forstgerichts selbst. Nur aus erheblichen Gründen mag die Vollstreckung bei dem ordentlichen Gerichte des Prozeßes gestattet und durch richterliche Hülfsnachsuchung bewirkt werden.

Zum Ermessen des Gerichts bleibt es verstellt, eine behauptete Zahlungsunfähigkeit näher zu ermitteln und nach Befinden Zahlungszwang zu verfügen. Die dadurch entstehenden

Kosten sind von dem zahlungsfähig befundenen Freveler dann besonders mit wahrzunehmen.

Zur Vollstreckung einer Zuchthausstrafe sind die erforderlichen Verfügungen bei der Landes-Regierung zu beantragen.

§. 23.

Nebenbestimmungen.
1. Kostenübertragung.

1) Zu den aus der Bruchkasse zu bestreitenden Kosten (vergl. §. 2. Nr. 7.) gehören auch die durch Ersuchungen anderer Gerichtsbehörden entstehenden, an diese zu vergütenden Auslagen und Gebühren aller Art, jedoch letztere nur insoweit, als die für den betreffenden Bruchfall zur Bruchkasse gekommene Hälfte der Strafgeelder dazu mit ausreicht.

2. Conventionen mit dem Auslande.

2) Wegen der von Inländern im Auslande und von Ausländern in den hiesigen Landen begangenen Forstfrevel sind die bestehenden Conventionen — jetzt mit Preußen vom 13ten Oktober 1828, mit Hannover vom 2ten Januar 1835 — zu berücksichtigen. Die Einwohner beider Mecklenburgischen Landes-Antheile — einschließlich des Fürstenthums Rügenburg — sind in dieser Beziehung gegenseitig als Inländer zu behandeln.

3. Außergewöhnliche Abmachung der Forstfrevel.

3) Eine außergewöhnliche Abmachung der Forstfrevel durch Uebereinkommen der Betheiligten ist allemal, auch nach gerichtlicher Anhängigkeit, bis zur Eröffnung des ersten Erkenntnisses zulässig; eben so auch eine forstgerichtliche Ausgleichung derselben. In solchen Vergleichsfällen sind aber die bis dahin erwachsenen Gerichtskosten zu berichtigen.

§. 24.

Schlussbestimmungen.
1. Aufhebung der bisherigen Gesetze.

1) Alle bisher, in Bezug auf die Forstfrevel und auf das desfallige Verfahren bestanden Bestimmungen — namentlich auch die des Diebstahls-Gesetzes vom 4ten Januar 1839, §. 12. Nr. 1, insoweit die Entwendung des geschlagenen Holzes nach dem gegenwärtigen Gesetze als Forstfrevel zu behandeln ist — werden hierdurch aufgehoben.

2. Vorbehalt von Instructionen.

2) Die zur Ausführung dieses Gesetzes — welches im Uebrigen den verfassungsmäßigen Rücksichten eines allgemeinen Landesgesetzes unterworfen ist — für die Forstbeamte oder

Forstgerichte in den Domainen etwa noch nöthigen Instruktionen werden durch Landesherrliche Bestimmung seiner Zeit erfolgen; so wie es überhaupt nach wie vor von dem Landesherrlichen Ermessen abhängig bleibt, nach den besondern Domaniak-Verhältnissen und Bedürfnissen, auch zum Schutze der Forsten jeder Zeit das Angemessene zu verfügen, und namentlich auch durch das Kammer- und Forst-Collegium angemessene Aufsicht auf die Behandlung der Forstbruchsachen bei den Amtsforstgerichten führen zu lassen.

3) Dies Gesetz kommt vom 1sten Junius dieses 3. Zeit der
Jahres an in allen seinen Bestimmungen zur Anwendung. Anwen-
dung.

Ältere Verordnungen.

III.

Fürstl. Reuß-Plauische Forst- und Jagdgesetze und Verordnungen.

1) Mandat wegen abzustellender Verwüstung derer Holzungen.

Vom 4ten August 1785 *).

Da das, unterm 1sten Mart. 1773. wegen abzustellender Verwüstung derer Hölzer, erlassene Mandat, den beabsichtigten Endzweck nicht erreicht hat, vielmehr wahrgenommen worden, daß demselben durchgängig entgegen gehandelt, die Hölzer durch unpfleglichen Hotschlag und durch Ausfragen, sogar mit eiser-

*) Die nachfolgenden Verordnungen, den Stamm der Fürstl. Reuß-Plauen'schen Forst- und Jagdgesetzgebung ausmachend, sind noch in Geseßkraft und keine neueren erlassen worden. So wie es nun die Aufgabe des gegenwärtigen Werkes ist, die wichtigeren Erscheinungen im Gebiete der Forst- und Jagdlegislation in fortgehender Uebersicht zu halten, so hat dasselbe zugleich die ältern noch nicht durch den Druck bekannt gewordenen Verordnungen, wornach sich die Forst- und Jagdverhältnisse in den deutschen Staaten regeln, um so mehr nachzuholen, als dadurch nicht nur die Würdigung der dormaligen Zustände bedingt ist, sondern dieselben zugleich eine historische Wichtigkeit haben. Die für die Fürstl. Reuß-Plauen'schen Lande weiter ergehenden Forst- und Jagdverordnungen werden demnächst, gleich nach ihrem Erscheinen, aufgenommen werden.

D. R.

nen Scharen abzuwüsten fortgefahren, und das Ziegenvieh ganz ungeschüet wieder die, dieserhalb schon oft ergangene Verbothe, mit dem übrigen Rind-Vieh, oder wohl auch alleine ausgetrieben worden, daher die Nothwendigkeit eingetreten ist, obgedachtes Mandat zu erneuern, und damit solches desto genauer befolget, und alle Entgegenhandlung auf das möglichste abgestellt werde, solches noch bestimmter einzurichten, so wird verordnet und befohlen, daß:

1.

Jeder Unterthan, welcher in seinen Holzungen, Moosscharren will, solches vorher dem Reviers-Förster oder Jäger anzeigen solle, welcher hierauf dessen Hölzer zu besehen, und woferne er findet, daß ihm solches ohne Schaden des Wachsthumß der Hölzer erlaubt werden könne, die Plätze wo es gescharret werden kann, anzuweisen hat; Bey dem Moosscharren dürften keine andere als holzerne Rechen oder Scharren gebraucht und mit selbigen nur das Moos, keinesweges aber die, zur Nahrung und Wachsthum der Hölzer, so nöthige Erde weggenommen, noch vielweniger aber, die Wurzeln der Bäume entblößet werden, und soll derjenige welcher ohne Erlaubniß Moosscharret, um 5 Thaler — derjenige aber welcher eiserne Rechen oder Scharren darzu brauchet, ingleichen derjenige welcher die Erde mit wegschaffet, und die Wurzeln derer Bäume entblößet, jedesmahl um 10 Thaler bestraft werden, wie dann auch

2.

Diese Einrichtung ebenfalls bey dem Reißen derer Fichten zu Park statt haben soll, also und dergestalt, daß bey 5 Thalern Strafe kein Unterthan in seinem Gehölze Fichten zu Park reißen lassen soll, er habe denn zu vorhero von dem Reviers-Förster oder Jäger die Bäume welche darzu angewiesen werden sollen, ansehen lassen, und das Zeugniß erhalten, daß dieses ohnschädlich geschehen könne, womit sich alsdenn der Besitzer auf erforderlichen Fall schützen kann.

Sollte sich auch

3.

Wider Verhoffen ergeben, daß der Förster oder Jäger dem Unterthan das Mooscharren und Pechreißen an schädlichen Orten angewiesen, und erlaubt hätte, so soll derselbe mit doppelter Strafe, als der Unterthan, welcher ohne Erlaubniß dieses gethan haben würde, angesehen werden.

4.

Die Austreibung des Ziegen-Viehes soll bey 5 Thaler Strafe von jedem Stücke nicht allein verboten, sondern auch der Revier-Förster oder Jäger verbunden seyn, wenn er dergleichen Vieh auf denen Feldern, oder wohl gar in denen Holzungen antrifft, dieselben todt zu schießen, wofür ihm der Eigenthümer 12 gr. Schuß-Geld von jedem Stück zu bezahlen hat; und wie

5.

In Ansehung der Holz-Schläge in denen Commun- auch Bürger- und Bauern-Hölzer es bey demjenigen, was in dem Mandat vom 1ten Merz 1773. desfalls verordnet worden, nochmalen seyn bewenden behält, so soll zu dessen desto genauerer Beobachtung desselben, jeder Dorf-Richter genau Achtung geben, ob einer oder der andere aus seiner Dorf-Gemeinde, mehr Holz schlägt, als er zu seiner eigenen Wirthschafts-Bedürfniß braucht, oder auch mit Mooscharren und Pechreißen Mandatswidrig handelt, und auf diesen Fall solches sogleich bey der competenten Obrigkeit melden, widrigenfalls aber gewarten, daß er ebenfalls, wofern er diese Anzeige unterläßt, mit der nehmlichen Strafe als der Uebertreter selbst werde angesehen werden, wie denn auch

6.

die gemeine Entschuldigung des Haus-Wirths, daß das Mooscharren, der Gebrauch derer verbotenen eisernen Scharren, Rechen u. s. f. oder das Austreiben des Ziegen-Viehes ohne sein Vorwissen geschehen sei, zu Milderung der Strafe nichts beitragen soll, indem derselbe für die Seinigen zu stehen und zu haften schuldig ist.

2) F o r s t - O r d n u n g .

Vom 4. Dezember 1784.

Demnach nach Befugntmachung der Forst- Wald- und Jagd-Ordnung vom 20. Jul. 1739. sich verschiedenes bei dem Forst-Wesen abgeändert hat, welches seine mehrere und nähere Erleuterung derselben erfordert; als zu dem Ende folgende vorläufige Verordnung, wie es bey Verwaltung des Forst-Wesens dormalen gehalten werden soll, erlassen und festgesetzt, wie folgt:

E r s t e A b t h e i l u n g .

Von Holzschat und dessen Verkauf.

§. 1.

Da zeithero die Gewohnheit eingerissen, daß wider die Verordnung vom 13. September 1771. beynabe alle Claster-Hölzer an Stämmen angewiesen worden, so soll dieses Stamm-Anweisen zu Clastern hiermit gänzlich abgeschafft seyn, und dürfen nunmehr keine Stämme weiter, als die nur als Nußhölzer anzusehen sind, nemlich Bau- Klob- Schindel-Bäume u. s. f. verkauft werden.

§. 2.

Alle Hölzer, welche zu Clastern geschlagen werden sollen, müssen durch verpflichtete Holzmacher gemacht werden, und fällt daher, weil keine Stämme zu Claster-Holz mehr angewiesen werden dürfen, die zeither denen Holz-Annehmern gestattete Freiheit, sich ihr Holz durch ihre angestellte Holzmacher fertigen zu lassen, von selbst hinweg.

§. 3.

Die Holz-Schläger-Lohne sollen an die Holzmacher inskünftige aus der General-Casse bezahlet werden, und dürfen dieselben von niemanden, er sey auch, wer es sey einige Trant-Gelder, sie bestehen, worinnen sie wollen, annehmen, widrigenfalls, der, so dergleichen zu Schulden kommen läßt, mit 4. Wochen Straßen-Arbeit belegt werden soll.

§. 4.

Die Förster werden auf die Holzmacher genaue Aufsicht führen, damit dieselben, nach dem vorgeschriebenen Maaß, die Glastern tüchtig fertigen, und gut setzen, die Siebel gehörig ausschneiden, und in die Glastern einlegen, und nichts mehr zu Abraum liegen lassen, als was in die Glastern nicht geschlagen werden kann. Wofern daher, bey denen von dem Forstwesen Vorgesetzten von Zeit zu Zeit zu haltenden Waldberechnungen, sich finden sollte, daß die Holzmacher darwider gehandelt, so sollen nicht alleine diese, sondern auch die Reviers-Förster darüber zur gehörigen Verantwortung gezogen werden. Wie denn auch zu Vermeidung alles dßfalls zu machenden Unterschleiß, an die Holzmacher kein Abraum von denen Herrschaftlichen Glaster- oder Bau- auch Verkaufß-Hölzer überlassen werden darf, daher auch die zeither gewöhnliche Abrechnung derer Holzschläger-Lohne auf den erkauften Abraum hierdurch von selbst wegfällt.

§. 5.

Da alles Ausleuchten derer Holzungen, wie ohnehin satksam bekannt ist, höchst schädlich und einer guten Forst-Wirthschaft ganz entgegen gesetzt ist; so soll dasselbe hiermit nochmalen bey Vermeidung ernstes Einsehens gänzlich verboten seyn, und inskünftige mit Anweisung der Glaster- und Nußhölzer es dergestalt gehalten werden, daß die Nußhölzer vorher aus denen Orten heraus genommen werden sollen, an welche in etlichen Jahren darauf der Glasterschlag hinkommt.

§. 6.

Sollten auch unter dem Glaster-Schlag sich einige Nuß-Hölzer finden, so sind dieselbigen schlechterdings nicht in die Glastern zu schlagen, sondern sie müssen ausgehalten und entweder zu dem Bauwesen aufbehalten oder als Nuß-Holz verkauft werden, jedoch dergestalt und also, daß binnen ein bis zwei Jahren das Gehau völlig geraumet ist. Wie denn überhaupt dahin zu sehen ist, daß die Schläge Forstmäßig eingerichtet; die Gebaue nicht zu groß angelegt und sobald als nur

möglich, und zwar längstens in 1. bis 2. Jahren völlig geräumt werden. Es müssen daher dieselben circulativisch eingereicht werden, damit der Wald in der Fortdauer die Consumption aushalten, und niemalsen, unter göttlichen Segen, ein Holz-Mangel entstehen könne. Wobei zugleich mit dahin zu sehen ist, daß gewisse Districte zu Ruß-Holz geheezet werden, damit gutes Schindel- und Klob-Holz angezogen, und im Fall der Nothwendigkeit die Zuflucht dahin genommen werden könne.

§. 7.

Diejenigen, welche Elasterholz in der Frühlings-Försterei kaufen, und abgepostet haben wollen, müssen sich jedesmal zu Martini bis Wonnachten, diejenigen aber, welche zur Herbst-Försterei dergleichen haben wollen, müssen sich jedesmal zu Walb. bey dem Forst-Secretair melden, und bey demselben die Anzahl Elastern an Scheiten oder Stod-Holz, die sie verlangen, schreiben lassen.

Diejenigen aber, welche Ruß-Holz verlangen, müssen sich zu der Frühlings-Försterei in der Charwoche, zur Herbst-Försterei aber jedesmal acht Tage vor Michaelis ebenfalls bey dem Forst-Secretair melden, und dasjenige, was sie verlangen, schreiben lassen.

§. 8.

Jederzeit 14. Tage vor obgedachten Holz-Schreibe-Tagen muß die Holz-Taxe von den Vorgesetzten bey dem Forstwesen mit Huziehung der Forst-Officianten entworfen und zur Genehmigung bey der Cammer eingereicht werden, damit an denen Forst-Schreibe-Tagen, denen sich meldenden Käufern die Holz-Taxe zu ihrer Nachachtung vorher bekannt gemacht werden könne.

§. 9.

Diejenigen, welche sich bey dem Forst-Secretair Scheit- oder Stod-Elaster-Hölzer schreiben lassen, werden nach Nummern eingetragen und zugleich die Nummern derer Elastern, welche sie der Reihe nach erhalten, dabey gegen über bemerkt.

§. 10.

Dieses Schreibe-Register hat der Forst-Secretair sogleich bey denen Vorgesetzten und diese bey der Cammer zu überreichen, damit alsdenn nach Maaßgebung desselben der Elaster-Holz-Schlag angeleget, auch darbey die Entschließung mit gefasset werden könne, ob etwa über die bestellte Anzahl noch etwas an Elaster-Hölzern auf den Nothfall geschlagen werden könne, oder auch, ob zu viel Elaster-Hölzer bestellet, welche man ohnmöglich ohne den Wald zu verderben, würde abgeben können. Auf welchen Fall denn eine billige Eintheilung derer zu schlagenden Elaster-Hölzer unter denen sich gemeldeten Käufern zu machen ist.

§. 11.

Alle geschlagene Elaster-Hölzer müssen nummerirt werden, und zwar die Herrschaftlichen Hölzer roth, die Deputat- und Verkaufs-Hölzer aber schwarz, jedoch dergestalt und also, daß jedes dieser Hölzer für sich zählt, und daher bey den Herrschaftlichen Hölzern sowohl, als bey den übrigen mit N. 1. angefangen wird. Die in der Frühlings-Försterey angefangene Nummern werden in der Herbst-Försterey fortgeführt, um die vielen Verwirrungen von gleichen Nummern zu vermeiden.

§. 12.

So viel die Waldungen auf der Herrschaft Burgk anbelangt, so kann dasjenige was in §. 7. 8. 9. 10. verordnet worden, daselbst nicht in Ausübung gebracht werden, und soll daher dasjenige, was in diesen §§. anbefohlen worden, bey denen daselbst zu haltenden Frühlings- und Herbst-Förstereyen mit beobachtet werden. Da auch der Verkauf derer dasigen Hölzer meistentheils nur in Koblhölzern bestehet, über deren Abgabe aber allezeit ein besonderer Contract aufgesetzt wird, so ist derselbe jederzeit zu der gnädigsten Genehmigung bey der Cammer einzureichen, und achten sich nach dem, in diesem Contract bestimmtem Holz-Preis, auch die übrigen Elaster-Holz-Preise.

Zweite Abtheilung.

Von Haltung derer Förstereyen, und was dabei zu beobachten.

§. 1.

Es dürfen nicht mehr als zwey Haupt-Förstereyen in einem Jahre, nemlich die Frühlings- und Herbst-Försterey gehalten werden, und darf so, wie bereits in der Forst-Ordnung de anno 1731. §. 3. Cap. II. und in der Verordnung vom 13. Septbr. 1771. enthalten außer diesen keine Holz-Anweisung weder an Stamm- noch Glaster-Hölzern, vielweniger an dürrem Holze geschehen. Sollte aber ja eine außerordentliche Holz-Anweisung nöthig seyn, so soll solches nicht anders als in Gegenwart der dem Forst-Wesen Vorgesetzten, des Forst-Secrétaire und überhaupt aller darzu gehörigen geschehen, und darf kein anderes Wald-Eisen, als das Haupt-Wald-Eisen dabei gebraucht werden; und sollen mithin alle Bezeichnungen, oder vorläufige Bemerkungen, mit dem so genannten kleinem Eisen oder mit Aufschreibung des Namens hinführo gänzlich unterbleiben, und hiermit ernstlich verboten seyn, überhaupt auch aus allen herrschaftlichen Waldungen gar nichts, es bestehe, worinnen es wolle, auch nicht zu dem Bau-Wesen, abgegeben werden, wofern nicht alle zum Forst-Wesen Verordnete davon Wissenschaft haben. Vornehmlich aber ist genau zu beobachten, daß alle Stöcke mit dem großen Wald-Eisen bezeichnet und ausgeschlagen werden.

§. 2.

Acht Tage, auf der Herrschaft Burgk aber zwey Tage vor jeder Försterey müssen von denen dem Forst-Wesen Vorgesetzten und dahin gehörigen Subalternen, sämtliche Glaster-Hölzer durchgegangen und revidirt werden, damit, wenn etwas dabei sich noch zu erinnern finden sollte, solches vor denen Förstereyen und ehe die wirkliche Abpostung erfolgt, annoch in Richtigkeit und Ordnung gesetzt werden könne. Und ist, wie alles befunden worden, in das Forst-Protokoll, von welchem im Behlen, Archiv. Bd. XV. es heßt.

§. 6. dieser Abtheilung das weitere verordnet ist, einzutragen. Auch ist bey dieser Revision die im vorherstehenden §. anbe-
fohlene Bezeichnung der Stöcke mit dem Wald-Eisen zu bewürken.

§. 3.

Denenjenigen, welche Glafter-Hölzer sich schreiben lassen, werden selbige nach der Nummer so, wie solche nach dem §. 9. der I. Abtheilung eingetragen worden, abgepostet. Und ver-
steht sich von selbst, daß denenjenigen, welche Glafter-Hölzer erhalten, sowohl als denenjenigen, welche sich Nuß-Holz schrei-
ben lassen, vorhero bekannt gemacht werden muß, auf welchen Tag der Försterey ein jeder erscheinen solle.

§. 4.

Die Nuß-Hölzer werden an denenjenigen Orten, wie §. 5. und 6. der 1ten Abtheilung vorgeschrieben worden, angewiesen. Der Preis derselben richtet sich nach dem Preis derer Glafter-Hölzer, wobey sich von selbst versteht, daß bey deren Wür-
derung nicht sowohl nach deren Betrag an Glastern, als viel-
mehr nach deren Nutzbarkeit und Seltenheit sich gerichtet wer-
den muß. Und weil

§. 5.

die Anweise-Gebühren von denen Glafter-Hölzern auf den Preis der Glastern geschlagen und daher aus der General-Casse bezahlt werden, so dürfen von denenjenigen, welche Glafter-Hölzer annehmen, keine Schlag-Gebühren weiter genommen wer-
den; Bey Anweisung der Nuß-Hölzer bleibt es aber bey denen, von denen Annehmern zu bezahlenden, Anweise-Gebühren; wie es denn auch in Ansehung derer Glafter-Hölzer auf der Herr-
schaft Burgf dabey, daß die Annehmer derselben solche bezah-
len, fernerweit verbleibet. Besonders ist

§. 6.

bey denen jedesmaligen Förstereyen, nach genommenen Augenschein, genau zu überlegen, an welchen Orten die Glaf-
ter-Hölzer zur nächstkünftigen Försterey geschlagen, und an wel-
chen Orten die Nußhölzer, unter Beobachtung desjenigen, was
dieserhalb bereits oben verordnet worden, angewiesen werden

sollen. Nicht weniger ist bey diesen Förstereyen mit zu bemerken, und in Ueberlegung zu ziehen, was etwa zu Aufbringung der Hölzer, und Waldungen, und deren pfleglichen Forstmäßigen Bewirthschaftung Nützliches geschehen könne, und welche Flecke etwa zum Moos-Scharren ohne Schaden anzuweisen seyn dürften. Ueber alles, was bey denen Förstereyen angemerket, überleget, verhandelt und verrichtet wird, ist ein umständliches Protocoll von dem Forst-Secretair zu führen, und von den Vorgesetzten mit zu unterschreiben. Besonders muß in dieses Protocoll eingetragen werden:

- 1) Wie viel Clafter-Hölzer zum Herrschaftlichen Bedürfnissen, zu Deputat und zum Verkauf, mit genauer Bemerkung derer Orte, wo es geschehen, geschlagen worden.
- 2) Wie viel davon in jeder Försterey, an welchem Orte und an welchem Tage es abgepostet worden.
- 3) Wie viel Nuß-Hölzer nach denen verschiedenen Gattungen und an welchen Orten solche angewiesen worden.

§. 7.

Ueber alles aus den Herrschaftlichen Waldungen angewiesenes, und abgegebenes Holz, es mag nun zu dem Hof-Stat, zu dem Herrschaftlichen Bau-Wesen, zu Deputaten, s. s. gekommen, oder verkauft worden seyn, ist ein umständliches Forst-Register von dem Forst-Secretair zu halten, und von den Forst-Vorgesetzten, und dem Reviers-Förster mit zu unterschreiben, damit selbiges bey der Forst-Rechnung als ein beweisender Beleg gebraucht werden könne.

§. 8.

Dasjenige, was bey denen Förstereyen an Zehrung und bey Jagden aufgehet, wie auch alle Holz-Schläger oder sonst im Forste nöthige Tagelöhne, wie auch die zeittherige Vergütungen des Wldschadens, dürfen nicht mehr durch Anweisung und ohnentgeltliche Abgebung Stamm- oder Clafter-Hölzer bezahlt oder vergütet werden, sondern alle und jede Forst-Aufwendungen, sie bestehen, worinnen sie wollen, müssen in jeder Woche, oder längstens jedem Monat, wenn sie geschehen, mit-

telst eines von demjenigen der etwas zu fordern hat, gefertigten und unterschriebenen, auch der Richtigkeit halber von dem Forst-Meister und dem Reviers-Förster attestirten Zeddel bey der Fürstlichen Cammer zur Passirung in die General-Casse übergeben werden. Es werden daher alle Ab- und Zurechnungen bei Einlieferung der Forst-Gelder an die Renth-Cassen hiermit nochmalen gänzlich verboten.

Dritte Abtheilung.

Von Verabfolgung derer angewiesenen Hölzer aus denen Waldungen.

§. 1.

Es müssen alle abgepostete Glaster-Hölzer, so wie auch die angewiesenen Stamm-Hölzer von einer Försterey zur andern aus denen Waldungen, von denenjenigen, welchen sie verkauft worden, geschaffet werden, widrigenfalls sind dieselben für verfallen zu achten, das Eisen wieder heraus zu hauen, und anderweit zu verkaufen. Sollte aber einer oder der andere gegründete Verhinderungen haben, diesem Befehl nicht nachkommen zu können, so soll ihm nach Befundenen Umständen hierzu noch einige Wochen Frist gestattet werden.

So viel hingegen die zu den Hammerwerken, aus den Waldungen der Herrschaft Burgk, zum Verkohlen abzugebenden Rohhölzer anbetrifft, da solche in so kurzer Zeit nicht verkohlet und abgefahren werden können, so soll zu deren Wegschaffung ein Jahr Zeit verstattet seyn.

§. 2.

Es darf nicht das mindeste Holz aus den Waldungen verabfolget werden, wenn derjenige, welcher solches abfähret, nicht einen gedruckten, von den Forst-Vorgesetzten unterschriebenen, und von dem Forst-Secretair contrasignirten gedruckten Passir-Zeddel aufweisen kann.

§. 3.

Und weil zu Vermeidung vieler Unordnungen höchst nöthig ist, daß über das zu dem Hof-Stat geschlagene Holz,

worunter auch die zum Verkohlen abzugebende Glaster-Hölzer mit begriffen seyn sollen, eine Rechnung geführt, und gute Ordnung darinnen gehalten werde, so soll mit Anfang des 1785ten Jahres schon der Anfang damit gemacht werden, der sämtliche auf dem Wald sich noch befindende Vorrath von diesen Hölzern durchgezählt, und in Einnahme bey dieser Rechnung, welche der Forst-Secretair besonders zu führen hat, gestellet werden.

§. 4.

Alle diejenigen, auch die Kutscher, welche diese Glaster-Hölzer abfahren, erhalten von dem Forst-Secretair gedruckte Passir-Zettel, auf welchen die Glaster-Nummern, welche sie jedesmal abfahren, auch, wo sie hingefahren werden sollen, bemerkt sind. Diese gedruckte Zettel müssen sie im Walde bey sich haben, damit sie solche dem Reviers-Förster auf Verlangen vorzeigen, und sich damit legitimiren können. Wie denn besonders diese Fuhrleute dahin anzuweisen sind, das Nummer-Scheit jederzeit mitzubringen.

Diese Zettel müssen die Fuhrleute, sobald sie hereinkommen, an den Reviers-Förster abgeben, welcher seinen Namen unter dieselben, um deren richtige Abgebung zu bescheinigen, zu unterschreiben, und an den Forst-Secretair sogleich wieder zurückzusenden hat.

Diese von dem Reviers-Förster attestirte Zettel machen alsdenn bey der Vorraths-Holz-Rechnung die Ausgabe-Belege aus.

§. 5.

Diese Passir-Zettel auf die Deputat-Hölzer sind von dem Forst-Secretair auch auszugeben, jedoch ist darüber von ihm keine besondere Rechnung zu führen, weil solche bereits in der Forstrechnung und dem Forst-Protocoll mit enthalten ist; Diese Zettel aber müssen an den Reviers-Förster wieder abgegeben, und von diesem an den Forst-Secretair wieder eingeliefert, und alsdann cassirt werden.

§. 6.

So viel die aus den Waldungen abzufahrenden verkauften Hölzer anbetrifft, so soll es damit folgendergestalt gehalten werden: Die Forstgelder müssen jederzeit 6. Wochen nach jeder Försterey in die Renthcassen bezahlet werden und darf, ehe die Bezahlung erfolgt ist, nicht das geringste aus dem Wald verabsolget werden.

Derjenige, welcher Holz bezahlet, erhält von dem Renthsassirer eine gedruckte Quittung, welche derselbe alsdenn dem Forst-Secretair vorgezeigt; dieser wechselt diese Quittung gegen einen gedruckten, von dem Forst-Vorgesetzten unterschriebenen Passir-Zettel aus. Wenn das Holz aus dem Wald gefahren werden soll, muß dieser Zettel an den Reviers-Förster vorherübergeben werden, damit das angenommene Holz aus dem Walde verabsolget werde. Ohne diesen bey denen Reviers-Förstern abzugebenden Passir-Zettel, darf niemand einiges Holz aus dem Walde fahren; Sollte es aber doch einer oder der andere wagen, so soll er als ein Walddieb angesehen, und als ein solcher gestrafet werden.

§. 7.

Sollte auch jemand von denen Glaster-Hölzern andere Nummern, als welche auf seinem Passir-Zettel stehen, wegfahren, so ist der Uebertreter das erstemal mit 1 Alko: bey fernern Betretungsfällen aber jederzeit noch einmal so hoch, als die leztvorhergegangene Strafe betragen hat, zu bestrafen.

Alles dasjenige, was in denen abstehenden §. 2. 3. 4. 5. 6. 7. dieses Capitels verordnet worden, findet in der Herrschaft Burg keine Anwendung.

§. 8.

Diejenigen, welche aus den Fürstlichen Waldungen Holz oder Kohlen abfahren, worunter auch die Fürstlichen Kutscher zu rechnen, sollen die jungen Gebäue schonen, über dieselbe nicht fahren, die Heege-Wische genau in Acht nehmen, und die Geschräge nicht einreißen. Diejenigen, welche darwider handeln,

sollen gepfandet, und, nach eingeliefertem Pfand in das competentirende Amt alsdenn zu gebührender Strafe gezogen werden.

§. 9.

Die Förster werden daher hierauf überall genaue Aufsicht führen, und sollen, wenn sie diese oder andere dergleichen Wald-Vergehungen anzeigen werden, außer denen ihnen zukommenden Pfandgebühren, auch noch den dritten Theil von der Strafe erhalten. Wie denn auch der Holzmacher besonders darauf mit verpflichtet werden sollen, auf alle Wald-Verbrecher genau Achtung zu geben, und solche bey dem Fürstlichen Forst-Meister zu melden, dagegen ihnen der dritte Theil, der, auf ihr Angeben angesetzten und eingehenden Strafe, ebenfalls abgegeben werden soll.

V i e r t e A b t h e i l u n g.

Von Moos-Scharren, der Wald-Futhung und
Leese-Holz.

§. 1.

Diejenigen, welche einiges Moos zum Scharren in den F. Waldungen angewiesen haben wollen, müssen sich in der Woche vor Ostern bey dem Fürstlichen Forst-Secretair angeben, und wie viel sie Moos verlangen, schreiben lassen; Auf der Herrschaft Burgk aber müssen sie sich zu eben dieser Zeit bey denendassigen Förstern schreiben lassen. Auch diejenigen, welche zeit-her Streu- und Moos-Haber gegeben, nicht weniger auch die 16. alten Häuser zu Neu-Gombau, welchen bis auf Wiederruf das Moos-Scharren gegen Entrichtung 4. Scheffel 2. Viertel Haber bishero noch gestattet worden, müssen sich ebenfalls schreiben lassen, widrigenfalls alle diejenigen, welche solches nicht beobachten, auf solthanes Jahr kein Moos erhalten sollen.

§. 2.

Das Verzeichniß derjenigen, welche sich Moos schreiben lassen, muß dem Forst-Vorgesetzten sogleich in der Osterwoche von dem Forst-Secretair übergeben werden, worauf von erstern mit Zuziehung derer Reviers-Förster vor allen Dingen überle-

get werden muß, ob? und wie viel? man-Plätze zum Moos-Scharren anweisen könne; welche Plätze denn vorhero sogleich gemeinschaftlich genau zu beabsichtigen sind, ob sie Forstmäßig zum Moos-Scharren überlassen werden können. Auf der Herrschaft Burgk soll dieses jederzeit bey der Frühlings-Försterey geschehen.

§. 3.

Wenn nun diese vorläufige Entschließung gefaßt worden, so sollen die Distrikte, wo der Moos gescharret werden kann, vorhero gewürdet, alsdenn ein Tag zur Ueberlassung des Mooses angesetzt, und alle diejenigen, welche sich wollen Moos scharren lassen, darauf vorgeladen werden, da denn einem jeden, wie viel er Moos erhalten, wo er es bekommen, und was er dafür bezahlen solle, bekannt zu machen ist.

§. 4.

Diejenigen nun, welche mit diesen Bedingungen zufrieden, erhalten durch sämtliche Fürstliche Forst-Beamten des Reviers, die Moosflecken angewiesen, und müssen alsdann an die Behörde das Strengeld bezahlen, und den Streu-Haber abliefern, worüber sie so wie im §. 6. der 3ten Abtheilung vorgeschrieben worden, eine gedruckte Quittung erhalten, welche gegen einen Passir-Zettel ausgewechselt wird.

Diesen Passir-Zettel müssen die Moosscharrer beständig bey sich führen, um solchen dem Reviers-Förster vorzeigen zu können. Derjenige, welcher bey dem Moos-Scharren einen solchen Passir-Zettel nicht vorweisen kann, soll gepfändet, und als ein Walddieb bestraft werden.

§. 5.

Wird anher Alles wiederholt, was in Ansehung des Moos-Scharrens in der Forstordnung de anno 1739. Cap. VI. sub No. 4. 5. 6. 7. anbefohlen worden.

§. 6.

Wie nun überhaupt alles mögliche anzuwenden ist, daß die so schädliche Wald-Huth, zu besserem Aufkommen derer Holzungen, völlig abgeschaffet werde, als worüber mit nächsten noch

besondere Verordnungen ergehen sollen; So hat es zwar in Ansehung des Besitzers der Bretmühle, derer 16. alten Häuser in Neu-Gombau, des Besitzers des Hammerhauses und derer Einwohner auf dem Waldbause bey Herrmannsgrün, noch für dieses Jahr dabey sein bewenden, daß selbigen die Wald-Huth unter der Maasse, wie wegen des Moos-Anweizens im §. 4. dieser Abtheilung verordnet worden, noch angewiesen werde.

Dahingegen wird ausdrücklich hiermit verboten, daß außer diesen benannten Besitzern, jemanden, er sey auch wer es sey, einige Wald-Huth angewiesen werde. In der Herrschaft Burgk bleibt es demahlen noch bey der unterm 19. Mai 1769. erlassenen Wald-Huth-Ordnung.

§. 7.

Wie denn überhaupt hiermit verordnet und festgesetzt wird, daß die gemeine Entschuldigung, daß die Moos-Scharrer oder Rübhirten, wider den Befehl des Eigenthümers, an schadhaften nicht angewiesenen Orten, Moos gescharret und das Vieh gehlithet, nicht mehr gelten, sondern der Dienstherr oder Vater für seine Kinder und Gesinde, schlechterdings haften, und wegen dieser ihr Vergehen, bestraft werden soll.

§. 8.

Ob nun wohl in Ansehung des Leese-Holzes es einstweilen noch bey demjenigen sein Bewenden hat, was desfalls in der Forst-Ordnung de anno 1739. Cap. VI. soviel davon nicht bereits abgeändert ist, bestimmt worden, auch wie es in den Waldungen der Herrschaft Unter-Greiz, mit dem auf die Häuser repartirten Leese-Holz, in Poblitz, Raasdorf Herrmannsgrün, und fernerfort, wie zeithero zu halten ist, so sollen doch alle diese Leese-Holz-Befugte, ebenfalls Passir-Zeddel, sowie vorher verordnet worden, erhalten. In Ansehung der Herrschaft Burgk, behält es bey der am 20. Ofr. 1773. publicirten Leese-Holz-Ordnung, sein Verbleiben.

§. 9.

Denjenigen Armen in der Residenz-Stadt Greiz, welchen vermöge derer Statuten, Leese-Holz zu holen, gestattet worden,

soll gerne diese Wohlthat ferner belassen werden, doch müssen sie bey dem Forst-Secretair Leese-Holz-Zettel, welche sie ohn-entgeltlich erhalten, auf jedes Jahr abholen, dieselben im Walde beständig bey sich führen, um solche auf Verlangen vorzuzeigen, sich auch überhaupt nach demjenigen, was dieserhalb in Cap. VI. der Forst-Ordnung verordnet ist, achten, als welches ihnen der Forst-Secretair jedesmal bey Abholung der Leese-Holz-Zettel genau einzuschärfen hat.

§. 10.

In Ansehung der in der Fürstlichen Waldung sich befindenden vielen Gras-Flecken, ist dahin zu sehen, daß solche wieder mit Holz angepflanzt und besäet werden. Diejenigen aber, die nach Forstmäßiger Beurtheilung beybehalten werden können, sind in ein Verzeichniß zu bringen, und solches bey der Cammer zu übergeben, damit wegen deren Verpachtung, durch öffentlichen Anschlag, oder wegen deren Beybehaltung zu dem Fürstlichen Marstall, das gehörige veranstaltet werden könne.

3) Forst- Wald- und Jagd-Ordnung.

Vom 20. Julii 1739.

Demnach vor nöthig erachtet werden, daß wegen Conser-
vation der Fürstlichen Forst- und Waldungen, sowohl auch derer Kirchen- Pfarr- und Unterthanen-Hölzer, ingleichen derer Jagden und des Weyde-Werks eine solche Verordnung gemacht werde, damit die Hölzer zum Besten der Posteritæet in pfleg-
lichen Stande, und unverwüestet verbleiben, und an Brenn-
Bau- und Geräthe-Holz kein Mangel vorfalle, wohl aber da-
von eine immerwährende Einnahme vorhanden sey, hiernächst
auch die Wildbahn und das Weyde-Werk im guten Stand und
Nutzen erhalten werden möge, ist nach reifer Ueberlegung, und
Erwegung, dieß alles in gegenwärtiger Forst- und Wald- auch
Jagd- und Weyd-Werks-Ordnung abgefaßt worden:

C a p. I.

**Die Grenzen und Lage der Waldungen und
Fluren betreffende.**

1.

Sollen diese von den jezo bestalten oder künftig zu bestellenden Jäger- und Forst-Bedienten zum öftern begangen, allenthalben in gute Obacht genommen, und wofern sich bey denenselben einige Ungewißheit oder Unrichtigkeit äußerte, solches von denenselben, denen ihnen vorgesezten Rätthen und Befehlshabern ohne Verzug angezeigt, von diesen aber sodann diejenigen Orte, allwo der Grenze und der Lage wegen einiger Zweifel und Irrung ist, in Augenschein genommen, und Fleiß angewendet werden, die vorkommende Irrungen fördersambst abzuthun, und das Laag und die Grenze wieder in Richtigkeit zu setzen. Würden sie aber die Sachen so bedenklich finden, daß sie solche vor sich alleine abzuthun billigen Anstand hätten, soll davon unterthänig berichtet, und darüber die Resolution zu weitem Verhalt eingeholet werden. Damit aber

2.

Die Holz- und Waldungs-Grenzen desto mehr in guter Richtigkeit erhalten werden mögen, wird befohlen, daß alljährlich ein Theil derselben, durch diejenigen, denen die Aufsicht über die Forst- und Waldungen anbefohlen ist, mit Zuziehung derer Wirthschaft- und Forst-Bedienten bezogen, nach denen vorhandenen Nachrichten und Beschreibungen revidiret und untersucht, auch wo es nöthig renoviret, was dabey vorgefallen, gehörig registriret, und denen ältern actis beygefüget, im übrigen aber es damit dergestalt eingerichtet werden solle, daß binnen fünf Jahren die Lage und Grenzen aller und jeder Waldungen und Hölzer einmal umzogen und renoviret werden. Darneben ist

3.

Den sämtlichen Unterthanen und Dorfschaften anzudeuten, daß diejenigen, deren Grundstücke an die Herrschaftl. Waldungen und Hölzer stoßen und mit selbigen laagen, auf solche

Laagen und Grenzen sorgfältig Acht haben, und wofern ein Grenz-Stein ermangelt, oder ein Laag-Baum abgehauen, oder sonst eingegangen wäre, daß des Laags wegen Irrungen entstehen könnten, selbige solches ungesäumt anzeigen, widrigenfalls aber das ihnen selbst solches zum Nachtheil gereichen, und nach Befinden sie noch überdies mit willkührlicher Strafe angesehen werden, gewärtig seyn sollen. Wie denn

4.

Im Fall jemand die Laage in Grenzen zu ändern, die Laag-Bäume abzuhauen, Grenz-Steine auszureißen oder zu versetzen sich unterstünde, darüber jedesmal genau zu inquiren ist, und die Verbrecher mit Nachdruck zu bestrafen sind.

5.

Wo Bäche oder Flüsse die Grenze machen, oder ein Fahrweg und Fußsteig es scheidet, haben die Forst-Bedienten sorgfältig dahin zu sehen, daß bey Ergießung der Wasser die Grenzen nicht geändert werden, sondern, wo ja durch reisende Wasser Schaden geschehen, oder eine Grenz-Änderung gemacht worden, solches zeitig anzuzeigen, damit weiterer Gefahr durch einen Bau gehemmet und abgewendet, auch der Wasser-Lauf wieder in seinen alten Land gesetzt werden könne. Die Fahrwege und Fußsteige aber sind zeitig zu repariren, und es ist nicht zu gestatten, daß solche anders wohin verlegt werden. Nichts weniger sollen auch

6.

Die Dorf-Richter und Kirch-Rasten-Vorsteher auf die Grenzen der Pfarr- und Kirchen-Hölzer wohl Acht haben, und wenn sich etwas unrichtiges darbey äußerte, solches ungesäumt bey dem Consistorio zur remedur anzeigen, wie denn auch

7.

Gedachte Dorffs-Richter mit ihren Geschwornen auf jedes Dorfs Grenze wohl vigiliren, solche alljährlich auf einen gewissen Tag, mit Zugiehung derer ältesten Einwohner, und einer Anzahl von der zuwachsenden jungen Mannschafft umgeben, und

wenn sie etwas irrthames dabey befinden, bey den betreffenden Rätthen und Beamten melden sollen.

C a p. II.

Vom Holz-Schlag und dessen Verkauf.

1.

Soll Inhalts der bereits untern 31. May 1733. ergangenen Verordnung jedesmahl im Monath Novbr. angezeigt werden, wie viel man Brenn- Bau- und ander Nutz-Holz nächstes Jahr zum Herrschaftl. Bedürfnis benöthigt sey, und was überdies an dergleichen Hölzern ohne Schaden derer Waldungen wirthschaftlich an die Unterthanen verlassen, und an welchen Gegenden jede Sorte Holz entweder in ordentlichen Schlägen, oder wo es zu dick, da öfters das Laub-Holz untern schwarzen Holz ersticht, durch Ausheb- und Herausziehung, damit die Hölzer bessern Wuchs und Luft bekommen mögen, am ohnschädlichsten geschlagen und gefället werden könne? Darauf sodann jedes mahl

2.

Der hierinnen zu ertheilenden gnädigsten resolution nachgegangen, und die Herrschaftl. Nutz- und Bau-Hölzer in denen 3. Winter-Monaten Decembr. Jan. und Febr. gefället, auch mit Schlagung der Kasten-Hölzer in solcher Zeit, so viel als möglich und die Witterung leidet, fortgefahren werden, und diese längstens mit Ausgang des Monats Aprilis fertig seyn sollen, und wie

3.

Ausser der ordentlichen Frühlings- und Herbst-Försterey, zu Vermeidung allerhand Irrung und Verdachts, nichts ohne höchste specielle Vergünstigung und Verordnung verkauft und angewiesen werden soll; also hat hingegen

4.

Ein jeder, der im Früh-Jahr an Bau- Brenn- oder Geräthe-Holz etwas zu kaufen gewillet, sich Donnerstags vor der Char-Week; zur Herbst-Försterey aber den nächsten Donnerst-

tag vor dem großen Buß-Tage im Monath October auf der Ganzen zu melden, damit, was er verlangt, aufgeschrieben, und sodann, wann der Schreibe-Tag geschlossen, wegen der aufgeschriebenen Summa nach dem zu schlagen und zu verkaufen resolvirten Quanto, eine nach jedes Nahrung, Wirthschaft und Umständen, wie viel er etwa erlangen könne, ohnpartheyische Abtheilung gemachet werden könne. Hiernächst soll die Försterey

5.

Auf einen gewissen Tag, so denen Käufern kund zu machen, und zwar die erste noch vor Johannis, damit die Forst-Gelder Michael-Messe beysammen, die zweyte aber noch vor Martini, damit die Bezahlung mit Schluß des Jahres erfolgt sey, von den Fürstlichen Rätthen Wechselsweise, sowohl auf denen Ober-Greizzer Wäldern diß und jenseits der Elster, als auch auf dem Streit-Walde, dergestalt vorgenommen werden, daß diejenigen Beamten, welche nach Unterschied derer Waldungen die Forst-Rechnung und das Gegen-Register führen, desgleichen auch der Hof-Jäger solcher Försterey jedesmahl beywohnen.

6.

Sind zu Vermeidung alles Verdachts und Unterschleiß die Stöcke von denen abgegebenen Hölzern, es seyn diese entweder zu Herrschaftl. Bedürfniß und Deputat, oder Verkauf gekommen, mit einem ordentlichen Forst- und Wald-Eisen, so in Fürstlicher Ganzen verwahrlich zu halten, und bey jedesmaligen Anweisen daraus abzugeben und nach geendigter Försterei wieder dahin zu bringen ist, zu bezeichnen, und ist auch

7.

Dieses Forst-Eisen alle Jahre nach der Jahrzahl zu ändern, und wie es die Pflicht erfordert, daß

8.

Alle Hölzer, sie seyn faul, anbrüchig, dürre, oder Windbrüchig, der Herrschaft zu Nutzen zu machen sind, also sollen hingegen auch

9.

Vergleichen geringe Hölzer in eine billige Taxe gesetzt werden, daß die Käufer sich zu beschweren nicht Ursache haben, wie denn

10.

So viel die Deputata vor geist- und weltliche Bedienten anlanget, solche in unwandelbarem Holze abzugeben, auch denen, so von solchem Holz, Innhaltß derer Bestallungen, der Affterschlag und Reißig geböhret, dieses darbei gelassen werden. Was aber

11.

Das Reißig, Affterschlag und Abraum vom Herrschaftl. Bau-, Nutz- und Klaffter-Hölzern betrifft, so ist solches alles zu verkaufen, und bei der Forst-Rechnung getreulich zu ver-
verrechnen, dargegen aber die dem Hof-Jäger davon ausgeworfenen Bierzeihen Rthlr. ausm Renth-Umt fernerweit bezah-
let werden sollen. Damit auch

12.

Im Holzschlag es desto ordentlicher zugehe, sind darzu die Holzschläger dergestalt zu verenden, daß sie

- a) keine andern Bäume oder Holz fällen sollen, als ihnen angewiesen worden.
- b) Jede Klaffter Holz tüchtig legen, und 3 Graizer Ellen hoch und eben so weit, ferner
- c) jedes Scheid sieben Viertel lang machen, und
- d) das Holz soweit auß- und in die Klafftern schlagen sol-
len, als es der Keul hält, selbst aber.
- e) alle Treue beobachten, mit niemanden einige Parthiere-
rey treiben, auch bey dem Feuerabend kein frisches Holz
mit nach Hause schleppen sollen.

Und wie zur guten Ordnung und Verhütung Unterschleiß
auch geböhret, daß

13.

Von einer Försterey zur andern die verkaufften Hölzer
ausm Wald geraumet und abgefahren seyn müssen, also haben

die Käufer bei Verlust derer erkauften Hölzer sich hiernach gehorsamlich zu achten.

14.

Da auch hiebevör bey denen Pfarr- und Kirchen-Hölzern nicht der Gebühr nach gewirthschaftet, sondern verschiedene dergestalt ruiniret worden, daß die Pfarrer solcher Orten jezo nicht das hinlängliche Brenn-Holz mehr haben, und wir dahero auch Anno 1726. und 1728. sämtliche Hölzer genau durchsucht, und nach schlechten Befund derselben verordnet worden, daß die Pfarrer die ihnen zum Deputat ausgeworfene Klaffter-Hölzer nicht mehr sich selbst anweisen, oder Holzschlager anlegen, sondern dieses von denen Richtern und Kirchkasten-Vorstehern jedes Orts geschehen soll; Also hat es nochmals dabey unveränderlich zu bewenden, und haben sowohl, die Pfarrer, als auch Richter und Kirch-Kasten-Vorsteher sich hiernach gehorsamlich zu bezeigen. Auch haben

15.

Richter und Geschworne jeden Orts genau zu vigiliren, daß die Bauren ihre Hölzer sowohl zum Brennen als Bauen, nicht anders als pfleglich nützen, damit die Güter im guten Stand und Aufnehmen bleiben mögen; Daferne aber bey ihnen ein übler und liederlicher Hauswirth, so das Holz über die Gebühr angriffe, vermerket würde, haben sie es ungesäumt den Behörden anzuzeigen, damit gegen einen solchen, dem unterm 26. März 1721. ergangenen Mandate gemäß, verfahren, und sein Guth entweder an einen bessern Wirth verpachtet, oder nach Befinden gar verkauffet werden könne.

C a p. III.

Wie nun zum Wachsthum und Aufnehmen derer Waldungen besonders

Die P e e g u n g d e s H o l z e s

ein Großes beyträgt, und dahero genau zu beobachten ist, also sollen

1.

Alle junge Gehau, und zwar die Laub-Hölzer in 6. die schwarzen und Tangel-Hölzer aber in 8. Jahren, mit dem Rind- und Schaaf-Vieh, (Ziegen bleiben gänzlich Innhaltß des Mandats de 8. October 1710 verboten) nicht betrieben, und deshalb solche Gehaye von den Forst-Bedienten mit Heege-Wischen besetzt, die Uibertreter aber, nach Befinden und Anzahl des Viehes, das erstemahl mit 3. bis 5. und bei weiterer Betretung mit 10. und mehr Rthlr. bestraft werden. Gleicher Gestalt ist bei denen Kirchen- und Pfarr-Hölzern die Heegung des jungen Anflugs und Gebaues von denen Kirch-Rasten-Vorstehern in sorgfältige Obacht zu nehmen, und, was dieser Verordnung hierinnen zuwieder gehandelt werden möchte, also steet von ihnen behörig anzuzeigen. Daferne auch

2.

Unterthanen Hölzer durch vormalige liederliche Wirthte wären abgetrieben worden, und die Plätze nicht wieder wollten zum Anflug und Wachsthum kommen, haben die Besitzer solches anzuzeigen, darauf denn nach eingezogenen Augenschein und Nachricht ihnen nach Befund ebenfalls die noch erforderliche Heegung angedeyhen soll.

3.

Wird in den Fürstlichen Waldungen das Laubstreifen und Grasen mit der Sichel ohne Unterschied das erstemal bey einem Thlr. und, daferne solches mehrmahlen geschiehet, bey jedesmal nach proportion erhöheter Strafe gänzlich verbotthen, weil beydes weder dem Wald noch Wild-Bahn verträglich ist. Da auch

4.

Bereits den 26ten Maji 1716. vermittelst eines publicirten Mandats das Abhauen und Sezen grüner Meyen in Kirchen, Häusern, Laubhütten und Schenken, bei einem Rsch. Strafe verbotthen werden; Also wird dieses Mandat hiermit alles Ernstes wiederholet, und soll bey jetzt gedachter poen niemand erlaubet seyn, einiges frisches Stämmlein, jungen

Schuß oder Gipfel von Birken und andern Bäumen abzubauen, und einzutragen; allermassen denn zugleich ebener gestalt.

5.

Daß Abbauen und Seßen der Tannen-Bäume bey denen Häusern in Dörfern, wo neue Hauswirths innen sind, bey 1 Rsch. Strafe untersagt wird, und haben die Forst-Bedienten hierauf, sowohl auch

6.

Darauf, daß die Färber und Futhmacher, ingleichen das Gesinde, die Erlen, die Messger die Linden, die Rubbirten und die, so Erdbeeren sammeln, die Tannen und Fichten nicht schädlen, wördurch mancher Stamm im Wachsthum verdorben wird, und verdorret, ein wachsames Aufsehen zu haben, und die Verbrecher, deren jeder ebenfalls um 1 Rsch. an Gelde oder 8 Tage Gefängniß bestrafet werden soll, gehörigen Orts anzuzeigen. Und da

7.

Zeithero gemein werden wollen, daß diejenigen, so aus denen Waldungen das verkauffte Holz und Büschel abgefahren, zugleich bey jeder Fuhre frische Pfahl- und Garten-Stangen abgehauen und entwandt, theils Knechte auch sich ein Brandwein-Geld davon gemacht, so wird dergleichen Unternehmen hiermit gänzlich untersagt, und soll, wer darwider handelt, jedesmahl in 1 Rsch. Strafe oder 8 Tage Gefängniß verfallen seyn.

8.

Wird auch denen Fröhnern, so auf denen Wäldern zu fröhnen haben, bey ein und mehr Tage Gefängniß verbotthen, einiges Geräth-Holz, unter dem Vorwand, als ob sie es zur Besserung derer Fröhn-Wägen benöthiget wären, abzubauen und mitzunehmen.

9.

Soll denen Fuhrlenten nicht gestattet werden, in Wäldern, besonders denen jungen Gehauen, neue Wege zu machen, oder da sie einen Berg hinabfahren, zu ihrem Vortheil Schlepp-

Bäume abzuhauen, und anzuhängen, wer hierüber betreten wird, soll solchermwegen mit ohnausbleiblicher Strafe belegt werden. Auch wird

10.

Bei 1 Neu-Schock Strafe das Schneideln der Bäume zu Beesen, ingleichen zu Deck-Reisig auf die Mänler derer Köhler verbotzen, doch soll letzters denen Köhlern, zum unentbehrlichen Gebrauch an Orten, wo es ohnschädlich, von den Forst-Bedienten angewiesen werden. Hiernächst sind auch

11.

Derer Kohlen-Brenner Kohlstände an solchen Orten anzulegen, daß davon weder ein Feuer im Wald entstehen noch auch, durch Rauch und Feuer, Bäume und deren Wurzeln über oder unter sich nicht verderbet werden mögen.

12.

Da auch durch das Schaaf-Hürden-Flechten von Schäfern und Hirthen jährlich an jungen gewüchsigten Stämmgen ein großer Schade geschieht, so wird das Abhauen und Auschneiden solcher jungen Stämme bey 2 Neu Schock Strafe oder 14 Tage Gefängniß verbotzen, und haben die Schäfer und Hirthen die Schaaf-Hürden, wie schon an vielen Orten nützlich eingeführet, von besonders dazu geschnittenen Latten zu machen.

13.

Ist denen Holzmachern keineswegs zu gestatten, daß sie Sommers Zeit Feuer in denen alten Stöcken aufn Wäldern anschüren, weil die Erfahrung gelehret, daß wann sie nach Hause gegangen, das Feuer um sich gegriffen, und ganze Wälder in Ruin gebracht, davon leyder bey den Fürstlichen Wäldern, die auf den Brand und in der Sengerleht vormahls gewesene Brand-Schäden noch in unvergeßlichen Andenken sind, allermassen denn auch bei 2 Neu Schock Strafe einiges Feuer Sommers Zeit in Wäldern zu haben hienit verbotzen, dahin-gegen im Winter ihnen zu ihrer Nothdurft es in so weit nachgelassen wird, daß sie bey dem Feuer-Abend es jedesmahl völlig wieder erlöschen sollen.

C a p. IV.

Moos-Nutzung betreffende.

1.

Soll niemand in den Fürstlichen Wäldern erlaubet seyn, einiges Moos zu scharren, er habe sich denn Inhalts der bereits unterm 31. Mart. 1733 ergangenen und publicirten Verordnung Donnerstags vor der Char-Wochen auf der Ganxley angegeben, und wie viel er haben wolle einschreiben lassen.

2.

Wer nun an solchem Tag gedachter Verordnung nicht nachgekommen, dem soll auch ohne Landesherrliche specielle Vergünstigung selbiges Jahr kein Moos überlassen werden.

3.

Wenn der Schreibe-Tag vorbey, soll gleich nach denen Oster-Feyertagen auf gewisse Tage so denen, so sich schreiben lassen, wissend gemacht werden sollen, die Anweisung geschehen, und ist der Moos

4.

An solchen Orten anzuweisen, wo es dem Holze ohnschädlich, und dieses bereits in dergestaltigen Wuchs ist, daß es so wohl in Frost, als auch Dürre, dieser sonst so nöthigen Decke entbehren kann. Dahingegen die Orte

5.

Wo junger Anflug, Zuwachs und Dickicht ist, bey Strafe 1 Neu Schock zu verschonen sind, und haben die Moosscharrer

6.

Sich keiner andern als hölzern Rechen zu gebrauchen, der eisern aber bei 1 Neu Schock Strafe sich zu enthalten, noch weniger ist

7.

Nachzusehen, daß die Moosscharrer die schwarze Erde, so auf denen Wurzeln liegt, mit stumpfen Beesen in die Mooskörbe fehren, und heimführen, als wodurch denen Bäumen alle Nahrungs-Krafft entzogen wird, und sind dergleichen Übertreter mit 5 Rthlr. Strafe zu belegen, und wie

8.

Bei Einfuhrung des Moos öfters von unredlichen Personen folgender Unterschleif geschieht, daß sie in die Moos-Wägen zerschrotene Stämme und Scheid-Hölzer mit einladen; Also haben die Forst-Bedienten auf alle diese Moos-Gebrechen ein genaues Aufsehen zu haben, und die Verbrechern bei den Rätthen und Befehlshabern zur Bestrafung anzuzeigen. Und ob zwar

9.

Denen 16 alten Häusern zu Neu-Gomblau, vermöge einer besondern Begnadigung, de 1. April 1617. bis auf Wiederrufen erlaubt ist, Moos gegen 4 Scheffel, 2 Vrtl. Hafer mit dem Schubfarn zu holen, bey welcher Begnadigung man es dermahlen noch lassen; So haben selbige doch nichts destominder jetzt-gedachten zu Conservation derer Waldungen nöthigen Puncten gehorsamlich nachzukommen.

C a p. V.

Harz-Nutzung betreffende.

1.

Diemeil durch die Harz-Nutzung und Reifung derer Bäume, wenn solches allzufrüh und ohne Unterscheid des Holz-Wuchses geschieht, manche Waldung ruiniret worden, daß solche nicht nur im Wachsthum verdorben, bald anbrüchig worden, und verdorret, sondern auch solchergestalt die Pech-Nutzung zeitig von selbst eingegangen; Also sollen sowohl in den Fürstl. Waldungen, als auch besonders in denen Pfarr-Kirchen- und Unterthanen-Hölzern keine andere als krüppfige Fichten, so keinen Wuchs zum Bauen, oder zu Geräth-Holz haben, und dieß auch nicht eher, als bis wenigstens der Stamm vierspältig und einem Schindel-Sparrn gleich ist, mit dreym, nach etlichen Jahren aber mit noch 1 oder 2 Rissen, nachdem der Stamm stark ist, gerissen werden, und haben.

2.

Die Fürstlichen Forst-Bedienten auf die Harzer in Herr-

schafftlichen Wäldern, daß sie mit dem Harze treulich umgeben, und alles vor die Herrschaftliche Pech-Hütte geschafft werde, genaue Aufsicht zu halten.

3.

Dasjenige Harz aber, so von Bäumen auf die Erde gelaufen, und aller Abfall, so zum Pech-Sieden nicht gebraucht werden kann, ist an die sogenannten Harz-Klauber, die solches zu Fertigung des Rußes und Theers gebrauchen können, zu überlassen.

C a p. VI.

V o m L e e s e - H o l z.

Nachdem sowohl denen Einwohnern, und Haus-Genossen zu Graß, vermöge derer Statuten de 4. Martii 1672. Tit. IV. art. 7. als auch denen 10 alten Häusern zu Reinsdorf Inhabts eines Vertrags de 4. Novbr. 1571. Ingleichen denen Neu-Sommlauern laut Begnadigung de 1. April 1617. das Holz-Leesen in den Fürstlichen Waldungen unter gewissen restrictionen concediret worden; Also behält es dann auch folgendergestalt darbey sein Bewenden, und zwar bei Graß auf Raabe, wie folgende eigentliche Worte derer Statuten lauten, Nämlich:

Soll jedem Einwohner und Hausgenossen nachgelassen seyn, in der Woche an zweyen Tagen, als Dienstag und Donnerstag auf den Wäldern dürr Holz zu leesen, und einzutragen, was er mit der Bart, i. e. kleinen Beilgen, gewinnen kann; Grüne Stangen aber, Bäume und anders abzubauen, oder eine Art zu gebrauchen, soll ihnen gänzlich verbotben seyn, bey einer willkührlichen Strafe, wer dessen betreten und überführet wird.

Da aber diese Freyheit Zeithero dergestalt mißbraucht worden, daß theils Einwohner und Hausgenossen

- 1) Fast alle Tage in Wald gelaufen, und Leese-Holz geholet;
- 2) Sich nicht der Barten, sondern der Aerte bedienet;
- 3) Verschiedene Personen auch ihre Handwerker liegen las-

sen, und sich mit Leese-Holzsammeln, und Verkauf an andere Personen ernähret;

Als werden den Fürstl. Forst-Bedienten hiermit ernstlich angewiesen, auf solchen Unterschleif genaue Acht zu haben, und niemanden außer ordentlichen Holz-Leese-Lagen, weniger mit einer verbotenen Art, oder, daß er einen Handel mit dem Leese-Holz treibe, passiren zu lassen, sondern die Verbrecher zu pfänden, und das Pfand ohnverweilt in das Gräfl. Amt zur Untersuchung und Bestrafung zu überliefern.

So viel die Reinsdorfer betrifft, so verbleibt denen 10. Stamm-Häusern die zugelassene Holz-Leesung ebenfalls nach deren Worten des Vertrags, de 4. Novbr. 1571.

„Daß, wenn die Reinsdorfer zu zehn Groschen (so dar-
„maß von 10. Häusern 4. Gulden 16 Gr. ausgetragen)
„ihren Wald-Zins entrichtet haben, soll ihnen das dürre
„Holz, Wind-Brüche und Reißig zu lesen vergönnet, oder
„sie ihren Wald-Zins zu geben nicht schuldig seyn.

Wenn aber die Reinsdorfer Untertanen bis anhero nur den vormahligen Fuß von 10. alten Stamm-Häusern à 10 Gr. mit 4. Gulden 16 Gr. in das Renth Amt vor Leese-Holz entrichtet, gleichwohl hingegen die meisten dieser 10. Stamm-Häuser seit solchen Vertrags sicherspaltten haben, und durch solcheerspaltung eine größere Consumption, da ein jeder neuer Haus-Wirth des Leese-Holzes sich angemasset, der herrschaftlichen Waldung zugewachsen ist, mithin auch billig von jedem neu-abgebaueten Haus 10 Gr. hätten gegeben werden sollen, so aber nicht geschehen, sondern jeder zerbauter Wirth mit dem Stamm-Haus nur 10. Gr. und also auf jede Wohnung nur 5 Gr. abgetragen; Also wird verordnet, daß die zerbauten Häuser, entweder auch jedes 10. Gr. weil es doch eben so gut sein eigenes Feuer und Wohnung, wie ein unzerbautes Haus hat, bezahlen, oder wo sie bei 5. Gr. bleiben wollen, jedesmahl zwey dergleichen zerbaute Häuser ein Jahr um andere alter-

niren, und in einem Jahr aus Reinsdorf nicht mehr als 10. Häuser oder Familien, wie es zur Zeit des Vertrags de 4. Novbr. 1571. gewesen, — das Holz-Leese-Recht genießen sollen. Es soll aber diß auf der Reinsdorfer geschriebenes unterthäniges Bitten bis zur Majorennitaet des Pfleg-Befohlenen ausgesetzt seyn. Was aber die Klein-Häusler allda anbetrifft, bleiben dieselben von diesem Holz-Leese-Recht gänzlich ausgeschlossen.

Die Neu-Gomblauer anbelangend, so zu Ende des 16. und Anfang des 17. Seculi von dem Gomblauer Wald, der Eichberg genannt, abgebaut worden, weilten diese seit solcher Zeit, und zwar vermittelt einer besondern Begnadigung de 1. April 1617. bis auf Wiederrufen aus denen Waldungen daselbst, das Leese-Holz gesammelt; So soll es ihnen in der Maase, als es denen Einwohnern und Haus-Genossen zu Grätz, wie obgedacht, nachgelassen werden, es noch fernerweit gegönnet und verstattet seyn. Außer jezt gedachten aber haben in den Fürstlichen Waldungen weder ganze Dörfer noch einzeln wohnende Personen des Leese-Holzes-Sammlung einige Befugniß; dahero auch die herrschaftlichen Forst-Bediente ernstlich angewiesen werden, mit aller Treue auf den Unterschleif bey dem Leese-Holz zu vigiliren, und die Ubertreter ohne Ansehen zu pfänden, und zur Bestrafung anzuzeigen.

Cap. VII.

Von Trifften und Huthungen,

So weit solche zum bessern Wachsthum und Aufnehmung derer Waldungen verbotthen, ist bereits oben Cap. III. §. 1. versehen, wird also hier nur gehandelt, wo solche ohnschädlich und zugelassen sind.

1.

Sollen dahero diejenigen, so mit Rind-Vieh gegen einen Trift-Zins in die Fürstlichen Waldungen treiben und hütthen wollen, sich Donnerstags vor der Char-Weeken auf Gräfl. Camp-

ley einschreiben lassen, und den Trifft-Zins auf jedes Stück mit einem halben Guld. Meißn. entrichten, worauf

2.

Gleich nach Ostern der District, wo thuen zu hütten erlaubt sey, angewiesen und abgesteckt werden, und

3.

Keiner ein mehrers Stück (bey Verlust desselben) in Wald treiben soll, als er wirklich bezahlt hat, und einschreiben lassen.

4.

Sich auch bey Vermeidung exemplarischer Strafe, nicht unterstehen, an andern Gegenden, als ihm angewiesen, besonders in einigen jungen Gehäu zu hütten. Und ob zwar

5.

Vom Trifft-Zins befreuet, sind die Besitzer der sogenannten Bretmühl auf sechs Stück, Inhalts eines besondern Kaufs de 18. Aug. 1608. Ingleichen die 16. alten Häuser zu Neu-Gomblau, auf so hoch als jeder über Winters halten kann, den Eichberg bis an Stallweg zu betreiben, laut einer bis auf Wiederruffen de 1. April 1617. ertheilten Begnadigung, welche Concession doch nur auf dasjenige Vieh zu verstehen, so viel ein jeder von dem originarié zu seinem alten Hause gehörigen Grund-Stücken überwintern kann, ferner die Besitzer des sogenannten Wald-Hauses bey'm Rothenthal auf 3 Stück Melk- und 3 Stück Eblt-Vieh, laut Austauschungs-Recess de 20. Febr. 1679. So haben sich jetztgedachte dennoch allesammt der Verordnung gemäß zu bezeigen, und nirgends anders zu hütten, als wo es dem Wald ohnschädlich, und ihnen angewiesen und abgesteckt worden.

C a p. VIII.

Vom Geräumen und Reuthen.

Da auch bereits von denen in Gott ruhenden Vorfahren des Hoch-Gräflichen Stammes Reußen von Plauen, Inhalts

derer sub dato Gera den 12. Mart. 1619. ingleichen den 7. May 1638. sowohl auch von vielen andern Reichs-Ständen in öffentlichen Druck edirten Forst- und Wald-Ordnungen satzsam eingesehen worden, wie höchstschädlich (ob schon unter mancherley angeblich scheinbaren Vorwand) das Geräumde und Reuthen machen in denen Wäldern, sowohl der Waldung selbst als auch der Wildbahn sey, und dahero dergleichen Unternehmen nicht nur bey 10 Gulden, sondern auch willkührlich höherer Strafe, verbotzen, ja daß solche Gegenden, so zu Reuthen, Geräumden, Acker und Wiesen gemacht, eingezogen, und in vorigen Stand gesetzt werden sollen, verordnet, jene Zeit aber, da nur ein Seculum verflossen, gegen die jeßige, wo an tüchtigen Brenn-, Bau- und Geräthe-Holz bereits schon ein großer Mangel vorfällt, in keine Vergleichung kommt; Also wird diesswegen ein geschärftes Einsehen um so nöthiger gefunden und demnach verordnet

1.

Daß alle in den Herrschaftlichen Waldungen befindliche und dazu gehörige Geräumde und Reuthen nicht weiter gereuthet werden, sondern der darauf auflaufende Anflug wieder zur Waldung erwachsen soll. Dahero auch

2.

Diejenigen Geräumde, so an Unterthanen gegen Zinnß verkauffet worden, wie bereits mit der Posernischen Reuthe am Silber-Berge 1726. gethan worden, so weit es mit Befall der Rechte geschehen kann, wieder einzulösen, diejenigen aber, so

3.

Etwa nicht sogleich zu reuiren oder zur Püthung der Fürstlichen Vorwerke unentbehrlich wären, dergestalt mit Grenz-Steinen abzureynen sind, damit sie zu derer Waldungen Schaden nicht können vergrößert werden, daher denn auch

4.

Keinem Untertanen bey Verlust des Grundstücks nachzu-
sehen ist, einige Hölzung zur Huth, Wiese oder Feld auszu-
reuthen, allermassen denn auch

5.

Vergleichen Wald-Rottung den Forst-Bedienten bey Ver-
lust ihrer Bedienung auch schärferer Poen denen Untertanen
aber bey Confiscation des Grund-Stückes verboten wird.

Damit auch die Fürstlichen Rätbe, Wirthschafts- und
Forst-Bedienten eine gewisse Taxe vom Verkauf des Holzes
jetziger Zeit und Umständen nach, bis auf weitere Veränderung
und Verordnung, auf diejenige Summa, so eben Cap. II. ad
§. 1 et 2. alljährlich nach Wirthschafts- und Forstmässigen
Ertrag zu verkauffen resolviret worden, haben mögen, so wird
ihnen solche Taxe hiermit also ertheilet.

C a p. IX.

Taxe, wornach die Fürstl. Rätbe, Wirthschafts-
und Forst-Bedienten bey Förstereyen sich zu
achten haben.

1.

K l a s s e n - H ö l z e r.

1 Klafter roth und weiß Buchen-Holz	1 Thlr. 3 Gr.
1 Klafter Birken-Holz	1 — 3 —
1 Klafter Erlen- und Ahorn-Holz	1 — 3 —
1 Klafter Lärchen- und Fichten-Holz	— — 23 —
1 Klafter, Alpen-Holz	— — 20 —

2.

H ö l z e r a u f d e m S t a m m.

E i c h e n.

1 Raaben-Eiche	2 Thlr. — —
1 Schwell-Eiche	4 — — —

Buch en.

1 Karm-Baum	— Thlr. 8 Gr. —
1 Budel-Baum	— — 10 — 6 Pf.
1 Schlitten-Holz	— — 12 — —
1 Naaben-Buche	1 — 18 — —
1 Halbe Fellen-Buche	2 — — — —
1 Doppelte Naaben-Buche	3 — 12 — —
1 Ganze Fellen-Buche	4 — — — —
1 Scheer-Buche wird taxirt, als sie Klafftern Holz, jede à 1 Thlr. 3 Gr. in sich hat.	

Bau-Hölz er.

Ein Röhr-Holz	— — 6 Gr. Pf.
Ein Schindel-Sparn	— — 8 — —
Ein Stroh-Sparn	— — 12 — —
Ein Seul-Baum	— — 16 — —
Ein Ziegel-Sparn	— — 18 — —
Ein Stuben-Holz	— — 22 — —
Ein Balke	1 Thlr. bis 1 Thlr. 6 Gr.
Ein doppelter Seul-Baum	1 — 8 —
Ein Breth-Baum	1 Thlr. 12 Gr. bis 3 Thlr.
Ein Trog-Baum	3 bis 4 und 5 Thlr.
Alle Scheer-Bäume nach dem Werth der in sich haltenden Klafftern.	

Stangen- und leichtes Geräth-Holz.

Ein Schock Hopf-Stangen	12 Gr. —
Ein Schock Pfahl- und Garten-Stangen	3 Thlr. 3 — —
Ein Schock Reif-Stäbe	6 bis 7 — —
Ein Schock Ruf-Stangen	20 — —
Eine halbe Bottig-Stange	3 — —
Eine ganze Bottich-Stange	6 — —
Eine Schlag-Stange	8 — 6 Pf.
Ein Letter-Baum	1 — 6 —

Damit auch wegen derer Forst-Accidentien, oder sogenannten Anweiß-Geldern ein Regulativ sey, so sollen

C a p. X.

An Forst-Accidentien oder Anweiß-Geldern der Fürstlichen Forst-Bedienten nach der seitherigen Observanz folgendes passiren:

Von jeder Klafter Holz, sie sey hart oder weich	1 Gr.
Vor jeden Bau-Stamm, auch Ruß- und Geräthe-Holz, wenn der Werth des Stammes sich nicht unter sechs Groschen oder über einen Thaler beträgt,	1 Gr.
Woferne er über einen Thlr. kommt, wird auf jeden Thlr. noch gegeben	1 —
Von einer Schlag-Stange	6 Pf.
Von einem Letter-Baum	3 —
Von einem Schoß Hopff-Stangen	1 Gr.
Von einem Schoß Garten- und Pfahl-Stangen	3 —
Von einem Schoß Ruß-Stangen	1 —
Von einer halben Bottig-Stange	6 Pf.
Von einer ganzen Bottig-Stange	1 Gr.
Von einem Rarn-Baum	1 —
Von einem Wudel-Baum	1 —
Von einem Schlitten-Holz	1 —

C a p. XI.

V o n J a g d e n.

1.

Soll in den Fürstlichen Herrschaften niemand weder mit Netzen, Fellen oder Schießen der Jagden sich unterfangen, er sey dann darmit ordentlich beliehen worden, dessen er sich denn an denen verliehenen, und sonst an keinen andern Orten und Gegenden in ordentlicher Zeit zu gebrauchen hätte, daher auch die Forst-Bediente auf die, so dergleichen unbefugt vorzunehmen

men sich unterständen, fleißige Aufsicht zu haben, und wenn sie jemanden ertappen, oder auch in den herrschaftlichen Waldungen mit Gewehr an einem verdächtigen Ort antreffen würden, solchen in Arrest zu nehmen, und bey der Fürstlichen Regierung zur Untersuchung und Bestrafung einzuliefern haben. Da auch

2.

An einigen Orten sich geäußert, daß man bey Exercirung der verliehenen Jagd-Gerechtigkeit sich nicht solcher Personen bedienet, so der Jägerei Herkommen gewesen, sondern nur dazu Schäfer, Trescher, Tagelöhner, und dergleichen genommen, wodurch geschehen, daß nicht nur das Wildpret zu Holz geschossen, sondern auch die Refieren ganz ausgewüßt worden; Also sollen dergleichen Personen künfftig hiermit gänzlich verboten seyn, und hat ein jeder, der die ihm verliehene Jagd-Gerechtigkeit exerciren will, niemand anders, als einen ordentlichen gelernten Jäger zu gebrauchen, und wie

3.

Dies in der Jagd einen großen Schaden und Ruin verursacht, wenn man nicht die gehörige Heege-Zeit observiret, sondern durchs ganze Jahr schießet, wodurch vielmahls jung und alt verdorben wird, und niemand zu Nutzen kommt, in allen wohl bestallten Jagd-Ordnungen aber eine gewisse Heege-Zeit verordnet ist; Also sollen diejenigen, so mit Jagden beliehen;

Bei der hohen und Mittel-Jagd von Fastnacht bis Joh. Bapt, bey der Nieder-Jagd und Weydwerk aber, von Fastnacht bis Barthol.

alles Schießens, Heßens, Jagens und Weydwerks-Gebrauchs, überhaupt auch der Schießung einigen trächtigen Wildprets sich gänzlich enthalten. Jedoch bleiben in der verbotenen Zeit, die so genannten Fest-Paasen, und die, so zu Ehren-Ausrichtungen kommen, verkömmlich zugelassen. Nicht weniger gereicht

4.

Zum großen Verderb des kleinen Weydwerfs, wenn im Früh-Jahr denen Vögeln aufm Rückzug ins Land, mit Stellung derer Heertbe, Kletten, Fall-Bäume 2c. Abbruch gethan wird, da doch zu solcher Zeit, wenn der Vogel sich wieder zur Hecke ins Land einfündet, derselbe billig zu schonen ist; Also wird daher hiermit aller Vogelfang, er habe Namen wie er wolle, bey'm Rückzug unter 5 Thlr. Strafe verbotben. Und da auch nächst deme

5.

Das kleine Weydwerf Zeithero dadurch sehr vermindert worden, daß Rüb-Hirthen, Lehr-Jungen, Holßschläger und verschiedene andere, aufm Müßiggang sich legende Persohnen in Feldern, Wäldern, Gebüsch und Ständten denen Vogel-Nestern nachgesuchet, und die Eyer und Junge ausgenommen, wordurch viele Hecken ruiniret worden; Als wird dergleichen bößliches Unternehmen hiermit ernstlich verbotben, und soll ein jeder, so darüber betreten, oder auch dessen sonst übersühret wird, dergleichen begangen zu haben, jedesmal mit 8. Tage Gefängniß, oder 1 Rsch. an Gelde bestrafet werden, und wie auch

6.

Sich geäußert, daß einige Persohnen unterstanden, jung geseßtes Wildpretb an Hirschen, Reehen, und Hasen aufzuheben, ingleichen junge Auer, Haasel, Rebühner und Wachteln zu haschen und zu entwenden; Also wird hierdurch jeder männiglich verwarnet, sich dergleichen zu enthalten, wo aber dennoch jemand sich dessen gelüsten ließe, und darüber ertappet, oder der That sonst übersühret würde, soll derselbe mit unerläßlicher 4. und mehr wöchentlicher Gefängniß, oder mit 10. und mehr Thlr. an Gelde bestrafet werden.

7.

Sollen zu beßerer Conservation der Jagden die Waldungen 4. Wochen lang M. Majo bey der Gey- und eben so viel M. Septbr. bey der Brunst-Zeit völlig geschlossen, und

darinnen niemand bei Vermeidung unausbleiblicher Strafe etwas zu handthieren erlaubt seyn, und diewellen

8.

Das Plätzen und Schießen in Wäldern und aufn Feldern, gar gemein werden wollen; Also soll in den Fürstlichen Waldungen und refieren, außer denen reisenden Persohnen, so jedoch in denen ordentlichen Wegen zu bleiben haben, und denen bey den Aemtern und Gerichten bestellten Frohnen und Dienern, so solches wegen mancherlei Nachstellungen zu ihrer Sicherheit zu führen benöthiget, sich niemand mit Gewehr und Büchsen bey Verlust derselben, und auch unausbleiblicher Bestrafung betreten lassen. So ist auch ebener maßen

9.

Das bereits verbotene Schießen und Plätzen bey Hochzeiten auf denen Dörfern, wodurch schon vielmahls großes Unglück an Menschen und Häusern geschehen, und darbey das Wild verscheuget wird, bey 1 Rsch. Strafe gänzlich zu unterlassen. Und wie

10.

In der Wildpahn durch die herumlaufende Hunde auch vieler Schade geschicht; Also werden die dißhalben bereits M. Jul. 1725. und M. Febr. 1731. publicirte Mandata nebst deren vorhergegangenen hiermit alles Ernstes nochmal wiederholet. Und zwar

1) Soll niemand erlaubt seyn, einen Hund in den Wald oder außs Feld mit zu nehmen. Und ob zwar an Orthen, wo das Getrende vor dem Wild gebüthet werden muß, denen Unterthanen auch einen Hund des Nachts über bey sich zu haben nachgesehen wird; so sollen sie doch solche Hunde bey sich an Stricken führen; oder bey ihren Hütten und auf denen Fleckern anpflocken.

2) Sollen die Metzger oder Fleischhauer ihre Hunde, wenn sie durch die Waldungen treiben, gleichfalls an Stricken führen.

3) Die Unterthanen aufn Lande sollen ihre Hunde an Ketten behalten, und auch des Nachts nicht loslassen, es sey denn in wohlverwahrten Höfen, oder sie mit Quer- und Schleif-Rütteln versehen, und

4) Sollen auch die Schäfer und andere Hirthen ihre nöthige Hunde mit doppelten Rütteln bey der Heerde bey sich führen, alles bey Vermeidung 1 Nsch. Strafe und Verlust des Hundes, wovor dem Förster 12. Gr. vor Schieß-Geld zum accidenz bezahlt werden sollen.

11.

Bleibt denen Unterthanen unverwehrt, das Wild von ihren Feldern zu scheugen, jedoch aber keineswegs mit Abhegung durch Hunde, oder mit Schießen, allermassen denn dergleichen Schießen besonders Nachts, bey 5 Tblr. Strafe verbotthen wird, indem sich befunden, daß einige bößbaste Nachtwächter mit groben Schrotten und Lauf-Kugeln unter das Wildpret geschossen, wovon dieseß nach weniger Zeit verdorben ist. Auch wird

12.

Denen Unterthanen zugelassen, ihre Felder und Gärten mit Zäunen vor Wildpret zu verwahren, jedoch soll solches keineswegs in oben zugespigten Pfählen und Latten bestehen, weil darinnen bey dem Überspringen manches Wild sich todt spießet, und werden dergleichen schädliche Zäune hiermit gänzlich verbotthen. Da man auch

13.

Wahrgenommen, daß Winters-Zeiten denen Haasen in Gärten mit Drath-Schlingen gestellt gewesen, einige dergleichen verdächtige Unterthanen auch allerhand Wildprethsdiebe und herumlaufende Pursche viele Zeit geherberget, so haben die Forst-Bediente hierauf ein nachsames Auge zu halten, und wo sie dergleichen gewahr werden, solches unverzüglich Fürstlicher Regierung anzuzeigen, damit wieder dieselben denen Rechten nach, gebührend verfahren werden könne.

14.

Soll niemand in den Fürstlichen Waldungen und Jagd-Refieren Heerthe, Kletten, Geschnelte und Meisen-Hütten stellen, er habe denn zuvor bey Fürstlicher Canzley die gehörige Erlaubniß erhalten, und den gebührenden Zins entrichtet, es ist aber dennoch dergleichen Vogel-Stellen an den Orten, wo das Auer-Wildpreth, auch Haasel- und Rebhühner einigen Stand haben, nicht zu gestatten, und werden hierbei in Geschnelten die sogenannten Knüttel-Fallen und Lauff-Schlingen bei 5 Thlr. Strafe untersagt.

15.

Die Grammetz-Vogel oder Zeumer, so auf denen Rühr- und Nasch-Heerthen gefangen werden, sind, ehe und bevor sie an Fremde verkauft werden, zuvörderst bey Fürstlicher Hofhaltung anzubietben, bey Vermeidung 8 Gr. Strafe vor jedes unterschlagene Stück. Damit aber auch

16.

Das Wild in solcher Anzahl nur gehalten werde, als es den Fürstlichen Waldungen und Jagden proportionirlich, und denen Unterthanen erträglich ist; Also sollen alljährlich die Forst-Bedienten in der ersten Woche des Monats Martii ihren pflichtmäßigen Bericht erstatten, wie hoch der Wildpreth-Stand in jedem Forst sich befinde, nebst Gutachten, wieviel davon in jedem Jahr wirthschaftlich nach und nach geschossen werden könne.

C a p. XII.

Von der wilden Fischerey.

1.

Haben auch die Forst- und Wirthschafts-Bedienten ein unnachlässiges Aufsehen auf die wilde Fischerey, sowohl in dem verpachteten Elster-Strohm, als auch besonders bey den unverpachteten Forellen- und Krebs-Bächen in der Quirll, Krümme und Schlait zu haben, und da sich begäbe, daß sie jemand

verdächtiges allda altrapirten, haben sie solches zur weitem Untersuchung gehöriger Orten anzuzeigen, vornehmlich aber haben selbige in denen unverpachteten Forellen- und Krebs-Bächen fleißig zu visitiren, daß in solchen nicht heimliche Fisch-Reyser geleet, getrebet, oder des Nachts geleuchtet werde, wie denn ein jeder, so in einem solchen Verbrechen ergriffen, oder dessen sonst überführet wird, mit zehn Rthlr. oder auch nach Befinden mit harter Leibes-Strafe angesehen werden soll.

2.

Ist dahin zu sehen, daß diejenigen, so Wiesen an den Forellen- und Krebs-Bächen haben, das auflaufende Erlens- und Wyden-Gebüsch fleißig abtreiben und die Ufer und Tiefen in gutem Stande verbleiben mögen, wo auch sich befindet, daß die Bäche allzusehr verwachsen, und die Fische ihren Strich noch weniger Aufenthalt haben können, sind diese in gehöriger Weite auszustechen und brauchbar zu machen, allermassen denn die vorsätzliche Engerung der Bäche, oder daß etwas in solche zum Schaden der Fische und Krebse geschüttet werde, bey 5 Thlr. Strafe verbothen wird.

3.

Würde sich begeben, daß durch eine wilde Fluth die Bäche erweitert, und die Wiesen ausgerissen würden, haben die Besitzer der Wiesen; ehe und bevor ihnen von der Regierung angewiesen worden, wie weit sie wieder einbauen sollen, sich alles Bauens in die Bäche bey Vermeidung unaussbleiblicher Strafe zu enthalten, und wie

4.

Durch die Ausschlagung der Wasser auf die Wiesen an der Fischerey, besonders der jungen Bruth, großer Schade geschieht, so soll zur Zeit, wenn das Wasser wenig und die Bäche nicht vollströmig sind, die Wässerung auf die Wiesen bey 1 Rsch. Strafe unterbleiben, übrigens aber auch der Wässerungs-Graben nicht weiter, als ein Schub weit gemacht, und mit einem tüchtigen Zaun verwahret, einiges Wässerungs-Wehr

aber in die Bäche einzubauen nicht verstatet seyn. Annebst hat auch

5.

Der Hammerschmidt zu Gräitz, wenn er was an seinem Hammerwerk zu bauen, den Mühl-Graben ohne Beyseyn eines Forst- und Wirthschafts-Bedienten nicht abzuschlagen, dieser aber zu solcher Zeit dahin Acht zu haben, daß die im abgeschlagenen Mühl-Graben befindende Forellen und Krebse treulich höher wieder in Bach eingesezet werden. Würden übrigens

6.

Die Fürstlichen Forst- und Wirthschafts-Bedienten befinden, wordurch den Forellen- und Krebs-Bäche in mehrere Verbesser- und Vermehrung gebracht werden könnten, haben sie solches bey Fürstlicher Regierung zu weiterer Ueberleg- und Verfügung anzuzeigen.

C a p. XIII.

Von der Aufsicht und Pfändung bey obangeführten Forst- und Jagd-Gebrechen.

Ob zwar die Aufsicht und Pfändung die Fürstliche Forst-Bediente, Jäger und Grenz-Schützen, so täglich im Walde sind, und seyn sollen, insbesondere angehet, daß sie auf alle benannte Umstände und Vorfällenzeiten genau vigiliren, die nöthige Pfändung und Arretirung vornehmen, und ohne Zeitverlust die begangenen Frevel mit Einlieferung derer Pfänder bey der Regierung zur Untersuchung und Bestrafung anzeigen sollen, davor ihnen auch das Inhalts-ihrer Bestallungen ausgeworfene Pfand-Geld verbleibet, ißo auch, um sie in ihrem Fleiß und Treue desto mehr zu ermuntern, hierdurch verordnet wird, daß von allen anzeigenden Verbrechen, Diebereyen und Unterschleifen, somit 5 Thlr. und drüber, Inhalts dieser Forst-Ordnung, bestraffet wird, ihnen der vierdte Theil abgeben werden soll; Nachdem aber dadurch gleichwohl der Sache nicht vollkommen gerathen seyn würde, da die Bosheit dergestalt hoch gestiegen, daß man mehrmals erfahren müßen,

daß, wenn die Forst-Bedienten auf einer gewissen Gegend der Waldung gewesen, diese abgelauert, und allerhand Dieberey in einer andern Fluhr vorgenommen worden; Also soll auch denen bei den Aemtern und Gerichten bestallten Frohnen, auch allen Dorff-Richtern, Schultheisen und Unterthanen hierdurch anbefohlen seyn, daß, wenn ein oder der andere sähe, und gewahr würde, daß in den Herrschaftlichen Waldungen und Jagden von jemanden Dieberey und Unterschleif vorgenommen würde, sie befugt seyn sollen, allsofort dergleichen Frevler zu pfänden, oder wenn er fremdd und unkundig, sogleich mit zu arretiren, und das Pfand, und denselben, bey der Regierung zur Untersuch- und Bestrafung einzuliefern, davor ihnen Abtrag geschehen, sich auch darbey in gebührenden Schutz genommen, und gegen männiglich vertreten werden sollen.

Der Fällungen Nro.	N a m e n		S o d		
	und G r ö ß e des Wirthschafts-Bezirks.	des Forstorts und Nro. der Bestands-Ab- theilung, wo gehauen wer- den soll.	B o r n u n g e		Besam- licht Räum- sch Mg.
			Durch- forstungen, Aus- läuterungen. Mg.	D.R.	
	A. Private Forsten.				
	I. Seehöfer Forst begang.				
1	Berkhöppen 962 Mg. 64 D.R. A b g a b e s a ß 720 c' Bau- u. Nutzholz 259 Klast. Brennholz 45 Schock Wollen.	Waldhof Abtheil. No. 5.	—	—	21
2	—	Sandkopf Abtheil. No. 7.	—	—	28
	Insgemein				
3	Poll- und Abfall-, trock- nes ic. Holz ppt.		—	—	—
	Summa		—	—	49
	B. Interessenten-Forsten.				
	II. Haldorfer Forst begang.				
4	Lüderbruch 1406 Mg. 54 D.R. A b g a b e s a ß. u. f. w.	Steinberg. Abthl. No. 11.	—	—	41
	Insgemein.				
5	Poll- und Abfall-, trock- nes ic. Holz		—	—	—

46

200

320

7036

Der Verzeichnisse Nro.	B e z e i c h n u n g der M a t e r i a l - u n d G e l d e r
	I. Bereits genehmigte und erledigte Nichts.
	II. Laufende Abgaben.
1.	Bauholz zu herrschaftlichem Bedarf
2.	Bau- und Nutzholz an Nichtberechtigte
3.	Bauholz an Berechtigte
4.	Brennholz zu herrschaftl. Bedarf, insbesondere an Begnadi
5.	Brennholz an Nichtberechtigte zu vollen und herabge
6.	Brennholz an Berechtigte
	III. Verkauf, meistbietend und aus der laut Uebersicht Litt.
	IV. Von der Mast
	V. Forst-Nebennutzungen.
	Zeitpachten
	Unbestimmte Einnahmen
	VI. Am Forst-Inspection nicht zur Anwendung

46

200

320

7036

f i

Materi

Forstl

1sten Zi

nach den
oder
wahren

aus

8
32
64
27
33
106

6253

6526
20

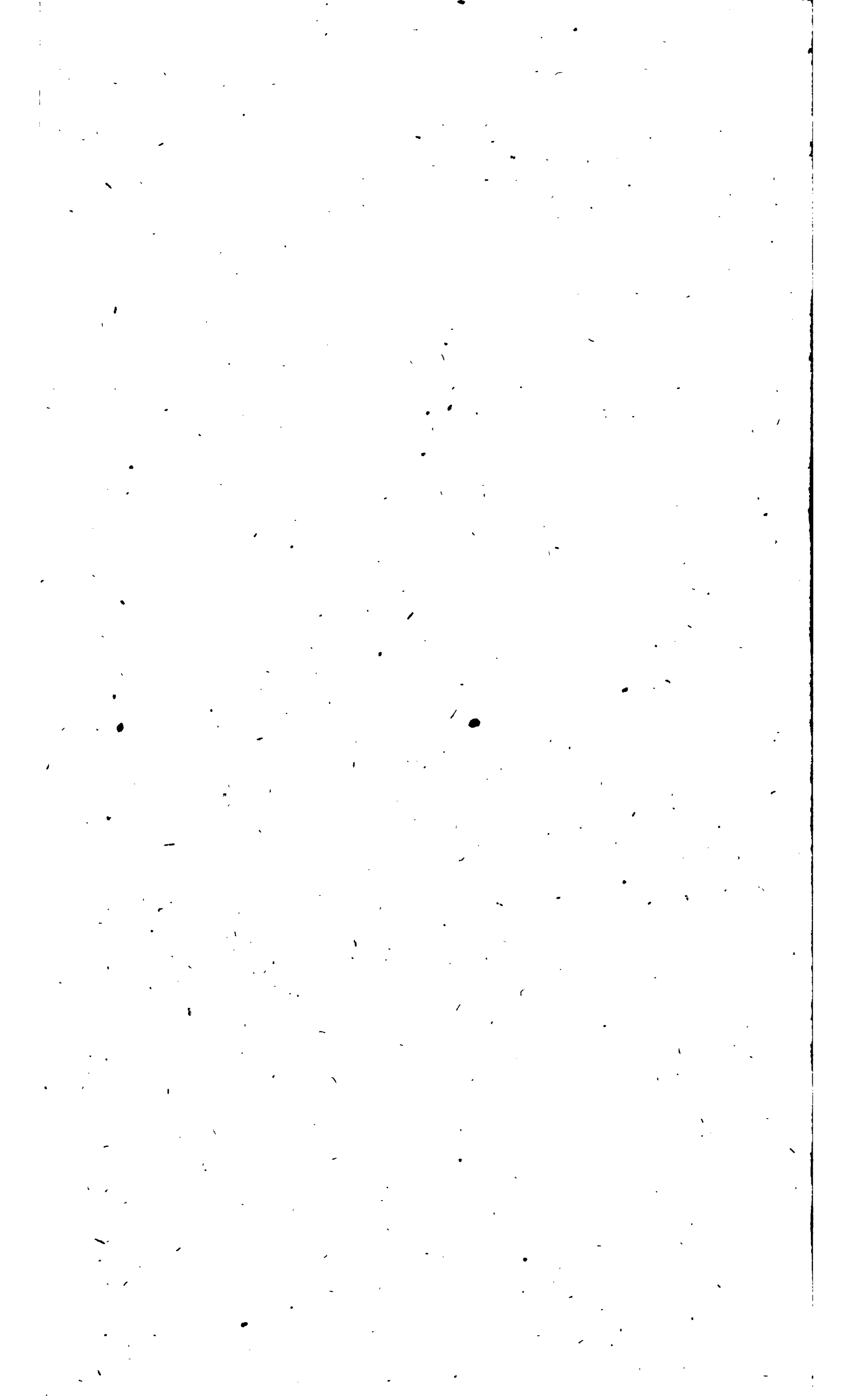
105
65

190

74
46
200

320

7036



Forst-
Amt

Laufende Nro.

Namen
des
Forst-

Begangs

Bezirks

Kurze
Beschreibung
der
vorzunehmenden
Forst-Verbesserungen.

Re

Ms.

Ziele
Buch

5

1. Be-
stosse
Bgras

-

uchon-
id am
istern.

-

je . .

-

na . .

2

len.

in der
Jahre
Liefen

aten

Namen

1)

na . .

2)

en . .

3)

sten

am . .

Die Forst-Verbesserungen vom

A.		B.		Befamung mit								
Anlagen.		Nachbesserungen.		Laubholz.				Nadelholz.				
D.R.	Sämlingen-Rutten											
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	19	3	60	—	64	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	1	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	1	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	19	3	60	—	64	—	—	—	—	—	—	—
—	—	1	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	19	4	70	—	64	—	—	—	—	—	—	—

Anmerkung.

Diese Uebersicht wird beim Ober-Forstamte
1) aus den genehmigten Forst-Cultur- und Begebefferungs-

		A.			B.						
		Neuen Anlagen.			Nachbesserungen.						
		Mg.	Qg.	Langens Ruthen.	Mg.	Qg.	Langens Ruthen.	Eichen	Buchen	Fahndbuchen	Eichen
Forst-Inspektion N. N.											
1.	N. N.										
	a) Forstverbesserungen	29	50	90	10	5	300	—	—	—	—
	b) Wegeverbesserungen . .	—	—	10	—	—	97	—	—	—	—
2.	N. N.										
	a) Forstverbesserungen	9	60	—	8	—	70	—	—	25	—
	b) Wegeverbesserungen . .	—	—	5	—	—	42	—	—	—	—
Forst-Inspektion N. N.											
3.	N. N.										
	a) Forstverbesserungen										
	b) Wegeverbesserungen . .										
...											
		38	110	105	18	5	509	540	68	25	—

Vergleichende

Dez

das Betriebsjahr vom 1. Julius 18 . . bis dahin 18 . .

Neu-Anschlüssen und

Korrekturen sollten bestehen in

ମହାନ ଶାନ୍ତି :

Umpflanzung mit:

Daß sollten

Dienstleistung

Interes	Hort.
senten.	itaf.

•ପୁରୀ
•ସମ୍ବଲପୁର
•ଭୁବନେଶ୍ୱର
•କଟକ

Dienst Tage.	Dienst. Tage.
1	1
2	2
3	3
4	4
5	5
6	6
7	7
8	8
9	9
10	10
11	11
12	12
13	13
14	14
15	15
16	16
17	17
18	18
19	19
20	20
21	21
22	22
23	23
24	24
25	25
26	26
27	27
28	28
29	29
30	30
31	31
32	32
33	33
34	34
35	35
36	36
37	37
38	38
39	39
40	40
41	41
42	42
43	43
44	44
45	45
46	46
47	47
48	48
49	49
50	50
51	51
52	52
53	53
54	54
55	55
56	56
57	57
58	58
59	59
60	60
61	61
62	62
63	63
64	64
65	65
66	66
67	67
68	68
69	69
70	70
71	71
72	72
73	73
74	74
75	75
76	76
77	77
78	78
79	79
80	80
81	81
82	82
83	83
84	84
85	85
86	86
87	87
88	88
89	89
90	90
91	91
92	92
93	93
94	94
95	95
96	96
97	97
98	98
99	99
100	100

010445

৫৯৫৯

0500

ප්‍රතිචේත

10

06/07/2019

අයිතමය

—

11360

James

223025

11104

031416

SECRET

മുൻപാലം

Defect

100

11216119

உயிர்ப்பிழை

॥ श्रीगणेशाय नमः ॥

● 12月 20日

Index

u n b.

© t i d.

[illegible]

Ober-Forstamt

u

für
gem

ver
wer

baor

ab

149

5

62

1

218

Nro. |

or

		In dem Rechnungsjahre zur 2		
		Folgentwendungen	Weidefretel, Futter- Laub- und Grasent- wendungen	StreuLaub- Moos-
.		102	63	
.		49	5	
.		151	10	
1		302	84	
Jahre 18		297	21	
e 18		Plus	5	—
		Minns	—	7

U e b e r
vom
Stande des Forstbusswesens in dem

Jahre 18 . . sind angebracht			Vor. ten Freveln sind			Die erkannten Strafen bestehen						
und Freiheitsstrafen	Ordnungswidrig- keiten.	Summa	Berurtheilt	Freigesprochen und niedergelassen	Ausgesetzt	Geldstrafe			Spanns	Bands	Gefängn	
						fl	gr	sch	T	a	s	e
73	9	247	233	11	3	192	6	—	4	94	18	
15	4	73	72	1	—	59	1	—	—	15	1	
51	—	218	214	2	2	202	9	—	1	61	7	
39	13	538	519	14	5	453	16	—	5	170	26	
41	19	548	523	16	9	489	20	—	1	192	19	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	7	
2	6	10	4	2	4	16	4	—	—	22	—	

Vorschla

Anmerkung:
Diese Übersicht wird beim Ober-Forstamt aufgestellt und
1) aus den Forst-Kultur-, und
2) aus den Wegeverbesserungskosten-Anschlägen
zusammengetragen.

Be
zu b
ren u
best
be
Gemein

Nro.

„ c m i t t.

B.
Nachbesserungen.

Mg. QM.

Stamm-Bruch

1 Forst-Inspection N. N.
N. N.
a. Forst-Verbesserungen . .
b. Wege-Besserungen . . .
2 N. N.
a. Forst-Verbesserungen . .
b. Wege-Besserungen . . .
3 Forst-Inspection N. N.
N. N.
a. Forst-Verbesserungen
b. Wege-Besserungen
u. s. w.

4 70 -
- - 15
14 20 -
- - 20

Summa . . . 24 30 129 18 90 36

General
der
gebrachten Forst-Verbesserungen für das Betriebs-

.B

.G

.B

.H

.G

.H

3 91

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

11

Nro. 1.

über die Domanial- (Com.)
I. N . . . Gemei

Antrag des Revierf n.

I. H o l z f ä l l u n g s

1) von 1834.

- a. nach dem genehmigten Holzfällungsplane si
gen werden Klstr.
es wurden aber geschlagen Klstr. . . .

daher mehr (wenig

- b. die Mehrbauung (Minderbauung) wurde
der Gründe).

2) für 1835.

- a. Voranschlag zu Fällungen:

- 1) in dem District N. (Schlag No. . .)
gen Aufschlag ic. die Oberstände zum
werden ic. diese sind angeschlagen

. Klasten Buchen

. " Eichen

. Cubiff. Bauholz

. Wellen

- 2) District N. Abtrieb des Niederwaldschla

. Klasten Eichen (

. Wellen

ic. ic.

- b. Uebersicht des Voranschlags:

No. der Schläge oder Districte.	Buchen. Klstr.	Eichen. Klstr.	Nadel- holz. Klstr.	Bau- ob. Nutz- holz. Klstr.
1.
2.
3.
ic.				
Summa

- c. Anmerkungen.

Antrag des Revierförster

II. Nebennutzungen

1) von 1834.

- a. (Hier wird angeführt, in wie weit die Vorschrift die Nebennutzungen vollzogen worden.)

2) für 1835.

Antrag, welche Nebennutzungen forstwirtschaftlich den können.

- b. Anmerkung, z. B. über die Vortheile der Neben- über ihre Nachtheiligkeit auf die Hauptnutzungen

III. Kultur = Plan

1) von 1834.

- a. Vollziehung der genehmigten Kulturen, etwaige Ab- der Vorschrift mit den Gründen der Veranlassung
b. Erfolg der vormährigen natürlichen und künstli- Ursache des etwaigen Mißrathens.

2) für 1835.

- a. natürliche Verjüngung.

..... Morgen Besamungsschlag zc.

- b. Saaten:

1) im Distrikt N. Morgen Blöße vom 8
reinigen und mit Pfund Birken (Eich-
samen.

2) im Distrikt (Schlag) zc. zc.

- c. Pflanzungen:

1) im Distrikte N. sind Morgen leere Stel-
..... Stück Eichen,
..... Buchen zc. anzupflanzen.

- d. Anordnungen. zc. zc.

- e. Gräben:

1) im Distrikt N. sind anzulegen Ruthen 2
Breite und 1 1/2' Tiefe Freeg. (Ableitungs-)
Gräben.

2) im Distrikt N. Schlag No. desgl. Ru

- f. Sonstige Arbeiten:

1) Herstellung der Abfuhrwege. zc.

 Antrag des Oberforstbeamten.

g. Kost

1) . . .

2) . . .

1) . . .

2) . . .

1) . . .

2) . . .

1) . . .

U n

der Wirthf. gehörigen Waldungen

<p> Isoplane für die zum Revier </p>	<p> Isoplane für die zum Revier </p>
---	---

[illegible]

00.

No. 3

M u n d

über die Goldarbeiter im Meier St. . . . für das Schriftfachs-Jahr 183 . . .
 Dominal-Abzahlung St. . . .

Num. und Namen der Offizire des Schlags.	Namen und Rang der Fol- ganer. (Stottnesser)	Bezeichnung der ge- leisteten Arbeiten und resp. des gefer- tigten Materials.	Monat und Tag der Ueber- nahme.	Betrag des Dauerlohns.				No., Tag und Betrag des außgestellten Scheins zur Abzahlung.
				Einheit.		im Ganzen.		
				fl.	fr.	fl.	fr.	
Eisenberg Schlag No. 3.	Hartm. Altmann und Consorten von Oberstdorf.	5 Ristr. Buchen,	Jan. . .	1	"	5	"	1) den 12. Jan. ab- schüsslich be- schienigt 20 fl.
		44 " Eichen,	. . . 11.	1	"	14	"	
		350 Altmellen,	. . .	"	40	2	20	
		1500 Schlagmellen.	. . .	1	20	20	"	
		8 Ristr. Buchen, Eichen	März . .	1	"	8	"	

Nro. 5.

B. Bau-, Werk- und Nutzholz.

No.	I. Bauholz.			II. Werk u. Nutzholz.			Feines Nutz- und Stangenholz.					Preisab- schätzung und sonstige Bemerkungen.		
	Nummer.	Eichen.	Nadelholz.	Nummer.	Buchen.	Eichen.	K. K.	Nummer.	Baumpfähle.	Baumstüben.	Bohnen- stangen.		K. K.	K. K.
		Kubistfuß.			Kubistfuß.									
1	1.	35	..	1.	
2	1.	"	X	
K. K.														

Anzahl der Stücke, welche ein
Verkaufsmaß bilden.

Nro. 6.

Folghauerlohn, Abrechnung

über die im Meier District gefertigten Folghauerarbeiten pro 183 . . .
 unter Beziehung auf das Veraccordungs-Protokoll vom ten 183 . .

Ordn. Nummer.	Namen und Wohn- ort der Empfänger.	Angabe und Menge des gefertigten Folges.	Lohn per Maß		Betrag der einzelnen Anlässe.		Summa für jeden Empfänger.		Eigene Namensunter- schrift des Empfängers statt Quittung.
			f.	tr.	f.	tr.	f.	tr.	
1.	Georg Dietrich von	32 Rstfr. Buchenholz	1	"	32	"	51	"	Georg Dietrich m. pr.
2.	Obersteden und Consorten.	15 " Eichenholz 600 Eismellen 2c. 2c. Abfchlagsablungen hierauf	1	"	45 4	"			
			—	40					
5.	laut Anweisung	No. 1. vom . . . Dec.			24	"			
6.	" " " " "	" 2. " . . . Jan.			12	"	36	"	
7.	M. aus M. . . . nebst Consorten.	bleibt zu bezahlen 10 Raster Eichenholz 1000 Eischlagmellen 2c. 2c.	—	48	—	—	15	"	
			1	10	—	—	—	—	

Nro. 8.

A r b e i t s - M e t z u n g

über die von bis zum in dem Romanial- (Communal-) Wald gefertigten
Säuh-Arbeiten.

Fortlau- fende Nummer.	Benennung der Districte.	Art der Arbeit und Zeit, wann solche an- gefangen und beendet worden.	Namen und Wohnort der E m p f ä n g e r.	Zerklener Lohn			
				im Tag- lohn. Tag.	im Accord.	Einheit. fl. kr.	im Ganzen. fl. kr.
1.	Kellerberg	14 Morgen platzweis zu hacken, die Arbeit den... angefangen und den... beendet.	Mhr. Cleemann und Sohn. von M.		accord. pr. Morg.	1 50	25 40
2.	Mittelsberg	1000 P. Birkenamen zu säen v. 3. bis 4. Oct. gefeztigt.	Heinrich Wittmar Meister Cleemann	2 2	" "	" 24	" 48
3.	Goldgrube	50 Ruthen Seegräben von den... bis den... gefezigt.	M. M.		pr. Ruthe	" 5	4 10

M. den 1883 Summa

Der Betrag (die Summe wird wörtlich aufgeschrieben) wird in Ausgabe befeztigt.

Der Landgräf. Meierförster

M.

Nro. 9. **M u g e n : M e r z e i d n i ß**
über die im Mevier im Monat Jan. 183 . . vorgefallenen und entdeckten
Malsprevel.

I. **D o m a n i a l - M a l d.**
(N. Gemeinths-Mald.) zc.

Laufende Nummer.	N a m e n und Charakter des Denunzianten.	Tag, an welchem der Frevel begangen worden.	N a m e n u n d W o h n o r t des Frevelers und Bezeichnung des Frevels.	Taxation des		S. des Straf- reglements.
				Golts- werths. fl. fr.	sonstigen Schadens. fl. fr.	
1.	Unterförfer Mbl. Bursch	Jan. den Sten	M aus M hat im Distrikt Rohlenberg eine buche Stange von 3 Zoll Durchmesser im geschlossenen Bestand (Sichtbestand) gebauen 30 40	
2.	Derselbe	Sten	M zc. M.	

SMITH, I.

പേര്, വാസസ്ഥലം, വിദ്യാഭ്യാസം, തൊഴിൽ, തുടങ്ങിയവയെക്കുറിച്ച് (ജന. കമ്മ്യൂണിക്കേഷൻ).

[illegible]

Unter II.

**Anzeige
betreffend Grevel im**

Grevel
Schußgebiet
Jahr 183
Monat

Unterschiedener macht hiermit die pflichtmäßige Anzeige,
daß in obengenanntem Schußgebiete und in obengenanntem
Monat kein Grevel entdeckt worden ist.

Abgeschickt an Landgräv. Grevierförster N.
am 183

Der Unterförster

N.

Eingetroffen den ten

183

Der Grevierförster

N.

Aufler III.

Frevelvergeidniß

auß dem

Revier

Echubegirt

Antecharacter und Namen des Denuncianten

Jahr. 188

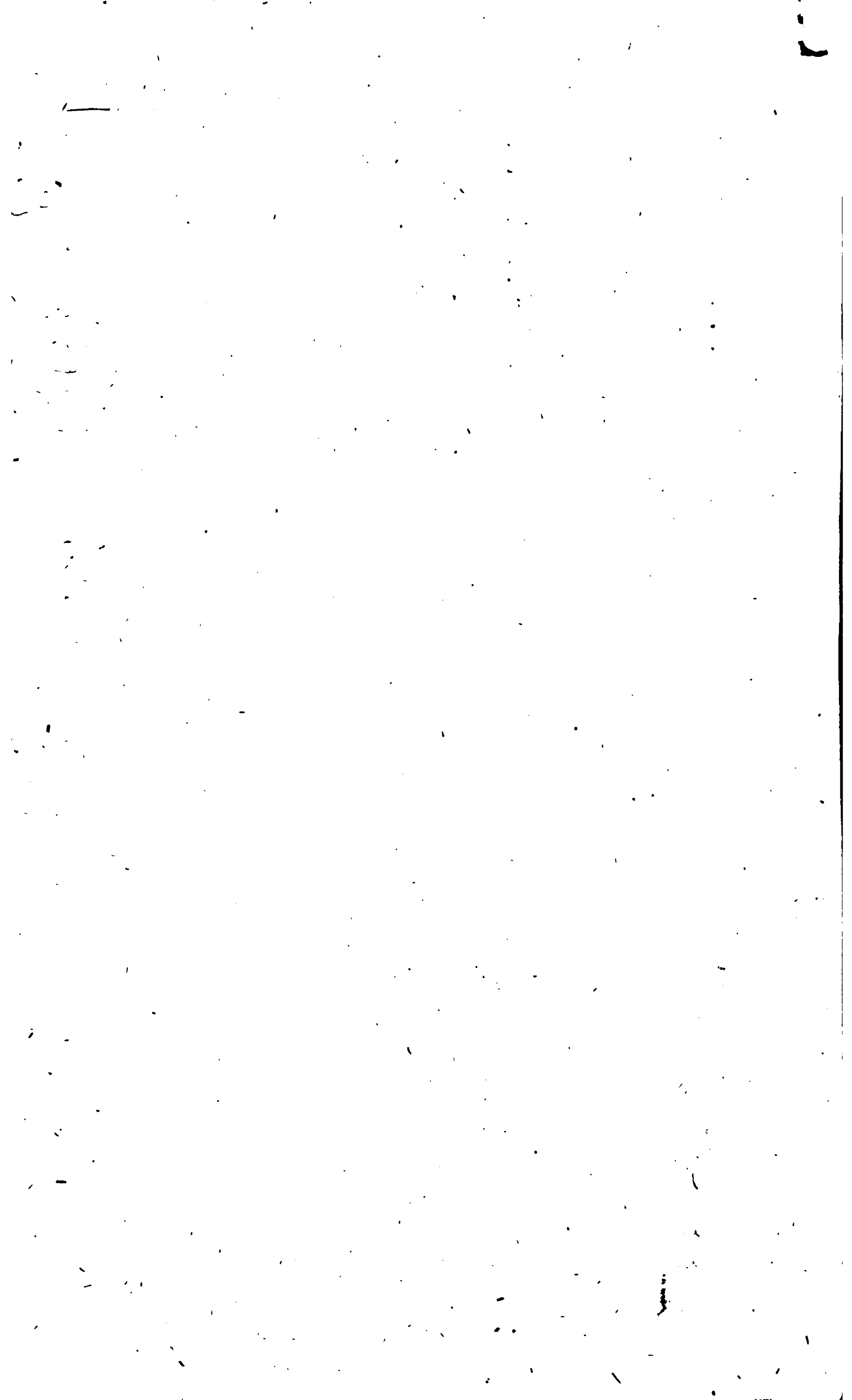
Monat

Abgeſchickt an Landgräfl. Revierförſter N.

Den ten 18

(Jedes einzelne Augenzeugethuß iſt mit der Unterſchrift des Denuncianten zu verſehen.)

leben.



A r c h i v

der

Forst- und Jagd-Gesetzgebung

der

deutschen Bundesstaaten.

Herausgegeben

von

St. B e h l e n,

Königl. Bayerischem Forstmeister.

Sechszehnten Bandes erstes Heft.

Freiburg im Breisgau,

Verlag der Fr. Wagner'schen Buchhandlung.

1 8 4 3.

Inhaltsverzeichnis.

I.

Königlich Bayerische Forst- und Jagdverordnungen, allgemeine Verfügungen und Instruktionen.

Von 1840.

Seite

1. Die Verwendung der Funktionäre beim Kreisforstbureau als Kommissionsaktuare bei Forstinspektionsreisen betreffend . . . 1
2. Die Umzugsgebühren des 1. Forstdienstpersonals betreffend . . . 2

Von 1842.

3. Erwerbung der in den 1. Waldungen eingeschlossenen Gemeinde-, Stiftungs- oder Privatgrundstücke, insbesondere deren Beitragspflicht zu Gemeinde- u. Umlagen betreffend . . . 2
4. Die Benützung der, den königl. Beamten überwiesenen Herarialgärten betreffend 3
5. Das Forsteinrichtungsgeschäft pro 18¹/₂, resp. Diäten der Forstamtsaktuare betreffend 4
6. Diäten der Funktionäre auf dem Regierungsforstbureau betreffend 4
7. Die Anzeigegebühren des Forstpersonals bei Waldrevellen betreffend 4
8. Die Aufnahme von Forstpraktikanten und Lehrlingen betreffend . . . 5
9. Die Aufnahme der Forstpraktikanten respektive der Besuch der ausländischen Forstschulen betreffend 6
10. Den Standesgehalt der Forstwarte betreffend 7
11. Forsteinrichtung, resp. Rektifikation der Steuerkarten betreffend 8
12. Diäten und Reiselösten des 1. Forstpersonals, insbesondere der 1. Revier- und Forsteisförster betreffend 10

Von 1843.

13. Die Eröffnung eines Steinbruches für den Eisenbahnbau betreffend 10
14. Die Remuneration des beim Forsteinrichtungsgeschäft verwendeten Forstpersonals betreffend 11
15. Die Verehelichung der Forstamtsaktuare und Forstgehilfen betreffend 12
16. Die Behandlung des Jagdwesens in den ärarialischen Waldungen betreffend 13
17. Taggebühren des Forstpersonals bei Triftgeschäften betreffend 15

	Seite.
18. Die ungeeignete Belastung der Revierförster mit Schreibereien betreffend	15
19. Besoldungsholzbezüge des f. Forstpersonals betreffend . . .	16
20. Die Vormerkungen über den Stand des Forsteinrichtungsgeschäfts betreffend	17
21. Die Forsteinrichtung in specie, die Aufstellung der Hauptwirtschaftsregeln für die Hochgebirgs-Waldungen betreffend	22
22. Jagdstatus betreffend	26
23. Status über Dienstwohnungen und Gründe betreffend . . .	27
24. Die Aufnahme und Zusammenstellung der Angriffshiebe betreffend	29
25. Anzeigegebühren des Forstpersonals bei Waldfreveln betreffend	31
26. Den Forstrechnschaftsbericht betreffend	32

Verordnungen, allgemeine Verfügungen und Instruktionen für die einzelnen Kreise.

A. Oberfranken.

Von 1843.

27. Die Revision und Richtigstellung der Forstpersonalbücher betreffend	46
---	----

B. Oberpfalz und Regensburg.

Von 1843.

28. Die jährlichen Forstbetriebs-, respect. Kultur- und Wegbau-, dann Forsteinrichtungs-Nachweise und die generelle Uebersicht über die hierher bezügliche Ausgaben betreffend .	49
--	----

C. Pfalz.

Von 1841.

29. Jagdfrevel betreffend	50
-------------------------------------	----

Von 1842.

30. Forstfrevel in einem gemeinschaftlichen Walde, durch den Miteigenthümer verübt, betreffend	59
--	----

Ältere Verordnungen.

Von 1830.

31. Instruktion für die allgemeine Steuer-Katastral-Vermessung des Königreichs	65
--	----

Von 1721.

32. Hochfürstlich Würzburgische Wald-Ordnung	134
--	-----

Von 1747.

33. Hochfürstlich Würzburgische Wald-Ordnung	148
--	-----

I.

Königlich Bayerische Forst- und Jagdverordnungen, allgemeine Verfügungen und Instruktionen.

1) Die Verwendung der Funktionäre beim Kreisforstbureau als Kommissionsaktuare bei Forst-Inspektionsreisen betreffend.

Vom 24. März 1840.

Was in der Entschließung vom 13. April 1835 ausgesprochen worden ist, daß es zweckmäßig sei, daß die Forstamtsaktuare sich dem ausübenden praktischen Dienste nicht entfremden, findet auf die Funktionäre beim Kreisforstbureau analoge Anwendung. Wenn daher auch durch die Bestimmung vom 30. April 1838 eine Beschränkung der früheren Anordnung vom 16. Juni 1823 über die Verwendung jener Funktionäre als Kommissionsaktuare bei den Forstamts- und Lokalvisitationen eingetreten ist, so lag es doch nicht in der Absicht, diese Verwendung nur auf absolut nöthige Fälle zurückzuführen, und es unterliegt die im Bericht der k. Reg. motivirt beantragte zeitweise Beiziehung der bezeichneten Funktionäre bei den Geschäftsreisen der k. Kreisforstbeamten keinem Anstande, wenn das für dieselben festgesetzte Diätenmaximum ausreicht.

2) Die Umzugsgebühren des f. Forstdienstpersonals betr.

Vom 13. Juli 1840.

a. Die Berechnung der Umzugsgebühren an sich hat, vermöge der §. §. IX. und X. der allerhöchsten Verordnung vom 16. Aug. 1817, allerdings nur nach dem Hauptgeldbezüge der vorigen Stelle zu geschehen, dagegen ist

b. die Berechnung der Gehaltsvermehrung nach §. VII. jener Verordnung nicht allein durch die Vergleichung des vorigen und des neuen Hauptgeldbezuges, sondern durch die Vergleichung der sämtlichen Gehaltsbezüge der vorigen und der neuen Stelle herzustellen, nachdem jener §. VII. der Verordnung allgemein die Vergleichung mit den vorigen Bezügen anordnet.

3) Erwerbung der in den f. Waldungen eingeschlossenen Gemeinde-, Stiftungs- oder Privatgrundstücke, insbesondere deren Beitragspflicht zu Gemeinde- u. Umlagen betreffend.

Vom 18. Mai 1842.

Die Beitragspflichtigkeit des Auerars zu Gemeinde- und Distrikts-Umlagen ist durch das Gesetz vom 20. Juli 1819 und die nachgefolgten Entschliefungen vom 25. Februar und 17. August 1832. No. 1706 u. 11050, vom 31. Dez. 1834 No. 19103, dann vom 29. Mai 1838 No. 7522 normirt.

Nach demselben und insbesondere nach dem deutlichen Inhalte der Entschliefung vom 31. December 1834 nimmt das Staatsärar eine Befreiung von Gemeinde-, Lokal- u. Distrikts-Umlagen von den, nach Publikation des Gesetzes vom 20. Jul. 1819 geschehenen oder noch stattfindenden Erwerbungen nicht in Anspruch, sondern leistet diese Umlagen im gleichem Maaße, wie sie dem nächstvorigen Besitzer zu tragen obgelegen hätten.

Es ist daher eine Ablösung derselben bei dem Ankaufe von, in den f. Waldungen inkavirten Grundstücken nicht ab-

folut erforderlich, und es genügt, wenn bei der Werthserhebung die entsprechende Rücksicht genommen, resp. der Kapitalwerth der betreffenden Objekte verhältnißmäßig gefürzt wird.

4) Die Benugung der, den königl. Beamten überwiesenen Herarialgärten betreffend.

V o m 7. J u n i 1 8 4 2.

Da in jüngster Zeit der Fall vorgekommen ist, daß ein k. Beamter sich erlaubt hat, aus dem, ihm zur Nutznießung überwiesenen Herarialgarten einige Bäume, die eben so sehr zur Zierde, als zum Schutze eines nahestehenden ärarial. Gebäudes dienten, eigenmächtig zu entfernen, so steht sich das k. Finanzministerium hierdurch veranlaßt, nachdrücklichst darauf aufmerksam zu machen, daß den k. Beamten, welche ärarial. Gärten und Grundstücke zur Nutznießung überlassen sind, nach dem in Mitte liegenden Rechtsverhältnisse die Befugniß nicht zusteht, mit den in solchen Gärten und Grundstücken befindlichen Bäumen eigenmächtig, ohne vorläufige Anzeige und Genehmigung der betreffenden Regierungsfinanzkammer, Verfügungen vorzunehmen, wodurch der Werth jener Grundstücke vermindert, ihnen eine wesentliche Zierde benommen, oder, wie bei steilen Abhängen, der Grund und Boden selbst oder nahe- stehende ärarial. Gebäude gefährdet werden.

Die k. Regierungsfinanzkammern werden demnach beauftragt, in diesem Sinne sogleich an sämtliche betheiligte kön. Beamten die geeigneten Eröffnungen zu erlassen, für deren genaue Befolgung mit aller Strenge zu sorgen, und im Falle sich entdeckender Kontraventionen sogleich Anzeige zu erstatten, damit gegen die Kontravenienten die geeigneten gesetzlichen Einschreitungen verfügt werden können.

5) Das Forst-Einrichtungsgeschäft pro 1841, resp. Diäten der Forstamtsaktuare betreffend.

Vom 11. Juni 1842.

Die Bestimmungen vom 30. März d. J., welche den Diätenansatz für die gewöhnlichen äußeren Dienstverrichtungen der f. Forstamtsaktuare modifizirt haben, sind auf Forst-Einrichtungsarbeiten nicht anwendbar, und ändern an den hiefür insbesondere festgesetzten Renumerationsnormen nichts, indem, wie die f. Reg. richtig bemerkt, in letzter Beziehung dieselben Motive nicht bestehen.

6) Diäten der Funktionäre auf dem Regierungsforstbureau betreffend.

Vom 17. Juni 1842.

Auf den Bericht vom 6. d. M. wird der f. Reg., unter Rückschuß der Beilage desselben, eröffnet, daß es keinem Anstande unterliege, den Funktionären bei dem Regierungsforstbureau, wenn dieselben den Bestimmungen der Entschließung vom 11. v. M., No. 6301, gemäß, zeitweise bei den Geschäftsreisen der Regierungs-Forstbeamten zugezogen werden, die Taggebühr von drei Gulden zu verabreichen.

7) Die Anzeigegebühren des Forstpersonals bei Waldfreveln betreffend.

Vom 25. Juni 1842.

Die unterm 8. März 1817, No. 2737, an die f. Finanz-Direction des vormaligen Regatskreises erlassene Entschließung (Geret Verordnungs-Sammlung Band VII. pag. 445), welche später auch auf die übrigen Regierungsbezirke diesseits des Rheines ausgedehnt worden ist, gestattet, daß in Fällen, wo die Forstfreveler wegen gänzlicher Armutb weder zur Zah-

lung einer Geldstrafe, noch zur Entrichtung der Anzeigegebühren angehalten werden können, und deshalb zur verhältnißmäßigen Waldfultur-Arbeit condemnirt werden, den Forstgehilfen, die ihnen entgehenden, aber normalmäßigen Anzeigegebühren aus der Forstklasse vergütet werden dürfen.

Diese wohlwollende Bestimmung hat in neuerer Zeit an verschiedenen Orten zu Mißbräuchen geführt, welche das kön. Finanzministerium veranlassen, vor der Hand und bis über den Bezug an Anzeige- oder Pfandgebühren des Forstpersonals, entweder durch ein allgemeines Forst-Strafgesetz oder im Wege der Verordnung entschieden wird, die Entschließung vom 8ten März 1817 dahin zu modifiziren, daß vom 1. Oktob. d. J. angefangen die Vergütung der Pfand- oder Anzeigegebühren für zahlungsunfähige Frevler an das untere Forstschußpersonal (Forstwarte, Stationsgehilfen, Forstgehilfen, Lokalwaldaufseher, Forstpraktikanten oder Eleven) ex aerario nur in jenen Fällen geleistet werden dürfe, wo die Pfändung wirklich geschehen, und das Pfand eingeleistet worden ist.

Die k. Regierungen, R. d. Finanz., haben hienach das Weitere geeignet zu verfügen, und von den Forstämtern überwachen zu lassen, damit in den Rügemanualen die Fälle, wo eine Pfändung stattgehabt hat, deutlich bemerkt, und die gepfändeten Gegenstände oder andere dem Frevler abgenommene verbotene Werkzeuge benannt werden.

8) Die Aufnahme von Forstpraktikanten und Lehrlingen betreffend.

Vom 9. August 1842.

Mit Beziehung auf die Bestimmungen ad Ziffer 6 u. 11 der mit dem kön. Ministerium des Innern gemeinschaftlich an beide Kammern der k. Regierung unterm 27. Juli d. Jahres sub No. 11,397 erlassenen Entschließung (die Schlußprüfung der Forstlandidaten an den Hochschulen betreffend), wird die k. Regie-

runge beauftragt, alle jene immatriculirten Forstkandidaten, welche die Hochschulen verlassen, ohne die Schlußprüfung bestanden zu haben, folglich das Befähigungs-Zeugniß (Absolutorium) zum Eintritt in die Forstpraxis nicht beizubringen vermögen, wenn sie sich dennoch zur Praxisaufnahme, oder zur Absolutorialprüfung mit den Forstlebrlingen melden, vorerst nach Vorschrift der Finanz-Ministerial-Entschließung vom 3ten März d. Jahres No. 3156 in die Forstlehre zu verweisen, welche sie gleich den übrigen Forstlebrlingen durch volle zwei Jahre zu ersehen haben, ehe sie mit diesen zu dem Examen pro Absolutorio oder zur Aufnahmeprüfung für die Forstschuß-Individuen zugelassen werden können. Dabei wird vorausgesetzt, daß diese nicht geprüften Forstkandidaten bei der Aufnahme in die Forstlehre alle jene Bedingungen erfüllen werden, die für Lebrlinge der I. oder der II. Klasse in der gedachten Entschließung vom 3ten März d. Jahres festgesetzt worden, widrigenfalls die betreffenden Aufnahme-gesuche zurückzuweisen sind.

9) Die Aufnahme der Forstpraktikanten respective der Besuch der ausländischen Forstschulen betreffend.

Vom 18. September 1842.

Der Eintritt in die Forstpraxis derjenigen Individuen, welche das Absolutorium einer Forstakademie oder öffentlichen Forstlehranstalt anderer deutschen Staaten beizubringen vermögen, kann nach der Bestimmung, Ziffer 2. Litt. b., der Entschließung vom 18. Februar 1830, No. 2499 (die Aufnahme von Forstpraktikanten x. betreffend), keinem Anstande unterliegen, wenn sie dabei die übrigen zum Eintritt in die Forstpraxis festgesetzten Bedingungen zu erfüllen, und sich insbesondere auszuweisen vermögen, daß sie vor dem Besuche der ausländischen Forstschule das Alter nicht überschritten, und mindestens die Befähigung und Vorkenntnisse erlangt hat-

ten, welche nach der Entschlieſung vom 3. März 1842 No. 3156 zur Aufnahme eines Forstlehrlings der I. Klasse erforderlich sind.

Den mit dem Abſolutorium einer ausländiſchen Forſtſchule verſehenen Kandidaten darf jedoch der Eintritt in die Forſtpraxis erſt nach vorausgegangener Prüfung mit den Forſtlehr-lingen der I. Klasse am Siße der f. Regierung und erlangter Befähigungs-Note bewilligt werden.

10) Den Standesgehalt der Forſtwarte betreffend.

Vom 14. November 1842.

Bei der im Laufe dieſes Jahrs vorgenommenen Recherche, welche durch eine ſuperreviſoriſche Bemerkung veranlaßt wurde, hat ſich gezeigt, daß die in Beziehung auf den Standesgehalt der Forſtwarte unterm 23. Dezember 1829 erlaſſene allerhöchſte Beſtimmung (auſgeſchrieben durch Miniſterialreſcript vom 31. Dezember 1829, No. 18,039, Art. IV.) bei eingetrete-
nen Quieſchungen ſtabiler Forſtwarte von den f. Regierungſ-
Finanzkammern verſchiedenartig ausgelegt und angewendet wurde.

Es wurde nämlich ein weſentlicher Unterſchied gemacht:

a) zwiſchen jenen Forſtwarten, welche ſchon vor dem Erſcheinen jener allerhöchſten Verordnung vom 23. Dezember 1829 ſowohl ihre Anſtellung als Forſtwarte, als auch die Dienſteſſtabilität erlangt, d. i. 15 Dienſtjahre in dieſer Eigenschaft zurückgelegt haben; und

b) zwiſchen ſolchen Forſtwarten, welche zwar vor jenem Normaltermine (23. Dez. 1829) als Forſtwarte ihre Anſtel-
lung erhalten, nach demſelben aber erſt in die Dienſteſſtabi-
lität eingerückt ſind.

Jenen ad a wurden in Quieſchungsfällen von einigen Regierungen auf den Grund des §. 8. der IX. Beil. zur Ver-
faſſungsurkunde nur $\frac{1}{2}$ des Geldgehaltes von 300 fl., näm-

lich 270 fl. als Ruhegehalt angewiesen, dagegen jenen ad b der volle Aktivitätsgehalt von 300 fl. als Ruhegehalt belassen.

Anderer Regierungen haben in beiden Fällen den in die Quieszenz getretenen stabilen Forstwärte den vollen Aktivitäts-Geldgehalt von 300 fl. als Ruhegehalt belassen; von einer Regierung wurde — abweichend von dem vorherührten Verfahren — den in die Quieszenz getretenen stabilen Forstwärten durchaus nur ein Ruhegehalt von 270 fl. angewiesen, weil dieselbe von der Ansicht ausging; daß die osterwähnte allerhöchste Verordnung vom 23. Dezbr. 1829 nur auf jene Forstwärte anzuwenden sei, welche erst seit dem Erscheinen derselben die Anstellung als Forstwärte erhielten.

Auf den über das vorherührte Verfahren der Regierungen erstatteten Antrag ist Allerhöchsten Ortes ausgesprochen worden, daß alle künftig in den Ruhestand tretenden stabilen Forstwärte, ohne Unterschied, im Sinne der Verordnung (vielmehr organischen Bestimmung) vom 23. Dezbr. 1829 und selbst den in der neunten Verfassungsbeilage unter §. 6 enthaltenen Bestimmungen gemäß, den Geld- resp. Standesgehalt von dreihundert Gulden als Ruhegehalt zu erhalten haben sollen; daß ferner allen seit dem Erscheinen jener Verordnung in den Ruhestand getretenen stabilen Forstwärte, welchen bisher nur ein Ruhegehalt von 270 fl. angewiesen wurde, vom 1. d. M. anfangend, gleichfalls ein Ruhegehalt von jährlich dreihundert Gulden zu verabsolgen, und daß diesen die Differenz von dreißig Gulden, auf drei Jahre rückwirkend, im Ganzen also im Betrag von neunzig Gulden, nachträglich ausbezahlt werde.

11) Forsteinrichtung, resp. Rektifikation der Steuerlarten betreffend.

Vom 18. November 1842.

Hinsichtlich der im Berichte vom 9. v. M. über die Behandlung der ärarialischen Dedungen und Huten angeregten

Fragen wird der k. Regierung, unter Hinweisung auf das hierbei zur Norm dienende Generale vom 2. April 1835, Folgendes erwiedert:

1) Diejenigen solcher Grundstücke, welche sich zur Waldbkultnr eignen, und — wenn auch erst in späterer Zeit — entweder vollständig aufgeforstet, oder auch nur mit einzelnen Waldbäumen bepflanzt werden können, sind in Beziehung auf Vermarkung, Kartirung, Inventarisirung und Betriebsregulirung ganz als Staatswald zu betrachten.

Wenn sie mit eigentlichem Staatswaldgrunde zusammenhängen, sind sie daher mit demselben, hinsichtlich der Umgrenzung und Waldabtheilung, zu einem Ganzen zu vereinigen, wonach sie, nach Umständen, theils ganze Abtheilungen bilden, theils andern Abtheilungen als Unterabtheilungen zufallen werden, und es ist deren Absonderung vom eigentlichen Walde mittels karminrother Linien zu unterlassen.

Isolirt gelegen sind sie wie jede andere Staatswaldparzelle zu behandeln.

2) In gleicher Weise, wie sub 1, ist zu verfahren, wenn zwar die Benützung einer ärarialischen Gutung oder Dedung zur Holzzucht nicht thunlich ist, dieselbe aber in anderer Hinsicht, z. B. als Rohstätte, Lagerplatz, Abladeort, oder der Holzabfuhr wegen für die Forstverwaltung Bedeutung hat.

3) Alle übrigen Dedungen, welche wegen geringen Flächenraums bei isolirter Lage, wegen ungünstiger Bodenbeschaffenheit u. zur Holzzucht ungeeignet sind, und auch sonst für die Forstverwaltung keinen besonderen Werth haben, sind ohne weitere Berücksichtigung lediglich der rentamtlichen Respizienz und Administration zu unterstellen.

12) Diäten und Reisefösten des k. Forstpersonals, insbesondere der k. Revier- und Forsteisförster betreffend.

Vom 24. Dezember 1842.

Nachdem sich über den Bezug von Diäten der Revier- oder Forsteisförster bei Dienstverrichtungen außer dem betreffenden Revierbezirke mehrfache Anstände ergeben haben, die aus der Verschiedenheit der erlassenen Bestimmungen hervorgegangen sind, so wird zur Beseitigung künftiger Anfragen Folgendes verfügt:

1) Den k. Revier- oder Forsteisförstern dürfen für alle Dienstverrichtungen, welche dieselben von Amtswegen, oder aus besonderem Auftrage, außerhalb ihres Revierbezirkes vorzunehmen haben, folglich auch für Prüfung der Bauholzüberschläge von Berechtigten, Bewohnung bei Forst-Krausverhandlungen für gewöhnliche Forsteinrichtungsgeschäfte von kurzer Dauer und Holztriftgeschäfte u. a. m., bis auf weitere Bestimmung, wie bisher, Diäten verabreicht werden und zwar täglich zwei Gulden (2 fl.), unter erschwerenden Umständen zwei Gulden dreißig Kreuzer (2 fl. 30 kr.), und wenn die Entfernung vom Wohnsitz 4 Stunden und darüber beträgt, drei Gulden (3 fl.).

2) In Fällen, wenn ein Revier- oder Forsteisförster als Sachverständiger Verrichtungen in Parteisachen zu leisten hat, behält es, bis auf Weiteres, bei der Bestimmung vom 24. April 1819, folglich bei dem Diätensatze von zwei Gulden (2 fl.) in dem Revierbezirke, und drei Gulden (3 fl.) außerhalb des Revierbezirkes sein Bewenden.

13) Die Eröffnung eines Steinbruches für den Eisenbahnbau betreffend.

Vom 18. Februar 1843.

Unter Remission der Beilagen zum Bericht vom 24. v. M. wird der k. Regierung, K. d. F., eröffnet, daß die beantragte

Benützung von 4 Tagw. Waldfläche zur Gewinnung von Steinmaterial für den Bau der Staatsseisenbahn die allerhöchste Genehmigung erhalten habe. Es steht demnach der Anlegung eines Steinbruches auf dieser ärarialischen Waldfläche zu dem bemerkten Zwecke nichts mehr entgegen.

Was jedoch die Berechnung des Werths der gebrochenen Steine anbelangt, so ist allerhöchst bestimmt worden, daß alles zum Bau der Staatsseisenbahn aus f. Waldungen abgegebene Material — mithin auch Kiesel und Steine — aus der Eisenbahnkasse der Forstverwaltung bezahlt werden soll. Es findet daher eine unentgeltliche Benützung der ärarialischen Kieselgruben und Steinbrüche in f. Waldungen von Seite der f. Eisenbahnbau-Kommission nicht Statt, und bleiben die Bestimmungen der Entschließung vom 2. Jan. 1840, No. 16,678 nur auf die Materialabgabe aus f. Forstgründen zum Bau und der Unterhaltung von Staatsstraßen beschränkt.

Für die Benützung des neu zu eröffnenden Steinbruches hat die f. Regierung eine Recognition entweder nach der Fläche oder nach der Quantität der gebrochenen Steine mit Billigkeit auszumitteln, und die f. Eisenbahnbau-Direktion davon in Kenntniß zu setzen.

14) Die Renumeration des beim Forsteinrichtungsgeschäfte verwendeten Forstpersonals betreffend.

Vom 13. März 1843.

Die Bestimmung der Entschließung vom 6. Mai 1832, wonach bei Festsetzung von Taggebühren, bezüglich auf das Forsteinrichtungsgeschäft, für das wirklich angestellte Forstpersonal, im Gegensatze zu Praktikanten, von der Voraussetzung ausgegangen worden ist, daß dieses Personal im Genuße seiner gewöhnlichen Bezüge verbleibe, erstreckt sich nicht bloß auf das stabile, sondern überhaupt auf das in den Aktivitätsstatus eingereihte, wie schon aus der ganzen Fassung jener Entschließung unzweifelhaft hervorgeht.

Das Belassen der gewöhnlichen Bezüge während der Verwendung im Forsternrichtungsgeschäfte hat, der erwähnten Entschließung gemäß, als Regel zu gelten. Für den Ausnahmefall, wenn besondere Motive dafür sprechen, läßt sich, ohne in Kasustik zu gerathen, eine allgemeine Bestimmung im Voraus nicht wohl geben, und es bleibt der k. Regierung lediglich überlassen, mit Berücksichtigung der örtlichen und individuellen Verhältnisse im gegebenen konkreten Falle anzuordnen, ob die Neben- und Naturalbezüge ganz oder nur zum Theil, und welche davon temporär eingezogen werden sollten. Daß alsdann eine verhältnißmäßige Erhöhung der Tagelohn eingutreten habe, spricht die Entschließung vom 6. Mai 1832 aus, was jedoch — mit Ausnahme der Verköstigungsbeiträge, deren Belassung weitläufige Abrechnungen veranlassen würde, wenn der k. Forstmeister oder Revierförster dieselben bezieht und dafür dem betreffenden Individuum die Naturalverpflegung gibt, die auf den interimistischen Verweser übertragen werden kann — durch Anwendung der Regel möglichst vermieden werden soll.

15) Die Verehelichung der Forstamts-Aktuare und Forstgehilfen betreffend.

V o m 22. M ä r z 1843.

Aus den häufigen Unterstützungs- und Beförderungs-Gesuchen, die fortwährend einlaufen, ist zu entnehmen, daß die Ministerialentschließungen vom 4. Jänner und 7. Februar 1833, No. 18,641 und 1721, in Betreff der Verehelichung der Forstamtsaktuare, Forstgehilfen und Stationsgehilfen, ungeachtet der Mahnung vom 9. Dezember 1841, No. 17,631, nicht allenthalben mit dem erforderlichen Ernste vollzogen werden. Es häuft sich vielmehr die Zahl verheiratheter, selbst schon mit vielen Kindern versehener, nicht stabiler Individuen auf Forstdienstesposten dergestalt an, daß die in der gedachten Entschließung vom 4. Jänner 1833 angeregten Bedenken für den

f. Forstdienst und den Familienstand dieser Individuen, die sorgfältigste Berücksichtigung in Anspruch nehmen, zumal das f. Herar im Falle der Verarmung oder Erwerbsunfähigkeit, den Relikten solcher amovibeln Diener, insbesondere wenn sie nicht schon vor dem Jahre 1833 verheiratet waren, keine Alimentationen oder Unterstützungsbeiträge mehr verabreichen kann, und dieselben ohne Weiteres denjenigen Gemeinden zugewiesen werden müßten, welche die Bewilligung zur Verheirathung gegeben haben.

Die f. Regierungen, K. d. F., werden daher wiederholt und alles Ernstes zum pünktlichsten Vollzuge der erwähnten Entschlüssen vom 4. Jänner und 7. Februar 1833 im engeren Sinne angewiesen und beauftragt, die weiteren Verfügungen an die f. Forstämter und das Forstdienstpersonal zu erlassen, und diejenigen Beamten, die sich hierin eines Saumsals sollten schuldig machen, zur Verantwortung zu ziehen, gleichwie die f. Regierungen, beziehungsweise der betreffende Referent, für umsichtige und sorgfältige Behandlung dieses Gegenstandes speziell verantwortlich bleiben.

16) Die Behandlung des Jagdwesens in den k. k. Forstämtern betreffend.

W o m 22. M ä r z 1 8 4 3.

In dem §. 2. Litt. a. der allgemeinen Jagdverpachtungsnormen vom 3. März 1829 ist bereits die Absicht ausgesprochen worden, die Jagd in größeren zusammenhängenden Waldmassen und Gebirgsgegenden, oder auch in solchen Jagdbezirken, welche unmittelbar an die f. Leibsgebege und Reservejagden angränzen, in Administration zu behalten, und der Verpachtung nicht zu unterwerfen, wobei aber vorausgesetzt ist, daß die Aufstellung eines besondern Jagddienstpersonals nicht erforderlich, die Jagdgeschäfte vielmehr von dem betreffenden königl. Forstpersonal mit besorgt werden können.

Nach diesem Grundsatz werden verschiedene Jagdbezirke in größeren Arealwaldungen administriert, und man hat dabei die besonderen Vortheile erlangt:

- 1) daß die Erträgnisse meistens schon die früheren Pacht-
schillinge übertreffen;
- 2) die Beforgung der Jagdgeschäfte durch das angestellte
Forstpersonale innerhalb der k. Waldungen sehr vortheil-
haft auf den Forstdienst zurückwirkt, und
- 3) die Jagd in einem mäßigen, der Land- und Waldwirth-
schaft nicht nachtheiligen Stande erhalten, wie auch ihre
Zerstörung beseitiget werde, da ohne alle Hindernisse Ab-
minderung des Wildstandes angeordnet werden kann, wo
Nachtheile damit zu beseitigen sind, und Schonung, wo
diese zu lästig ist.

Dagegen wird aus den Berichten der k. Regierungen ein auffallendes Zurückweichen für Jagdpachtschillinge wahrgenom-
men, was seinen Grund hauptsächlich in der Verschlechterung
der königlichen Pachtjagden durch unwaidmännische Behandlung
und dem damit verbundenen Sinken ihres Ertrags beizumessen
sein dürfte.

Diese Erfahrungen und Wahrnehmungen sind es, welche
bei pachtlos gewordenen Jagden in königl. Staatswaldungen,
oder deren nächster Umgebung, wo das angestellte Forstperso-
nal den Jagddienst mit dem Forstdienst ohne Benachtheiligung
des letzteren und ohne Vermehrung der Individuen gleichmäßig
versetzen kann, die Erörterung der Frage, ob Wiederverpach-
tung oder Administration eintreten soll, wichtig und den arearia-
lischen Interessen angemessen erscheinen lassen.

Damit aber hierin allenthalben Maaß und Uebereinstim-
mung erhalten werde, findet sich das königl. Finanzministerium
zu der Bestimmung veranlaßt, daß vor Anordnung der Ver-
pachtung solcher heimgefallenen Areal-Jagdbezirke unter
Erörterung der Sachverhältnisse und Anfügung eines einfachen
Situationspländchens, Gutachten zu erstatten, und die Minister-

rial-Entschießung abzuwarten sei, ob Administration oder Wiederverpachtung eintreten sollen.

17) Taggebühren des Forstpersonals bei Triftgeschäften betreffend.

Vom 30. März 1843.

In Berücksichtigung der im Bericht der k. Reg. erörterten Verhältnisse wird gestattet, daß dem k. Forstpersonal in Fällen, wo dasselbe aus Veranlassung der k. Landgerichte zur Wahrung des ärarjal. Interesse den gerichtlichen Uferbefichtigungs-Kommissionen vor und nach dem Triftgange beizumohnen hat, als Ersatz für besondere Auslagen und Zehrungskosten, die in der Entscheidung vom 20. Apr. v. J., No. 5208, normirten Taggebühren verabreicht werden dürfen.

Bei den Revier- oder Forsteisförstern, wenn obige Verordnungen außerhalb ihres Revierbezirkes vorzunehmen sind, finden die Bestimmungen unter Ziffer 1 der Entscheidung vom 24. Decemb. v. J., No. 16714, (Diäten und Reisekosten des Forstpersonals, insbesondere der k. Revier- und Forsteisförster betreffend) Anwendung.

18) Die ungeeignete Belastung der Revierförster mit Schreibereien betreffend.

Vom 1. April 1843.

In ihrem Berichte vom 20. März hat die k. Regierung unter anderem angeführt, daß die unterm 13. Mai 1842 mitgetheilten Auszüge aus dem Nürnberger Comité-Protokolle und der Relation über den Erfolg der Kulturversuche in Krüppelbeständen bei sämmtlichen Revierförstern des betreffenden Forstamtes zur Abschriftnahme zirkulirt hätten.

Wenn sich die Nachträge zu den Dienstes-Instruktionen schon im Allgemeinen gegen ein solches Verfahren ausgesprochen haben, und die k. Forstämter durch sie angewiesen sind, aus den an dieselben gelangenden Verfügungen nur dasjenige für das ihnen untergeordnete Personal herauszuheben, und diesem speziell mitzutheilen, was es zunächst angeht, so erscheint noch weit ungeeigneter, daß größere gedruckte oder lithographirte Verhandlungen auf jenem Wege zur Kenntniß der Revierförster gebracht, diese dadurch mit Schreibereien überworfen, und vom praktischen Dienste zu dessen Nachtheile abgezogen werden.

Auch von anderer Seite her hat man in Erfahrung gebracht, daß in manchen Forstamtsbezirken das erwähnte Zirkulirenlassen zur Abschriftsnahme häufig sei, um sich die Geschäftsbehandlung beim Amte selbst zu erleichtern.

Man sieht sich daher veranlaßt, der kön. Regierung den Auftrag zu ertheilen, ein solches, wo es eingerissen ist, abzustellen, und die Befolgung der angezogenen instruktiven Bestimmung zu überwachen.

19) Besoldungsholzbezüge des k. Forstpersonals betreffend.

Vom 11. April 1843.

Die allerhöchste Verordnung vom 28. Dezemb. 1821 bezeichnet das Besoldungsholz als einen, nur nach der klimatischen Lage des Standorts (Wohnsitzes) und nach dem hieraus sich ergebenden Bedürfnisse zu bemessenden Naturalbezug und untersagt dessen Verkauf.

Wenn demnach von einem Forstbediensteten gegen die, im Jahre 1822, mit Hinsicht auf diese allerhöchste Vorschrift regulirte Holzbezugsklasse reklamirt wird, so kann lediglich nur die Frage zu erörtern kommen, ob der Reklamant am treffenden Standorte und bei dessen besonderen klimatischen Lage, auch unter geeigneter Rücksichtnahme auf die Beschaffenheit der ihm zugewiesenen Diensteswohnung, so wie ohne Verschwendung im Holzverbrauche mit dem Deputatquantum der ausgesprochenen Holzbezugsklasse ausreichen könne, oder nicht.

Nur im letzteren, jedoch strenge zu prüfenden und gründlich zu motivirenden Falle kann ein Antrag der f. Regierung in eine höhere Holzbezugsklasse gerechtfertigt erscheinen. Bei der Würdigung und Begutachtung der Gesuche um eine solche Höherung kommt jedoch wohl zu bemerken, daß z. B. der Umstand, daß dem Forstpersonal die Strafantbeile und Pfandgelder für arme, zur Waldarbeit und Arrest verurtheilte Forstfreoler nicht mehr, wie bisher, *ex aerario* ausbezahlt werden, — oder daß ein Forstbediensteter, welcher von einem Posten mit höchster Holzbezugsklasse auf einen Posten mit einer niederen Holzklasse versetzt wurde, — oder der Umstand, daß ein Dienstbezirk einer niederen Holzbezugsklasse an einen Bezirk mit höherer Holzklasse angrenzt u., keineswegs als *Motiv* zur Versetzung in eine höhere Holzbezugsklasse geltend gemacht werden dürfe.

20) Die Vormerkungen über den Stand des Forsteinrichtungsgeschäftes betreffend.

V o m 19. A p r i l 1843.

Die f. Regierung empfängt hierbei die erforderliche Anzahl Exemplare des Formulars, wonach die Vormerkungen über Stand und Fortgang des Forsteinrichtungsgeschäftes im betreffenden Ministerialbureau geführt werden, nebst einer Anleitung, welcher gemäß die f. Forstämter den Stand der verschiedenen Arbeitstheile Ende des Jahres 184 $\frac{2}{3}$ in dem Formulare übersichtlich darzustellen haben werden.

Ein Exemplar dieser Anleitung und zwei des Formulars sind sofort jedem Forstamte zuzustellen, und es ist der Uebersichten rechtzeitige Vorlage mit den Nachweisungen vom laufenden Etatsjahre dringend anzuempfehlen und zu überwachen.

Das Regierungs-Forstbureau hat sodann mit Beisehung der bei demselben befindlichen Karten-Exemplare auf einer zweiten Zeile eine sorgfältige Revision eintreten zu lassen, ehe ein Exemplar davon, ebenfalls mit den Nachweisungen, anher in
Befehl. n, Archiv Bd. XVI. 18. Heft.

Vorlage gebracht wird, diese ist jedoch möglichst zu beschleunigen.

Nach geschehener Superrevision wird dieses Exemplar der k. Regierung zu ihren Akten remittirt werden, welche das zweite mit jenem gleichlautend stellen lassen und alsbald an die königl. Forstämter zurückgeben wird, damit Uebereinstimmung in diesen Vormerkungen durchaus erzielt werde.

Der weitere Vorrath an Formularen wurde beigelegt, theils um einzelne ersetzen zu können, welche bei der Ausarbeitung unbrauchbar werden möchten, theils in der Voraussetzung, daß man sich im Regierungs-Forstbureau veranlaßt sehen werde, außer der mehr detaillirten Vormerkung nach Vorschrift der Entschließung vom 16. Juli 1831 auch eine solche übersichtlichere anzulegen. Für diesen Fall wäre bei jedem Revier der Raum für 6 Zeilen offen zu halten, um die einzelnen Jahre der Finanzperiode allmählig eintragen zu können.

U n l e i t u n g

zur

Anfertigung einer Uebersicht über den Stand des Forst-Einrichtungsgeschäftes am Schlusse der IV. Finanz-Periode.

Behufs der Revision und etwaigen Berichtigung der Vormerkungsbücher des Ministerial-Forsteinrichtungsbureau über den Stand des ihm übertragenen Geschäftes und um die Vormerkungen in Uebereinstimmung mit jenen der Regierungs-Forstbureau's und mit den forstamtlichen Akten zu erhalten, ist es nothwendig, daß die kön. Forstämter in die Formulare dieser Bücher den Geschäftsstand, wie solcher sich mit Schluß der IVten Finanzperiode darstellen wird, genau mit der Wirklichkeit übereinstimmend eintragen, und die sich hierdurch bildende Uebersicht in duplo, mit den Nachweisungen pro 184 $\frac{2}{3}$, deren rechtzeitige Vorlage vorausgesetzt wird, an die k. Regierung, Kammer der Finanzen, einsenden.

Bei Ergänzung der mitfolgenden Formulare ist Nachfolgendes zu berücksichtigen:

Der Vortrag geschieht revierweise auf einer Zeile und der Namen jedes Revieres wird in Rubrik 1 eingeschrieben; die Zeilen sind in solcher Entfernung von einander anzulegen, daß die nöthigen Berichtigungen bequem eingeschrieben werden können. In den einzelnen Fällen, wo ein besonderer Theil oder Complex des Reviers, wegen Verschiedenheit des Geschäftsstandes, von dem übrigen ausgeschieden werden muß, geschieht der Vortrag für denselben gesondert auf einer zweiten Zeile in den betreffenden Rubriken.

Die Rubrik 2 braucht von den Forstämtern nicht ausgefüllt zu werden.

Die Uebersicht hat, wie gesagt, den Stand des Geschäfts mit Schluß des Jahres $18\frac{4}{3}$ darzustellen.

In Rubrik 3 ist die Gesamtstaatswaldfläche des Revieres, wie solche zu Anfang des Jahres $18\frac{4}{3}$ im Realitäten-Status vorgetragen war, nachzuweisen. Diese Fläche hat als Basis für die Ueberträge in die folgenden Rubriken zu dienen. —

V e r m a r k u n g.

In Rubrik 4 ist die Fläche jener Waldobjekte einzustellen, deren Grenzen entweder noch gar nicht regulirt, oder welche nur theilweise vermarktet sind, und deren Fläche demnach in die folgende 5te Rubrik noch nicht aufgenommen werden kann. — Es ist sich in dieser Beziehung, so wie in Betreff der Bestimmungen wegen des Vortrages bei formellen Unvollkommenheiten der Vermarkung und bei Grenzstreitigkeiten genau an den betreffenden Inhalt des Rescripts vom 8. März 1834 zu halten.

Bei der Grenzbeschreibung ist zu unterscheiden, ob dieselbe nur angefertigt, oder auch bereits von den Angrenzern anerkannt und von den betreffenden Gerichten legalisirt ist. — Je nachdem nur ersteres oder beides geschehen, kommt die Fläche des Reviers oder der betreffenden Waldobjekte in die Rubrik 6 oder in diese und in Rubrik 7 einzutragen.

Die Rubriken für **Kosten ergebnisse** bleiben sowohl bei der Vermarkung als den übrigen Geschäftszweigen für vorliegenden Zweck unausgefüllt.

B e s t a n d s a b t h e i l u n g.

Nur im Falle die Bestandsabtheilung revidirt und gutgeheißen ist, wird die Fläche in der Rubrik 9 eingestellt. —

V e r m e s s u n g u n d F l ä c h e n b e r e c h n u n g.

In Rubrik 10 sind jene Flächen nachzuweisen, deren Angabe zur Zeit noch entweder nur auf Schätzung oder auf solcher Messung beruht, welche entweder an und für sich keine Verlässigkeit gewährt oder zu weiteren forstlichen Zwecken keinen oder nur wenigen Gebrauchswertb besitzt.

Wenn die Katastermessung sich über sämtliche Staatswaldungen eines Revieres oder eines zur gesonderten Bearbeitung sich eignenden Complexes erstreckt hat, und die Forstämter bereits im Besitze der einschlägigen Steuerblätter sind, ist die betreffende Fläche in Rubrik 11 schwarz einzusetzen; für diejenigen Reviere oder Complexe, wo dieses noch nicht der Fall ist, wird das Vorhandensein älterer brauchbarer Messungen oder neuerer, der Katastermessung vorausgegangener forstlicher geometrischer Aufnahmen durch den Vortrag der Fläche mit rother Dinte evident gehalten. — In diesem letzten Falle werden auch alle weiteren, in den Rubriken 15 — 17, dann 19 — 24 verzeichneten Arbeitstheile, welche sich auf die provisorischen (noch nicht systematisch festgestellten) Flächenziffern gründen, roth vorgetragen. Von Forsthauptarten, Flächengrundlisten und Staatswaldinventarien kann bei diesen vorläufigen Messungen natürlich keine Sprache sein.

In der Rubrik 12 sind die Flächen der Reviere oder Complexe vorzutragen, wovon die zu Forsthauptarten ausgearbeiteten aufgespannten Steuerblätter vom k. Forstamte bereits an die k. Regierung eingesendet sind, — in der Rubrik 13 jene, worüber die lithographirten 10/mttheiligen Karten mit

den Flächengrundlisten an das k. Forstamt gelangt, in Rubrik 14 endlich jene, wovon die Staatswaldinventare superrevidirt an dasselbe zurückgegeben sind.

Die Rubrik 15 hat nachgewiesen, ob die Flächen des wirtschaftlichen Details — der Bestandsabtheilungen und Unterabtheilungen bereits berechnet sind oder nicht.

Die Rubriken 10 — 15 inclus. ersetzen jene, welche in der Beilage des Rescripts vom 16. Juli 1831 No. 9208 für Vermessung und Flächenberechnung eröffnet sind, und es treten sohin mit dem Anfange der Vten Finanzperiode auch die für Ausfüllung letzterer sub 5 des Rescripts vom 27. Jänner 1837. gegebenen Vorschriften außer Wirksamkeit. —

K a r t i r u n g.

Die beiden Rubriken 16 und 17 sind nach Punkt 6 der eben allegirten Entschließung zu behandeln. Die k. Forstämter haben nur die bei ihnen und dem Revierpersonale vorhandenen Karten-Exemplare anzugeben. Sind lithographirte 10/m theilige Karten bereits vorschriftsmäßig zu Forstwirtschaftskarten ausgearbeitet, so wird die Anzahl der vervollständigten Exemplare in die Rubrik 16 schwarz eingetragen. Roth geschieht der Vortrag, wenn, auf andere Weise gestützt, die Forstwirtschaftskarten gefertigt wurden.

Die Situationskarten, welche auf die Resultate der Katastermessung basirt sind, werden schwarz, die übrigen roth eingesetzt.

Nur solche Karten, welche noch Gebrauchsworth besitzen, werden gezählt, die übrigen bleiben unberücksichtigt. — Ebenso werden, wenn instruktionsgemäß vervollständigte 10/m theilige Forstwirtschaftskarten vorliegen, die etwa vorhandenen älteren, wenn auch noch brauchbaren, außer Anschlag gelassen.

B e t r i e b s r e g u l i r u n g.

Nur so weit einer der im Kopfe der Tabelle bezeichneten Arbeitstheile erlediget ist, ist die Fläche in die betreffende

Nach diesem Grundsatz werden verschiedene Jagdbezirke in größeren Arealwäldungen administriert, und man hat dabei die besonderen Vortheile erlangt:

- 1) daß die Erträgnisse meistens schon die früheren Pacht-
schillinge übertreffen;
- 2) die Beforgung der Jagdgeschäfte durch das angestellte
Forstpersonale innerhalb der k. Wäldungen sehr vortheil-
haft auf den Forstdienst zurückwirkt, und
- 3) die Jagd in einem mäßigen, der Land- und Waldwirth-
schaft nicht nachtheiligen Stande erhalten, wie auch ihre
Zerstörung beseitigt werde, da ohne alle Hindernisse Ab-
minderung des Wildstandes angeordnet werden kann, wo
Nachtheile damit zu beseitigen sind, und Schonung, wo
diese zu lästig ist.

Dagegen wird aus den Berichten der k. Regierungen ein auffallendes Zurückweichen für Jagdpachtschillinge wahrgenom-
men, was seinen Grund hauptsächlich in der Verschlechterung
der königlichen Pachtjagden durch unwaldmännische Behandlung
und dem damit verbundenen Sinken ihres Ertrags beizumessen
sein dürfte.

Diese Erfahrungen und Wahrnehmungen sind es, welche
bei pachtlos gewordenen Jagden in königl. Staatswäldungen,
oder deren nächster Umgebung, wo das angestellte Forstperso-
nal den Jagddienst mit dem Forstdienst ohne Benachtheiligung
des letzteren und ohne Vermehrung der Individuen gleichmäßig
versehen kann, die Erörterung der Frage, ob Wiederverpach-
tung oder Administration eintreten soll, wichtig und den arearia-
lischen Interessen angemessen erscheinen lassen.

Damit aber hierin allenthalben Maaß und Uebereinstim-
mung erhalten werde, findet sich das königl. Finanzministerium
zu der Bestimmung veranlaßt, daß vor Anordnung der Ver-
pachtung solcher heimgefallenen Areal-Jagdbezirke unter
Erörterung der Sachverhältnisse und Anfügung eines einfachen
Situationspländchens, Gutachten zu erstatten, und die Minister-

rial-Entscheidung abzuwarten sei, ob Administration oder Wiederverpachtung eintreten sollen.

17) Taggebühren des Forstpersonals bei Triftgeschäften betreffend.

Vom 30. März 1843.

In Berücksichtigung der im Bericht der k. Reg. erörterten Verhältnisse wird gestattet, daß dem k. Forstpersonal in Fällen, wo dasselbe aus Veranlassung der k. Landgerichte zur Wahrung des öarzial. Interesse den gerichtlichen Uferbeachtigungs-Kommissionen vor und nach dem Triftgange beizuwohnen hat, als Ersatz für besondere Auslagen und Zehrungskosten, die in der Entscheidung vom 20. Apr. v. J., No. 5208, normirten Taggebühren verabreicht werden dürfen.

Bei den Revier- oder Forsteisörstern, wenn obige Verrichtungen außerhalb ihres Revierbezirkes vorzunehmen sind, finden die Bestimmungen unter Ziffer 1 der Entscheidung vom 24. Dezemb. v. J., No. 16714, (Diäten und Reisekosten des Forstpersonals, insbesondere der k. Revier- und Forsteisörster betreffend) Anwendung.

18) Die ungeeignete Belastung der Revierförster mit Schreibereien betreffend.

Vom 1. April 1843.

In ihrem Berichte vom 20. März hat die k. Regierung unter anderem angeführt, daß die unterm 13. Mai 1842 mitgetheilten Auszüge aus dem Nürnberger Comité-Protokolle und der Relation über den Erfolg der Kulturversuche in Krüppelbeständen bei sämtlichen Revierförstern des betreffenden Forstamtes zur Abschriftnahme zirkulirt hätten.

Wenn sich die Nachträge zu den Dienstes-Instruktionen schon im Allgemeinen gegen ein solches Verfahren ausgesprochen haben, und die k. Forstämter durch sie angewiesen sind, aus den an dieselben gelangenden Verfügungen nur dasjenige für das ihnen untergeordnete Personal herauszuheben, und diesem speziell mitzutheilen, was es zunächst angeht, so erscheint noch weit ungeeigneter, daß größere gedruckte oder lithographirte Verhandlungen auf jenem Wege zur Kenntniß der Reviersförster gebracht, diese dadurch mit Schreibereien überworfen, und vom praktischen Dienste zu dessen Nachtheile abgezogen werden.

Auch von anderer Seite her hat man in Erfahrung gebracht, daß in manchen Forstamtsbezirken das erwähnte Zirkulirenlassen zur Abschriftsnahme häufig sei, um sich die Geschäftsbehandlung beim Amte selbst zu erleichtern.

Man sieht sich daher veranlaßt, der kön. Regierung den Auftrag zu ertheilen, ein solches, wo es eingerissen ist, abzustellen, und die Befolgung der angezogenen instruktiven Bestimmung zu überwachen.

19) Besoldungsholzbezüge des k. Forstpersonals betreffend.

Vom 11. April 1843.

Die allerhöchste Verordnung vom 28. Dezemb. 1821 bezeichnet das Besoldungsholz als einen, nur nach der klimatischen Lage des Standorts (Wohnsitzes) und nach dem hieraus sich ergebenden Bedürfnisse zu bemessenden Naturalbezug und untersagt dessen Verkauf.

Wenn demnach von einem Forstbediensteten gegen die, im Jahre 1822, mit Hinsicht auf diese allerhöchste Vorschrift regulirte Holzbezugsklasse reklamirt wird, so kann lediglich nur die Frage zu erörtern kommen, ob der Reklamant am treffenden Standorte und bei dessen besonderen klimatischen Lage, auch unter geeigneter Rücksichtnahme auf die Beschaffenheit der ihm zugewiesenen Diensteswohnung, so wie ohne Verschwendung im Holzverbrauche mit dem Deputatquantum der ausgesprochenen Holzbezugsklasse ausreichen könne, oder nicht.

Nur im letzteren, jedoch strenge zu prüfenden und gründlich zu motivirenden Falle kann ein Antrag der k. Regierung in eine höhere Holzbezugsklasse gerechtfertigt erscheinen. Bei der Würdigung und Begutachtung der Gesuche um eine solche Höherung kommt jedoch wohl zu bemerken, daß z. B. der Umstand, daß dem Forstpersonal die Strafantbeile und Pfandgelder für arme, zur Waldarbeit und Arrest verurtheilte Forstrevolver nicht mehr, wie bisher, *ex aerario* ausbezahlt werden, — oder daß ein Forstbediensteter, welcher von einem Posten mit höchster Holzbezugsklasse auf einen Posten mit einer niederen Holzklasse versetzt wurde, — oder der Umstand, daß ein Dienstbezirk einer niederen Holzbezugsklasse an einen Bezirk mit höherer Holzklasse angrenzt u., keineswegs als *Motiv* zur Versetzung in eine höhere Holzbezugsklasse geltend gemacht werden dürfe.

20) Die Vormerkungen über den Stand des Forsteinrichtungsgeschäftes betreffend.

V o m 19. A p r i l 1843.

Die k. Regierung empfängt hierbei die erforderliche Anzahl Exemplare des Formulars, wonach die Vormerkungen über Stand und Fortgang des Forsteinrichtungsgeschäftes im betreffenden Ministerialbureau geführt werden, nebst einer Anleitung, welcher gemäß die k. Forstämter den Stand der verschiedenen Arbeitstheile Ende des Jahres 184 $\frac{2}{3}$ in dem Formulare übersichtlich darzustellen haben werden.

Ein Exemplar dieser Anleitung und zwei des Formulars sind sofort jedem Forstamte zuzustellen, und es ist der Uebersichten rechtzeitige Vorlage mit den Nachweisungen vom laufenden Etatsjahre dringend anzuempfehlen und zu überwachen.

Das Regierungs-Forstbureau hat sodann mit Beisehung der bei demselben befindlichen Karten-Exemplare auf einer zweiten Zeile eine sorgfältige Revision eintreten zu lassen, ehe ein Exemplar davon, ebenfalls mit den Nachweisungen, anher in
B e h l e n, Archiv Bd. XVI. 13. Heft.

Vorlage gebracht wird, diese ist jedoch möglichst zu beschleunigen.

Nach geschehener Superrevision wird dieses Exemplar der k. Regierung zu ihren Akten remittirt werden, welche das zweite mit jenem gleichlautend stellen lassen und alsbald an die königl. Forstämter zurückgeben wird, damit Uebereinstimmung in diesen Vormerkungen durchaus erzielt werde.

Der weitere Vorrath an Formularen wurde beigelegt, theils um einzelne ersetzen zu können, welche bei der Ausarbeitung unbrauchbar werden möchten, theils in der Voraussetzung, daß man sich im Regierungs-Forstbureau veranlaßt sehen werde, außer der mehr detaillirten Vormerkung nach Vorschrift der Entschließung vom 16. Juli 1831 auch eine solche übersichtlichere anzulegen. Für diesen Fall wäre bei jedem Revier der Raum für 6 Zeilen offen zu halten, um die einzelnen Jahre der Finanzperiode allmählig eintragen zu können.

U n l e i t u n g

zur

Anfertigung einer Uebersicht über den Stand des Forst-Einrichtungsgeschäftes am Schlusse der IV. Finanz-Periode.

Behufs der Revision und etwaigen Berichtigung der Vormerkungsbücher des Ministerial-Forsteinrichtungsbureau über den Stand des ihm übertragenen Geschäftes und um die Vormerkungen in Uebereinstimmung mit jenen der Regierungs-Forstbureau's und mit den forstamtlichen Akten zu erhalten, ist es nothwendig, daß die kön. Forstämter in die Formulare dieser Bücher den Geschäftsstand, wie solcher sich mit Schluß der IVten Finanzperiode darstellen wird, genau mit der Wirklichkeit übereinstimmend eintragen, und die sich hierdurch bildende Uebersicht in duplo, mit den Nachweisungen pro 184 $\frac{2}{3}$, deren rechtzeitige Vorlage vorausgesetzt wird, an die k. Regierung, Kammer der Finanzen, einsenden.

Bei Ergänzung der mitfolgenden Formulare ist Nachfolgendes zu berücksichtigen:

Der Vortrag geschieht revierweise auf einer Zeile und der Namen jedes Revieres wird in Rubrik 1 eingeschrieben; die Zeilen sind in solcher Entfernung von einander anzulegen, daß die nöthigen Berichtigungen bequem eingeschrieben werden können. In den einzelnen Fällen, wo ein besonderer Theil oder Complex des Reviers, wegen Verschiedenheit des Geschäftsstandes, von dem übrigen ausgeschieden werden muß, geschieht der Vortrag für denselben gesondert auf einer zweiten Zeile in den betreffenden Rubriken.

Die Rubrik 2 braucht von den Forstämtern nicht ausgefüllt zu werden.

Die Uebersicht hat, wie gesagt, den Stand des Geschäfts mit Schluß des Jahres $18\frac{42}{43}$ darzustellen.

In Rubrik 3 ist die Gesamtstaatswaldfläche des Revieres, wie solche zu Anfang des Jahres $18\frac{42}{43}$ im Realitäten-Status vorgetragen war, nachzuweisen. Diese Fläche hat als Basis für die Ueberträge in die folgenden Rubriken zu dienen. —

V e r m a r k u n g.

In Rubrik 4 ist die Fläche jener Waldobjekte einzustellen, deren Grenzen entweder noch gar nicht regulirt, oder welche nur theilweise vermarktet sind, und deren Fläche demnach in die folgende 5te Rubrik noch nicht aufgenommen werden kann. — Es ist sich in dieser Beziehung, so wie in Betreff der Bestimmungen wegen des Vortrages bei formellen Unvollkommenheiten der Vermarkung und bei Grenzstreitigkeiten genau an den betreffenden Inhalt des Rescripts vom 8. März 1834 zu halten.

Bei der Grenzbeschreibung ist zu unterscheiden, ob dieselbe nur angefertigt, oder auch bereits von den Angrenzern anerkannt und von den betreffenden Gerichten legalisirt ist. — Je nachdem nur ersteres oder beides geschehen, kommt die Fläche des Reviers oder der betreffenden Waldobjekte in die Rubrik 6 oder in diese und in Rubrik 7 einzutragen.

Die Rubriken für Kostenresultate bleiben sowohl bei der Vermarktung als den übrigen Geschäftszweigen für vorliegenden Zweck unausgefüllt.

Bestandsabtheilung.

Nur im Falle die Bestandsabtheilung revidirt und gutgeheißen ist, wird die Fläche in der Rubrik 9 eingestellt. —

Vermessung und Flächenberechnung.

In Rubrik 10 sind jene Flächen nachzuweisen, deren Angabe zur Zeit noch entweder nur auf Schätzung oder auf solcher Messung beruht, welche entweder an und für sich keine Verlässlichkeit gewährt oder zu weiteren forstlichen Zwecken keinen oder nur wenigen Gebrauchswert besitzt.

Wenn die Katastermessung sich über sämtliche Staatswaldungen eines Revieres oder eines zur gesonderten Bearbeitung sich eignenden Complexes erstreckt hat, und die Forstämter bereits im Besitze der einschlägigen Steuerblätter sind, ist die betreffende Fläche in Rubrik 11 schwarz einzusetzen; für diejenigen Reviere oder Complexe, wo dieses noch nicht der Fall ist, wird das Vorhandensein älterer brauchbarer Messungen oder neuerer, der Katastermessung vorausgegangener forstlicher geometrischer Aufnahmen durch den Vortrag der Fläche mit rother Dinte evident gehalten. — In diesem letzten Falle werden auch alle weiteren, in den Rubriken 15 — 17, dann 19 — 24 verzeichneten Arbeitstheile, welche sich auf die provisorischen (noch nicht systematisch festgestellten) Flächenziffern gründen, roth vorgetragen. Von Forsthauptarten, Flächengrundlisten und Staatswaldinventarien kann bei diesen vorläufigen Messungen natürlich keine Sprache sein.

In der Rubrik 12 sind die Flächen der Reviere oder Complexe vorzutragen, wovon die zu Forsthauptarten ausgearbeiteten aufgespannten Steuerblätter vom k. Forstamte bereits an die k. Regierung eingesendet sind, — in der Rubrik 13 jene, worüber die lithographirten 10/mtheiligen Karten mit

den Flächengrundlisten an das k. Forstamt gelangt, in Rubrik 14 endlich jene, wovon die Staatswaldinventare superrenvidirt an dasselbe zurückgegeben sind.

Die Rubrik 15 hat nachgewiesen, ob die Flächen des wirtschaftlichen Details — der Bestandsabtheilungen und Unterabtheilungen bereits berechnet sind oder nicht.

Die Rubriken 10 — 15 inclus. ersetzen jene, welche in der Beilage des Rescripts vom 16. Juli 1831 No. 9208 für Vermessung und Flächenberechnung eröffnet sind, und es treten sohin mit dem Anfange der Vten Finanzperiode auch die für Ausfüllung letzterer sub 5 des Rescripts vom 27. Jänner 1837. gegebenen Vorschriften außer Wirksamkeit. —

K a r t i r u n g.

Die beiden Rubriken 16 und 17 sind nach Punkt 6. der eben allegirten Entschließung zu behandeln. Die k. Forstämter haben nur die bei ihnen und dem Revierpersonale vorhandenen Karten-Exemplare anzugeben. Sind lithographirte 10/m theilige Karten bereits vorschriftsmäßig zu Forstwirtschaftskarten ausgearbeitet, so wird die Anzahl der vervollständigten Exemplare in die Rubrik 16 schwarz eingetragen. Roth geschieht der Vortrag, wenn, auf andere Weise gestützt, die Forstwirtschaftskarten gefertigt wurden.

Die Situationskarten, welche auf die Resultate der Katastermessung basirt sind, werden schwarz, die übrigen roth eingesetzt.

Nur solche Karten, welche noch Gebrauchswertb besitzen, werden gezählt, die übrigen bleiben unberücksichtigt. — Ebenso werden, wenn instruktionsgemäß vervollständigte 10/m theilige Forstwirtschaftskarten vorliegen, die etwa vorhandenen älteren, wenn auch noch brauchbaren, außer Ansaß gelassen.

B e t r i e b s r e g u l i r u n g.

Nur so weit einer der im Kopfe der Tabelle bezeichneten Arbeitsheile erlediget ist, ist die Fläche in die betreffende

Rubrik einzutragen. Ist, nach erfolgter Superrevision, eine Rectification der Operate nicht nothwendig, so ist die Fläche sofort auch in Rubrik 23 einzustellen. Unter „Vorlage der Operate.“ (Rubr. 21) ist deren Einsendung an die k. Regierung von Seite der Forstämter zu verstehen, welche bei Anfertigung der Uebersicht die Rubrik 24 lediglich auf die Reinschriften zu beziehen haben.

Von den beiden der k. Regierung vorzulegenden Exemplaren wird nach erfolgter Berichtigung das eine an das kön. Forstamt zurückgelangen.

Mit der einzigen Modification, daß die Kosten auf 2) Vermessung künftig nicht mehr nach den einzelnen Titeln a, b und c ausgeschieden zu werden brauchen, wird an der bisherigen Behandlungsweise der Forsteinrichtungs-Anträge und Nachweisungen durch vorstehende Ansetzung nichts geändert; doch wäre dafür zu sorgen, daß in den Nachweisungen stets die erforderlichen Behefte und Flächen-Angaben des betreffenden Revieres oder Waldtheiles, über welchen sich die vollkommene Erledigung des einen oder anderen Geschäftstheiles erstreckt, enthalten seien, um die Vormerkung über den Stand des Geschäftes von Jahr zu Jahr genau fortführen zu können.

21) Die Forsteinrichtung in specie, die Aufstellung der Hauptwirthschaftsregeln für die Hochgebirgs-Waldungen betreffend.

Vom 22. April 1843.

Die von der k. General-, Bergwerks- und Salinen-Administration sowohl, als von der k. Regierung, von Oberbairern, K. d. F., vorgelegten gutachtliche Abhandlungen über die in Hochgebirgs-Waldungen anzuwendenden allgemeinen Wirthschaftsregeln stimmen, mit Ausnahme eines einzigen, darin überein, daß — abgesehen von dem, was bei Anlage und Richtung der

Angriffshiebe zur Sicherung derselben und der stehenbleibenden Orte gegen die herrschenden Sturmwinde beziehungsweise gegen Beschädigung durch die späteren Angriffe anstoßender Bestände in jeder Vertlichkeit vor allem wohl zu beachten ist, — folgende Hauptgrundsätze einzuhalten seien.

1) In den, die höheren Lagen einnehmenden, an sich schon licht bestockten sogenannten Alpwaldungen — in Waldpartien, welche zum Schutze gegen Lawinen und Erdbrüche dienen — dann an sehr steilen Gehängen und sogenannten Seiten, wo das Abrutschen des productiven Erdreiches zu befürchten steht (öfter kommen sie unten gegen die Thäler vor) darf nie ganz abgeholzt, sondern nur plänterweise genutzt werden.

Dasselbe gilt in der Regel auch von dominirenden Höhenpunkten; von sehr exponirten Bergrücken und Schneiden und dem obersten Theile der von ihnen ausgehenden Abhänge; von den nächsten Umgebungen der Alplichten und von Waldsäumen unter unbewaldeten Höhen.

Alpenreservate unterliegen obnehin ihrem Zwecke gemäß dem Plänter- oder Fehmelbetriebe.

Je höher die Lage, je ungünstiger die Verhältnisse, desto vorsichtiger muß dieser geführt, desto weniger darf mit einemale genützt werden.

2) In den ad 1) nicht ausgenommenen Waldtheilen ist überall, wo die lokalen und Bestandsverhältnisse, dann die Bringung es nur irgend gestatten, die Verjüngung mittelst Dunkelstellung und allmählicher Abholzung in mäßiger Ausdehnung der Angriffsflächen dem fahlen Abtriebe vorzuziehen, wenn auch die Bringung etwas höher zu stehen käme.

Diese Verjüngungsweise ist, nach den Modalitäten, welche durch die Vertlichkeiten bedingt werden, in einem kürzeren oder längeren Zeitraume mit mehr oder minder Regelmäßigkeit oft plänterartig zu bewirken. Es wird anempfohlen, soviel als

thunlich, zuerst die Bau-, Ruß- und Säge-Prügel-Abgaben überhaupt, so wie die Anweisungen von Brennholz an Berechtigte, Eingeforstete und Käufer in die Angriffsorte zu legen, und damit mehrere Jahre fortzufahren, ehe der Haupttrieb geführt wird. — Jedenfalls sind bei diesem nicht die Stärksten oder schlankesten, sondern schwächere, stufig gewachsene, mit gesunden Kronen versehene Stämme zu Schuß- und Samenbäumen auszuwählen.

Auf natürliche Wiederbestellung soll in der Regel nicht zu lange gewartet, vielmehr sobald der Boden zur Aufnahme des Samens geeignet zur Ansaat aus der Hand geschritten werden, soweit bis dahin natürliche Verjüngung nicht hinreichend erfolgt ist. — Können in Nadelholzbeständen die Angriffsbiebe in so schmalen Streifen angelegt werden, daß sie hinlänglichen Schutz vom stehenden Orte erhalten, und kann man sie in dieser Breite so lange belassen, bis die Wiederbestellung erfolgt ist, so mag nach Umständen von einer dunklen Besamungs-Stellung Umgang genommen werden.

3) Nur dann, wenn dem ad 2) angedeuteten Verfahren zur Zeit noch unübersteigbare Hindernisse im Wege liegen, ist der eigentliche Kahlbieb mit strenger Ausnahme der ad 1) bezeichneten Vertlichkeit anzuwenden, dabei ist Folgendes zu beachten:

a) er bedarf einer vermehrten Vorsicht zur Sicherung gegen Windstürme, und nach Umständen der Ueberhaltung von Vorständen auf jener Seite, von welcher die Selbstbesamung zu erwarten ist;

b) eine ununterbrochen fortgesetzte Abholzung, beziehungsweise eine zu große Ausdehnung der Biebsflächen, welche das Ueberfliegen derselben mit Samen verhindern würde, ist zu vermeiden, die Kahlbiebflächen sind daher, soviel es die Erzeugungsverhältnisse nur immer erlauben, zu beschränken, und es ist damit zu wechseln, so lange Wiederbestellung nicht erfolgt ist;

c) man treibe nicht ganz fahl ab, sondern lasse den Unterstand und Vormuchß, auch geringere, stufig gewachsene, kurzschäftige raube Stämme (an sonnseitigen Gehängen mit starker Abdachung und auf trockenem Boden deren mehr als unter entgegengesetzten Verhältnissen) stehen, um wenigstens einigen Schutz zu gewähren. Später, wenn der Zweck erfüllt ist, kann, was von solchem Gehölze den jungen Bestand benachtheiligen möchte, gefällt und liegen gelassen werden.

d) Noch mehr, als bei den ad 2) angegebenen Siebmanipulationen, hat beim Kahlbiebe die rechtzeitige Einsaat aus der Hand, wenn natürlicher Anflug nicht erfolgt, als Regel zu gelten.

4) In den dunkeln Besamungsschlägen sowohl, als in den Kahlbieben lasse man das Altholz (Alstach) nicht in Haufen oder Gassen liegen, sondern breite es wieder über die Fläche aus.

5) Den Waldräumungen, Reinigungen, Durchforstungen und Vorbereitungsbieben ist jede forstlich und örtlich zulässige Ausdehnung zu geben.

6) Die Ausführung des Grundsatzes: „daß auf natürliche Wiederbestellung nicht zu lange hin gewartet werde“, erfordert, daß man stets für hinlängliche Vorräthe guten Samens Sorge.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß es mit dem bloßen Ausstreuen des Samens nicht gethan sei. Außer der richtigen Beurtheilung des, nach Verhältnissen sehr verschiedenen Zeitraumes, welchen man verstreichen lassen muß, bis der Boden empfänglich geworden ist, bedarf auch letzterer in vielen Fällen noch der Aufwundung oder sonst geeigneter Vorbereitung. Empfohlen wird, den Samen vorzugsweise an die Stöcke und auf bereits wunde Stellen bringen zu lassen. Durch Versuche muß ermittelt werden, was den Lokalverhältnissen am besten entspricht.

7) Zweckmäßig angelegte Zieb-, Leit- und Holzabfuhrwege bilden die erste Grundlage einer pfeglichen

Waldwirthschaft und möglichst vollkommener Ausnützung der Forste. Auf Anlage oder weitere Verzweigung solcher Wege statt holzfressender Bringgebäude, sowie auf gute Unterhaltung der schon bestehenden ist daher stets Bedacht zu nehmen.

Vorbehaltlich der weiteren Ausführung und näheren Bestimmungen, welche durch die beabsichtigten Comitéberatungen werden veranlaßt werden, erhält die kön. General-Bergwerk- und Salinen-Administration auf ihren Bericht vom 15. v. M. einstweilen den Auftrag, diese Haupt-Grundsätze, welche für den Forstbetrieb sowohl, als bei Abschließung der Holz-Lieferungsafforde für die Vte Finanzperiode als Anhalt zu dienen haben, den k. Forstämtern alsbald mit der Weisung bekannt zu geben, hiernach die Fällungspläne für diese Periode zu prüfen, etwa nöthige Erweiterungen und Modificationen derselben zu beantragen, und die Grundlagen für die Afforde rechtzeitig in das Reine zu bringen.

22) Jagdstatus betreffend.

Vom 24. April 1843.

Der schon vor längerer Zeit dahier angelegte übersichtliche Jagdstatus hat bei theilweise mangelhafter Nachweisung der Ab- und Zugänge an demselben nicht gehörig in Evidenz erhalten werden können, und es ergibt sich die Nothwendigkeit der Herstellung eines neuen.

Zu dem Ende haben die kön. Forstämter, im Laufe des künftigen Monats October, eine genaue Uebersicht des Standes der ärarialischen Jagden am Schlusse des gegenwärtigen Etatsjahres, in der Art anzufertigen und vorzulegen, daß daraus in verschiedenen Rubriken und Columnen ersichtlich seien:

Das betreffende Revier;

der Jagddistrikte oder einzelnen Jagdbögen.

N u m m e r (Ordnungsnummer, bei jedem Revier wieder mit No. 1. anfangend.)

Namen oder sonstige nähere Bezeichnung;
einschlägige Steuergemeinden;
beiläufige Flächenausdehnung in Quadrat-
stunden.

Gattung der Jagd (hohe, niedere, rein ärarialische
Koppeljagd, und mit wem? u.)

Benutzungsart (Regie, Verpachtung u.);
dermaliger Nutznießer.

Ertrag (dermaliger Pachtzins, Durchschnitt für die Regie-
Jagden.)

Bemerkungen (wieviele der letzten Jahre der Durchschnitt
begreift; sonstige Erläuterungen.)

Die forstamtlichen Uebersichten sind zu revidiren, sodann
mit den vorläufigen Conspecten zum Forstrechnschaftsberichte
pro 184 $\frac{2}{3}$ einzusenden; sie werden nach gemachtem Gebrauch
zurückgehen.

Anknüpfend an dieselben und mit Beziehung auf sie, sind
die eintretenden Veränderungen vorzumerken, und die Ab- und
Zugänge jährlich nachzuweisen.

23) Status über Dienstwohnungen und Gründe betreffend.

Vom 24. April 1843.

Der Status über Forstdienst-Wohnungen und Gründe be-
darf einer Renovation; den f. Forstämtern ist daher die Wei-
sung zu ertheilen, daß sie einen solchen nach unten folgender
Anleitung unter der Hand aufstellen, und genau nach dem
Stande mit Ende des Statsjahres abschließen und vorlegen.

Die Uebersicht hat in verschiedenen Columnen ersichtlich
zu machen:

Ordnungs-Nummer;

Bezeichnung des Dienstbezirks;

Kurze Beschreibung und Angabe der Beschaffenheit
der Dienstwohnungen,

der Dienstgründe;

für letztere die Fläche in Tagwerken und Dezimalen.
der in das Staatswald-Inventar (Realitäten-
Status) aufgenommen;

der demselben nicht beigezählten;

(Conferat. Rescript vom 2. April 1835)

die Entfernung der einzelnen Grundstücke
vom Wohnsitz;

den ganzen Flächenbetrag für jeden Dienst-
bezirk;

erläuternde Bemerkungen.

Ueber die Dienstwohnungen wird demnächst noch ein um-
ständlicher Kataster hergestellt werden müssen; für jetzt genügt
zu wissen, ob ein eigenes Forsthaus bestehe, oder nur eine
Wohnung in einem andern Verarial-Gebäude eingeräumt sei;
in welcher Ortschaft das eine oder das andere gelegen ist, ob
es in räumlicher Beziehung genüge und gut unterhalten sei
oder nicht; ob und welche Oekonomie-Gebäude damit verbun-
den sind.

Mit einem * sind diejenigen Dienstwohnungen zu bezeich-
nen, welche sich auf einem zum Staatswald-Inventar zählenden
Forstgrunde befinden.

Die kurze Beschreibung der Dienstgründe ist mittelst der
Ausscheidungen, Gärten, Wiesen, Flecker etc. gut, mittelmäßig,
schlecht, zu geben. Liegen sie in einer andern Ortsmarkung,
als der Wohnsitz, so ist diese in der Columne: Entfer-
nung, anzugeben.

In den Bemerkungen ist in den Fällen, wo in Betracht
der Unzulänglichkeit der Dienstwohnungen dieselben entweder
unter dem Normal-Anschlage in Rechnung gestellt oder zur Zeit
sondere Vergütungen für Unterbringung der Kanzlei, der
Aktuare oder Gehilfen zugestanden sind, das Nöthige deshalb
anzudeuten.

Die forstamtlichen Verzeichnisse, welche nach gemachtem
Gebrauche werden zurückgegeben werden, sind zu revidiren,

Dann mit den vorläufigen Prospecten zum Forstrechnschafts-Berichte pro 18 $\frac{42}{43}$ in Vorlage zu bringen.

Mit Beziehung auf dieselben sind vom Anfange der Vten Finanzperiode an, die eintretenden Veränderungen vorzumerken, und die Ab- und Zugänge jährlich nachzuweisen.

24) Die Aufnahme und Zusammenstellung der Angriffshiebe betreffend.

Vom 24. April 1843.

Die Anleitung zur Anfertigung der Fällungsnachweisung und Material-Rechnung vom 19. Juli 1831 enthält unter andern pag. 5 bis 7, dann pag. 11 ausführliche Vorschriften, wie die Angriffsflächen für eingerichtete Forste sowohl, als für noch nicht eingerichtete, in der Fällungsnachweisung provisorisch oder definitiv vorzutragen, und daß mit dem Schlusse jeder Finanzperiode die genaue Aufnahme und Berechnung derjenigen Hiebflächen zu bewirken seien, welche sich über die ganze betreffende Ab- oder Unterabtheilung noch nicht ausgedehnt haben.

Diese Aufnahme und Berechnung hat daher für die IVte Finanzperiode im Verlaufe des gegenwärtigen Etatsjahres zu geschehen, um die Angriffsflächen jenen Vorschriften gemäß in die Fällungsnachweisungen und Wirthschaftsbücher übertragen zu können.

Außerdem ist aber auch, um die Hauptvormerkungen bei dem Finanz-Ministerium über die Fällungs-Ergebnisse zu vervollständigen, eine besondere Zusammenstellung des Gesamtbetrages der Angriffsflächen während der 6 Jahre der Finanzperiode erforderlich, deren Resultate die kön. Forstämter in der Art übersichtlich zu machen haben, daß für jedes Revier auf einer Zeile jener Gesamtbetrag in zwei Columnen für Hochwaldungen, dann für Mittel- und Niederwaldungen ausgeschieden werde.

Wenn die Fällungs-Nachweisungen, wie vorausgesetzt werden muß, nach den erwähnten Vorschriften vom 19. Juli 1831 richtig geführt sind, so werden sich nach der Aufnahme aus ihnen schon von selbst die Angriffs-Flächenziffern zum Behufe jener Zusammenstellung ergeben, mit Ausnahme der für bereits eingerichtete Forste pag. 6 lit. e und f vorgesehenen Fälle. Da nämlich hier die ganze, während des laufenden Zeit-Abschnittes mit Angriffsbieben belegte Fläche der betreffenden Abtheilungen oder Unterabtheilungen in die Fällungs-Nachweisung übertragen wird, so muß entweder für die Zusammenstellung der einzelnen Finanzperiode die Hiebfläche der vorhergegangenen Jahre des Zeit-Abschnitts, welche einstweilen pro nota provisorisch vorgetragen war, in Abzug gebracht oder die Fläche der laufenden Finanzperiode muß, wenn sie mit Anfang derselben auf dem Terrain festgehalten worden, und noch kenntlich ist, gesondert aufgenommen, und jedenfalls nur diese in die Zusammenstellung eingerechnet werden.

Sollten über die Richtigkeit der Fällungs-Nachweisung, bezüglich auf Angriffsflächen, Zweifel bestehen, so müssen dieselben, ehe zur Zusammenstellung geschritten wird, auf dem Grunde der Wirthschaftskarten, und nach Umständen der nöthigen Recherchen zu Wald, erst bereinigt, und die wirkliche Hiebfläche genau ermittelt werden. Ueberhaupt ist eine Revision in dieser Hinsicht sehr zu empfehlen.

Die forstamtlichen Uebersichten sind mit dem Rechenschaftsberichte pro 184 $\frac{2}{3}$ unter Beifügung eines, die Forstamts-Summen auf einer Zeile und die Totalsummen für den ganzen Regierungs-, beziehungsweise Salinenbezirk darstellenden Hauptkonspectes vorzulegen. Erstere werden nach gemachtem Gebrauche zurückgegeben werden.

Sowie die Aufnahme und Berechnung der betreffenden Hiebflächen am Schlusse jeder Finanzperiode wieder eintritt, so sind auch die angegebenen Zusammenstellungen und übersichtlichen Conspecte von 6 zu 6 Jahren herzustellen und jedesmal mit dem Rechenschaftsberichte für das letzte Jahr der

Finanzperiode in Vorlage zu bringen, da, wie gesagt, die Hauptvormerkungen über die Betriebs- und Verwaltungs-Resultate und deren Abschluß es so bedingen, übrigens auch eine solche periodisch verifizirende Reassumirung des fortschreitenden Angriffs dieses sehr wesentlichen Kontrol-Mittels für nachhaltige Nutzung, — zur Entdeckung unrichtiger Vorträge in den Nachweisungen und Wirthschaftsbüchern und zur Beseitigung der irrigen Folgerungen, welche daraus gezogen werden könnten, als sehr nützlich erscheint.

Der Begriff von Angriffsbieb, wie er pag. 5 lit. a der Anleitung von 1831 festgesetzt ist, schließt den Plänterbieb aus, und es sind also die Waldparthien in höheren Lagen und andere, in welchen nach den vorgegebenen Haupt-Regeln für die Wirthschaft in Hochgebirgswaldungen niemals ganz abgeholzt werden darf, und eine Verjüngung nach jenem Begriffe nicht statt findet, wenn darin gepläntert wird, nicht als Angriffsflächen zu betrachten, folglich auch in die Zusammenstellung nicht aufzunehmen.

Dagegen haben die betreffenden kön. Forstämter in einer besonderen Columne die Gesamtfläche der von der Schlagwirthschaft ausgeschlossenen und dem Plänter- oder Fehmelbetriebe unterstellten Distrikte, Abtheilungen oder Unterabtheilungen, Revierweise auf einer Zeile beiläufig anzugeben.

25) Anzeigegebühren des Forstpersonals bei Waldfreveln betreffend.

Vom 2. Mai 1843.

In Fällen, wo Forstfrevel durch vorschriftsmäßig gepflogene Haussuchungen entdeckt, und bis zur Ueberweisung und Verurtheilung des Frevels constatirt worden sind, darf das Pfandgeld des Forstpersonals für die verurtheilten zahlungsunfähigen Frevel vom Aerar vergütet

werden, wenn auch die Pfändung nicht geschehen, wornach das Weitere zu verfügen.

Im Uebrigen behält es bei den Entschlüssen vom 25. Juni v. J. und 12. Febr. l. J. sein Bewenden.

26) Den Forstrechnungsbereich betreffend.

Vom 8. Mai 1843.

Die kön. Regierungen, R. d. F., erhalten andurch nachträgliche Bestimmungen über die Abfassung des Forstrechnungsbereichsberichtes und seiner Beilagen, wodurch bezweckt wird, nach dem Erforderniß für die Vorkommnisse des kön. Finanzministeriums über die Hauptresultate der Forstverwaltung die nöthige Einheit in der Form einiger Prospekte herzustellen, dagegen unnöthige Weitwendigkeiten zu beseitigen, und zahlreichen Revisions-Erinnerungen zu begegnen.

Nach diesen Bestimmungen ist sich vom Anfange der Vten Finanzperiode an genau zu achten; in der Vorlage der vorläufigen Prospekte zum Forstrechnungsbereichsbericht aber, so wie in Erstattung dieses letzteren, sind die vorgeschriebenen Termine künftig pünktlich einzuhalten. — Die Formulare kommen bereits für das letzte Jahr der IVten Finanzperiode in Anwendung.

Mit den vorläufigen Prospekten für 1842²/₃ ist für diesmal 1) ein Verzeichniß derjenigen Individuen vom nicht stabilen Personal vorzulegen, welche Alimentationsbeiträge und ständige oder temporäre Unterstützungen beziehen, nach dem Stande Ende des Etatsjahres, mit Angabe des Cap., S. und Titels der Forstrechnung oder des besondern Fonds, auf welche diese Ausgaben bis jetzt angewiesen worden sind; 2) ist die Uebersicht nach Formular V. auf die ganze Finanzperiode auszu dehnen, und es sind zu dem Ende die nöthigen Spalten anzulegen, um ersichtlich zu machen, in welchen verschiedenen Jahren jedes Revier inspiziert worden ist. Die Angabe der Kosten hat sich jedoch nur auf 1842²/₃ zu beziehen.

Da dieses Etatsjahr das letzte der Finanzperiode ist, so wird der Rechenschaftsbericht seiner Zeit, mit Rückblick auf den ganzen Zeitraum von sechs Jahren, in gehöriger Ausführlichkeit zu behandeln, und es werden die Hauptmomente der Forstverwaltung in dieser Periode mit jenen der vorigen geeignet in Vergleichung zu bringen sein.

Nachträgliche

Bestimmungen und Erläuterungen

über

die Abfassung des von den königl. Kreisregierungen zu erstattenden Forstrechnschaftsberichtes und dessen Beilagen, mit Beziehung auf den Leitfaden vom 20. Septbr. 1826 und die Anleitung zur Anfertigung der Fällungs-Nachweisung und Materialrechnung vom 19. Juli 1831.

A. Die Beilagen zum Forstrechnschaftsberichte betreffend.

Zur Uebersicht der neuen Fällung (Formular Lit. G.
Anleitung vom 19. Juli 1831.

Außer diesem jährlich in Vorlage kommenden Conspecte sind die wirklichen Hiebflächen für jede Finanzperiode am Schlusse derselben, nach bewirkter vorschriftsmäßiger Aufnahme und Berechnung in den hierfür angegebenen Fällen besonders zusammenzustellen, und die Resultate dieser Zusammenstellung werden in einer eigenen Uebersicht mit dem Rechenschaftsberichte für das letzte Jahr der Finanzperiode vorgelegt.

(Rescript vom 24. April 1843. No. 5797)

Zur Uebersicht über die stattgehabten Forst- Nebennutzungen.

Es bedarf in diesem General-Conspecte nur der Ausscheidung in Abgaben auf Berechtigung und auf freien Weiden, Archiv. Bd. XVI. 16 Heft.

Verlauf. Von einer weiteren in ständige und unständige Einnahmen ist Umgang zu nehmen. — Ebenso von der Abgabe des Materialquantums zu den §. §. 3. Erd- und Steingruben, 6. Borken und Lohrinden, 7. Mast und Holzsaamen, 8. Harznußung.

Die Nußungsfläche ad §. 8. ist aber vorzutragen, sowie das Torfquantum in Klastern ad §. 4. — daher Reduktion in das Klastermaaß, wenn die Abgabe nach 1000 Stücken oder wie immer anders stattfindet.

Zur Uebersicht der ausgeführten Forstkulturen.

Die Angabe der Flächen von neukultivirten Oedungen und Nachbesserungen hat nach den pag. 17 der Anleitung von 1831 vorgegebenen 4 Ausscheidungen zu geschehen, also gesondert für

Ansaaten mit Laubholz,
 „ „ „ Nadelholz,
 Pflanzungen mit Laubholz,
 „ „ „ Nadelholz.

Bei den Nachbesserungen handelt es sich nicht von der ganzen Fläche der Abtheilung oder Unterabtheilung, in welchen sie stattgehabt haben, sondern es ist nur beiläufig diejenige Fläche vorzutragen, welche unbestockt geblieben war, oder sich nicht hinlänglich bestockt hatte. Sie läßt sich aus der zur Nachbesserung aufgewendeten Samen- oder Pflanzenmenge leicht ermessen.

Zum General-Konspecte über die Resultate der Forstfrevel-Thätigung.

In diesem Konspecte sind die Resultate der Frevelthätigung aus den ärarialischen Waldungen nicht mit jenen aus den nicht ärarialischen zu vermischen, sondern letztere, soweit sie zur Cognition der königl. Forstämter gelangen, gesondert zu halten, entweder durch Vortrag auf 2 Zeilen oder in einem eigenen Abschnitte der Uebersicht, so daß zuerst die ärarialischen, dann die übrigen Waldungen vorkommen.

Eben so wenig sollen die Jagdsrevell mit den eigentlichen Forstrevellen zusammengeworfen werden.

Zu den Pefuntial-Konfpecten.

In den Starteckeln find künftig die Einnahmen und Ausgaben auf den Beftand früherer Finanzperioden zufammenzufaffen und nicht mehr, wie bisher gefchehen, für jede derfelben gefondert vorzutragen. Nur die Einnahmen und Ausgaben auf den Beftand der Vorjahre der laufenden Finanzperiode find von jenen auf den Beftand früherer gefondert zu halten.

Zu den Ueberfichten über die ftattgehabten Veränderungen am Waldrealitätenftatus und über die vollzogenen Waldoeräufferungen.

Lezttere Ueberficht hat nunmehr ihre urfprüngliche Bedeutung verloren, und es ift daher von befonderer Anfertigung einer folchen Umgang zu nehmen. Dem Zwecke wird dadurch Genüge geleiftet werden, wenn die Ueberficht über die Ab- und Zugänge nach dem anliegenden Formulare I. angefertigt wird. Hinfichtlich der Anfertigung felbft ift noch Folgendes zu bemerken:

1) Nur diejenigen Forftämter, Reviere und Diftrikte find im Konfpecte aufzuführen, bei welchen fich im Laufe des Jahres Flächenänderungen ergeben haben; um aber in den Vorlagen der kön. Regierung den Flächenftand zu Anfang und zu Ende des Jahres mit der Summe der Ab- und Zugänge vom ganzen Kreife zu erhalten, ift am Schluffe eine summarifche Zufammenftellung nach Forftämtern beizufügen, wobei auch diejenigen Forftämter mit ihrem Flächenftande anzuführen find, in welchen fich keine Veränderung ergeben hat.

2) In der Rubrik „Nähere Bezeichnung“ find blos die Ausdrücke: „durch Modifikationen an der Bezirksbeintheilung, durch Tausch, durch Purifikation, durch Flächen oder Grenzberichtigung“ vorzutragen, und in der Rubrik „Bemerkungen“

auf die Nummer des Auszugs aus den forstamtlichen Vormerkungen über die Flächen-Ab- und Zugänge hinzuweisen, welche die Art und Weise der Flächenänderung näher nachzuweisen haben.

3) Die Vorlage dieser Auszüge mit dem Conspecte ist unerlässlich. (Conf. §§. 63, 64, 66, 67, 70 und 81 der Instruktion für Kartirung und Flächenberechnung, und Generale vom 24. Januar 1837.)

Zur Nachweisung über die Veränderungen am aktiven Personalstatus.

Diese Nachweisung wurde bisher von den f. Regierungen in sehr verschiedenartiger, zum Theil die Uebersicht und Revision erschwerender Form geliefert; es wird daher sub No. II. ein allgemeines Formular hiefür gegeben, und hinsichtlich dessen Ausfüllung Folgendes bemerkt:

1) Der Vortrag hat in Uebereinstimmung mit den Hauptdienstbüchern nach Diensteskategorien zu geschehen, welche durch quere Ueberschrift zu bezeichnen sind.

2) Jedem Abgange auf der linken Seite ist auf der gleichen Zeile der entsprechende Zugang rechts gegenüber einzustellen.

3) Bei den Revierförstern ist auch die Kolumne 2, bei den Forstämtern, Stations- (exponirten) Gehilfen und Lokalaufsehern sind die Kolumnen 2 und 3 auszufüllen. Gleiches gilt hinsichtlich der Angabe des Forstamts und Reviers in der Kolumne 10.

Auch die Veränderungen am Jagdpersonal- und Kommunal-Forstpersonal-Status, soweit letzteres, wie in der Pfalz und in Unterfranken und Aschaffenburg in näherem Verbande zur Forstverwaltung steht, werden, unbeschadet derjenigen Modifikation der Kolumnen „Veränderung an Besoldungsstatus“ — welche namentlich in der Pfalz die bestehenden eigenthümlichen Verhältnisse erfordern, — nach demselben Formulare nachgewiesen, und um die Vorlagenhefte zu vermindern, mit den

Veränderungen am Avarial-Forstpersonalstatus in einem Conspect vereinigt.

**Zu den Nachweisungen über die Veränderungen
am Praktikanten- und Quieszenten- oder
Pensionistenstatus.**

Auch diese Nachweisungen wurden bisher in verschiedener Art und Weise geliefert. Künftig sind die sub III. und IV. beiliegend gegebenen Formulare anzuwenden.

Bei den Praktikanten bedarf es hinsichtlich des Abganges nur einer kurzen Angabe der Veranlassung desselben mit Anführung des betreffenden Regierungs-Rescriptes oder des Datums vom Abgange. Hinsichtlich des Zuganges ist nur der Ort der Praxis oder die dermalige Verwendung anzugeben, da alles Uebrige die mit vorzulegende Personalkonsignation ersichtlich macht.

Bei den Pensionisten und Quieszenten bedarf es hinsichtlich des Abganges ebenfalls nur einer Angabe der Veranlassung mit Anführung des Datums und der etwaigen Rescripte, da das Uebrige aus dem betreffenden Personalbuche schon hervorgeht. — Bei dem Zugange sind zur Richtigstellung dieses Buches, in der Columne „Bemerkungen“ die Notizen über Familienverhältnisse zur Zeit der Quieszierung, ob ledig, verheirathet oder Wittwer, und Kinderzahl anzugeben.

Die Ab- und Zugänge an Alimentationsbeiträgen und ständigen oder temporären Unterstützungen für das nicht stabile Personale (beziehungsweise Relikten desselben), welche auf die Forstrechnung Cap. V. angewiesen sind, werden in einem besonderen Abschnitte des Conspectes dargestellt.

Die Veränderungen am Pensionsgehalts-Status des kommunal-Forstpersonals in der Pfalz sind ebenfalls in einem besonderen Abschnitte darzustellen.

Wegen Nachweisung der Veränderungen am Status der Avarialischen Jagden, dann der Ab- und Zugänge an Forstdienst-Wohnungen und Gründen, wird hier auf die Entschliessungen

vom 24. April 1843 No. 5787 und 5796 Beziehung genommen.

In den Beilagen zum Forstrentenschaftsberichte fehlte es bisher vielfältig an der erforderlichen Uebereinstimmung der verschiedenen Prospekte mit einander, und der Harmonie der einzelnen in sich selber, wodurch mehrfache Revisions-Anstände sich ergaben. Um künftig ähnlichen Mängeln vorzubeugen, wird auf folgende Punkte allgemein aufmerksam gemacht:

1) Die Uebersicht über die Geldeinnahmen und Ausgaben soll mit der Zusammenstellung des k. obersten Rechnungshofes übereinstimmen.

2) Mit ersterer ist ferner eine Uebereinstimmung erforderlich:

a) bei der Material-Ausgabe nach Verwendungstiteln (Form. Lit. F. von 1831) hinsichtlich der Soll-Einnahme, reo des wirklichen Erlöses an Bau- und Ruß-, dann an Brenn- und Rohholz, sowie hinsichtlich der Fabrikationskosten;

b) bei der Zusammenstellung der Material-Einnahme und Abgleichung mit der Ausgabe (Formular Lit. E) ebenfalls hinsichtlich der Fabrikationskosten (wenn man nämlich deren Gesamtbetrag aus dieser Zusammenstellung mit den Beträgen vergleicht, welche in der Petunial-Uebersicht im I u. IIIten Abschnitte gefordert vorkommen, diese zusammen addirend);

c) bei der Uebersicht der stattgehabten Forst-Nebennutzungen hinsichtlich der Soll-Einnahme (wirklicher Erlös) aus solchen;

d) bei der Uebersicht über die ausgeführten Forstkulturen und Wegverbesserungen hinsichtlich der wirklichen Ausgaben (baarer Aufwand) hierauf;

e) bei den jährlichen Forsteinrichtungs-Nachweisungen hinsichtlich der Forsteinrichtungskosten.

3) Der neue Material-Rest des Vorjahrs und der alte des laufenden Jahres sollen sich gleich sein.

4) Ebenso hat zwischen den Uebersichten über Forstfrevel-Thätigung vom Vorjahre und dem laufenden Jahre hinsichtlich der unerledigt gebliebenen Frevel, Uebereinstimmung zu bestehen.

Die kön. Regierungen haben von vorne herein die geeigneten Maaßregeln zu treffen, daß Differenzen möglichst vorgebeugt werde, jedenfalls sind die gleichwohl vorkommenden zu erläutern.

5) Mit der Zusammenstellung der Material-Einnahme und Abgleichung mit der Ausgabe sollen übereinstimmen:

- a) die Uebersicht über die Material-Ausgabe nach Verwendungstiteln hinsichtlich der Summen des abgegebenen oder zu Verlust gegangenen Materials;
- b) die Uebersicht der neuen Fällung (Formular Lit. G.) hinsichtlich der neuen Material-Einnahme, jedoch mit Ausnahme des Scheit- und Prügelholzes, da dieses in ersterer im Lokal-, in letzterer im Normalmaasse vorgetragen wird.

6) Die ganze Fläche der Staatswaldungen, von denen die Wirthschaftsergebnisse in den Uebersichten der neuen Fällung und der stattgehabten Forst-Nebennutzungen dargestellt werden, hat in Uebereinstimmung mit dem Waldreaktäten-Status, resvée der Uebersicht über die Ab- und Zugänge an solchem, in Gemäßheit der Anleitung vom 19. Juli 1831 No. III. nach dem Stande zu Anfang des Wirthschaftsjahres in Vortrag zu kommen.

7) Die Summen der produktiven Fläche in der Uebersicht der neuen Fällung und der Material-Ausgabe nach Verwendungstiteln sollen harmoniren.

8) In jedem einzelnen Conspecte ist erforderlich, daß die Summen der Detailbeträge von den einzelnen Abschnitten, Titeln etc. der Endsumme gleich seien.

Ferner werden die Bestimmungen des Leitfadens vom 30. September 1828, pag. 10 und 11, und die ausführlicheren Erläuterungen in der Entschlieſung vom 18. Mai 1829 über die Begriffe: voller Geldwerth und volle Forsttaxe in Erinnerung gebracht, wornach in jenen Fällen, wo der wirkliche Erlös die volle Forsttaxe übersteigt, immer ersterer, nicht letztere als voller Geldwerth betrachtet werden soll, so daß dieser zwar größer, aber nie kleiner sein kann, als der wirkliche Erlös.

Deßgleichen die weitere Bestimmung, auf pag. 11 des Leitfadens, daß der volle Geldwerth jederzeit die Fabrikationskosten begreife, wenn dergleichen auf dem betreffenden Material haften, daß solche alsdann aber auch unter dem wirklichen Erlöse vorzutragen seien, woraus folgt, daß die Fabrikationskosten des Triftholzes, welche im IIIten Abschnitte der Forstrechnung ausgablich vorgetragen werden, und nicht unter dem wirklichen Erlöse in der Uebersicht über die Material-Ausgabe nach Verwendungstiteln erscheinen, daselbst auch nicht in den vollen Geldwerth einzubegreifen und den übrigen Fabrikationskosten in der betreffenden Columne der Uebersicht nicht beizurechnen seien.

B. Den Forstrechnschafts-Bericht selbst betreffend.

Was nun die Forstrechnschafts-Berichte selbst betrifft, so sind bei deren Abfassung die in der Anleitung zur Anfertigung der Fällungs-Nachweisung und Material-Rechnung vom 1831 angeordneten Vereinfachungen derselben mehr oder weniger nicht beobachtet worden.

Unter Hinweisung auf die allgemeinen Bestimmungen sub IV., 1 pag. 15. und 16 obiger Anleitung, daß nämlich in Forstrechnschafts-Bezirken die Prospecte zu denselben nur zu erläutern, zu ergänzen, und nützliche Schlussfolgerungen aus der

ren Resultaten zu ziehen, nicht aber letztere zu wiederholen seien, daß mittelst derselben jährliche Beiträge zur Geschichte der Forstwirthschaft und ihrer rationellen Entwicklung zu den Akten niedergelegt, nicht aber Erörterungen aufgenommen werden sollen, welche zu diesem Zwecke unnöthig sind — wird daher zu den einzelnen Kapiteln des Leitfadens von 1826 im Besondern noch Folgendes bemerkt:

Ad Cap. I. Fällungsbetrieb.

1) Im Allgemeinen sind nur mehr solche Ereignisse anzuführen, welche Abweichungen von den periodischen Betriebsplänen veranlaßt haben. Abweichungen von den jährlichen Hiebsspartitionen, Zurückstellung einzelner Hiebe wegen Mehrergebnisses in anderen ic. bedürfen keiner besonderen Erörterung. Hinsichtlich

2) der Holzfabrikation, dann

3) der Holzabfuhr und Räumung der Gehaue genügt im Allgemeinen eine kurze Bemerkung über den Fortgang ohne unnöthiges Detail und Anführung dessen, was alle Jahre gleichsam als ständiges Sachverhältniß vorkommt, vielmehr unter bloßer Angabe der etwa vorgefallenen außerordentlichen störenden Ereignisse, dann Erläuterung über etwaiges namhaftes Steigen oder Fallen der Fabrikationskosten. Alles Uebrige, was der Leitfaden vom Jahre 1826 bezeichnete, gehört in Gemäßheit der Bestimmungen sub 2 der Anleitung von 1831 pag. 16 dem ausführlichen Rechenschaftsberichte am Schlusse jeder Finanzperiode an.

ad 4) Resultate der geprüften Betriebsnachweisungen bedarf es, mit Vermeidung großer Weitläufigkeit, bloß noch einer kurzen Erläuterung namhafter Abweichungen vom dem Jahresquantum und dem periodischen Etat. Alles Uebrige fällt in Gemäßheit des Punkt 3 obiger Anleitung pag. 12 in den einzelnen Jahresberichten weg.

Ad Cap. II. Holzdebit.

Jede Wiederholung der aus den Conspecten ersichtlichen Ziffern, soweit sie nicht zur Verständlichkeit der in dieses Kapitel aufzunehmenden Erläuterungen unumgänglich nothwendig sind, ist zu vermeiden.

Da Modificationen der Holztaren in Folge des Holzdebites jetzt öfters als von 6 zu 6 Jahren nöthig werden, und gewöhnlich alle 3 Jahre eine Revision stattfindet, so ist dieser Gegenstand in dem Rechenschaftsberichte desjenigen Jahres zu behandeln, in welchem die Revision eingetreten ist.

Mit Verschiebung aller übrigen, in dem Leitfaden vom Jahre 1826 bezeichneten ausführlicheren Erörterungen auf den Schluß der Finanzperiode, haben sich daher die Rechenschaftsberichte der ersten 5 Jahre in der Regel:

ad 1 nur auf Anführung derjenigen Thatumstände, welche in außerordentlicher Weise fördernd oder störend auf den Holzabsatz eingewirkt haben, und Erläuterung eines bedeutenden Plus oder Minus des neuen Materialrestes gegen den vorjährigen zu erstrecken. Erörterungen über die gleichsam ständigen Verhältnisse des Holzabsatzes sind in den jährlichen Rechenschaftsberichten zu umgehen.

Eben so wären zu den einzelnen Abgabetiteln nur dann besondere Erläuterungen zu geben, wenn bedeutende Abweichungen von dem gewöhnlichen Betrage des einen oder anderen derselben durch besondere Ereignisse veranlaßt wurden. Im Uebrigen Bezugnahme auf die Conspecte.

Ad 2 und 3 ist in gleicher Weise zu verfahren.

Die verschiedenen Trift- und Holzhofverwaltungskosten, der Triftverlust, der reine Holzwerth, können in den betreffenden Conspecten ersichtlich gemacht, und darauf Bezug genommen werden.

Ad Cap. III. Forst-Nebennutzungen.

Welche Nebennutzungen stattgehabt haben, deren Ergebnisse, in quantitativer und pecuniärer Hinsicht, macht der Conspect ersichtlich, auf welchen Bezug zu nehmen ist. Erörterun-

gen über deren Einfluß auf die Holzproduktion und die Mittel zur Beseitigung oder Minderung deren Nachtheile sind durch die Anleitung von 1831 in den Jahresbericht am Schlusse der Finanzperiode verwiesen.

Es verbleiben daher für die jährlichen Berichte nur Erläuterungen hinsichtlich des Plus oder Minus gegen das Vorjahr, wobei sich jedoch auf die wichtigeren Nebennutzungen und auf bedeutendere Differenzen gegen die gewöhnlichen Beträge zu beschränken ist.

Ad Cap. IV. Forstkulturen und Verbesserungen.

Eine summarische Nachweisung dessen, was geschehen ist, gibt der Conspect, auf welchen, sowie auf die besonderen Vorlagen wegen Nachzucht der Eiche lediglich Bezug zu nehmen ist. — Erörterungen über die Durchschnittskosten-Beträge gehören in den Rechenschaftsbericht des letzten Jahres der Finanzperiode. — Die Resultate des Betriebes bedeutender Samengewinnungs-Anstalten werden in besonderen Uebersichten dargestellt.

Es verbleiben daher für den gewöhnlichen jährlichen Rechenschaftsbericht nur Erörterungen über das Verhältniß des wirklichen Aufwandes zu den hiefür étalirten Summen und allenfalls über Verhältnisse, welche besonders fördernd oder störend auf den Kulturbetrieb eingewirkt haben, insoweit diese nicht in Cap. IX. zur Sprache kommen.

Ad Cap. V. Forst-Einrichtung.

Jede weitere Erörterung fällt hier unter Bezugnahme auf die Forsteinrichtungs-Nachweisungen weg, es sei denn, daß über besondere Gegenstände, z. B. Grenzstreitigkeiten, Prozesse u. ausführlichere Auskunft zu geben wäre.

Ad Cap. VI. Liquidation der Forstrechte und Purificationen (incl. Ablösung einzelner Forstrechte.)

Die Erörterung dessen, was hierin geschehen ist, wird in manchen Fällen zweckmäßig in einer besonderen Beilage tabellarisch geschehen können, auf welche alsdann im Berichte sich zu beziehen wäre, unter Anfügung etwa nöthiger Erläuterungen.

Ad Cap. VII. S a g d.

Nachdem ein großer Theil der im Leitfaden von 1826 bezeichneten Erörterungen durch die Anleitung von 1831 auf den Schluß der Finanzperiode verwiesen, die pekuniären Ergebnisse und die Veränderungen an Status aus den betreffenden Conspecten und Nachweisungen zu entnehmen sind, so wird es in der Regel genügen, auf letztere Beziehung zu nehmen.

Ad Cap. VIII. Forst- und Jagdpolizei und Zuwiderhandlungen gegen dieselbe im Allgemeinen.

Ad 1. Unter Beobachtung der Bestimmung pag. 16 der Anleitung von 1831. Punkt 2 ad Cap. VIII. und unter Bezugnahme auf den Conspect über Forstfreveltbätigung ist nur Außergewöhnliches in Hinsicht auf Vermehrung oder Verminderung der Frevel im Allgemeinen, und einzelner Arten derselben insbesondere zur Sprache zu bringen.

Ad 2 und 3 verbleibt es bei den Bestimmungen des Leitfadens.

Desgleichen hinsichtlich der

Cap. IX und X. Witterungsverhältnisse und besonders merkwürdige Ereignisse

jedoch wäre sich Punkt 5 nur noch insoweit in eine Erörterung einzulassen, als Einwirkungen und Folgen in Beziehung auf den periodischen Betriebsplan hervorgetreten sind, im Allgemeinen ein bündiger Vortrag zu empfehlen, und daß von der Regel Abweichende geeignet herauszuheben.

Ad Cap. XI. Ab- und Zugänge in den Wald-, Jagd- und Personal-Konspecten, auch Forstdienst-Wohnungen und Gründen.

Soweit die betreffenden Beilagen die erforderlichen Aufschlüsse geben, und weitere Erörterung nicht erforderlich, ist bloß auf erstere Beziehung zu nehmen.

Ad Cap. XII. Verhalten des Forstpersonals.

Die Vorschriften des Leitfadens bleiben hier unverändert in Wirksamkeit.

Ad Cap. XIII. Pefunial-Ergebnisse.

Besondere Fälle ausgenommen genügt es, daß sich nur alle sechs Jahre mit dem Schlusse jeder Finanzperiode in eine Erörterung über das Prozentverhältniß der Kosten eingelassen werde.

Die gewöhnlichen Rechenschaftsberichte beschränken sich auf die Vergleichung der Pefunial-Ergebnisse mit den Etatssummen. Alles Uebrige machen die Konspecte ersichtlich.

Ad Cap. XIV. Geschäftsbehandlung bei der königl. Regierungs-Finanz-Kammer.

In dieser Hinsicht bleiben die Bestimmungen des Leitfadens aufrecht, insoweit nicht über den Inspektionsdienst die nach anliegendem Formulare V. anzufertigende und künftig mit den vorläufigen Konspecten unmittelbar nach Ablauf des Etatsjahrs einzusendende Uebersicht die erforderlichen Nachweise liefert.

Am Schlusse dieses Formulars werden die Kosten, welche exclus. der Pferdgeldaversen auf Inspectionsdienst erwachsen sind, gesondert für jeden Kreisforstbeamten, übrigens aber summarisch angegeben, wogegen die besonderen Vorlagen zeffiren, welche bisher in Gemäßheit der Entschließung vom 3. Sept. 1833 statt fanden.

Verordnungen, allgemeine Verfügungen und Instruktionen für die einzelnen Kreise.

A. O b e r f r a n k e n.

27) Die Revision und Richtigstellung der Forstpersonal-Bücher betreffend.

Vom 6. April 1843.

Um die von dem königl. Finanz-Ministerium angeordnete Vervollständigung der Forstdienst-Bücher und Qualifikations-Listen bewirken zu können, wird den königl. Forstämtern aufgetragen, diese Liste bis Ende Octobers l. J. der königl. Regierung vorzulegen, nachdem die noch erforderlichen Berichtigungen und Ergänzungen, namentlich in Beziehung auf Familien-Verhältnisse und Qualifikation, bewirkt worden sind.

Die bezüglich auf die Ertheilung der Qualifikations-Notenziffern bestehenden, mit Umsicht und Consequenz in Anwendung zu bringenden Direktiven sind folgende:

1) Die Notenziffern 1 bis 5 für die speciellen Qualifikations-Rubriken sollen durchaus nicht mit Beziehung auf den dermaligen Dienstgrad oder relativ auf folgende höhere Dienststufen, sondern positiv und im Allgemeinen ohne Rücksicht auf Verschiedenheit der Funktionen den Grad der Befähigung des betreffenden Individuums für jede einzelne Rubrik angeben. — Man kann nicht sagen, daß natürliche Anlagen oder wissenschaftliche Bildung oder Fleiß, Konduite u. No. 1 für den Dienstgrad als Forstgehülfe, dagegen No. 2 für den eines Forstwärters, No. 3 für jenen eines Revierförsters seien u. s. w. Hieraus würde eine Verwirrung der Begriffe hervorgehen.

2) Anders verhält es sich mit den Haupt-Notenziffern 1 bis 3; diese haben sich lediglich auf den dermaligen Dienstgrad zu beziehen, und zwar in folgender Bedeutung:

Die Note 1 bezeichnet, außer der sich hierbei von selbst verstehenden, vollkommen entsprechenden Leistung im dermaligen

For

[illegible]

५६

[illegible]

mular I. zum Conſpecte über die Ab- und

F i ä d e n - Z u g a n g.

f		auf andere Weise.		Summe des
aufpreis.		Fläche.	Nähere Bezeichnung.	Zugangs.
Tagw.	Dez.	Tagw.		Dez.

Formular II. zur Nachweisung über die

g a n g.

[illegible]

verstehenden, vollkommen entsprechenden Zeichnung im vermaßigten

Veränderungen am Status der Quiescenten und Pensionisten.

Z u g a n g.

Z u g a n g.										Veränderung am Pensionatsgehalts-Status.	
F ort. au g	Pensions-				sporad. oder requisitor.	Veran- lassung.	Bemer- kungen.	Abgang.		Zugang.	
	Bezug.		Rescript.					fl.	kr.	fl.	kr.
	fl.	kr.	Dat.	Num.				fl.	kr.	fl.	kr.

=
 8
 —
 nd
 —
 rt
 ite

Statzjahre 18— vollzogenen Forstbereisungen.

Nähere des Kommissoriums und Bemerkungen.	Anzahl der verwendeten Tage.	
	auf gewöhn- lichen Inspec- tionsdienst.	auf besondere Kommissio- nen.

Dienstgrade, eine in jeder Hinsicht unzweifelhafte Befähigung zum Vorrücken in den nächstfolgenden höheren (eine ganz ausgezeichnete Qualifikation.)

Beim Uebertritt in einen höheren Dienstgrad kann daher auch die im vorigen erworbene Note 1 nicht ohne weiteres mit übertragen, sondern erst dann wieder zuerkannt werden, wenn das betreffende Individuum durch seine Leistungen und sein dienstliches Verhalten in dem neuen Wirkungskreise den Beweis geliefert und die Ueberzeugung begründet hat, daß es zum weiteren Vorrücken ebenfalls vollkommen befähigt sei, wozu immerhin einige Jahre erforderlich sein möchten.

Bezüglich auf den höheren Forstdienst ist die Note 1 nur solchen Revierförstern zu ertheilen, welche schon bei der Konfursprüfung, vorzüglich aber in den bisher durchlaufenen Dienstgraden, und namentlich in ihrer dermaligen Funktion vollständig erwiesen haben, daß ihnen in Hinsicht auf wissenschaftliche Bildung, theoretische und praktische Kenntnisse, Geschäfts-Gewandtheit, richtiges Urtheil, Bestimmung und logische Ordnung der Begriffe, Klarheit und Leichtigkeit im schriftlichen Vortrage, untadelhaftes Verhalten, Fleiß, Thätigkeit und zu dieser erforderlichen körperlichen Beschaffenheit, dann hinsichtlich ihrer Treue und Anhänglichkeit an das monarchische Princip, ein höherer Posten unbedenklich anvertraut werden könne. — Längere, wenn auch noch so entsprechende Leistung im gegenwärtigen Dienstgrade genügt allein nicht; sie muß mit vollkommener Befähigung für den höheren Dienstesgrad verbunden sein.

Je mehr sich in der neuesten Zeit die Anforderungen an die Staats-Forstverwaltung in jeder Richtung gesteigert haben, und je stärker das Bedürfniß guter Forstpfllege und rationeller Bewirthschaftung hervortritt, desto dringender ergibt sich die Nothwendigkeit im Interesse des Dienstes, daß schon zum Vorrücken in den Aktuars- und Revierförstersgrad — noch mehr aber für den höhern Dienst, die Hauptnote 1 stets nur mit der größten Umsicht und Gewissenhaftigkeit, dann mit Würdi-

gung der besonderen Befähigung für das Forsteinrichtungs-Geschäft zuerkannt werde.

Die Hauptnote 2 bezeichnet eine vollkommen entsprechende oder auch nur gute genügende Leistung in der dermaligen Funktion, ohne daß sich bis jetzt die Befähigung zum Vorrücken in die höhere Dienstesstufe unzweifelhaft erwiesen habe.

Die Hauptnote 3 wird bei mittelmäßiger Leistung im dermaligen Dienstesgrad erteilt, wobei die wünschenswerthe baldige Entfernung aus dem Aktivitäts-Stat wegen körperlicher Gebrechen, oder weil das betreffende Individuum aus anderen Ursachen den Forderungen des Dienstes nicht mehr entspricht, durch Anfügung eines * angedeutet wird.

Forstbedienstete, welche die Noten 1 oder 2 sich erworben hatten, können daher, ihren übrigen guten Eigenschaften unbeschadet, in eine niedrigere Qualifikationsklasse zurückgesetzt werden, wenn körperliche Gebrechen dem Vorrücken in den höheren Dienstesgrad, oder einer ferner entsprechenden Leistung in dem gegenwärtigen hindernd in den Weg getreten sind. In den Bemerkungen darf aber in solchen Fällen die Motivierung nicht fehlen.

3) Ueberhaupt ist jede Abweichung von den einmal festgestellten speziellen oder Hauptnotenziffern gründlich zu motivieren, zumal, wo es sich von Eigenschaften handelt, welche in der Regel nicht, oder doch erst nach längerer Zeit dem Wechsel unterliegen. Ist z. B. das Urtheil über natürliche Anlagen und Fähigkeiten einmal richtig gefällt, so kann dasselbe nur unter ganz besonderen Umständen einer Modifikation unterliegen; bei der — vorzüglich nach den Resultaten der Konkurs-Prüfung zu beurtheilenden wissenschaftlichen Bildung werden, wenn die Notenziffer richtig erteilt war, nur in Folge fleißig forstgesetzter Studienfortschritte, oder durch Vernachlässigung, Rückschritte, aber erst nach längerer Zeit anzugeben sein. Selbst für solche spezielle Qualifikations-Rubriken, hinsichtlich welcher Veränderungen leichter eintreten können, machen sie sich doch nicht so schnell bemerkbar. — Es sollen daher die Notenziffern

stets nur dann modifizirt werden, wenn eine Begründung hiezu vollständig nachgewiesen ist.

4) Die Qualifikations-Noten eignen sich durchaus nicht zur Publizität, beziehungsweise Mittheilung an das betreffende untere Personal. Es sind daher auch die Qualifikations-Listen besonders versiegelt in Vorlage zu bringen. Erkannte Verweise, disciplinar- und andere Strafen sind mit Angabe des Jahres in den Bemerkungen kurz anzudeuten, so wie auch die etwa besonders ertheilten Belohnungen.

B. Oberpfalz und Regensburg.

28) Die jährlichen Forstbetriebs-, respect. Kultur- und Wegbau-, dann Forsteinrichtungs-Nachweise und die generelle Uebersicht über die hierher bezügliche Ausgaben betreffend.

Vom 29. Mai 1843.

Zur Erzielung einer genauen Uebereinstimmung zwischen den technischen Betriebs-Forsteinrichtungs-Nachweisen und den hiemit correspondirenden pecuniären Nachweisen der Rentämter wird hiemit Folgendes angeordnet:

Die Forstämter haben für die Zukunft mit dem 24. Aug. jeden Jahres, und zwar auf den Grund der generellen Kultur- und Wegbau-Uebersichten, jedem der betreffenden Rentämter einen Auszug zu übergeben, der jedoch nur Titel für Titel der betreffenden Rechnung für jedes Revier die Gesamt-Ausgabssumme des Jahres auf diesen Titel ersichtlich zu machen hat.

Ebenso haben dieselben bis zum 7. September jeden Jahres, auf den Grund der Forsteinrichtungs-Nachweisung des Jahres einen solch revierweisen Auszug bezüglich der drei Abgabstitel des hieher einschlägigen Rechnungs-Paragraphen 5 den einschlägigen Rentämtern zu behändigen.

Wahlen, Archiv Bd. XVI. 18. Heft.

Die Rentämter haben diese Extracte jederzeit unverzüglich mit den bereits in Händen habenden Special-Abrechnungen und deren Nebenbelegen: Lohnzetteln, Wochenlisten u. s. w. zu vergleichen, allenfalls aufgefundene Abweichungen in den gegenseitigen Vormerkungen benehmlich mit dem betreffenden Forst-Amte auf der Stelle zu bereinigen, und diesem die Uebereinstimmung der beiderseitigen Nachweise speziell zu certificiren.

Das Forstamt hat diese Certifikate der generellen Uebersicht über die vollzogenen Kultur- und Wegbauten, dann der Forsteinrichtungs-Nachweisung als Beleg für die technische Revision; dagegen hat das Rentamt die vorbezeichneten forstamtlichen Extracte als Beleg seiner Rechnung der, zur Revision und definitiven Verrechnungs-Anweisung, Mitte September jeden Jahres, vorzulegenden, generellen Uebersicht und resp. Kosten-Zusammenstellung auf Holzabfuhrwege, Forstkulturen und Forsteinrichtung jederzeit, und zwar von 1842 — 43 an, beizufügen.

C. P f a l z.

29) J a g d f r e v e l b e t r e f f e n d.

Vom 23. Juni 1841.

Das königl. Oberappellationsgericht, als Revisionshof der Pfalz, hat in seiner öffentlichen Sitzung vom 23. Juni 1841
in Sachen

der Staatsbehörde am königl. Appellationsgerichte der Pfalz
Revisionsklägerin gegen

Georg Schäfer zu Münchweiler, des Jagdsrevells beschuldigt, und seine Mutter Anna Maria Weibel, Wittwe des Tagelöhners Friedrich Schäfer daselbst, als civilverantwortlich, Revisionsbeklagte, folgendes Urtheil erlassen:

Sach- und Prozeßgeschichte.

Am 19. Juni vor. J. zeigte der Feld- und Waldschütze Georg Michael Morio von Münchweiler dem Forstwarte Wi-

gand zu Klingenmünster an, daß er am Tage zuvor (Fronleichnamstag) Abends 7 Uhr, den Georg Schäfer von Münchweiler, mit einer Pistole versehen, im Gemeindewalddistrikt Altenberg betroffen habe. Morio fügte zugleich die von ihm beobachteten näheren Umstände an, welche die Annahme begründen konnten, daß Georg Schäfer, als er von dem Waldbüter betroffen wurde, kurz zuvor nach Wildpret geschossen habe.

Zur Herstellung des Thatbestandes machte der Förster Wigand alsbald in Begleitung des Adjunkten Rink von Münchweiler eine Haussuchung bei Georg Schäfer, in dessen Besitz eine Quantität seines Schießpulver gefunden wurde; nebstdem fand man in dem Wammß von Schäfer Papier zu Propfen, von einem Zahlbefehle wegen Forstfrevel herrührend. Hierauf wurde auch eine Nachsuchung im Walde vorgenommen, und es gelang, an der Stelle, wo Morio den Schäfer betreten hatte, abgeschossene Pfropfen aufzufinden, welche theils aus Packpapier, theils aus Papier von dem erwähnten Zahlbefehle gefertigt waren.

Sowohl über die Anzeige von Morio, als das Ergebnis der hierauf eingeleiteten Information, errichtete der Förster Wigand ein vom 19. Jun. v. J. datirendes Protokoll, worin am Schlusse noch erwähnt wird, daß Georg Schäfer schon längere Zeit im Verdachte der Wildddieberei stehe, und als Holzfrevler bekannt sei.

Auf den Grund dieses Protokolls wurde Georg Schäfer vor das Zuchtpolizeigericht zu Landau in dessen Sitzung vom 29. Aug. v. J. unter der Anschuldigung geladen, am 18. Juni d. J. einen Jagdsfrevl begangen, sowie ein Gewehr auf der Jagd ohne Waffenschein getragen zu haben; dessen Mutter, die Wittwe Schäfer, wurde als civilverantwortlich geladen.

In der anberaumten Sitzung vom 29. August v. J. producirte die Staatsbehörde zur Herstellung des Beweises gegen den Beschuldigten vier Zeugen, darunter den Schützen Morio und den Förster Wigand.

Inhaltlich der summarischen Note lauteten die Depositionen der abgehörten Zeugen gleichförmig mit dem errichteten Protokolle. Der Beschuldigte, Georg Schäfer, erschien nicht, wohl aber dessen Mutter, welche sich darauf beschränkte, zu erklären, daß ihr Sohn nicht gehorche.

Hierauf erfolgte am 29. August v. J. ein Urtheil des Zuchtpolizeigerichtes zu Landau, wodurch Georg Schäfer freigesprochen wurde; als Motiv führt dieses Urtheil an, die Verhandlung habe den Beweis nicht ergeben, daß Georg Schäfer gejagt, oder nach einem Wilde geschossen habe; derselbe sei vielmehr, nach Aussage des Zeugen Morio, nur mit einer Pistole in der Hand getroffen worden.

Am 30. August v. J. legte der königl. Staats-Procurator zu Landau gegen das erwähnte Urtheil des Zuchtpolizeigerichtes Appellation ein, und die Sache kam am 23. October vor. J. zur Verhandlung vor der Zuchtpolizeikammer des königl. Appellationsgerichtes der Pfalz.

Bei dieser Verhandlung erschien weder Georg Schäfer noch dessen Mutter, geladen durch Act des Gerichtsboten Glundt von Grumweiler vom 8. October v. J. — Die Staatsbehörde trug auf Reformation des angefochtenen Urtheils des Zuchtpolizeigerichtes und Verstrafung des Beschuldigten Georg Schäfer, nach der Verfügung des Gesetzes an, sowie, daß die Wittwe Schäfer für die auszusprechenden Verurtheilungen haftbar erklärt werde.

Durch Urtheil vom 23. October v. J. verwarf jedoch das königl. Appellationsgericht die von der Staatsbehörde eingelegte Berufung. Als Motiv dieser Entscheidung enthält das Urtheil lediglich die Betrachtung: „daß aus der Voruntersuchung und den gerichtlichen Verhandlungen erster und zweiter Instanz der Beweis nicht hervorgehe, daß Appellat Georg Schäfer an dem fraglichen Orte jagend betroffen worden, weshalb der erste Richter mit Recht denselben des angeschuldeten Jagdvergehens für nicht überwiesen erklärt, und ihn nebst seiner Mutter freigesprochen habe.“

Gegen dieses Urtheil wurde der Kassationsrefurs ergriffen, laut Kanzletact vom 24. October v. J.

Durch Ausspruch vom 15. April 1841 wurde das Erkenntniß des Appellationsgerichts fassirt, und der Beschuldigte, sowie dessen civilverantwortliche Mutter, in die Sitzung vom 17. Junius geladen. Die Beklagten erschienen nicht, sowohl bei der frühern Sitzung als der heutigen.

Der Gerichtsschreiber las die Actenstücke ab, und hierauf stellte der königl. General-Staatsprocurator den Antrag:

Es gefalle dem königl. Revisionshose Urkunde zu ertheilen: daß der Beschuldigte und seine civilverantwortliche Mutter, gehöriger Vorladung ungeachtet, in der Sitzung vom 17. dieses und heute nicht erschienen sind, sofort auf die Berufung gegen das Urtheil des k. Zuchtpolizeigerichts zu Landau vom 29. Aug. 1840 erkennend, mittelst Reformation dieses Urtheils

1) den Beschuldigten Georg Schäfer des Jagdsrevels an einem Feiertage schuldig zu erkennen und ihn deshalb

a) in eine Geldstrafe von 46 fl. 40 fr.,

b) in 4 fl. 40 fr. Pfandgebühr,

c) in eine Geldstrafe von 14 fl. wegen Jagens ohne Waffenschein,

d) und eine weitere Pfandgebühr von 2 fl. 20 fr. zu verurtheilen;

e) die Confiskation des zum Frevel gebrauchten Schießgewehres auszusprechen, und zu verordnen, daß dasselbe auf der Kanzlei des königl. Bezirksgerichtes zu Landau hinterlegt, oder der Werth desselben mit 23 fl. 20 fr. an das dortige königl. Rentamt bezahlt werde;

f) den Beschuldigten in die Kosten der ersten, und der Appellations- und Revisions-Instanz zu verurtheilen.

2) Die Anna Maria Weibel, Wittwe Schäfer, wegen sämtlichen obigen Verurtheilungen für civilverantwortlich zu erklären.

Es fragt sich daher: ist Georg Schäfer für schuldig zu erklären, am 18. Junius 1840, Abends 7 Uhr, im Distrikt

Altenberg, Gemeindewalds von Münchweiler, jagend betroffen worden zu sein.

Entscheidungsgründe.

Durch den verpflichteten Waldschützen Morio ist ausgesagt worden, daß er am 18. Juni 1840, Abends 7 Uhr, im Distrikte Altenberg, Gemeindewalds Münchweiler, wo die Jagd verpachtet ist, einen Schuß gehört und den Dampf habe aufsteigen sehen, sowie, daß er zu gleicher Zeit eine Mannsperson den Berg hinauf in das Holz habe laufen sehen. Diese Person sei nochmal an den Ort hingegangen, wo der Schuß gefallen sei und nach dem Gebüsch umgekehrt, als ob sie die Spur eines angeschossenen Wildes suche. Zeuge erkannte, nachdem er näher nachgeschlichen war, darin die Person des Beschuldigten Schäfer, welcher eine Pistole unter dem Arme hatte und die Flucht ergriff.

Bei der Hausdurchsuchung in dem Wohnhause der Mutter desselben fand sich in der Truhe desselben, in dem Sonntagswamm, nebst einem mit Pulver gefüllten Horn auch 2 — 3 Schüsse feines Pulver in ein Sacktuch gebunden, ebenso ein Papier, einen Zahlbefehl enthaltend, wovon ein Stück abgerissen war. An dem Orte, wo der Schuß gefallen war, wurde ein Pfropfen vorgefunden, welcher nach den Schriftzeichen offenbar von jenem Zahlbefehle abgerissen war.

Durch diese Aussage und die unterstützenden der andern Zeugen über das Resultat der Hausdurchsuchung, ist erwiesen, daß die Person, welche in einem Walde jagend betroffen wurde, der Georg Schäfer von Münchweiler war.

Es kann nämlich gemäß der Verordnung vom 21. Sept. 1815 §. 11 nicht verkant werden, daß jeder, welcher außerhalb der Heerstraßen und der gewöhnlichen Wege und Stege, auf den Feldern und Wiesen, an den Flüssen und Seen oder in den Waldungen mit einem Gewehre betroffen wird, als jagend zu betrachten und daher zu bestrafen sei.

Dieses ist hier eingetreten. Der Ausdruck mit einem Gewehre kann auch hierüber keine Zweifel erregen, indem derselbe überhaupt die Gattung der Waffen bezeichnet, und in dieser alle Unterarten, gleichviel ob Jagdflinte, Pistol, Terzeroll begriffen sind. Wenn nun gleich Schäfer nur, der Zeugen-Aussage gemäß, mit einer Pistole betreten ward, welche er allen Umständen gemäß losgeschossen hatte, so ist dieses doch auch ein Gewehr im gesetzlichen Sinne des Wortes. Da derselbe überdies in einem Walddistricte betroffen wurde, so mangelt auch hier an dem Begriffe des Jagens nichts.

Durch die Aussagen des obigen Zeugen, welcher gemäß §. 22 der Verordnung vom 21. September 1815 und §. 138 jener vom 30. Julius 1814 vollständigen Beweis über die Kontravention gibt, bis das Gegentheil vollkommen erwiesen ist, und welche Aussage noch durch die übrigen erhobenen Thatfachen unterstützt wird, ist nun der Jagdsfrevel hinreichend erwiesen worden.

Auf jeden Fall ist nebstdem auch erwiesen, daß derselbe ein Schießgewehr auf der Jagd ohne Waffenschein getragen habe. Daher ist auch die gesetzliche Strafe nebst dem Pfandgeld und der Confiskation des Gewehres auszusprechen; dieses mußte doppelt verfügt werden, da es an einem Feiertage geschehen ist.

Auch die Mutter des Beschuldigten erscheint schon nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen des Art. 1384 des Civilgesetzbuches als civilverantwortlich, besonders da sich auch aus den Zeugenaussagen ergibt, daß sie Kenntniß davon hatte, daß ihr Sohn eine Pistole besaß.

Aus diesen Gründen ertheilt das Oberappellationsgericht des Königreiches Bayern, als Revisionshof der Pfalz sprechend, Urkunde, daß Georg Schäfer und dessen Mutter Anna Maria Weibel, Wittwe Schäfer, nicht erschienen sind, erklärt sonach in contumaciam unter Abänderung des Urtheils des Bezirksgerichts Landau vom 29. August 1840, den Georg Schäfer, ohne Gewerbe, wohnhaft zu Münchweiler, Canton Anweiler,

des Jagdfrevels an einem Festtage, sowie des unbefugten Tragens eines Schießgewehres auf der Jagd, für schuldig; verurtheilt sonach denselben in die gesetzliche Geldstrafe von 46 fl. 40 fr., 4 fl. 40 fr. Pfandgebühr, 14 fl. wegen Mangels des Waffenscheins, und 2 fl. 20 fr. Pfandgebühr, — spricht die Confiskation des Gewehres aus und verordnet, daß dasselbe auf der Gerichtsschreiberei des Bezirksgerichts Landau hinterlegt, oder dessen Werth mit 23 fl. 30 fr. an das betreffende Rentamt bezahlt werde; verurtheilt denselben in die Kosten der ersten, der Appellations- und Kassations-, resp. Revisions-Instanz, liquidirt zu 33 fl. 15 fr.; erklärt die Anna Maria Weibel, Wittwe des Aldermannes Friedrich Schäfer zu Münchweiler, in ihrer Eigenschaft als Mutter des Beschuldigten, als bürgerlich verantwortlich für die oben ausgesprochenen Strafen und übrigen Verurtheilungen.

Alles dieses in Anwendung des §. 8, 9, 10 und 11 der Verordnung vom 21. September 1815 und §. 98 der Verordnung vom 30. Juli 1814, des Dekrets vom 4. Mai 1812 und Art. 194, 195 des Gesetzbuches über das peinliche Verfahren, welche also lauten und vom Präsidenten verlesen wurden:

Verordnung vom 21. September 1815.

§. 8. Ein jeder Jagdberechtigte, welcher die Jagd ausübt, ohne sich mit einem Erlaubnißscheine versehen zu haben, oder ein jeder, welcher sich eines fremden Waffenscheins zum Mißbrauche bedient, wird nach den Bestimmungen des Dekrets vom 4. Mai 1812 bestraft, und hat außerdem eine Pfandgebühr von 5 Frsch. statt der in dem Art. 7 der Verordnung vom 23. Juli 1814 festgesetzten 3 Frsch. zu bezahlen.

§. 9. Jedes Individuum, welches in einer verpachteten Feldjagd unbefugter Weise jagend betroffen wird, soll als Jagdfrevler angesehen, und außer der Confiskation des bei sich führenden Gewehres, oder Erlegung dessen Werths, welcher nicht geringer als 50 Frsch. angeschlagen werden kann, und außerdem, dem Jagdpächter zu leistenden Schadenersatz, in eine

Geldstrafe von 50 Frsch. und in eine Pfandgebühr von 5 Frsch. zum Besten des Landesgendarmen, Försters, Polizeibeamten, Feld- oder Jagdschützen, welcher ihn ertappt und zur Anzeige gebracht hat, verurtheilt werden.

Die Straf- und Pfandgebühren werden verdoppelt, wenn das Vergehen wiederholentlich, oder bei Nacht, oder an einem Sonn- oder Festtage, oder während der Setz- und Hegezeit begangen worden ist. Bei ferneren Wiederholungsfällen wird außer der doppelten Geldstrafe auch noch auf Gefängnißstrafe erkannt, welche nicht unter 10 Tagen und nicht über drei Monate betragen soll.

§. 10. Jedes Individuum, welches in denen Waldungen, worin die Jagd administriert wird, oder in denen Privatwaldungen, worin sie dem Eigenthümer zusteht (§. 3) unbefugter Weise jagend betroffen wird, soll als Wilddieb angesehen und außer denen im vorbergehenden §. festgesetzten Geldstrafen und Pfandgebühren, wie auch Confiskation des Gewehres, zum erstenmale mit 14tägiger, zum zweitenmale zu 2 monatlicher, in folgenden Wiederholungsfällen aber zu 6 monatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt werden.

§. 11. Als jagend sind Diejenigen zu betrachten, welche außerhalb der Heerstraßen und der gewöhnlichen Wege und Stege, auf den Feldern und Wiesen, an den Flüssen und Seen, oder in den Waldungen mit einem Gewehre betreten werden. Hiervon sind jedoch Polizeibeamte, als Feld- und Flurschützen u. s. w. ausgenommen, die vermöge ihres Amtes die Gemarkungen durchgehen müssen, oder Schäfer und Hirten, welche wegen Gefahr vor Wölfen mit Feuerngewehren versehen sein müssen, jedoch nur soferne beide zu dem Ende mit Erlaubnißscheinen versehen worden sind.

§. 98. Abs. 1 und 2 der Verordnung vom
30. Juli 1814.

Für die gerichtlichen Folgen der Forstfrevel in Beziehung auf Geldstrafen und Ersatz des Schadens oder Werths haften

und werden in Anspruch genommen: a) Eltern für ihre Kinder, wenn solche nicht volljährig sind und bei ihnen wohnen.

Decret vom 4. Mai 1812.

Art. 1. Wer immer jagend betroffen wird, und sich nicht ausweisen kann über einen Erlaubnißschein, Jagdgewehre zu tragen, gemäß des Decrets vom 11. Julius 1810, soll vor das Korrektionsgericht gezogen und mit einer Strafe belegt werden, welche nicht geringer als 30, und nicht höher als 60 Frsch. sein darf.

Art. 3. In allen Fällen sind die Waffen zu confisciren, und wenn sie nicht mit Beschlag belegt wurden, so muß der Beschuldigte verurtheilt werden, dieselben auf der Gerichtsschreiberei zu hinterlegen oder den Werth davon zu bezahlen, und zwar gemäß des Werthes, der durch das Urtheil festgesetzt wird, ohne daß diese Bestimmung unter 50 Franken herabgehen kann.

Gesetzbuch über das peinliche Verfahren.

Art. 194. Jedes Endurtheil, das entweder gegen den Beschuldigten und die Personen, welche für die bürgerlichen Folgen des Vergehens verantwortlich waren, oder wider den Privatkläger ergeht, verurtheilt den unterliegenden Theil zugleich in die Kosten, sogar in jene, welche das öffentliche Ministerium veranlaßt hat. Die Liquidation der Kosten geschieht in demselben Urtheile.

Art. 195. Abs. 1. In dem bestimmenden Theil eines jeden Verdammungsurtheils wird die That, welche der vorgeladenen Person als eigenes Vergehen zur Last gelegt, oder wofür sie verantwortlich erklärt wird, die Strafe und was sie sonst noch zur Entschädigung des verletzten Theiles zu leisten hat, ausgedrückt.

Also geurtheilt und ausgesprochen in der oben bezeichneten Sitzung des königl. Oberappellationsgerichts als Revisionshof der Pfalz sprechend.

30) Forstfrevel in einem gemeinschaftlichen Walde, durch den Miteigenthümer verübt, betreffend.

Vom 17. August 1842.

Im Namen Seiner Majestät des Königs
von Bayern.

Das königl. Oberappellationsgericht, als Kassationshof der Pfalz, zu München, hat in seiner öffentlichen Sitzung vom 17. August 1842 folgendes Urtheil erlassen:

In Sachen

des Generalstaatsprocurators am königl. Kassationshofe der Pfalz, Kläger im Interesse des Gesetzes auf Kassation eines Urtheils des königl. Friedensgerichts zu Kaiserslautern, als Forststrafgericht, vom 28. December 1841, wodurch Peter Schmidt auf dem Daubornerhose bei Enkenbach, und dessen Dienstknecht, Johann Buhl, wegen eines ihnen angeschuldeten Forstfrevels freigesprochen wurden.

Sach- und Prozeßgeschichte.

Am 6. October 1841 wurde von dem, zum Schutze des Dauborner Privatwaldes aufgestellten Waldschützen Blien, der Peter Schmidt auf dem Daubornerhose betroffen, wie er in einem vierjährigen Schlage besagten Privatwaldes eine Hainbuche (Standbaum) im Frevel gehauen und mit seinem Knechte, Johann Buhl, nach Hause getragen hat. In Folge dieser, in den Forstfrevelregistern vorschriftsmäßig constatirten Angabe des Forstdieners ward Peter Schmidt, nebst seinem Knechte, vor das Friedensgericht zu Kaiserslautern, als Forststrafgericht, geladen; allein dieses hat durch Urtheil vom 6. October 1841 beide Beschuldigte aus dem Grunde freigesprochen, weil Peter Schmidt Miteigenthümer des in ungetheilter Gemeinschaft befindlichen Daubornerwaldes, worin er die Hainbuche geholt habe, sei, als Eigenthümer aber keine Entwendung an seinem Eigenthume begehen könne.

Die königl. Forstverwaltung beruhigte sich bei diesem Urtheile, dagegen ist auf geschehene Denunciation derselben von Seite eines der betheiligten Miteigenthümer besagten Waldes, der königl. Generalstaatsprocurator an diesem Gerichtshofe gemäß Artikel 442 des Gesetzbuchs über das strafrechtliche Verfahren, mit einem Cassationsrefurse im Interesse des Gesetzes aufgetreten, und zwar deswegen, weil das Forststrafgericht, indem es die Beschuldigten aus dem angegebenen Grunde freigesprochen, die Artikel 19 und 70 des Forststrafgesetzes vom 28. Dezember 1831, dann den Art. 379 des Strafgesetzbuchs verletzt habe, da Peter Schmidt, wenn er auch Miteigenthümer des fraglichen Privatwaldes sei, gleichwohl dadurch, daß er auf dem gemeinschaftlichen Eigenthume einen Baum gefällt und sich zugeeignet habe, einen Eingriff in das Miteigenthum der übrigen Theilhaber am gemeinschaftlichen Walde begangen, und sich daran, soviel seinen Antheil übersteige, einer Entwendung zum Schaden derselben schuldig gemacht habe. Daß zu diesem Zwecke von dem königl. Generalstaatsprocurator auf der Kanzlei des Gerichtshofes hinterlegte Requisition lautet wie folgt:

„Der Generalstaatsprocurator am königl. Cassationshofe der Pfalz hat die Ehre, diesem hohen Gerichtshofe Folgendes vorzutragen:

Peter Schmidt, Gutsbesitzer auf dem Daubornerhofe, Gemeinde Enfenbach, ist Miteigenthümer zum vierten Theile eines Waldes, dessen Gut einem gemeinschaftlich aufgestellten Waldschützen anvertraut ist. Dieser machte die Anzeige, daß Schmidt am 6. October 1841 in jenem Walde eine Hainbuche, Standbaum, im Frevel gehauen und mit seinem Knechte nach Hause getragen habe. Beide wurden deßhalb vor das königl. Forstgericht zu Kaiserslautern geladen, durch Urtheil vom 28. Dezember 1841 aber aus dem Grunde freigesprochen, „weil Schmidt als Eigenthümer keine Entwendung an seinem Eigenthume begehen könne“, wobei von der factischen Annahme ausgegangen wurde, daß sich der Wald zwischen den Miteigen-

thümern in ungetheilter Gemeinschaft befinde. Diese Entscheidung verletzt die Grundsätze des Strafrechts so augenfällig, daß der Unterzeichnete bei der praktischen Wichtigkeit der Frage sich veranlaßt findet, das vorliegende Urtheil der Kritik des k. Kassationshofes im Interesse des Gesetzes zu unterstellen.

Jede Entwendung setzt allerdings einen Zugriff auf fremdes Eigenthum voraus.

Art. 379 des Strafgesetzbuches.

Ein solcher ist aber vorhanden, wenn Derjenige, welcher sich die Sache zueignet, nur theilweise Eigenthümer desselben ist; denn so lange die Gemeinschaft fort dauert, erstreckt sich das Miteigenthumsrecht der Dritten für ihren Antheil an dieser Gemeinschaft auf jeden dazu gehörigen Gegenstand; durch widerrechtliche Aneignung eines solchen greift daher der Miteigenthümer in das fremde Eigenthum ein, er eignet sich in Beziehung auf jene Antheile eine fremde Sache an. Deshalb gestattete das römische Recht in solchem Falle dem verletzten Miteigenthümer neben der *actio pro socio*, die *actio furti*.

1. 45 D. pro socio (17. 2)

1. 45 eodem de furtis (47. 2)

Nur bei den von einem Miterben aus der Erbschaft begangenen Entwendungen wurde ausnahmsweise die Verfolgung auf das *judicium familiae erciscundae* und die *actio (accusatio) expilatae hereditatis* beschränkt.

1. 3 C. fam. erciscundae

1. 1 & 6 D. expil. hered.

vergl. Feuerbach Lehrbuch §§. 315 und 349.

Die französische Jurisprudenz hat jenem Grundsatz ebenfalls, sowohl vor als nach der Publikation des Strafgesetzbuchs von 1810, in seiner größten Ausdehnung beigepflichtet;

S. Urtheile des Kassationshofes vom 3. November 1808

und 14. März 1818 bei Dalloz V. Vol. Sect. 11.

No. 6 & 7,

womit sämtliche Rechtslehrer übereinstimmen. Dasselbe gilt unzweifelhaft auch von der in gemeinschaftlichen Waldungen

begangenen „Entwendungen“ — Art. 19 des Forststrafgesetzes — man mag sie mit dem Ausschusse der Kammer der Abgeordneten aus dem Gesichtspunkte des Diebstahls betrachten, oder aus dem der widerrechtlichen Eigenthumsbeschädigung.

Hätte der Beschuldigte behauptet, daß er vermöge seines Miteigenthumsrechtes zu den fraglichen Handlungen berechtigt gewesen sei, was jedoch aus dem Urtheile des Forstgerichts nicht zu ersehen ist, so hätte dieser Punkt jedenfalls nach der Vorschrift des Art. 70 behandelt werden müssen.

Hiernach trägt der Unterzeichnete darauf an:

Es gefalle dem Gerichtshofe, das Urtheil des k. Forstgerichts, wegen Verletzung der Art. 19 und 70 des Forststrafgesetzes vom 28. Dezember 1831 und des Art. 379 des Strafgesetzbuchs, im Interesse des Gesetzes zu vernichten, und die Eintragung des zu erlassenden Urtheils in die Register des genannten Gerichts anzuordnen.“

München den 29. April 1842.

Unterzeichnet: F. Molitor.

Hierauf wurde in der heutigen öffentlichen Sitzung von dem als Referenten ernannten königl. Oberappellationsgerichtsrathe Bettinger Bericht über die Sache erstattet, in Folge dessen der königl. Generalstaatsprocurator das Wort erhielt, welcher nach weiterer Entwicklung der dem Kassations-Rekurse unterstellten Gründe seinen in dem oben eingerückten Requisitionarium enthaltenen Antrag lediglich wiederholte.

Es ist nunmehr zu entscheiden: ob der im Interesse des Gesetzes ergriffene Kassations-Rekurs begründet, und sohin dem Antrage auf Kassation des angefochtenen Urtheils Statt zu geben sei?

Entscheidungsgründe.

Nach §. 19 des Forststrafgesetzes vom 28. Dezemb. 1831 begehrt Derjenige, welcher sich einer Entwendung an stehendem grünem Holze schuldig macht, einen Forstfrevel, der mit Geldstrafe belegt ist. Ob eine solche Entwendung auch dann begangen werde, wenn der Miteigenthümer eines gemeinschaft-

lichen Waldes sich begeben läßt, in demselben ohne Einwilligung der übrigen Theilhaber einen Baum zu fällen und sich zuzueignen, ist zwar im Gesetze ausdrücklich nicht bestimmt; allein dasselbe schließt die Entwendung eines Miteigenthümers an der gemeinschaftlichen Sache nicht aus, und nach der allgemeinen Bestimmung des Artikels 379 des Strafgesetzbuchs über den Begriff und die Erfordernisse der Entwendung (*Soustraction frauduleuse*), welche hier bei dem Abgange einer speciellen gesetzlichen Vorschrift mit Rücksicht auf den §. 93 des Forststrafgesetzes zur Anwendung kommt, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß auch von dem Miteigenthümer an der gemeinschaftlichen Sache eine Entwendung begangen werden könne, denn das Gesetz, indem es zum Begriffe der Entwendung im Allgemeinen eine fremde Sache und die Zueignung derselben in diebischer Absicht erfordert, unterscheidet nicht, ob demjenigen, welcher sich die Sache zueignet, gar kein Eigenthum oder nur ein theilweises daran zusteht; auch der theilweise Eigenthümer, resp. Miteigenthümer einer gemeinschaftlichen Sache, eignet sich fremdes Eigenthum zu, soweit diese Zueignung seinen Antheil an der gemeinschaftlichen Sache übersteigt, und sich auf den Antheil der übrigen Miteigenthümer, als einer ihm nicht gehörigen, sohin fremden Sache erstreckt, woraus folgt, daß eine in diebischer Absicht geschehene Zueignung einer gemeinschaftlichen Sache ebensowohl unter den gesetzlichen Begriff einer Entwendung fällt, als wenn die Sache das ausschließende Eigenthum des Dritten ist.

Im vorliegenden Falle ist durch die in den Forstrevell-Registern vorschriftsmäßig constatirte Angabe des zum Schutze des Dauborner Privatwaldes aufgestellten Waldschützen dargethan, daß am 6. October 1841 Peter Schmidt vom Daubornerhofe in einem vierjährigen Schlage besagten Waldes eine Hainbuche — Standbaum — im Frevel gehauen und mit seinem Knechte, Johann Buhl, nach Hause getragen hat. In dieser Handlung liegt ungezweifelt eine Entwendung an einem noch stehenden grünen Holze nach §. 19 des Forststrafgesetzes,

und da der Beweis hierüber gegen die beiden Beschuldigten vollständig geliefert ist, so hätte Jeder derselben gemäß §. 9 loc. cit. in die gesetzliche Strafe verurtheilt werden sollen.

Das Forststrafgericht hat gleichwohl, von der faktischen Annahme ausgehend, daß Peter Schmidt Miteigenthümer des fraglichen Privatwaldes sei, und weil der Eigenthümer keine Entwendung an seinem Eigenthume begeben könne, beide Beschuldigten freigesprochen; allein, wenn es auch richtig ist, daß der Eigenthümer an seinem ausschließlichen Eigenthume keine Entwendung begeben könne, so hat es doch eine andere Verwandtniß bei dem Miteigenthümer, der, nach dem Obengesagten, allerdings an der gemeinschaftlichen Sache, soviel seinen Antheil daran übersteigt, eine Entwendung zum Schaden der übrigen Miteigenthümer begeben kann, und die auch hier dadurch begangen wurde, daß Peter Schmidt in dem gemeinschaftlichen Walde einen hainbuchenen Standbaum im Frevel gefällt, und unter Beihülfe und Mitwirkung seines Knechtes nach Hause getragen und sich so zugeeignet hat. Indem nun dessen ungeachtet das Forststrafgericht die beiden Beschuldigten freisprach, ohne daß von Seite des Schmidt auch nur behauptet, noch weniger erwiesen worden wäre, daß er, wenn auch nur Miteigenthümer des fraglichen Waldes, dennoch aus irgend einem Rechtsgrunde zur Fällung und Hinwegnahme des Baumes befugt gewesen, — hat es die allegirten §§. 9 und 19 offenbar verletzt, und es stellet sich daher der vom königl. General-Staatsprocurator gegen das freisprechende forststrafgerichtliche Urtheil, im Interesse des Gesetzes ergriffene Kassations-Refurs als vollkommen gerechtfertigt dar, wesswegen dasselbe der Kassation unterliegen muß.

Aus diesen Gründen kassirt das Oberappellationsgericht des Königreichs, als Kassationshof der Pfalz, das von dem königl. Friedensgerichte zu Kaiserlautern am 28. Dezember 1841, als Forststrafgericht, erlassene freisprechende Urtheil, jedoch nur im Interesse des Gesetzes, und verordnet, daß gegen-

wärtiges Kassationsurtheil seinem ganzen Inhalte nach in die Register des besagten Friedensgerichts eingetragen werde.

Ä l t e r e V e r o r d n u n g e n .

31) Instruktion für die allgemeine Steuer-Katastral-Vermessung des Königreichs. *)

Vom 19. Jänner 1830.

E i n l e i t u n g .

Das Grundsteuerkataster wird zufolge des Gesetzes vom 15. August 1828 auf den Grund einer allgemeinen Landes-Vermessung errichtet. Diese ist auf drei große, direkte gemessene Grundlinien (Basis), die nöthigen astronomischen Beobachtungen und ein System von größeren Dreiecken — Haupt-Meß — begründet worden, welches bereits vollendet ist, und in welches für den größeren Theil des Königreichs auch schon die Reihen der kleineren (trigonometrisch bestimmten) Dreiecke (Sekundär-Meß) eingeflochten worden sind, und je nach Vorschreiten der Parzellen-Vermessung successive eingemessen werden.

Auf solchen Grundlagen, und nach dem Prinzipie, daß stets vom Großen ins Kleine gearbeitet, vom Allgemeinen in das Besondere übergegangen, und in die vorangegangene stets die Kontrolle der nachkommenden Arbeit gelegt werde, bewegt sich die ganze Messungs-Operation, wofür (mit Ausschluß der

*) Die Instruktion über die allgemeine Landes-Vermessung erscheint zur Aufnahme in das Archiv - der Forst - und Jagd-Gesetzgebung geeignet, einmal, als überhaupt interessant und belehrend, dann, weil bei den Prüfungskontursen für den Forst-Verwaltungsdienst darüber schriftlich und mündlich examinirt wird, und, das ganze Forstmessungs- und Kartirungsgeschäft, auf die Landesvermessung gebaut, ohne Kenntniß der Instruktion über dieselbe nicht zu verstehen ist. D. R.

Haupt-Triangulirung) die nachfolgenden, aus der Erfahrung gegriffenen, instructiven Bestimmungen gegeben sind.

I. A b s c h n i t t.

Von der geographischen Landes-Eintheilung und Triangulirung.

§. 1.

Geographisches Netz.

Zur richtigen und vortheilhaften Verbindung und Positionirung der Detail-Pläne wird die ganze Landes-Oberfläche durch den Meridian des nördlichen Thurmes der Frauenkirche in München und durch dessen Perpendikel in vier Theile (Regionen zerlegt, welche je nach ihrer Lage in Bezug auf die Wald-gegenden die Benennung:

Nordwest, Nordost, Südost, Südwest erhalten.

Der oben gedachte Meridian wird nördlich und südlich von München in gleiche Theile, jeder von 8000 bayerischen Schuben (conf. 5. 4.), und die von diesen Punkten des Meridians ausgehenden größten Kreise werden eben so in gleiche Theile getheilt, so daß ein Netz von kleinen Vierecken entsteht, deren jedes ein Aufnahmß- (Meßtisch-) Blatt für die Detail-Messung bildet.

Die Lage eines jeden Blattes in Bezug auf seinen nördlichen und südlichen Abstand von München, oder die Schichte, wird durch fortlaufende römische Ziffern, in Bezug auf den Meridian aber durch arabische Ziffern in der Art bezeichnet, wie Fig. I. Beilg. Nro. I. der Beilage I. zu erkennen gibt.

§. 2.

Sphärische Berechnung terrestrischer Dreiecke.

Bei der Eingangß erwähnten großen trigonometrischen Operation werden die terrestrischen Dreiecke als sphärische behandelt, so daß die Cyri der Stationen 360° , die Abscissen und

Ordinaten auf jedem Berechnungswege die nämlichen, und zugleich alle Punkte in ihrer natürlichen Lage bleiben.

Um den bei dieser Rechnungsmethode erforderlichen Logarithmus des Bogens in bayerische Ruthen (zu zehn Fuß) unmittelbar aus dem Logarithmus des Sinus bis auf sieben Decimalstellen genau zu finden, ist sich der Tabelle I. (Beilage II.) Nro. II. zu bedienen, bei deren Berechnung die Normale von München, in Beziehung auf die Erdachse, als Krümmungshalbmesser angenommen worden ist, nämlich

$$\log. r = 6,3402033 \text{ in bayerischen Ruthen.}$$

Zur sphärischen Berechnung einer Reihe von terrestrischen Dreiecken wird vor allem der $\log. \sin.$ des Bogens gesucht, welchen die Ausgangsbasis formirt.

Dies geschieht mit Hülfe obiger Tafel durch ein indirektes Verfahren, indem Anfangs $n = r$ gesetzt, und der Sinus durch den Ausdruck $\log. \sin. = \log. \text{arcus} = \log. r$ gesucht wird, wornach sich $\log. \sin. = \log. \text{arc.} = \log. n$ findet.

Hierauf werden die Dreiecke auf den Grund der Winkelbeobachtungen (rob) angelegt, und für jedes der sphärische Exceß berechnet.

Sphärischer Exceß.

Dieser ist (e), wenn $\sin. \alpha$ und $\sin. \beta$ die Sinusse zweier Seiten eines Dreiecks und φ der von ihnen eingeschlossene Winkel sind, in Sekunden ausgedrückt.

$$e = \sin. \alpha, \sin. \beta, \sin. \varphi, \text{cosec. } 2'', \text{ wo } \log. \text{cosec. } 2'' = 5,01340.$$

§. 3.

Berechnung der sphärischen Abscissen und Ordinaten.

Bei Bestimmung der sphärischen Abscissen und Ordinaten wird der Eingang erwähnte nördliche Thurm der Frauenkirche in München als Indifferenz-Punkt angenommen.

Die Abscissen-Linie ist der Meridian dieses Punktes, und die Ordinaten sind größte Kreise, welche von diesem Meridiane

unter rechten Winkeln ausgehen, und in einem Abstände von 90° von demselben alle in einem Punkte zusammenlaufen.

Die Winkel, welche die Seite der Dreiecke mit den Ordinatenkreisen machen, heißen Direktionwinkel, und werden vom Westpunkte über Nord, Ost, Süd bis 360° gezählt.

Die Direktionwinkel zweier Punkte gegen einander sind immer um 180° und noch eine kleine Größe, welche von der Konvergenz der Ordinatenkreise abhängt, verschieden.

Aus dieser Eigenschaft der Abscissen und Ordinaten geht die Art ihrer Berechnung hervor, und wenn

a' die Abscisse des gegebenen Ortes,

a' — — — des bestimmenden,

o' die Ordinate des gegebenen, und

o' — — — des zu bestimmenden Ortes,

a' der Direktionwinkel vom gegebenen Orte auf das gesuchte,

a' vom gesuchten auf den gegebenen,

d' die Entfernung dieser Orte ist, und

$d' \cos. a = n$, so wie $d' \sin. a = m$ gesetzt wird, ist:

$$o' = o + n \frac{m^2 \cdot o}{2r^2} - \frac{m^2 \cdot n}{6r^2}$$

$$a' = a + m + \frac{o'^2 \cdot m}{2r^2} - \frac{n^2 \cdot m}{6r^2}$$

$$a' = a + 180^\circ + \frac{m \cdot o}{r^2 \cdot \sin. 1'} + \frac{m \cdot n}{2r^2 \cdot \sin. 1''}$$

Bei diesen, in allen Fällen hinreichende Genauigkeit gebenden Näherungs-Formeln sind die constanten Logarithmen folgende:

$$\begin{aligned} \log. \frac{1}{2r^2} &= 0,1856 - 13; \log. \frac{1}{6r^2} \\ &= 0,54141 - 14; \end{aligned}$$

$$\begin{aligned} \log. \frac{1}{r^2 \cdot \sin. 1''} &= 0,63402 - 8; \log. \frac{1}{2r^2 \cdot \sin. 1''} \\ &= 0,33300 - 8. \end{aligned}$$

Die vollständige Berechnung eines Dreiecks, so wie der Abscissen und Ordinaten, ist in der Beilage III. exemplificirt, Beilage III.

Bei Ansetzung der Direktionswinkel ist übrigens zu beobachten, daß links immer nach dem w. (Westpunkte) der unterste Buchstabe im Dreiecke zuerst und der oberste zuletzt gesetzt wird, und daß dieß rechter Hand umgekehrt ist; wobei aber nicht vergessen werden darf, daß bei der Anlage der Dreiecke die Punkte immer so gesetzt werden müssen, wie sie in der Natur von der Rechten zur Linken aufeinander folgen, so daß der zu bestimmende Punkt immer in die Mitte kommt. Außerdem noch ist sorgfältig auf die Zeichen der gegebenen Abscissen und Ordinate zu achten, und der von n ist negativ, wenn der Direktionswinkel im 2ten und 3ten Quadranten ist, und m ist negativ, wenn der Direktionswinkel im 3ten oder 4ten Quadranten ist. Hiemit übereinstimmend ist auch das Verhältniß der Lagezeichen der Coordinaten, je nach den verschiedenen Regionen, in welche die Aufnahmsblätter fallen, folgendes: in Nordwest sind die Abscissen und Ordinaten positiv (+), in Nordost ist die Abscisse positiv, die Ordinate aber negativ (—), in Südost ist Abscisse und Ordinate negativ, und in Südwest die Abscisse negativ, die Ordinate aber positiv.

§. 4.

Von den Detailblättern als Theilen der Kugel- fläche.

Nach der im §. 1. erwähnten geographischen Eintheilung des Landes bilden die Detail-Blätter Theile der Kugelfläche, und ist ihre Breite in der Richtung von West nach Ost immer gleich (nämlich 800 Ruthen), es vermindert sich dagegen wegen Konvergenz der Ordinatenkreise ihre Höhe von Norden nach Süden in dem Maße, als die Blätter weiter vom Münchner Meridiane entfernt sind. Sie können daher in der Nähe dieses Meridians als Quadrate, und weiter entfernt als Parallelogramme angesehen werden, deren Höhen-Verminderung aber nicht außer Acht gelassen werden darf.

Gemäß der geographischen Ausdehnung des Königreichs von Westen nach Osten ist die Größe, um welche die Höhe

eines Blattes kleiner sein muß, als 800 Ruthen, gleich $0,00005344 n^2$ (Ruthen), wo n die Nummer des Blattes bedeutet.

§. 5.

Berechnung der geographischen Positionen.

a) Die Berechnung der Polhöhe, Länge und des Azimuths eines Dreieck-Punktes, wenn die eines andern Punktes im nämlichen Dreiecke gegeben sind, geschieht so:

Es sei $\sin. s$ der Sinus des Bogens zwischen den zwei Punkten:

a' Azimuth am gegebenen Orte } beide von Süd über West
 a' — — gefunden — } gezählt.

λ Polhöhe des gegebenen Ortes,

φ — — gefunden —

ω Länge-Differenz, und man mache $\sin. s, \sin. a = m,$
 $\sin. s, \cos. a = n$, so ist:

$$\varphi = \lambda - M n - \frac{1}{2}, \frac{m^2}{\sin. 1''}, \text{ tang. } \lambda,$$

$$\omega = - \frac{m}{\sin. 1''} \text{ Sec. } \varphi,$$

$$a' = 180^\circ + a - \frac{m}{\sin. 1''} \text{ tang. } \varphi,$$

$$- \frac{1}{2}, \frac{m n}{\sin. 1''}.$$

Den $\log. M$ findet man in der Tafel II. der IVten Beilage mit dem Argumente der mittleren Polhöhe, oder $\lambda - 1720 n$, wobei man nur ungefähr auf Minuten zu sehen braucht, und $\log. \frac{1}{\sin. 1''} = 5,3144251$.

Die Zeichen von m und n richten sich übrigens nach denen von $\sin. a$ und $\cos. a$.

b) Die Berechnung der Polhöhe, Längen und Azimuthe aus Abscissen, Ordinaten und Direktionswinkeln geschieht nach folgenden Formeln:

Es sei:

δ Directionswinkel am gesuchten Punkte auf irgend einen andern,

a' Azimuth am nämlichen Punkt auf den nämlichen,

φ Polhöhe,

ω Längen-Differenz,

A = Abscisse und O = Ordinate von München gerechnet (§. 3.) und man setze

$$\frac{A}{r} = a, \frac{O}{r} = b, \text{ wobei } \log. r = 6,3402033;$$

so ist:

$$\varphi = 48^\circ 8' 20'' + M a - 115440''$$

$$b^2 231589'' b^2 a,$$

$$\omega = - 206265'' b \sec. \varphi - 04165'', b^2,$$

$$a' = 90^\circ + \delta - 206265'' b, \tan. \varphi$$

$$- 124520'' b^2,$$

$$\text{wo } \log. 206265'' = 5,3144251,$$

$$\log. 115140'' = 5,06235,$$

$$\log. 231589'' = 5,36472,$$

$$\log. 64165'' = 4,80730,$$

$$\log. 124520'' = 5,09524.$$

Die Zeichen von a und b richten sich nach denen der Abscisse und Ordinate; das Argument von M in der Tafel II. ist $43^\circ 8' + 1720' a$.

c) Polhöhe und Länge der Eckpunkte der Tischblätter zu finden.

Wenn:

m die Zahl der Schichte des Punktes } zu 800 Ruthen
 n die Zahl der Nummer des Punktes } gerechnet,

φ die Polhöhe, ω = Längendifferenz von München,

$$\text{so ist: } \varphi = 48^\circ 8' 20'' + N, m - 0,015376, n^2,$$

$$\omega = - 75'', 3896, n. \sec. \varphi.$$

Der Werth von n wird aus Taf. III. (Vten Beilage) mit dem Argumente 48° (Beilage V) $8' + 0', 63 m$ gefunden, und der constante $\log. 75'', 3896$ ist 1,8773118.

Das Zeichen von m ist das der Abscisse, und das von n das der Ordinate.

§. 6.

Rekognoscirung, Signal-Errichtung und deren Kosten.

a) Der vorläufigen Rekognoscirung einer Gegend, um in ihr die Stations- und Dreieckspunkte auszumitteln, ist alle Aufmerksamkeit zu widmen.

Hat sich hiedurch der Trigonometer von den dominirenden Höhen und andern vortheilhaft gelegenen Punkten, als z. B. Thürme, Kapellen, einzelne Gebäude und Säulen, Feldkreuze u. s. w. hinlängliche Kenntniß verschafft, so geht er zur Aufsuchung der noch übrigen Punkte über. Er wird hiebei besonders darauf sehen, daß er für die zu errichtenden Signale solche Stellen wähle, welche bei der Detailmessung gute Dienste leisten, sonst keine Hindernisse und einen festen Stand darbieten, leicht fixirt, unter sich durch Visionen wohl verbunden, und endlich aus vortheilhaft formirten Dreiecken bestimmt werden können.

Dem Trigonometer liegt ob, so viele Punkte zu bestimmen, daß wenigstens auf je 4 Blätter 6 trigonometrische Punkte, und diese so viel als thunlich auf, oder nahe an die Ecke oder Quadratseiten der Blätter fallen; auch soll er suchen, an der Landesgränze und (nachdem vorher die Ermächtigung der betreffenden Staatsregierung im geeigneten Wege erholet sein wird) selbst auf fremden Gebieten, sowie auch an Strömen und bedeutenden Flüssen einige Punkte festzulegen.

b) Bei Errichtung der Signale und Erbauung der Pyramiden, wo solche nothwendig sind, ist vorzüglich auf ihre nöthige Festigkeit und der Winkelmessung zusagende Form und Konstruktion zu sehen.

Der Trigonometer wird deshalb dem Obertheile und der Spitze der Pyramiden einen zweckmäßigen Farbanstrich (von Kalk, Kienruß &c. &c.) geben lassen, und dahin trachten, wo möglich die Winkel in Centro messen zu können. welcher Zweck

meistens mittelst einer wohlbefestigten, freistehenden Säule erreicht werden kann. Die kleineren Signale sind aus einer 3 Fuß in den Erdboden fest eingegrabenen, etwas mehr als 4 Schuhe über den Fußboden hervorstehenden, runden Säule von 1 Fuß im Durchmesser zu construiren, in deren Mitte eine aushebbare, mit Schindeln markirte Stange eingesteckt werden kann. Sind sie höher nöthig, so wird ein einfaches Gerüst darum errichtet.

Die Erbauung von Signalen, deren Kosten den Betrag von 50 fl. nicht übersteigen, bleibt dem Trigonometer überlassen. Bei größeren Kosten muß er unter Vorlage der, von der Kreis-Baustelle technisch geprüften Signal-Daurisse und Kostenüberschläge an die königl. Steuerkataster-Commission berichten. Dasselbe gilt bei Reparaturen, die mehr als 50 fl. betragen.

§. 7.

Von der Versicherung der Signale.

Behufs der so wichtigen Erhaltung und leichten Wiederauffindung der Signalstellen, wird dem Trigonometer zur besonderen Pflicht gemacht, die Signale von natürlichen und bleibenden Gegenständen aus anzumessen, und unterirdisch durch Einlegung von Backsteinen, Kohlen, Glas, Schlacken oder anderen nicht leicht verweßlichen und auffallenden Körpern zu versichern. Wichtige Punkte müssen insbesondere durch Versenkung großer, hinreichend bezeichneter Steine oder gebrannter Stöcke von hartem Holze fixirt werden; übrigens dienen benachbarte Markzeichen, Erdaufwürfe, in Stein ausgehauene Kreuze, Gräben, Zeichnungen und Anmessungen der anliegenden Grundstücke, Grenz- oder Gewannensteine, Alignements etc. zu guten Versicherungsmitteln.

Die Signal-Versicherungs-Daten sind auf's sorgfältigste im Winkelmanual vorzumerken.

Bei Aufstellung eines Signals sollen wo möglich immer der betreffende Grundbesitzer und der Gemeinde-Vorsteher zugegen sein, dieselben auf jeden Fall aber an Ort und Stelle

des Signals geführt, und über die ihnen deswegen obliegenden Verbindlichkeiten gehörig belehrt werden.

Im Uebrigen hat der Trigonometrer, hinsichtlich der Erhaltung der Signale, sich an die §. 12. 13 und 14 des allgemeinen Grund-Steuer-Gesetzes zu halten, und den einschlägigen Districtpolizeibehörden und Forstämtern ein vollständiges Verzeichniß der in ihren Amtsbezirken errichteten Signale zu übergeben.

§. 8.

W i n k e l - M e s s u n g

Die Winkel-Beobachtungen geschehen mit Repetitions-Theodoliten; sie haben in der Regel bei günstiger Witterung zu geschehen, und sind bei dem Besuche von Hauptstationen vorzugsweise die Momente vortheilhafter Beleuchtung und günstiger atmosphärischer Beschaffenheit zu benützen.

Alle Winkel sind genau im Horizonte wenigstens zweimal, die wichtigeren fünf- bis sechsmal und zu verschiedenen Tageszeiten zu messen. Ein fester, wo immer gleich concentrischer Stand des Instrumentes, Ruhe, Vorsicht und Schärfe von Seite des Observators bei Manipulation des Instrumentes, bei der Pointirung und Winkel-Ablesung, sind die Haupt-Erfordernisse einer guten Winkelmessung.

Dabei wird der Trigonometrer neben der Gyrusmessung, wo sie möglich und nützlich ist, noch auf den schon im voraus planmäßig sich vorgesezten Rechnungsgang stets Rücksicht nehmen, um eine zweckmäßige Wahl der Verbindung der Objecte zu treffen, und bei der Dreiecks-Anlage selbst die nöthigen Winkel unmittelbar zu erhalten. Bei den wichtigeren Punkten sind übrigens immer alle drei Winkel eines jeden Dreiecks zu messen.

Um bald ein Brouillon von dem Netze über die zu triangulirende Gegend, und hiedurch eine schnelle Uebersicht der zweckmäßigen Lage und Zahl der Punkte, so wie eine nicht unbedeutende Erleichterung bei der Dreiecksberechnung zu erhalten, hat der Trigonometrer nach jeder Winkelmessung zu

Laufe sämtliche Visionen mittelst eines guten Transporteurs aufzutragen.

Behandlung und Rectification des Winkel-Instrumentes.

Eine vorsichtige und zarte Behandlung des Winkel-Instrumentes, sowie die Erhaltung desselben im besten Stande, wird dem Trigonometer zur besonderen Pflicht gemacht. Er hat deshalb die Reinigung und Rectification des Theodoliten öfters und auf's sorgfältigste vorzunehmen, besonders auf Reinhaltung des Limbus, der Montan, der Gläser, der Mikrometer-Schrauben und der Achsen zu sehen, der Prüfung der vertikalen Bewegung des Fernrohrs, und der Correction der Libelle aber ganz vorzügliche Aufmerksamkeit zu schenken, und vor Beginnen der Beobachtungen selbst das Instrument immer erst eine gleiche Temperatur, nämlich die der freien Luft im Schatten, worin er arbeitet, annehmen zu lassen.

§. 9.

Reduction der Winkel auf das Centrum der Station.

Wenn die Winkel excentrisch gemessen werden müssen, was zwar möglichst zu vermeiden ist, so sind die Dimensionen zur Centrirung genau und deutlich mit einer ganz einfachen Grundzeichnung des Observatoriums im Winkelmanuale vorzutragen. Die Centrirung geschieht mit nachstehender Formel. Wenn

e die Entfernung des Standpunktes vom Mittelpunkte, oder die Excentricität,

ω der Directionswinkel des Centrums am Standpunkte mit dem Objecte,

d die Entfernung dieses Objectes, und

x der Winkel, welcher zu dem gemessenen addirt, oder davon abgezogen wird, so ist:

$$\sin. x = \frac{e \sin. \omega}{d} \text{ oder in Secunden}$$

$$x = \frac{e \sin. \omega}{d \sin. 1''}, \text{ und wenn}$$

$\log. e - \log. \sin. 1^a = \log. \text{const.}$ gesetzt wird,
 $\log. x = \log. \text{const.} + \log. \sin. \omega + \text{compl. dec.}$
 $\log. d = 20.$

§. 10.

**Einrichtung und Führung der Winkel-
Manualien.**

Die Winkel-Manualien sind nach (Beilage III.) Art der sechsten Beilage zu führen. Die Namen der Objecte und die einzelnen Winkel-Ablesungen sind rein und deutlich abzuschreiben. Bei öfteren Repetitionen ist wenigstens am Anfange und Ende derselben, bei einfachen Messungen, wo thunlich, aber immer der Stand aller vier Verniers abzulesen.

Entfernte, dem Trigonometrer dem Namen nach noch nicht bekannte Objecte sind durch deutliche Abbildungen im Manuale zu charakterisiren. Der Grad der Deutlichkeit und andere auf die Winkelmessung bedeutend einwirkende Umstände, während der Beobachtung, sind kurz zu bemerken, die Monatstage jedesmal einzuschreiben, die Seiten des Manuals gehörig zu numeriren. Ueber das Manual ist ferner noch ein alphabetisches Stations-Register, und ersteres überhaupt so zu führen, daß für den Fall der Nothwendigkeit selbst ein Dritter die Rechnung darnach stellen könnte.

§. 11.

**Systematische Anlage mehrerer Dreiecke und Winkel-
Correction-Methode.**

Hat der Trigonometrer die Dreiecke, woraus er einen Punkt berühren will, auf die im §. 2 bezeichnete Weise, und so angelegt, daß die gleichnamigen Winkel consequent aus den bereits vorausgehenden und controlirten Seiten als Grundlinien angenommen worden sind, so muß er vor Berechnung der (nie-mals aus einzelnen, isolirten Dreiecken abzuleitenden) Coordinaten die gleichnamigen Seiten durch eine zweckmäßige Winkel-Correction gleichstellen, so daß ein vollkommenes Dreieckssystem erzielt wird, und hierbei dann gleichgültig bleibt, aus welchen

Punkten (deren jedoch immer zwei oder mehrere zu wählen sind) die Coordinaten berechnet werden.

Bei der Winkel-Correction ist auf die Umstände während der Winkelmessung, auf die Form der Dreiecke und die Zahl der Repetitionen besonders Rücksicht zu nehmen, und nach richtiger Zusammenfassung aller Umstände, die möglichst kleinste Veränderung der Winkel vorzunehmen.

Zur größeren Genauigkeit und Vermeidung von Rechnungsfehlern, ist jedesmal nach dem Grade der Wichtigkeit des zu berechnenden Punktes, und nach der Beschaffenheit der Winkel die Anzahl Dreiecke so anzulegen, daß alle Seiten ihre Controle finden. Eine weitere Prüfung über die fehlerfreie Einsetzung aller Winkel ergibt sich dann noch bei der, in der Regel später vorzunehmenden Berechnung der Directionswinkel.

Die Bestimmung eines Punktes aus der Lage dreier anderer soll nur selten, und jedesmal eine so sorgsame und umsichtige Anwendung finden, als bekanntlich diese schwierige Aufgabe erfordert (conf. S. 34 VI.)

Der Trigonometrer darf übrigens unter keinem Vorwande bedeutende Abänderungen in den, aus dem bereits vollendeten Hauptnetze entnommenen Seiten, ohne Vorwissen der k. Steuer-Kataster-Commission sich erlauben.

S. 12.

Tagebuch und Kosten-Berechnung des Trigonometers.

Der Trigonometrer hat während seines Land-Aufenthaltes ein Tagebuch zu führen, worin er mit aller Treue seine tägliche Beschäftigung und den Fortgang der Arbeit darzustellen hat. Dasselbe muß am Ende eines jeden Monats an die kön. Steuer-Kataster-Commission eingesendet werden.

Er hat darin auch alle normalmäßigen Auslagen und Kosten der Triangulirung specifisch und mit Scheinen belegt vorzutragen.

Ueber besondere Vorfälle, nämlich über Störungen in Geschäften, große Hindernisse, verweigerte Unterstützung von

Seite der äußern Aemter, Unfälle mit dem Instrumente und dergleichen sind jederzeit ungesäumt besondere Berichte zu erstatten.

Die wegen ungünstiger Witterung zur Winkelmessung nicht benüßbare Zeit hat der Trigonometrer zur Entwerfung des Netzes, Nachschreibung der Manualien, Zusammenstellung und Centrirung der Winkel, und besonders auch zu der vorläufigen Berechnung einiger Dreiecke pflichtmäßig zu verwenden, durch welche letztere er schon an Ort und Stelle einige Ueberzeugung von der Brauchbarkeit seiner Observationen erhalten kann.

§. 13.

Uebergabe der Triangulirungs-Arbeiten.

Nach Vollendung der Landarbeiten für die ihm übertragene Parthie, und nach, während der Winter-Monate vollendeten Dreiecks- und Coordinatenberechnungen, übergibt der Trigonometrer die sämtlichen Winkel-Manualien und trigonometrischen Rechnungen sammt dem, in $\frac{1}{100000}$ theil. Maaßstabe entworfenen Netze, und einem Coordinaten-Verzeichnisse der k. Steuer-Kataster-Commission.

§. 14.

Gegenwärtige Instruktion setzt voraus, daß ein Trigonometrer zu den ihm übertragenen Geschäften die erforderlichen theoretischen und praktischen mathematischen und physikalischen Kenntnisse, sowie Erfahrungen in den verschiedenen Fällen der niedern und höhern Meßkunst in genügendem Maaße mitbringt.

Die Triangulirung geschieht demnach durch die als solche schon angestellten Trigonometrer, oder durch in dieser Eigenschaft von der Steuer-Kataster-Commission verwendete tüchtige Mathematiker und Meßkundige.

II. A b s c h n i t t.

V o n d e n M e s s u n g s o r g a n e n.

§. 15.

Messungs-Lokal-Commissäre.

Als Mittel-Organ zwischen der Steuer-Cataster-Commission und dem außerm Messungspersonale werden eigene Commissäre, je nach Bedarf der Sache, auf kürzere oder längere Zeit zu den Messungen abgeordnet.

Diesen Commissären, welchen während ihrer Anwesenheit zugleich das einschlägige Referat in der Steuer-Cataster-Commission übertragen ist, steht die Oberaufsicht und obere Leitung der Vermessung in ihren Bezirken zu, weshalb sie sorgfältige, örtliche Nachsicht zu pflegen, die nöthigen Aufschlüsse und Anordnungen über die von der Cataster-Commission oder von dem Messungs-Personale an sie gebrachten Geschäfts-Gegenstände zu ertheilen und die erforderlichen Einleitungen und Vorkehrungen bei den äußeren Aemtern zu veranlassen haben. Sie erhalten durch Berichts-Erstattung und die beigelegten graphischen Darstellungen (Messungs-Schema) die Central-Stelle in steter Kenntniß über den Fortgang der Messungs-Geschäfte und die von ihnen hinsichtlich des Personals und der Arbeiter getroffenen Dispositionen, und setzen die von dieser Stelle erlassenen allgemeinen Verfügungen in äußern Vollzug.

Sie haben sich über die Richtung der geometrischen Punkten-Bestimmung und die nöthige Schärfe bei der Detail-Revision auf den geeigneten Wegen selbst zu überzeugen, etwa vorgekommene trigonometrische Differenzen ohne Aufenthalt selbst zu heben, entstehende Geschäfts-Conflikte und Collisionen auszugleichen, das Messungs-Personal in geschäftsbordnungsmäßiger Disciplin zu halten, die Kostenaufrechnung durch ihr „vidit“ zu controliren, und durch genaue Auffassung aller Lokal- und Terrain-Verhältnisse ihres Messungsbezirkes das von ihnen seiner Zeit abzugebende, wohlermogene Gutachten über die Bezahlung der geometrischen Detail-Arbeiten zu begründen.

§. 16.

Die geometrische Punkten-Bestimmung, Detailmessung und deren Revision, nebst den bei jenen Geschäften nöthigen Vorarbeiten und Kostenverrechnungen, erfolgt unter Aufsicht, Anordnung und Leitung der Lokal-Commissäre durch die Geometer, welche hinsichtlich der ihnen, je nach ihrer Beschäftigung, anvertrauten Funktionen sich in 2 Klassen theilen, nämlich in die:

- 1) der Obergeometer, und
- 2) der Geometer.

§. 17.

O b e r g e o m e t e r.

Der Obergeometer hat für einen gewissen Messungsbezirk (Sektion) die Punktenbestimmung, die unmittelbare Anordnung und Leitung der Detail-Arbeiten, sowie ihre Revision und endlich die Vorschuß-Vertheilung und Führung der Sektions-Rechnung zu besorgen. Die Steuer-Cataster-Commission kann nach Gutdünken jeden hiezu qualifizirten Geometer als Obergeometer verwenden.

§. 18.

G e o m e t e r.

Die Geometer sind mit der Vermessung des Details beauftragt.

§. 19.

Die königl. Steuer-Cataster-Commission kann jedoch, direkt oder durch das Organ der Lokal-Commissäre, im Falle, daß ein Obergeometer die Revision in seiner Sektion selbst nicht vollenden könnte, ausnahmsweise auch Geometer, welche die Funktionen des Obergeometers schon begleiteten oder hiefür fähig sind, zur Revisions-Aushilfe berufen.

III. A b s c h n i t t.

Von den nöthigen Vorbereitungen zur Messung.

§. 20.

S e k t i o n s - E i n t h e i l u n g.

Die Lokal-Commissäre entwerfen jährlich für ihren Commissionsbezirk vor dem Beginnen der Messung ihre Unterbe-

zirks-Eintheilungen (Sektions-Eintheilungen), sowie die Geschäftsvertheilung für das Messungs-Personal; sie erstatten hierüber Vortrag in der Steuer-Cataster-Commission, welche die Genehmigung zu ertheilen hat.

§. 21.

Die Anschreiben an die königl. Kreisstellen und die Ausschreiben an die äußeren königl. Behörden, die Landgerichte, die Forstämter, die Magistrate 2c., sowie die nöthigen Aufrufe und Bekanntmachungen, um die für die Messung nöthigen Vorarbeiten und sonstigen Maaßregeln zu erzwecken, welche zu besserer Förderung und Unterstützung dieses so wichtigen und gemeinnützigen Geschäftes dienen, gehen von der königl. Steuer-Cataster-Commission aus.

§. 22.

Vermarkung.

Eine eben so nöthige als wichtige Vorarbeit zur Messung ist die ihr vorangängige Vermarkung, resp. möglichst dauerhafte, ganz vollständige und gewissenhafte Grenzbezeichnung. Sie soll, ohne für den Grundbesitzer drückend zu sein, doch so vorgenommen werden, daß nicht nur der Geometer, sondern auch die nachfolgende Revision alle Grenzpunkte leicht vorfinde, und vollständig zu Plan bringen könne.

§. 23.

Die Grundbesitzer ihrerseits, in deren Interesse es offenbar fällt, die Grenzen ihrer Besitzungen für die allgemeine Vermessung so sorgfältig als gewissenhaft zu bezeichnen, sind gehalten, dies durch Pfähle zu bewerkstelligen, welche auf den gegen das Grundstück gefehrten Seiten ihre Haus-Nummern leserlich angeschrieben enthalten. Jeder Grundbesitzer ist für die Markzeichen seiner Besitzungen bis nach vollendeter Messung und Revision verantwortlich gemacht, und muß daher alle durch irgend einen Zufall zu Verlust gegangenen Markzeichen sogleich wieder ersetzen.

Im Falle die Grundbesitzer einer Gemeinde sich hierin faumselig erweisen sollten, ist die letztere zum Ersatze des aus
Behlen, Archiv. Bd. XVI. 13 Hest.

der Verzögerung erwachsenen Schadens, unter Vorbehalt des Regresses an den betreffenden Grundbesitzer, verbunden (§. 16 des G. St. G.)

Ebenso sollen die königl. Verwaltungsbämter gehalten sein, bei der der Messung vorangängigen Vermarkung die Staatsgüter und deren Grenzen vollständig auszuweisen, und durch möglichste Beseitigung aller Markungsbeingriffe oder Irrthümer hieraus entstehenden Katasterfehlern vorzubeugen. Bei Staatswaldungen insbesondere liegt diese Verbindlichkeit dem Forstbeamten ob.

§. 24.

Der Zeitpunkt zur Grenzbezeichnung der Privat-Grundbesitzungen wird den Bürgermeistern und Ortsvorständen jeder Commune durch den Obergeometer bekannt gemacht werden. Die Gemeindeverwaltung hat die durch die vorausgängige öffentliche Bekanntmachung wegen der Landesvermessung angeordnete Namensliste nach beiliegendem Formuler (Nro. VII.) herzustellen (Beil. VI.), und ist dieselbe dem Obergeometer, der in zweifelhaften Fällen die nöthige Aufklärung geben wird, längstens bis zum Eintritte der Vermessung im Gemeindebezirk einzubändigen.

§. 35.

Außer der Bezeichnung der Grenzen der Grundstücke selbst, sollen die Grenzen der Ortsfluren durch Marken bezeichnet und die Perimeter (Umfang) der Gemeindegrenzen den Messungs-Individuen gehörig angewiesen werden. (§. 17. d. G. St. G.)

§. 26.

Die Gemeinden sind überdies verbunden, jedem mit der Detailmessung beauftragten Individuum einen markungsfundigen Mann (Markungsvorweiser) beizugeben, der jedoch nie zu Gehülfendiensten verwendet werden darf. (1ster Abschnitt §. 10. d. G. St. G.)

§. 27.

Die Kosten der Verpflockung und Markungs-Verweisung fallen den betreffenden Grundbesitzern und Gemeinden zur Last. (§. 16. d. G. St. G.)

IV. A b s c h n i t t.

Besondere Instruction für die Obergeometer.

§. 28.

Recognoscirung und Signalsetzung.

Da der Zweck der Detail- (Punkten-) Bestimmungen nicht allein auf Beförderung der Richtigkeit der Messungen, sondern auch auf ihre wesentliche Erleichterung hingeht, so erhebt die Wichtigkeit dieser Aufgabe der Obergeometer, sowie der Umstand von selbst, daß bei Recognoscirung des Terrains die zweckmäßigst gelegene Signal-Punkte gewählt, diese aber bei der Punktbestimmung selbst aufs genaueste auf den Meßtisch gebracht werden müssen.

Der Obergeometer wird daher bei der Recognoscirung für jedes Aufnahmeblatt wenigstens 12—20 wohlgelegene, nach Ebnlichkeit gleichförmig vertheilte Punkte (worunter möglichst viele Signalepunkte sein sollen, zu erhalten, und zur Beförderung richtiger Anschlüsse auch solche Punkte zu gewinnen suchen, die zweien oder mehreren aneinander grenzenden Blättern gemeinschaftlich sind.

Er wird ferner bei dieser Recognoscirung und Signalrichtung zugleich das Nöthige hinsichtlich guter Grenzbezeichnung und Herstellung der Vorarbeiten nach den §§. 22. 23. 24. und 25 veranlassen.

§. 29.

Auftragung der Quadrate auf die Meßtischblätter.

Der Obergeometer hat auf den ihm schon mit Papier bespannt übergebenen Meßtischblättern die Auftragung des Blatt-Vierecks (§. 1) aufs allergenaueste zu besorgen, und sich in den Fällen, wo die Verkürzung der östlichen und westlichen Blattseite nöthig wird, nach den Bestimmungen des §. 4 zu achten.

Dieses Viereck, welches je nach den aus der Rechnung (§. 4) sich ergebenden Umständen als ein Quadrat betrachtet und behandelt werden kann, das 8000 bayerische Schuh zur

Seite hat, wird solchenfalls der Obergeometer hinsichtlich seiner Construction aufs Sorgfältigste nach seinen Diagonalen prüfen, durch Intersection in 16 congruente Quadrate theilen, und, insoferne die zweckmäßige Benützung trigonometrischer oder geometrischer Punkte nicht ein anderes gebietet, bei dessen Construction darauf sehen, daß die Seiten des Quadrats vom Rande des Tischblattes gleichweit abstehen.

Die Eck- und Zwischenpunkte der construirten Figur müssen aufs Feinste mittelst fein geschliffenen Stangenzirkelnadeln bezeichnet werden. Die Lage des Aufnahmquadrates nach der allgemeinen Landeseintheilung wird parallel mit dessen Nordseite angeschrieben, wie Figur 2 der Beilage 1 zeigt. Die Punktenbestimmung erfolgt auf demselben Blatte, und wie die Detaillirung in der Regel im $\frac{1}{5000}$ theiligen Maaßstabe. (§. 41.)

§. 30.

Auftragen der trigonometrischen Punkte, resp. der sphärischen Abscissen und Ordinaten.

Der Obergeometer hat die Auftragung der trigonometrischen Punkte nach den gegebenen sphärischen Abscissen und Ordinaten (§. 3) zu besorgen. Um die Ordinate eines Punktes auf das Tischblatt zu tragen, wird sie — in Ruthen ausgedrückt — mit 800 dividirt; der um eins vermehrte Quotient gibt die Nummer des Blattes, auf welches der Punkt fällt, und der Rest wird vom östlichen Rande aus in das Blatt getragen, wenn es westlich vom Münchner Meridiane liegt, und vom westlichen Rande aus, wenn es östlich vom Meridiane liegt. Die Abscissen werden auf dem Münchner Meridiane berechnet, sie müssen also vor Auftragung wegen Convergenz der Ordinatenkreise in beträchtlicher Entfernung vom Meridiane etwas verkürzt werden. Die Abscisse eines Punktes wird daher wieder durch 800 dividirt, der um eins vermehrte Quotient ist die Nummer der Schichte, in welche der Punkt fällt, und wenn R der Rest und O die Ordinate ist, so wird der Theil $R - R \frac{O^2}{272}$ von dem nördlichen oder südlichen Rande des Blat-

tes an, welcher München am nächsten liegt, eingetragen oder von dem unteren Rande, wenn die Abscisse positiv und dem oberen Rande, wenn sie negativ ist.

Die Richtigkeit der aufgetragenen Punkte ist übrigens durch genaues Abstechen der senkrechten Abstände der Punkte von allen vier Quadratseiten, sowie mittelst der zu berechnenden Visions-Durchschnitte sorgsam zu prüfen.

Ist, wie öfter vorkommen kann, der Obergeometer genöthigt, die Distanz zweier Punkte aus dem Unterschiede ihrer Coordinaten abzuleiten, so muß in diesem Falle der Abscissen-theil verkürzt werden, und zwar, wenn a die Differenz der Abscissen und n die Nummer der Blattes, worauf sie fällt, um $0,0000000668 n^2 \cdot a$ Ruthen, welches von X abgezogen ist.

§. 31.

Visions-Berechnung.

Außer den, directe in ein Blatt fallenden trigonometrischen und geometrischen Punkten, können und sollen aber auch die Visionen benützt werden, welche zwischen Punkten liegen, die in verschiedene Blätter fallen. Jeder Visirstrahl von einem zu dem andern Punkt schneidet die (für diesen Fall) stets parallel miteinander und zu den Quadratseiten laufend gedachten Coordinaten geometrischer sowohl als trigonometrischer Punkte, so wie die Quadratseiten in gleichen Winkeln, und es entstehen durch diese Intersectionen rechtwinkelig ähnliche, geradlinige Dreiecke, deren Hypothenusen die Visirstrahlen, deren Katheten aber die Coordinatentheile oder Differenzen und Quadratseiten-Segmente bilden.

Durch Auflösung der Dreiecksfälle wird es, mit Beihülfe einer Freihand-Zeichnung, dem Obergeometer leicht sein, mittelst Rechnung die Richtungspunkte zu finden, wodurch die Ziehung der Visirstrahlen selbst realisirt werden kann. Denn (Beil. VIII.) wenn z. B. (Fig. 1. der 8ten Beil.) das Tischblatt A ein schon bearbeitetes (oder mit einem trigonometrischen Punkt versehenes Blatt), B aber ein zu bearbeitendes

Blatt wäre, in welches kein trigonometrischer Punkt fiel, und man sehr (gemäß Terrainbeschaffenheit und in Folge natürlicher oder künstlicher Signalpunkte) von den Stationen a und b in A auf die Punkte o und q des Blattes B, und man hätte in ersterm Blatte die correspondirenden Visionen aufs genaueste, bis an die Quadratseiten ausgezogen; so werden (so genau eine Maßabnahme vom Papiere möglich ist) auch die Punkte o und q für das Blatt B bestimmbar sein, gleich als ob beide Blätter in unmittelbarer Verbindung bestimmt worden wären.

Der auf dem leeren Raum des Blattes A sich abscheidende Punkt q wird durch eine einfache graphische Operation auf das Blatt B übertragen werden können; der Ort für den Punkt o in B wird aber leicht auf nachfolgende Weise gefunden:

Wird die Vision a f rückwärts bis zum Schnitte mit der Quadratseite d s nach l verlängert; denkt man sich ferner die fortlaufende Vision a f durch das Blatt B und den Punkt o bis zum Schnitte mit dessen Quadratseiten h o nach i verlängert, so ergeben sich auf beiden Blättern zwei rechtwinkelige ähnliche Dreiecke, nämlich: $\triangle d e f \sim \triangle h f i$ in denen je drei Katheten bekannt sind, weil sie abgegriffen werden können, nämlich: $d e, d f$ und $h f = d h = d f = 8000' - d f$; und woraus der vierte unbekannte Kathet h i (der Richtung der Vision a f durch das Blatt B bestimmt) durch folgende Proportion abgeleitet werden kann:

$$d e : d f = i h : h f = i h (8000' - d f)$$

$$\text{also (I) } i h = d e (8000' - d f)$$

Um die Richtung der Vision b g durch das Blatt B nach k zu finden, denke man sie sich bis dorthin verlängert, aus I eine Parallele mit den Quadratseiten p h, h o gezogen, so daß sie die Quadratseiten in m und n schneidet; so entstehen hiedurch abermals zwei rechtwinkelig ähnliche Dreiecke I m g und I k n, worin drei Katheten bekannt sind; nämlich $I m = 8000'$, $m g = g h - m h = g h - I p$ und $I n = I m \times m n = 16000'$, der vierte unbekannte Kathet n k aber durch folgende Proportion leicht abgeleitet wird:

$$I m : m g = I n : n k$$

$$8000' : (g h - l p = 16000' : n k, \text{ mithin} \\ n k = 2 c : g h - l p)$$

und da $n k \times u o = n k \times l p = o k$, so ergibt sich nach gehöriger Substitution (II). $o k = 2 g h - l p$.

Diese gefundenen Segmente $i h$ und $o k$ nun gehörig in die Blattseite von **B** aufgetragen, erhält man dort die Direction der fortgesetzten Visionen $a f$ und $b g$ und durch ihren Schnitt den Punkt **c**.

Daß man auf ähnliche Weise die Visionen-Richtungen aus den gegebenen Coordinaten, z. B. des Punktes **a** und den Schnittpunkten **f** und **g** oder aus den gegebenen Directions-Winkeln, z. B. $w a f$ und Coordinaten finden könne, leuchtet von selbst ein.

Ebenso wird klar, daß wenn das Tischblatt **B** z. B. nur Wald enthielte, und man von dem am Rande des Blattes **A** bestimmten, nach **B** übergetragenen Punkten **i** die Messung beginnen möchte, es bloß der angegebenen Berechnung der Vision $i f$ bedürfte, um die Orientirung für den Tisch zu haben, oder daß, wenn z. B. auf **B** ein einziger aus **c** ersichtlicher trigonometrischer Punkt gegeben wäre, jene berechnete Vision $i f$ zureichen würde, um den Tisch zu orientiren und den Punkt **c** durch Rückwärtsabschneiden aus **r** zu finden.

Bei Visionsberechnung trigonometrischer Punkte versteht es sich von selbst, daß es der graphischen Operation der Abnahme der Coordinatentheile nicht bedürfe, sondern selbe durch Rechnung leicht gefunden werden können.

§. 32.

Von der Punktenbestimmung insbesondere.

Gleichwie die Trinangulirung, so soll auch die Dreiecksbestimmung des Obergeometers vom Großen ins Kleine gehen, er hiebei von den größeren Distanzen zwischen gegebenen trigonometrischen Punkten bei seiner Operation ausgehen und hieraus die geometrischen Punkte, resp. successiv immer kleinere Bases für den Detaillieur, ableiten. Der Obergeometer wird daher

das Abschneiden mit den weiter entfernten, dabei aber noch deutlich erkennbaren Objekten zu nehmen, was ihm durch Berechnung zweckmäßiger Visionen nach auswärtigen Punkten möglich wird.

§. 33.

Die Methoden, nach welchen die Punktenbestimmung zugleich am förderlichsten und genauesten geschehen könne, hängen hauptsächlich von der Beschaffenheit des Messungs-Terrains ab, weshalb bei den Obergeometern nicht nur genügende theoretisch-geometrische Kenntnisse, sondern auch vertraute Bekanntschaft mit den Vortheilen und Kunstgriffen der praktischen Messkunst vorausgesetzt werden müssen, und nur folgende allgemeine Vorschriften gegeben werden.

Je nach Umständen wird die Punktenbestimmung

- 1) auf dem Wege des Vorwärtsabschneidens, oder
- 2) des Rückwärtsabschneidens, oder
- 3) des Stationirens geschehen können.

Daß bei der Methode des Abschneidens darauf gesehen werden müsse, Durchschnitte zu erhalten, die unter keinem zu schiefen, sondern wo möglich rechten (oder solchen nahekommenen) Winkeln erfolgen, daß jeder Punkt durch Intersektion der von allen sichtbaren Punkten ausgehenden Visionstrahlen bestimmt werde; die Bestimmung aus wenigstens drei Punkten bei Abschnitten jedenfalls zu beobachten und wo dies nicht möglich, die Controle einer Seite durch Kettenmessung zu bewirken sei; daß selbst bei Bestimmungen aus dreien Punkten (insofern der größte, zwischen je zwei Visirstrahlen liegende Winkel minder denn 45° hält) die zweifelhafte Richtigkeit der Bestimmung durch direkte Messung zu erproben sei; diese und ähnliche Umstände wird der Obergeometer von selbst in theoretische Betrachtung zu ziehen und die nöthigen Vorsichtsmaaßregeln abzuleiten wissen.

Ebenso wird er bei der Methode des Stationirens von selbst nie unterlassen, die stationirten Punkte mit einem schon

bestimmten in zweckmäßige Verbindung zu bringen und demnach einen Anschluß zu erhalten suchen.

§. 34.

Auflösung einiger besonderen Fälle.

Zur Instruktion und erleichternden Nachschlagung für ein und andere Messungsindividuen werden nachfolgende besondere Messungsfälle mit ihrer Auflösung gegeben:

1. Fall. Das Abschneiden aus einem außerhalb des Blattes gelegenen Punkte (Fig. 2 der VIIIten Beilage).

A ist das bestimmende Blatt von dem aus der Punkt *m* im Blatte B gesehen, und das nach der Vision *p q* orientirt werden kann. Mit gleichen Abständen von den bezüglichen Quadratseiten wird nun

- 1) der Punkt *m* auf B nach *M* in A übergetragen.
- 2) Aus dem Punkte *M* in A wird auf den Punkt *m* visirt und werden die Durchschnittspunkte *c* und *d* dieser Vision mit den Quadratseiten bemerkt.
- 3) Aus dem südöstlichen Ecke des Blattes A wird der Visionsschnitt *E C* (in der westlichen Quadratseite) aus *e* nach *c*, und umgekehrt das hiedurch in der östlichen Quadratseite entstandene Segment *c d* auf der westlichen Quadratseite von *e* nach *D* getragen, so daß $e c = E C$ und $c d = C D$ ist.
- 4) Nun das Lineal an die Durchschnittspunkte *D c* angelegt, wird der Punkt *m* in der verlängerten Linie *D c* liegen und sich hiedurch der Punkt *x* in der Vision *p q* abschneiden, welches der gesuchte Punkt ist.

2. Fall. Bestimmung eines Punktes auf ein angrenzendes Blatt durch Vorwärts-Abschneiden (fig. 3 der VIIIten Beilage.)

Von den zweien auf dem Blatte A bestimmten Punkten *a* und *b* steht man auf den Punkt *c* in B. Man ziehe auf A die Visionen *d h* und *f g* (auf den Punkt *c*) bis zum gedoppelten Schnitt mit den Quadratseiten, in den Punkten *d h g u. f.*

Um die Durchschnittspunkte *h* und *g* nun auch auf der

Quadratseite des Blattes B zu erhalten, bedarf es nur gehöriger Uebertragung der Abschnitte j h und j g, q g und q h.

Durch den Schnitt der Visirstrahlen mit parallelen (wie z. B. bei f g) oder senkrecht aufeinanderstehenden Seiten (wie bei d h) ergeben sich rechtwinklig ähnliche Dreiecke (§. 31), wie z. B. $\triangle d j h \sim \triangle d m k$ und $\triangle g f o \sim \triangle i f n$, und lassen sich nach der Theorie der Dreiecks-Ähnlichkeit aus den gegebenen, aus dem Blatte A abgegriffenen Segmenten d j und g o $=$ g q — f p, die den gesuchten Durchschnittspunkten i und k auf dem Blatte B entsprechenden und aufzutragenden Segmente m k und n i durch folgende Verhältnisse ableiten und berechnen:

$$d j : h j = (d l + m l) : m k$$

$$m k = \frac{h l (d l + m l)}{d j} = \frac{h l (8000 + d l)}{d j}$$

$$\text{und } o f : o g = 2 : o f \text{ in}$$

$$\text{in} = 2 : o g,$$

und mithin

$$r i = i n + n r = p f + 2 : o g = 2 : g q - p f.$$

Wobei es sich jedoch von selbst versteht, daß die Berechnung des Punktes c aus bloß zwei Visirstrahlen, sofern der Winkel in o nicht der günstigste wäre (§. 32) nicht genüge, sondern mit Hülfe eines dritten genauen Punktes zu prüfen sei.

3. Fall. Bestimmung eines Punktes bei nicht directer, sondern bloß alignirten Aufstellung (fig. 4 der VIIIten Beil.)

Man könne das mit den Punkten a und b (das z. B. Kirchtürme sind) versehene Blatt nicht über den ihnen auf dem Felde correspondirenden Punkten, wohl aber in ihrem Alignement — im Punkte c — aufstellen.

Man nimmt nun den Punkt c, dem Augenmaasse nach, auf a b an, zieht von diesem Punkte c' die Vision c' f' nach dem Punkte f, begibt sich hiernach dorthin, orientirt den Tisch nach c' f, schneidet sich von den Punkten a und b rückwärts ab, und wird in dem Intersectionspunkt f der Visirstrahlen den Punkt c mit zureichender Wahrheit finden.

4. Fall. Bei einem einzig gegebenen Punkt (fig. 5 der VIIIten Beilage.)

Auf dem Blatte ist nur der Punkt a und die Aussicht von a nach dem Punkt b auf dem Felde gegeben, übrigenß die Messung einer Basis in der Richtung von a nach b nicht praktikabel; es soll ein Punkt c bestimmt werden.

Im gegebenen Alignement stelle man den Tisch in einem Punkte d auf, orientire ihn und nehme die Entfernung a d dem Augenmaße nach an. Vom angenommenen Punkte d aus visire man nach c, messe die Distanz d c mit der Kette, stelle den Tisch hierauf über c auf, orientire ihn nach d und schneide sich aus a rückwärts ab, wodurch ein dem wahren ähnliches Dreieck a c d erhalten wird.

Man messe nun auf dem Blatte die Linien cd, ad und ac und schließe:

$$cd, ac = cd' : a'c$$

$$a'c = ac, cd$$

$$\text{und } cd : cd' = ad : a'd'$$

$$a'd = \frac{cd'ad}{cd}$$

$$cd.$$

Diese Linien a'c und a'd' aus dem Punkte a auf die entsprechenden Visionen aufgetragen, geben die wahren Punkte d und c auf dem Tischblatte.

5. Fall. Bei zwei gegebenen Punkten, von deren keinem auf den andern gesehen werden kann &c. &c. (fig. 6 der VIIIten Beilage.)

Es sind auf dem Blatte die zwei Punkte a und b gegeben, man kann von keinem auf den andern sehen, noch ein schickliches Alignement für die Aufstellung finden, wohl aber zwei Punkte c und d, von denen aus a und b gesehen werden.

Man nehme unter diesen Umständen die Entfernung von c und d = CD willkürlich an, und bestimme die gedachten Punkte durch Vorwärts-Abschneiden, so erhält man zwei ähnliche Vierecke A. B. C. D. a. b. c. d., in denen sich je zwei homologe Seiten, wie A B : a b erhalten.

Aus dem bekannten a b können nun durch Rechnung oder Zeichnung die wahren Entfernungen und die Lage der Punkte c und d gefunden werden.

6. Fall. Bestimmung aus der Lage dreier Orter. (fig. 7 der VIIIten Beilage.)

Aus den mehreren bekannten Auflösungen dieses in der Praxis sehr leicht irre leitenden, daher möglichst zu vermeidenden Problem's wird folgendes sicheres Verfahren angegeben.

Sei A C B . oder A C' B das gegebene Dreieck — D der zu suchende Aufstellungspunkt. Man mißt nun das D die Winkel m n zwischen den Dreiecksseiten A C und B C und trägt den gemeinsamen Winkel m aus der Dreiecksspiße B , den Winkel n aus A (also in verkehrter Lage) über der Seite A B auf. Der Durchschnittspunkt der Winkelscheitel E in Verbindung mit C und C' ; nämlich die Linie C — E oder C' E ist die Orientirungsklinie; die weitere Bestimmung nun leicht.

Daß es bei diesem Verfahren förderlicher und zugleich genauer sei, die Winkel m und n sogleich an die Basis A B anzumessen; daß es nöthig sei, die Operation mittelst eines andern Punktes zu kontroliren, versteht sich von selbst, sowie aus der Theorie einleuchten wird, daß, wenn der zu bestimmende Punkt in der Peripherie des um die gegebenen Punkte beschreibbaren Kreises fällt, und also die Winkel $m \times n \times c = 180^\circ$ werden, die Bestimmung unmöglich und, je mehr sich die Winkelsumme 180 Graden nähert, das Resultat unzuverlässiger sei; daß aber ersterer Fall unmöglich sei, wenn die Spitze des Dreiecks gegen den zu bestimmenden Punkt gekehrt ist, weshalb dieser Umstand der vortheilhafteste für die Bestimmung ist.

§. 35.

Wenn der Obergeometer im Laufe seiner Arbeit auf Differenzen mit den gegebenen trigonometrischen Punkten stoßen würde, so wird er vorerst seine eigene Arbeit strenge untersuchen und richtig stellen; sollte jedoch der Fehler nicht auf seiner Seite liegen, sogleich Anzeige hierüber an den vorgesetzten

Localcommissär bringen, in dessen Obliegenheit es steht, dergleichen Anstände sofort zu heben.

§. 36.

Conservation der Detail-Messpunkte und Blätter.

Da die Wahl eigener signalirter Punkte für das Detailnetz nicht nur dessen Bestimmung erleichtert, sondern ihr auch eine freiere, zweckmäßigere, für den Detail nur vortheilhaftere Richtung gibt, dabei aber die Erhaltung der Signalpunkte aus vielen Gründen höchst wichtig ist, so wird sich der Obergeometer dieselbe zur besondern Pflicht machen.

Er soll zu diesem Zwecke für alle von ihm bestimmten Punkte, blattweise, Coordinatenverzeichnisse, sowie illustrirende freie Handzeichnungen entwerfen, aus welch' letzteren die nächste Umgebungen der Signale, sowie ihre Anmessungsdistanzen an natürlich feste Punkte ersehen werden können. Diese Coordinaten-Verzeichnisse, sowie die erfolgten Anmessungen sollen nach Abgabe eines Blattes an den detaillirenden Geometer, dem Localcommissär, gelegentlich oder auf sein Verlangen zur Einsicht vorgelegt, und den einschlägigen Forstämtern in Bezug auf die in Staatsforsten bestimmte geometrische Punkte mitgetheilt werden.

§. 37.

Der Obergeometer hat ferner bei den betreffenden Gemeinden ein Verzeichniß der in seinen Sektions- und ihren Gemeindebezirk fallenden sämtlichen trigonometrischen und der auf dem Felde mit laufender Nummer zu bezeichneten geometrischen Signale zu übergeben, die Gemeindevorsteher dabei auf die, kraft §. 12 und 13 des Grundsteuergesetzes, auf den Gemeinden liegende Haftung und Verantwortlichkeit für den unversehrten Bestand der Signale aufmerksam zu machen, und den wirklichen Vorgang dieser Uebergabe von den Gemeindevorstehern sich bestätigen zu lassen.

§. 38.

Die Obergeometer haben die größte Sorgfalt auf eine

reine gute Erhaltung der Meßtischplatten und ihres Papiereß zu verwenden, und sich vor dem widrigen Einflusse der Temperatur und Feuchtigkeit möglichst zu verwahren.

§. 39.

Von den Instrumenten.

Außer dem Stangen-Zirkel und dem eisernen Lineale — worauf sich die Länge der Quadratseiten, und der Blatt diagonale, sowie die Längen und Diagonalen der Unterhaltungs-Quadrate von zwei zu zweitausend Fuß in verjüngtem Maasßstabe befinden, bedürfen die Obergeometer folgender Werkzeuge, die immer von der besten Auswahl sein sollen:

Ein Meßtischstativ mit Vorrichtung zur Anschraubung der Tischplatte;

eine Rippregel mit gutem (wo möglich achromatischem) Fernrobre und einem Gradbogen oder einem Distanzmesser, eine gut gefaßte empfindliche Libelle von ansehnlicher Länge und mit Correctionsvorrichtung;

eine hundertschubige Meßkette mit Correctionschraube, eine Drehplatte;

ein genau geprüfteeß Ruthenmaaß als Comparateur für die Meßkette;

einen Winkelspiegel oder Kreuzmaaß, ein Reißzeug;

eine Bouffole mit langer empfindlicher Nadel.

§. 40.

Von der Aufsicht des Obergeometers über die Geometer.

Der Obergeometer führt zunächst die Aufsicht über die in seiner Sektion arbeitenden Geometer und Gehülfen.

Diese Aufsicht soll sich auf die Arbeiten und das dienstliche Betragen, sowie den richtigen Stand der Meßungsinstrumente erstrecken; übrigens durchaus nicht von veratorischer Art für die Meßungs-Individuen sein. Die Obergeometer haben hiebei ein offenes unparteiliches und mittheilendes Benehmen an den Tag zu legen. Sie haben durch zeitige Revision der

selbst noch anvollendeten Arbeiten, von Anfängern und Minder-
verlässigen, durch fleißige Nachsicht des berichtigten Standes
der Instrumente, sowie durch zweckmäßige Belehrung und Auf-
munterung bei Anfängern nicht nur diesen Vorschub in Erwer-
bung höherer Kunstfertigkeit und größeren Verdienstes für im-
mer bessere Arbeiten zu leisten, sondern es sich angelegen sein
zu lassen, auch die fähigen Arbeiter zur Förderung stets guter
Arbeiten und Vermehrung ihrer Reputation hinzuleiten. Sie
führen die Qualifikations- und Conduite-Listen über ihre Sek-
tionspersonale, und haben diese von drei zu drei Monaten dem
Localcommissär vorzulegen und dabei sich eben so großer Pünkt-
lichkeit als unbefangener Rechtlichkeit zu befleißigen.

§. 41.

Der bayerische Fuß, in 5000 Theile getheilt, ist der all-
gemeine Maaßstab für die geometrische Detailaufnahme; jedoch
kann die Aufnahme der Städte, Märkte und großen Dörfer, so-
wie solcher Partien, deren Detail sich in jenem Maaßstabe
nicht genau genug ausdrücken läßt, nach dem Gutbefinden der
Steuercataster-Commission in 2500theiligem Maaßstabe geschehen.
(§. 11. d. G. St. G.)

Der Obergeometer hat deßhalb in Bezug auf Aufnahmen
im größeren Maaßstabe rechtzeitig sein Gutachten an den Lo-
calcommissär zu bringen und auf den Grund desselben durch
ihn die Anordnung der Catasterstelle zu erhalten.

§. 42.

Von der Arbeits-Vertheilung.

Der Obergeometer hat zunächst die Vertheilung der De-
tailarbeiten unter die ihm zugewiesenen Geometer zu besorgen.
Die strengste Unbefangenheit und Parteilosigkeit hierbei wird
ihm zur Pflicht gemacht und erwartet, daß er leichtere und
schwerere Arbeiten den verschiedenen Messungs-Individuen in
der Art zuzutheilen wisse, daß keine gegründeten Beschwerden
über Druck oder Begünstigung vorkommen. Anfängern aber
sollen im ersten Jahre nur leichtere Arbeiten zugetheilt werden.

Uebrigens soll das vom Obergeometer entworfene Arbeits-Zutheilungsschema jederzeit zuvor dem Localcommissär zur Einsicht und Genehmigung vorgelegt werden.

§. 43.

Diagonale Vertheilung der Arbeiten.

Die Eintheilung des Landes in geradlinige viereckige Aufnahmablätter, gewährt bei schicklicher Vertheilung der Arbeiter in dieselben, neben dem Vortheile des geradlinigen Anschlusses, auch die natürliche Controle- und Revisions-Erleichterung einer $\frac{22}{2}$ Fuß langen Anschlußlinie, welche sich durch die vier Quadratseiten bildet. Zu diesem Zwecke, und um die Geometer auf die größte Accurateffe stets aufmerksam zu halten, den saumseligen oder leichtsinnigen durch den pünktlichen und gewissenhaften zu controliren, sollen die Obergeometer die Vertheilung der Detailblätter in der Regel nach der Diagonale, d. h. (nach der Beilage IX.) in der Art vornehmen, daß je ein und derselbe Arbeiter mit seinen Aufnahmablättern nur an ihren Quadratseiten in Berührung komme, verschiedene Arbeiter aber in den Liniar-Anschluß längs der Blattseiten kommen. Bei der, wenigstens als Regel, vorgeschriebenen Befolgung dieses Vertheilungsprinzipes und bei einer sonst zweckmäßigen Einreihung der Geometer, wird der Obergeometer alle dießfallige Klagen zu beseitigen wissen.

Er hat streng zu machen, daß die Geometer sich die Platten-Anschlüsse gegenseitig nicht mittheilen, solche Fälle, wenn sie stattfänden, sogleich dem Localcommissär anzuzeigen, und hierdurch die strengsten Maaßregeln gegen die fehlenden Geometer zu veranlassen.

Vergleichen Mittheilungen sollen in der Regel mit der Strafe der Entlassung belegt werden.

Da aber, wo besondere Lokalitätsverhältnisse obwalten, wie z. B. in unwirthlichen Gebirgsgegenden, oder sonst in Bezug auf eine ordentliche Unterbringung des Messungs-Perso-

nals übel beschaffener Gegend, wo auf die Unterkunft der Geometer gesehen werden muß, sollen einem und demselben Geometer, zumal wenn er ein anerkannt tüchtiger und gewissenhafter Arbeiter ist, zwei und mehrere zusammenhängende Blätter ausnahmsweise zugetheilt werden können.

Solche Fälle hat daher der Obergeometer in seinem der Localcommission vorzulegenden Arbeitsvertheilungs-Schema zu motiviren, und darauf zu sehen, daß durch zweckmäßige Einreihung der Arbeiter in die Aufnahmeblätter, und durch Verstärkung der Revision die möglichste Controle erhalten werde.

§. 44.

Von der Vorschußvertheilung und Rechnungsführung.

Der Obergeometer empfängt die nöthigen Vorschüsse für sich und das Messungspersonal gegen Hastschein von der Steuer-Catastercommission. Er vertheilt, unter Haftung für entstehende Rückstände, nach Maass der geleisteten Arbeiten und darauf begründete Sicherheit, die nöthigen Vorschüsse, die zwei Drittheile des Werthes der vorliegenden Arbeiten nicht übersteigen sollen, an die Geometer.

Er legt Ende jeden Monats vollständig belegte Abrechnung über die Verwendung dieser Vorschüsse sammt Arbeits-Übersicht der Steuer-Cataster-Commission mittelst Berichtes vor.

Gleichwie bei der Vertheilung der Arbeiten werden die Ober-Geometer auch bei Vertheilung der Vorschüsse sich der pflichtmäßigsten Equität und Unparteiligkeit befleißigen, und alle gegründeten Klagen zu verhüten wissen, welche deßfalls zur Untersuchung und Abhülfe an den Local-Commissär gebracht werden können.

§. 45.

Die Vorschriften für den Ober-Geometer, als Revisor der Detail-Messungen, enthalten die Instruktions-Paragraphen über die Messungs-Revision.

V. A b s c h n i t t.

Besondere Instruktion für die Geometer.

§. 46.

Die in der Eigenschaft von Geometern erst aufzunehmenden Individuen, welche anfänglich als Praktikanten einzustehen haben, sollen der Regel nach sich bei der Steuer-Catastercommission oder einem ihrer abgeordneten Messungscommissäre allererst auszuweisen haben.

1) Ueber ihren Leumund,

2) über den Besitz hinlänglicher Mittel, während der Praxiszeit auf eigene Rechnung leben zu können,

3) über hinlängliche theoretische Kenntnisse in der Geometrie und einige Fertigkeit in ihrer Ausübung.

Als hinlänglich bemittelt erscheint der, welcher die Fertigung eines Blattes ohne Vorschuß zu übernehmen, oder eine annehmbare Bürgschaft von mindestens hundert Gulden beizubringen im Stande ist.

Die Uebertragung des ersten Blattes an dergleichen Anfänger geschieht jedoch nur zur Probe ihrer Fähigkeit, und nach Befund ist die Zutheilung weiterer Arbeiten, und die Vorrückung des betreffenden Individuums zum recipirten Geometer bedingt, wobei sich jedoch von selbst versteht, daß auch das erste Blatt, sofern es gut und brauchbar ausfällt, dem Fertiger bezahlt werde.

§. 47.

Den aus der für das Cataster bestehenden Lehranstalt als hinlänglich oder besonders befähigt hervortretenden Individuen wird übrigens, im Falle der Mittellosigkeit, besondere Unterstützung durch vorschußweise Hinausgabe von Instrumenten gegen Abverdienung zugewandt werden. Ebenso jenen Individuen, welche, anderwärts für den Messungsdienst gebildet, bei der über sie verhängten Prüfung ihrer theoretischen und praktischen Kenntnisse, eine besondere Befähigung an den Tag gelegt haben werden.

§. 48.

Derjenige, welcher je nach Maaß der dabei überwundenen Schwierigkeiten durch wirkliche, gute Vermessung eines oder mehrerer Blätter die Approbation der Steuer-Catastercommission erhalten wird, soll von derselben in die Liste der wirklichen Geometer aufgenommen werden.

§. 49.

So wie jedem fleißigen, verlässigen, wohlgesitteten und gewissenhaften Geometer nicht nur seine Beschäftigung bei den Detailmessungen und der Flächen-Inhaltsberechnung, wohl auch bei anderen Zweigen des Katasterdienstes zugewendet werden wird, sondern derselbe auch bei seinem Emporstreben zu größerer theoretischer und praktischer Ausbildung, und bei an Tag gelegter größerer Tüchtigkeit, Genauigkeit und Fleiß, zu den Functionen eines Ober-Geometers vorrücken kann; ebenso soll im entgegengesetzten Falle gegen saumselige, leichtsinnige und ungesittete Geometer ernst gemessenst eingeschritten werden.

Dieselben sind nach vorerst vergeblich erfolgter Zurechtweisung, und bei Rückfällen in ihr geschäftswidriges Verhalten, durch die Steuer-Kataster-Commission gänzlich aus dem Geschäfts-Verbande zu entlassen.

§. 50.

Um den tüchtigen und fleißigen Geometern die ihnen gebührende Auszeichnung und Hervorhebung gewähren zu können, haben die Lokal-Commissarien nach Abfluß eines jeden Messungs-Jahres, und vor Erstattung ihres Commissionsberichtes, im Zusammentritte mit sämtlichen Obergeometern die Qualifikations-Noten über sämtliche Geometer zu berathen und festzusetzen.

Sowohl diese, als jene der Obergeometer, werden die Lokal-Commissäre mit ihrem Jahresberichte der Steuer-Kataster-Commission vorlegen.

§. 51.

Instrumente der Geometer.

Die für sein Geschäft nöthigen Instrumente hat sich der Geometer aus eignen Mitteln anzuschaffen. Er erhält sie gegen gleich baare Bezahlung oder unter den im §. 47 gedachten Modalitäten von der Steuer-Kataster-Commission. Will er sie selbst anschaffen, so müssen sie vollkommen tauglich, und als solche von der Steuer-Kataster-Commission anerkannt sein. Sie sind

ein festes Statio,
eine wohlgefaßte empfindliche Libelle (Wasserwaage),
eine Rippregel, oder lieber ein Distanz-Messungs-Apparat,
eine Meßkette,
ein Winkelspiegel,
eine zehnschuhige Drehlatte,
ein Reißzeug,
neben dem übrigen nöthigen Zeichnungs-Apparate.

Die nöthigen verjüngten Maafstäbe verschafft sich der Geometer von der Steuer-Katastercommission, die sie durchaus mit einem Prüfungszeichen versehen wird.

Die Bouffole, obgleich nicht als wirkliches Gebrauchs-Instrument geduldet, mag dem Geometer zur Prüfung der Orientirungen und Aufdeckung allenfallsiger grober Winkelfehler dienen.

§. 52.

Prüfung und Berichtigung der Instrumente.

Obgleich vorausgesetzt wird, daß jeder Geometer sich mit der Theorie der Instrumente und ihrer Berichtigung gehörig vertraut zu machen suchen werde, so werden doch, besonders für Anfänger, folgende Weisungen für die unerläßliche und sorgfältig anzustellende Prüfung und Berichtigung der Instrumente, sowie über ihre nothwendige Beschaffenheit und die Vorsichtsmaaßregeln dabei ertheilt:

1) Außer den allenfalls nöthigen Reparationen bedarf das Stativ keiner Rectifikation, wohl aber soll wegen des vorkommenden Gebrauches der Boussole alles Stahl- und Eisenwerk beim Stativ vermieden werden.

2) Die zweckmäßigsten Libellen sind gute liegende Glas-Zylinder von ungefähr 5 Zoll Länge, welche solid gefaßt (nicht bloß von Saiten gehalten) und mit einer Correctionschraube versehen sind.

Die Berichtigung der Libelle, insofern man sie auf eine horizontale Ebene stellen kann (an deren verschiedenen Punkten sie versucht werden muß), geschieht durch die Correctionschraube, die so lange angezogen wird, bis in jeder Stellung der Libelle ihre Luftblase in der (nirgends bezeichneten) Mitte der Röhre stehen bleibt, was in unberichtigtem Zustande der Libelle bekanntlich der Fall nicht ist. In dem sich meistens ereignenden Falle aber, wo der Feldmesser sich keine horizontale Ebene zu diesem Gebrauche verschaffen kann, tritt bekanntlich folgendes Verfahren ein:

Mit der unberichtigten Libelle wird der Tisch vorerst scheinbar horizontal gestellt, auf dessen Blatt beiläufig parallel mit der Vertikalfläche zweier Stellschrauben man eine Linie zieht, mit welcher nun eine Seite der Libelle parallel gebracht, und die Stellschraube so lange bewegt wird, bis die Luftblase einspielt. An derselben Linie wird nun die Libelle umgewendet, so daß ihre Enden eine der früheren entgegengesetzte Lage erhalten. Bei ihrem unberichtigten Zustande wird nun die Luftblase sich der höheren Stelle zu bewegen und dort stille stehen. Man zieht dann einerseits eine Stellschraube des Tisches, andererseits die Correctionschraube der Libelle so lange an, oder läßt sie nach, bis die Luftblase einspielt. Die Libelle wird sodann in ihre erste Lage eingewendet, und das Schrauben und Wenden so lange fortgesetzt, bis die Luftblase in beiden Richtungen einspielt.

3) Bedeutende Unrichtigkeiten erzeugen Kippregeln und Distanz-Messer, deren Lineal nicht gerade und eben ist, und

deren Fernrohr sich nicht in der Vertikal-Ebene des Lineals bewegt.

Die Prüfung des Lineals geschieht bekanntlich mittelst Umschlagung einer feinen Linie längs der Kante des Lineals gezogen; das letztere, hierauf in umgewendeter Richtung an diese Linie angelegt, soll, wenn das Lineal gut ist, dessen Kante genau wieder mit der erstgezogenen Linie zusammenfallen, keine andere Ziehungslinie möglich sein. Ist letzteres aber der Fall und ergibt sich eine Fläche zwischen den in verkehrten Richtungen des Lineals zwischen zweien Punkten gezogenen Linien, so muß das Lineal verbessert werden.

Um die Vertikalität der Bewegung des Fernrohres zu untersuchen, wird der Tisch auf einem festen Punkte genau horizontal gestellt, und auf ein, in Entfernung von circa 2 bis 3 Ruthen, von einem hohen Objekte herabgelassenes Blei-Loth (Bindsfaden mit Loth) in der Art fixirt, daß der Durchschnitt der Kreuzfäden im Fernrohre den Bindsfaden irgendwo treffen, und dann durch Auf- und Abwärtsbewegung des Fernrohres an seiner Regel nach der Länge des Lothes bemerkt werde, ob der Kreuzfaden-Durchschnitt hierbei immer in der Lothlinie bleibe, oder davon abweiche. Trifft sich ersteres, so ist das Instrument in dieser Beziehung richtig; im letzteren Falle aber bewegt sich die Achse des Fernrohres nicht vertikal, und muß dessen Berichtigung mittelst der am Lineale angebrachten Corrections- und Stellschrauben so lange versucht werden, bis sie erreicht, d. h. das Fernrohr so gestellt ist, daß nach der ganzen Länge der Vertikalbewegung der Kreuzfadenschnitt in die Senkel-Linie falle.

Die Kreuzfäden (wofür Spinnenfäden am zweckmäßigsten sind) müssen genau im Focus des Ocularglases angebracht werden, und kann dieser praktisch dadurch gefunden werden, wenn die Hülse der Kreuzfäden so lange vor- und rückwärts gezogen wird, bis diese am deutlichsten erscheinen.

Außer dieser demselben mit der Rippregel gemeinsamen Berichtigung, erfordert der Distanzmesser noch besondere Unter-

suchung und Rectifikation, und wird vorerst, hinsichtlich des Gebrauches dieses Instrumentes, Folgendes vorgeschrieben:

- a) Dieses Werkzeug soll bei Aufnahmen im 5000theiligen Maasstabe auf Distanzen über 1000 Fuß, so wie im 2500theiligen über 500 Fuß nie angewendet werden dürfen;
- b) seine Anwendung soll an sehr schwülen Tagen, in den Morgenstunden, auf nassem Boden und bei starken Winden möglichst beseitigt werden, oder mit der größten Umsicht geschehen;
- c) sollen die Differenzen, welche sich bekanntlich zwischen der Distanzmessung ein und derselben 2 Punkte, je nachdem sie von oben nach unten oder umgekehrt geschieht, ergeben, wohl beachtet und in Rechnung getragen werden;
- d) die Fadenkreuze sollen vor Feuchtigkeit wohl bewahrt und stets straff angespannt erhalten werden.

Zur besonderen Prüfung des Distanzmessers werde eine Linie von 1000 Fuß mit wohl adjustirter Kette auf's sorgfältigste gemessen, und von 100 zu 100 Fuß auf dem Felde bezeichnet.

An einem Endpunkte dieser Linie wird der Tisch, am andern die getheilte Latte gehörig aufgestellt, und das untere Okulare des Fernrohrs nach dem Nullpunkte der Latte gerichtet. Ist das Instrument in richtigem Stande, so soll nun der Visirstrahl durch das obere Okulare genau den mit 1000 bezeichneten Endpunkt der Latte treffen. Widrigensfalls muß und kann es dadurch berichtigt werden, daß die Fadenkreuze mittelst der angebrachten Schraube so von- oder gegeneinander gerückt werden, bis das geforderte Eintreffen stattfindet.

Wird nun die Latte über jedes einzelne Hundert gestellt, so müssen, im Falle sie gehörig getheilt ist, die Visirstrahlen auch hier zutreffen. Tritt dieß aber nicht ein, so müssen die wahren Punkte bemerkt, und die Latte neu eingetheilt werden.

4) Die Prüfung der Kette kann an einem, bei dem Ober-Geometer deponirten Muttermaas erfolgen. Die Verbesserung

kann dann, falls sie nicht beträchtlich ist, bei den mit Correctionschrauben versehenen Ketten mittelst dieser Schrauben, oder (wenn sie keine Schrauben haben) durch Glieder-Auswechslung geschehen.

5) Bei dem zur Bildung der rechten Winkel, behufs der Coordinaten-Messungs- (Parallel-) Methode dienenden Winkelspiegel wird voraus bemerkt, daß, weil sich in unebenen Gegenden mit ihm die Winkel nicht im Horizonte messen lassen, sein Gebrauch in solchem Terrain zu ungenauen Resultaten führe. Bei ihm ist sorgfältig zu untersuchen, ob die beiden Spiegel ihren Neigungswinkel von 45° gegen einander nicht geändert haben. Es geschieht leicht so:

Auf eine horizontale Ebene stecke man mittelst 4 Absteckstäben eine gerade Linie aus, stelle sich so in die Linie, daß 2 Stäbe zur Rechten und 2 Stäbe zur Linken sich decken. Man visire dann durch den Winkelspiegel nach den, z. B. zur Linken befindlichen Stäben und lasse in der Richtung, die der Spiegel des Instrumentes angibt, einen Stab in bedeutender Entfernung feststellen.

Wird nun mit dem Winkelspiegel in umgekehrter Richtung nach den zur Rechten stehenden Stäben visirt, so muß bei richtigem Stande des Instrumentes der zuletzt ausgesteckte Stab auch mit diesen correspondiren. Geschieht dieses nicht, so wird bei der zweiten Operation in gleicher Entfernung ein zweiter Stab befestiget, der Abstand dieser 2 Stäbe halbirte, der Punkt mit einem Stabe bezeichnet, und die beiden andern hinweggenommen. Nach diesem wird die Correctionschraube so angezogen oder nachgelassen, bis die zwei Stangen rechts oder links mit der neu ausgestellten in einerlei Richtung durch den Winkelspiegel erscheinen.

Hierbei ist zu bemerken, daß die Stangen so weit entfernt vom Standpunkte angenommen werden sollen, als je der längste Perpendikel gemessen werden darf, nämlich 100 Fuß.

6) Die Dreiblätte (compas d'arpenteur) ist ein Instrument, das mit der gehörigen Vorsicht innerhalb gewissen Gren-

zen angewendet, und bei guter Construction viele Vortheile gewährt, jedoch mit der größten Achtsamkeit und Vorsicht gehandhabt werden muß.

Dieses Werkzeug soll aus gutem, ausgetrocknetem Holze verfertigt und die Stange auf die hohe Kante gestellt werden. Der leichtern Manipulation halber soll diese eine Länge von 10 Schuhen erhalten, und wird an beiden Enden mit beiläufig 4 Zoll langen Stiften versehen, welche mit der Latte einen etwas stumpfen Winkel bilden, um das Anschlagen des Lattenkopfes an den Boden bei der Manipulation zu verhüten.

Die Richtigkeit der Latte, resp. des Abstandes der Stifte, ist täglich zu prüfen, und sind Distanzen über dreihundert Fuß damit nicht zu messen.

7) Der Reißzeug soll gute, mit scharfen Spitzen versehene Handzirkel enthalten, die bei der Eröffnung und Schließung einen sanften und gleichförmigen Gang haben, und deren Schenkel zusammengelegt in einem Punkt zusammenfallen. Die gut stählernen Blätter der Reißfedern sollen weder zu stumpf noch zu schleifend zugeschliffen sein, und den Zug der reinsten Linien gewähren.

Gute, weder zu harte noch zu weiche Bleistifte; feine, haltbare, nicht in's Graue fallende schwarze Tusche, mehrere rechtwinklichte Dreiecke (Equerres) und Lineale, gute Pinsel, und Farbtusche u. bilden den Zeichnungs-Apparat.

§. 53.

Bei fehlerhaften Messungen findet durchaus keine Ausrede auf unrichtige Instrumente Statt.

§. 54.

Detailirungs-Vorarbeiten.

Bevor der Geometer sich in die wirkliche Aufnahme des Details einläßt, wird er durch eine sorgfältige Refognoscirung des Plattenterrains sich nicht nur genau darin zu orientiren, sondern die Güte der gegebenen geometrischen Punkte zu prüfen, schädliche Signalstellen für die Bestimmung von nöthigen

Zwischenpunkten aufzufinden suchen, und sich seinen Arbeitsplan in der Art entwerfen, daß auch die Detail-Arbeit vom Großen ins Kleine geschehe, und von den größten Distanzen als Grundlinien ausgehe.

§. 55.

Fehler der Punkten-Bestimmung.

Glaubt der Geometer Fehler in der Punkten-Bestimmung zu finden, so prüfe er erst den Gang seiner eignen Arbeiten auf's strengste, und erstatte erst nach erlangter Ueberzeugung über wirklich obwaltende Meßfehler dem betreffenden Ober-Geometer unverzüglich Anzeige, der sie sofort zu untersuchen und zu verbessern hat.

Im Weigerungsfalle dieses letztern stellt der Geometer seine Anzeige an den Lokal-Commissär, welcher das Geeignete veranlassen, und dem unterliegenden Theile (dem Obergeometer, wenn er fehlerhaft bestimmte, oder dem Geometer, wenn er ungegründet flagte) die Untersuchungskosten zu tragen überweisen wird.

Für Anbringung von Beschwerden wider fehlerhafte, oder hinsichtlich der Zahl und Lage un Zweckmäßige Punktenbestimmung, wird den Geometern eine peremptorische Frist von drei Wochen, vom Tage der Uebernahme des Blattes an gezählt, eingeräumt, nach deren unbenütztem Abflusse sie ein Certificat über hinreichende Zahl und Zweckmäßigkeit der für das Blatt gegebenen geometrischen Punkte auszustellen und dem Blatte beizulegen haben. So wie der Obergeometer bei der Unterschrift des Blattes das Datum seiner Uebergabe an den Geometer anzumerken hat, so soll letzterer das genaue Datum des Empfanges und der Vollendung der Detaillirung anschreiben. —

§. 56.

Markung und Markungs-Vorweise.

Der Geometer wird sich hauptsächlich auch von dem vollständigen und deutlichen Stande der Grenzbezeichnung über-

zeugen, und es steht ihm zu, bei den Orts-Vorständen ernstlich auf Nachsetzung abgängiger, oder Ersetzung zu Verlust gegangener Markzeichen zu dringen. Er soll überdieß (§. 26) noch befugt sein, von den Gemeinden einen lokal- und markungsfundigen Mann zu verlangen, der ihn bei der Detail-Messung im Bedarfsfalle begleite, ihm alle für das Geschäft nöthige Aufschlüsse gebe, jedoch nie als Messungsgehilfe diene.

Im Falle der Weigerung und Widerspächlichkeit der von dem Geometer in fraglicher Beziehung angegangenen Gemeinde-Vorstände hat er gegen sie nie selbst weiter vorzuschreiten, sondern zur Herbeirufung des Weitern dem Obergeometer sofort Anzeige zu machen.

§. 57.

Gegenstände der Detail-Messung.

Mit Ausnahme der Bezeichnung, d. h. der Vorstellung des Terrain-Reliefs im Plane, welche zu unterbleiben hat, sind alle durch Eigenthums-, Kultur- oder sonstige natürliche oder künstliche Grenzen gebildeten geometrischen Figuren Gegenstand der Detail-Aufnahme und Planbezeichnung.

Neben den Eigenthumsgrenzen müssen daher ausgeschieden werden: Gebäude (bewohnte und unbewohnte), private oder öffentliche (mit oder ohne Durchgänge), mit ihren Hofräumen, Gärten (Zier-, Gemüß-, Baum-, Hopfen- und Weingärten), Aecker, Wiesen, Möser, Moräste.

Waldungen, wobei jedoch die Staatswaldungen, Gemeinde-Waldungen und größern Wald-Complexe der Privaten auf dem Plane im Weißen zu belassen, und mit St. W. — G. W. P. W. zu bezeichnen sind, werden nebstbei nur mit zwei bis drei Bäumchen decorirt. Diese Bäumchen werden ober- oder unterhalb der Buchstaben St. W. — G. W. oder P. W. angebracht.

Stiftungs-Waldungen werden wie Privat-Waldungen bezeichnet.

Nutzungs-Verschiedenheiten.

(Kultur-Ausscheidungen) eines und desselben Grundstückes, insofern sie bleibender Natur sind.

Land- und Vicinal-Strassen (Verbindungs-, Hohl- und Fußwege, Saumsteige 2c. 2c.), Römer-Strassen und Kastele, Mauern 2c. 2c.

Gewässer (Seen, Teiche, Quellen, Bäche, Flüsse, Ströme 2c.)

Territorial- und innere politische Grenzen, Landes-, Kreis-, Gerichts-, Distrikt-, Gemeinds- und Flurgrenzen.

Vorfindliche feste Grenzmarken (Steine, Pflöcke, Bäume).
Stundensäulen, Warnungs- und andere Tafeln.

Ruinen-Monumente.

Brücken, Steege, Wasserbauten, Wasserleitungen, Zäune, trockene- und Wassertriften.

Schleußen und Klausen, Schluchten und Hohlweege 2c. 2c.

Im Gebirge die Schluchten, nackter Felsparthien und Vegetationsgrenzen, Koblstätten, Kalköfen, Hochöfen, Ziegelbrennereien und dergleichen Betriebe und Gewerbe.

Erz, Stein, Rieß, Lehm, Mergel, Sandgruben, Torfstechereien u. s. w.

Alle diese Gegenstände sollen mit äußerst möglicher Genauigkeit gemessen und im Plane bezeichnet werden, so daß jede verjüngte Planlinie, jeder Winkel der Planfiguren den correspondirenden Ecken und Winkeln in der Natur ganz entspreche.

§. 58.

Der Geometer erhält vom Obergeometer eine für seinen Messungsbezirk treffende Orts- und Namenliste (§. 24) über die darin vorkommenden Grundbesitzer, an welche sich bei Bezeichnung derselben im Plane genau zu halten ist. Sollten wegen auswärtiger Besitzer Ergänzungen in dieser Namenliste nothwendig werden, so ist hiervon dem Obergeometer geeignete Anzeige zu machen, um auch die Haupt-Namenliste hienach berichtigen zu können.

§. 59.

Von den Messungs-Methoden.

Wenn gleich die Wahl der Messungs-Methoden, als eine zu sehr von der Lokalität, so wie der Gewandtheit und Gewohnheit des Geometers abhängige Sache, ihm, von dem nur gute Arbeit erwartet und dem nur solche bezahlt wird, überlassen bleiben kann, so werden nachfolgend doch zur Erleichterung, besonders der Anfänger, die erfahrungsmäßig vorzüglicheren Methoden kurz aufgezählt.

I. Das Vorwärts-Abschneiden.

1) Es ist dies bekanntlich jene Methode, gemäß welcher der Feldmesser aus einer gegebenen Seite und den an ihren Endpunkten, auf je einem zu bestimmenden Punkt, mit dem Tisch gemessenen beiden Winkeln diesen Punkt durch den Schnitt der Visirstrahlen findet.

Der Geometer wird also hiebei von geometrischen oder von ihm selbst sehr genau bestimmten Punkten ausgehen, und ehe er an das wirkliche Abschneiden geht, mit seinem Gehülfen und dem Markungs-Vorweiser die Ausnahmepartie durchgehen, die Configuration des Details in einer freien Handzeichnung (Brouillon) darstellen; die gelegentlich der Brouillonirung zweckmäßig zu erhaltenden Distanzen mit der Dreblatte sogleich messen und verzeichnen; hingegen die, mit dem Meßfische erst zu erhaltenden Punkte (deren Linien-Verband zur Auftragung der Brouillonirungs-Messungen nöthig ist) bemerken und mit fortlaufend nummerirten Pflöcken versehen. Indem sodann der Geometer den Gehülfen mit der Fahne in fortlaufender Nummer-Ordnung von einem zu dem anderen Punkt sendet, vom Tische aus diese Punkte aus je zweien an einer Basis liegenden Endpunkten anvisirt und die Visionen mit den gehörigen Nummern bezeichnet, wird er durch die Durchkreuzung der, je gleichen Nummern angehörigen Visionen, die diesen Nummern entsprechenden natürlichen Punkte — verjüngt auf dem Tische erhalten, und nach Bestimmung aller solchen nöthigen Punkte,

aus den im Brouillon enthaltenen Messungen alles Detail auf das Meßtischblatt übertragen können. Bei diesem Verfahren hat der Geometer darauf zu sehen, daß die Lage und Entfernung der abzuschneidenden Gegenstände von der Art sei, um nicht Visionsschnitte zu erhalten, die in Winkeln von weniger als 30° zusammenlaufen; daß die Entfernung dieser Gegenstände vom Standpunkte nicht zu groß sei, der Gehülfe die Fahne über jedem Punkte senkrecht stelle, und keine Irrungen in der Nummerfolge der Aufstellung zwischen ihm und dem visirenden Geometer vorkommen; endlich daß derselbe sich während der Operation öfter von der unverrückten Orientirung des Tisches überzeuge, die Visionen mit einer Nadel fein, nur für die benötigte Länge und gegen die beiläufige Schnittstelle hinziehe, und so wie er die nöthigen Anhaltspunkte dazu erhalten hat, auch die Uebertragung der Brouillon-Details nicht lange mehr verzögere.

II. Rayon-Messung.

2) Hier wird eine Figur durch Messung und Zeichnung der aus einem Standpunkte nach ihren Ecken gezogenen Radien (durch Messung je zweier Seiten und des eingeschlossenen Winkels) bestimmt. Diese Methode kann in allen Fällen angewendet werden, wird aber in Ermangelung eines Distanz-Messungs-Apparats, ihrer Unförderlichkeit wegen, nur auf Fälle der Noth, und z. B. dahin beschränkt bleiben, wo des coupirten Terrains halber eben nicht wohl anders operirt werden kann.

III. Messung zweier Seiten und eines nicht eingeschlossenen Winkels.

3) Dieser Methode, obwohl eben so förderlich als das Vorwärts-Abschneiden, fleht die Gefahr einer leichteren Fortpflanzung etwa begangener Linien- und Winkel-Messungsfehler, so wie des Umstandes an, daß, wenn nicht das geometrische Lage-Verhältniß des zu bestimmenden Dreiecks zuvor nach Augenmaaß bekannt ist, in allen Fällen, wo der Visirstrahl mit der

gemessenen Seite einen spitzigen Winkel bildet, zwei Dreiecke möglich wären, deren eines spitz-, das andere stumpfwinklich ist.

Es ist daher überhaupt diese Methode nur unter der Bedingung anzuwenden, wenn die Intersection des Visirstrahles mit der gemessenen Linie unter einem Winkel von weniger denn 45° oder mehr denn 135° erfolgt, und die Länge des dritten Visirstrahles directe gemessen wird.

IV. Coordinaten-Messung.

4) Nach dieser Methode richtet man die senkrechten Abstände (Perpendikel-Ordinaten) gewisser Punkte einer Linie oder Figur, von einer gegebenen Bezugslinie (Abscissen-Linie) aus. Sie ist von vorzüglichem Nutzen bei Aufnahme frummer, unter sehr stumpfen oder spitzigen Winkeln gebrochener Linien, als des Laufs von Bächen, Zäunen, Wegen, Rainen &c. &c. Auf der Ebene findet hierbei der Winkelspiegel seine Anwendung. Ueber die Lage der gemessenen Ordinaten zu der angenommenen Abscissen-Linie wird eine Handzeichnung gefertigt, in welcher die Schubezahl deutlich hingeschrieben ist. — Ordinaten von mehr als hundert Schuhe Länge, so wie solche, die unter einem bloß geschätzten rechten Winkel aufgesetzt sind, dürfen nicht statt haben.

Distanz-Messung mit dem Distanz-Messer.

Der Distanz-Messer, durch dessen Gebrauch man auf dem Tische zugleich die Winkel- und Lineal-Größen enthält, vereinfacht vorstehende Methoden ungemein.

Bei ganz zweckmäßiger Anwendung desselben können die beim Brouilloniren directe gemessene Linien auch hier als Controlle benützt werden.

Indeß ist bei dem Gebrauche dieses Instrumentes die Bestimmung nahe bei einander liegender Punkte zu vermeiden, und wohl darauf zu sehen, daß der Gehülfe die Distanz-Latte mittelst ihrer Diopter stets senkrecht gegen den Visirstrahl richte, und so halte, daß die Spitze der Latte in die Vertikalfläche des Visirstrahles falle. Bei Distanzbestimmungen von Punkten auf einer geneigten Fläche sind die Neigungs- (Inclinations-)

Winkel zu messen, und sodann nach den bekannten Tabellen die Reductionen auf den Horizont vorzunehmen, und nur die reducirten Linien aufzutragen.

V. Messung aller drei Seiten.

5) Solches Verfahren kann in manchen Fällen, insbesondere bei Ortschafts-Messungen am sichersten zum Zwecke führen, jedoch rath hiebei die geometrische Klugheit, daß keine solche Dreiecke gewählt werden, die zu schief winklicht, und in welchem Winkel von weniger als 30° sind.

VI. Stationirung.

6) Man mißt alle Seiten und Winkel einer Figur, und construirt auf diese Art ihre Peripherie (Perimeter).

Das Stationiren oder die Peripherial-Messung, ein Nothmittel bei Waldungen und sonst verwachsenem Terrain, fordert die größte Aufmerksamkeit in der Manipulation, wenn man mit Genauigkeit zum Ziel und Schluß kommen soll.

Neben der höchsten Accurateſſe in der Operation selbst ist hiebei Folgendes zu beobachten:

Die Stations-Linien sollen so lange, als nur immer möglich, gewählt, die Visionsstrahlen so lange ausgezogen werden, als es das Lineal der Rippregel zugibt, sowie die Tisch- und correspondirenden Punkte aufs genaueste gegen einander abgesetzt, und die Signale stets scharf nach der Mitte anvisirt werden.

Aufschlüsse über beträchtlichere Winkelfehler können zwar mittelst der Bouſſole erhalten, jederzeit aber sollen die stationirten Aufnahmen an schon richtig bestimmte Punkte angeschlossen, und bei nicht genauen Zusammenschlüssen die Stationirungen wiederholt werden.

In unebenem Terrain werden die Standlinien entweder ſtaffelweiſe gemessen oder mittelst dem obſervirten Inclinations-Winkel und der Reductions-Taſeln auf den Horizont reducirt, die Stationspunkte aber auf dem Felde mit numerirten Pfählen, auf dem Plane mittelst Einringelung bezeichnet.

Das Ablesen der Entfernungen der Stationspunkte auf der Distanz-Latte soll aufs behutsamste, und zwar durch Vor- und Rückwärts-Ablesung, so wie unter der Controle directer Messungen, besonders in dem Falle geschehen, daß man mehrere Stationspunkte braucht, bevor es möglich ist, sich an einem geometrischen Signal zu verificiren. Es ist unter diesen Umständen zuverlässiger, die Standlinien, je nachdem das Lokale und ihre Länge ist, mit der Kette scharf zu messen.

§. 60.

Von den Messungs-Anschlüssen.

Jeder Geometer soll zwar sein Aufnahmsblatt nur bis an die Quadratseiten mit ausgezeichnetem Detail anfüllen, doch soll er gehalten sein, die Richtung der an die Quadratseiten fallenden Grundstücke über die Quadratseite sauber in Blei auszuziehen.

Bei Gebäuden, welche in die Quadratseiten fallen, so wie bei kleinen Grundstücken, welche nahe parallel mit den Quadratseiten laufen, ist die Auszeichnung auch über die Quadratseite hinaus vorzunehmen.

§. 61.

Plan-Zeichnung.

Die allgemein für die Zeichnung der Katastralpläne gültigen Charaktere geben 6 Muster-Beilagen No. X. XI. XII. XIII. XIV. XV. dieser Instruction zu erkennen, und ist sich hieran genau zu halten, wobei nur noch Folgendes im Allgemeinen bemerkt wird:

Das Wesentlichste eines guten Planes ist eine gute Linear-Zeichnung.

Der Geometer hat die Planfiguren durch nicht zu zarte, noch zu grobe, sondern hinlänglich genährte, gleichförmig, mit nicht zu schwacher, noch zu starker Tusche, scharf von den Grenzpunkten und in die Grenzpunkte gezogene Linien einzuzichnen, so wie alle Ausprägungen und Rasuren zu vermeiden. Er soll

die Namen der Hauptfelder-Abtheilungen, die besondern Namen der Wege, Kapellen etc., so wie die Haus-Nummern der Eigenthümer in allen Grundstücken (wo bei auswärtigen Eigenthümern dem Haus-Nro. auch noch die auf dem Rande des Blattes aufzuführende Bezeichnungs-Littera des Wohnorts beige-fügt wird rein und deutlich einschreiben, die Buchstaben der Inschriften nach ihrer verschiedenen Größe und Richtung dem Muster gemäß bilden, und so stellen, daß hiedurch weder Plan-Nummern oder Grenzen gedeckt noch verunstaltet werden.

Die Bezeichnung soll ganz unterlassen, im Falle von Grenz-Streitigkeiten das im Streite befangene Grundstück nach den beiderseitigen Ansprüchen bezeichnet und blaßgelb angelegt, und endlich das ganze Blatt möglichst rein und unbeschädigt erhalten werden.

Uebrigens sollen sich vor der Aufnahme eines Detailplans jederzeit möglichst richtige Orts-Namen-Verzeichnisse von den Behörden der innern Verwaltung verschafft, und diese genau beobachtet werden.

§. 62.

Bezahlung der geometrischen Arbeiten.

Der Geometer erhält vom Ober-Geometer auf Abrechnung angemessene Vorschüsse.

Die Bezahlung der geometrischen Arbeiten selbst erfolgt auf dem platten Lande durchaus nach der Zahl der Tagwerke, — in Städten und großen Dörfern nach der Häuserzahl — in Hinsicht der außer dem Zusammenhange der Gebäude liegenden Grundstücke aber ebenfalls nach der Tagwerfzahl.

Eine unpartheische Schätzung von Seite des revidirenden Ober-Geometers, des Lokal-Commissärs und zweier technischen Rätbe, dann noch zweier beizuziehenden Obergeometer revidirt, resp. ratificirt, durch die Kataster-Commission, bestimmt die Größe der Zahlung vom Tagwerke oder von der Haus-Nummer mit Rücksichtnahme auf die Parzellenzahl, Lokalität, Configuration, Schwierigkeit des Details und ähnliche Verhältnisse.

§. 63.

Plan-Mittheilungen.

Dem gesammten Messungs-Personale bleibt strengstens verboten, aus eigener Macht, ohne Vorwissen der vorgesetzten Stelle an Behörden, Gemeinden, Privaten etc., Mittheilung von Plänen oder Stücken hiervon, sei es in Original oder in Copie, zu machen.

VI. Abschnitt.

Von der Revision.

§. 64.

Die Revision, welche nach §. 17 u. 19 in der Regel durch die Ober-Geometer besorgt wird, soll vollständig und streng sein.

Ihr sollen alle Detail-Arbeiten ohne Ausnahme unterliegen, mögen sie auch von solchen Geometern herrühren, die sich durch stets fehlerfreie Arbeiten ausgezeichnet haben.

§. 65.

Ausschlüsse und Revisions-Diagonalen.

Bei jeder Platte werden besonders die Seiten mit denen der vorstehenden Platten genau verglichen, und die sich ergebenden Differenzen in der Art gehoben, daß weder die Größe noch die Figur der durchschnittenen Grundstücke darunter leiden.

Neben dem, daß die Platten-Anschluß-Linien für die Revision ein bedeutendes Controle- und Verificationsmittel darbieten, sollen noch directe Messungen von eigenen Verifications-Linien, genannt Revisions-Diagonalen, statt finden, mittelst welcher die Revision die Uebereinstimmung oder Nichtübereinstimmung der Intersections-Punkte aller (diese Diagonale) durchlaufenden Grenzen, zwischen der Natur und dem Plane entdeckt, die Richtigkeit der Orientirung und Ausspannungen des letzteren gehörig würdigen kann. Dieser Revisions-Linien, die der willkürlichen, aber zweckmäßigsten Wahl des Revisors überlassen bleiben, sollen für jedes Blatt wenigstens zwei bis drei auf das genaueste gemessen, und dem Berichte beigelegt wer-

den, welchen der Obergeometer über die Revision eines jeden Blattes nach der Formular-Beilage No. XVI. zu fertigen hat.

Bei Waldungen wird diese Art Verifikation durch ein von sicheren Punkten ausgehendes, auf zuverlässige Punkte anschließendes Stationiren in mehreren Richtungen des Blattes erzweckt.

§. 66.

Nebenher darf der revidirende Obergeometer auch andere ihm zu Gebote stehende Mittel, die treue Verjüngung des Plan-Detail zu prüfen, nicht außer Acht lassen.

Dahin gehören ein gewandtes Augenmaaß, schickliche Benutzung des Alignements, und der von den Geometern bestimmten Anhalts-Punkte, die Nachmessung der Längen und Breiten einzelner herausgehobener Parzellen, und andere Vortheile.

Ferner haben die revidirenden Obergeometer neben der rein geometrischen Prüfung der Detail-Arbeiten, unter Beziehung der nothwendigen lokalkundigen Markungs-Vorweiser, auch die Richtigkeit der eingeschriebenen Besitzer Haus-Nummern, sowie aller sonstigen Planbezeichnungen und Inschriften auf's sorgfältigste zu untersuchen, zu verifiziren, und alle bei ihren sonstigen Amtsgeschäften zu erübrigende Zeit der Revision zu widmen.

§. 67.

F e h l e r - V e r b e s s e r u n g.

Unbeträchtlichere und weniger zahlreiche Fehler, die ohne besondern Aufenthalt verbessert werden können, soll die Revision auch sogleich verbessern. Hat aber die Untersuchung bedeutende Anstände und Differenzen entdecken lassen, so soll dem betreffenden Geometer das Blatt, jedoch ohne Angabe der fehlerhaften Stelle, zu selbstiger Revision und Verbesserung zurückgegeben, und erst nach erfolgter Verbesserung an die weitere Revision geschritten werden. Die noch nach gedachter Verbesserung durch die Revision in einem Blatte vorgefundenen Fehler werden an Ort und Stelle sogleich nachgebessert, durch rothe Farbe kenntlich gemacht, und im Revisions-Manual der Zahl und Art nach consignirt, und dem Geometer zur Kennt-

niß gebracht. Für die bloß den Zeitraum eines halben Tages in Anspruch nehmende revisorische Nachbesserung zahlt der betreffende Geometer nichts; für jede längere Dauer der Fehlerberichtigung aber pro rata temporis, den Tag zu 5 fl. 36 fr. gerechnet, die Kosten, welche ihm von seinem Messungs-Verdienste abgezogen werden.

§. 68.

Cassation eines Blattes.

Blätter, die wegen ihrer inneren Mängel und Fehlerhaftigkeit nur zu Drittel oder minderem Theil brauchbar erscheinen und eine Nach- oder wirklich ganz neue Messung erfordern, sollen nach hierauf von der Revision gestelltem, von dem Local-Commissär genehmigten Antrag gänzlich verworfen (cassirt) werden, und durch diesen Act der betheiligten Geometer gegen Verzicht auf alle Bezahlung, zum Ersatz der Kosten auf Punkten-Bestimmung, Markungs-Vorweiser und Revision verurtheilt sein.

Es soll jedoch in diesem Falle dem Geometer von Seite der Revision vorerst die übergroße Fehlerhaftigkeit und Unbrauchbarkeit seiner Arbeit nachgewiesen, und daß dieß geschehen, von ersterem schriftlich bestätigt werden.

§. 69.

Der Geometer und der Ober-Geometer haften gemeinschaftlich für die Richtigkeit der Messung jedes vom ersteren detaillirten, von letzterem revidirten Blattes, und diese Haftung vertheilt sich zwischen den Ober-Geometern und Geometern in der Art, daß jener $\frac{1}{4}$ und dieser $\frac{3}{4}$ zu bezahlen hat.

Diese Haftung erstreckt sich bis nach vollendeter Classification in den einschlägigen Bezirken nicht allein auf Verbesserung der Messungs-Fehler, sondern auch auf die durch derlei Fehler verursachten Flächenrechnungs- und lithographischen Berichtigungen und ihre Kosten.

§. 70

Der für jedes Blatt zu fertigende Revisionsbericht (§. 65) soll das Resultat der ganzen Revision, die Zahl und Art der

Fehler, die Menge und Beschaffenheit des Details, die besonderen Terrain- und Lokalitätsverhältnisse, sowie die Aufnahme erschwerender oder erleichternder besonderer Umstände, klar angeben, die Zeit der eigentlichen Revision und der besonderen Fehlerverbesserung scharf ausgeschieden enthalten, durchaus offen, gewissenhaft und unparteiisch abgefaßt sein, und schließlich das wohlmotivirte Werth-, resp. Bezahlungs-Gutachten der Revision enthalten.

VII. A b s c h n i t t.

Von der Flächenberechnung.

§. 71.

Die der Berechnung des Flächeninhalts der Planfiguren vorausgängige Plan-Nummerirung derselben, sowie die Flächenberechnung selbst und ihre Revision geschieht unter Aufsicht und Leitung der Steuer-Cataster-Commission, und soll hauptsächlich eine Winterbeschäftigung für die tüchtigen und zuverlässigen Geometer bilden.

§. 72.

Der Flächen-Calkul geschieht auf das Allergenaueste nach den bekannten planimetrischen Sätzen unter steter Beobachtung zweckmäßiger Figureneintheilung, scharfer Maßabnahme und größter Genauigkeit und Feinheit der gezogenen Eintheilungslinien auf richtig gestellten Planen und nach einem (aus der Formular-Beilage No. XVII. ersichtlichen) gleichförmigen, zweckmäßigen Schematism (Rechnungs-Manual). — Mit derselben strengen Genauigkeit erfolgt die Flächenberechnungs-Revision, welche einerseits in den natürlichen Vorrechnungsfiguren jener sechs- und je hundert Tagwerke fassenden, Quadrate, in welche jedes Blatt getheilt werden kann, andererseits aber in den bei der Steuer-Cataster-Commission bestehenden planimetrischen Maschinen eine wesentliche Erleichterung findet.

Die Flächenmaßeinheit für die Berechnung ist das bayerische Tagwerk $\frac{40}{m}$ 7 □ Schubn, kleinere Flächen werden in Dezimaltheilen ausgedrückt.

Bei den $\frac{1}{5000}$ Plänen wird, je nach Umständen, nach $1 \frac{0}{0}$ bei den $\frac{1}{2500}$ aber $\frac{1}{2} \text{ ‰}$ als Fehler-Maximum nachgesehen.

§. 73.

Die Flächen-Berechnung geschieht im Accord.

Der Accord wird nach Art der Messungs-Bezahlung per Platte, durch Werthbegutachtung von Seite des Revisors erhoben, diese durch zwei andere Revisoren und die einschlägigen Referenten der Steuer-Cataster-Commission durch Schätzung kontrolirt, von dieser Stelle ratifizirt. Die durch die Anzahl und Figurirungsart der Parzellen bedingte mehr oder mindere Rechnungs-Mühseligkeit, sowie die Rechnungs-Zeit, gibt den Maßstab der Schätzung.

§. 74.

Für Fehler der Flächenrechnung haften der Calculator und Revisor gemeinschaftlich, und diese Haftung theilt sich zwischen dem Revisor und Calculator nach dem im §. 69 angegebenen Verhältniß.

NB. Wenn log. sin. kleiner als 6,80, so ist immer
log. n. 6,8402033.

log. sin.

			10	7 . 80	6 . 348	2062	2
			11	7 . 81	.	2063	10
			11	7 . 82	.	2065	20
			11	7 . 83	.	2066	31
			12	7 . 84	.	2068	41
7 . 55	.	20	42	7 . 85	.	2069	51
7 . 56	.	20	43	7 . 86	.	2071	61
7 . 57	.	20	43	7 . 87	.	2073	71
7 . 58	.	20	43	7 . 88	.	2075	82
7 . 59	.	20	44	7 . 89	.	2077	92
7 . 60	6 . 340	20	44	7 . 90	6 . 340	2079	3
7 . 61	.	20	45	7 . 91	.	20	
7 . 62	.	20	46	7 . 92	.	20	
7 . 63	.	20	46	7 . 93	.	20	
7 . 64	.	20	47	7 . 94	.	20	
7 . 65	.	20	7	7 . 95	.	20	
7 . 66	.	30	8	7 . 96	.	20	
7 . 67	.	20	9	7 . 97	.	20	
7 . 68	.	20	0	7 . 98	.	20	
7 . 69	.	20	0	7 . 99	.	21	
7 . 70	6 . 340	20	1	8 . 00	6 . 340	21	
7 . 71	.	20	2	8 . 01	.	21	
7 . 72	.	20	3	8 . 02	.	21	
7 . 73	.	20	4	8 . 03	.	21	
7 . 74	.	20	55	8 . 04	.	21	
7 . 75	.	20	56	8 . 05	.	21	
7 . 76	.	20	57	8 . 06	.	21	
7 . 77	.	20	58	8 . 07	.	21	
7 . 78	.	20	59	8 . 08	.	21	
7 . 79	.	20	61	8 . 09	.	21	
7 . 80	6 . 340	20	62	8 . 10	6 . 340	21	

Tab. I.

log. sin.	log. n.				1	2	3	4						
8 . 10	6 . 340	2	1	4	8	0	1	1	2	2	3	3	4	4
8 . 11	.	2	1	5	3	1	1	2	2	3	4	4	5	5
8 . 12	.	2	1	5	9	1	1	2	2	3	4	4	5	5
8 . 13	.	2	1	6	5	1	1	2	2	3	4	4	5	5
8 . 14	.	2	1	7	1	1	1	2	2	3	4	4	5	5
8 . 15	.	2	1	7	7	1	1	2	3	3	4	5	6	6
8 . 16	.	2	1	8	4	1	1	2	3	3	4	5	6	6
8 . 17	.	2	1	9	1	1	2	2		4	5	6	6	7
8 . 18	.	2	1	9	9	1	2	2		4	5	6	6	7
8 . 19	.	2	2	0	7	1	2	2		4	5	6	6	7
8 . 20	6 . 340	2	2	1	5	1	2	2		4	5	6	6	7
8 . 21	.	2	2	2	3	1	2	3		5	5	6	7	8
8 . 22	.	2	2	3	2	1	2	3		5	6	7	8	9
8 . 23	.	2	2	4	2	1	2	3		5	6	7	8	9
8 . 24	.	2	2	5	2	1	2	3		5	6	7	8	9
8 . 25	.	2	2	6	2	1	2	3		6	6	8	9	10
8 . 26	.	2	2	7	3	1	2	3		6	7	8	9	10
8 . 27	.	2	2	8	4	1	2	4		6	7	8	40	11
8 . 28	.	2	2	9	6	1	2	4		6	7	8	10	11
8 . 29	.	2	3	0	8	1	2	4		6	7	9	10	12
8 . 30	6 . 340	2	3	2	1	1	3	4		7	8	10	11	13
8 . 31	.	2	3	3	5	1	3	4		7	8	10	11	13
8 . 32	.	2	3	4	9	1	3	4	5	7	8	11	12	14
8 . 33	.	2	3	6	4	2	3	5	6	8	10	11	13	14
8 . 34	.	2	3	8	0	2	3	5	6	8	10	11	13	14
8 . 35	.	2	3	9	6	2	3	5	7	8	10	11	14	15
8 . 36	.	2	4	1	3	2	3	5	7	9	11	13	14	16
8 . 37	.	2	4	3	1	2	4	6	8	9	11	13	15	17
8 . 38	.	2	4	5	0	2	4	6	8	9	11	13	15	17
8 . 39	.	2	4	6	9	2	4	6	8	10	13	13	17	19
8 . 40	6 . 340	2	4	9	0	2	4	6	8	10	13	15	17	19

Beilage IV. Tab. II.

Mittlere Polhöhe.	log. M.						
46° . 0'	5 . 315	8	5	0	0	Differenz für	
46 . 10		8	3	7	6		
46 . 20		8	2	5	2		
46 . 30		8	1	2	9		
46 . 40		8	0	0	5		
46 . 50		7	8	8	1		
47 . 0	5 . 315	7	7	5	8	1	12
47 . 10		7	6	3	4	2	25
47 . 20		7	5	1	1	3	37
47 . 30		7	3	8	7	4	49
47 . 40		7	2	6	4	5	61
47 . 50		7	1	4	1	6	47
48 . 0	5 . 315	7	0	1	7	7	86
48 . 10		6	8	9	4	8	98
48 . 20		6	7	7	1	9	111
48 . 30		6	6	4	8		
48 . 40		6	5	2	5		
48 . 50		6	4	0	2		
49 . 0	5 . 315	6	2	7	9		
49 . 10		6	1	5	7		
49 . 20		6	0	3	4		
49 . 30		5	9	1	2		
49 . 40		5	7	8	9		
49 . 50		5	6	6	7		
50 . 0	5 . 315	5	5	4	5		
50 . 10		5	4	2	3		
50 . 20		5	3	0	1		
5 . 30		5	1	8	1		

Beilage V. Taf. II.

Mittlere Pol- höhe.	N.
46° 0'	75" 637
46 . 10	75, 635
46 . 20	75, 633
46 . 30	75, 631
46 . 40	75, 629
46 . 50	75, 627
47 . 0	75, 624
47 . 10	75, 622
47 . 20	75, 620
47 . 30	75, 618
47 . 40	75, 616
47 . 50	75, 614
48 . 0	75, 612
48 . 10	75, 609
48 . 20	75, 607
48 . 30	75, 605
48 . 40	75, 603
48 . 50	75, 601
49 . 0	75, 599
49 . 10	75, 597
49 . 20	75, 594
49 . 30	75, 592
49 . 40	75, 590
49 . 50	75, 588
50 . 0	75, 586
50 . 10	75, 584
50 . 20	75, 582
50 . 30	75, 580

Ortschaft.	Polizeiliche Haus-Num- mer.	Tauf- und Geschlechtsname.	Haus- Name, Charakter oder Geschlecht.	Bemerkungen.
		2) Gräfl. v. N. Herrschaftsge- richt N. N. a. Gemeinde N.		
Schwarzach.	3	Michael Hail- maier.	Bäcker.	
Tiefenbach.	23	XaverBaumann.		

Die Vollständigkeit dieser Namensliste, in Beziehung auf
Namen und Ortschaft, bestätigt:

Kleinweisach den ten 18

Die
Verwaltung der Ruralgemeinde Kleinweisach.

Station

den ten

III

Beilage VII.

N a m e n : L i s t e

sämmtlicher Haus-Grundbesitzer der Steuergemeinde Kleinweisach,
Königlichen Landgerichts N

Ortschaft.	Polizeiliche Haus-Nummer.	Tauf- und Geschlechtsnamen.	Haus- Namen, Charakter oder Geschlecht.	Bemerkungen.
Kleinweisach.	I.	Inwärtige Be- sitzer.		
		Mit Häuser An- geessene.		
	1.	Michael Maier.	Hofbauer.	
	2.	Bernhard Strobl.	Bäcker.	
	2a	Matthias Wieser.	Stof.	
	2b	Peter Wind.	Schuh- macher.	
	3.	Stiftung des Kul- tus.	Pfarrhaus.	Martin Freund, d. Pfarrer.
	4.	Pfarr-Gemeinde.	Schulhaus.	Val. Klug, Schullehrer.
	5.	Gemeinde.	Hirtens- haus.	
		Obne Häuser An- geessene.		
Kleinau. (Weiler.)	$\frac{1}{2}$	Bernhard Liebl.	Schuh- macher.	wohnt im Hause No. 1.
	$\frac{1}{3}$	Martin Freund.	Pfarrer.	dessen eigen- thüml. Gründe.
	$\frac{1}{4}$	Valentin Klug.	Schulleh- rer.	Messnerdienst- gründe.
	$\frac{1}{5}$	" "	"	dessen eigen- thüml. Gründe.
	$\frac{1}{6}$	Katharina Ernst.	Hirtentoch- ter.	wohnt im Hause No. 5.
		Mit Häuser An- geessene.		
	1.	Franz Paul Win- ling.	Marter- bauer.	

Ortschaft.	Polizeiliche Haus-Nummer.	Tauf- und Geschlechtsnamen.	Haus- Namen, Charakter oder Geschlecht.	Bemerkungen.
Harthof (Einöde.)	2.	Philipp Herzog.	Herzog.	
	3.	Jakob Brandner.	Scherer- bauer.	
	3a	Bernhard Liebl.	Strumpf- stricker.	
		Ohne Häuser An- geseffene.		
	1.	Korbinian Bauer.	Hartbauer.	
Schönreuth.		Ohne Häuser An- geseffene. Nichts.		
	II.	Auswärtige Be- sitzer.		
		1) Landgericht N. N.		
	a. Gemeinde N.			
	45	Joseph Zapf.	Wirth.	
	$\frac{1}{8}$	Albrecht Winkler.	Patrimo- nialrichter.	

Beilage XVI.

Revisions-Bericht.

über die Detail-Aufnahme der im Königl. Landgericht
gelegenen Platte.

Sch. Nro.

Detailirt durch vom ten . . . bis ten binnen . . . Tagen	Revidirt von dem von ten . . . bis ten (während . . . Tagen.)
--	---

Revision.

Die Revision dieser Detailmessung wurde mit dem Vergleiche der von den angrenzenden Platten vorgelegenen Quadratseiten begonnen, und jede, aus der Anlage A. ersichtliche Differenz an Ort und Stelle untersucht;

auf gleiche Weise jeder, der zwar unbedeutenden, aber vielen Fehler, welche sich durch die darauf erfolgten Diagonalmessungen entdeckt hatten, zum Theile sogleich zurechtgestellt, zum Theile im Manuale nach Anlage 6 aufgezeichnet; weiters

mit dem Vergleiche der Größe und Figurirung der einzelnen Grundstücke (durch nothwendige erachtete Nachmessungen mehrerer Gestöße und Längen) die Revision den Hausnummern verbunden, und, unter Zuhandnahme der Markungsfundigen Gemeinde-Männer,

auch in dieser Beziehung das Mangelnde ergänzt.

Deutliche
Lage.

Die Korrektion aller aufgefundenen, in dem Plane rothbezeichneter Fehler, verzögerte die Revision um zwei Tage.

Die Zeichnung ist rein, deutlich, und wie auch die Schrift, der Instruktion gemäß, daß Unterzeichneter die volle Brauchbarkeit der Arbeit in jeder Beziehung mit verbürgen kann und mit verbürgt.

**Deutliche
Lage.**

Das Terrain von circa Tagwerken ist in der Art hüglucht, daß dadurch die Aussicht zwar nicht bedeutend gehindert, aber die unmittelbare Distanzen-Messung erschwert war. Das Detail besteht außer einer kleinen Ortschaft (Weiler) noch in mehreren Einöden, mit Zäunen und Obstgärten umgeben.

Außer der zum Orte gehörigen Glure, durch deren Wiesen sich ein mit Weiden und Erlen bewachsener Bach schlängelt, liegen Wiesen und Orter untereinander gemengt.

Die Tagwerke Waldungen sind auf einem steilen Hügel gelegen, auf dessen östlicher Hänge die, größtentheils unkenntlich begrenzten Gemeintheile stationirt werden mußten.

Sämmtliches Detail, mit Ausnahme der zum Weiler gehörigen Feldparthie von circa Tagwerk, ist irregulair, vielseitig und mitunter frummlinicht begrenzt.

Im Ganzen zählt die Platte, abgerechnet die unbegrenzten Wiesen-Streifen

Parzellen, nämlich:
nummerirte Wohngebäude, worunter Einödhöfe;
Acker-,
Wiesen- und
Waldabtheilungen.

Die Witterung war der Messung namhaft hinderlich;

**Bemerkun-
gen.**

indem der Geometer höchstens . . Tage mit dem Tische ununterbrochen arbeiten konnte; die

Revision war durch Regentage aufgehalten.

Zufolge vorausgegangenen Beschriebes und im Vergleiche mit früheren Arbeiten, können zur verlässigen Werthschätzung

**Werths-
schätzung.**

Abtheilungen stattfinden.

a) Tagwerke zum Theil geregeltes Feldde-
tail; inclus. der Ortschaft mit Haus-No.

pro Tagwerk . . . fr. . . fl. . . . fr.

b) Tagwerke zum Theile irregulären Feld-
und Wiefendetails mit Einschluß der Einöden.

pro Tagwerk . . . fr. . . . fl. . . . fr.

c) Tagwerk abgetheilter Waldungen

pro Tagwerk . . . fr. . . . fl. . . . fr.

in Summe fl. . . . fr.

wovon für . . . tägige Correction in Abzug kommen

. fl. . . . fr.

verbleiben also wirklicher

Verdienst fl. . . . fr.

Geometer.

Begutach-
tung des Co-
calcommis-
sär's.

Aus den angeführten Motiven mit der Schät-
zung um so mehr einverstanden, als der sich ent-
zifferte tägliche Verdienst zu fl. fr. dem
Fleiß und der Caution des Geometers entspre-
chend ist.

32) Hochfürstlich Würzburgische Wald-Ordnung.

Vom 28. März 1721. *)

Obwohlen unsere Herren Vorfahrer am Stift unter andern auch für die Conservation desselben Waldungen und Gehölze rühmliche Sorgfalt getragen, und heilsamlich verordnet, wie in selbigen es gehalten, und den lieben Nachkommenden zum Nutzen und Besten damit umgegangen werden solle; so wird Uns aber unterthänigst berichtet, und haben wir in Zeit unserer Regierung an verschiedenen Orten augenscheinlich selbst besunden, daß viele Mißbräuche, Unordnungen, schädliche und nachtheilige Dinge eingeschlichen, bei deren Fortwähnung, und wenn dawider keine Vorsehung geschehen sollte, die Waldungen nach und nach in gänzliches Abnehmen und Verderben gerathen können: als haben wir nöthig zu sein erachtet, diesem allem zu unserm und unser Stifts Nachkommen mehrerem Nutzen und Guten zu begegnen, auch allem fernern Unfug, ungebührlichem Eingriff und anderen schädlichen, durch Mißbrauch und Uebersehen also eingeschlichenen nachtheiligen Handlungen zu steuern, hingegen unseren Beamten und Forstbedienten eine

*) Die Hochfürstlich Würzburgischen Waldordnungen vom 28. März 1721 und vom 16. Februar 1747, Bestandtheile der in legislativer und historischer Beziehung beachtungswerthen, Würzburger Landmandaten, enthalten die wesentlichsten Bestimmungen über die Behandlung der Staats-, Gemeinde-, Stiftung- und Privatwaldungen im Umfange des vormaligen Hochstiftes Würzburg. Viele dieser Anordnungen, z. B. der Straftarif, die Beschränkung der willkürlichen Behandlung der Privatwaldungen u. s. w. haben noch volle Gesetzeskraft, und es wird in den vormalig fürstl. Würzburgischen Gebietstheilen des unterfränkischen Kreises, im Dienste auf diese Waldordnungen recurriert. Da dieselbe vollständig nur in den nur Wenigen zugänglichen Würzburger Landmandaten abgedruckt sind, durch die nach Betreffen zerrissenen Aufnahme der inhaltlichen Bestimmungen in den Verordnungsammlungen dem Bedürfnisse der größeren Verbreitung nicht abgeholfen ist, so kann deren Aufnahme in das Archiv nicht am unrechten Orte, vielmehr für Gebrauchswerth dessen nur ersprießlich sein. D. R.

genaue und ordentliche Richtschnur vorzuschreiben, mit was Ordnung, Direction, Ziel und Maaß dieselben künftig in allen unsers Hochstifts zu- und angehörigen Gehölzen bei Vermeidung unserer Straf und Ungnad pflichtschuldigst sich zu verhalten haben mögen, diese gegenwärtige Ordnung einsweilen bis auf unsere selbst oder unserer Nachkommen beliebige Revocirung und vorbehaltene Rechte befindender Nothdurft nach Darinnen zu ändern und zu vermehren verfasst, auch zu jedermanns Nachricht publiciren lassen; wollen demnach und verordnen hiemit:

1) Daß unsere verrechnende Beamte mit Zuziehung unserer Forstmeister, Forst- und Wald-Gegenschreiber, Förster und Forstknechte die Gehölze und Waldungen in einem jeden Amt, wie selbige insgemein, oder ihrer unterschiedlichen Stücke Schläge und Revieren halber benannt, und in unseren Amts-Saalbüchern auch beschrieben und einverleibt sind, mit Fleiß durchgehen, und ringsherum wenigstens alle Jahr einmal zur Frühlings- oder Herbstzeit gegen den benachbarten Anstößer den Augenschein einnehmen, alle bei solcher Mark-, Wald- und Gränzbegängniß befindende Irrungen, Mängel und Fehler, imgleichen alle unter der Hand vermerkte ungebührliche, von den angränzenden Orten und Leuten verübte Thätlichkeiten, schädliche Eingriffe und unbefugte Neuerungen weniger nicht und vörderst alle und jede das Jahr hindurch in Abgang gerathene und mangelhafte Orte, Schied- und Gränzsteine oder Bäume fleißig aufzeichnen, und über dieses alles zu unserer nothwendigen Verbesserung und gnädigsten Verordnung eine schriftliche Relation zu unserer Kammer einschicken. Und nachdem

2) In vielen Gehölzen unsers Hochstifts ein ziemliches jährlich an Brennholz entweder verkauft, oder zur Bestallung hingegeben, wie auch zum Bebuf unserer Hofhaltung geschlagen zu werden pfleget: so wollen und befehlen wir, daß dergleichen Holzabgab und Anweisung jedesmal durch die verpflichteten Forstbedienten, und zwar nicht von einem oder anderm allein einseitig, sondern von allen, so viel deren in einem jeden Amt

bestellt sind, ordentlich nacheinander schlagweis vorgenommen, abgemessen und angewiesen, ohne sonderbare Ursach und Nothwendigkeit kein neuer Schlag gemacht, und gesucht, die Morgen und Acker, deren jede 180 Waldgerten halten, und die Gerte 12 Nürnberger Werkschuhe und der Schub 12 Nürnberger Zoll, das Scheidholz aber 3 Schub lang sein soll, eigentlich und genau abgemessen, und nicht, wie vorhin zuweilen geschehen ist, stückweis oder überhaupt angewiesen und überlassen werden solle.

3) Wir wollen und verordnen, daß in Erwägung sonderlich der geringen Bestallung unserer Forstbedienten durch die, denen unserthalb entweder das Holz zum Dienst, oder um das Geld, oder aus Gnaden, morgen- oder ackerweis gefolget wird, von jedem also angewiesenen und abgemessenen Morgen Holz 2 Pfund, 1 Pfund = $13\frac{1}{2}$ rhn., oder was sonst bei einem oder anderm Forstamt dießfalls gewöhnlich und Herkommens ist, bezahlt und angenommen, auch nicht weniger das angewiesene Brennholz alles auf der Erde und Boden abgehauen, vorhero aber die tauglichen jungen artigen Sägreißer, und deren nach Unterschied des Orts, Grund und Bodens, nebst den alten noch 8, 12, 20, oder mehr auf einen Morgen, mit sonderm Fleiß ausgezeichnet und stehend gelassen werden sollen.

4) Soll nach beschehener Anweis- und Abmessung des Brennholzes, so gemeiniglich nach dem Herbst zu geschehen pfleget, dasselbe, sobald es sein kann, gestellet, reif- oder klasterverweis aufgemacht, Scheiter und Reißig genau aufgelesen und zusammen gerichtet, auch vörderstamst und dergestalt den Winter über abgeföhret werden, damit die Schläge bei Vermeidung der hernach gesetzten Straf auf folgenden Walburgis völlig geräumt, und dessentwegen nichts Widriges zu vernehmen sein möge. Würde sich aber befinden, daß einige aus erheblichen Ursachen ihr Bestallungs-, Dienst- oder erkauftes Holz vor abbestimmter Zeit abzuführen wissentlich verhindert worden, der oder dieselben hätten sich gebührend anzumelden, und mit unserm Wissen und Erlaubniß solches Scheit- oder

Wellenholz auf die Plätze oder alte Wege, dadurch den jungen Schlägen und darin vortreibenden jungen Gewächß und Zweigen kein Schad zugefüget werde, sobald fortzulegen, nicht minder nachgehendß völlig gar ab- und aus dem Wald zu führen. Sonsten hat man

5) In einigen Forstrechnungen bisher angemerket, daß, wo die Beamten Dienst- oder Bestallungsholz morgenweis zu empfangen gehabt, solches denenselben nicht morgen-, sondern reisweis an unverantwortlicher Uebermaaß, und oft für den Morgen 30 bis 35 Reise abgegeben und verrechnet worden, woran aber sehr übel geschehen, daher ein solches gänzlich hiemit abgestellt und befohlen wird, daß, wo einem oder anderm Beamten oder Diener Bestallungsholz morgenweis gebühret, demselben seine geordnete Morgenzahl alljährlich, und zwar wie der Hieb und Schlag, es mag auf dem Morgen viel oder wenig stehen, hin treffen, oder vorzunehmen sein wird, angewiesen werden. Würde aber ein mehrers, als die Morgenzahl ausweist, abgegeben werden, so soll der Ueberrest vom Forstmeister, oder wer solchen abholzen lassen wird, nicht nur gebührend bezahlt, sondern derselbe noch besonders dafür gestrafet werden. Und weilen auch

6) Vonnöthen sein will, die Waldreise bei allen unseren Forstämtern in einer durchgehenden Höhe und Weite zu machen, so verordnen wir, daß ein solches Reif 5 Schuhe in der Höhe, und auch 5 Schuhe in der Weite oder Breite haben, und wer darüber schreiten wird, nebst Bezahlung des Holzübermaaßes mit gehöriger Straf dafür angesehen werden solle.

7) Nachdem die unumgängliche Nothdurft öfters erfordert, daß sowohl zu nothwendiger Conservation unsers Stifs eigener Gebäue, als auch zur Wiederherstellung der uns und unserm Stift zu Leben rührenden öden Höfe und Brandstätte aus unseren Gehölzen verschiedene Anweisungen auf allerhand Gattung Bauholzes, theils um Bezahlung, theils auch ohne Entgelt und aus Gnaden verwilligt wird: als soll solches Holz von den Forstbedienten nicht an einem Ort beisammen, sondern wo es

hier und da unschädlich, und, so viel möglich, an abständiger Gattung zu haben ist, ohne Reflexion auf den Impetranten, oder daß man Gunst, Gab oder Verheißung zu gewarten, ihren Pflichten nach ausgesucht, mit dem Waldzeichen zweimal beschlagen oder gezeichnet, dessen Fällung sodann bevorab, was zum herrschaftlichen Bedürf gehörig ist, an einem guten Wädel zu befördern gesucht, die Stöcke höher als eines halben Schuß hoch nicht gemacht, und sobald es sein kann, aus dem Walde geschafft werden. Und damit aber auch die Waldungen durch Verkauf oder Abhauung der angewiesenen Eichbäume zum Bauwesen nicht zu licht werden, oder endlich gar eingehen, und die Wildstände nicht ruiniret werden mögen, wird gnädigst hiemit verordnet, daß die Forstbedienten, so ernanntes Holz abgeben, statt des abgehauenen gleich junge Sägreiser von Eichen oder Buchen, um die Waldungen in gutem Stand zu erhalten, dahin setzen, und so verwahren sollen, daß denenselben von dem gehörnten oder anderm Viehe kein Schaden geschehen möge, welches auch jeder Gemeind in ihren Waldungen zu thun hiemit eifrigst und ernstlich bei Vermeidung willkühriger Straf anbefohlen wird. Und sodann

8) Wollen wir auch unsern Forstbedienten in solcher Sache eine Ergößlichkeit widerfahren und geschehen lassen, daß von denen, die dergleichen Bäume umß Geld oder umsonst erlangen, ein gewisses Stamm- und Unweißgeld, aber ein mehrers nicht dann zwei Bazen, 1 Bazen fränkisch = 5 fr. rbn. für jedweden Stamm gegeben und entrichtet werden. Wann nun

9) Bei solchem Abhauen und Fällen der Bäume und des Brennholzes vornehmlich dahin zu sehen, wie das Junge wiederum hernachkommen, und im Weiwachsen nichts hinderliches finden möge, und uns aber berichtet wird, daß sich theils umliegende sowohl unserm Hochstift als unseren Benachbarten zugehörige Orte des Triebs mit ihrem Rindviehe in unseren Waldungen bishero angemasset, beinebens auch, obschon dieselben des Juris compascui berechtigt, gleichwohl ihre competirende und erkannte Limites überschritten, theils auch unbefugter Dinge

durch Intrusion dergleichen Recht gesucht auszuüben, dadurch nicht allein dem jungen angehenden und wieder aufwachsenden Gehölz, sondern auch unserer Wildfuhr merklicher Schaden und Hinderniß zugezogen wird, wollen wir, daß alle und jede Anstößer, so keine Gerechtigkeit zu treiben und zu hüten in unserm Gehölz haben, sich dessen fürthün ganz ab- und müßig halten, so lang und viel, bis dieselben entweder bessern Beweis produciren, oder unsere gnädigste Erlaubniß außs neu erlangen würden, und nach erhaltener solcher Concession oder nach genugsam erwiesener ihrer Befugniß sollen sie mit ihrem gehörnten Viehe allein sich an das hohe Gehölz und in den gebührenden Schranken halten, absonderlich aber diejenigen Revidieren, welche man für das Wildpret ab- und zuhängen wird, wie imgleichen die jungen Schläge auf alle Weis schonen, und diese unter 7 oder mehr Jahren, wie es nach Unterschied und Beschaffenheit des Bodens vonnöthen sein mag, bei der hier unten angefügten Straf nicht betrieben werden. Was nun

10) Von diesem Recht der Weide und Ruppelweide in einem und anderm erinnert worden ist: eben diesen Verstand und Meinung soll es auch mit dem Gras, imgleichen mit Laubrechen und Streifen dergestalt haben, daß jedermann solches, der es nicht befugt ist, bevorab unseren Beamten und Forstbedienten selbst gänzlich verboten sein; diejenigen aber, die es hergebracht, oder denen wir es aus Gnaden erlauben werden, dasselbe anderst nicht, dann in den erwachsenen hohen Gehölzen brauchen, und die jungen Schläge ebenmäßig wie mit der Weid 7 oder mehr Jahr lang nicht berühren sollen. Indem

11) Auch vorkommt, daß einige Orte, so unseren Gehölzen theils nahe, theils ziemlich entfernt liegen, sich ohne Erlaubniß eigenmächtig unterstehen, nicht allein das dürre Holz aufzulesen, sondern unter diesem Prätext junges, gerades, gewichtiges Stangenholz darin mit abzubauen und zu entführen: wollen wir sonderlich unsers Stifts armen Untertanen zum Besten die äußerste Schärfe für diesmal nicht ergehen lassen,

und ihnen dasjenige, was sie in dem hohen Gehölz, darunter die jungen Schläge jedoch nicht gemeint sind, an dürrer Holz finden, und über das Bein brechen können, aufzulesen, und zu ihrer Bedürftigkeit nach Haus zu tragen unverwehrt, jedoch aber dabei hiemit nochmals bei unausbleibender Straf dieselben ermahnt haben, daß sie darüber nicht schreiten, noch sich weiters vergreifen, vielweniger einige Waffen, Art oder Weis mit sich offener oder verborgener Weis in den Wald nehmen, und dadurch uns den Unlaß geben mögen, auch in solchen wenigen an uns zu halten, und solches künftig zu verbieten. So viel

12) Aber das jährliche Geäckerig und Mastung in unseren Waldungen betrifft, so wollen wir, was bei der Kuppelweide hieroben zu beobachten gemeldet worden, bei derselben künftig gleicher Gestalt in allem verbleiben und festgehalten, und den ernstlichen Befehl hiemit ertheilet haben, daß ohne unsere gnädigste Specialconcession weder Eichen aufzulesen, noch Schweine einzuschlagen gestattet werden solle; denjenigen Orten, Höfen und Untertbanen aber, die in gewissen Revieren des Weischlags befugt sind, wollen wir solches Recht auf Art und Weis, als sie es bekannt oder erweislich hergebracht, nicht entziehen; jedoch ist alljährlich auf die Beschaffenheit der Mastung, ob sie völlig, halb, oder nur gesprengt ist, zu reflectiren, und nach solchem der Weittrieb, jedoch mit nachdrücklicher Inhibirung der Nachmastung oder Nachäckerigs solchergestalten zu erlauben, daß die Schweine zu rechter Zeit wieder aus dem Wald gethan, und länger als bis Weihnachten darinnen nicht geduldet werden sollen. Wann

13) Das jährliche Schlag- oder Brennholz zu verkaufen, oder für unsere Beamten zur Bestallung anzuweisen ist, sollen die Forstbedienten die Revieren, wo es genommen werden soll, wohl durchsuchen, und das darin befindliche Bau- auch gewächstige Eichen- und anderes Nutzholz sammt den wilden Obstbäumen mit Fleiß aussuchen und verschonen lassen.

14) Das Birkenreisig zu schneiden und aufzulesen, das Bastmachen und Rindenschälen, wie imgleichen das wilde Obst in unseren Gehölzen und Wäldern zu suchen und hinweg zu tragen, neue Straßen und Wege zu machen, wollen wir hinfüro bei Vermeidung unausbleiblicher Straf und befindenden Dingen gemäß nach Beschaffenheit des Verbrechens zu unserer vorbehaltlichen Disposition ernstlich verboten haben. Indem auch

15) Durch öftere Aufsetzung der Kohlplatten ein merklicher Schaden verspüret werden will: als soll inskünftig ohne unsern Specialbefehl dergleichen keine gemacht, eben so wenig den Kohlenbrennern gestattet werden, zum Behuf des Kohlenbrennens den bedürftigen Wasen in den jungen Schlägen zu hauen, denen auch zum Verkohlen nichts als Asterschläge, Windwurf, abgestandenes und anders Holz, dadurch den Wäldern am wenigsten Schaden geschiehet, zu geben, sonsten aber ernstlich einzubinden ist, daß sie auf das Feuer Acht haben, und wann sie Sommerzeit bei großer Hiß und Dürre Kohlenbrennen, zu Verhütung alles Schadens Gräben um ihre Kohlplatten machen sollen. Obwohley nun auch

16) Wir nicht gesinnet sind, unseren untergebenen Gemeinden und Untertanen an ihrem verschiedentlicher Orte erweislich hergebrachten Gut- und Beholzungs- auch anderen Rechten und Gerechtigkeiten etwas benehmen zu lassen; so haben wir doch gleichwohl, nachdem nämlich wir in zuverlässige Erfahrung gebracht, daß verschiedene Städte, Flecken, Dörfer und Untertanen, welche Gemeind- und eigen Gehölz haben, damit sehr unordentlich und dermaßen verderblich umgehen, daß solche dadurch äußerst ruiniret, unsere Wildfuhr geschmälert, imgleichen die Güter, wozu selbige gehören, um ein merkliches dispretiiret und bei den Gemeinden der Posterität unwiderbringlicher Schaden zugefüget werde, der unumgänglichen Nothdurft zu sein erach-

tet, dießfalls zu Besorgung des gemeinen Bestens und unserer Untertanen selbst eignen Nutzens solche Verordnung vorzusehen, damit die eine Zeit über hierinnen verspürte, sowohl in der Gemeinden als des ganzen Lands notablen Schaden reduzierende üble Haushaltung inskünftige, so viel immer möglich, verbessert werden möge: befehlen daher gnädigst, daß unsere Visitatoren und Forstbediente auf dergleichen Gehölze fleißige Mitobacht tragen, und gleichwie die herrschaftlichen, also auch diese öfters besuchen, und wo sich das unverantwortliche und schädliche Verfahren darinnen wird befinden, und kein Verbot verfangen will, zu unsrer dagegen zu verfügen wissenden Abstellung unterthänigst berichten sollen. Inmaßen wir dann auch hiemit noch weiter ausdrücklich verordnen, daß in Erwägung an Conservation der Gemeindwäldungen dem Publico so vieles gelegen, von erstberührten unsern sowohl mediat als immedia-ten Gemeinden und Untertanen, als deren erstere gegenwärtiger zu ihrem selbst eignen Besten angesehenen Landesverordnung sich eben sowohl als die letzteren zu accommodiren haben, durchaus kein Holz mehr unter sich eigenmächtig gehauen und ausgetheilet werden solle, es sei dann vorher den jedes Orts bestellten Forstbedienten hievon die schuldige Anzeig, von diesen aber, wie solches zu Nutzen ersterwähnter unserer Untertanen in ordentliche Schläge einzutheilen, an einem bequemen Ort hiezu die Anweisung beschehen. Damit aber auch in Nachung angeregter Schläge nicht etwa neue Unordnung entstehe, oder dieselben nicht allzu unförmlich und sowohl dem Wachsthum des Gehölzes als unseren Wildfuhren zum Schaden eingerichtet werden mögen, haben mehrbesagte unsere Forstbediente nach der obgehörten maßen ihnen beschehenen Anzeig vörderst dahin zu sehen, damit (wo es andern des Waldes Situation und Beschaffenheit zulasset, als welches eines jeden vernünftiger Ermäßigung überlassen wird) bei der gewöhnlichen Austheilung die Lagen größer nicht als von 8 bis 10 Morgen ausgehauen, und dazwischen jedesmal ein nicht viel geringers Stück in seinem vorigen Stand gelassen werde.

17) Von Alsterschlägen und einzeln Windfällen wollen wir aus gewissen Ursachen unseren Forstbedienten die Hälfte, wie von unserm nächsten Herrn Vorfahren unterm 2. Juni 1703 verwilliget worden, zu ihrer desto bessern Subsistenz in Zukunft und bis auf anderweite gnädigste Verordnung aus sonderbarer Gnad angedeihen und folgen lassen. Jedoch soll solches Holz aufs fleißigste jedesmal reisweis aufgemacht, quanti plurimi verkauft und die Hälfte davon gebührend verrechnet werden; unter welchem aber keine Storren, noch diejenigen Bäume begriffen oder zu verstehen sind, welche entweder für unsere selbst eigne Bedürfnis und Baumwesen absonderlich in Quantität abgegeben, oder oft bei großen Windstürmen in merklicher Anzahl niedergerissen worden, sondern dieselben sollen einzig und allein für die Herrschaft gehören, und vorbehalten sein; derjenige Forstbediente aber, welcher hiemit untreu umgehen, und sich mehr, als ihm erlaubt, zueignen wird, eo ipso seines Dienstes nicht nur entsezt, sondern auch mit noch anderer Straf angesehen werden solle. Wobei auch den Holzbauern untersaget wird, daß sie weder Abends noch Mittags einiges Scheitholz mit nacher Haus zu nehmen nicht befugt, und im Betrettungsfall dafür ebenfalls verdienstlich abgestrafet werden sollen. All- diewellen

18) Wider die Bodaschen-Sieder viele Klagen eingekommen, daß an etlichen Orten dieselben unschüzlig und nach Willkühr mit dem Holz umgegangen, sich selbst eigenmächtig angewiesen, und das schönste Bau- nebst anderm gewächsligen Holz niedergefällt und verbrannt, mithin großen Schaden gethan: als wollen wir solchem verderb- und sträflichen Unterfangen Einhalt thun, und unseren Forstbedienten hiemit den Befehl ertheilen, diesen Bodaschen-Siedern durchaus anders nichts, als die hier und da in Schlägen verbliebenen Alsterschläge, alte, umgefallene, ungesunde, krumme, kurze und struppige, knorrige Bäume und Windfälle, auch was auf dem Stamm ausgetrocknet ist, nicht mehr fortwachsen, oder sonst genüßet werden kann, anzuweisen und zu erlauben. Würden

dieselben aber weiter greifen, und anderen verbotenen Holzes sich wieder bedienen, so sind sie darüber empfindlich zu bestrafen, oder wo dieses nicht verfangen will, solches zu weiterer gemüßigter Verordnung unterthänigst zu berichten, gegen welche Leute auch, daß die Asche nicht heimlich außer Land verführet und practiciret werde, Acht zu haben ist, und versehen wir uns, unsere Forstbediente werden in beiden Fällen ihre Pflicht, Schuldigkeit und Fleiß also beobachten, damit wir im Unterbleibungs- oder Conniürungs-Fall nicht Ursach haben, uns des unserm Cameral-Interesse dadurch anwachsenden Schadens wegen an ihnen zu erholen. Und gleichwie wir

19) In theils Waldungen unserß Hochstifts öfters selbst beobachtet und gesehen haben, daß das überständige alte sowohl Hasel- als Birken- und anders Schlagholz zumalen an abgelegenen Orten verdirbt und zu Schanden gehet, bei anderen Herrschaften aber zu Nutzen gebracht und für die Leute, so im Feuer arbeiten, Gruben oder Reiskohlen daraus gebrannt werden: als ist unser gnädigster Befehl, daß unsere Forstbediente sich nach Leuten, die dergleichen Kohlen brennen können, umsehen, solches Holz den wieder anfliegenden jungen Schlägen zum beförderlichen Nachwachs aufraumen lassen, und weilen über Kohlenmangel sonst geklaget werden will, zu diesem Nutzen und Bedürfniß seinem Werth nach anzubringen suchen sollen. Und weil

20) Bei unserm Kelleramt, wie auch verschiedenen Aemtern auf dem Land, wo Weinwachs ist, jährlich eine große Quantität Reif- und Daubenholz aufgehet und vonnöthen ist: als sollen die Reifstangen, wo in unseren Gehölzen deren zu haben sind, dazu aufbehalten, dergleichen auch die zu Dauben und Wagnerholz, dessen ebenfalls bei unserer Hofwagnerei nicht wenig erfordert wird, tauglichen Aschen. Eichen-, Buchen- und Birkenbäume zu solcher Nothdurft möglichst geschonet und dergleichen Holz anderwärts hin nicht verkauft werden.

21) Wir verbieten hiemit auch ernstlich, daß ohne unsere Special-Verwilligung keine Neugereut in unserß Stifts Wal-

dungen oder Falden gemacht, auch diejenigen, so bereits gemacht sind, nichts erweitert, sondern bei der angewiesenen Morgenzahl, wie sie versteinet, gelassen, und wer dawider handelt, mit des Neugereuts Einziehung gestrafet werden solle. Gleicher Gestalt wollen wir auch

22) In den Wäldern keine Zimmerplätze, oder Holz darin zu beschlagen gestatten, sondern wer Bau- oder Brennholz ums Geld oder aus Gnaden bekommt, soll selbiges entweder nach Haus, oder auf Plätze, so von den Waldungen entlegen, führen und zimmern zu lassen, angewiesen werden. Nicht weniger soll

23) Das Ausgraben wilder Stämme und Obstbäume, sonderlich denen, so sie wieder verkaufen, bei Straf eines Gulden, so darüber betreten wird, verboten sein; wofern aber jemand deren wenig in seine Güter zu versetzen und nicht zu verkaufen gedenket: so mag einem solchen etliche Stämme zu graben von unseren Forstbedienten zugelassen werden.

24) Wann sich einige Revieren, wo Schlagholz steht und solches inner 30 oder 40 Jahren nicht hiebig würde, finden sollten, ist von Forstmeistern und dazu gehörigen Forstknechten wohl zu überlegen, ob nicht rathsamer, und gnädigster Herrschaft nützlicher sei, daß einiges Birfengehölz, so in 6 bis 7 Jahren gehauen werden könnte, darauf gezogen würde.

25) Und damit dieser gegenwärtigen unserer Verordnung in allen Stücken und Punkten desto getreuer und fleißiger von unseren Forstmeistern und anderen ihnen nachgesetzten Forstbedienten zur nothwendigen Conservation und besserem Aufnehmen unserer Waldungen und Gehölze nachgelebet und aller frepelhaftige Eingriff mit nachdrücklichem Ernst abgestellt werden möge: sollen erst ermeldete unserer Forstbediente auch von allen und jeden eingehenden Bußen und Strafen ein Dritttheil zu gewarten haben, die übrigen zwei Dritttheil aber gebührend verrechnen; welche Dritttheil sie dann auch der alten Gewohnheit nach miteinander theilen, hingegen das so genannte Anzeig- oder Pfandgeld von jeder geringen Person einen halben

Gulden, oder zuweilen ein mehrers gänzlich aufgehoben und abgethan sein, die übertretenden und Schaden thuenenden Delinquenten hingegen jedesmal der Waldordnung gemäß gehalten und gestraft werden, als nämlich:

a) Wer sein gehauenes Brenn- oder Bauholz vor der benannten Zeit, als Walburgis nicht aus den Schlägen geraumt, und abgeführt, er hätte dann dessen schriftliche Erlaubniß, der oder diejenigen sollen dieses alsdann hinwiederum verlustigt sein.

b) Unterstünde sich dann jemand darüber eigenmächtig, solches confiscirte Holz abzuführen, der soll mit 5 Gulden abgestraft werden 1 fl. fränkisch = 1 fl. 15 fr. rheinl.

c) Würde jemand das ihm aus Gnaden oder um billige Zahlung angewiesene Bauholz nicht recht zum Nutzen anwenden, oder sogar auch solches wieder begeben und verhandeln, der soll jeden Baum mit 5 Gulden verbüßen.

d) Wer da im Schlag Brennholz sollte scheitern und aufmachen, ehe dann die Hägeiser gezeichnet, dessen Straf soll sein 2 Gulden, und nichts desto weniger mit fernern Hauen inhalten, bis diese Anzeige richtig geschehen.

e) Wer über dieses eingezeichnetes Hägeis würde abhauen, oder aber eine alte Eiche, der soll 5 Gulden sobald verfallen sein, auch solches abgehauen Holz noch dazu liegen lassen, sollte es aber nächtlicher Weis abgehauen und entführt werden, hätte der Frevelhaftige doppelte Buß als 10 Gulden zu erlegen.

f) Würde sich jemand vergreifen, und einen Mahl- oder Gränzbaum auf der Gränz oder Anwandten hauen und fällen, derselbe soll dafür 10 Gulden zur Straf geben, und den unbefugter Weis entfremdten Baum zu ersetzen gehalten sein.

g) Der seinen Nachbar in seinem ausgegebenem Holz überhauen, oder etwas auch, so ihm nicht sollte gebühren, davon abführen thäte, der sollte dem andern seinen Willen darum machen, und nicht allein zur Restitution dessen, sondern auch in unsere willkührige Straf condemniret und verurtheilt werden.

h) Den Rübehirten, welche des Triebs in unser Gehölz dem Herkommen gemäß berechtigt, soll bei der in unserm den 4. November verwichenen Jahrß emanirten Jagdmandat exprimirten Straf verboten sein, Hund mit sich in Wald zu nehmen: wie ingleichen den Schäfern ebenfalls und bei der nämlichen Straf obliegen, ihren Hunden nebst einem anderthalb Ellen langen Schleisprügel auch einen fünf Viertel Ellen langen Querschnitt anzuhängen.

i) Diejenigen, welchen das dürre oder Leßholz zu brechen oder aufzulesen erlaubt und zugelassen, sollen einige Waffen, Art oder Beil bei sich zu führen nicht Macht haben, und wer sich hierüber würde ergreifen lassen, der soll nicht allein derselben verlustiget, sondern noch dazu 2 Pfund — 1 Pfund = 13 1/2 fr. rheinl. — zur Straf zu geben schuldig sein.

k) Der oder diejenigen, so unbefugter Dinge heimlich und verbotener Weis mit dem gehörnten oder anderm Viehe die Hut und Waid würden erschleichen, die sollen für jedes Stück in eine Strafe à 2 Pfund für das erste und fürs zweitemal 1 Gulden verfallen sein.

l) Ob sie schon auch dergleichen Beitriebs mit dem gehörnten Viehe und Schafnöthern rechtlich befugt, gleichwohl der jungen Schläge auch auf die vorgeschriebene gehägte Jabranzahl nicht würden müßig gehen, und darin ergriffen werden, dieselbigen sollen gleicher Gestalt von jedem Stück 2 Pfund, und da es öfters geschehe, auch sogar des Viehes selbst verfallen sein.

m) Unter gedachtem Gang- und Weidviehe, weilen Schafe, Geisen und Böcke, wie auch Schweine dem Gehölz am allerschädlichsten, und solche auch nirgends pflegen geduldet zu werden: als sollen dieselben auf den betretenden Fall dem Herkommen gemäß von Stund an verfallen sein; mit dem gemachten Unterschied jedoch, daß, wo sich in einem oder anderm Ort arme oder gering vermögende Untertbanen, welche anders Hornvieh zu erhalten notorie nicht im Stande wären, einfänden, solchen zwar zu etwelchem Behuf ihrer unentbehrlichen

Nahrung eine einzige Weise zu halten unbenommen, sie hingegen dieselbigen von der gemeinen Heerd abgesondert und durch einen eignen Hirten oder hiezu bestellte Leute allein an den hier und dort am Weg und den Straßen befindlichen Häcken und Gesträuchen zu weiden, oder ihre Nahrung suchen zu lassen schuldig und gehalten sein sollten.

n) Wo aber von unserß Hochstiftsschäfereien einige sich der Hut in den Wäldern unentbehrlich bedienen müssen, so soll denenselben solche einzig und allein im hohen Gehölz und solchen Orten, wo kein Schaden geschehen kann, und unsere Forstbediente zu hüten anweisen werden, durchaus aber nicht in den jungen Schlägen erlaubt, sondern diese hiemit bei Vermeidung sehr empfindlicher Straf gänzlich verboten sein: wie es dann mit unserer Unterthanen eignen Waldungen und Gehölz fürterhin die nämliche Beschaffenheit haben soll.

o) Andere aber, so in den jungen Schlägen oder auch in offenem Gehölz ohne habende Permission sich mit Grasen, imgleichen Laubrechen und Streifen würden finden lassen, diese und dergleichen hätten 2 Pfund für die Rug zu bezahlen.

p) So aber jemand mit Abhauung Stangen, Stäbe, Hirtenruthen, Weiden und Gerten, auch mit Schälung junger und alter Bäume, oder in anderen dergleichen Fällen, wie es sein und geschehen kann und mag, wird beschriebeu und befunden werden, wider denselben soll für das erstemal mit 1 Gulden oder auch mit einer höhern Straf, die da in allweeg nach befundener Gelegenheit und Proportion des Frevels angesehen, und in mehr geschehendem Fall die Straf um so mehrers erhöht und gesteigert werden.

33) Hochfürstlich Würzburgische Wald-Ordnung.

Vom 16. Februar 1747.

Nachdem uns von Zeit unsrer angetretenen landesfürstlichen Regierung mehrmal unterthänigst vorgetragen, auch bei

den vorgegangenen jährlichen Waldbesichtigungen in der leidigen That befunden worden, daß der zum gemeinen Landesbehuß so hochnöthige Holznachwuchs in den mehrern Waldungen unsers Fürstenthums Würzburgs und Herzogthums zu Franken dadurch größten Theils behindert und zurückgestellt werde, weilen das schädliche Hüten und Grasen sowohl in unsern fürstlichen, als auch stiftischen und klösterlichen, zumalen aber Gemeind- und Untertanen-Hölzern ohne alle Mäßigung und Unterschied der hut- und unhutbaren Revieren getrieben, und hiein die Waldordnungsmäßige Auf- und Einsicht nicht allerdings getragen wird, wie auch, daß die mehrern Gemeindswaldungen, Erb- und Güterhölzer nebst dem verderblichen Hüten und Grasen in jungen unhutbaren Schlägen noch weiters in andere Wege und sonderlich durch das unordentliche und übermäßige ohne alle Anweisung pflegende Holzhauen von den Eigenthümern dergestalt mißbrauchet und übel zugerichtet werden, daß selbige nach und nach in das Abwesen, und endlich in gänzliche Veröfung zu der Gemeinden und Untertanen selbst eignem größtem Schaden verfallen; und nun aber auf die Erhaltung der gesammten Landeswaldungen und auf die Hegung des jungen Holznachwuchses den ernstlichen Bedacht zu nehmen, mithin die hiewidder eingerissenen fast zu einer Gewohnheit angewachsenen Unordnungen gemessen abzustellen, und es dießfalls auf die im Jahr 1721 im offenen Druck ergangene allgemeine Landeswaldordnung einzurichten, auch darob mit allem Ernst unnachsichtlich zu halten um so mehr erforderlich sein will, als sonst im widrigen ganz offenbar zu besorgen, daß in wenig Jahren ein durchgängiger Mangel an Brenn- und anderm nöthigen Holz sich in der Folge zu des Lands und der Nachkömmlingschaft allgemeiner Klag äußern müsse, wie dann als schon von mehreren Ortschaften, welche ehedessen mit wohlständigen und erträglichen Waldungen versehen gewesen, jezo über derenselben veröfsten Zustand und Abgang des unentbehrlichen Holzes die späte Reu und Klag zu ihrem empfindlichen Schaden geführt wird: als können wir aus landesfürstväterlicher Wohlmeinuna.

und für den Wohlstand unserer getreuen Lande und Untertanen tragenden hohen Obforge nicht umgehen, dasjenige, was zu förderlicher Aufhelf- und Erhaltung der Waldungen, auch zu Abstell- und Abwendung aller widrigen Unternehmungen schädlicher und nachtheiliger Mißbräuche in der in offenem Druck erlassenen allgemeinen Landes-Waldordnung vom 28. März 1721 in mehreren so heilsamlich als nothwendig gesetzt und vorgeschrieben worden, hiehero vordersamst zu wiederholen, und befehlen diesernach weiter gnädigst und auf das ernstlichste, daß, so viel

1) Unsere eigne fürstliche Waldungen und Hölzer betrifft, unsere adeliche und verrechnende Beamte, auch Forst- und Jagdbediente ob der gedachten allgemeinen Landes Waldordnung vom Jahr 1721, welche zu dem Ende nochmalen nach ihrem ganzen Inhalt von Amt zu Amt zu verkünden ist, auf das genaueste bei ihren ausübenden Pflichten und Vermeidung geschärfster Abndung halten, und selbige, so viel einem jeden Amts und Diensts halben obliegt, zum Vollzug bringen, unter anderen auch um Förderung des nöthigen Nachwachses dahin beflissen sein sollen, daß nach Maaßgab des 9 und 10 Artikels der ermeldeten Landes-Waldordnung das Hüten, Grasen und Laubrechen in diesen unsern herrschaftlichen Hölzern und Waldungen niemanden weder Fremden noch Inheimischen, welche dessen nicht berechtigt sind, auf einige Weiß verstattet, den Berechtigten aber dasselbe allein in dem hohen nämlich zum unschädlichen Hüten, Grasen und Laubrechen genugsam erwachsenen Gehölz zugelassen, mithin die jungen Schläge auf 7 oder auch mehrere Jahre, bis sie nach Beschaffenheit des Bodens wieder hut- grass- und laubrechbar werden, wie auch die wegen des Wilds verhängten Bezirke gänzlich geschonet, im widrigen Uebertretungsfall aber die Frevler zur Waldordnungsmaßsigen Rug bei den Quartal-Ruggerichten unnachsichtlich gezogen, und zu deren Erlegung, auch Ersetzung des etwaigen Schadens gehörig angehalten werden; wobei wir jedoch gnädigst erklären, daß, gleichwie den Untertanen an der Viehzucht, zu Bau- und

Besserung ihrer Gelder, Leistung der Frohn, Erwerbung ihrer Nahrung und schuldigen Gaben ein gar großes gelegen ist, also wir nicht ungeneigt seyen, unsern Gemeinden und Unterthanen, welche des Hütens, Grasens und Laubrechens in unsern herrschaftlichen Waldungen nicht berechtigt, jedoch auch mit selbst eigener Gut und Weid nicht hinlänglich versehen sind, auf ihre bei unsrer dahiesigen Hoffkammer und Oberjagdamt zu thun habende geziemende Meldung in gedachten unsern herrschaftlichen Waldungen unschädliche Revieren zum Hüten, Grasens und Laubrechnen anweisen zu lassen, dahingegen den des Hütens, Grasens und Laubrechens in diesen unsern herrschaftlichen Waldungen berechtigten Gemeinden und Unterthanen solches ohnehin, wie vorgemeldet, außer den jungen Schlägen und verhängten Wildrevieren sonst in unschädlichen Bezirken von unsern Forst- und Jagdbedienten ohne alle Weigerung und Entgeltung anzuweisen und zu verstaten, und ihnen deßhalben einige Bedrückung um Gab oder aus sonstiger üblen Absicht, bei scharfer Straf nicht zu machen, sondern wann auf unverhoffenden Fall bei unsern Beamten einige Klage deßwegen von unsern Gemeinden und Unterthanen wider unsere Forst- und Jagdbediente vorkäme, von ihren Beamten die Untersuchung alsobald vor- und der Augenschein einzunehmen, und der pflichtmäßige Bericht anhero zu unsrer nachgesetzten fürstlichen Regierung um Vorfehrung der verwirkten Ahndung gegen die Schuldigen und sonstigen Verfügung jedesmal zu erstatten ist. Wir wollen und ordnen dabei weiter gnädigst und ernstlich, daß, wie es die ermeldte allgemeine Lands-Waldordnung vom Jahr 1721 Art. 1 in mehreren setzt, von unsern verrechnenden Beamten mit Zugiehung unserer Forstmeister, Forst- und Waldgegenschreiber, Förster und Jäger die sämtlichen Gehölze und Waldungen in einem jeden Amt alle Jahr wenigstens einmal zur Frühlings- oder Herbstzeit in Augenschein wohl genommen, die befindenden Mängel und Anstände richtig bemerket, und anher zu unsrer fürstlichen Hoffkammer umständlich und mit pflichtmäßigem Gutachten einberichtet werden sollen. Belangend

2) Die unsern Stiftern, Klöstern und milden Stiftungen an- und zugehörigen Hölzer und Waldungen, gleichwie an deren Erhaltung in gutem forstmäßigen und erträglichen Stand dem gemeinen Wesen ebenfalls so vieles und merkwürdiges gelegen, und daher unser in Gott ruhenden letzterer Herr Vorfahrer hochseligen Andenkens bereits unterm 14. August 1730 die gnädigste Erklärung gethan, daß diese gleich unsern herrschaftlichen und Gemeindwaldungen in allem nach Anleitung der mehrgedachten allgemeinen Lands-Waldordnung vom Jahr 1721 zu pflegen und zu handhaben seien: also wollen wir auch unsere Stifter, Klöster, und milde Stiftungen hiedurch landesfürst-väterlich erinnert, und wiederholter angewiesen haben, sothane Lands-Waldordnung als eine allgemeine Landesverfügung bei diesen ihren an- und zugehörigen Waldungen und Hölzern im Hüten, Rasen, Holzhauen und andern Waldnutzungen, welche entweder sie selbst ziehen und genießen, oder andern zum Genuß überlassen, oder auch andere darin zum rechtlichen Gebrauch und Genuß hergebracht haben, auch sonst in allen anderen guten Waldpflegungs-Fällen selbst und durch ihre hiezu haltende Forstbediente genau und unverbrüchlich beobachten zu lassen: dessen wir uns auch um so mehr gnädigst versehen, als nebst dem gemeinen Landesbezug auch ihr selbst eigener Nutzen und Vortheil darunter hauptsächlich mit obwaltet, und wir sonst im widrigen uns vermüßiget sehen würden, von landesfürstlicher hoher Obrigkeit und Gewalt andere hinlängliche Verfügung vorzunehmen, und sonderlich durch eigne auf Kosten der säumigen Stifter, Klöster, oder milden Stiftungen anweisende und haltende Förster und Jagdbediente sothane Waldungen und Hölzer nach Waldordnungsmäßiger Erforderniß besorgen und pflegen zu lassen. Ingleichen

3) Was die Gemeindwaldungen, auch Erb- und Güterhölzer angehet, ob zwar wir unsern unmittelbaren und mittelbaren Gemeinden und Unterthanen den nützlichen und Ordnungsmäßigen Gebrauch und Genuß dieser ihrer eigenthümlichen Waldungen und Hölzer benehmen zu lassen gar nicht

gemeinet, sondern vielmehr sie dabei landesfürstväterlich zu erhalten, und hinlänglich schützen zu lassen, des beständigen gnädigsten Entschlusses sind; so können wir jedoch auch aus landesfürstlicher hoher Obsorg nicht gestatten noch übersehen, daß dieselben mit diesen ihren angehörigen Waldungen und Hölzern nach eigener Willkühr mißbräuchig und verschwenderisch zu ihrem und ihrer Nachkömmlingschaft auch des gemeinen Wesens größtem Schaden und Nachtheil umgehen und verfahren: es vergebet daher an alle und jede uns und unserm Fürstenthum Würzburg und Herzogthum zu Franken angehörige sowohl unmittelbare als mittelbare Städte, Flecken, Dörfer, Weiler und Unterthanen samt und sonders unsere fernweite gnädigste Erklärung auch landesfürstlicher ernstgemessener Will und Befehl hiemit, daß sie in Beforstung und Benützung ihrer eigenthümlichen Bürger- und Gemeindswaldungen, auch Erb- und Güterhölzer sich nach mehrgedachter unsrer in offenem Druck ergangenen allgemeinen Lands-Waldordnung vom Jahr 1721 gehorsamst achten, und dieselben in allem genauest beobachten, sofort eingestau- oder Bau- Brenn- oder sonstiges Holz darin ohne Zuziehung und Anweisung unsers nächst angesessenen fürstlichen Revierjägers nicht hauen, weniger einige solche Holzhauung zur Unzeit oder anderst als von dem Revierjäger die Anweisung zum Besten des Walds geschehen ist, im geringsten vornehmen, die jungen unbutbaren Holzschläge auf die gesetzten 7 oder mehrere Jahre, in so lang es nämlich nach Unterschied und Beschaffenheit des Bodens erforderlich ist, mit dem Hüten, Grasen und Laubrechen schonen und meiden, die Waldung von dem darin gehauenen Holz zur gesetzten Zeit, nämlich vor Walburgis raumen, oder wann es nicht samtllich vor solcher Zeit geschehen könnte, selbiges auf alte Wege und Plätze mit Vorwissen des Revierjägers einweilen setzen, die Waldung mit Schweinen zur Eichelmastung nicht überschlagen und damit die jungen Schläge meiden, zu Auflesung des durren Holzes keine verbotene Waffen brauchen, und sonst in allem und durchaus nach Anweisung dieser unsrer allgemeinen Lands-

Waldordnung von 1721 sich gemäß verhalten sollen, alles bei Vermeidung der im widrigen darauf gesetzten und in gedachter Landts-Waldordnung bemerkten Waldbußen und Strafen, auch allenfalls noch schärferer Ahndung, und zumalen in öfterem Uebertretungsfall bei Vermeidung der wirklichen Schanz- oder Zuchthausstrafe; wobei wir jedoch wegen dem Grasen in jungen Schlägen gnädigst erklären, daß, wann hie und da nach besonderer Beschaffenheit des Bodens sich äußern sollte, daß in jungen Schlägen auch noch vor Ausgang der 7 Jahre, und ehe selbige hut- und waldbar werden, gleichwohl das Grasen solchen jungen Schlägen und dem Nachwuchs des jungen Holzes unschädlich, ja noch zu dessen besserem Wachsthum und Aufkommen nützlich und vortrüglich wäre, in solchem besondern Fall auf und nach treuer und pflichtmäßiger Erkenntniß unserer fürstlichen Revierjäger sothanen Grasen in jungen Schlägen auch noch unter den gesetzten 7 Jahren gestattet, außer diesem besondern Fall aber es keineswegs zugelassen, noch auch bei Vermeidung der obgemeldeten Waldordnungsmäßigen Bußen und Strafen eigenthätig anternommen werden solle. Dahingegen

4) Wir auch unsere nachgesetzte fürstliche Forst- und Jagdbediente hiedurch auf das ernstlichste und zwar bei ihren aufhabenden Pflichten, und allenfalls bei Verlust ihrer Forst- und Jagdbedienungen erinnert und wiederholter angewiesen haben wollen, den Gemeinden und Unterthanen, welche in ihren Gemeindwaldungen, Erb- und Güterhölzern einiges Bau- Brenn- oder anderes Holz bauen wollen, auf ihre Anzeig die behörige Anweisung, wie und wo solches Holzbauen zum Nutzen des Walds und der Eigenthümer am füglichsten geschehen könne, ohne Weigerung, Aufenthalt und Entgeltung, (durch Verordnung v. 13. Febr. 1742 wurden dem Forstmeister 3 fl., dem Revierjäger 1 fl. 30 fr. für jede Holzanweisung und Abgabe aus der Gemeinde-Kasse zugesichert —) zu thun, und dahin zu sehen, daß solche Waldungen, so viel nämlich die Gemeindwaldungen angehet (maßenwegen der Erb- und Güterhölzer vorhero jedesmal die berichtliche Anzeig anhero zu unsrer

nachgesetzten fürstlichen Regierung zu thun, und von daraus nach Befinden der erforderliche Bescheid zu gewärtigen ist wann und in so weit es thunlich und möglich ist, in ordentliche Schläge eingetheilet werden, ihren Gemeinden und Unterthanen in Behütung, Begrasung und sonstiger Venußung dieser ihrer eigenthümlichen Waldungen, Erb- und Güterhölzer zwar förderlich und unentgeltlich an Handen zu gehen, jedoch auch, daß die jungen Schläge bis zu ihrer Wiederhutbarwerdung geschonet, die Waldungen von dem gehauenen Holz zur gehörigen Zeit geraumet, und sonst in allen andern Punkten die Waldordnungsmäßige Verfügung befolget werde, die erforderliche Aufsicht zu tragen, zu dem Ende die Gemeindwaldungen, Erb- und Güterhölzer öfters mitzubesehen, und die betretenden Frevler bei Amt und den Quartal-Ruggerichten zur Waldordnungsmäßigen Bestrafung treulich und pflichtmäßig (inmaßen sie deßhalben, wann es noch nicht beschehen wäre, auf die Gemeindwaldungen, Erb- und Güterhölzer annoch wie auf unsere herrschaftlichen Waldungen zu verpflichten sind) ohne alle üble Nebenabsicht anzuzeigen, sofort auf die gute Waldordnungsmäßige Hegung und Erhaltung der Gemeindwaldungen, Erb- und Güterhölzer, gleich unsern herrschaftlichen Waldungen den ernstlichen Bedacht mitzunehmen, bei dieser auf die Gemeindwaldungen, Erb- und Güterhölzer tragenden Mitaufsicht aber den Gemeinden und Unterthanen keinen Ueberlast auf eine oder andere Weis zuzufügen, im Holzhauen die Anweisungen nicht zu verschieben und aufzuhalten, die Hegung der jungen Schläge über die erforderliche Zeit nicht zu verschieben, keine unnöthigen Verbhängungen für das Wild vorzunehmen, noch dieselben größer und weiter, als es unumgänglich vonnöthen ist, zu machen, imgleichen keine unnöthige oder auch mehrere Salzlaßen, als erforderlich sein mag, für das Wild anzurichten, oder auch dieselben zur Gefährde der nahe anliegenden Felder zu stellen, noch sonst auf andere Weis die Gemeinden und Unterthanen in ihren zugehörigen Waldnußungen zu behindern oder zu benachtheiligen, aus Ungunst oder sonsti-

ger üblen Absicht, sonderlich einiger Vergeltung oder Belohnung zu bedrücken, weniger daß in jungen Schlägen verbotene Hüten und Grasen selbst zu unternehmen, oder anderen unter der Hand zuzueignen, sondern die Aufsicht und Mitbeforstung der Gemeindwäldungen, Erb- und Güterhölzer ohne Belohnung und Entgeltung zum gemeinen Dienst zu leisten, und sich lediglich mit dem dritten Theil derjenigen Waldbußen, welche auf ihre bei Amt und den Quartal-Ruggerichten beschehende Anzeigen gegen die schuldig befundenen Frevler Waldordnungsmäßig erkannt, und eingebracht werden, begnügen zu lassen. Wie wir dann auch

5) Unsern adelichen und verrecknenden unmittelbaren und mittelbaren Beamten ebenfalls alles Ernsts bei ihren aufhabenden Pflichten und bei Vermeidung schärfster Ahndung gnädigst auflegen und anbefehlen, die nöthige Obsorg, damit die allgemeine Lands-Waldordnung vom Jahr 1721 wie in unsern herrschaftlichen, also auch in den Gemeindwäldungen, Erb- und Güterhölzern in den dahin einschlagenden Punkten unverbrüchlich gehalten werde, gleichmäßig zu tragen, die dagegen frevelnden Unterthanen und andere zur Waldordnungsmäßigen Straf und Buß bei den gewöhnlichen Ruggerichten unnachlässiglich zu ziehen, den Revierjägern auf ihre Anzeig in denjenigen Punkten, so der mehrgedachten allgemeinen Lands-Waldordnung gemäß sind, die hülfsliche Hand unverlängt zu bieten, auch ihnen von denjenigen Bußen, welche auf ihre Anzeigen von Amts wegen bei den Ruggerichten erkannt worden, einen Drittel, wie obgedacht, zukommen zu lassen, hingegen auch den Gemeinden und Unterthanen auf ihre etwaige Klagen und Anzeigen, daß sie mit den Holzanweisungen Waldverhängungen, oder sonst im Hüten, Grasen, Laubrechen, Schweineinschlagen, und anderen Benutzungen ihrer eigenthümlichen Wäldungen und Hölzer von unsern Forstbedienten und Revierjägern entweder allzu lang aufgehalten, oder sonst wider die Gebühr aus Ungunst oder sonstiger üblen Absicht beschweret, mit Geldforderungen oder auf andere unziemliche Weis bedrückt und be-

lästigt werden, den erforderlichen Amtsbeistand alsbald zu leisten, den Augenschein und die unverlängte Untersuchung vorzunehmen, nach Befinden die Jäger und Forstbediente ernstlich zu verwarnen, und zur Gebühr anzuweisen, im nicht Verfangungsfall aber es anhero zu unsrer nachgesetzten fürstlichen Regierung zur hinlänglichen Verfügung und Abndung zu berichten, und immittelst von Amts wegen die gehörige Remedur nach Beschaffenheit der Sache, wann es zumalen keinen Verzug leidet, damit der Unterthan nicht gehindert und aufgehalten sein möge, wirklich vorzukehren, imgleichen, wann es auf Kleinigkeiten ankommt, als da der Unterthan ein und anders. Studt Nutzholz im Nothfall brauchet, und der Revlerjäger entfernt, oder verhindert wäre, sogleich auf Anzeig des Unterthanen von Amts wegen die Anweisung durch den Ortsvorsteher thun zu lassen, sofort darauf zu sehen und zu halten, daß von den sowohl unmittelbaren als mittelbaren Gemeinden und Unterthanen unsere allgemeine Lands-Waldordnung richtig beobachtet, jedoch auch dieselben gegen den Inhalt sothaner Lands-Waldordnung von den Jägern und Forstbedienten nicht beschweret werden. Wobei unsern sowohl unmittelbaren als mittelbaren Gemeinden und Unterthanen zu ihrer Wissenschaft und gehorsamsten Verhaltung mit angefüget wird, daß, gleichwie unsere Forst- und Jagdbediente Amts und Diensts halber angewiesen sind, darauf zu sehen und zu halten, daß zur Seßzeit unsere sowohl herrschaftlichen, als auch diejenigen stiftischen und klösterlichen Waldungen, imgleichen Gemeind- und Erbhölzer, wo und in welchen wir und unser fürstliches Hochstift Würzburg die Jagd hergebracht auf 2 Monat lang, als vom 1. Mai bis zu End Juni gesperrt seien, und sofort die Holz-, Gras- und andere dergleichen Leute gänzlich daraus bleiben, also unsere Gemeinden und Unterthanen auf diese 2 monatliche Zeit die Waldungen mit dem Holzen, Hüten, Grasen und dergleichen schuldigst zu schonen und zu meiden haben.

6) Ob zwar nach Anleitung der öfters gedachten allgemeinen Lands-Waldordnung Art. 10 unsern Beamten, Forst-

und Jagdbedienten das Hüten und Grasen in unsern herrschaftlichen Waldungen nicht zugelassen, sondern gänzlich verboten ist, so wollen wir jedoch aus besonderen Gnaden und bis auf gutbefindende Wiederrufung so viel mildest gestatten, daß allein in denjenigen uns angehörigen herrschaftlichen Waldungen und Hölzern, worein unsere Gemeinden des Hütens und Grasens berechtigt sind, unsere Beamten, Forst- und Jagdbedienten eine gleiche Wohlthat, jedoch also und dergestalt zukommen solle, daß sie Beamte, Forst- und Jagdbediente ihr Vieh nicht besonders hineintreiben, sondern zu der Gemeindheerd stellen, und mit dieser in unsere herrschaftliche Waldung zur Hut eintreiben lassen sollen, und zwar mit der Maßregel, daß, wann es die Waldung ertraget, ein zeitlicher Oberamtmann 6 Stück, als theils Rube, theils Mastvieh, ein verrechnender Beamter 2 Rube und 2 Maststücke, ein Zentgraf, Amts- Zent- und Gegenschreiber aber, wie auch Forst- und Wildmeister, imgleichen ein Jäger eine Rube und ein Maststück zur Gemeindheerde solle beistellen, und mit diesen eintreiben lassen dürfen, jedoch mit dem Abfall, daß, wann schon ein Beamter in einem Amt mit mehreren Bedienungen als mit der Kellerei und Zentgrafen-Stelle, oder mit der Amts- Zent- und Gegenschreibers-Stelle begnadet wäre, derselbe dannoch nicht mehrers Vieh, als ihm nach seiner erstern Bedienung zukommt, beizustellen, und mit einzutreiben lassen habe; wie dann auch ein Beamter, Forst- und Jagdbedienter in einem Amt nicht mit allen des Hütens und Grasens in unsern herrschaftlichen Waldungen berechtigten Gemeinden desselbigen Amtes, sondern allein mit derjenigen berechtigten Ortsgemeind, wo er wohnt, sothane Wohlthat der Viehbeistellung und Miteintreibung haben solle, also, daß, wann die Gemeind des Orts, wo der Beamte, Forst- und Jagdbediente wohnt, des Hütens und Grasens in unsern herrschaftlichen Waldungen nicht berechtigt wäre, auf solchen Fall auch diese Wohlthat für den Beamten, Forst- und Jagdbedienten gestattet und zugelassen sein, seine Befugniß der Viehbeistellung und Miteintreibung soll unsern Beamten, Forst- und Jagdbe-

dienten, auch in den Gemeindwäldungen (nicht aber in den besonderen Erb- und Güterhölzern) mit und nebst den Gemeinden zukommen, jedoch in allem auf die Art und Weis und mit den nämlichen Mäßigungen, als vorhero bei unsern herrschaftlichen Wäldungen in mehreren gesetzet und geordnet worden: und soll kein Beamter, Forst- und Jagdbedienter sothane geordnete Mäßigungspuncten in einem oder anderm entweder bei unsern herrschaftlichen oder auch Gemeindwäldungen zu überschreiten sich unterstehen, im widrigen aber nicht nur der ihm gnädigst zugelegten Wohlthat des Vieh- Vie- und Eintriebs verlustiget sein, sondern auch noch mit besonderer Straf angesehen werden.

Beilage

	6	<i>Nordwest</i>			2	1	1
VI							
V							
IV						<i>Fig. 1.</i>	
III							
II							
I						<i>nord Frauenst.</i> <i>zu München</i>	
I							
II							
III							
IV							
V							
VI							

0_{rd} m
12 sin 7.

nm
12 sin 7.

w. —

Dre

N^{ro}

B. Bra

H. Hre

M. Ma

w. M. B.

+ M. =

w. M. H.

+

(Ord-) n
+ r sin

+ $\frac{nm}{2r^2 \sin}$

W

N^{ro}

.....
.....

.....

w

+

w

+

Ord m
+ r sin

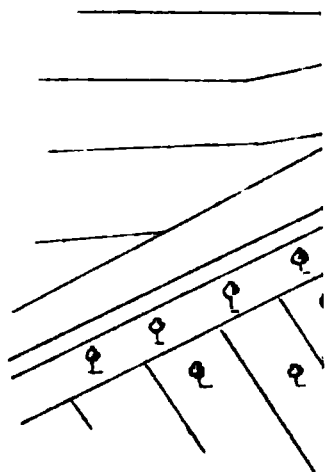
nm
+ 2r² sin

w

der y
 ein gro/ßer
 nimm genommen

a	b
b	a
a	d
d	c
k	l
l	b

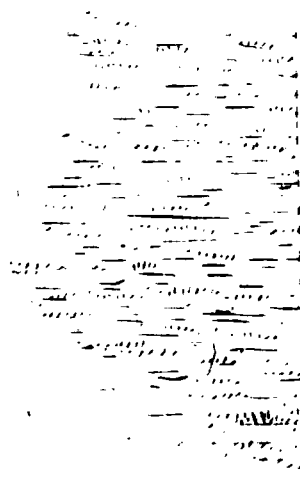
Stecker un



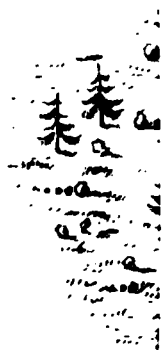
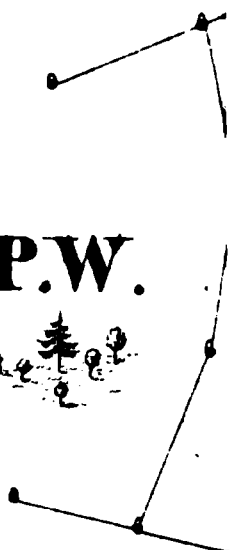
Y



Oedunge



P.W.



Handwritten notes and markings along the right margin, including the letters 'n', 'o', 'r', 'c', and 'l'.

ny

vi

g

6

vi

 *Ca*



 *a*

 *s*

 *Ki*

 *M*

 *a*



ny

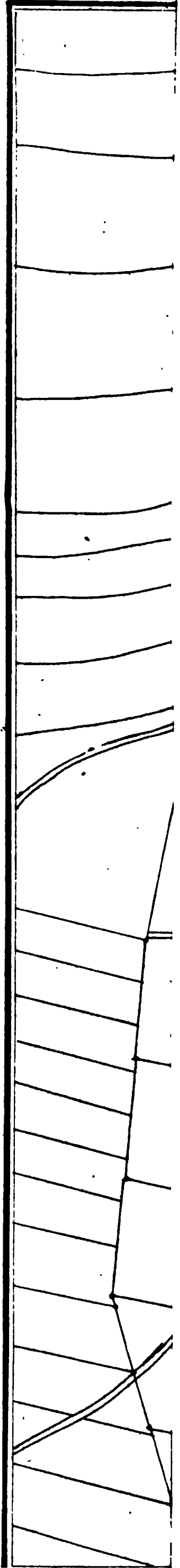
na

o

o

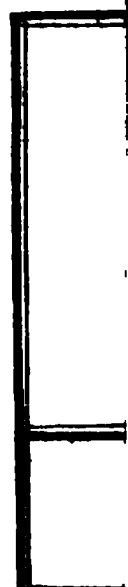
o

my
re
g
s
c
s



mg
in
J
A
C
v

B
Ste



ang
r
g
h
o

[illegible]

[illegible]

1848
J
lin
m
min
lief
ber
not
F

A r c h i v
der
Forst- und Jagd-Gesetzgebung
der
deutschen Bundesstaaten.

Herausgegeben

von

St. B e h l e n,
Königl. Bayerischem Forstmeister.

Sechszehnten Bandes zweites Heft.

Freiburg im Breisgau,
Verlag der Fr. Wagner'schen Buchhandlung.

1 8 4 3.

1912-1913

1914-1915

1916-1917

1918-1919

Inhaltsverzeichnis.

I.

Königlich Preussische Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen und allgemeine Verfügungen.

Von 1842.

Seite

1. Die Ermäßigung der auf die Verletzung der Schonzeit des Wildes gesetzten Strafen betreffend 1

Von 1843.

2. Die Ausübung der Waldstreu-Berechtigung betreffend 2
3. Die Theilung gemeinschaftlicher Jagddistrikte in der Provinz Westphalen betreffend 7
4. Die Ausführung der Theilungen gemeinschaftlicher Jagddistrikte in der Provinz Westphalen 15
5. Die Theilung gemeinschaftlicher Jagddistrikte, für sämtliche zum städtischen Verbanke der Kur- und Neumark Brandenburg und des Markgrathums Niederlausitz, so wie der Provinz Sachsen gehörige Landestheile betreffend 29
6. Die Ausführung der Jagdgemeinheits-Theilungen für die zum ständischen Verbanke der Kur- und Neumark Brandenburg und dem Markgrathum Niederlausitz, so wie der Provinz Sachsen gehörigen Landestheile 35
7. Verfahren bei dem Holzverkauf in den Königl. Forsten 50
8. Veranschlagung und Verwendung der zu verabreichenden Freibauhölzer 62
9. Festsetzung der Licitations-Durchschnitts-Preise für aus freier Hand verkaufte Hölzer 64

II.

Herzoglich Nassauische Forst- und Jagdverordnungen und allgemeine Verfügungen.

Von 1840.

1. Die Reduktion der Lokalmaasse in das Metermaass bei Abschätzung des Waldertrages betreffend 67
2. Die Vollzugsvorschriften der Waldsteuer-Revision betreffend 68
3. Die Festsetzung der Holzpreise behufs der Steuerregulirung betreffend 70
4. Die Naturalaufnahme des Holzes durch die Forstbehörde, sowie dessen Vormerkung und Controlirung bei der Abfahrt betreffend 72

5. Die Ausstodung der Privatwäldungen betreffend	Seite 73
6. Die Bestrafung der von Königl. Preussischen Unterthanen in den Herzogl. Nassauischen Forsten verübten Frevel betreffend	73

III.

Herzoglich Anhalt-Bernburgische Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen und allgemeine Verfügungen.

Von 1820.

1. Das Laubtragen betreffend	75
--	----

Von 1827.

2. Den eigenmächtigen Abtrieb in den Niederwäldungen der Privatholzbesitzer betreffend	76
---	----

Von 1839.

3. Den Verkauf von Holz aus den herrschaftlichen Forsten betreffend	77
4. Die Strafe der Entwendung stehender Bäume betreffend	78
5. Die bei entdeckten Jagdfreveln den Denuncianten zukommenden Belohnungen betreffend	79
6) Anderweite Bestimmungen hinsichtlich der Fällung und Aufarbeitung der Hölzer in den Privatwäldungen betreffend	79

Von 1840.

7. Die Besenreisig-Entwendungen in den Elbforsten betreffend	80
--	----

I.

Königlich Preussische Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen und allgemeine Verfügungen.

1) Die Ermäßigung der auf die Verletzung der Schonzeit des Wildes gesetzten Strafen betreffend.

Vom 9. Dezember 1842.

Durch die Verordnung vom 18. Mai 1839 wird auf den Antrag der Stände der Provinz Sachsen die in der Holz-, Mast- und Jagd-Ordnung für das Herzogthum Magdeburg und das Fürstenthum Halberstadt vom 3. Oktober 1743 auf die Verletzung der Schonzeit des Wildes gesetzten hohen Strafen suspendirt; und an deren Stelle ermäßigte Strafen festgesetzt. Da sich das Bedürfniß zu einer solchen Strafermäßigung auch in allen übrigen Landestheilen herausgestellt hat, so wird nach den von den Ständen bei Begutachtung des Entwurfs einer allgemeinen Forst- und Jagdpolizei-Ordnung abgegebenen Erklärungen, und auf den Antrag des Staatsministeriums, für den ganzen Umfang der Monarchie, mit Aufhebung der Verordnung vom 18. Mai 1839 vorläufig bis zum Erscheinen der allgemeinen Forst- und Jagdpolizei-Ordnung verordnet, wie folgt:

§. 1.

Für das Tödten oder Einfangen des Wildprets während der vorgeschriebenen Schonzeit Seitens der zur Jagd sonst berechtigten Personen, treten nachstehende Geldbußen ein:

Behlen, Archiv. Bd. XVI. 26. Heft.

1)	für ein Stück Elchwild	50 Rthlr.
2)	" " " Rothwild	30 "
3)	" " " Damwild	20 "
4)	" " " Auerwild	10 "
5)	" einen Schwan	10 "
6)	" " Fasan	10 "
7)	" ein Stück Rebwild	10 "
8)	" einen Dachs	5 "
9)	" " Hasen	4 "
10)	" ein Stück Fasel oder Birkwild	3 "
11)	" eine Schnepfe, Gans oder Ente *)	2 "

§. 2.

Diesen Geldbußen (§. 1.) wird für den Fall des Unvermögens des Kontravenienten verhältnißmäßige Gefängnißstrafe substituirt.

§. 3.

An Betreff der geschehenen Aufhebung der Schonzeit für das Schwarzwild und hinsichts der Ermächtigung der Provinzial-Regierungen, den Jagdberechtigten auf ihren Antrag, zur Vorbeugung von Wildschäden, in den dazu geeigneten Fällen, den Abschuß des Roth- und Damwildes auch in der Schonzeit zu gestatten, behält es bei den schon im administrativen Wege ergangenen Bestimmungen sein Bewenden.

2) Die Ausübung der Waldstreu-Berechtigung betreffend.

Vom 5. März. 1843.

Zur Verhütung der Nachtheile, welche eine unregelte Ausübung der Waldstreu-Berechtigung auf die Holzkultur ausübt, und um sowohl den Waldbesitzern die angemessene Bewirthschaftung ihrer Waldungen, als auch den Servitut-Berechtigten

*) Laut Publicandum vom 7. März 1843 sind auch die Rebhühner einer Strafe von 2 Thaler unterworfen. A. d. R.

selbst die nachhaltige Ausübung dieser Berechtigung zu sichern, wurde für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Posen und Sachsen, vorläufig bis zur Publikation einer neuen allgemeinen Forst- und Jagdpolizei-Ordnung, verordnet, wie folgt:

§. 1. Die Waldstreu-Berechtigung besteht in der Befugniß, abgefallenes Laub und Nadeln, so wie dörres Moos zum Unterstreuen unter das Vieh, Behufs der Bereitung des Düngers, in dem Walde eines Andern einzusammeln.

§. 2. Wo der Umfang und die Art der Ausübung dieser Berechtigung durch Verleihung, Vertrag, richterliche Entscheidung oder bereits vollendete Verjährung bestimmt festgestellt worden ist, behält es hiebei sein Bewenden. In Ermangelung solcher auf besonderen Rechtstiteln beruhender Verhältnisse dienen die nachstehenden Vorschriften lediglich zur Richtschnur.

§. 3. Die Berechtigten müssen sich, wenn sie die Waldstreuung in der nächsten Periode (§. 4. b.) ausüben wollen, spätestens bis zum 15. August eines jeden Jahres bei dem Waldbesitzer oder dessen verwaltenden Beamten melden, worauf ihnen ein kostenfrei ausgefertigter Zettel zu ihrer Legitimation ertheilt wird. Dieser Zettel ist nur für den Zeitraum, für das Revier und für die Personen gültig, auf welche derselbe lautet.

Die Streuberechtigten oder die von ihnen mit Einsammlung der Waldstreu beauftragten Leute müssen diese Zettel, wenn sie Streu im Walde einsammeln, bei Vermeidung einer für jeden einzelnen Kontraventionsfall an den Waldeigenthümer zu erlegenden Strafe von Fünf bis Zehn Silber Groschen, stets bei sich führen, und beim Ablauf der zur Streusammlung bestimmten Zeit, bei gleicher Strafe wieder abliefern.

§. 4. Die Berechtigung darf nur:

- a) in den vom Waldeigenthümer nach Maßgabe einer zweckmäßigen Bewirthschaftung des Forstes geöffneten Distrikten.
- b) in den sechs Wintermonaten vom 1. Oktober bis zum 1. April.

c) an bestimmten vom Waldeigenthümer mit Rücksicht auf die bisherige Observanz festzusetzenden, jedoch auf höchstens zwei Tage in der Woche zu beschränkenden und von den Raff- und Leseholz-Tagen verschiedenen Wochentagen ausgeübt werden. Besteht aber nach dem Herkommen der Gebrauch, daß die Einsammlung der Streu gleich beim Beginne des Octobers an mehreren nach einander folgenden Tagen, von allen Berechtigten gleichzeitig unter Aufsicht des Waldeigenthümers geschieht, und hiemit das Einsammeln für das ganze Jahr geschlossen ist, so behält es hiebei sein Bewenden.

Die Berechtigung darf auch nur

d) mit den in den Zetteln bezeichneten, nach der bisherigen Observanz zu bestimmenden Transportmitteln, und

e) nicht mit eisernen, sondern nur mit hölzernen unbeschlagenen Rechen oder Harken, deren Zinken ebenfalls nur von Holz sein dürfen und mindestens $2\frac{1}{2}$ Zoll von einander abstecken müssen,

ausgeübt werden.

§. 5. Entstehen über die Frage:

welche Distrikte zum Streusammeln zu öffnen sind, zwischen dem Waldeigenthümer und den Berechtigten Streitigkeiten, so werden solche von dem Kreislandrathe, unter Zugiehung eines von diesem zu wählenden hiebei unbetheiligten Forstbeamten und eines Oekonomieverständigen, unter Vorbehalt des Rekurses an das Plenum der vorgesetzten Regierung, entschieden. Ueber Streitigkeiten in Betreff der Transportmittel, so wie über die mit Berücksichtigung der bisherigen Observanz zum Streuholen zu bestimmende Zahl der Tage (§. 4. litt. c.) findet dagegen das ordentliche Rechtsverfahren Statt.

§. 6. Die Waldstreu kann zwar vorübergehend auch zu andern wirthschaftlichen Zwecken (§. 1.), z. B. zur Versehung der Wände der Wohngebäude, zur Bedeckung der Kartoffelgruben u. s. w., benutzt, darf aber in ihrer Endbestimmung nur zum Unterstreuen unter das Vieh verbraucht, auch weder verkauft, noch sonst an Andere überlassen werden.!

§. 7. Wer die Waldstreu-Berechtigung

a) in anderen als den dazu geöffneten Distrikten (§. 4. litt. a.),
b) nach dem Schluß der Streulings-Periode (§. 4. litt. b.),
c) an andern als den im Zettel bestimmten Tagen (§. 4. lit. c.)
ausübt, soll bestraft werden,

mit einer Geldbuße von Zehn Silbergroschen, wenn die
Streu getragen oder auf Radwern (Schiebkarren) ge-
holt wird,

mit einer Geldbuße von Einem Thaler, wenn die Streu
mit einer ein- oder zweispännigen Fuhre, und

mit einer Geldbuße von Zwei Thalern, wenn die Streu
mit einer drei- oder vierspännigen Fuhre
geholt wird.

Der Gebrauch der in §. 4. litt. e. verbotenen Karren
wird, neben Konfiskation derselben, mit einer Strafe von Einem
Thaler, und die Ausübung der Berechtigung mit größeren, als
den im Zettel bezeichneten Transportmitteln mit einer gleich
hohen Strafe geahndet.

Werden diese Kontraventionen bei Nacht, d. h. in der
Zeit von einer Stunde nach Sonnenuntergang bis einer Stunde-
vor Sonnenaufgang, oder an Sonn- und Festtagen verübt,
so tritt der doppelte Betrag dieser Strafe ein.

Der Verbrauch der Waldstreu zu anderen Zwecken, als
zum Unterstreuen unter das Vieh (§. 6.), wird mit einer
Strafe von Zwei Thalern, und der Verkauf oder die sonstige
Ueberlassung der Waldstreu an Andere,

für eine Karre oder Traglast mit Einem Thaler,

für eine ein- oder zweispännige Fuhre mit Zwei Thalern,

für eine drei- oder vierspännige Fuhre mit Vier Thalern,
neben dem Verluste der Berechtigung, auf ein Jahr geahndet.

In Wiederholungsfällen nach vorgängiger rechtskräftiger
Verurtheilung zahlt der Kontravenient die doppelte Geldstrafe,
außerdem verliert er, wenn er nach zweimaliger Verurtheilung
wegen Streu-Veräußerung sich dieses Vergehens von Neuem

schuldig macht, die Waldstreu-Berechtigung auf die ganze Dauer seiner Besitzzeit.

Die Geldstrafen fallen dem Waldeigenthümer anheim.

§. 8. Bei Betretung des Frevlers auf eine der in den §§. 3 und 4 bezeichneten Kontraventionen tritt Pfändung ein, und der Wald-Eigenthümer ist das abgenommene Pfand nur gegen Erlegung der auf die Kontravention gesetzten Strafe auszuantworten verpflichtet.

§. 9. Wer die erkannten Geldstrafen zu zahlen unvernünftig ist, hat an deren Stelle Gefängnißstrafe, oder nach der Wahl des Waldeigenthümers Forst- oder andere Strafarbeit, nach Maaßgabe der wegen Bestrafung der Holz-Diebstähle bestehenden Bestimmungen, zu gewärtigen.

§. 10. Die Untersuchung der Kontraventionen gegen diese Verordnung und die Festsetzung der darin angedrohten Strafen erfolgt durch die zur Untersuchung und Bestrafung der Holz-Diebstähle bestellten Forstgerichte nach dem für dieselbe vorgeschriebenen Verfahren. Bei Kontraventionen gegen das Verbot des Verkaufs von Waldstreu aber (§§. 6 und 7) bleibt die Entscheidung den ordentlichen Gerichten vorbehalten.

§. 11. Bei der Untersuchung der gegen diese Verordnung verübten Kontraventionen wird den Angaben der lebenslänglich oder doch mit dem Anspruche auf lebenslängliche Versorgung angestellten, nach Vorschrift des §. 20 des Gesetzes vom 7. Juni 1821 vereidigten, auch von dem Bezuge aller Denunzianten- und Straf-Anteile ausgeschlossenen Forst- und Jagdbeamten, welche den Angeschuldigten auf Grund eigener Wahrnehmung bezüchtigen, volle Beweisraft beigelegt, sofern nicht der Angeschuldigte durch Gegenbeweis seine Unschuld auszuführen oder die gegen ihn angebrachten Beweise zu entkräften vermag. Es sind aber, wenn der Forstbeamte die verübten Kontraventionen nicht selbst ermittelt und die Thäter dabei betroffen hat, auch andere Beweismittel zur Ueberführung der Kontravenienten zulässig.

§. 12. Jeder Forstbeamte, dessen Angaben der Waldeigenthümer die volle Glaubwürdigkeit nach Vorschrift des §. 11 beigelegt sehen will, muß bei dem Gerichte eidlich dahin verpflichtet werden:

daß er die Forst-Kontraventionen, welche in dem Reviere, in welchem er angestellt ist, zu seiner Kenntniß kommen, mit aller Wahrheit und Gewissenhaftigkeit anzeigen, und was er über die Thatumstände des Vergehens und über dessen Urheber und Theilnehmer aus eigener Ansicht wahrgenommen oder durch fremde Mittheilung erfahren habe, mit genauer Unterscheidung angeben wolle.

Eine Ausfertigung dieses Verpflichtungs-Protokolls wird bei dem Forstgerichte (§. 10.) niedergelegt, und im Falle der Versetzung des Beamten nach einem anderen Bezirke dem daselbst kompetenten Forstgerichte kostenfrei übermacht. Ist der Beamte schon auf das Gesetz wegen Untersuchung der Holzdiebstähle vereidigt, so ist er durch das kompetente Gericht nur auf die obige Eidesnorm zu verweisen.

3) Die Theilung gemeinschaftlicher Jagddistrikte in der Provinz Westphalen betreffend.

Vom 7. März 1843.

§. 1. Die Theilung gemeinschaftlicher Jagddistrikte nach dieser Verordnung findet Statt, wenn Mehrere in einem und demselben Distrikte die Jagd auf Grund eines gemeinschaftlichen oder für jeden Einzelnen besonders bestehenden Rechtstitels auszuüben befugt sind.

§. 2. Gegenstand des Theilungsverfahrens kann nur die gemeinschaftliche Berechtigung zu einer und derselben Jagdart innerhalb eines namhaft abgegrenzten Bezirks sein, so daß in dem nämlichen Bezirke die hohe und niedere Jagd, und eben so auch die mittlere Jagd, wo diese besonders hergebracht ist, jede für sich zur Theilung kommt. Eine Ausnahme hiervon ist

nur in dem Falle zulässig, wenn den sämtlichen Jagdberechtigten des Distrikts alle Jagdarten zustehen.

§. 3. Zur Provokation auf Theilung sind Alle, sowohl einzelne Personen, als Korporationen, befugt, denen in demselben Distrikte die Jagd selbstständig, vermöge Eigenthums- oder erblichen Nutzungsrechts zusteht. Provokirt ein nur zur erblichen Nutzung Berechtigter, so ist die Zustimmung des Eigenthümers erforderlich, und dieser bei der Theilung zuzuziehen. Ein Provokationsrecht steht dagegen nicht zu:

a) denjenigen, welchen die Berechtigung nur für ihre Person auf Lebenszeit gebührt; in diesem Falle ist nur derjenige zur Provokation befugt, welchem das Eigenthum oder Erbnutzungsrecht an der Jagd zusteht;

b) Mitgliedern einer Gemeinde in Ansehung einer der letzteren zustehenden Jagdberechtigung; erstere können nicht auf Theilung derselben unter den Einzelnen provoziren.

§. 4. Eine Provokation verpflichtet nur dann die Provokanten zur Einlassung auf das Theilungsverfahren, wenn solche von zwei Dritteln der Jagdberechtigten eines bestimmten Bezirks erfolgt. Diese Zahl wird nach den einzelnen selbstständigen Jagdberechtigungen in dem Bezirke, ohne Rücksicht auf den Umfang des Jagdrechts, berechnet. Dagegen steht einem oder mehreren Interessenten frei, gegen Uebernahme aller Kosten auf Ausscheidung aus der gemeinschaftlichen Jagdberechtigung und Zuweisung eines privaten Jagdreviers anzutragen.

§. 5. Die Provokanten müssen bei der Provokation denjenigen Bezirk, in welchem die Theilung der gemeinschaftlichen Jagdberechtigung erfolgen soll, so wie die Jagdart genau angeben.

§. 6. Die innerhalb eines solchen Bezirks (§. 5.) befindlichen privaten Jagdreviere sind kein Gegenstand der Theilung; es sind aber die Eigenthümer derselben zur Wahrnehmung ihrer Gerechtsame bei dem Verfahren zuzuziehen. Auch steht es dem Eigenthümer eines solchen privaten Jagdreviers frei, sich mit demselben, wenn es in den Auseinandersetzungs-

plan paßt, der Theilung anzuschließen, und muß ihm in diesem Falle eine Abfindung dafür aus dem zu theilenden Bezirke angewiesen werden.

§. 7. Der Zugiehung der Obereigenthümer, der Lehnsherren, der Lehnagnaten, Fideikommissanwärter und Wiederkaufsberechtigten, so wie der Hypothekengläubiger bedarf es nicht; melden sie sich selbst, so sind sie mit ihrem ewigen Widerspruche, der jedoch nur auf Unzulänglichkeit der Abfindung gegründet werden kann, zu hören.

§. 8. Die Befugniß, auf Theilung eines gemeinschaftlichen Jagddistrikts anzutragen, kann weder durch Willenserklärungen noch durch Verträge, noch durch Verjährung aufgehoben werden.

§. 9. Bei der Theilung müssen die Berechtigten nach Maafgabe ihrer Theilnahmerechte abgefunden werden.

§. 10. Welche Rechte jedem Betheiligten an dem zu theilenden Jagddistrikte zustehen, wird nach den darüber vorhandenen Urkunden, Willenserklärungen und Judikaten, in deren Ermangelung nach den statutarischen Rechten und dem Herkommen, sodann nach den Provinzialrechten, und endlich nach den allgemeinen Landesgesetzen beurtheilt. Die notariellen Gränzbeziehungs-Instrumente sollen, sofern ihre Richtigkeit außer Zweifel ist, eine rechtliche Vermuthung für die Richtigkeit der darin angegebenen Jagdgränzen begründen.

§. 11. Sind sämmtliche Betheiligte in derselben Art und in gleichem Maafße berechtigt, so wird der Distrikt unter dieselben, vorbehaltlich der Ausgleichung wegen der verschiedenartigen Beschaffenheit des Terrains, gleichmäßig vertheilt.

§. 12. Wo eine solche gleichmäßige Berechtigung aller Theilnehmer nicht stattfindet, wird zum Behuf der Theilung ein jedes Jagdrecht, welches nicht schon durch Verträge, Herkommen, Verjährung, Judikate oder Provinzialgesetze auf eine gewisse Personenzahl bestimmt ist, auf eine solche Zahl nach folgenden Grundsätzen festgesetzt:

- a) Ist ein Theil der Interessenten zu der vollen Jagd, d. h. zu dem Jagen mit Bracken und dem Horn, so wie zum Suchen mit dem Hühnerhunde, ein anderer dagegen nur zu letzterem berechtigt, so wird die volle Jagdberechtigung als Norm angenommen (litt. b.) und je nach der größeren Ausdehnung oder Beschränkung im Einzelnen die Personenzahl bestimmt.
- b) Auf die volle Jagdberechtigung werden fünf Personen gerechnet, und es wird angenommen, daß dieselben aus dem Eigenthümer der Jagd, einem Jäger, einem Mitgliede seiner Familie, oder einem Hausgenossen, und zwei von ihm mitgenommenen Fremden bestehen.
- c) Ist die Befugniß, mit Bracken und dem Horn zu jagen, ausgeschlossen, und die Berechtigung auf Suchen mit dem Hühner- oder Vorstehhunde beschränkt, so wird solche
 - aa) in einem aus Aekern und Wiesen bestehenden, auch etwa von Holzungen minderen Umfangs durchschnittenen Terrain zu vier Fünftel,
 - bb) auf Gemeinhuden, Haidegrund und Torfmoor zu drei Fünftel, und
 - cc) in großen Waldungen zu zwei Fünftel des Werths einer vollen Jagdberechtigung gerechnet.
- d) Steht bei der vollen Jagd einem Berechtigten die Befugniß, gleichzeitig in zwei oder mehreren verschiedenen Zügen, und mit zwei oder mehreren Hörnern zu jagen, als ein Vorrecht zu, so werden der sub b. bestimmten Personenzahl für jedes Horn zwei Personen hinzugesetzt.
- e) Hat ein Jagdberechtigter die Befugniß, neben der eigenen Ausübung der Jagd, Jagdschilder an Fremde auszutheilen, so wird für jedes Schild, welches er auszugeben berechtigt ist, der sub b. oder c. bestimmten Zahl eine Person hinzugesetzt.
- f) Findet ein verschiedenartiges Verhältniß in der Anzahl der Personen, durch welche die Jagd ausgeübt werden kann, unter den Betheiligten dahin Statt, daß der eine

mit mehr, der andere mit weniger Personen zu jagen berechtigt ist, so kommt die Bestimmung sub b. nicht in Anwendung; besteht aber eine solche Verschiedenheit der Personenzahl neben dem sub a. erwähnten Unterschiede zwischen den Arten der Berechtigung, so ist außer dem Verhältnisse unter den Personenzahlen auch das Verhältniß unter den Berechtigungsarten nach Maaßgabe der Bestimmung sub c. zu berücksichtigen.

g) Ist die Ausübung der Jagd auf einen geringeren Zeitraum als die ganze Jagdzeit beschränkt, so wird die Personenzahl, nach Maaßgabe der Bestimmungen sub b. u. c., im Verhältniß des gedachten Zeitraums zu der Dauer der ganzen Jagdzeit festgesetzt. — Sonn- und Feiertage werden hierbei nicht mitgezählt, dagegen ist auf die Jahreszeit, in welcher eine solche beschränkte Berechtigung ausgeübt wird, in der Art Rücksicht zu nehmen, daß ein Tag im Monate September zu dem dreifachen, und ein Tag im Monate Oktober zu dem doppelten Werthe eines Tages in den späteren Monaten gerechnet wird.

h) Steht einem Betheiligten die Vorjagd zu, so ist für diejenige Periode, innerhalb welcher sie ausgeübt werden kann, der Werth der Jagdberechtigung um die Hälfte desjenigen Werths zu erhöhen, welchen sie sonst nach den Bestimmungen sub b. bis g. haben würde.

Bei solchen Ausdehnungen oder Beschränkungen, welche, außer den eben erwähnten, in besonderen Fällen vorkommen, sind die vorstehenden Bestimmungen analogisch anzuwenden, und hat über die Anrechnung jener Ausdehnungen oder Beschränkungen, in Ermangelung einer gütlichen Einigung unter den Betheiligten, die Theilungs-Kommission nach billigem Ermessen zu entscheiden. Auch bleibt derselben, wenn sie die Bestimmungen sub a. bis h., wegen besonderer örtlicher Verhältnisse nicht für anwendbar erachtet, unbenommen, die Werthverhältnisse der verschiedenen Berechtigungen anderweit gegen einander abzumef-

sen, und sich hierbei nach Befinden des Gutachtens von Sachverständigen zu bedienen.

§. 13. Stehen einem Betheiligten in einem gemeinschaftlichen Jagddistrikt mehrere Jagdberechtigungen aus verschiedenen Titeln zu, so hat derselbe für eine jede dieser Berechtigungen auf volle Entschädigung Anspruch.

§. 14. Jagdberechtigungen, welche Städten und anderen Gemeinden als Korporation zustehen, sind gleichfalls nach den Bestimmungen des §. 12 zu beurtheilen. Steht dagegen die Berechtigung allen einzelnen Mitgliedern der Gemeinde in der Art zu, daß ein jedes derselben, unter Voraussetzung der erforderlichen Qualifikation, dieselbe für sich ausüben befugt ist, so wird die Personenzahl nach der Durchschnittssumme der in den letzten zehn Jahren von der Ortspolizeibehörde ausgegebenen Jagdscheine bestimmt. Hat eine Ertheilung von Jagdscheinen nicht stattgefunden, so wird mit Rücksicht auf das bei anderen, in ähnlicher Weise jagdberechtigten Gemeinden stattfindende Verhältniß die Personenzahl von der Theilungs-Kommission nach billigem Ermessen festgesetzt.

§. 15. Ist nach den Bestimmungen der §§. 11—14 das Maas der einzelnen Theilnahmerechte festgestellt, so wird danach der Jagddistrikt unter die Berechtigten vertheilt.

§. 16. Die Vertheilung geschieht nach Flächeninhalt und Werth, so daß die geringere Qualität in Bezug auf Jagdbarkeit durch einen größeren Umfang des Entschädigungsbezirks, und umgekehrt, ausgeglichen wird.

§. 17. Bei Feststellung der Größe des zu theilenden Bezirks und der in demselben vorkommenden Abtheilungen wird lediglich die Katastervermessung zum Grunde gelegt.

§. 18. Eine Abschätzung der Bodengüte der dem gemeinschaftlichen Jagdrecht unterworfenen Grundstücke findet nicht Statt, vielmehr sind in jedem Theilungsverfahren gewisse Klassen nach der äußeren Beschaffenheit des Terrains zu bilden und die Werthverhältnisse derselben unter einander festzusetzen (§. 11 der Ausführungs-Ordnung). Städte und geschlossene Dörfer,

einzelne Gebäude und Hofräume, sowie die unmittelbar an dieselben grenzenden eingefriedigten Gärten, kommen bei Feststellung der Theilungsmasse nicht zur Berechnung.

§. 19. Den Betheiligten steht übrigens frei, über die Klassen, deren Grundlagen und ihr Verhältniß zu einander, so wie auch über die Grundsätze wegen Berechnung der Personenzahl (§. 12) sich anderweitig zu einigen.

§. 20. Jeder Betheiligte ist berechtigt, seine Abfindung aus dem gemeinschaftlichen Jagddistrikt, nach Maaßgabe seines Theilnahmerechts, in einem bestimmten, ihm zur alleinigen Jagdnutzung zu überweisenden Bezirk zu verlangen. Sollte jedoch eine solche Abfindung einen Flächeninhalt von 300 Morgen bei einzelnen Theilnehmern nicht erreichen, so steht es Letzteren frei, Statt dessen als Entschädigung eine ablösbare Geldrente zu verlangen, deren Betrag durch Sachverständige zu ermitteln ist. — Die Ablösung geschieht durch ein Kapital von dem fünf- undzwanzigfachen Betrage einer Jahresrente.

§. 21. Für eine jede auf einem und demselben Rechtstitel beruhende selbstständige Jagdberechtigung ist dem Berechtigten die Abfindung in einer zusammenhängenden Fläche zu gewähren.

§. 22. Eine Ausnahme hiervon (§. 21.) findet nur dann Statt, wenn bei einer Abfindung von sehr erheblichem Umfange das Entschädigungsrevier nicht zusammenhängend gelegt werden kann, ohne eine angemessene Planlage für die übrigen unmöglich zu machen, und wenn zugleich die Trennung einer solchen Abfindung in mehrere Reviere sich in der Art bewirken läßt, daß jedes getrennte Revier jagdbar bleibt. Letzteres ist nach dem Verhältniß anderer in demselben Jagddistrikt zugetheilte Abfindungsflächen zu beurtheilen, und darüber, nach Befinden der Theilungsbehörde, das Gutachten von Sachverständigen einzuholen.

§. 23. Bei der Lagerung der Abfindungsfläche ist auf die Nähe des Gutes, mit welchem die Jagdberechtigung verbunden ist, so wie auf den Zusammenhang mit einem privaten Jagd-

reviere des Berechtigten oder mit einem andern Jagddistrikt, in welchem derselbe gleichfalls mitberechtigt ist, möglichst Rücksicht zu nehmen.

§. 24. Die einzelnen Abfindungsflächen sind, wo es nach der Vertiklichkeit geschehen kann, so anzulegen, daß sie von natürlichen Grenzen, als Flüssen, Bächen, Landstroßen, Wegen, Kultur- oder Eigenthumsgrenzen umschlossen werden. Wo dieses ohne erhebliche Abweichung von dem berechneten Umfange der an einander grenzenden Abfindungsreviere erreicht werden kann, ist ein jeder Betheiligte verpflichtet, sich zu diesem Zwecke eine mäßige Kürzung seines Antheils gefallen zu lassen, welche bis zu drei Prozent der ganzen Abfindungsfläche ohne Entschädigung, und bis zu sieben Prozent gegen Entschädigung in Rente (§. 20.) stattfindet. — Grenzen zwei Abfindungsflächen ungleicher Größe an einander, so soll in der Regel die größere das zur Abrundung erforderliche Terrain abgeben. Fällt die Grenze zweier Abfindungen in ein von natürlichen Grenzen nicht durchschnittenenes Terrain, so ist solche durch Grenzmaale zu bezeichnen, welche jederzeit in einer Weise aufzustellen sind, daß die Grundeigenthümer dadurch nicht bei der Benutzung der Grundstücke beeinträchtigt werden.

§. 25. Durch die Beendigung der Theilung erhält jeder Berechtigte in dem ihm überwiesenen Revier das Recht, diejenige Jagdart, welche Gegenstand des Theilungsverfahrens war, unter Beobachtung der jagdpolizeilichen Vorschriften, ausschließlich zu benutzen.

§. 26. In Revieren, wo hohe, mittlere und niedere Jagd getrennt sind, hat die Theilung der Berechtigung zu einer dieser Jagden weder auf die Theilung der anderen, noch auf deren fernere Ausübung einen Einfluß.

§. 27. Das Abfindungsrevier tritt ganz in dieselben rechtlichen Verhältnisse, welche früher in Ansehung der ungetheilten Berechtigung stattfanden. Ein Gleiches gilt von der nach §§. 20 und 24 zu gewährenden Entschädigungs-Rente. Wird dieselbe abgelöst, so können die Obereigenthümer, Lehnagnaten,

Fideikommissanwärter und Wiederkaufsberechtigten die Wiederanlegung des Ablösungskapitals zu Lehn oder Fideikommiß, oder die Verwendung desselben zur dauernden Verbesserung des berechtigten Guts, oder zur Befriedigung der ersten Hypothekengläubiger verlangen, Letztere auch diejenigen Rechte geltend machen, welche ihnen bei Gemeinheitstheilungen zustehen.

4) Die Ausführung der Theilungen gemeinschaftlicher Jagddistrikte in der Provinz Westphalen.

Vom 7. März 1843.

Zur Ausführung der Verordnung, wegen Theilung gemeinschaftlicher Jagddistrikte in der Provinz Westphalen wurde Folgendes verordnet:

§. 1. Die Ausführung der Verordnung wegen Theilung gemeinschaftlicher Jagddistrikte wird in jedem Kreise einer besonderen Kreis-Jagdtheilungs-Kommission übertragen.

§. 2. Die Kreis-Jagdtheilungs-Kommission (§. 1.) soll aus einem zum Richteramt qualifizirten, bei der Sache nicht betheiligten Beamten, und aus zwei jagdberechtigten Grundeigenthümern, welche auch einem benachbarten Kreise angehören können, bestehen. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu bestellen. Die Wahl der Mitglieder und deren Stellvertreter erfolgt in der Kreisversammlung nach den für die Landrathswahlen geltenden Bestimmungen. — Der Stellvertreter eines aus den Grundeigenthümern gewählten Mitgliedes darf nicht mit Letzterem in dem nämlichen Distrikte zur Jagd berechtigt sein, damit er bei denjenigen Spezialverhandlungen fungiren kann, wo dasselbe wegen eigenen Interesses bei der Sache ausscheiden muß.

Die Bestätigung der Wahlen steht dem Ober-Präsidenten zu, jedoch in Ansehung des richterlichen Mitgliedes unter Mitwirkung des Präsidenten des Oberlandesgerichts.

Der Minister des Innern ist ermächtigt, bei Ermangelung qualifizirter Jagdberechtigten ausnahmsweise auch die Erwählung anderer sachkundiger Personen zu Mitgliedern der Theilungs-Kommission zu gestatten.

§. 3. Die Kreis-Jagdtheilungs-Kommissionen haben in Ansehung der Theilung gemeinschaftlicher Jagddistrikte im Allgemeinen gleiche Befugnisse und Verpflichtungen wie die General-Kommissionen in Ansehung der Gemeinheitstheilungen; sie müssen sich jedoch bei Erlassen an die Unterbehörden der Regierungen und Oberlandesgerichte des Requisitionsstyls bedienen.

Sie stehen in disziplinarischer Beziehung unter dem Ober-Präsidenten und dem Minister des Innern.

Die Theilung sämmtlicher innerhalb des Kreises befindlicher gemeinschaftlicher Jagddistrikte wird unmittelbar durch die Kreis-Kommissionen bewirkt, und finden Spezialkommissionen zur Theilung einzelner Reviere nicht Statt. Es bleibt jedoch den Kreis-Kommissionen unbenommen, mit solchen Geschäften, welche nicht die Mitwirkung der gesamten Kommission erfordern, einzelne Mitglieder zu beauftragen.

Die Instruktion streitiger Gegenstände liegt dem zum Richteramte qualifizirten Mitgliede ob.

Dasselbe hat auch sämmtliche Verhandlungen zu leiten und gebührt ihm der Vorß in der Kommission.

§. 4. Die Provokation auf Theilung eines in mehreren Kreisen belegenen Jagddistrikts ist bei der Theilungs-Kommission desjenigen Kreises anzubringen, in welchem der größere Theil desselben befindlich ist.

Kompetenzkonflikte hat der Ober-Präsident zu entscheiden.

§. 5. Die Theilungs-Kommission hat zunächst die Legitimation der Provokanten zu prüfen. Diese müssen mit dem Theilungsantrage ein Verzeichniß der Jagdberechtigten des Distrikts mit der Versicherung einreichen, daß ihnen mehrere Berechtigte, als darin angegeben, nicht bekannt sind.

§. 6. Ergiebt sich nach diesem Verzeichnisse (§. 5.), daß die Provokanten nicht zwei Drittel der bekannten Jagdberech-

tigten ausmachen, so wird die Provokation, insofern solche nicht auf Einleitung eines Theilungsverfahrens auf alleinige Kosten der Provokanten gerichtet ist, durch ein Dekret zurückgewiesen.

Im entgegengesetzten Falle ladet die Kommission die bekannten Jagdberechtigten des Distrikts zu einem auf acht Wochen hinauszusetzenden Termin unter der Verwarnung vor, daß im Fall des Ausbleibens ihre Einwilligung in die Theilung angenommen, und diese nach den Beschlüssen der Erschienenen ausgeführt werde. Zugleich erläßt die Kommission eine Ediktalladung, wodurch alle diejenigen, welche bei der Theilung ein Interesse haben, zur Angabe und Nachweisung ihrer Ansprüche bei Vermeidung der Präklusion aufgefordert werden.

Die Ediktalladung wird zweimal in dem Amtsblatte, den Intelligenzblättern und den Zeitungen des Regierungsbezirks, und wenn in demselben keine Zeitung erscheint, in der eines benachbarten Regierungsbezirks bekannt gemacht. Liegt ein Theil des Jagdbezirks in einem anderen Regierungsbezirke, so erfolgt die Bekanntmachung auch in den dortigen öffentlichen Blättern.

§. 7. Ein jeder Theilnehmer ist verpflichtet, in dem Anmeldestermine (§. 6.) persönlich zu erscheinen, und seine Berechtigung, deren Art und Umfang anzugeben, die darüber sprechenden Urkunden vorzulegen, und die sonstigen Beweismittel nachmahft zu machen. Eine Vertretung durch Bevollmächtigte ist nur dann gestattet, wenn der Betheiligte durch erhebliche Ursachen an dem persönlichen Erscheinen gehindert wird, und solche sogleich bescheinigt. Die Rechte des Fiskus werden durch den betreffenden Oberförster wahrgenommen, der sich durch die Autorisation der vorgesetzten Regierung zu legitimiren hat. Die erschienenen Interessenten haben sich in diesem Termine über die Anerkennung der angemeldeten Gerechtsame im Allgemeinen zu erklären. Zugleich prüft die Theilungskommission die Legitimation der Provokanten und deren Bevollmächtigten, sofern solche von anderen Betheiligten bestritten wird.

Daß einmal angefangene Verfahren muß ununterbrochen fortgesetzt, und darf nur dann ausgesetzt werden, wenn die Verhältnisse der Sache es erfordern. Die Interessenten müssen nicht nur in dem ihnen durch die Vorladung bezeichneten Termine, sondern auch in den folgenden Tagen, welche als Fortsetzung eines und desselben Termines betrachtet werden, ohne weitere schriftliche Aufforderung sich einfinden, bis die Kommission die Verhandlung für geschlossen erklärt. Eine Pro-rogation der anberaumten Termine kann nur ausnahmsweise, wenn der Antrag durch Bescheinigung erheblicher Hinderungsursachen begründet ist, bewilligt werden. Auch muß derjenige, welcher einen anderweitigen Termin veranlaßt, die Kosten desselben allein tragen.

Diese Bestimmungen finden nicht bloß auf den Anmeldungstermin, sondern auch auf alle folgende Termine Anwendung.

§. 8. Nach Beendigung des Anmeldungstermins entscheidet die Kommission über die Zulässigkeit der Provokation und faßt in Ansehung aller nicht angemeldeten Ansprüche den Präklusionsbescheid ab, welcher nach Vorschrift des §. 6. öffentlich bekannt zu machen ist. Gegen die Präklusion findet die Restitution nach den Bestimmungen des 3ten Abschnitts Tit. 14. der Allgemeinen Gerichtsordnung Statt; es muß jedoch derjenige, welcher die Restitution erlangt, alle Kosten tragen, welche durch die Umänderung des bisherigen Verfahrens in Folge seines spätern Eintretens herbeigeführt werden.

§. 9. Hiernächst wird ein Instruktionstermin zur Feststellung der Theilnahmerechte und der Theilungsmasse, so wie zur Erklärung der Interessenten über den Theilungsfuß, und die Ausgleichungsgrundsätze angesetzt, wozu dieselben unter dem Präjudiz, daß die Ausbleibenden an die Beschlüsse der Erschienenen gebunden sind, vorgeladen werden. Der Kommission bleibt, wo die Verhältnisse es gestatten, überlassen, diese Gegenstände auch schon in dem Anmeldungstermine zu erledigen,

wie ihr denn überhaupt freisteht, die verschiedenen Termine, wo es angemessen erscheint, zusammenzuziehen.

Die gegenseitigen Gerechtsame werden rücksichtlich der Nicht-erschienenen in dem Maße für richtig angenommen, wie sie von den Erschienenen angegeben worden.

Die Theilhaber eines gemeinschaftlichen Interesses müssen sich, insofern von dessen Wahrnehmung gegen einen Dritten die Rede ist, den Beschlüssen der Mehrheit, welche nach der Zahl der selbstständigen Jagdberechtigungen berechnet wird, unterwerfen.

Dagegen ist zu den im §. 19. der Theilungsordnung erwähnten Beschlüssen eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln der erschienenen Betheiligten erforderlich, deren Zahl in gleicher Weise, wie vorstehend berechnet wird.

Zu gänzlicher Beseitigung der Rücksicht auf Terrainverschiedenheiten, wird Einstimmigkeit aller Betheiligten erfordert.

§. 10. In dem Instruktionstermin (§. 9.) haben sich die Betheiligten über den ganzen Inhalt der Anmeldungen, namentlich in Beziehung auf den Umfang der behaupteten Berechtigungen, und die Art der Ausübung bestimmt zu erklären.

Die Kommission hat sich möglichst zu bemühen, die Streitigkeiten durch gütliche Einigung zu beseitigen, imgleichen über den Theilungsfuß und die Ausgleichungsgrundsätze, bei obwaltender Meinungsverschiedenheit, einen Beschluß zu Stande zu bringen. Diejenigen Punkte, über welche weder Einigung noch Beschlußnahme erfolgt, entscheidet die Kommission, sofern nicht eine weitere Instruktion erforderlich ist, in dem nämlichen Termine.

§. 11. In jedem Theilungsverfahren sind, und zwar für jede Jagdart besonders, gewisse Klassen der Jagdbarkeit der verschiedenen Theile des Distrikts nach der äußern Beschaffenheit des Terrains festzustellen. Als Hauptklassen werden nach ihrer Werthfolge nachstehende bestimmt.

A. Für die niedere Jagd:

- 1) Acker und Wiesen, mit Feldholzungen untermischt;
- 2) Acker und Wiesen ohne Feldholzungen;
- 3) große Waldungen, überhaupt Terrain von vorherrschend waldiger Beschaffenheit;
- 4) mit starkem Heidekraut oder Post bewachsener Haide- oder Moorgrund;
- 5) Gemeindegütern, kahler Haide- oder Moorgrund, kahle Bergweide.

B. Für die mittlere Jagd:

- 1) Wald im Gebirge, und wo sich der Birkhahn findet, und zur mittlern Jagd gehört, mit starkem Heidekraut oder Post bewachsener Haide- oder Moorgrund;
- 2) Wald in der Ebene von bedeutendem Umfange;
- 3) Holzungen, welche zwar nicht zusammenhängend sind, jedoch den größeren Theil des Terrains einnehmen;
- 4) Acker, Wiesen, Hütungen, auch wenn sie von kleineren Holzungen durchschnitten sind, bei welchen letzteren indeß ein Unterschied des Werths zu machen ist, je nachdem sie in größerer oder geringerer Entfernung von ausgedehnten Waldungen, in denen es einen Rehsstand giebt, belegen sind.

C. Für die hohe Jagd:

- 1) Wald im Gebirge;
- 2) Wald in der Ebene von bedeutendem Umfange;
- 3) Acker, Wiesen, Hütungen, auch wenn sie mit kleineren Holzungen untermischt sind, wobei indeß ebenfalls ein Unterschied des Werths zu machen ist, je nachdem sie in der Nähe großer Waldungen, in denen es einen Roth- oder Schwarzwildstand giebt, belegen sind, oder nicht.

Das Werthverhältniß der verschiedenen Klassen unter einander ist in jedem einzelnen Falle besonders festzusetzen. An die oben angegebenen Hauptklassen ist jedoch die Theilungs-Kom-

mission nicht nothwendig gebunden, vielmehr steht ihr frei, nach Maaßgabe der Vertlichkeit einzelne Klassen wegzulassen, oder auch noch andere einzuschalten.

Sie soll jedoch in allen Fällen zunächst die gütliche Einigung der Interessenten über die Klassifikation und die Werthverhältnisse der verschiedenen Klassen unter einander herbeizuführen suchen, und nur in Entstehung einer solchen Einigung eine Festsetzung hierüber von Amtswegen treffen.

Der Kommission bleibt vorbehalten, auch darüber zu entscheiden, in wiefern andere Verhältnisse, welche auf die Jagdbarkeit der verschiedenen Theile des Distrikts erheblich einwirken, zu berücksichtigen sind. Ob dieserhalb zuvor ein Gutachten von Sachverständigen einzuholen sei, wird ihrem Ermessen überlassen.

§. 12. Sind die Theilnahme-rechte festgestellt, und über den Theilungsfuß und die Ausgleichungsgrundsätze die nöthigen Bestimmungen erfolgt, auch die streitigen Punkte nach Vorschrift der §§. 20 bis 32. entschieden, so läßt die Kommission durch einen nach den Bestimmungen der Ordre vom 28. Februar 1829 qualifizirten Feldmesser, unter Mitwirkung eines der beiden aus den jagdberechtigten Grundbesitzern gewählten Mitglieder, nach den Katasterkarten und Vermessungsregistern den zu theilenden Distrikt sowohl nach seinem Flächeninhalte, als nach dem Werthverhältniß der einzelnen Klassen der Jagdbarkeit, imgleichen das Sollhaben eines jeden Betheiligten berechnen und den Theilungsplan aufstellen. Dem Geometer und Kommissarius hat die Steuerbehörde Einsicht der Katasterkarten und Vermessungsregister in ihrem Geschäftslokale zu gestatten, auch auf Verlangen Kopien mitzutheilen.

§. 13. Der Theilungsplan nebst den Berechnungen wird in einem eigends dazu anberaumten Termine den Betheiligten zur Erklärung vorgelegt; dieselben sind mit ihren Erinnerungen dagegen zu hören, und hiernächst diejenigen Streitpunkte, welche nicht durch gütliche Einigung sich beseitigen lassen, zur weitem Instruktion und Erörterung zu stellen. Die Vorladung zu die-

sem Termine geschieht unter der Vermahnung, daß in Ansehung der Nichterscheinenden angenommen werde, daß sie gegen den Theilungsplan nichts einzuwenden haben, und den Beschlüssen der Erschienenen beitreten.

§. 14. Nach Beendigung des Verfahrens entwirft die Kommission auf Grund der stattgehabten Verhandlungen den Theilungsrezeß, der das Resultat der Theilung ausführlich ergeben, insbesondere eine genaue Beschreibung der Grenzen der den einzelnen Interessenten zu ihrer Abfindung überwiesenen privaten Jagdreviere enthalten muß.

Die Theilungskommission hat hierbei das landespolizeiliche Interesse wahrzunehmen; gegen die hierauf sich beziehenden Verfügungen findet nur die Beschwerde bei dem Oberpräsidenten und in weiterer Instanz bei dem Minister des Innern Statt.

§. 15. Wird gegen den Entwurf nichts erinnert, oder sind die gemachten Erinnerungen erledigt, so erfolgt die Vollziehung des Rezeßes vor der Kreis-Theilungskommission. Etwaigen Ausstellungen wird, sofern deren Erledigung keine Bedenken entgegenstehen, sogleich abgeholfen, und dieses in dem mit dem Rezeß zu verbindenden Vollziehungsprotokolle bemerkt. Werden Ausstellungen ungegründet befunden, so sind Diejenigen, von denen solche ausgegangen sind, darüber gehörig zu belehren. Verweigern dieselben dennoch die Vollziehung, so wird ihnen mittelst eines besonderen Resoluts, unter Anführung der Gründe, weshalb die Ausstellung nicht berücksichtigt werden könne, eine angemessene Frist unter der Vermahnung gesetzt, daß, sofern sie die Vollziehung bis dahin nicht bewirken würden, dieselbe richterlich ergänzt, und die Bestätigung des Rezeßes auch ohne dieselbe erfolgen werde.

Gegen dieses Resolut stehen den Betheiligten dieselben Rechtsmittel zu, wie gegen andere Entscheidungen der Kommission.

§. 16. Sind die Ausstellungen gegen den Rezeß durch rechtskräftige Entscheidung erledigt, so bestätigt die Kommission denselben, welcher dadurch die Eigenschaft einer gerichtlich bestätigten Urkunde erhält.

Nach Bestätigung des Rezeßes kann kein Betheiliger mit Einwendungen gegen die darin enthaltenen Bestimmungen und mit Nachforderungen für Rechte, welche Gegenstände des Theilungsverfahrens waren, weiter gehört werden.

§. 17. Sobald der Rezeß bestätigt worden, erfolgt die Ausführung der Theilung durch Ueberweisung der Abfindungs-Reviere an die Betheiligten an Ort und Stelle, so wie Versteinung der Grenzen, so weit solche nach §. 24. der Theilungs-Ordnung erforderlich und ohne Beeinträchtigung der Grundeigenthümer ausführbar ist.

Die Ausführung ist durch das zum Richteramte qualifizierte Mitglied zu bewirken, welchem überlassen bleibt, dabei eines der beiden andern Mitglieder zuzuziehen.

Die Theilungskommission ist ermächtigt, die Ausführung der Theilung nach Umständen auch vor Vollziehung des Rezeßes anzuordnen.

§. 18. Das Hauptexemplar des bestätigten Rezeßes wird mit dem über die Ausführung aufgenommenen Protokolle und sämtlichen Akten an den Landrath des Kreises abgeliefert und in dessen Registratur aufbewahrt.

Eine zweite Ausfertigung des Rezeßes mit einer beglaubigten Abschrift des Ausführungsprotokolls wird der Regierung eingereicht und einem jeden Betheiligten ein beglaubigter Auszug über das ihm angewiesene Abfindungsrevier zugesertigt; es steht jedoch den einzelnen Betheiligten frei, eine vollständige Ausfertigung des Rezeßes auf ihre Kosten zu verlangen.

§. 19. Mit der Ausführung des Rezeßes ist die Wirksamkeit der Kommission geschlossen, und Klagen wegen Verletzung der durch den Theilungsrezeß erworbenen Rechte gehören vor den ordentlichen Richter.

§. 20. Sämmtliche im Verlaufe des Theilungsverfahrens in Beziehung auf dessen Gegenstand entstehende Streitigkeiten entscheidet die Theilungskommission in erster Instanz; ihre Entscheidungen haben die Kraft richterlicher Erkenntnisse.

Bei Streitigkeiten über die Theilnahme-Rechte steht es jedoch einer jeden Partei frei, auf die Entscheidung im ordentlichen Wege Rechts anzutragen; in diesem Falle werden die von der Kommission instruirten Akten an das kompetente Oberlandesgericht zum Spruche abgegeben.

§. 21. Die Instruktion der Streitpunkte geschieht durch das zum Richteramte qualifizierte Mitglied der Kommission (§. 3). — Sofern es jedoch dabei auf praktische Bekanntschaft mit dem Gegenstande ankommt, assistirt ihm eines der beiden andern Mitglieder.

Schriftliche Deduktionen sind in erster Instanz nicht zulässig.

§. 22. Im Falle des ungehorsamen Ausbleibens einer Partei auf die ergangene Vorladung, kommen die Bestimmungen der Allgemeinen Gerichtsordnung Tit. VIII. §§. 9—12. und Tit. XIV. §§. 69—77. in Anwendung.

Das Kontumazialverfahren findet ebenfalls Statt, wenn eine Partei ihren Bevollmächtigten mit gar keiner oder nicht zureichender Information versieht.

§. 23. In den Fällen, wo nach den Bestimmungen der §§. 20. und 24. der Theilungs-Ordnung Sachverständige zuzuziehen sind, fordert die Kommission jede Partei auf, einen solchen in Vorschlag zu bringen und ernennt ihrerseits einen dritten Sachverständigen. Der Betrag der zu gewährenden Rente wird nach dem Durchschnitte der Abschätzungen festgesetzt. In den in §§. 12. und 22. vorgesehenen Fällen ernennt die Kommission nach ihrem Ermessen einen oder mehrere Sachverständige.

Die Parteien sind jedoch mit ihren Einwendungen gegen die Personen der benannten Sachverständigen zu hören, über welche die Kommission entscheidet.

§. 24. Die Beschlüsse der Kommission werden durch Stimmenmehrheit gefaßt.

§. 25. Zur Entscheidung in zweiter Instanz über die bei dem Theilungsverfahren entstehenden Streitigkeiten ist in jedem

Regierungsbezirk eine Revisionskommission in Jagdtheilungssachen zu bestellen, welche außer dem Vorsitzenden, aus einem Verwaltungs- und einem Justizbeamten der vierten Rangklasse, und zweien von den Ständen auf dem Provinzial-Landtage aus den jagdberechtigten Grundbesitzern des Regierungsbezirks erwählten Mitgliedern bestehen soll.

Fällt die Wahl der Stände auf andere qualifizierte Personen, so findet die Bestimmung des §. 2. mit der Maßgabe Anwendung, daß auf Dispensation anzutragen ist.

§. 26. Die Revisionskommissionen nehmen im Allgemeinen hinsichtlich der Jagdtheilungen dieselbe Stellung ein, wie die Revisionskollegien in Beziehung auf die Gemeinheitstheilungen. Sie sind den Ministern des Innern und der Justiz untergeordnet; Ersterer ernennt die aus den Verwaltungsbeamten und Letzterer die aus den Justizbeamten zu bestimmenden Mitglieder.

§. 27. Die Wahlen der ständischen Mitglieder bedürfen der Bestätigung. Für jedes derselben ist ein Stellvertreter zu wählen, bei welchem die in §. 2. vorgeschriebene Bedingung gleichfalls stattfindet.

Der Vorsitzende der Revisionskommission wird auf den gemeinschaftlichen Vorschlag der Minister des Innern und der Justiz ernannt. Die Unterbehörden der Regierungen und Oberlandesgerichte sind schuldig, in Gegenständen ihres Ressorts Aufträge der Revisionskommissionen anzunehmen.

§. 28. Die Appellation gegen Entscheidungen der Kreistheilungskommission muß innerhalb 6 Wochen nach der Insinuation des Bescheides eingelegt werden.

§. 29. Die Instruktion des Appellatori wird von der Kreistheilungskommission bewirkt. Die Vorschriften der Allgemeinen Gerichtsordnung und die spätern, dieselbe erläuternden, ergänzenden oder abändernden Gesetze müssen dabei beobachtet werden. Schriftliche Deduktionen sind in der zweiten Instanz zulässig.

§. 30. In denjenigen Fällen, wo nach der Theilungsordnung die Zugiehung von Sachverständigen gestattet ist, bleibt solche auch der Revisionskommission (§. 23) überlassen.

§. 31. Kommen in der Appellations-Instanz neue Produkte vor, welche mit andern, bisher schon streitig gewesenen in Verbindung stehen, so muß auch darauf die Instruktion gerichtet und darüber im Appellationserkenntnisse zugleich entschieden werden.

§. 32. Die Entscheidungen der Revisionskommission erfolgen nach Stimmenmehrheit. Dieselben werden in Urtheilsform abgefaßt, mit den Gründen ausgefertigt, und den Parteien durch die Kreis-Theilungskommission insinuiert.

In Fällen, wo eines der ständischen Mitglieder bei der Entscheidung betheiligt ist, beruft der Vorsitzende den Stellvertreter ein.

§. 33. Gegen die Erkenntnisse der Revisionskommission findet nur die Nichtigkeitsbeschwerde nach den Bestimmungen der Verordnung vom 14. Dezember 1833 Statt.

§. 34. Den Interessenten eines gemeinschaftlichen Jagddistrikts steht frei, sich auch ohne Dazwischenkunft einer öffentlichen Behörde auseinanderzusetzen; jedoch muß in einem solchen Falle der abgeschlossene Rezeß der Kreis-Jagdtheilungskommission zur Bestätigung vorgelegt werden.

§. 35. Die Betheiligten sind verpflichtet, diejenigen Kosten, welche durch das Theilungsverfahren im Allgemeinen veranlaßt werden, nach Verhältniß ihrer angemeldeten Theilnahmeanteile vorzuschießen. Am Schlusse desselben erfolgt die Ausgleichung nach Verhältniß der erhaltenen Abfindungen.

§. 36. Nur diejenigen, welche aus der Theilung Abfindungen zu empfangen haben, sind schuldig, zu diesen Kosten beizutragen; die Besitzer privativer Jagdreviere oder Grenznachbarn, welche bloß zur Wahrnehmung ihrer Rechte bei dem Verfahren aufgetreten sind, bleiben davon befreit.

§. 37. Diejenigen Kosten, welche durch die Instruktion und Entscheidung der im Theilungsverfahren entstehenden Strei-

tigkeiten veranlaßt worden, sind mit denen des allgemeinen Theilungsverfahrens nicht zu vermischen, und werden von den streitenden Theilen allein nach den wegen der Prozeßkosten bestehenden Grundsätzen getragen, welche auch für die Zahlung der Vorschüsse maßgebend sind. — Wegen Verwaltung des Kostenwesens haben die Vorsitzenden der Kreistheilungskommissionen, sowie der Revisionskommissionen das Erforderliche anzuordnen, Sie bestimmen die zu leistenden Vorschüsse und ertheilen die Anweisungen auf Zahlungen aus den vorhandenen Beständen.

Beschwerden über den Kostenpunkt sind bei dem Minister des Innern anzubringen.

§. 38. Die Verhandlungen der Kreis-Jagdtheilungs-, so wie der Revisionskommissionen sind stempelfrei.

An Kosten werden den Betheiligten nur berechnet: die Diäten, Reisekosten und sonstigen Entschädigungen der Kommissarien, Sachverständigen und Zeugen, so wie überhaupt alles dasjenige, was als baare Auslage zu betrachten ist.

§. 39. Die Kommissarien, sowohl bei den Kreis- als den Revisions-Kommissionen, erhalten für die Tage, an denen sie beim Zusammentritte der Kommissionen oder in den ihnen besonders aufgetragenen Geschäften fungiren, Diäten. Für schriftliche Ausarbeitungen wird den Mitgliedern eine besondere Vergütung nach Verhältniß des dazu erforderlichen Zeitaufwandes und der stattfindenden Diätensätze gewährt, wobei eine Beschäftigung von sieben Stunden für einen Arbeitstag gerechnet wird.

§. 40. Die Diäten der Kommissarien, sowohl bei den Kreis-Jagdtheilungs- als bei den Revisionskommissionen, werden auf 2 Thaler, die des Vorsitzenden der Revisionskommission auf 3 Thaler festgesetzt.

An Reisekosten werden in den vorkommenden Fällen sämtlichen Kommissarien die in der Verordnung vom 28. Juni 1825 §§. 9 — 11. für Beamte der dritten, vierten und fünften Rangklasse bestimmten Sätze zugewilligt.

§. 41. Beide Kommissionen können für alle Ausfertigungen, Kopialien, so wie für die Zustellung, Insinuationsgebühren und Meilengelder oder das Porto, und überhaupt alle baare Auslagen in Anrechnung bringen.

§. 42. Den Kreis-Jagdtheilungs-Kommissionen wird gestattet, zur Erleichterung ihrer Geschäfte in den Terminen einen Protokollführer zuzuziehen, für welchen ein Diätensatz von 20 Sgr. berechnet werden kann.

§. 43. Die Gebühren der Feldmesser werden nach den §§. 82 — 97. des Reglements vom 29. April 1813 festgesetzt; sofern sich darin für besondere Arbeiten ein spezieller Satz nicht findet, sind ihnen die daselbst §. 106. bestimmten Diäten nach Maaßgabe des erforderlichen Zeitaufwandes (§. 40) zu gewähren. Die Diäten für die Reisetage der Feldmesser werden nach §. 103. des angeführten Reglements, und die Fuhrkosten 20 Sgr. für die Meile vergütigt. Wird von den Partheien auf eine Revision der Arbeiten derselben angetragen, so kommen die Bestimmungen sub 2 und 3. §. 2. des Regulativs vom 25. April 1836 in Anwendung.

§. 44. Sachverständige erhalten täglich 1 Rthlr. 15 Sgr., welche nach dem Ermessen der Kommission selbst dann auf 2 Rthlr. erhöht werden können, wenn den Sachverständigen nach ihren sonstigen Verhältnissen ein geringerer Satz zukommen würde, imgleichen Transportkosten nach den Bestimmungen der Verordnung vom 28. Juni 1825.

§. 45. Reise-, Zehrungs- und Versäumniskosten der Zeugen werden von der Kommission nach den Bestimmungen der Allgemeinen Gebührentaxe vom 23. August 1815 festgesetzt.

§. 46. Nur diejenigen Partheien, welche nach §. 36. von der Theilnahme an den Auseinandersetzungskosten befreit sind, können in der Appellations-Instanz Reise-, Zehrungs- und Versäumniskosten für sich oder ihre Mandatarien in Anspruch nehmen.

5) Die Theilung gemeinschaftlicher Jagddistrikte, für sämtliche zum städtischen Verbanne der Kur- und Neumark Brandenburg und des Markgrafthums Niederlausitz, so wie der Provinz Sachsen gehörige Landestheile betreffend.

Vom 7. März 1843.

§. 1. Die Theilung gemeinschaftlicher Jagddistrikte nach dieser Verordnung findet Statt, wenn Mehrere in einem und demselben Distrikte die Jagd auf Grund eines gemeinschaftlichen oder für jeden Einzelnen besonders bestehenden Rechtstitels auszuüben befugt sind.

§. 2. Gegenstand des Theilungsverfahrens kann nur die gemeinschaftliche Berechtigung zu einer und derselben Jagdart innerhalb eines namhaft abgegrenzten Bezirks sein, so daß in dem nämlichen Bezirke die hohe und niedere Jagd, und ebenso auch die mittlere Jagd, wo diese besonders hergebracht ist, jede für sich, zur Theilung kommt. Eine Ausnahme hiervon ist nur in dem Falle zulässig, wenn den sämtlichen Jagdberechtigten des Distrikts alle Jagdarten zustehen.

§. 3. Zur Provokation auf Theilung sind alle, sowohl einzelne Personen, als Korporationen befugt, denen in demselben Distrikte die Jagd selbstständig, vermöge Eigenthums- oder erblichen Nutzungsrecht zusteht. Provokirt ein nur zur erblichen Nutzung Berechtigter, so ist die Zustimmung des Eigenthümers erforderlich, und dieser bei der Theilung zuzuziehen. Ein Provokationsrecht steht dagegen nicht zu

a) denjenigen, welchen die Berechtigung nur für ihre Person auf Lebenszeit gebührt; in diesem Falle ist nur derjenige zur Provokation befugt, welchem das Eigenthum oder das Erbnutzungsrecht an der Jagd zusteht;

b) Mitgliedern einer Gemeinde in Ansehung einer der letztern zustehenden Jagdberechtigung; erstere können nicht auf Theilung derselben unter die Einzelnen provoziren.

§. 4. Eine Provokation verpflichtet nur dann die Provokaten zur Einlassung auf das Theilungsverfahren, wenn solche

von einem Viertel der Jagd-Berechtigten eines bestimmten Bezirks erfolgt. Diese Zahl wird nach den einzelnen selbstständigen Jagdberechtigungen in dem Bezirke, ohne Rücksicht auf den Umfang des Jagdrechts, berechnet. Dagegen steht einem oder mehreren Interessenten frei, gegen Uebernahme aller Kosten auf Ausscheidung aus der gemeinschaftlichen Jagdberechtigung und Zuweisung eines privaten Jagdreviers anzutragen.

§. 5. Die Provokanten müssen bei der Provokation denjenigen Bezirk, in welchem die Theilung der gemeinschaftlichen Jagdberechtigung erfolgen soll, sowie die Jagdart genau angeben.

§. 6. Die innerhalb eines solchen Bezirks befindlichen privaten Jagdreviere sind kein Gegenstand der Theilung; es sind aber deren Eigenthümer zur Wahrnehmung ihrer Gerechtsame bei dem Verfahren zuzuziehen. Auch steht es dem Eigenthümer eines solchen privaten Jagdreviers frei, sich mit demselben, wenn es in den Auseinanderseßungsplan paßt, der Theilung anzuschließen, und muß ihm in diesem Falle eine Abfindung dafür aus dem zu theilenden Bezirke angewiesen werden.

§. 7. Der Zuziehung der Obereigenthümer, der Lehnsherren, der Lehnagnaten, Fideikommissanwärter und der Wiederkaufsberechtigten, so wie der Hypothekengläubiger bedarf es nicht, melden sie sich selbst, so sind sie mit ihrem etwaigen Widerspruche, der jedoch nur auf Unzulänglichkeit der Abfindung gegründet werden kann, zu hören.

§. 8. Die Befugniß, auf Theilung eines gemeinschaftlichen Jagddistrikts anzutragen, kann weder durch Willenserklärungen, noch durch Verträge, noch durch Verjährung aufgehoben werden.

§. 9. Bei der Theilung müssen die Berechtigten nach Maaßgabe ihrer Theilnahmerechte abgefunden werden.

§. 10. Welche Rechte jedem Betheiligten an dem zu theilenden Jagddistrikte zustehen, wird nach den darüber vorhandenen Urkunden, Willenserklärungen und Judikaten, in deren Ermangelung nach den statutarischen Rechten und dem

Herkommen, sodann nach den Provinzialrechten, und endlich nach den allgemeinen Landesgesetzen beurtheilt.

§. 11. Sind sämtliche Betheiligte in derselben Art und in gleichem Maaße berechtigt, so wird der Distrikt unter dieselben, vorbehaltlich der Ausgleichung wegen der verschiedenartigen Beschaffenheit des Terrains, gleichmäßig vertheilt.

§. 12. Findet eine solche gleichmäßige Berechtigung nicht Statt, so wird, um einen Maßstab zur Vergleichung des Werthes der verschiedenartigen Berechtigungen zu gewinnen, jede derselben auf eine gewisse Anzahl Tage, an denen die Ausübung anzunehmen, reduziert, wobei Sonn- und Festtage nicht mitgerechnet werden.

Wo indeß durch provinzielle gesetzliche Bestimmungen, Statuten und Gewohnheiten besondere Normen für den Umfang der Ausübung des Jagdrechts feststehen, die sich auf eine Tagezahl gar nicht oder doch schwer reduzieren lassen, bleibt der Kommission überlassen, jene Normen bei der Theilung unmittelbar als Maßstab zum Grunde zu legen.

Der Werth einer Vorjagdberechtigung wird in der Art ermittelt, daß die ersten drei Tage, in denen sie ausgeübt werden kann, vierfach, die nächsten vier Tage doppelt, alle übrigen aber einfach gerechnet werden.

Steht dem zur Vorjagd Berechtigten in dem zu theilenden Distrikte zugleich die Mitausübung des gemeinschaftlichen Jagdrechts zu, so wird demselben die hiernach für die Vorjagd ermittelte Tagezahl, außer derjenigen vergütet, die ihm für das gemeinschaftliche Jagdrecht anzurechnen ist. Die Tage der Ausübung des gemeinschaftlichen Jagdrechts werden in allen Fällen erst von da an gezählt, wo die Vorjagd aufhört.

Ueber die Anrechnung sonstiger besonderer Ausdehnungen und Beschränkungen der Ausübung des Jagdrechts hat, in Ermangelung einer gütlichen Einigung unter den Betheiligten, die Theilungskommission nach der Natur der Sache und billigem Ermessen, zu entscheiden und sich hiebei, nach Befinden, des Gutachtens von Sachverständigen zu bedienen.

§. 13. Stehen einem Berechtigten in einem gemeinschaftlichen Jagddistrikt mehrere Jagdberechtigungen aus verschiedenen Titeln zu, so hat derselbe für eine jede dieser Berechtigungen auf volle Entschädigung Anspruch.

§. 14. Jagdberechtigungen, welche Städten und andern Gemeinden als Korporationen zustehen, sind gleichfalls nach den Bestimmungen des §. 12. zu beurtheilen.

Steht dagegen die Berechtigung allen einzelnen Mitgliedern der Gemeinde in der Art zu, daß jedes derselben, unter Voraussetzung der erforderlichen Qualifikation, dieselbe für sich auszuüben befugt ist, so wird die Personenzahl nach der Durchschnittssumme der in den letzten zehn Jahren von der Ortspolizeibehörde ausgegebenen Jagdscheine ermittelt, von der Theilungskommission demnächst als Maaß der übrigen Jagdberechtigungen nach billigen Grundsätzen ebenfalls eine Personenzahl normirt, und nach dem Verhältniß dieser Zahlen der Werth der Jagdberechtigung der betreffenden Gemeinde auf Tage reduziert. Hat eine Ertheilung von Jagdscheinen nicht stattgefunden, so wird, mit Rücksicht auf das bei andern in ähnlicher Weise jagdberechtigten Gemeinden stattfindende Verhältniß, Verhuf der erwähnten Reduktion, eine Personenzahl von der Theilungskommission nach billigem Ermessen festgesetzt.

§. 15. Ist nach den Bestimmungen der §§. 11 — 14 das Maaß der einzelnen Theilnahmerechte festgestellt, so wird darnach der Jagddistrikt unter die Berechtigten vertheilt.

§. 16. Die Vertheilung geschieht nach Flächeninhalt und Werth, so daß die geringere Qualität in Bezug auf Jagdbarkeit durch einen größeren Umfang des Entschädigungs-Bezirks, und umgekehrt ausgeglichen wird.

§. 17. Bei Feststellung der Größe des zu theilenden Jagddistrikts und der in demselben vorkommenden Abtheilungen werden die etwa vorhandenen, von der Theilungsbehörde für glaubhaft anerkannten Karten und in deren Ermangelung ein anderer Maaßstab, über den die Betheiligten sich vereinigen,

zum Grunde gelegt. Ist eine solche Einigung nicht herbeizuführen, so wird eine geherelle Vermessung vorgenommen.

§. 18. Eine Abschätzung der Bodengüte der dem gemeinschaftlichen Jagdrecht unterworfenen Grundstücke soll in der Regel nicht stattfinden, vielmehr sind in jedem Theilungsverfahren gewisse Klassen nach der äußern Beschaffenheit des Terrains und die Werthverhältnisse derselben unter einander festzusetzen, worüber in der Ausführungsordnung das Nähere bestimmt ist. Auf die Bodengüte ist nur, wenn ausdrücklich darauf angetragen wird, und ein solcher Antrag in sehr wesentlichen in dem zu theilenden Distrikt in dieser Beziehung vorkommenden Verschiedenheiten Begründung findet, Rücksicht zu nehmen. Auch die vorzugsweise starke Bevölkerung eines Distrikts, namentlich wenn er mit vielen zerstreut liegenden Häusern bebaut ist, kann in Betracht gezogen werden. Ortschaften, einzelne Gebäude und Hofräume, so wie die unmittelbar an solche grenzenden eingefriedigten Gärten kommen bei Feststellung der Theilungsmasse nicht zur Berechnung.

§. 19. Den Betheiligten steht frei, über die Klassen, deren Grundlagen und ihr Verhältniß zu einander, sowie auch über die Grundsätze wegen Berechnung des Werths der einzelnen Berechtigungen sich anderweitig zu einigen.

§. 20. Jeder Betheiligte ist berechtigt, seine Abfindung aus dem gemeinschaftlichen Jagddistrikte nach Maaßgabe seines Theilnahmerchts in einem bestimmten, ihm zur alleinigen Jagdnußung zu überweisenden Bezirk zu verlangen. Sollte jedoch eine solche Abfindung einen Flächeninhalt von 300 Morgen bei einzelnen Theilnehmern nicht erreichen, so steht es Letzteren frei, statt dessen als Entschädigung eine ablösbare Geldrente zu verlangen, deren Betrag durch Sachverständige zu ermitteln ist. Die Ablösung geschieht durch ein Kapital von dem fünf- undzwanzigfachen Betrage einer Jahresrente.

§. 21. Für eine jede auf einem und demselben Rechtstitel beruhende selbstständige Jagdberechtigung ist dem Berech-

Behlen, Archiv. Bd. XVI. 26. Heft.

tigten die Abfindung in einer zusammenhängenden Fläche zu gewähren.

§. 22. Eine Ausnahme hiervon (§. 21.) findet nur dann Statt, wenn bei einer Abfindung von sehr erheblichem Umfange das Entschädigungsrevier nicht zusammenhängend gelegt werden kann, ohne eine angemessene Planlage für die übrigen unmöglich zu machen, und wenn zugleich die Trennung einer solchen Abfindung in mehrere Reviere sich in der Art bewirken läßt, daß jedes getrennte Revier jagdbar bleibt. Letzteres ist nach dem Verhältniß anderer in demselben Jagddistrikt zugeheilte Abfindungsflächen zu beurtheilen und darüber nach Befinden der Theilungsbehörde, das Gutachten von Sachverständigen einzuholen.

§. 23. Bei der Lagerung der Abfindungsfläche ist auf die Nähe des Gutes, mit welchem die Jagdberechtigung verbunden ist, so wie auf den Zusammenhang mit einem privaten Jagdreviere des Berechtigten oder auch mit einem anderen Jagddistrikt, in welchem derselbe gleichfalls mitberechtigt ist, möglichst Rücksicht zu nehmen.

§. 24. Die einzelnen Abfindungsflächen sind, wo es nach der Vertlichkeit geschehen kann, so anzulegen, daß sie von natürlichen Grenzen, als Flüssen, Bächen, Landstraßen, Wegen, Kultur- oder Eigenthums-Grenzen umschlossen werden. Wo dieses ohne erhebliche Abweichung von dem berechneten Umfange der an einander grenzenden Abfindungsreviere erreicht werden kann, ist ein jeder Betheiligte verpflichtet, sich zu diesem Zwecke eine mäßige Kürzung seines Antheils gefallen zu lassen, welche bis zu einem Prozent der ganzen Abfindungsfläche ohne Entschädigung, aber auch bis zu fünf Prozent gegen Entschädigung in Rente (§. 20) zulässig ist. Grenzen zweier Abfindungsflächen ungleicher Größe an einander, so soll in der Regel die größere das zur Abrundung erforderliche Terrain abgeben. Fällt die Grenze zweier Abfindungen in ein von natürlichen Grenzen nicht durchschnittenen Terrain, so ist solche durch Grenzmale zu bezeichnen, welche jederzeit in einer Weise

aufzustellen sind, daß die Grundeigenthümer dadurch nicht bei der Benutzung der Grundstücke beeinträchtigt werden.

§. 25. Durch die Beendigung der Theilung erhält jeder Berechtigte in dem ihm überwiesenen Revier das Recht, diejenige Jagdart, welche Gegenstand des Theilungsverfahrens war, unter Beobachtung der jagdpolizeilichen Vorschriften ausschließlich zu benutzen.

§. 26. In Revieren, wo hohe, mittlere und niedere Jagd getrennt sind, hat die Theilung der Berechtigung zu einer dieser Jagden weder auf die Theilung der andern, noch auf deren fernere Ausübung einen Einfluß.

§. 27. Das Abfindungsrevier tritt ganz in dieselben rechtlichen Verhältnisse, welche früher in Ansehung der ungetheilten Berechtigung stattfanden. Ein Gleiches gilt von der nach §§. 20 und 24 zu gewährenden Entschädigungsrente. Wird dieselbe abgelöst, so können die Obereigenthümer, Lebens-Agnaten, Fideikommißanwärter und Wiederverkaufsberechtigten die Wiederanlegung des Ablösungskapitals zu Lehn oder Fideikommiß, oder die Verwendung desselben zur dauernden Verbesserung des berechtigten Gutes, oder zur Befriedigung der ersten Hypothefengläubiger verlangen, Letztere auch diejenigen Rechte geltend machen, welche ihnen bei Gemeintheilungen zustehen.

6. Die Ausführung der Jagdgemeinheits-Theilungen für die zum ständischen Verbanke der Kur- und Neumark Brandenburg und dem Markgraftum Niederlausitz, so wie der Provinz Sachsen gehörigen Landestheile.

Vom 7. März 1843.

§. 1. Die Ausführung der Verordnung wegen Theilung gemeinschaftlicher Jagddistrikte wird für jeden Kreis einer besonderen Kreis-Jagdtheilungs-Kommission übertragen.

§. 2. Die Kreis-Jagdtheilungs-Kommission (§. 1) soll aus einem zum Richteramt qualifizirten, bei der Sache nicht

betheiligten Beamten und aus zwei jagdberechtigten Grundeigenthümern, welche auch einem benachbarten Kreise angehören können, bestehen. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu bestellen. Die Wahl der Mitglieder und deren Stellvertreter erfolgt in der Kreisversammlung nach den für die Landrathswahlen geltenden formellen Bestimmungen, jedoch unter Theilnahme der Abgeordneten der Städte und Landgemeinden. Der Stellvertreter eines aus den Grundeigenthümern gewählten Mitgliedes darf nicht mit Letzterem in dem nämlichen Distrikte zur Jagd berechtigt sein, damit er bei denjenigen Spezialverhandlungen fungiren kann, wo dasselbe wegen eigenen Interesses bei der Sache ausscheiden muß.

Die Bestätigung der Wahlen steht dem Ober-Präsidenten zu, jedoch in Ansehung des richterlichen Mitgliedes unter Mitwirkung des Präsidenten des Ober-Landesgerichts. Der Minister des Innern ist ermächtigt, bei Ermangelung qualifizirter Jagdberechtigter ausnahmsweise auch die Erwählung anderer sachkundiger Personen zu Mitgliedern der Theilungskommission zu gestatten.

§. 3. Die Kreis-Jagdtheilungs-Kommissionen haben in Ansehung der Theilung gemeinschaftlicher Jagddistrikte im Allgemeinen gleiche Befugnisse und Verpflichtungen wie die General-Kommission in Ansehung der Gemeinheits-Theilungen; sie müssen sich jedoch bei Erlassen an die Unterbehörden der Regierungen und Ober-Landesgerichte des Requisitionsstyls bedienen.

Sie stehen in disziplinarischer Beziehung unter dem Ober-Präsidenten und dem Minister des Innern.

Die Theilung sämmtlicher, innerhalb des Kreises befindlicher gemeinschaftlicher Jagddistrikte wird unmittelbar durch die Kreis-Kommissionen bewirkt, und finden Spezialkommissionen zu Theilung einzelner Reviere nicht Statt. Es bleibt jedoch den Kreis-Kommissionen unbenommen, mit solchen Geschäften, welche nicht die Mitwirkung der gesamten Kommission erfordern, einzelne Mitglieder zu beauftragen. Die Instruktion streitiger Gegenstände liegt dem zum Richteramte qualifizirten Mitgliede

ob. Dasselbe hat auch sämtliche Verhandlungen zu leiten und gebührt ihm der Vorsitz in der Kommission.

§. 4. Die Provokation auf Theilung eines in mehreren Kreisen belegenen Jagddistrikts ist bei der Theilungskommission desjenigen Kreises anzubringen, in welchem der größte Theil desselben liegt. Kompetenzkonflikte hat der Oberpräsident zu entscheiden.

§. 5. Die Theilungskommission hat zunächst die Legitimation der Provokanten zu prüfen. Diese müssen mit dem Theilungsantrage ein Verzeichniß der Jagdberechtigten des Distrikts mit der pflichtmäßigen Versicherung einreichen, daß ihnen mehrere Berechtigte, als darin angegeben, nicht bekannt sind.

§. 6. Ergibt sich nach diesem Verhältnisse (§. 5), daß die Provokanten nicht ein Viertel der bekannten Jagdberechtigten ausmachen, so wird die Provokation, insofern solche nicht auf Einleitung eines Theilungsverfahrens auf alleinige Kosten der Provokanten gerichtet ist, durch ein Defret zurückgewiesen. Im entgegengesetzten Falle ladet die Kommission die bekannten Jagdberechtigten des Distrikts zu einem auf acht Wochen hinauszusetzenden Termin unter der Verwarnung vor, daß im Fall des Ausbleibens ihre Einwilligung in die Theilung angenommen, und diese nach den Beschlüssen der Erschienenen ausgeführt werde. Zugleich erläßt die Kommission eine Ediktalladung, wodurch alle diejenigen, welche bei der Theilung ein Interesse haben, zur Angabe und Nachweisung ihrer Ansprüche bei Vermeidung der Präklusion aufgefordert werden.

Die Ediktalladung wird zweimal in dem Amtsblatte, den Intelligenzblättern und den Zeitungen des Regierungsbezirks, und wenn in demselben keine Zeitung erscheint, in der eines benachbarten Regierungsbezirks bekannt gemacht. Liegt ein Theil des Jagddistrikts in einem anderen Regierungsbezirk, so erfolgt die Bekanntmachung auch in den dortigen öffentlichen Blättern.

§. 7. Ein jeder Theilnehmer ist verpflichtet, in dem Anmeldestermine (§. 6) persönlich zu erscheinen, und hat seine Berechtigung, deren Art und Umfang anzugeben, die darüber

sprechenden Urkunden vorzulegen und die sonstigen Beweismittel namhaft zu machen. Eine Vertretung durch Bevollmächtigte ist nur gestattet, wenn der Betheiligte durch erhebliche Ursachen an dem persönlichen Erscheinen gehindert wird, und solche sogleich bescheinigt.

Die Rechte des Fiskus werden durch den betreffenden Oberförster wahrgenommen, der sich durch die Autorisation der vorgesetzten Regierung zu legitimiren hat.

Die erschienenen Interessenten haben sich in diesem Termine über die Anerkennung der angemeldeten Gerechtsame im Allgemeinen zu erklären.

Zugleich prüft die Theilungskommission die Legitimation der Provokaten und deren Bevollmächtigten, sofern solche von den andern Betheiligten bestritten wird.

Daß einmal angefangene Verfahren muß ununterbrochen fortgesetzt und darf nur dann ausgesetzt werden, wenn die Verhältnisse der Sache es erfordern. Die Interessenten müssen nicht nur in dem ihnen durch die Vorladung bezeichneten Termine, sondern auch an den folgenden Tagen, welche als Fortsetzung eines und desselben Termins betrachtet werden, ohne weitere schriftliche Einforderung sich einfinden, bis die Kommission die Verhandlung für geschlossen erklärt. Eine Prorogation der anberaumten Termine kann nur ausnahmsweise, wenn der Antrag durch Bescheinigung erheblicher Hinderungsurachen begründet ist, bewilligt werden. Auch muß derjenige, welcher einen anderweitigen Termin veranlaßt, die Kosten desselben allein tragen.

Diese Bestimmungen finden nicht bloß in Beziehung auf den Anmeldungstermin, sondern auf alle folgende Termine Anwendung.

§. 8. Nach Beendigung des Anmeldungstermins entscheidet die Kommission über die Zulässigkeit der Provokation und faßt in Ansehung aller nicht angemeldeten Ansprüche den Präklusionsbescheid ab, welcher nach Vorschrift des §. 6. öffentlich bekannt zu machen ist. Gegen die Präklusion findet die Resti-

tution nach den Bestimmungen des III. Abschnitts Titel XIV. der Allgemeinen Gerichtsordnung Statt; es muß jedoch derjenige, welcher die Restitution erlangt, alle Kosten tragen, welche durch die Umänderung des bisherigen Verfahrens in Folge seines späteren Eintretens herbeigeführt werden.

§. 9. Hiernächst wird ein Instruktions-Termin zur Feststellung der Theilnahmerechte und der Theilungsmasse, so wie zur Erklärung der Interessenten über den Theilungsfuß und die Ausgleichungsgrundsätze angesetzt, wozu dieselben unter dem Präjudiz, daß die Ausbleibenden an die Beschlüsse der Erschienenen gebunden sind, vorgeladen werden.

Der Kommission bleibt, wo die Verhältnisse es gestatten, überlassen, diese Gegenstände auch schon in dem Anmeldungs-Termine zu erledigen, wie ihr denn überhaupt freisteht, die verschiedenen Termine, wo es angemessen erscheint, zusammenzuziehen.

Die gegenseitigen Gerechtsame werden rücksichtlich der Nichterschienenen in dem Maße für richtig angenommen, wie sie von den Erschienenen angegeben worden.

Die Theilhaber eines gemeinschaftlichen Interesses müssen sich, insofern von dessen Wahrnehmung gegen einen Dritten die Rede ist, den Beschlüssen der Mehrheit, welche nach der Zahl der selbstständigen Jagdberechtigungen berechnet wird, unterwerfen.

Dagegen ist zu den im §. 19. der Theilungs-Ordnung erwähnten Beschlüssen eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln der erschienenen Betheiligten erforderlich, deren Zahl in gleicher Weise wie vorstehend berechnet wird.

Zu gänzlicher Beseitigung der Rücksicht auf die Terrainverschiedenheiten wird Einstimmigkeit aller Betheiligten erfordert.

§. 10. In dem Instruktions-Termine (§. 6.) haben sich die Betheiligten über den ganzen Inhalt der Anmeldungen, namentlich in Beziehung auf den Umfang der behaupteten Berechtigung und die Art der Ausübung bestimmt zu erklären.

Die Kommission hat sich möglichst zu bemühen, die Streitigkeiten durch gütliche Einigung zu beseitigen; imgleichen über den Theilungsfuß und die Ausgleichungsgrundsätze bei obwaltender Meinungsverschiedenheit einen Beschluß zu Stande zu bringen.

Dieserigen Punkte, über welche weder Einigung noch Beschlußnahme erfolgt, entscheidet die Kommission, sofern nicht eine weitere Instruktion erforderlich ist, in dem nämlichen Termine.

§. 11. In jedem Theilungsverfahren sind, und zwar für jede Jagdart besonders, gewisse Klassen der Jagdbarkeit der verschiedenen Theile des Distrikts nach der äußeren Beschaffenheit des Terrains festzustellen. Als Hauptklassen werden nach ihrer Werthfolge nachstehende bestimmt:

A. Für die niedere Jagd:

- 1) Acker und Wiesen mit Feldholzungen untermischt,
- 2) Acker und Wiesen ohne Feldholzungen,
- 3) große Waldungen, überhaupt Terrain von vorherrschend waldiger Beschaffenheit,
- 4) mit starkem Haidekraut oder Post bewachsener Haide- oder Moorgrund,
- 5) Gemeinde-Huden, kahler Haide- oder Moorgrund, kahle Bergweide.

B. Für die mittlere Jagd:

- 1) Wald im Gebirge, und wo sich der Birkenhain findet und zur mittleren Jagd gehört, mit starkem Haidekraut oder Post bewachsener Haide- oder Moorgrund,
- 2) Wald in der Ebene von bedeutendem Umfange,
- 3) Holzungen, welche zwar nicht zusammenhängend sind, jedoch den größeren Theil des Terrains einnehmen,
- 4) Acker, Wiesen, Hütungen, auch wenn sie von kleinern Holzungen durchschnitten sind, bei welchen letzteren indeß ein Unterschied des Werthes zu machen ist, je nachdem sie in größerer oder geringerer Entfernung von ausgedehntem

ten Waldungen, in denen es einen Rebestand gibt, belegen sind.

C. Für hohe Jagd:

- 1) Wald im Gebirge,
- 2) Wald in der Ebene von bedeutendem Umfange,
- 3) Acker, Wiesen, Hütungen, auch wenn sie mit kleinern Holzungen untermischt sind, wobei indeß ebenfalls ein Unterschied des Werthes zu machen ist, je nachdem sie in der Nähe großer Waldungen, in denen es einen Roth- oder Schwarzwildstand gibt, belegen sind oder nicht.

Auf die Bodengüte ist nur dann besondere Rücksicht zu nehmen, wenn in dem zu theilenden Jagddistrikt erhebliche Verschiedenheiten, und zwar in größerer Ausdehnung vorkommen, und deshalb ein ausdrücklicher Antrag gemacht wird. Es sind alsdann auch in dieser Beziehung Klassen, die aber die Zahl von dreien nicht übersteigen sollen, zu bilden.

Das Werthverhältniß der verschiedenen Klassen untereinander ist in jedem einzelnen Fall besonders festzusetzen. An die oben angegebenen Hauptklassen ist jedoch die Theilungskommission nicht nothwendig gebunden; vielmehr steht ihr frei, nach Maaßgabe der Dertlichkeit einzelne Klassen wegzulassen, oder auch noch andere einzuschalten. Sie soll jedoch in allen Fällen zunächst die gütliche Einigung der Interessenten über die Klassifikation und die Werthverhältnisse der verschiedenen Klassen untereinander, sowohl in Beziehung auf die äußere Beschaffenheit des Terrains als auf die Bodengüte, wo letztere zur Sprache kommt, herbeizuführen suchen und nur in Entstehung einer solchen Einigung eine Festsetzung hierüber von Amtswegen treffen.

Der Kommission bleibt vorbehalten, auch darüber zu entscheiden, inwiefern die Werthverschiedenheit die durch den Stand der Bevölkerung einer Gegend in Verhältniß anderer Theile des Distrikts herbeigeführt werden möchte, sowie sonstige Verschiedenheiten der einzelnen Theile des Distrikts, welche auf die Jagdbarkeit derselben einen bedeutenden Einfluß haben, zu berücksichtigen sind.

Ob dieserhalb zuvor ein Gutachten von Sachverständigen einzuholen sei, wird ihrem Ermessen überlassen.

§. 12. Sind die Theilnahmerechte festgestellt, und über den Theilungsfuß und die Ausgleichungsgrundsätze die nöthigen Bestimmungen erfolgt, auch die streitigen Punkte nach Vorschrift der §§. 20—32 entschieden, so läßt die Kommission durch einen nach den Bestimmungen der Order vom 28. Februar 1829 qualifizirten Feldmesser unter Mitwirkung eines der beiden aus den jagdberechtigten Grundbesitzern gewählten Mitglieder, nach den Separations- und sonstigen, von ihr für glaubhaft befundenen Karten, deren Benutzung die Behörden, in deren Gewahrsam sie sich befinden, ihr auf vorgängige Requisition in ihren Geschäftslokalen zu gestatten haben, eventuell auf Grund einer vorzunehmenden generellen Vermessung (wozu in den meisten Fällen eine Messung durch Abschreiben genügen wird) den zu theilenden Distrikt sowohl nach seinem Flächeninhalt als nach dem Werthverhältniß der einzelnen Klassen der Jagdbarkeit, imgleichen das Sollhaben eines jeden Betheiligten berechnen und den Theilungsplan aufstellen.

§. 13. Der Theilungsplan nebst den Berechnungen wird in einem eigends dazu anberaumten Termin den Betheiligten zur Erklärung vorgelegt; dieselben sind mit ihren Erinnerungen dagegen zu hören und hiernächst diejenigen Streitpunkte, welche nicht durch gütliche Einigung sich beseitigen lassen, von der Kommission zur weiteren Instruktion und Entscheidung zu stellen. Die Vorladung zu diesem Termine geschieht unter der Verwarnung, daß in Ansehung der Nichterscheinenden angenommen werde, daß sie gegen den Theilungsplan nichts einzuwenden haben, und den Beschlüssen der Erschienenen beitreten.

§. 14. Nach Beendigung des Verfahrens entwirft die Kommission auf Grund der stattgehabten Verhandlungen den Theilungsrezeß, der das Resultat der Theilung ausführlich ergeben, insbesondere eine genaue Beschreibung der Grenzen der den einzelnen Interessenten zu ihrer Abfindung überwiesenen privaten Jagdreviere enthalten muß. Die Theilungskommis-

sion hat hierbei das landespolizeiliche Interesse wahrzunehmen, gegen die hierauf sich beziehenden Verfügungen findet nur die Beschwerde bei dem Oberpräsidenten, und in weiterer Instanz bei dem Minister des Innern Statt.

§. 15. Wird gegen den Entwurf nichts erinnert, oder sind die gemachten Erinnerungen erledigt, so erfolgt die Vollziehung des Rezesses vor der Theilungskommission. Etwaigen Ausstellungen wird, sofern deren Erledigung keine Bedenken entgegenstehen, sogleich abgeholfen, und dieses in dem mit dem Rezeß zu verbindenden Vollziehungsprotokoll bemerkt. Werden Ausstellungen ungegründet befunden, so sind diejenigen, von denen solche ausgegangen sind, darüber gehörig zu belehren. Verweigern dieselben dennoch die Vollziehung, so wird ihnen mittelst eines besondern Resoluts unter Anführung der Gründe, weshalb die Ausstellung nicht berücksichtigt werden könne, eine angemessene Frist unter der Verwarnung gesetzt, daß, sofern sie die Vollziehung bis dahin nicht bewirken würden, dieselbe richterlich ergänzt und die Bestätigung des Rezesses auch ohne dieselbe erfolgen werde.

Gegen dieses Resolut stehen den Betheiligten dieselben Rechtsmittel zu, wie gegen andere Entscheidungen der Kommission.

§. 16. Sind die Ausstellungen gegen den Rezeß durch rechtskräftige Entscheidung erledigt, so bestätigt die Kommission denselben, welcher dadurch die Eigenschaft einer gerichtlich bestätigten Urkunde erhält. Nach Bestätigung des Rezesses kann kein Betheiligter mit Einwendungen gegen die darin enthaltenen Bestimmungen und mit Nachforderungen für Rechte, welche Gegenstände des Theilungsverfahrens waren, weiter gehört werden.

§. 17. Sobald der Rezeß bestätigt worden, erfolgt die Ausführung der Theilung durch Ueberweisung der Abfindungsreviere an die Betheiligten an Ort und Stelle, sowie Versteinerung der Grenzen, soweit solche nach §. 24. der Theilungsordnung erforderlich, und ohne Beeinträchtigung der Grund-

eigenthümer ausführbar ist. Die Ausführung ist durch das zum Richteramt qualifizierte Mitglied zu bewirken, welchem überlassen bleibt, dabei eines der beiden andern Mitglieder zuzuziehen.

Die Theilungskommission ist ermächtigt, die Ausführung der Theilung nach Umständen auch vor Vollziehung des Rezeses anzuordnen.

§. 18. Das Hauptexemplar des bestätigten Rezesses wird mit dem über die Ausführung aufgenommenen Protokoll und sämtlichen Akten an den Landrath des Kreises abgeliefert, und in dessen Registratur aufbewahrt.

Eine zweite Ausfertigung des Rezesses mit einer beglaubigten Abschrift des Ausführungsprotokolls wird der Regierung eingereicht und einem jeden Betheiligten ein beglaubigter Auszug über das ihm angewiesene Abfindungsrevier zugefertigt; es steht jedoch den einzelnen Betheiligten frei, eine vollständige Ausfertigung des Rezesses auf ihre Kosten zu verlangen.

§. 19. Mit der Ausführung des Rezesses ist die Wirksamkeit der Kommission geschlossen, und Klagen wegen Verletzung der durch den Theilungsrezeß erworbenen Rechte gehören vor den ordentlichen Richter.

§. 20. Sämmtliche im Verlaufe des Theilungsverfahrens in Beziehung auf dessen Gegenstand entstehende Streitigkeiten entscheidet die Theilungskommission in erster Instanz; ihre Entscheidungen haben die Kraft richterlicher Erkenntnisse.

Bei Streitigkeiten über die Theilnahmerechte steht es jedoch einer Partei frei, auf die Entscheidung im ordentlichen Wege Rechts anzutragen; in diesem Falle werden die von der Kommission instruirten Akten an das kompetente Oberlandesgericht zum Spruche abgegeben.

§. 21. Die Instruktion der Streitpunkte geschieht durch das zum Richteramt qualifizierte Mitglied der Kommission (§. 3).

Sofern es jedoch dabei auf praktische Bekanntschaft mit dem Gegenstande ankommt, assistirt ihm eines der beiden andern Mitglieder.

Schriftliche Deductionen sind in erster Instanz nicht zulässig.

§. 22. Im Falle des ungehorsamen Ausbleibens einer Partei auf die ergangene Verladung kommen die Bestimmungen der Allgemeinen Gerichtsordnung Titel VIII. §§. 9—12 und Titel XIV. §§. 69—77 in Anwendung. Das Kontumazialverfahren findet ebenfalls Statt, wenn eine Partei ihren Bevollmächtigten mit gar keiner oder nicht zureichender Information versieht.

§. 23. In Fällen, wo nach den Bestimmungen der §§. 20. und 24. der Theilungsordnung Sachverständige zuzuziehen sind, fordert die Kommission jede Partei auf, einen solchen in Vorschlag zu bringen und ernennt ihrerseits einen dritten Sachverständigen. Der Betrag der zu gewährenden Rente wird nach dem Durchschnitte der Abschätzungen festgesetzt.

In den in §§. 12. und 22. vorgesehenen Fällen, ernennt die Kommission nach ihrem Ermessen einen oder mehrere Sachverständige. Die Parteien sind jedoch mit ihren Einwendungen gegen die Personen der benannten Sachverständigen zu hören, über welche die Kommission entscheidet.

§. 24. Die Beschlüsse der Kommission werden durch Stimmenmehrheit gefaßt.

§. 25. Zur Entscheidung in zweiter Instanz über die bei dem Theilungsverfahren entstehenden Streitigkeiten sollen Revisionskommissionen in Jagdtheilungssachen bestellt werden, deren jede, außer dem Vorsitzenden, aus einem Verwaltungs- und einem Justizbeamten der vierten Rangklasse und zweien von den Ständen aus den jagdberechtigten Grundbesitzern der betreffenden Landestheile zu wählenden Mitgliedern bestehen soll. Für jedes derselben wird ein Stellvertreter erwählt, der in Ansehung der Betheiligung bei gemeinschaftlichen Jagddistrikten zu dem von ihm zu vertretenden Mitgliede in dem oben im §. 2. erwähnten Verhältnisse stehen muß.

In der Provinz Brandenburg wird eine Revisionskommission zu Berlin für die Kurmark (mit Ausschluß der Altmark)

und eine andere zu Frankfurt für die Neumark und Niederlausitz, in den Begrenzungen, welche die genannten Landestheile im Jahre 1806 hatten, errichtet. Die ständischen Mitglieder der Revisionskommission zu Berlin werden auf dem Rurmärkischen Kommunal-Landtage, und von den ständischen Mitgliedern der Revisionskommission zu Frankfurt wird das eine auf dem Neumärkischen und das andere auf dem Niederlausitzischen Kommunal-Landtage gewählt.

In der Provinz Sachsen wird für jeden der Regierungsbezirke Magdeburg, Merseburg und Erfurt eine Revisionskommission an dem Orte des Sitzes der Regierung bestellt. Von den ständischen Mitgliedern der Revisionskommission zu Magdeburg wird das eine auf dem Provinzial-Landtage, das andere auf dem Altmärkischen Kommunal-Landtage; die ständischen Mitglieder der Revisionskommission zu Merseburg und Erfurt dagegen werden auf dem Provinzial-Landtage gewählt.

Fällt die Wahl der Stände auf andere qualifizierte Personen, die nicht zu den jagdberechtigten Grundbesitzern der betreffenden Landestheile gehören, so findet die Bestimmung des §. 2. mit der Maaßgabe Anwendung, daß auf Dispensation anzutragen ist.

§. 26. Die Revisionskommissionen nehmen im Allgemeinen hinsichtlich der Jagdtheilung dieselbe Stellung ein, wie die Revisionskollegien in Beziehung auf die Gemeinheitstheilungen. Sie sind den Ministern des Innern und der Justiz untergeordnet; Ersterer ernennt die aus den Verwaltungsbeamten, Letzterer die aus den Justizbeamten zu bestimmenden Mitglieder.

§. 27. Die Wahlen der ständischen Mitglieder bedürfen der Bestätigung. Die Vorsitzenden der Revisionskommission werden auf den gemeinschaftlichen Vorschlag der Minister des Innern und der Justiz ernannt. Die Unterbehörden der Regierungen und Oberlandesgerichte sind schuldig, in Gegenständen ihres Ressorts Aufträge der Revisionskommissionen anzunehmen.

§. 28. Die Appellation gegen Entscheidungen der Kreis-

Theilungskommission muß innerhalb sechs Wochen nach Insinuation des Bescheides eingelegt werden.

§. 29. Die Instruktion des Appellatori wird von der Kreistheilungskommission bewirkt. Die Vorschriften der Allgemeinen Gerichtsordnung und der späteren, dieselben erläuternden oder abändernden Gesetze müssen dabei beobachtet werden.

Schriftliche Deduktionen sind in der zweiten Instanz zulässig.

§. 30. In denjenigen Fällen, wo nach der Theilungsordnung die Zuziehung von Sachverständigen gestattet ist, bleibt solche auch der Revisionskommission (§. 23.) überlassen.

§. 31. Kommen in der Appellationsinstanz ganz neue Punkte vor, welche mit andern bisher schon streitig gewesenen in Verbindung stehen, so muß auch darauf die Instruktion gerichtet und darüber im Appellationserkenntnisse zugleich entschieden werden.

§. 32. Die Entscheidungen der Revisionskommissionen erfolgen nach Stimmenmehrheit. Dieselben werden in Urtheilsform abgefaßt, mit den Gründen ausgefertigt, und den Parteien durch die Kreistheilungskommission insinuiert.

In Fällen, wo eines der ständischen Mitglieder bei der Entscheidung betheiligt ist, beruft der Vorsitzende den Stellvertreter ein.

§. 33. Gegen die Erkenntnisse der Revisionskommissionen findet nur die Nichtigkeitsbeschwerde nach den Bestimmungen der Verordnung vom 14. Dezember 1833 Statt.

§. 34. Den Interessenten eines gemeinschaftlichen Jagddistrikts steht frei, sich auch ohne Dazwischenkunft einer öffentlichen Behörde auseinander zu setzen; jedoch muß in einem solchen Falle der abgeschlossene Rezeß der Kreis-Jagdtheilungskommission zur Bestätigung vorgelegt werden.

§. 35. Die Betheiligten sind verpflichtet, diejenigen Kosten, welche durch das Theilungsverfahren im Allgemeinen veranlaßt werden, nach Verhältniß ihrer angemeldeten Theilnahmerechte vorzuschießen. Am Schlusse desselben erfolgt die Ausgleichung nach Verhältniß der erhaltenen Abfindungen.

§. 36. Nur diejenigen, welche aus der Theilung Abfindungen zu empfangen haben, sind schuldig, zu diesen Kosten beizutragen; Besitzer privater Jagdreviere oder Grenznachbarn, welche bloß zur Wahrnehmung ihrer Rechte bei dem Verfahren aufgetreten sind, bleiben davon befreit.

§. 37. Diejenigen Kosten, welche durch die Instruktion und Entscheidung der im Tilgungsverfahren entstehenden Streitigkeiten veranlaßt werden, sind mit denen des allgemeinen Theilungsverfahrens nicht zu vermischen und werden von den streitenden Theilen allein; nach den wegen der Prozeßkosten bestehenden Grundsätzen, getragen, welche auch für die Zahlung der Vorschüsse maßgebend sind.

Wegen Verwaltung des Kostenwesens haben die Vorsitzenden der Kreistilgungskommissionen, sowie der Revisionskommission das Erforderliche anzuordnen.

Sie bestimmen die zu leistenden Vorschüsse und erteilen die Anweisungen auf Zahlungen aus den vorhandenen Beständen.

Beschwerden über den Kostenpunkt sind bei dem Minister des Innern anzubringen.

§. 38. Die Verhandlungen der Kreis-Jagdtheilungs-, sowie der Revisions-Kommissionen, sind stempelfrei. An Kosten werden den Betheiligten nur berechnet: die Diäten, Reisekosten und sonstigen Entschädigungen der Kommissarien, Sachverständigen und Zeugen, so wie überhaupt alles dasjenige, was als baare Auslage zu betrachten ist.

§. 39. Die Kommissarien, sowohl bei den Kreis- als den Revisions-Kommissionen erhalten für die Tage, an denen sie beim Zusammentritte der Kommissionen oder in ihnen besonders aufgetragenen Geschäften fungiren, Diäten.

Für schriftliche Ausarbeitungen wird den Mitgliedern eine besondere Vergütung nach Verhältniß des dazu erforderlichen Zeitaufwandes und den stattfindenden Diätensätzen gewährt, wobei eine Beschäftigung von sieben Stunden für einen Arbeitstag gerechnet wird.

§. 40. Die Diäten der Kommissarien sowohl bei den

Kreis-Jagd-Theilungs- als bei den Revisions-Kommissionen werden auf zwei Thaler, die des Vorsitzenden der Revisions-Kommission auf drei Thaler festgesetzt.

An Reisekosten werden in vorkommenden Fällen sämtlichen Kommissarien die in der Verordnung vom 28. Juni 1825 §§. 9—11 für Beamte der dritten, vierten und fünften Rangklasse bestimmten Sätze zugebilligt.

§. 41. Beide Kommissionen können für alle Ausfertigungen, Kopialien, so wie für die Zustellung Insinuationsgebühren und Meilengelder oder das Porto, und überhaupt alle Auslagen in Anrechnung bringen.

§. 42. Den Kreis-Jagdtheilungs-Kommissionen wird gestattet, zu Erleichterung ihrer Geschäfte in den Terminen einen Protokollführer zuzuziehen, für welchen ein Diätensatz von 20 Sgr. berechnet werden kann.

§. 43. Die Gebühren der Feldmesser werden nach den Bestimmungen der §§. 82—97 des Reglements vom 29. April 1813 festgesetzt; sofern sich darin für besondere Arbeiten ein spezieller Satz nicht findet, sind ihnen die daselbst §. 106 bestimmten Diäten nach Maaßgabe des erforderlichen Zeitaufwandes (§. 40) zu gewähren. Die Diäten für die Reisetage der Feldmesser werden nach §. 103 des angeführten Reglements, und die Fuhrkosten mit 20 Sgr. für die Meile vergütet. Wird von den Partheien auf eine Revision der Arbeiten derselben angetragen, so kommen die Bestimmungen sub 2 u. 3 §. 2 des Regulativs vom 25. April 1836 in Anwendung.

§. 44. Sachverständige erhalten täglich 1 Rthlr. 15 Sgr., welche nach dem Ermessen der Kommission selbst dann auf 2 Rthlr. erhöht werden können, wenn den Sachverständigen nach ihren sonstigen Verhältnissen ein geringerer Satz zukommen würde, imgleichen Reisekosten nach den Bestimmungen der Verordnung vom 18. Juni 1825.

§. 45. Reise-, Zehrungs- und Versäumniskosten der vernommenen Zeugen werden von der Kommission nach den

Behlen, Archiv. Bd. XVI. 28 Heft.

Bestimmungen der allgemeinen Gebührentaxe vom 23. August 1815 festgesetzt.

§. 46. In der Appellationsinstanz können diejenigen Parteien, welche nach §. 36. von der Theilnahme an den Auseinandersetzungskosten befreit sind, auch Reise-, Zehrungs- und Versäumniskosten für sich oder ihre Mandatarien in Anspruch nehmen.

7) Verfahren bei dem Holzverkauf in den Königl. Forsten.

Vom 8. März 1843.

Von den im Jahre 1841 versammelt gewesenen Ständen der Provinzen Sachsen und Posen sind einige Petitionen angebracht worden, welche auf eine Abänderung des bisherigen Verfahrens beim Holzverkauf in den Königl. Forsten abzielen. Dies hat zu einer ausführlichen Verathung des Gegenstandes im Königl. Staats-Ministerio geführt, in deren Verfolge den Königl. Regierungen über die künftig hierbei zu beobachtenden Grundsätze, und die danach eintretenden Modificationen der Circular-Verfügung vom 25. Februar 1839 Nachstehendes zu erkennen gegeben wurde:

Zunächst kommt in Betracht, daß die Holztaxen, wenn sie auch den marktgängigen Preisen möglichst entsprechend regulirt werden, doch den öfteren Schwankungen derselben nicht zu folgen vermögen. Noch weniger ist es ausführbar, bei der Festsetzung der Taxen auf den oft sehr großen Unterschied des Werths, welcher aus der verschiedenen Lage und Beschaffenheit der einzelnen Kauf-Objecte entspringt, genügend Rücksicht zu nehmen. Es ist daher nicht zu vermeiden, daß die Taxen im Ganzen und Einzelnen bald zu hoch, bald zu niedrig sind. Die einzelnen Holzkäufer dagegen sind vollkommen im Stande, ihre Gebote bei den Lizitationen nach dieser Werthsvorschiedenheit abzumessen. Eben so erheblich ist es, daß bei dem Verkaufe im Wege der Lizitation alle Konsumenten gleichmäßig

Gelegenheit zur Befriedigung ihres Bedarfs finden, wogegen beim Holzverkaufe aus freier Hand, wenn die zum Kauf disponiblen Holzquantitäten, wie es häufig der Fall ist, zur Befriedigung aller Ansprüche nicht hinreichen, nur die zuerst sich meldenden Käufer befriedigt werden, und die zuletzt kommenden leer ausgehen. Von ganz besonderer Wichtigkeit aber ist es, daß durch den Verkauf des Holzes im Wege der Lizitation allen Begünstigungen einzelner Käufer, selbst dem Scheine solcher Begünstigungen und den früher sehr oft daher entstandenen Klagen des Publikums vorgebeugt, und die Verwaltung wesentlich vereinfacht wird. Auch die Erfahrung hat den Verkauf des Holzes im Wege der Lizitation bereits als zweckmäßig bewährt. In mehreren Provinzen, wo dieser Verkaufs-Modus schon lange besteht, selbst im Regierungsbezirke Merseburg, wo er besonders für das Brennholz seit 25 Jahren Regel gewesen, wie im Regierungsbezirke Magdeburg, wo er seit noch längerer Zeit, bis auf einzelne Ausnahmen, ausschließend Anwendung gefunden hat, sind früher keine Ausstellungen dagegen gemacht worden. In anderen Gegenden, wo er erst neuerlich eingeführt worden, haben bei angemessener Einrichtung der Lizitationen selbst weniger bemittelte Käufer, die sonst bei der Holz-Vertheilung oft leer ausgingen, den Vorzug der freien Konkurrenz anerkannt. Unverkennbar sind daher die später vorgekommenen Beschwerden über die Lizitation beim Holzverkaufe in den Königl. Forsten hauptsächlich durch die seit einigen Jahren eingetretenen hohen Holzpreise veranlaßt. Daß aber diese irrthümlich den Lizitationen zugeschrieben werden und vielmehr durch zufälliges Zusammentreffen mehrerer darauf einwirkender äußerer Umstände herbeigeführt worden sind, erhellet offenbar daraus, daß die Holzpreise nicht bloß wo die Lizitation erst eingeführt worden, sondern abenso da, wo sie schon lange besteht, oder der Holzverkauf noch aus freier Hand erfolgt, ingleichen da, wo Königl. Forsten gar nicht vorhanden sind, gestiegen, und neuerlich, in Folge eines einzigen gelinden Winters, bereits wieder etwas zurückgegangen sind.

Die Sächsischen Stände haben zur Begründung ihres Antrages auf Wiederherstellung des Holzverkaufs aus freier Hand auf die unter der früheren Sächsischen Regierung bestandenen beßfalligen Anordnungen Bezug genommen. Diese Anordnungen waren indessen bloße administrative Bestimmungen, zu deren bleibender Beibehaltung oder Wiedereinführung der Umstand, daß dieselben einstmals bestanden haben, keinen genügenden Grund abgibt. Die Verhältnisse haben sich seitdem durch Verminderung der Holzbestände und durch Vermehrung der Konsumtion wesentlich verändert, und auch im Königreich Sachsen wird der größere Theil des in den Staatswaldungen eingeschlagenen Holzes, jetzt nicht mehr wie früher aus freier Hand, sondern im Wege der Lizitation verkauft.

Nach diesen Rücksichten hat die Frage, ob das Holz in den Königl. Forsten künftig im Wege der Lizitation oder aus freier Hand nach einer festen Taxe verkauft werden soll, im Allgemeinen nur dahin entschieden werden können, daß der Verkauf des Holzes im Wege der Lizitation auch ferner als Regel beizubehalten ist.

Zugleich ist aber anerkannt worden, daß sich Ausnahmen von dieser Regel nicht durchgehend vermeiden lassen. Oft macht es die Rücksicht auf die Befriedigung des Holzbedarfs der ärmeren Einwohner nothwendig oder doch rathsam, denselben auch außer den Lizitationen Holz aus freier Hand verabsolgen zu lassen. Ferner ist es bei dem unvermutheten Eintritte dringender Bedürfnisse nicht immer statthast, die, das Holz bedürfenden Personen, so lange unbefriedigt zu lassen, bis sie in den Lizitationen Gelegenheit finden, das Holz zu erstehen. Eben so macht es die Rücksicht auf die Erhaltung und Beförderung mancher Gewerbe zuweilen nothwendig, Holzabgaben aus freier Hand eintreten zu lassen. Endlich eignen sich manche Holzsortimente, insbesondere die der Entwendung besonders ausgesetzten kleinen Nutzholzstücke, öfters vorzugsweise zum Verkaufe aus freier Hand, um nicht allein den Absatz derselben zu befördern, sondern auch den Käufern, welche hierbei überdies zu

den unbemittelteren Einwohnern gehören, Gelegenheit zu geben, ihren Bedarf ganz nach Bequemlichkeit zu jeder Zeit zu befriedigen.

Zu den Holzverkäufen aus freier Hand in den Fällen der vorgedachten Art sind den Königl. Regierungen bis 15 pCt. des gesammten etatsmäßigen Material-Einschlags zum Verkaufe nach der Taxe, und anderweite 15 pCt. zum Verkaufe nach dem Lizitations-Durchschnitts-Preise zur Disposition gestellt gewesen. Da indessen die Verhältnisse in den einzelnen Oberförstereien so verschieden sind, daß diese Prozentsätze, wenn auch in vielen Oberförstereien mehr als hinreichend, doch in anderen unzulänglich gewesen, und die in der Circular-Verfügung vom 25. Februar 1839 nachgelassenen Anträge auf Erhöhung der Prozentsätze vielfach unterblieben sind, so will man, um nicht allein eine Verminderung der Schreiberet herbeizuführen, sondern auch die Königl. Regierungen in den Stand zu setzen, die Holzabgaben aus freier Hand künftig ganz nach den jedesmaligen besonderen Umständen und Verhältnissen einzurichten, ohne dabei an zu enge Grenzen gebunden zu sein, die Bestimmung wegen der gedachten Prozentsätze hierdurch versuchsweise aufheben, und den Königl. Regierungen hinsichtlich des, nach den besonderen Umständen aus freier Hand zu verkaufenden Quantum, unter Zustimmung des Oberforstbeamten, freie Disposition zu lassen; das Vertrauen dabei, daß die Königl. Regierungen von dieser Befugniß dessenungeachtet nur in so weit Gebrauch machen werden, als es die jedesmaligen besonderen Verhältnisse bedingen, und als es mit dem Grundsatz, daß der Holzverkauf im Wege der Lizitation die Regel bleiben muß, vereinbar ist.

Rücksichtlich des Unterschiedes, welcher zwischen den Holzabgaben zur Taxe und zum Lizitations-Durchschnitts-Preise zu machen, muß der Grundsatz aufrecht erhalten werden, daß die Holzabgabe zur Taxe in der Regel nur da eintreten darf, wo triftige Gründe dafür sprechen, den betheiligten Holz-Empfän-

gern rücksichtlich der Bezahlung des ihnen zu überlassenden Holzes eine besondere Begünstigung zu gewähren.

- Dies betrifft daher hauptsächlich nur die Holzabgaben an unbemittelte, der Unterstützung bedürftige Personen, so weit dieselben nicht schon in den Lizitationen selbst Gelegenheit finden, ihren Holzbedarf zu billigen Preisen zu ersehen. Dagegen würde es da, wo unter besonderen Umständen Holzabgaben aus freier Hand an bemitteltere Personen vorkommen, sich nicht rechtfertigen lassen, das Holz zu einem niedrigeren Preise als demjenigen wegzugeben, welcher sich durchschnittlich in den Lizitationen herausstellt, und dem eigentlichen Werthe des Holzes entspricht. Wo Untertanen ihre Gebäude durch Feuer oder durch Ueberschwemmung verlieren, und es, um ihnen die baldige Wiederherstellung der Gebäude zu erleichtern, angemessen gefunden wird, ihnen das erforderliche Bauholz, soweit die Königl. Forsten dasselbe forstwirthschaftlich hergeben können, aus freier Hand zu verabfolgen, bleibt es der jedesmaligen sorgfältigen Erwägung der Königl. Regierungen überlassen, ob sie die Umstände zu einer Holzabgabe nach dem Taxpreise oder nach dem Lizitations-Durchschnittspreise angethan hält, indem dabei die in Betracht kommenden Rücksichten, namentlich die Dürftigkeit und Würdigkeit der Verunglückten, die Zulänglichkeit oder Unzulänglichkeit der zu erwartenden Affekuranz-Beiträge, der Umstand, ob die Verunglückten zu den Immediat-Einsassen oder den Mediat-Einsassen gehören, und ob hiernach Fiiskus eine nähere oder entferntere Pflicht hat, für dieselben zu sorgen u. s. w., gehörig zu beachten sind. Im Allgemeinen wird noch bemerkt, daß da, wo Holzabgaben aus freier Hand stattfinden, sich mit Ausnahme des vorgedachten Falles, wo es darauf ankommt, hülfbedürftige Untertanen nach Unglücksfällen zu unterstützen, vorzugsweise die geringeren Holzsortimente, namentlich Reißbölzer, Stockbölzer, und soweit als erforderlich Knüppelbölzer, ingleichen die geringeren Nußholzstücke, da gerade diese Sortimente zur Befriedigung des Bedarfs der ärmeren Einwohner dienen, zur Abgabe nach dem Taxpreise, die beße-

ren Sortimenten aber zum Verfaufe nach dem Licitations-Durchschnittspreise eignen.

Außer solchen Abweichungen von der Regel des licitationsweisen Holzverkaufes, zu denen die Königl. Regierungen nach dem Vorstehenden im ausgedehnteren Umfange als bisher autorisirt werden, kommt es aber wesentlich darauf an, daß die Licitationen selbst zweckmäßig abgehalten werden, und daß dabei namentlich auch den unbemittelteren Einwohnern zur Befriedigung ihres Holzbedarfes vollständig Gelegenheit verschafft werde. Es ist den Königl. Regierungen schon mehrfach und zuletzt noch durch die Circular-Verfügung vom 18. Mai v. J. zu erkennen gegeben, daß das Holz, welches zur Befriedigung des häuslichen Bedarfs dient, in so oft als möglich wiederkehrenden Terminen, und in so kleinen Beträgen von einzelnen Klästern, so wie selbst von halben und viertel Klästern, ausgebaut werden müsse, daß selbst die ärmeren Einwohner Gelegenheit erhalten, ihren Holzbedarf ganz in dem Umfange, wie es ihren Wünschen und ihren Mitteln entspricht, zu befriedigen. Rücksichtlich der Zahl der abzuhaltenden Termine ist dabei bereits ausdrücklich vorgeschrieben, daß während des Winters wenigstens alle 8 bis 14 Tage, und während des Sommers mindestens alle Monat eine Licitations-Versteigerung stattfinden solle. Ingleichen sind die Königl. Regierungen bereits wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß es in vielen Fällen rathsam sei, von den Licitations-Terminen, welche zur Befriedigung des häuslichen Bedarfs der Einwohner, und besonders der ärmeren derselben, anberaumt sind, Holzhändler und größere Gewerbetreibende, so wie auch bemittelte Käufer überhaupt auszuschließen. Auf diese Bestimmungen müssen die Königl. Regierungen wiederholt verwiesen werden. Es ist durchaus erforderlich, daß so viel Holz, als nur irgend in ganz kleinen Beträgen hinreichenden Absatz findet, auch in diesen geringen Quantitäten und zwar, so weit es die Umstände bedingen, in verschiedenartigen Sortimenten ausgebaut werde, wobei es darauf, daß bei einem solchen Verfahren die Gebote für die kleinen Lose hinter denjenigen Preisen,

welche bei einer anderen Verkaufsart zu erlangen sein würden, oft zurückbleiben werden, nicht ankommen kann, da dies gerade den ärmeren Einwohnern zu Gute kommt. Auch wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß selbst auf den größeren Exitationen eine hinlängliche Anzahl kleiner Lose, und zwar in verschiedenen Gattungen ausgebaut werden muß, damit namentlich auch diejenigen Einwohner, welche zwar nicht gerade zu den unbemittelten gehören, welche aber doch immer nur weniger Klastern oder noch geringerer Quantitäten auf einmal bedürfen, vollkommen Gelegenheit zur Befriedigung ihres Bedarfs erhalten.

Die Sächsischen Stände haben den Wunsch geäußert, daß künftig den öffentlichen Behörden, welche Holz zur Heizung ihrer Dienstlokalien bedürfen, dasselbe aus freier Hand verabsolgt werden möge, damit die Behörden nicht nöthig hätten, sich öffentlichen Exitationen durch ihre Kommissarien zu beschicken, indem durch die Konkurrenz dieser Kommissarien, denen es auf die zu bezahlenden Preise nicht ankomme, die letzteren oft auf eine, für die übrigen Käufer drückende Weise in die Höhe getrieben würden. Die in Folge dieses Antrages stattgefundenen Erörterungen haben ergeben, daß es sowohl im Interesse der öffentlichen Fonds, als im Interesse des Publikums im Allgemeinen am rathsamsten ist, wenn die Behörden die Lieferung ihres Holzbedarfs an den Mindestfordernden verdingen. Da dies jedoch in vielen Fällen Hindernisse findet, so wird, dem obigen Antrage entsprechend, genehmigt, daß künftig denjenigen Behörden, welche ihren Holzbedarf unmittelbar aus fiskalischen Fonds bezahlen, dieser Holzbedarf, soweit die Behörden denselben aus Königl. Forsten überhaupt beziehen können, und auf die nachstehende Art zu erhalten wünschen, aus freier Hand zum Exitations-Durchschnittspreise verabsolgt werde. Ob und welche Ausnahmen aber hiervon in einzelnen Fällen, und namentlich in dem Falle zu machen sein dürften, wo die Forsten, aus denen die Holzabgaben erfolgen müßten, zur Befriedigung aller Bedürfnisse der Umgegend nicht genügen, und wo es deshalb bedenklich gefunden wird, den Holzbedarf der Behörden

vornweg abzugeben und dadurch der freien Konkurrenz zu entziehen, bleibt der jedesmaligen Erwägung den Königl. Regierungen überlassen. Mit Bezug auf die Verfügung vom 8. Juni 1841, wird den Königl. Regierungen hierbei auch zugleich wiederholt empfohlen, möglichst dahin zu wirken, daß sich die Behörden da, wo dies thunlich ist, vorzugsweise des Torfes, der Steinkohlen, Braunkohlen oder anderer geeigneten Surrogate an der Stelle des Brennholzes zur Heizung der Amtskafalen bedienen. Da, wo die Holzabgabe an die Behörden stattfindet, müssen hierzu im Allgemeinen die weniger günstig gelegenen Schläge gewählt werden, da die günstiger gelegenen Schläge vorzugsweise zur Befriedigung des Bedarfs der Einsassen zu bestimmen sind. Hinsichtlich der Befriedigung des Brennholzbedarfs der Forstinspektoren und Forst-Kassen-Rendanten wird besondere Verfügung erfolgen.

Um den Königl. Regierungen beim Holzverkaufe in den Königl. Forsten auf jede nur thunliche Weise freie Hand zu lassen, und zugleich die Schreibung zu vermindern, wird in dem Vertrauen, daß die Königl. Regierungen auch in dieser Hinsicht mit gehöriger Sorgfalt zu Werke gehen werden, die in der Circular-Verfügung vom 25. Februar 1839 enthaltene Bestimmung, wonach zu den Holzverkäufen, bei welchen die Gebote um mehr als 20 pCt. hinter der Taxe zurückgeblieben, die Genehmigung des Ministerii eingeholt werden muß, ebenfalls hierdurch aufgehoben, dergestalt, daß also die Königl. Regierungen, so weit sie dies nach pflichtmäßiger Ueberzeugung angemessen finden, den Zuschlag auf das in den Lizitationen ausgetobene Holz, bei welchem die Gebote hinter der Taxe zurückbleiben, jederzeit selbstständig ertheilen können. Ferner wird die in der gedachten Verfügung enthaltene Bestimmung, wonach zu allen Holzverkäufen aus freier Hand an einzelne Käufer über Holz, dessen Preis die Summe von 300 Thln. übersteigt, Ministerial-Genehmigung erforderlich ist, dahin ausgedehnt, daß nur zu denjenigen Holzverkäufen der gedachten Art, welche den Preis von 500 Thln. übersteigen, Ministerial-Ge-

nehmung eingeholt zu werden braucht. Dagegen bleibt die Bestimmung, daß Holzverkäufe auf mehrere Jahre im Voraus nicht ohne Ministerial-Genehmigung abgeschlossen werden dürfen, nach wie vor in Kraft.

Welche Befugnisse die Königl. Regierungen den Forst-Inspektoren und Oberförstern oder Forst-Kassen-Rendanten, wo letztere den Holzverkauf theilweise oder ganz zu besorgen haben, hinsichtlich der von ihnen selbstständig zu bewirkenden Holzverkäufe aus freier Hand, innerhalb des durch die Circular-Befugung vom 25. Februar 1839 festgesetzten Geldbetrages

von 30 Thlrn. rücksichtlich der Forst-Inspektoren und

von 15 Thlrn. " " Oberförster und resp. der Forst-Kassen-Rendanten,

sowie hinsichtlich der Ertheilung des Zuschlages auf Gebote, welche hinter der Taxe zurückbleiben, einräumen wollen, bleibt nach Maaßgabe der dabei in Betracht zu ziehenden Verhältnisse, namentlich der größeren oder geringeren Zuverlässigkeit der genannten Beamten, ihrer pflichtmäßigen Erwägung überlassen. Es wird aber dabei zur besonderen Aufgabe der Königl. Regierungen gemacht, darüber zu wachen, daß die obigen Grundsätze nicht überschritten werden, und daß namentlich allen nicht gerechtfertigten Begünstigungen und den daraus hervorgehenden Berufungen und Beschwerden anderer Holzkäufer durch die nöthige Anweisung und Kontrolle der betreffenden Beamten vorgebeugt wird.

In den Jahresberichten des Oberforstbeamten über die Resultate der Forstverwaltung wird erwartet, um eine Uebersicht über den Gegenstand zu behalten, jedesmal eine nähere Angabe zu finden, welcher Theil des Holzeinschlags in jeder Oberförsterei im Wege der Lizitation, welcher Theil zum Lizitations-Durchschnittspreis, und welcher Theil zum Taxpreise verkauft worden ist.

Die Sächsischen Stände haben in ihrer Petition selbst bemerkt, daß die jetzt bestehenden Holztaxen zum Theil zu niedrig seien, und haben eine mäßige Erhöhung derselben anheimgestellt.

Da allerdings die jetzigen, gegen den wahren Werth des Holzes theilweise sehr beträchtlich zurückstehenden Holztaxen mancherlei Uebelstände hervorgerufen haben, so ist beschlossen, die Holztaxen nach und nach dem wirklichen Werthe des Holzes mehr zu nähern. Es bleibt daher den Königl. Regierungen überlassen, bei den nächsten Vorschlägen zu den Holztaxen mäßige Erhöhungen in Antrag zu bringen. Doch wird dabei nochmals ausdrücklich hervorgerufen, daß solche Erhöhungen, damit die Holzconsumenten ihre Einrichtungen anderweit treffen können, nur ganz allmählig eintreten dürfen, insbesondere die Taxen für das vorzugsweise zur Befriedigung des Bedarfs der ärmeren Einwohner zu verwendende Stock- und Reiserholz sehr mäßig zu halten sind, und daß daher, wenn zu bedeutende Erhöhungen auf einmal vorgeschlagen werden sollten, die Anträge jedenfalls würden zurückgewiesen werden müssen.

In Bezug auf die bisher in jedem Winter bei eintretender strenger Kälte an arme Einwohner stattgefundenene Holzabgabe gegen ermäßigte Taxe, haben die Sächsischen Stände darauf angetragen, derselben künftig eine größere Ausdehnung zu geben, und bei Vertheilung des Holzes, sowie bei der Kontrolle der Verwendung, den Ortsbehörden eine größere Mitwirkung zu gestatten, in Folge dessen die Ober-Präsidenten der sämtlichen Provinzen, und namentlich auch der Ober-Präsident der dortigen Provinz, bereits autorisirt worden, bei lange anhaltender strenger Kälte zu dem ursprünglich für jeden Winter bewilligten Quantum nöthigenfalls noch einen Zuschuß zu bewilligen. Eben so sind durch die Circular-Verfügung vom 11. August 1841 die schon früher bestandenen Vorschriften über die Konkurrenz der Orts-Behörden bei der Vertheilung und der Kontrolle der Verwendung des Holzes in Erinnerung gebracht; insbesondere ist dabei auch schon wiederholt auf die Circular-Verfügung vom 27. Oct. 1830 verwiesen, wonach es schon damals für das Zweckmäßigste erklärt ist, daß den einzelnen Gemeinden zugedachte Holz in der Regel den Ortsvorständen auf eigene Verantwortung zur gewissenhaften, dem Zwecke ent-

sprechenden Vertheilung zu überweisen. Auch ist zugleich vorgeschrieben, daß zu der gedachten Holzabgabe, so weit als irgend thunlich, immer nur trockenes Holz bestimmt werden solle. Hierdurch ist der desfallsige Antrag der Stände im Wesentlichen bereits erledigt. Da indessen die bisherige Vorschrift, wonach das Holz gegen ermäßigte Taxe erst jedesmal bei eintretender strenger Kälte hat überwiesen werden dürfen, zum Theil den Unbelstand nach sich gezogen hat, daß die Hülfe, besonders wenn die Abfuhr des Holzes durch hohen Schnee oder andere Umstände verzögert worden, öfters zu spät gekommen ist, so wird allgemein festgesetzt, daß künftig das, für die einzelnen Gemeinden auf den Grund der vorher angestellten Bedarfs-Ermittelungen bestimmte Holz schon jedesmal zu Anfang des December den Ortsbehörden überwiesen werde, welchen es dann überlassen bleibt, das Holz, sofern zu dessen Abgabe augenblicklich noch keine dringende Veranlassung vorhanden ist, bis dahin in Gewahrsam zu nehmen, wo dasselbe nach Maßgabe des eintretenden Bedürfnisses zur Vertheilung zu bringen ist. Daß hierbei von den Ortsbehörden überall mit der nöthigen Ordnung, und bei der Vertheilung selbst mit der nöthigen Unparteilichkeit verfahren werde, darüber haben insbesondere die Landräthe mit zu wachen.

Ferner wird, zur größeren Vereinfachung des ganzen Verhältnisses, das, zur Vertheilung gegen ermäßigte Taxe für jeden Winter zu bestimmende Quantum den Regierungen jedesmal gleich auf drei Jahre im Voraus zur Disposition zu stellen, und damit die Befugniß zu verbinden, daß die in dem einen Jahre für den Zweck etwa nicht erforderlich gewesene Quantität nöthigenfalls in einem der darauf folgenden Jahre neben dem für solches ausgesetzte Quanto mit verwendet werden darf. Obwohl nun dabei die Absicht nicht dahin gehen kann, die bisher zu dem gedachten Zwecke überwiesenen Quantitäten im Allgemeinen noch erheblich zu erhöhen, da schon jetzt die den Königl. Regierungen überwiesenen Quantitäten im Ganzen sehr bedeutend sind, überdieß die gedachte Holzabgabe durch

die den Oberpräsidenten beilegte Befugniß, bei anhaltenden strengen Wintern noch einen angemessenen Zuschuß zu bewilligen, wobei es auch ferner sein Bewenden behält, schon einen beträchtlich größeren Umfang gewinnt, als früher, und überhaupt dergleichen Gnadenbewilligungen nothwendig in gewissen Grenzen gehalten werden müssen, wenn dieselben nicht zu ganz ungebührlichen Anforderungen führen sollen, so findet man sich doch durch den Umstand, daß das bis jetzt in der ganzen Monarchie zu dem gedachten Zwecke verwendete Quantum auf die einzelnen Regierungsbezirke nicht ganz gleichmäßig und dem Bedürfniß und den Mitteln entsprechend vertheilt, und daher eine angemessenere Vertheilung desselben wünschenswerth ist, bewogen, zuvörderst noch die Berichte der Königl. Regierungen darüber einzuziehen, auf welches Quantum die auf drei Jahre im Voraus zu ertheilende Autorisation nach ihrer Ansicht zu richten sein dürfte. Diese Berichte, bei dessen Erstattung auch darauf Rücksicht zu nehmen ist, daß durch die Befugniß, wonach die Königl. Regierungen nöthigenfalls Holz gegen die Taxe verabreichen lassen darf, schon Mittel zur Unterstützung hülfsbedürftiger Eingeforsteten gegeben sind, werden binnen drei Monaten erwartet.

Sofern einzelne Kommunen, wie dies hier und da schon geschehen ist, zur Versorgung ihrer ärmeren Einwohner mit Brennholzholz besondere Holzhöfe errichten wollen, so ist es wünschenswerth, ihnen diese Absicht thunlichst zu erleichtern. Es findet daher, wie sich dies auch schon aus den oben ausgesprochenen Grundsätzen ergibt, kein Bedenken, ihnen das erforderliche Holz, vorausgesetzt, daß dasselbe eben nur für die unbemittelten Einwohner bestimmt ist, zum Tax-Preise verabfolgen zu lassen, und nöthigenfalls den Umständen nach auch Stundungen bis zum Schlusse des betreffenden Rechnungs-Jahres zu bewilligen.

Man hofft, daß, so weit es überhaupt zulässig, durch zweckmäßige Ausführung dieser Bestimmungen sowohl den im Eingange gedachten Petitionen der Sächsischen und Posenschen

Provinzial-Stände, als den etwa sonst noch bestehenden billigen Wünschen hinsichtlich des Holz-Verkaufs in den Königl. Forsten, Genüge geschehen werde. Sollten die Königl. Regierungen noch eine Modifikation dieser Bestimmungen zur Erleichterung der Befriedigung des Holzbedarfs der Konsumenten oder im Interesse der Verwaltung rathsam finden, so haben sich dieselben binnen drei Monaten hierüber ebenfalls gutachtlich zu äußern, damit demnächst weiter Beschluß gefaßt, und der, in dem Landtags-Abschiede vom 6. August 1841 erteilten Zusicherung gemäß, die in Folge der Petitionen der Stände der dortigen Provinz und der hierdurch hervorgerufenen weitern Erörterungen getroffene Entscheidung zur Kenntniß der Provinz gebracht werden kann.

8) Veranschlagung und Verwendung der zu verabreichenden Frei-Bauhölzer.

V o m 4. M a i 1 8 4 3.

Auf den Bericht vom 31. Januar d. J. wurde der Königl. Regierung eröffnet, daß der von den Provinzial-Ständen begutachtete und dem Königl. Staats-Rathe zur Prüfung überwiesene Entwurf einer allgemeinen Forst- und Jagd-Polizei-Ordnung über die Veranschlagung des den Bauholzberechtigten zu ihren Bauten zu gewährenden Bauholzes, über dessen Anweisung, Abfuhr und Verwendung, so wie über den eventuellen Ersatz der entweder gar nicht oder nicht anschlagsmäßig verwendeten Hölzer die erforderlichen Festsetzungen enthält, und die zu gewärtigende Publikation dieses Allgemeinen Forst- und Jagdpolizeigesetzes die von der Königl. Regierung erhobenen Bedenken beseitigen wird. Bis dahin muß bei der Abmessung des zu verabreichenden Holz-Quantums und bei der Kontrollirung der angemessenen Verwendung auf die bestehenden allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zurückgegangen werden, und in dieser Beziehung kann es keinem Bedenken

unterliegen, daß bei der Abmessung des Holzbedarfes die holzconsumirende Gehrsatz- oder Füllholz-Bauart nicht zum Grunde gelegt werden darf, sofern der Empfänger nicht ein derartiges Recht durch speciellen Rechtstitel erworben hat. Außer den schon von der Königlichen Regierung für diese Ansicht entwickelten Gründen steht derselben noch die Bestimmung des Regulativs für die Einrichtung einer immediaten Forst- und Bau-Kommission vom 15. September 1798 zur Seite, wonach zu holzverschwennderischen Bauten kein Bauholz verabreicht werden soll.

Die zu kontrolirende Verwendung des verabreichten Bauholzes anlangend, so ist das Ministerium damit einverstanden, daß der Massivbau möglichst zu befördern ist, weßhalb denn auch in allen Fällen, wo an Stelle eines veranschlagten Fachwerkbauwerks der Bau massiv ausgeführt wird, von einer Defektirung des zum Fachwerkbau veranschlagten und verabreichten Holzes Abstand genommen werden muß. Die Königliche Regierung hat aber in derartigen Fällen eine bestimmte Erklärung des Holzberechtigten zu erfordern, daß er auch für die Folge das Holz nur zum Massivbau verlange.

Sind an Stelle der zu Fachwerk veranschlagten Gebäude von einer gewissen Dimension, von dem Holzempfänger größere Gebäude oder Gebäude von einer anderen, mehr Holz erfordernden Konstruktions-Art erbaut und die dazu erforderlichen mehreren Hölzer vom Berechtigten anderweit beschafft worden, dann würde zwar nach strengem Rechte das dazu verabreichte Holz defektirt und der Empfänger zu dessen Ersatz im Wege Rechts angehalten werden können, da das errichtete Gebäude nicht dasjenige ist, zu welchem das Bauholz gefordert, veranschlagt und verabreicht worden; indessen mag die Königliche Regierung doch bis zur Publikation der allgemeinen Forst- und Jagd-Polizei-Ordnung von Anstellung derartiger Prozesse in allen den Fällen Abstand nehmen, wo das verabreichte Holz an und für sich gut, wenn auch nicht genau anschlagsmäßig verbaut ist, dabei aber dafür Sorge tragen, daß durch derartige

Abänderungen der Konstruktionsart und Dimension des betreffenden Gebäudes das Maas der Verpflichtung nicht verdunkelt, daß vielmehr jedesmal genau festgestellt werde, welche Dimension und Konstruktions-Methode für einen künftig eintretenden Baufall angewendet und zum Grunde gelegt werden muß.

Die Königliche Regierung hat sich bei derartigen Fällen durch die Umstände des jedesmal vorliegenden individuellen Falles in ihrer Beschlußnahme unter Beachtung der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen leiten zu lassen.

9) Festsetzung der Licitations-Durchschnitts-Preise für aus freier Hand verkaufte Hölzer.

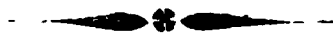
Vom 5. Mai 1843.

Durch die Circular-Verfügung vom 19. August 1840 ist angeordnet, auf welche Art für diejenigen Hölzer, welche aus freier Hand zum Licitations-Durchschnitts-Preise verkauft werden, diese Licitations-Durchschnitts-Preise festgesetzt werden sollen. Daß durch jene Verfügung angeordnete Verfahren hat jedoch in der Ausführung zum Theil Schwierigkeiten gefunden, und deßhalb ist schon früher von mehreren Regierungen der Wunsch ausgesprochen worden, daß die Berechnung der Licitations-Durchschnitts-Preise mehr vereinfacht werden möge. Da nun auch neuerdings wiederholt desfallsige Anträge der Regierungen vorgekommen sind, und die Erfahrung die Bedenken, welche gleich anfänglich jener Verfügung entgegen standen, bestätigt hat, so wird die gedachte Circular-Verfügung hierdurch dahin modificirt, daß vom Wirthschafts-Jahre 1844 ab, nicht erst, wie durch jene Verfügung vorgeschrieben ist, besondere Berechnungen zur Ermittlung von Prozent-Sätzen angestellt, sondern bei den Holzverkäufen zum Licitations-Durchschnitts-Preise überall unmittelbar diejenigen Preise zum Grunde gelegt werden sollen, welche bei den Licitationen unter möglichst gleichen Verhältnissen wirklich aufgefunden sind. Zunächst die-

nen daher diejenigen Preise zum Anhalte, welche für Hölzer von der nämlichen Beschaffenheit in den nämlichen Schlägen und in demselben Jahre bei den Licitationen erlangt sind. Dies findet namentlich auch bei der Ueberlassung des Brennholzes für die Forst-Inspektoren und Forstkassen-Rendanten nach dem Licitations-Durchschnitts-Preise Anwendung. Geht dieser Anhalt, weil bei Holzverkäufen an andere Empfänger in den betreffenden Schlägen in demselben Jahre noch keine Hölzer von der nämlichen Beschaffenheit ausgebaut sind, so muß auf die zunächst liegenden Schläge von möglichst gleichen Absatzhältnissen, oder nöthigenfalls auf die Resultate der im Jahre der Licitation erfolgten Holzverkäufe des vorhergegangenen Jahres zurückgegangen werden. Der Zweck des Verfahrens ist immer nur der, die dem wirklichen Werthe des Holzes, wie sich dieser Werth beim freien Verkehr herausgestellt hat, möglichst entsprechenden Preise zu finden. Dieser Zweck muß vor allem im Auge behalten werden, da sich dabei zu enge Grenzen, innerhalb welcher die Ermittlungen stattfinden sollen, nicht allgemein vorschreiben lassen. Da, wo sich für einzelne Sortimente, entweder weil dieselben noch gar nicht oder doch nicht in ähnlicher Lage und Beschaffenheit zum meistbietenden Verkauf gekommen sind, ein durchschnittlicher Licitations-Preis überhaupt nicht mit einiger Zuverlässigkeit ermitteln läßt, im gleichen da, wo der bisherige Licitations-Durchschnitts-Preis die diesseits genehmigte Forsttaxe nicht erreicht haben sollte, tritt die letztere, wie dies schon bisher angeordnet gewesen ist, bei den betreffenden Holzverkäufen aus freier Hand an die Stelle des Durchschnitts-Preises. In allen Fällen aber ist in den Erhebungs-Listen über Holzverkäufe nach den Licitations-Durchschnitts-Preisen zu bemerken, wie letzterer festgesetzt, resp. welche Holzverkäufe dabei zum Grunde gelegt sind.

Da nicht in jedem einzelnen Falle die Licitations-Durchschnitts-Preise von den Königlichen Regierungen festgesetzt werden können, so wird die Ermittlung und Anwendung derselben im Allgemeinen den Oberförstern unter Controle der Forst-

Inspektoren nach den ihnen zu ertheilenden Vorschriften überlassen bleiben müssen. Daß aber hierbei nicht Unordnung und namentlich Begünstigungen einzelner Käufer vorkommen, darauf ist von den Königlichen Regierungen und insbesondere von den Oberforstbeamten sorgfältig zu sehen. Auch bleibt es den Königl. Regierungen überlassen, sich bei Holzverkäufen nach dem Licitations-Durchschnitts-Preise die Festsetzung desselben auf den Grund der einzufordernden Materialien vorzubehalten, wenn das Objekt sehr bedeutend ist, oder sonstige Beweggründe dazu vorhanden sind. Sofern aber Fälle vorkommen, wo sich, besonders beim Verkauf einzelner seltener Nußholz-Stücke, weder ein Licitations-Preis ermitteln, noch auf die bestehende Forst-taxe zur Anwendung bringen läßt, so behält es dabei sein Bewenden, daß in solchen Fällen die Preis-Bestimmung resp. Erhöhung der Taxe nach Maßgabe der Vorschrift sub 1. der Circular-Verfügung vom 10. Juli 1826 den Regierungs-Präsidien unter Konkurrenz des Oberforstbeamten überlassen bleibt.



II.

Herzoglich Nassauische Forst- und Jagd- Verordnungen und allgemeine Ver- fügungen.

1) Die Reduction der Localmaasse in das Metermaass bei Abschätzung des Waldertrages betreffend.

Vom 5. Mai 1840.

Es ist beschlossen worden, daß, sowie bekanntlich die Abschätzung des rohen und reinen Waldertrags auf den Normal-Meter-Morgen erfolgt, auch sämtliche Waldungen in diesem Maasse catastrirt werden sollen, wonach also eine Reduction der verschiedenen Localmaasse in das Metermaass nothwendig wird, wo solche bei der Aufstellung der neuesten periodischen Ertragstabelle nicht bereits vorgenommen sein sollte.

Zu dem Ende wurde den H. Oberforstbehörden von H. General-Steuer-Direktion eine Zusammenstellung der ausgemittelten Maassverhältnisse, nach Verwaltungsbezirken abgetheilt, mitgetheilt, um diese Reduction der einzelnen, in den vorbereiteten Schätzungsübersichten aufgeführten, Bezirke durch die Herzogl. Oberförster vornehmen zu lassen, weil dieselben bei der demnächstigen Begutachtung des morgenweisen Waldertrags sich dadurch am leichtesten mit diesem Normalmaasse vertraut machen werden.

In der künftigen zweiten Anfertigung dieser Schätzungsübersichten wird eine Rubrik für das Metermaass angebracht werden; in den vorliegenden Übersichten ist daher das reduzirte Maass vorläufig unter dem Localmaass zu bemerken.

Sollten einzelne Verwaltungsbeamten mit dergleichen Reductionen nicht ganz bekannt sein, oder sonstige Anstände dabei vorkommen, so wird die K. General-Steuer-Direktion die Reduction für die betreffenden Verwaltungsbezirke besorgen lassen. Bemerkt wird übrigens noch, daß die Verhältnisse auf das Lokalmaß, welches in den bisherigen Steuerzetteln eingetragen ist, sprechen, in mehreren Gemeinden daher durch Waldzuthellungen u. verschiedene Lokalmaße erscheinen, und daß von dem bestehenden Besoldungsmaße, wo solches in den Uebersichten vorkommen sollte, 112,981 oder in runder Zahl 113 Ruthen einem Metermorgen gleich sind.

2) Die Vollzugsvorschriften der Waldsteuer-Revision betreffend.

Vom 13. Juni 1840.

Von den zur gemeinschaftlichen Berathung über die Vollzugsvorschriften der Waldgrundsteuerrevision höchsten Orts angeordnete Versammlung berufenen Forst- und Steuerbeamten und Forstschätzungscommissäre wurden die unterm 3. April 1840 erlassenen Vorschriften einer speziellen Prüfung unterworfen und folgende nähere Bestimmung festgesetzt:

1) Die Abschätzung des rohen Holzertrags soll nach dem gegenwärtigen Bestand und der nach Lage, Boden und Klima sich darstellenden Ertragsfähigkeit der einzelnen Waldbezirke, ohne Rücksicht auf etwaigen, später in Aussicht genommenen Culturaufwand und anderweite Bewirthschaftungsart dergestalt vorgenommen werden, daß die Schätzungscommission den morgeweißen Holzzuwachs, wie derselbe dem vorliegenden Wirthschaftsplan zur Ermittlung der nach der Umtriebsperiode eines jeden für sich bewirthschafteten Distriktes berechneten Holzmasse zu Grunde liegt, zu prüfen, als richtig anzunehmen oder anderweit anzusprechen hat.

2) Als Nebennutzung soll nur der Ertrag der Lohrinde besonders in Unrechnung gebracht, die Laub-, Gras-, Feschoolz-

und Weidnutzung, sowie den Ertrag des Stockholzes, aber gegen Culturaufwand für die innerhalb der Waldbezirke gelegenen kleineren Blößen, für die Anlage und Unterhaltung der zur Holzabfuhr dienenden Wege, der Sege- und Abzugsgräben compensirt werden.

3) Die Unrechnung des Culturaufwandes für bereits vollzogene Waldanlagen soll vom Zeitpunkte des ersten Steueredikts, mithin von 30 Jahren rückwärts, an stattfinden. Bei Berechnung dieser Kosten ist der Grundsatz angenommen worden, daß dem Waldeigenthümer der Betrag der zu 5 Prozent berechneten Zinsen seines aufgewendeten Kapitals an dem jährlichen rohen Ertrage in Abzug gebracht werden müsse.

4) Die Kosten für Forstschuß und Lokalverwaltung sind für Domanal-, Gemeinde- und Stiftungswaldungen, einschließlich der Hauberge, durchgängig vom Besoldungsmorgen zu 12 fr., vom Metermorgen 8,47 fr. anzunehmen. Bei standesherrlichen und Privatwaldungen sind die Besitzer zur genauen Angabe dieser Kosten aufzufordern und der Herzogl. General-Steuer-Direktion zur Einholung definitiver Bestimmung darüber Vorlage zu machen.

5) Die Abschätzung des Kastenholzertrags soll nicht nach Theilen der Kasten ad 144 c', sondern nach Cubikschuben reiner Holzmasse geschehen.

6) Die in §. 9. enthaltene Bestimmung der Klassen-Einteilung bezieht sich vorzugsweise auf die Privatwaldungen, deren Eigenthümer in den Schätzungs-Übersichten nicht speziell aufgeführt werden.

Die Beschreibung der Klassenabschnitte, resp. deren Begrenzung, ist so genau wie möglich in den Schätzungs-Übersichten aufzuführen, damit bei der Aufstellung des Catasters über die Beisehung der Klassenzeichen nirgends Zweifel vorkommen können.

7) Diejenigen Privatwaldparzellen, welche früher in Feld- oder Wiesenbenutzung gestanden haben und im Feldgrundsteuer-Cataster noch aufgeführt sind, müssen dormalen in die Schätz-

zungs-Uebersichten, wenn dieß nicht bereits geschehen sein sollte, nachträglich eingetragen und abgeschätzt werden.

8) Nachdem die Abschätzung vollzogen und von dem ersten Commissär nach §. 13. das Resultat des abgeschätzten Rohertrags in die Uebersicht eingetragen ist, haben der erste und zweite Commissär die übrigen Berechnungen gemeinschaftlich zu besorgen.

9) Wegen der vorläufig angenommenen Holzpreise sind, nach genauer Erwägung aller örtlichen Verhältnisse, namentlich über die hergebrachte Vertheilung des Loosholzes in Gemeindegewaldungen, die geeigneten Anmerkungen den Schätzungs-Uebersichten beizufügen, und die Ansichten über alle etwa hiernach zu treffenden Aenderungen auszusprechen.

Da über die Nadelholzpreise nur sehr unvollständige Notizen vorliegen, Vergleichen gegen angrenzende Gemarkungen auch nicht wohl möglich sind, so wurde sich für die Annahme von $\frac{1}{4}$ des Buchenklafterholz-Preises ausgesprochen.

3) Die Festsetzung der Holzpreise behufs der Steuerregulirung betreffend.

V o m 29. J u l i 1840.

Aus den Bemerkungen, welche nach §. 14. der Vollziehungsvorschriften vom 3. April l. J. zu dem vorläufig angenommenen Holzpreis gemacht worden sind, ist entnommen worden, daß in den meisten Gemeinden, bei welchen Loosholz zur Vertheilung kommt, in der Regel die geringere Qualität versteigert wird, dadurch also nothwendig die Durchschnittspreise niedriger berechnet worden sind, als für diejenigen Gemeinden, in welchen eine Loosholzvertheilung entweder gar nicht oder nur in unbedeutender Quantität stattfindet.

Es würde bei definitiver Festsetzung der Holzpreise offenbar eine Begünstigung für die ersteren zum Nachtheil der letzteren Gemeinden eintreten, wenn auf diese Verhältnisse keine

Rücksicht genommen würde. Eine Ausgleichung nach den verschiedenen Bemerkungen, wie sie in den Schätzungs-Uebersichten oder in besonderen Berichten niedergelegt werden, kann aber selbst bei einer späteren allgemeinen Revisionsversammlung zu keinem genügenden Resultate für alle Gemeinden führen; vielmehr wird bei der Wichtigkeit dieses Zweiges der Waldsteuer-Revision für angemessener erachtet, wenn von jedem Verwaltungsbezirke ein Verzeichniß aller dazu gehörigen Gemeinden aufgestellt, bei jeder Gemeinde das Verhältniß des in der Regel zur Vertheilung kommenden Loosholzes angegeben und dabei bemerkt wird, mit welchen Gemeinden, deren sämtliche Holzfällungen versteigert werden, eine Gleichstellung der Holzpreise füglich vorgenommen werden könne.

Bei diesen Vergleichen sind natürlich alle übrigen, auf den Holzpreis einwirkende Verhältnisse, namentlich die leichtere oder schwierigere Abfuhr des Holzes, die Entfernung von den die Concurrenz bildenden Hauptorten, oder den vom Holzbedarf nothwendig abhängigen Gewerbsanlagen, z. B. Hüttenwerken, möglichst zu berücksichtigen.

Die K. General-Steuer-Direktion hat daher die K. Oberforstbehörden aufgefordert, die Verwaltungsbeamten ihrer Bezirke mit der Aufertigung dieser Verzeichnisse zu beauftragen, eine gemeinsame Berathung derselben über die darin angeführten Verhältnisse demnächst anzuordnen, und unter Benützung ihrer Lokalkenntnisse die Verzeichnisse mit umfassendem Gutachten so bald als möglich, damit keine Stockung bei den Berechnungen eintritt, vorzulegen.

Die in dem Bezirk anwesenden ersten Schätzungscommissäre sind zugleich anzuweisen, für die Oberförstereien gleiche Verzeichnisse aufzustellen, und solche ungesäumt dem betreffenden Oberforstamte zu übersenden.

4) Die Naturalaufnahme des Holzes durch die Forstbehörde, sowie dessen Vormerkung und Controlirung bei der Abfahrt betreffend.

V o m 25. A u g u s t 1840.

Aus den Berichten mehrerer Herzogl. Aemter und Herz-Oberforstämter wurde ersehen, daß bei Vollziehung der Vorschriften, über die Naturalaufnahme des Holzes durch die Forstbehörde, sowie dessen Vormerkung und Controlirung, bei der Abfahrt verschieden verfahren wird, so wie daß darüber Zweifel bestehen, ob die Herzogl. Oberförster verbunden sind, außer der, in §. 12. der Oberförsterinstruktion, ihnen aufgegebenen Aufstellung specificirter Verzeichnisse des gefällten Holzes, welche als Belege der einschlagenden Rechnungen dienen, oder statt derselben besondere Nummerbücher zum Behufe der Holzversteigerungen, resp. später nach Einschreibung der Steigerer zur Controlirung der Holzabgabe, anzulegen.

Zur Beseitigung der deßfalligen Anstände und Einführung eines gleichförmigen Verfahrens bei Vollziehung der §§. 9 und 12 gedachter Oberförsterei-Instruktion wurde beschlossen:

1) Daß die Herzoglichen Oberförster künftig nur die instruktionsmäßig vorgeschriebenen, specificirten Holzverzeichnisse aufzustellen resp. an die betreffenden Behörden abzugeben haben;

2) daß dagegen zur Controlirung der Holzabfuhr durch das Forstpersonal Abschriften von den Holzversteigerungs-Protocollen, resp. Holzvertheilungslisten, gefertigt werden sollen. Die Kosten für dergleichen Abschriften von denjenigen Holzversteigerungen, welche von den Herzogl. Landoberschultheissen abgehalten werden, sind auf die betreffenden Gemeindefassen zu übernehmen, was dagegen jene von Versteigerungen, welche durch die Herzoglichen Schultheissen vollzogen worden, oder die Abschriften von den Loosholzvertheilungen betrifft, so sind solche als Officialgeschäfte der Ortsschultheissen anzusehen und von denselben für das Forstpersonal unentgeltlich zu fertigen.

5) Die Ausstoßung der Privatwaldungen betreffend.

Vom 30. September 1840.

Es wurde verfügt, daß für die Zukunft keine Privatwaldungen ausgestoßt werden dürfen, bevor nicht die höhere Genehmigung Herzogl. Landesregierung von den Waldbesitzern eingeholt ist.

6) Die Bestrafung der von Königl. Preussischen Unterthanen in den Herzogl. Nassauischen Forsten verübten Frevel betreffend.

Vom 28. Dezember 1840.

Die Königlich Preussischen Gerichte, welche bei Forstfrevel stets Geldstrafen und eventuell für den Fall der Zahlungsunfähigkeit, zugleich Arreststrafen erkennen, sorgen nicht für den Vollzug dieser Strafen, sondern überlassen diese Sorge dem Forstpersonal, welches die erkannten Geldstrafen den betreffenden Recepturen zur Erhebung überträgt, und wenn der Bestrafte zahlungsunfähig ist, unter Vorlegung der Insolvenzscheinigung bei dem Gerichte, welches die Strafe erkannt hat, nunmehr auf Vollziehung des Arrestes anträgt. Damit nun die von den K. Pr. Gerichten gegen Nassauische Unterthanen wegen der von den jenseitigen Unterthanen in dem Nassauischen Gebiete verübten Forstfrevel erkannten Strafen zur Vollziehung gelangen, ist nothwendig, daß die Herzogl. Oberförster

1) in jedem Quartale die Frevellisten nach dem Preussischen Formular in dreifacher Ausfertigung den Königlich Preussischen Gerichten zur Theidigung zu senden;

2) -daß die Herzogl. Oberförster von den zwei Ausfertigungen der Frevellisten, welche ihnen das Gericht, nachdem es die erkannten Strafen darin eingetragen hat, zurücksendet, die eine zur Uebertragung der Schadensersatz- und Pfandgelder verwenden, die andere aber unmittelbar der Königl. Preussischen Rentei zur Erhebung der Geldstrafen zusenden;

3) müssen die Herzogl. Oberförster bei den betreffenden Königl. Preussischen Renteien in jedem Quartale Erkundigung über den Eingang der übertragenen Geldstrafen einziehen, und wenn dieser Eingang wegen Zahlungsunfähigkeit nicht erfolgt, sich Insolvenzbesccheinigungen in Original oder Abschriften mittheilen lassen und diese dem Gerichte, welches die Strafe erkannt hat, mit dem Antrag zusenden, auf den Grund dieser Besccheinigung nunmehr die eventuelle angesetzten Arreststrafen vollziehen zu lassen.

Die S. Regierung hat zugleich die S. Oberforstbehörden aufgefordert, hiernach die betreffenden S. Oberförster genau instruiren und die pünktlichste Befolgung zu überwachen. Rück- sichtlich der noch nicht vollzogenen Strafen und der noch rück- stehenden Schadenersatz- und Pfandgelder, deren Erhebung die Königlich Preussischen Renteien ebenfalls besorgen, müssen die S. Oberforstämter bei den betreffenden Renteien resp. Gerichten Erkundigungen einziehen, welche Anstände der Vollzie- hung resp. Beitreibung entgegenstehen, und sodann diese An- stände nach Maassgabe vorstehender Vorschriften beseitigen. Gelingt dieses nicht, so ist der S. Regierung desfalls weitere Vorlage zu machen.

III.

Herzoglich Anhalt-Bernburgische Forst- und Jagdgesetze, Verordnungen und allgemeine Verfügungen.

1) Das Laubtragen betreffend.

Vom 10. August 1820.

1) Das Laubtragen ist nur im Frühjahr und im Herbst in einem nach der Beschaffenheit der Jahreszeit jedesmal vom Forstamte zu Harzgerode festzusetzenden Zeitraume erlaubt, welcher Zeitraum durch die betreffenden Forstbedienten in den Gemeinden des obern Herzogthums vorher bekannt gemacht wird.

2) Diejenigen, welche einen Holzzettel haben, dürfen in der festgesetzten Zeit in den Forsten — mit Ausnahme der vom Wildgatter eingeschlossenen Theile — auf ihren Holzzettel Laub holen; außer diesen steht das Laubholen auch denen frei, welchen ein eigener Laubzettel zugestellt ist. Nur eine Person darf auf einen Zettel Laub holen und nur, wann sie denselben bei sich führt.

3) Das Einholen des Laubes mit Wagen oder Schubkarren, das Eintragen für Andere, der Verkauf des Laubes und überhaupt die Verwendung desselben zu anderem als eigenem Bedürfnisse ist gänzlich verboten.

4) Das Eintragenlassen durch Dienstboten oder andere Personen um Lohn, so wie das Ansichbringen des Laubes durch Kauf, Tausch oder gegen Dienstleistungen ist gleichfalls gänzlich untersagt.

5) Die Uebertretung dieser gesetzlichen Vorschriften wird, wenn der Thäter die Erlaubniß zum Laubtragen aus einem Laub- oder Holzzettel hat, für jeden Fall mit 1 Rthlr., wenn ihm diese Erlaubniß nicht zusteht, mit 5 Rthlr. bestraft, von welchen Strafen die Hälfte dem Anzeiger gebührt.

Vergehungen gegen diese Vorschriften zur Nachtzeit werden mit der doppelten Strafe gerügt.

2) Den eigenmächtigen Abtrieb in den Niederwaldungen der Privatholzbefitzer betreffend.

Vom 3. Oktober 1827.

In Erwägung, daß der §. 152 der Herzogl. Anhalt-Bernburgischen Forstordnung vom Jahre 1801 *) bloß die Strafbestimmungen enthält für die Fälle der ohne forstoberhoheitliche Erlaubniß unternommenen und ausgeführten Niederschlag des nicht angeschlagenen Oberbaums in den Privatholzungen, der §. 142 der Forstordnung zwar im Allgemeinen verordnet, vor Abtreibung der Privathölzer bei dem Herzogl. Forstamte Anzeige zu machen und um die Erlaubniß zum Abtriebe nachzusuchen, besondere Strafbestimmungen aber für den Fall der ohne erhaltene forstoberhoheitliche Genehmigung bewirkten Abholzung von Niederwald- oder Stockauschlag-Holzungen der Privatpersonen gesetzlich nicht vorliegen, daß aber durch die eigenmächtige Abholzung solcher Privatholzungen die Weideverhältnisse zum Nachtheile der landesherrlichen oder anderer Privatwaldungen gestört werden können, wurde verordnet:

1) Die Besitzer von Niederwald- oder Stockauschlag-Holzungen sind verbunden, vor der Abtreibung ihrer Holzungen Anzeige bei dem Forstbedienten des Reviers, worin die Hölzer

*) Die Herzogl. Anhalt-Bernburgische Forstordnung von 1801 wird, um eine vollständige Uebersicht der Forst- und Jagd-legislation dieses Landes zu liefern, im wesentlichen Auszuge in das nächste Heft des Archives aufgenommen werden.

gelegen, zu machen, und um die forsthoheitliche Erlaubniß zum Abtriebe nachzusuchen.

2) Der ohne erfolgte forsthoheitliche Genehmigung bewirkte Abtrieb der Niedermaldbölzer wird

a) wenn die abgetriebene Fläche weniger als einen Waldmorgen von 180 □ R. rheinl. beträgt, mit Zehn Thalern,

b) wenn diese Fläche mehr als einen solchen Morgen Wald enthält, mit Zwanzig Thalern von einem jeden Morgen der abgetriebenen Holzung

bestraft.

3) Die Hälfte dieser Strafen kommt dem Denuncianten als Anzeigegebühr zu.

3) Den Verkauf von Holz aus den herrschaftlichen Forsten betreffend.

V o m 7. M a i 1 8 3 9.

Nachdem wiederholt zur Anzeige gekommen ist, daß die Vergünstigung der Unterthanen, ihren nothdürftigen Holzbedarf aus den herrschaftlichen Forsten gegen die jedesmalige Forstare zu beziehen, insofern häufig mißbraucht worden, als daß auf diese Weise verabreichte Holz zum Gegenstande des Handels gemacht oder sonst gegen die ursprüngliche Bestimmung verwendet worden ist, so wurde verordnet:

daß diejenigen Unterthanen, welche aus den herrschaftlichen Waldungen dies- und jenseits der Elbe zu ihrer eigenen Consumtion Brennholz für die jedesmalige Forstare erhalten haben, und dasselbe zum Gegenstande des Handels machen, oder sonst gegen die ursprüngliche Bestimmung verwenden, für jedes veräußerte Acker in eine Strafe von Drei Thalern und für jedes Schock Weizenholz in eine Strafe von Einem Thaler, wovon die eine Hälfte der Denunciant und die andere Hälfte die Ortsarmenkasse erhält, verfallen.

4) Die Strafe der Entwendung stehender Bäume betreffend.

Vom 3. August 1839.

Da wegen der Anwendung des §. 308 der Forstordnung von 1801 auf die Bestrafung der Holzentwendungen von stehenden Bäumen aus den Beständen der verschiedenen Betriebsarten des Laub- und Nadelholzes Zweifel entstanden sind, so wurde hierüber Folgendes zur Nachachtung bekannt gemacht:

1) Die Strafbestimmungen des §. 308 der Forstordnung von 1801 sind nur auf Mittel- und Niederwaldungen zu beziehen.

2) Die Stärke, bis zu welcher die Bäume den in dem gedachten Paragraphen unterschiedenen Baumklassen angehören, wird näher dahin bestimmt, daß

a) als Laßreiser alle Bäume bis zu 8" mittlern Durchmessers,

b) als Vorstände diejenigen, welche 9 bis 12" und

c) als starke Bäume solche, welche 12 und mehrere Zoll im mittlern Durchmesser enthalten,

gelten sollen.

3) Wer dagegen in Laubholz-Hochwaldungen und Nadelholzwaldungen eine Stange von 2 bis 4 Zoll Stärke abhauet, verfällt in Zwei Thaler Strafe.

4) Wird in dergleichen Waldungen (3) die Niederfällung eines Baumes von 4 bis 8 Zoll Stärke mit Fünf Thalern bestraft.

5) Das Umbauen stärkerer Bäume über 8 Zoll aber mit Zehn Thalern Strafe und Ersatz des Werthes von dem entwendeten Holze belegt.

6) Die Anzeigegebühren werden ad 2, 3, 4 und 5 auf Einen Thaler für jede abgehauene Stange und jeden gefällten Baum festgestellt.

5) Die bei entdeckten Jagdfreveln den Denuncianten zukommenden Belohnungen betreffend.

Vom 29. August 1839.

1) In allen den Fällen, in welchen die verurtheilten Jagdfrevler und Fischdiebe die gegen dieselben erkannten Geldstrafen zu erlegen des Vermögens sind, verbleibt es bei der gesetzlichen Anordnung, wonach solche den Denuncianten zukommen.

2) In den Fällen dagegen, wo die Denunciaten zu Geldstrafen nicht verurtheilt sind, oder solche nicht erlegen können, und mithin Freiheitsstrafen eintreten, soll der Anspruch des Denuncianten auf Bezahlung der Geldbuße aus der Forstkasse wegfallen. Es sollen jedoch

3) den Officianten und andern Personen, welche die Entdeckung oder Habhaftwerdung von Wild- und Fischdieben bewirken, daan, wenn ihnen nach obiger Bestimmung keine Straf-gelder zu Theil werden, Gratifikationen aus der Forstkasse gezahlt, und diese nach der Wichtigkeit der Sache und mit Berücksichtigung der etwaigen besondern Thätigkeit und Ausdauer der Denuncianten arbitirt werden, worüber in jedem einzelnen Falle das Herzogl. Forstamt Gutachten zu erstatten hat.

6) Anderweite Bestimmungen hinsichtlich der Fällung und Aufarbeitung der Hölzer in den Privatholzungen betreffend.

Vom 8. Oktober 1839.

1) Die vom Forstamte genehmigten regelmäßigen Anbauungen in den Privatholzungen dürfen frühestens mit dem 1. October ihren Anfang nehmen.

2) Das Niederfällen der Laubhölzer in den Harzforsten soll bis Ende des Monats April, die Aufarbeitung derselben bis Johannis, in den Elbforsten aber beides bis Ende des Monats März,

3) das Niedersägen der Nadelhölzer in den Harz- und Elbforsten bis Ende des Monats Mai, die Aufarbeitung derselben aber bis Johannis spätestens beendigt sein.

4) Ausgenommen hiervon sind nur diejenigen Privatholungen, in welchen Borke gerissen werden soll. Die Besitzer derselben haben jedoch dieses dem Forstamte in ihrem Anbauungsgesuche besonders anzuzeigen und um Verlängerung der angegebenen Frist nachzusuchen.

5) In Ansehung des Anfangs und der Beendigung der außerordentlichen Holzfällungen, über deren Zulässigkeit der §. 144 der Forst- und Jagdordnung von 1801 das Nähere bestimmt, müssen die Privatholzbesitzer sich genau nach den Anordnungen richten, welche von dem Forstamte verfügt und den Holzbesitzern eröffnet werden.

6) Contraventionen gegen die Bestimmungen sub 2 u. 3, sowie gegen die jedesmaligen forstamtlichen Verfügungen ad 4 und 5 werden mit einer Geldstrafe von 2 bis 20 Rthln., wovon die Hälfte Anzeigegebühr, geahndet.

7) Die Besenreisig-Entwendungen in den Elbforsten betreffend.

Vom 29. Februar 1840.

§. 1.

Von jetzt an darf Niemand im Amte Coswig Besen aus Birkenreisig zum Verkaufe verfertigen, welcher hierzu von der Forstinspektion zu Coswig nicht einen Erlaubnißschein erhalten hat.

§. 2.

Diese Erlaubnißscheine werden zwar unentgeltlich, jedoch nur zuverlässigen Amtseinwohnern, und vorzugsweise ältern oder pensionirten Holzbauern ertheilt.

§. 3.

Die Gültigkeit derselben erlischt sofort, wenn sich die Concessionäre Entwendungen von Besenreisig zu Schulden kommen

lassen, oder wenn sie bei vorkommenden Untersuchungen sich über den rechtlichen Erwerb des bei ihnen vorgefundenen Reisigs nicht gehörig ausweisen können, in welchen Fällen sie noch überdies der im §. 6 festgesetzten Strafe verfallen.

§. 4.

Damit es aber an Gelegenheit, das Besenreisig sich auf rechtllichem Wege zu verschaffen, nicht fehle, ist die Anordnung getroffen, daß das in den herrschaftlichen Schlägen oder an sonstigen geeigneten Orten vorkommende Besenreisig ordnungsmäßig gewonnen werden kann, und es haben sich daher die zum Besenbinden Befugten zur gehörigen Zeit bei den betreffenden Revierförstern mit ihren Bestellungen anzumelden, und der Anweisung derselben gewärtig zu sein.

§. 5.

Das Besenreisig ist von den Besenbindern selbst vorschriftsmäßig zu schneiden, in Bunde von einem Fuß Durchmesser zu binden, in Haufen von einer bestimmter Anzahl zu bringen, und nach erfolgter Ueberweisung durch den Revierförster nach der Forsttaxe, welche für jetzt auf Einen Groschen für das Bund festgesetzt wird, zu bezahlen. Die Wegschaffung des Besenreisigs aus dem Walde muß binnen einer von dem Revierförster zu bestimmenden Frist bewirkt werden.

§. 6.

Wer ohne Erlaubniß, oder an nicht angewiesenen Orten Besenreisig schneidet, es mag dies in herrschaftlichen, Gemeinde- oder Privatwaldungen geschehen, verfällt in Zwei Thaler Strafe, wovon die Hälfte Anzeigegebühr, und ist überdies zum Ersatz des achtfachen Werthes des Reisigs, welcher dem Waldeigenthümer zukommt, verpflichtet. Hirten werden mit doppelter Strafe angesehen.

§. 7.

Untertbanen, welche ohne Erlaubnißscheine der Forstinspektion Besen aus Birkenreisig verkaufen, werden für jeden verkauften Besen mit Acht Groschen bestraft, und die vorhan-

denen Besen werden confiscirt. Außerdem verfallen dieselben noch in die §. 6 festgesetzten Strafen, wenn sie nicht nachzuweisen vermögen, daß sie auf rechtliche Weise in den Besitz des Besenreisigs gelangt sind.

§. 8.

Ausländischen Besenhändlern ist der Verkauf der Besen aus Birkenreisig von der Polizeibehörde nur dann zu verstatten, wenn sie sich durch ein Attest ihrer Ortsobrigkeit legitimiren können, daß sie in ihrer Heimath zum Besenhandel concessionirt sind.
